This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

CI
K1-qu

Der

Fall des Hauſes Stuart

und die

Succeſſion des Hauſes Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zuſammenhange der europäiſchen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

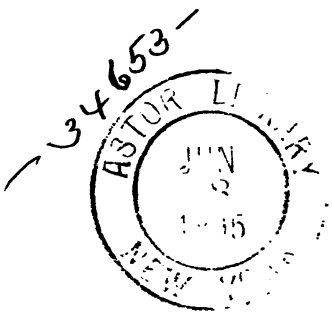
Zwölfter Band.

Die Kriegsjahre 1706 und 1707.

Wien, 1886.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Univerſitätsbuchhändler.



Mit Vorbehalt aller Rechte.

Inhalt.

Zweiunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1706.

Das englische Parlament im Winter 1705/6.

Seite

Die Thronrede und die Adressen.
- Die Wahl des Sprechers Smith 1
- Thronrede der Königin Anna 2
- Die Adressen beider Häuser nachdrücklich für den Krieg 3
- Eifer der Parteien um die Gunst der Königin 4
- Adresse des Unterhauses für die Real-Union mit Schottland 5

Die Frage der Einladung der Kurfürstin Sophie und die Consequenzen.
- Die Partei Rochester will diese Frage anregen 5
- Das Schreiben der Kurfürstin an den Erzbischof von Canterbury, 5. November 1705 7
- Reden des Lords Haversham und anderer Jacobiten 8
- Plan der Whig-Partei 9
- Bills der Naturalisation des Hauses Hannover und der Regentschaft . . 11
- Das Oberhaus beschließt eine Bill für die Real-Union mit Schottland . 12
- Wunsch eines Garantie-Vertrages mit den Generalstaaten für die Thronfolge 13
- Lord Somers an den Kurfürsten Georg Ludwig über die Wichtigkeit der gefaßten Beschlüsse 14
- Debatten des Oberhauses über die Frage, ob die anglicanische Kirche in Gefahr 16
- Das Unterhaus tritt der Verneinung bei 17
- Die Erfolge der Whig-Partei dennoch nicht durchschlagend für die Regierung 18

Beschlüsse des Parlamentes über die Stellung der Katholiken in England 20

Das Verhalten des Hauses Hannover zu den Beschlüssen des Parlamentes für die Sicherung der Thronfolge.
- Irrige Meinungen in England über die Kurfürstin Sophie 22
- Namentlich bei der Königin Anna 23
- Sendschreiben, von Leibniz verfaßt, des Sir Rowland Gwynne an Lord Stamford 25

Seite

Erregung der Whig-Partei und entsprechende Beschlüsse gegen das Sendschreiben 26
Haltung des kurfürstlichen Hofes in Hannover 27
Die neuen Parlaments-Acten dort nicht nach dem Wunsche der Whig-Partei gewürdigt 29
Marlborough hält einen heftigen Brief der Königin nach Hannover zurück 30
Lord Halifax überbringt die Parlaments-Acten nach Hannover 32

Uebersicht der europäischen Angelegenheiten beim Beginne der Feldzüge von 1706.

Die Bewilligungen des englischen Parlamentes für den Krieg 33
Fortdauer der ungarischen Verwickelung 34
Die Finanzlage in Wien und Vergleich mit derjenigen in England . . 35
Die Haltung der Republik der Niederlande 37
Die Einnahme des Schlosses von Nizza, im Januar, wirkt einschüchternd 38
Die Frage der Hülfe für Victor Amadeus 39

Zustand im Reiche.

Die Lässigkeit der Reichsstände 39
Die Reichsacht über die Kurfürsten von Köln und Bayern 42
Geringe moralische Wirkung derselben 43
Der Zustand der Reichsarmee unter Ludwig von Baden am Oberrheine 44
Gutachten des Markgrafen über einen Operations-Plan 45

Ansichten Marlboroughs über die Sachlage.

Der Plan Marlboroughs nach Italien 46
Der Markgraf bedroht von überlegener Macht unter Villars 46
Kleinmuth in Holland 47
Trübe Nachrichten aus Spanien und Italien 48
Marlboroughs Besorgnis vor dem Abfalle Friedrichs I., Ende April . 48
Der Verdacht nicht unbegründet 49

Erfolge des Marschalls Villars gegen Ludwig von Baden.

Der Markgraf aus seinen Stellungen gedrängt, im Mai 50
Seine Beschwerden 51
Das Bedauern Marlboroughs in diesem Falle aufrichtig 53
Seine Berichte über die allgemeine Sachlage an den Kaiser, so wie an Godolphin 53
Mangel der einheitlichen Leitung auf Seiten der Verbündeten 55

Ludwig XIV. vor den Feldzügen von 1706.

Straffgespannte einheitliche Leitung Ludwigs XIV. 56
Er will auf allen Kriegsschauplätzen zuvorkommen 57

Belagerung und Entsatz von Barcelona.

Der König Carl und Peterborough.

Stand der Dinge für Carl III. in Barcelona, im Januar 1706 . . . 58
Der Zug Peterboroughs nach Valencia 58

Seite

Der französische Plan der Belagerung von Barcelona.
Beschluß und Vorbereitung der Belagerung 59
Die Einwände des Marschalls Tessé von Ludwig XIV. zurückgewiesen 60
Nach der abermaligen Abweisung stimmt Tessé zu 61
Der Kampf um Barcelona.
Einwirkung der Persönlichkeiten Philipps V. und Carls III. 62
Die Belagerer, überlegen, verlieren die Zeit, im April 64
Haltung Carls III. 64
Entsendung einer Flotte unter Leake und Wassenaar, im Februar . . . 65
Misstimmung in England gegen Peterborough 66
Entsatz von Barcelona.
Leake und Wassenaar beschließen, 19. April, in Gibraltar den Entsatz von Barcelona 67
Die französische Flotte vor Barcelona segelt ab, 7. Mai 68
Die Belagerung aufgehoben, 10. Mai 69
Die Auslegung einer Sonnenfinsternis 70
Günstige Lage der Dinge für Carl III. 70

Die Schlacht bei Ramillies, am 23. Mai, und ihre Folgen.

Die beiderseitigen Ansichten vor dem Treffen.
Ludwig XIV. und der Marschall Villeroy 71
Marlborough wünscht ein Treffen 72
Die Haltung der Preußen-Brandenburger 73
Urtheil Marlboroughs über die Strategik des Villeroy 74
Das Treffen bei Ramillies, 23. Mai.
Die beiderseitigen Streitkräfte 75
Die Schlacht 76
Verfolgung der Geschlagenen 77
Consequenzen des Sieges.
Die Stände von Brabant 77
Die Haltung Friedrichs I. von Preußen 78
Villeroy wagt nicht die Schelde zu halten 80
Ludwig XIV. und Chamillart 81
Das französische Heer in den Festungen 81
Viele Städte von Brabant kommen dem Sieger entgegen 82
Friedrich I. schließt mit den Seemächten neue Verträge 82
Ludwig XIV. beruft den Marschall Vendome aus Italien nach Belgien 83
Versuch des Kurfürsten Max Emanuel für sich zu unterhandeln . . . 84
Die Frage der Statthalterschaft in Belgien.
Marlborough nach dem Haag 86
Die Generalstaaten erkennen das Patent des Grafen Goes nicht an . . 86
Sie nehmen die wieder gewonnenen Länder in Verwaltung 87
Unterredung von Goes und Marlborough darüber 87
Desgleichen von Goes und Heinsius 88
Marlborough beabsichtigt keine Eroberung für England 88

Seite

Kaiser Joseph I. will Marlborough als Statthalter 89
Marlborough geneigt zur Annahme 89
Auch die Königin, Godolphin und die Whig-Partei stimmen zu . . . 90
Marlborough erkennt die Abneigung der Holländer dagegen 91
Das Interesse der englischen Politik fordert ihnen nachzugeben . . . 92
Bestürzung von Heinsius über die Ernennung von Marlborough . . 93
Marlborough bereit zu verzichten 93
Seine Beschwerde nach England hin über die Generalstaaten 94
Unmuth über die Sache in Wien 95
Erklärung der Generalstaaten nach Wien 96

Weiterer Siegeslauf der Verbündeten in Belgien.

Ostende, Menin, Dendermonde capituliren 97
Vendome und Ludwig XIV. über den Stand der Dinge im August . 98
Capitulation von Ath, am 2. October 99

Der Feldzug in Italien.

Die ersten Monate bis zur Abberufung Vendomes.

Prinz Eugen erst im April zur Armee 100
Auftrag Ludwigs XIV. an Vendome 101
Treffen bei Calcinato, 19. April 101
Verhalten der Venetianer 103
Prinz Eugen im Mai nicht im Stande offensiv vorzugehen 103
Venetianer im Juni bereitwilliger 104
Belagerung von Turin 105

Stand der Dinge in dem Monate Juni und der ersten Hälfte des Juli.

Vendome, abberufen, empfiehlt den Herzog von Orleans als Nachfolger 105
Ludwig XIV. gibt das Ober-Commando dem Herzoge von Orleans . 107
Vendome sieht die Lage der Dinge als günstig an, 1. Juli 107
Plan des Prinzen Eugen die Etsch zu überschreiten 107
Er berichtet Marlborough über seinen Erfolg und über Vendome . . 108
Die Befehle aus Versailles in Betreff der Etsch 110
Antwort Vendomes 110
Die Kaiserlichen über den Canale Bianco 111
Bericht des Prinzen Eugen über diese Vorgänge und das Ueberschreiten auch des Po 111

Die zweite Hälfte des Juli und der Monat August.

Charakter des Herzogs von Orleans 112
Sein Urtheil über die Belagerung von Turin 113
Orleans und Marsin bei der Armee 113
Günstige Verhältnisse für den Prinzen Eugen 114
Er überschreitet den Panaro und die Secchia 115
Der Posten Stradella wird von den Franzosen nicht besetzt 115
Der Plan des Prinzen Eugen nur auf Turin gerichtet 116

Seite

Orleans und Marsin trachten auf dem linken Po-Ufer zuvorzukommen, vom 18. August an 117
Unkunde über die Sachlage in Versailles 117
Vereinigung des Prinzen Eugen mit Victor Amadeus, in Carmagnola, 29. August 118

Die Schlacht bei Turin, 7. September, und deren Folgen.

Die Belagerung von Turin wenig vorgerückt 118
Der französische Kriegsrath, zweifelhaft, wünscht den Befehl des Königs 119
Die verbündeten Truppen über den Po, 4. September 120
Die Frage der Gegenwehr im französischen Kriegsrathe 120
Der Herzog von Orleans gibt nach 120
Die Schlacht in den Linien von Turin, 7. September 121
Rückzug und Flucht der Franzosen nach Pignerol 123
Die Tragweite der Niederlage in Versailles anfangs nicht erkannt . . 123
Die Hessen unter dem Erbprinzen Friedrich von Medavi bei Castiglione geschlagen, 9. September 124
Vaudemont in Mailand über die Sachlage 125
Einzug des Prinzen Eugen in Mailand 126
Der Herzog von Orleans kann aus den Alpen nicht wieder heraus . . 127
Ludwig XIV. erwägt den Gedanken Ober-Italien aufzugeben 127

Günstige Chancen für Ludwig XIV. in Spanien, Ungarn, Polen 128

Der Feldzug in Spanien nach der französischen Flucht von Barcelona.

Günstige Aussichten und Hindernisse.

Anscheinend günstige Lage der Dinge für Carl III., im Mai 129
Carl III. verfügt nicht über die Mittel der Seemächte 129
Die Persönlichkeit des Lord Peterborough 130
Die Geldmittel Carls III. 131
Die Eitelkeit Peterboroughs 132
Carl III. kann für Wochen lang nicht aus Barcelona aufbrechen . . 133

Der Feldzug der Verbündeten von Portugal aus.

Die Häupter der Armeen 133
Verhalten der portugiesischen Generale, im April und Mai 134
Unmuth darüber in England 135
Die Nachrichten von Barcelona treffen ein 135
Marsch der Verbündeten auf Madrid 136
Flucht Philipps V. und der Königin aus Madrid 136
Urtheil Berwicks über seine Gegner 136
Er ermuthigt Philipp V. persönlich vor der Armee aufzutreten . . . 137
Die spanischen Kronjuwelen nach Paris 137
Die Castilier und Andalusier fest für Philipp V. 138
Galway und Das Minas verlangen, daß Ribas das Testament Carls II. für untergeschoben erkläre 139
Portocarrero und die Königin-Witwe 139

Seite

Der Zug Carls III. auf Madrid.

Peterborough versichert wiederholt keine Geldmittel für Carl III. zu haben 140
Carl III. entschließt sich den Weg über Saragossa zu nehmen . . . 141
Peterborough, willfähriger geworden, räth den Weg über Valencia an 142
Antwort Carls III., 5. Juli 142
Er läßt in London die Abberufung Peterboroughs verlangen 144
Die englische Regierung überträgt dem Lord Galway das Ober-Commando 145
Unwille in England gegen Peterborough 145
Carl III. in Saragossa 146
Seine Ankunft in Guadalaxara 146
Peterborough, Galway, Das Minas 147
Steigende Erbitterung der Castilier gegen die Fremden 147
Berwick schneidet die Verbindung mit Portugal ab 148
Abzug der Verbündeten aus Castilien nach Osten 148
Ende des Feldzuges zu Gunsten Philipps V. Urtheil Berwicks . . . 149

Neue Hülfe der Verbündeten für Carl III. nach Spanien.

Der Plan einer Landung in Frankreich 150
Im September diese Flotte nach Spanien bestimmt 151
Die Flotte in Lissabon 151
Der Tod des Königs Dom Pedro löst Portugal nicht aus der Allianz . 151
Die Flotte segelt zur Hülfe Carls III. nach Valencia 152

Die Fortdauer der ungarischen Wirren im Jahre 1706.

Unkenntnis der Vermittler über die Sachlage.

Bedrohung Oedenburgs durch Bercseny 152
Die Vorurtheile des Engländers Stepney 153
Das Verhältnis von Franz Rakoczy zu den Türken 154
Die Versammlung des Senates in Miskotsch 155

Die Beziehungen von Rakoczy zu Ludwig XIV.

Die Forderungen Rakoczys an Ludwig XIV. 156
Ansicht des Vetes über das verlangte Bündnis 157
Ludwig XIV. stellt für Rakoczy Güter in Polen in Aussicht 158
Rakoczy über diese Schenkung in seinem Testamente 158
Die Schenkung erst 1707, nach Onod, vollzogen 159
Rakoczy betreibt durch Vetes ein Bündnis mit Ludwig XIV. 160
Vetes warnt Rakoczy vor Frankreich 161
Er mahnt zum Frieden mit dem Kaiser 162

Die Friedensverhandlungen in Thrnau.

Der Waffenstillstand, im April 163
Rakoczy bietet die ungarische Krone dem Könige August II. an . . . 163
Die Kaiserlichen und die Vermittler ohne Kunde dieses Planes . . . 164
Die Prinzessin Rakoczy zu ihrem Gemahle 164
Wratislaw in Neuhäusel bei Rakoczy 165
Ebenso die Gräfin Aspremont 166
Vorübergehender Verdacht der Vermittler gegen Rakoczy 167

Seite
Rakoczy sucht Carl XII. in die ungarische Sache zu ziehen 167
Carl XII. antwortet nicht 169
Rakoczy sucht von der Friedenshandlung frei zu kommen durch die Vermittler 169
Stepney verneint einen Anspruch Rakoczys auf Siebenbürgen 170
Die Frage der Vertretung Siebenbürgens und diejenige der Verlängerung des Stillstandes 171
Das Verhältnis der drei Vermittler unter einander 171
Einwirkung Bercsenys auf Stepney 172
Die Bezeichnung als: Deputirte der confoderirten Stände Siebenbürgens — in Wien nicht zugelassen 173
Die Vermittler für die Benennung 174
Rakoczys Bericht über die Sache an Ludwig XIV. 174
Die Vermittler von Rakoczy dupirt 175
Kaiser Joseph gibt, 4. Juli, die Hoffnung auf Frieden auf 176

Urtheile über den Abbruch der Verhandlungen.
Andringen der Vermittler, und die kaiserliche Antwort, 18. Juli . . . 177
Thätigkeit Franz Rakoczys nach England hin 178
Abschied der Vermittler von Rakoczy 178
Audienz derselben bei dem Kaiser Joseph, 4. August 179
Die Aeußerungen Stepneys, des Kaisers Joseph I., und Rakoczys am selben Tage 179
Rakoczy nimmt vor den Franzosen den Abbruch für sich in Anspruch, und zeichnet seine Stellung zu Frankreich 180
Er klagt, nach London und dem Haag hin, den Kaiser des Abbruches an 182
Die englische Regierung stellt den Grafen Gallas darüber zur Rede, der sich verantwortet 183
Das Vorurtheil der Engländer bleibt unerschüttert 187
Königin und Generalstaaten vertrösten Rakoczy 188
Ungarn in Wien wünschen neue Verhandlungen 188

Erneuter Krieg in Ungarn.
Gran von Rakoczy genommen und von Starhemberg wieder genommen 189
Wunsch des Kaisers die Friedenshandlung zu erneuern 190
Rakoczy wünscht das Eingreifen Carls XII. in den Krieg des Westens 190

Der schwedisch-sächsische Krieg und der Friede von Alt-Ranstadt.

Der Krieg bis zum Einmarsch Carls XII. in Sachsen.

Carl XII. in Lithauen 191
Treffen bei Fraustadt, 3. Februar 191
Schulenburgs Urtheil über dasselbe 192
Folgen des Treffens 194
Der Marsch Carls XII. nach Sachsen gerichtet 194
Ansichten seiner Räthe gegen und für den Einmarsch 195
Carl XII. gibt seine Absicht des Einmarsches kund 196

Seite
Er weist die Abmahnungen der Verbündeten zurück 196
Der Marsch durch Schlesien nach Sachsen 197
Besorgnisse der verbündeten Mächte 197
Ansicht des Kurfürsten Georg Ludwig 198
Friedrich I. erstrebt einen Bund von Schweden, England, Preußen . . 198
Die deutschen Fürsten treten Carl XII. nicht entgegen 199
Rakoczy sucht abermals Carl XII. zu gewinnen 199
Besorgnisse vor Carl XII. in Wien und in Regensburg 200
Graf Wratislaw als Gesandter an ihn 201
Der Friede von Alt-Ranstadt.
August II. entsendet Imhoff und Pfingsten an Carl XII. 201
Carl XII. schreibt die Friedensbedingungen vor 202
Der Friede zu Alt-Ranstadt gezeichnet, 14./25. September 202
Das Treffen bei Kalisch, 19./30. October 203
Carl XII. läßt dennoch den Frieden verkünden 203
Das Schweigen Augusts II. beläßt die Sache zweifelhaft 203
Imhoff und Pfingsten später angeklagt und verurtheilt 204
Carls XII. Absicht in Sachsen zu verweilen 205
Der Druck der Schweden auf Sachsen 206
Begegnung der Könige August II. und Carl XII. 206
Das Mistrauen Carls XII. steigert den Druck 207
Hoffnungen und Besorgnisse in Betreff Carls XII. 207
Carl XII., August II., Stanislaus, geschildert von Stepney 208
Carl XII., beurtheilt von Schulenburg 209

Weiterer Verlauf des Feldzuges am Oberrheine.

Markgraf Ludwig kann nicht die Offensive ergreifen 210
Er schildert seine Lage 211
Tadel des Kaisers Joseph I. gegen ihn 211
Er sendet den Generalstaaten eine Rechtfertigung ein 212
Er spricht Marlborough seine Klage aus 212
Der Feldzug endet thatlos 213
Handschreiben des Kaisers an den Markgrafen, vom 6. October . . . 213
Dank des schwäbischen Kreises für den Markgrafen 213
Die Generalstaaten erkennen die Rechtfertigung an 214
Abermaliges Handschreiben des Kaisers, vom 24. November 214
Markgraf Ludwig von Baden stirbt, 4. Januar 1707 214

Friedensversuche.

Verhältnis der Republik der Niederlande zu England.
Ludwig XIV. sucht im Haag anzuknüpfen 215
Plan der Whig-Partei auf die Garantie der hannöverschen Thronfolge durch die Republik 216
Die Republik fordert dafür eine starke Barriere in Belgien 217

Seite
Stellung der Republik zu England 217
Die Bischofswahl in Münster 218
Concessionen von England an die Republik auch in anderer Weise . . 219
Die damalige Ansicht englischer Staatsmänner über den demnächstigen Frieden 220

Friedensvorschläge Ludwigs XIV. bei der Republik.
Vorschläge Ludwigs XIV. bei Heinsius, im Juli und August 222
Auf die holländische Kritik derselben weitere Vorschläge 224
Marlborough hält den Standpunct des Engländers fest 225
Heinsius und Buys geneigt zu Concessionen für Philipp V. 225
Godolphins und Marlboroughs Urtheile über die Holländer, im September 226
Ansicht Chamillarts nicht hoffnungsvoll 227
Bemühungen Marlboroughs und Godolphins gegen die Friedensneigung in Holland 228
Der Sieg von Turin eröffnet für England die Aussicht auf das Gelingen des Planes gegen Toulon 228
Demgemäß die Engländer fester gegen die Friedensneigung in der Republik 229
Die Ansicht Godolphins als des leitenden Staatsmannes von 1706 . . 229
Nach der Ansicht Marlboroughs, die Holländer dennoch begierig nach dem Frieden 230
Sein Urtheil über ihr Verfahren in Brabant und Flandern 231
Die Stellung Carls XII. in Sachsen übt einen Druck auf die Holländer 232
Ludwigs XIV. neue Vorschläge durch den Kurfürsten Max Emanuel . 233
Die Königin Anna erklärt sich durch Marlborough, im Haag, nachdrücklich dagegen 233
Die Republik willigt in eine ablehnende Antwort an Max Emanuel . 234

Berathungen im Haag über die Fortsetzung des Krieges.
Denkschrift des Staatsrathes der Republik 235
Aufforderungen von Seiten der Republik an die Gesandten der Reichsfürsten 236
Beredung von Marlborough und Sinzendorf 237
Marlborough erlangt nicht den beantragten Vertrag mit der Republik . 237
Die Republik gestattet ihm nicht die Annahme der Statthalterschaft Carls III. 237

Die Angelegenheit der Real-Union von England und Schottland.

Die Angelegenheit vor der beiderseitigen Commission.
In der Commission die Whig-Partei überwiegend 238
Grundlage der Vorschläge von englischer Seite 239
Die schottischen Gegenvorschläge nicht in Betracht gezogen 239
Modalitäten der Union 240
Die Königin Anna äußert sich günstig 240

Seite

Die Sache der Union im schottischen Parlamente.
Haupteinwände der Schotten 241
Der erste principielle Kampf im Parlamente endet zu Gunsten der Hofpartei 242
Frage der Bestechung der Mitglieder 243
Gegner der Union und die Tactik derselben 243
Die Abneigung vieler Schotten gegen die Union im Wachsen 244
Die Plane einer allgemeinen Erhebung in Waffen, so wie einer allgemeinen Adresse vereitelt 244
Hamiltons Plan einer Protestation 245
Auch dieser Plan schlägt fehl 246
Die Landpartei entmuthigt 247
Die Vorlage der Commission im schottischen Parlamente angenommen . 248

Verhalten des kurfürstlichen Hauses in Hannover zur Angelegenheit der Union.
Die Königin verleiht dem Kurprinzen Georg August den Titel eines Herzogs von Cambridge 249
Heirath der Prinzessin Sophie Dorothee mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm 249
Aeußerung der Kurfürstin Sophie über die Ueberbringung des Titels . 250
Geringes Interesse der Kurfürstin für die Verhandlungen des schottischen Parlamentes 251
Ihr Zweifel an der Aufrichtigkeit der Königin 251
Differenz über die Uebergabe des Patentes des Titels 251

Die Königin Anna gegenüber der Whig-Partei in der zweiten Hälfte des Jahres 1706.

Die Whig-Partei verlangt die Ernennung von Sunderland zum Staats-Secretär 252
Godolphin tritt bei der Königin dafür ein 253
Die Königin widerstrebt 253
Die Whigs dringen aufs neue in Godolphin 254
Lady Marlborough wirkt mit ein 254
Auch Marlborough genöthigt mit einzutreten 255
Sein Schreiben vom 24. October 255
Das Verhältnis von Marlborough und Godolphin zu den Whigs und zu der Königin 256
Die Neigungen und Abneigungen der Königin der wichtigste Factor der Geschichte jener Zeit 257
Der Einfluß Harleys auf die Königin beginnt 257
Harley arbeitet gegen die Ernennung von Sunderland 258
Marlborough persönlich gegenüber gibt die Königin nach 259
Das Verhältnis zwischen der Königin und der Lady Marlborough gelockert 260
Marlborough und Godolphin nicht mehr ihre alleinigen Berather . . 261

Dreiunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1707.

Die Session des englischen Parlamentes im Winter 1706/7.

Seite

Bewilligungen für das Kriegsjahr 1707.
Die Thronrede und die Adressen beider Häuser 262
Das Parlament bewilligt die Ehren und Würden Marlboroughs für die weibliche Linie 263
Das Unterhaus bewilligt die geforderten Mittel 264
Sieges-Dankfest am 31. December (a. St.) 264
Harley erkämpft eine Nachforderung für 1706 265
Gesammt-Bewilligung so hoch wie nie zuvor 265
Die Partei Rochester machtlos 266

Die Union mit Schottland im englischen Parlament.
Die Thronrede der Königin für die Unions-Acte 267
Ihr persönliches Verhalten dazu 267
Die Hochkirche durch eine Acte sichergestellt 267
Das Oberhaus ratificirt die Unions-Acte mit großer Mehrheit . . . 268
Versuche im Unterhause gegen die Unions-Acte 268
Das Unterhaus ratificirt die Acte 269
Die Königin sanctionirt 269
Der Name Groß-Britannien 269
Die Whigs bezwecken durch die Union die Befestigung der hannöverschen Thronfolge 270
Marlborough und Godolphin brechen nicht ab mit St. Germain . . 270
Der Kurprinz Georg August beglückwünscht die Königin 271
Einmüthigkeit der Königin und des Parlamentes 271

Uebersicht der Kriegslage im Beginne des Jahres 1707.

Der Kriegeseifer Englands zwingt Ludwig XIV. zu neuen Anforderungen an Frankreich 272
Die höhere französische Geistlichkeit 273
Die Gefahr des Zusammen-Schlagens der Kriegesflammen von Ost und West 273
Ueberblick der anderen Kriegsschauplätze 274
Plan Ludwigs XIV. auf Italien für Spanien zu verzichten 274

Der Frühlings-Feldzug in Spanien.

Vor der Schlacht bei Almanza.
Carl III. wünscht die Regulirung des Oberbefehls 276
Die Vertreter der Mächte, in Lissabon, senden das Corps unter Rivers nach Catalonien 276
Der Kriegsrath in Valencia, im Januar 1707 277

Seite
Peterborough und Stanhope 278
Das Votum für die Offensive in London gut geheißen 279
Ludwig XIV. verstärkt die Armee in Spanien 279
Der Herzog von Orleans und Marschall Berwick 279
Galway und Das Minas 280
Carl III. hat mehr Vertrauen zu dem Holländer Noyelle 281
Er eröffnet, im Februar, den Generalen seinen Entschluß sich nach Catalonien zu begeben 281
Bericht des Generals Galway darüber 282
Misstimmung in London über diese Sachlage 283

Die Schlacht bei Almanza, 25. April.
Galway und Das Minas beabsichtigen ein Treffen 284
Berwick gibt ihnen die Gelegenheit 284
Bericht des Grafen Fuencalada über die Schlacht 285
Angaben Berwicks und Galways über das Treffen 286
Weiterer Plan des Herzogs von Orleans und Berwicks 286
Carl III. und Liechtenstein über die Schlacht und über Galway . . . 287
Für einen Verrath Galways kein positiver Anhaltspunct 287

Folgen der Schlacht bei Almanza.
Eine Reihe von Städten in Valencia und Arragonien genommen . . 288
Anklage in England gegen Carl III. wegen Almanza 289
Denkschrift von Gallas, Hoffmann, Zinzerling an die Königin . . . 290
Die Truppen der Verbündeten in Spanien wünschen den Prinzen Eugen als Führer 291
Darlegung des Standes der Dinge von Carl III. für Marlborough, 11. Juli 291
Er wünscht, unter Anderem, kaiserliche Truppen und den Prinzen Eugen 292
Abneigung der Mannschaft aus nördlichen Ländern gegen Spanien . . 294
Gefahr für Carl III. im Juli 295

Der Krieg in Italien 1707.

Bis zum Vertrage von Mailand, 23. März.
Prinz Eugen weist einen Friedensantrag Vaudemonts zurück 295
Das Verbleiben der Hessen in Italien 296
Carl III. ernennt den Prinzen Eugen zum Statthalter von Mailand . 297
Die Beziehungen der großen Mächte zu dem Herzoge Victor Amadeus 297
Seine Forderungen an den Kaiser 298
Hoffnung der englischen Regierung auf Victor Amadeus für den Plan gegen Toulon 298
Rückblick auf die Geschichte dieses Planes 299
Der kaiserliche Plan auf Neapel nicht durch die Kunde desjenigen gegen Toulon angeregt 300
Marlborough betreibt den Plan gegen Toulon 301
Er erklärt sich gegen eine Expedition nach Neapel 301

Seite
Motive in Wien für diese Expedition 302
Beschluß der Expedition in Wien, 20. Februar 303
Einwand des Staats-Secretärs Sunderland bei Gallas 303
Eröffnung des englischen Cabinets über die zwei Plane an Victor Amadeus 304
Geheimnis des Planes gegen Toulon 304
Der Prinz Eugen über beide Plane an den Kaiser 305
Frankreich bietet die Capitulation der noch besetzten Plätze an 305
Der Vertrag von Mailand, 23. März 306
Fortdauer der Differenzen über die Unternehmungen gegen Toulon und nach Neapel.
Victor Amadeus von den Seemächten begünstigt, fordert vom Kaiser die Ausführung des Vertrages 307
Steigen der Abneigung gegen eine Unternehmung nach Neapel einerseits, des Eifers für dieselbe andererseits 309
Die Stellung des Herzogs Victor Amadeus dazu 309
Nachlassen des Widerspruches gegen einen Zug nach Neapel, im April 310
Der Plan auf kaiserlicher Seite festgestellt 311
Auf die Nachricht von Almanza wird der Widerspruch in London stärker 311
Die Königin und Harley darüber zu Gallas 312
Handschreiben der Königin an Kaiser Joseph I., 6./17. Mai 312
Steigender Mismuth in London gegen den Kaiser 313
Die Meldungen aus Turin und der Bericht des Prinzen Eugen nicht vereinbar 314
Unterredung des Prinzen Eugen mit Chetwynd 315
Verhalten des Herzogs Victor Amadeus bei der Feststellung des Planes gegen Toulon 316
Kaiser und Prinz Eugen halten fest an dem Plane gegen Neapel . . 317
Die Expedition nach Neapel.
Stellung des Papstes Clemens XI. zum Kaiser Joseph 317
Cardinal Grimani als kaiserlicher Botschafter in Rom 318
Beschwerden des Kaisers gegen Clemens XI. 319
Clemens XI. fügt sich widerstrebend in die Forderung des Durchzuges . 320
Erfolg der Kaiserlichen im Königreiche Neapel 320
Starke Misstimmung über diese Expedition in England 321
Schreiben Ludwigs XIV. an Papst Clemens XI., vom 15. Februar . 321
Verdacht in England gegen den Kaiser 322
Schreiben des Kaisers an den Grafen Gallas, 22. Juni 322
Gallas eröffnet die Absicht des Kaisers, 6000 Mann nach Spanien zu senden 324
Umschlag der Stimmung der englischen Minister 324
Nochmals das eigentliche Verhältnis des Krieges in Spanien 325
Die Unternehmung gegen Toulon.
Hoffnungen in England auf den Plan gegen Toulon 326
Victor Amadeus und Briançon im Voraus auf das Mislingen bedacht 327
Aufbruch der verbündeten Truppen im Juni 327
Der Plan im Juni den Franzosen nicht mehr ein Geheimnis . . . 328

Seite
Briefe des savoyischen Gesandten Briançon in Versailles 329
Zu Ende Juni in Versailles über den Plan kein Zweifel mehr . . . 330
Der Marschall Tessé über seine Anstalten bei Toulon 330
Marsch der Verbündeten im Juli 331
Ankunft der Verbündeten und Kriegsrath, 25. Juli 332
Marlboroughs Urtheil über die geringe Hoffnung des Prinzen Eugen . 333
Ansichten in Versailles 334
Die Hoffnung des Prinzen Eugen nicht im Steigen 334
Mangel an den Erfordernissen für eine Belagerung 335
Untersuchung, ob dies lediglich Nachlässigkeit 335
Victor Amadeus wendet abermals die Expedition gegen Neapel vor . . 336
Klage des Prinzen Eugen über den Herzog 337
Verstärkung der Franzosen bei Toulon 337
Der Prinz Eugen erklärt die Belagerung für unausführbar 338
Marschall Tessé erringt Vortheile 339
Beschwerde des Prinzen Eugen über die Engländer 339
Der Rückzug von Toulon 340
Belagerung und Einnahme von Susa, 3. October 341
Urtheile über das Mislingen der Unternehmung gegen Toulon.
Die Ansicht Marlboroughs 341
Engländer setzen nicht, wie einige Holländer, ein Mistrauen in Victor Amadeus 342
Von savoyischer Seite immer wieder die Expedition nach Neapel vorgerückt 343
Die Vorliebe der Engländer verbleibt dem Herzoge Victor Amadeus . 343
Der Holländer Lamberty über einen Druck von Carl XII. auf Victor Amadeus 344
Der Franzose La Lande über dieselbe Frage 345
Der Oesterreicher Wagner über dieselbe Frage 347
Ueberblick des Verhaltens von Victor Amadeus 347

Der Schwedenkönig Carl XII. in Sachsen.

Die Zeit bis zur Anerkennung des Königs Stanislaus durch Kaiser Joseph I., 6. März.
Die Frage der Anerkennung des Königs Stanislaus 350
Joseph I. will Carl XII. nicht einen Anlaß zur Unzufriedenheit geben . 350
Joseph I. will die 1200 Russen in seinem Dienste nicht ausliefern . . 351
Sinzendorf zu Piper über die Hindernisse der Anerkennung des Stanislaus 351
Piper erwiedert, daß nach der Anerkennung Carl XII. die Russen nicht fordern werde 352
Sinzendorf mistrauisch wegen der französischen Gesinnung vieler Polen 353
Die Flucht der Fürstin Rakoczy 353
Carl XII. hat kein Verständnis mit Frankreich 353
Friedrich I. von Preußen zuerst erkennt Stanislaus an 354
Carl XII. verlangt die Anerkennung von jeder Macht einzeln 354

Seite
Sein Plan gegen Moskau, nach den Worten Cederhielms 355
Aehnlich Görtz, daß Carl XII. dem Kaiser nicht feindselig, im Februar 356
Berathungen in Wien über die Anerkennung von Stanislaus, im Februar 357
Beschluß der Anerkennung, jedoch vorher Bedingungen 357
Piper weist jede Bedingung vorher zurück 358
Entsprechend der schwedische Gesandte in London 359
Carl XII. damals nicht die Absicht einer Bedrohung des Kaisers zu Gunsten der Protestanten 359
Carl XII. will nicht die Vermittelung eines Friedens mit dem Czaren Peter I. 360
Besorgnis Sinzendorfs vor französischen Bemühungen bei Carl XII. . 360
Andauernde Spannung zwischen August II. und Carl XII. 361
August II. lehnt den Vorschlag von Gewalt gegen die Person Carls XII. ab 362
Augusts II. Klage und Bitte bei dem Kaiser 363
Sinzendorf sucht bei Piper vergeblich Bedingungen der Anerkennung zu erhalten 364
Piper betheuert abermals, daß Carl XII. kein Einverständnis mit Frankreich habe, 8. März 365
Sinzendorf bereitet bei Piper und dem Könige Stanislaus den Schritt der Anerkennung vor 366
Sinzendorfs Audienz bei Carl XII. wegen der Anerkennung 367
Desgleichen bei Stanislaus 367
Bis zur Erfüllung der Forderungen Carls XII. an August II., 8. April.
Der französische Gesandte Bezenval in Leipzig 368
Sinzendorfs Bemühungen gegen die Zulassung desselben vergeblich . . 368
Die Propositionen des Bezenval bei Carl XII. 369
Erwägungen Sinzendorfs über die Anwesenheit des Bezenval 370
Aeußerungen des Königs Stanislaus über Carl XII. und Frankreich . 370
Schwedische Antwort auf die Wünsche des Kaisers 371
Schwedische Werbung in Breslau gewaltsam verhindert 372
Graf Zobor und der schwedische Gesandte Stralenheim in Wien . . . 372
Versuch des Kaisers eine Milderung der Bedingungen für August II. zu erlangen 374
Piper lehnt die Verwendung der Gesandten ab, 7. April 375
Audienz des Generals Revel bei Carl XII. 375
August II. entschließt sich Patkul auszuliefern 376
Er beglückwünscht Stanislaus als König 377
Beginn der Forderungen Carls XII. an den Kaiser Joseph I.
Bezenval im Verkehre mit Piper 378
Carl XII. fordert in einer Denkschrift vom Kaiser die Auslieferung der 1200 Russen, 11. April 378
Einwendungen Sinzendorfs bei den schwedischen Ministern 379
Seine Besorgnis, daß Carl XII. die Religion in Schlesien zum Vorwand nehme 380
Ansicht des Königs Stanislaus über die Sachlage 381

Seite
Sinzendorf vergleicht seine Stellung mit derjenigen des Bezenval . . 382
Die Angelegenheiten des Zobor und der Breslauer Werbung 382
Der Besuch Marlboroughs bei Carl XII.
Marlborough faßt die Absicht einer Reise zu Carl XII., im Februar . 383
Seine Reise dahin, im April 384
Audienz bei Carl XII. 384
Begegnung Marlboroughs auch mit August II. und Stanislaus . . . 385
Marlborough bei Friedrich I. 386
Marlboroughs Urtheil über die Armee Carls XII. 387
Seine Berichte über das Ergebnis seiner Reise 387
Er mahnt Carl XII. ab, sich in die Religionssache zu mischen . . . 388
Er gibt nach Wien hin den Rath die Russen auszuliefern 389
Der Rath wirkt bei Carl XII. zum Nachtheile des Kaisers 390
Steigende Gereiztheit Carls XII. wider den Kaiser, im Mai.
Carl XII. läßt in drohender Weise dem Kaiser drei Forderungen stellen, 7. Mai 390
Sinzendorfs Bericht über diese Lage der Dinge 391
Sinzendorf hat an den Gesandten der Seemächte keine Stütze . . . 391
Berathungen der Conferenz in Wien 392
Sie verneinen ein Recht Carls XII. auf die Auslieferung der Russen . 392
Sie verneinen die Zweckmäßigkeit eines Nachgebens 393
Ihre positiven Vorschläge durch Stralenheim an Carl XII., 16. Mai . 393
Die Flucht der 1200 Russen vom Rheine durch Franken und Böhmen 395
Der Gesandte Oberg verneint eine französische Einwirkung bei Carl XII. 397
Bemühungen des Königs Stanislaus zu vermitteln 397
Erörterungen im schwedischen Hauptquartiere über den Durchzug der Russen 398
Carl XII. schenkt den Darlegungen keinen Glauben, sondern fordert Genugthuung 400
Verhalten der Seemächte zu der schwedisch-kaiserlichen Differenz.
Unterredung des Grafen Goes und des Rathspensionärs 401
Goes im Hauptquartiere bei Marlborough 401
Marlborough räth zur Zeit etwas nachzusehen 402
Die Meldungen der Gesandten Robinson und Kranenborg 403
Auf Goes' nachdrückliche Rede verspricht Heinsius eine Abmahnung an Carl XII. 403
Marlborough an den Grafen Piper, 6. Juni, gibt im Principe Carl XII. Recht 403
Auch in London die Stimmung dem Kaiser ungünstig 404
Unterredung zwischen Gallas und Godolphin 404
Deferenz Friedrichs I. vor Carl XII. 405
Carl XII. vermuthet überall übelen Willen des Wiener Hofes . . . 405
Ansicht des Prinzen Eugen über die Sachlage 406
Abermalige Erwägung der Besorgnisse vor Carl XII. in Wien . . . 407
Joseph I. läßt Carl XII. zur Hülfe gegen Ludwig XIV. auffordern . 408
Gleichzeitig trägt Villars den Schweden Waffengemeinschaft an . . . 408

Seite

Frage der Abmahnung Carls XII. an Victor Amadeus in Betreff Toulons 409
Das Handschreiben der Königin Anna an Carl XII. 410

Carl XII. fordert Genugthuung von Joseph I.

Carl XII. spricht sich aus, daß er Genugthuung fordere 410
Weder er noch ein Minister äußern sich, worin dieselbe bestehe . . . 411
Joseph I. erbietet sich, ein Mitglied des geheimen Rathes zu senden . 412
Piper nimmt nur bedingungsweise an 412
Einwendungen Sinzendorfs 413
Piper formulirt die Vorbedingungen 413
Carl XII., nicht im Bündnisse mit Frankreich, beobachtet dennoch den Ausgang des Feldzuges 414
Die Gesandten der Mächte in Leipzig für das Nachgeben 415
Besondere Rathschläge Sinzendorfs an Wratislaw in Betreff von Geschenken 415
Antwort Carls XII. an die Königin Anna 416
Charakteristik dieser Antwort 416
Erklärung des Kaisers an die Seemächte 417
Carl XII. begnügt sich mit der Auslieferung Zobors und des Breslauer Adjutanten 418

Die Sendung des Grafen Wratislaw an Carl XII., im Juli.

Instruction des Grafen Wratislaw 419
Eine Forderung Carls XII. in Betreff kirchlicher Zustände bis dahin nicht erhoben 420
Piper fordert das Angebot einer Satisfaction 420
Antworten der Seemächte auf die Erklärung des Kaisers 421
Graf Wratislaw in Leipzig, 26. Juli 422
Carl XII. legt vier Regimenter in Schlesien 422
Erbieten Wratislaws an die seemächtlichen Gesandten 423
Er weist die Reden Stralenheims ab 423
Seine Unterredung mit Piper, 29. Juli 424
Bemühungen des Königs Stanislaus bei Carl XII. 426
Carl XII. läßt neue Vorschläge fordern 427
Die seemächtlichen Vermittler bringen den Religionspunct ein . . . 428
Wratislaw gibt denselben nicht zu 429
Piper erklärt, daß Carl XII. an dem Religions-Puncte fest halte, 4. August 429
Wratislaw nimmt den Krieg in Aussicht 430
Carl XII. enthebt die seemächtlichen Vermittler ihrer Thätigkeit . . . 430
Wratislaw an den Kaiser über die Sachlage, 6. August 431
Die Aussicht auf die Abreise Wratislaws thut einige Wirkung . . . 431
Conferenz zwischen Wratislaw, Piper und Hermelin, 8. August . . . 432
Carl XII. fordert für Schlesien die Herstellung des westfälischen Friedens, 10. August 432
Gleichzeitiger Beschluß derselben Richtung in Wien 433
Die Frage der Einwirkung des Standes der Dinge vor Toulon . . 433

Seite
Berathung der schwedischen Forderung in Wien, 13. August 435
Der Beschluß entspricht nicht der schwedischen Forderung 435
Wratislaw verlangt von Wien her schleunige Entscheidung 436
Er dringt durch ein eigenes Schreiben in den Kaiser persönlich . . . 437
Die schwedischen Truppen in Bewegung, 21. August 438
Gründe Wratislaws für seine Unterschrift, 27. August 438
Unterschrift und Audienz Wratislaws bei Carl XII., am 1. September 440
Ratification des Kaisers vom 6. September 440
Besuch Carls XII. in Dresden 441
Unzufriedenheit der schwedischen Armee über den Abschluß des Vertrages 441
Sinzendorf übergibt die Ratification vor dem Betreten Schlesiens, 11. September 441
Papst Clemens XI. und Kaiser Joseph I. über den Vertrag von Alt-Ranstadt.
Breve des Papstes Clemens XI. 442
Antwort des Kaisers Joseph I. 442
Rückblick auf den Aufenthalt Carls XII. in Sachsen.
Die allmählich erfolgende Aenderung bei Carl XII. 444
Von Ende Juni an mitwirkend die Kunde des Planes gegen Toulon . 444
Der neue Vorwand des Schutzes der Lutheraner reift zum selbständigen Zwecke 445
Der Czar Peter in Polen 446

Franz Rakoczy im Jahre 1707.

Stand der Dinge für Franz Rakoczy zu Ende 1706.
Neue Friedensversuche des Kaisers von Rakoczy abgelehnt 447
Rakoczy sucht abermals mit Carl XII. und Stanislaus anzuknüpfen . 447
Er hat keinen Verlaß auf die Türken 449
Sein Verhältnis zu Ludwig XIV. 450
Der Zustand in Ungarn 451
Die Angelegenheit des Bündnisses mit Frankreich 452
Vorbereitung des Landtages von Onod.
Ludwig XIV. fordert durch Desalleurs die Absage an das Haus Habsburg 453
Rakoczy und sein Senat in Rosenau, im December 1706 453
Sein Wunsch bei der Königin von England und den Generalstaaten auf Betheiligung an dem allgemeinen Friedensschlusse 454
Abmahnung der Königin durch ein Handschreiben, 23. Januar 1707 . 455
Directe Abmahnung des Agenten Betes von den Rosenauer Beschlüssen 456
Charakteristik der Politik Ludwigs XIV. in Betreff Ungarns 457
Erneute Abmahnung von Betes an Rakoczy, 19. April 458
Betes bereit zur Reise nach Ungarn vor dem Landtage 459
Betes, nach Paris geladen, wird von Torcy betrogen 460
Max Emanuel wünscht nicht seine Wahl zum Könige von Ungarn . . 460
Die beiderseitige Machtstellung in Ungarn.
Die Macht des Kaisers nicht ausreichend zur nachdrücklichen Offensive . 461

Seite
Im Osten Rakoczy freie Hand 462
Er läßt sich in Maros-Vasarhely huldigen 462

Der blutige Landtag von Onod, im Mai.
Das Ausschreiben zum Landtage von Onod 463
Das Geheimnis des Zweckes 463
Der eigentliche Urheber 463
Reelle Mittel für Rakoczy und Bercseny 464
Bericht des Rakoczy über den Anlaß der Blutthat von Onod 464
Bericht des Vetes über diese Sache 465
Form und Inhalt der Absage an Kaiser Joseph und sein Haus . . . 469
Weitere Verhandlungen des Landtages von Onod 471

Die Stellung von Rakoczy zu Frankreich nach Onod.
Die Ankunft des Vetes bringt Klarheit über den französischen Plan . . 471
Reden des Gesandten Desalleurs nach Onod 472
Denkschrift von Vetes über das Verhältnis zu der Türkei und zu Frankreich 473
Kern derselben der Rath zur Unterwerfung 474
Rakoczy geht auf den Rath nicht ein 474

Aussicht für Rakoczy auf die polnische Krone.
Der Czar Peter stellt für Rakoczy die polnische Krone in Aussicht . . 475
Antwort Carls XII. auf die Anfrage Rakoczys 475
Die Palatine Siniawska über die Zustände in Polen 476
Vertrag des Czaren Peter mit Rakoczy, 21. September 476
Der Vertrag der Ausdruck der Furcht des Czaren 477
Hindernisse gegen die Aussicht Rakoczys 478
Fortdauernde Täuschung der Ungarn über Frankreich 479

Verhalten der Seemächte zu den ungarischen Wirren.
Die Generalstaaten wollen den Kaiser zum Frieden drängen, 30. Juni 479
Entsprechende Berathungen in Kensington 480
Die seemächtlichen Gesandten in Wien über Onod an Rakoczy . . . 481
Seine ablehnende Antwort 481
Der Papst Clemens XI. über die Beschlüsse von Onod 482

Die Kriegsereignisse in Ungarn.
Frage im kaiserlichen Rathe, ob Siebenbürgen aufzugeben 483
Wratislaw darüber an Marlborough, im September 483
Rabutin stellt in Siebenbürgen die kaiserliche Herrschaft her 484
Rückblick auf das Verhalten der Seemächte in Betreff Siebenbürgens . 484
Aufwachsen einer Friedenspartei in Ungarn 485
Urtheile der seemächtlichen Gesandten darüber 485

Der Feldzug am Oberrheine.

Die Reichsarmee.
Mahnungen der Generalstaaten an den Reichstag 486
Erörterung über die Reichs-Contingente 486
Verantwortung Friedrichs I. 487

Seite
Die Leistungen der vier vorderen Kreise 488
Markgraf Christian Ernst von Baireuth 488
Kurfürst Lothar Franz von Mainz 488
Der Reichstag wünscht den Prinzen Eugen als Feldherrn am Rheine . 489
Der Kaiser kann, um Englands willen, nicht gewähren 489
Er bestimmt die 8000 Mann Preußen an den Rhein 489
Seine Beschwerde über Friedrich I. 490
Bericht des Grafen Gallas in London darüber 490
Friedrich I. abermals in Anknüpfung mit Frankreich 491
Marlboroughs Lob für Friedrich I. 491
Ansicht Ludwigs XIV. über Marlboroughs Reise 491
Marlboroughs Urtheil über die Reichsarmee 492

Einbruch des Marschalls Villars.

Der Verräther Elcin 492
Die zwei Denkschriften desselben über die Linien von Stollhofen . . . 493
Villars eignet die Gedanken derselben sich an 494
Er nimmt die Linien von Bühl und Stollhofen 495
Sein Plan Süddeutschland in Contribution zu setzen 495
Verwendung dieser Brandschatzungen 497
Betrag derselben 497
Disciplin der Truppen des Marschalls Villars 497
Der Markgraf von Baireuth von Marlborough kritisirt 498
Gegen den Tadel Friedrichs I. verantwortet sich der Markgraf . . . 499
Die negative Mitschuld Friedrichs I. an dem Unglücke 500
Marlborough bestimmt die Sachsen im Solde der Seemächte nach dem Oberrheine 500

Kurfürst Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg Oberfeldherr am Rheine.

Der Kurfürst von der Pfalz schlägt Georg Ludwig zum Oberfeldherrn vor 501
Dieser anfangs nicht willig 501
Ludwig XIV. hemmt die Fortschritte des Marschalls Villars 502
Georg Ludwig nimmt an, jedoch mit Bedingungen 503
Die Erfordernisse für eine Reichs-Operations-Casse 503
Mercy schlägt das Corps unter Vivant, 24. September 504
Der Kurfürst, nicht stark genug zur Offensive, zieht neue Linien . . . 504

Das Verhalten der Reichsstände.

Scharfer Tadel der Generalstaaten 505
Urtheil eines Engländers über die Mitschuld der Seemächte 506
Friedrich I. von Brandenburg-Preußen 506
Er erwirbt, durch die Gunst der Seemächte, Neufchatel und Valengin . 507

Weiterer Verlauf der Angelegenheiten in Spanien.

Carl III. erhält nicht die versprochenen kaiserlichen Truppen 508
Bedrängte Lage Carls III. 508

Seite
Der Engländer Stanhope nutzt diese Lage aus 509
Seine Meinungen über die Theilung des spanischen Erbes 510
Die Aussichten auf eine männliche Descendenz für Joseph I. gering . 510
Wunsch der Oesterreicher für eine Heirath Carls III. 511
Carl III. will sich in Spanien behaupten 511
Zeitweilige Spannung der Brüder 511
Wratislaw wirkt besänftigend ein 512
Nicht der Prinz Eugen, sondern Starhemberg soll kommen 513
Fortschritte der Franzosen, auch gegen Portugal 513

Der Feldzug in den Niederlanden.

Bestand der Armeen 513
Vendome mehr geneigt zu einem Treffen als Marlborough 514
Die holländischen Feld-Deputirten und Marlborough 515
Der Rückmarsch der Verbündeten auf Hal 515
Der Bericht Marlboroughs im Gegensatze zu demjenigen Goslingas . 516
Urtheil Goslingas über den Entschluß Marlboroughs 517
Gehobene Stimmung der Franzosen 517
Andauernde Unthätigkeit 518
Aufbruch beider Armeen am 10. August 518
Gefahr für die französische Armee 519
Thatloser Verlauf des Feldzuges 519
Charakteristik Marlboroughs von Goslinga 520

Berathungen für den nächsten Feldzug.

Beredungen in Mainz, Ende October.

Marlborough redet für Verstärkung der Armee 522
Kurfürst Georg Ludwig über die Reichsarmee 523
Die Frage der Beschaffung einer Million Thaler im Reiche 523
Marlborough über die Lage der Dinge im Reiche an Friedrich I. . . 524
Er erreicht dort keine Hülfe für das Reich 524
Er vereitelt den Wunsch Georg Ludwigs seine Truppen an den Rhein zu rufen 525

Berathungen im Haag, im November.

Denkschrift des Staatsrathes über die Macht und die Hülfsquellen Frankreichs 525
Demgemäß die Gefahr für die Republik 527
Gleichzeitiges Verhalten des Parlamentes von Paris 527
Marlboroughs Plan der Vermehrung der Armee 528
Die Provinz Holland zuerst, dann die anderen bewilligen 529
Victor Amadeus und die Fortdauer seiner Offensive 529
Marlboroughs Bemühen um die Belassung der Preußen in Italien . 530

Wachsen der Differenz zwischen der Königin und dem Ehepaare Marlborough.

Seite

Furcht der Königin vor der Whig-Partei 530
Sie sucht ihre Unabhängigkeit zu wahren bei der Ernennung von Bischöfen 531
Marlborough und Godolphin über Harley 532
Lady Marlborough über Abigail Hill 533
Die Freundschaft der Königin und der Lady Marlborough vorher schon im Erkalten 533
Abigail Hill und Sir Robert Harley 534
Abigail Hill ist Jacobitin 535
Lady Marlborough ahnt das Verhältnis der Königin zu Abigail Hill, im Mai 535
Heirath der Abigail Hill mit Herrn Masham 536
Unmuth der Lady Marlborough gegen Frau Masham 536
Wichtigkeit dieser Differenzen 537
Marlborough stellt der Königin die Alternative von Harley oder Godolphin, im August 538
Die Königin weicht aus 538
Demnach wagt Harley noch nicht den Kampf 540
Marlborough drängt aufs neue, 15. September 540
Die Königin willfahrt nicht 541

Zweiunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1706.

Das englische Parlament im Winter 1705/6.

Die Thronrede und die Adressen.

Das englische Parlament trat zusammen am 25. October/ 5. November 1705. In Folge der bereits im August ergangenen Verkündigung, daß die Regierung den als Whig bekannten Smith zum Sprecher des Unterhauses wünsche, hatten auch die Tories sich beeifert, alle Mitglieder für ihren Candidaten Bromley aufzubieten. Selten daher hatte man ein so volles Unterhaus gesehen. Die Soll-Zahl der Mitglieder betrug 513, der wirkliche Bestand in der Regel etwa 300; dies Mal jedoch zählte man 454 Anwesende. Demnach harrte auch das gesammte Königreich mit der entsprechenden Spannung des Ausganges dieser Wahl, welcher die Stärke der Parteien im Unterhause constatiren würde. Von der Tory-Partei aus bekämpfte Seymour die Wählbarkeit Smiths zum Sprecher, weil er Mitglied des geheimen Rathes der Königin sei. Harley widerlegte den Einwand durch den Hinweis, daß Seymour selber als geheimer Rath unter Carl II. dennoch zugleich Sprecher des Unterhauses gewesen sei. Demnach ging die Wahl vor sich. Bromley erhielt 205 Stimmen, Smith 249. Es war dadurch klar gestellt, daß die vom Hofe abhängigen Mitglieder für Smith gestimmt hatten [1]).

Im Sinne der Königin und Godolphins war dies aber keineswegs ein Uebergang zur Whig-Partei. Ihr Streben war unabhängig

[1]) Lamberty t. III, p. 701.

zu bleiben von der einen Partei wie von der anderen und dadurch die Entscheidung zu geben von Fall zu Fall.

Zwei Tage später erschien die Königin im Ornate im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und verlas ihre Thronrede. Diese hat, wie auch die früheren, in ihrem Wortlaute nicht die Bedeutung derjenigen Wilhelms III. Der König verfaßte selber seine Thronreden, ohne und, je nach den Umständen, auch gegen den Rath seiner Minister: aus dem Munde der Königin Anna redete ihr damaliger Berather Godolphin. Der gewichtvolle Inhalt der Rede jedoch verdient unsere volle Aufmerksamkeit[1]).

Als das Motiv für die Anwesenheit so ungewöhnlich vieler Mitglieder sah die Thronrede an die allgemeine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit den Krieg fortzuführen. Denn augenscheinlich werde, wenn der französische König Herr der spanischen Monarchie bleibe, das Gleichgewicht der Mächte Europas aufgehoben, und der Handel und der Wohlstand der Welt von Frankreich aufgesogen. Kein guter Engländer könne sich bei einer solchen Aussicht beruhigen. Und dazu sei ja nun bereits der Grund gelegt, die spanische Monarchie dem Hause Oesterreich zurückzustellen. Das Gelingen dieses Unternehmens verbürge für England nicht bloß Sicherheit und Vortheil, sondern auch Ruhm und Ehre. Gegenüber den Friedensgerüchten, welche Ludwig XIV. hatte verbreiten lassen, fügte die Königin noch mit Nachdruck die Erfahrung hinzu, daß kein Friede mit Frankreich länger dauere als bis zu der ersten Gelegenheit, die Frankreich sich ersehe, die Bundesgenossen zu theilen und sie vereinzelt anzugreifen.

In Bezug auf die spanische Monarchie erkennen wir also den Gedanken wieder, welchen Marlborough einige Wochen zuvor im Haag gegen die Friedensneigungen geltend gemacht und welchen dann Godolphin in die Thronrede einzubringen ihm versprochen hatte. Der Gedanke ist der wichtigste in der ganzen Rede. Er verkündet laut und öffentlich ein Princip des großen Krieges, weit hinaus über die Grundlage der großen Allianz vom 7. September 1701, und zwar nicht etwa dem Hause Habsburg zu Gefallen, sondern im eigenen Interesse von England.

[1]) Commons Debates vol. III, p. 443. — Die Thronrede, sowie die Adressen auch bei Lamberty t. III, p. 702 et suiv.

Der nächst wichtige Gedanke in der Thronrede war die unbedingte Erklärung der Königin für die Union der beiden Königreiche, England und Schottland. Sie kündigte an, in nächster Zeit Commissarien zu ernennen, welche einen Vertrag entwerfen würden. — Sie redete weiter von einer anderen Einigung, derjenigen der Gemüther in England, also von dem Aufhören des Parteikampfes. Die Königin selbst mochte darauf nicht große Hoffnung setzen. Aber sie legte auf die Mahnung um so stärkeren Nachdruck, weil von der Tory-Partei aus in Schrift und Druck sogar der Ruf ergangen war: die Hochkirche sei in Gefahr. Godolphin hatte der Königin den Gefallen erwiesen, an dieser Stelle die Thronrede zu einer Selbstvertheidigung für sie persönlich zu gestalten.

Es war also die Frage, wie das englische Parlament die wichtigen Gedanken der Thronrede aufnehmen würde.

Zuerst antwortete das Oberhaus, in welchem die Whig-Partei unbestritten die Mehrheit besaß. Die Adresse war bis auf die Union mit Schottland, deren keine Erwähnung geschah, in den Gedanken der völlige Widerhall der Thronrede, in den Worten schärfer, nachdrücklicher. Lord Nottingham bot seine Beredtsamkeit auf, um hier und da eine mildere Fassung hinein zu bringen. Es war vergeblich. Indem die Adresse überquoll vom Lobe für die Königin persönlich, von ihrem Eifer für die Hochkirche, ihrer Sorgfalt für den Frieden ihrer Unterthanen unter sich, wandte sie sich in heftigen, drohenden Worten wider diejenigen, welche diesen Frieden stören würden, wider die Brandstifter, die in grundloser und unvernünftiger Eifersucht die Gefahr für die Kirche predigten, und deren Bosheit daher eingedämmt werden müsse. Mit anderen Worten: um die Friedensliebe der Königin zu feiern, schleuderte die Whig-Partei, da ja sie die Mehrheit besaß, auf die Tory-Partei Ausdrücke, unter denen eher etwas Anderes sich verbarg als eine Sehnsucht nach dem Frieden.

Stärker noch als die Adresse der Lords wiederholte diejenige des Unterhauses den hauptsächlichen Gedanken der Thronrede. „Wir sind vollaus überzeugt, sagt sie, daß das Gleichgewicht der Macht in Europa nicht hergestellt werden kann, als bis die spanische Monarchie sich im Besitze des Hauses Oesterreich befindet, und daß kein Friede mit Frankreich sicher und dauernd sein wird, so lange es in der Macht des französischen Königs steht, ihn zu brechen. Und

darum sind die getreuen Commons völlig entschlossen, Ew. Majestät wirksam in den Stand zu setzen den Krieg mit Nachdruck zu führen, Ihre Bundesgenossen zu unterstützen, und für diejenigen Verträge aufzukommen, welche Ew. Majestät für nothwendig erachten, um die überwachsende Macht Frankreichs zu reduciren."

Die Worte lauten wie eine erneuerte Kriegserklärung wider das Frankreich Ludwigs XIV., und zwar die schärfste, die gedacht werden konnte.

Der kaiserliche Gesandte, Graf Gallas, faßt den Eindruck der drei gewichtigen Actenstücke auf ihn in die Worte: „Auch das Unterhaus hat so geantwortet, daß Ew. Majestät nunmehr von allen guten Dispositionen hiesigen Ortes — wenn nicht etwa ein unvermuthetes Verhängnis dazwischen tritt — gleichsam in voller Sicherheit stehen können[1])."

Nicht ein unvermuthetes Verhängnis trat fünf Jahre später ein, sondern die Wandelbarkeit der Menschen, die auch im Jahre 1705 schon vorhanden war, entwickelte sich dann in kaum geahnter Weise. Eben darum ist zur Klarstellung der Gegensätze von Ende 1705 und Ende 1710 und ferner, auf diese drei Actenstücke vom November 1705 mit Nachdruck hinzuweisen.

Auch die Adresse des Unterhauses gedachte nicht der schottischen Angelegenheit, behielt also diese sich bevor. Dagegen feierte sie in ähnlichen Ausdrücken, wie diejenige des Oberhauses, die Persönlichkeit der Königin. „Es fehlen uns die Worte, sagt die Adresse, das tiefe Gefühl der Dankbarkeit auszusprechen für die vielen Segnungen, deren wir uns unter Ew. Majestät glücklicher Regierung erfreuen." So die Whig-Mehrheit im Unterhause im Jahre 1705. Sie hatte als Minderheit ebendort in den drei Jahren zuvor eine andere Rede geführt. Aber in Betreff derjenigen, von denen aus das Wort von der Gefahr für die Kirche von England ergangen war, also der Partei Rochester, redete auch die Adresse des Unterhauses, also die Whig-Mehrheit, entsprechend derjenigen des Oberhauses. „Ew. Majestät exemplarische Frömmigkeit und standhafte Treue für die Kirche von England lassen keinem Zweifel Raum, daß jenes Gerede ausgegangen ist von den Feinden Ew. Majestät und des Königreiches." Keine der Adressen des Parlamentes an Carl II., an Jacob II., an Wilhelm III. enthält einen solchen

[1]) Bericht vom 17. November 1705.

Cultus vor der königlichen Persönlichkeit, wie diejenigen der Whig-Mehrheit in beiden Häusern des Parlamentes von 1705/6.

Dieser Eifer der Parteien um die Gunst der Königin berechtigt zu dem Schlusse, daß, wenn auch immer früher, wie die Zeitgenossen berichten, in einigen Whigs eine republikanische Tendenz vorhanden gewesen sein mochte, diese in Folge des nationalen Kampfes von England gegen das Haus Bourbon sich im Absterben befand.

Die Angelegenheit der Union mit Schottland war, wie oben gesagt, einer anderen Adresse vorbehalten. Die Thronrede hatte die mit der Frage der Union eng verbundene Sache der Thronfolge nicht erwähnt. Die zweite Adresse des Unterhauses anerkannte die treue Sorgfalt der Königin für die Wohlfahrt beider Königreiche, ferner für die Feststellung der Thronfolge in Schottland auf das Haus Hannover, und für die Beförderung der Union beider Königreiche. Die Adresse sprach zugleich den Wunsch aus, daß die Schriftstücke über diese beiden Angelegenheiten dem Unterhause vorgelegt würden. Einer solchen Aufforderung war nach der Lage der Dinge nicht auszuweichen. Die Königin ließ durch Harley erwidern, daß sie den Dank des Hauses für ihre Bemühungen um die Beförderung der protestantischen Succession vernommen habe und die Schriftstücke vorlegen lassen werde[1]).

Alsdann machte sich das Unterhaus an die Bewilligungen für das nächste Kriegsjahr. Sie gingen, bei der Willigkeit für die energische Fortsetzung des Krieges, glatt und leicht von statten. Erst während dieser Berathungen trafen die Nachrichten der Ereignisse von Barcelona ein. Die Königin verkündete sie persönlich dem Parlamente und ließ die wichtigsten Schriftstücke, namentlich den ausführlichen Bericht Carls III. an sie, dem Parlamente vorlegen. Das Unterhaus antwortete sogleich mit einer Glückwunsch-Adresse, und bewilligte als Antheil Englands für den Krieg in Spanien 250.000 Pfund Sterling[2]).

Die Frage der Einladung der Kurfürstin Sophie und die Consequenzen.

Einen anderen Gang nahmen die Dinge im Oberhause. Es war seit Wochen bekannt, daß die Partei Rochester beabsichtige zu

[1]) Commons Debates vol. III, p. 446.

[2]) A. a. O. p. 448.

beantragen, daß die nächstberechtigte Thronerbin, die Prinzessin Sophie, nach England eingeladen würde. Die kürzeste und klarste Kritik dieses Planes gibt die Herzogin von Marlborough. „Die Partei Rochester, sagt sie, hatte weder die geringste Hoffnung, noch auch irgend einen Wunsch, daß dieser Antrag zum Beschlusse gelangte. Nicht darum also stellte sie ihn, sondern, indem sie wohl wußte, daß die Königin einer solchen Einladung niemals zustimmen, noch auch ihren Ministern ein Eintreten zu Gunsten des Antrages gestatten würde — war der Plan darauf berechnet, die Minister und die Whig-Partei entweder mit der Königin oder mit der Nation zu entzweien. Denn wenn sie, der Voreingenommenheit der Königin zu Liebe, sich dem Antrage widersetzten, so stand für die Partei Rochester zu hoffen, daß die Gegner als die erklärten Feinde der protestantischen Succession sich beim Volke allgemeinen Haß zuziehen würden"[1]).

Mit diesen Worten zeichnete die Herzogin von Marlborough zugleich die Ansicht der gesammten Whig-Partei.

Bereits im Anfange October gelangte die Kunde jenes Planes nach Hannover. Der Gesandte Schütz in London mahnte zugleich dringend, daß nicht eine Aeußerung erfolgen möge, welche als Gleichgültigkeit gegen die Aussicht auf die englische Succession gedeutet werden könne; denn auch die Hoffnung darauf sei von der jacobitischen Partei im voraus mit in Rechnung gebracht. Die Whig-Partei dagegen wünschte, daß die Kurfürstin sich direct gegen den Vorschlag einer Einladung erklären möge. In diesem Sinne ergingen von derselben aus, namentlich von dem Erzbischofe von Canterbury, Rathschläge an die Kurfürstin Sophie in Hannover.

Anders jedoch stand diese nun fünfundsiebenzigjährige Prinzessin zu der Sache. Sie hatte die Successions-Acte von 1701 angenommen, nicht weil sie dieselbe gewünscht oder darum sich bemüht, sondern weil König und Parlament sie ihr dargeboten hatten. Seitdem waren nun vier Jahre vergangen. Die weiteren Versprechungen Wilhelms III. waren unerfüllt geblieben, in Betreff der ferneren Sicherung und Ausführung der Successions-Acte nichts geschehen. Demgemäß wuchs die Frage heran, ob es der Königin Anna mit der hannöverschen

[1]) Conduct of the D. of Marlborough p. 149.

Thronfolge wirklicher Ernst sei. Eben damals war ein neuer englischer Gesandter, Howe, in Hannover eingetroffen, mit den herkömmlichen Versicherungen des Wohlwollens der Königin. Worte solcher Art brachten der Kurfürstin keine Klarheit über die Situation. Diese Klarheit aber wünschte sie, und glaubte eine Gelegenheit zur Erlangung derselben zu haben an dem Briefe des Erzbischofs von Canterbury. Und zwar nicht, indem sie auf den Rath desselben einging, demselben entsprechend sich äußerte, sondern indem sie, unbekümmert um jegliches Parteigetriebe in England, ob Whigs, ob Tories oder Jacobiten, sich dem Königreiche England gegenüber aussprach. Sie hatte in Herrenhausen ihren eigenen kleinen Hofhalt. Von dieser ihrer Lebenslage geht ihre Antwort an den Erzbischof aus, wie folgt.

„Ich danke dem Himmel, daß ich mich in guter Gesundheit befinde, und hier in Ruhe und friedlicher Behaglichkeit mein Leben verbringe, so daß ich keinen Grund habe, in irgend einer Weise für mich persönlich eine andere Lebensweise zu wünschen."

„Dennoch bin ich bereit alles zu thun, was meine Freunde von mir verlangen werden, wenn nämlich das Parlament es für nothwendig erachtet, daß ich über das Meer gehe. In diesem Falle darf ich hoffen, daß solche Maßregeln getroffen werden, welche meine Ankunft der Königin nicht unangenehm machen. — Ich habe mit großem Vergnügen bereits vernommen, daß Ihre Majestät in den Kirchen für mich mit Namen beten läßt. — Herr Howe hat mir die wohlwollenden Absichten Ihrer Majestät für mein Haus versichert, und ich schließe daraus, daß Ihre Majestät die Zeit für geeignet hält, sich zu unseren Gunsten zu erklären. Meinen Freunden in England stelle ich anheim, zu beurtheilen, ob meine Auffassung richtig ist. Ich eröffne Ihnen freimüthig diese meine Gedanken, damit Sie nach Ihrem Ermessen dieselben weiter an diejenigen mittheilen, die meinen Eifer für die Interessen von England und meinen tiefen Respect vor der Königin kennen."

Der Brief, geschrieben am 25. October/5. November 1705, gelangte nach England in den ersten Tagen des neuen Parlamentes. Wie der Schlußsatz ergibt, war es der Wunsch der Kurfürstin, daß der Brief in weiteren Kreisen bekannt werde. Der 15./26. November war der Tag des von langer Hand her vorbereiteten Antrages der

Partei Rochester auf die Einladung der Kurfürstin. Es darf daher angenommen werden, daß der Brief der Kurfürstin an diesem Tage wenigstens einigen Mitgliedern der Whig-Partei im Oberhause nicht mehr unbekannt war. Beachten wir zunächst den Verlauf dieses Tages im Oberhause.

Am Morgen desselben sah man die Königin, ohne Ornat, jedoch nicht unerkannt, sich ins Oberhaus begeben, um von ihrer Loge aus zu hören, was da geschah. Den Angriff eröffnete Lord Haversham, Jacobit. „Er war, sagt Lady Marlborough, ein großer Wortmacher und der Mund seiner Partei für jeden außerordentlichen Lärm“[1]). Er begann mit einem Ueberblicke des letzten Feldzuges, und zwar so, daß die Anklagen, welche Marlborough erst gegen den Markgrafen von Baden, wegen des Feldzuges an der Mosel, dann gegen die Holländer wegen Neerysche erhoben, von Haversham als unzweifelhaft hingestellt wurden. „Wir hatten, sagte er, eine herrliche Gelegenheit, den Krieg mit Einem Schlage zu beenden. Aber die Holländer hielten uns die bereits erhobene Hand fest und wollten uns den entscheidenden Streich nicht thun lassen.“ Er stellte weiter die Frage, was von einem Kriege zu erwarten sei, in welchem die Holländer nur ihren eigenen Vortheil erstrebten. Dann erging sich Haversham über die Freiheit der Rede im Parlamente, in einer solchen Weise, daß die Gegner darin den Vorwurf erblickten, diese Freiheit werde durch die Anwesenheit der Königin gehemmt[2]). Die Königin blieb jedoch, und hielt sogar auch dann aus, als Lord Haversham die Aeußerung that: ohne Zweifel würde die Königin sicherer auf dem Throne sein, wenn ihr Sohn, der Herzog von Gloucester, noch am Leben wäre. Eben diese Erwähnung aber bahnte für den Redner den Uebergang zu seinem Satze: die Königin werde sicherer sein und ebenso werde es zum Vortheile der Kirche von England gereichen, wenn die präsumtive Thronerbin im Lande weile. Darum beantrage er durch eine Adresse die Königin zu ersuchen, daß sie die präsumtive Thronerbin nach England einlade[3]).

Für den Antrag traten nach einander die Häupter der jacobitischen Tories ein: Rochester, Nottingham, Winchelsea, Buckingham.

[1]) Conduct of the D. of Marlborough p. 151.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. November. Hoffmann stimmt in diesen Vorwurf mit ein.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 151.

Nottingham hob hervor: die Anwesenheit des nächsten Erben der Krone sei um so wichtiger, da der Erfahrung gemäß von zwei Bewerbern um eine Krone immer derjenige sie davon trage, der anwesend oder in der Nähe sich befinde [1]). Vielleicht am schärfsten mochte die Königin berührt werden durch einige Worte desselben Buckingham, der wenige Jahre zuvor so laut ihr Lob verkündet. Er sagte: es könne ja geschehen, daß die Königin so lange lebe, bis sie nicht mehr wisse, was sie thue, und wie ein Kind in fremder Hand sei: darum müsse die Kurfürstin Sophie nach England eingeladen werden [2]).

Wir sehen demnach die Rollen umgetauscht. Die Jacobiten plaidiren für eine Sache, die sie nicht wollen und nicht wollen können, in der Voraussetzung, daß sie doch nicht zu Stande komme. Aber sie wenden dafür die Gründe auf, welche die Whigs, wenn sie aufrichtig waren, als die ihrigen anerkennen mußten. Und eben dadurch hofften die Jacobiten auf die Entzweiung der Königin mit den Whigs.

Aber diese vergalten Gleiches mit Gleichem. Sie stellten der List die List entgegen. Wollten die Jacobiten sie mit der Königin entzweien, so wollten sie die Königin sich zum Danke verpflichten. Sie waren eben so wohl wie die Jacobiten überzeugt, daß die beste Sicherung der Thronfolge bestehe in der Anwesenheit des Thronfolgers. Aber sie kannten auch eben so wohl wie die Jacobiten die unüberwindliche Abneigung der Königin gegen eine solche Anwesenheit, sei es, wie die Königin einmal sich ausdrückt, „des jungen Mannes, oder seines Vaters oder seiner Großmutter" [3]). In späteren Jahren findet sich wiederholt die Aeußerung: man möge ihr nicht ihren Sarg vor Augen stellen. Diesem Widerwillen der Königin zu gefallen, verzichteten daher die Whigs zur Zeit auf die naturgemäß beste Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover, in der Absicht jedoch, dafür mit gutem Willen der Königin eine zweitbeste Sicherung durchzubringen. Und in derselben Absicht gewannen sie es über sich, der Königin zu Gefallen, die naturgemäß beste Sicherung der Thronfolge für das Haus Hannover mit denjenigen Gründen zu bekämpfen, welche die Jacobiten, wenn aufrichtig, an ihrer Stelle aufgeboten haben würden.

[1]). Hoffmanns Bericht vom 27. November.

[2]) Conduct of the D. of Marlborough p. 159.

[3]) A. a. O. p. 153. — Coxe's Marlborough t. II, p. 287.

Es erhoben sich nach einander die Lords Devonshire, Somers, Halifax, Godolphin und Andere. Eine Einladung sagten sie, sei eine Sache solcher Art, welche zuerst und vor allen Dingen durch die eigene Neigung der Königin bedingt werde, welche dagegen durch irgend eine Mahnung oder Bitte von der Königin zu verlangen, der geziemende Respect verbiete. Dazu erfordere die Berufung des nächsten Erben auch einen der Stellung angemessenen Unterhalt. Darum greife ein solcher Antrag hinüber in die Befugnisse des Unterhauses. Aber auch so liege vor Augen, daß das Königreich bereits allzu schwer mit Auflagen beladen sei, als daß man zur Kriegszeit diese Bürde noch steigern dürfe. Der Bischof Burnet hob seinerseits noch hervor, daß er durch die eigenen Briefe der Kurfürstin darthun könne, daß sie, ohne das vollständige Wohlgefallen und das eigene Gutbefinden der Königin, nicht über das Meer gehen werde [1]).

Nach langem Hin- und Widerreden kam es zur Fragestellung. Die Mehrheit gegen den Antrag war so groß, daß auf die Zählung verzichtet wurde. Der Sieg verblieb also den Whigs. Er war größer, als sie oder ihre Widersacher, die Partei Rochester, vielleicht vorher sich gedacht hatten.

Denn augenscheinlich war der Kampf ausgefochten an der Persönlichkeit der Königin. Nicht um ein Princip hatte es sich gehandelt, sondern um die Gunst der Person. Die jacobitischen Tories hatten nicht bloß ihren Antrag wider die notorische Neigung der Königin gestellt, sondern die letztere noch dazu über das eigentliche Ziel hinaus gekränkt und beleidigt. Die Whigs dagegen hatten sie vertheidigt und geschützt. Zum ersten Male gewann die Königin es über sich, freundliche Worte für die Whigs auszusprechen. Sie schrieb an die Lady Marlborough: „Ich glaube, meine liebe Missis Freeman und ich werden fortan nicht mehr verschiedener Ansicht sein. Denn ich erkenne an, daß diejenigen Leute, von denen Sie eine gute Meinung hegen, mir Dienste erwiesen haben. Dafür will auch ich sie stützen. Und ich bin völlig überzeugt von der Böswilligkeit und Unverschämtheit derjenigen, gegen welche Sie immer geredet haben" [2]).

Es galt also für die Whig-Partei die günstige Gelegenheit zu benutzen, oder, wie sie sich ausdrückte, die Jacobiten in ihren eigenen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. November.

[2]) Conduct of the D. of Marlborough p. 159.

Netzen zu fangen [1]). Von den Jacobiten her war der Gedanke angeregt, daß die gesetzlich festgestellte Thronfolge der Sicherung bedürfe. Indem die Whig-Partei den beantragten Modus der Sicherung zurückgewiesen, lag es ihnen ob, einen anderen vorzuschlagen. Es geschah am 19./30. November im Oberhause, während man abermals die Königin anwesend wußte. Von der Whig-Partei aus ward der Antrag gestellt, eine Bill zu errichten für die bessere Sicherheit der Person Ihrer Majestät und ihrer Regierung, sowie der Thronfolge in der protestantischen Linie. Der Antrag ging durch ohne eine Theilung der Stimmen. Es folgte ein zweiter, betreffend die Naturalisation der protestantischen Mitglieder des Hauses Hannover in England. Bereits zwei Tage später legten die damit beauftragten Juristen eine Regentschafts-Bill vor. Dieselbe ernannte, für den Fall des Absterbens der Königin, eine Regentschaft, bestehend aus sieben dann in ihren Aemtern sich befindenden Großwürdenträgern von England, nämlich dem Erzbischof von Canterbury, dem Lord Großadmiral, dem Lord Kanzler, dem Lord Treasurer u. s. w., die im Namen des Successors bis zu seinem Eintreffen auf englischem Boden die Regierung führen sollten. Dem Successor jedoch blieb vorbehalten, diesen sieben Großwürdenträgern eine nach seinem Ermessen zu bestimmende Anzahl von Engländern hinzuzufügen, und dieselben im voraus zu ernennen. Das Document dieser Ernennung sollte dreifach ausgefertigt und versiegelt hinterlegt werden, je ein Exemplar bei dem Erzbischofe von Canterbury, dem Lord Kanzler, dem Gesandten des Kurfürsten in London.

Da über die Annahme dieser Bill, so wie über diejenigen der Naturalisation principiell bereits entschieden war, so konnte der Kampf der Jacobiten gegen dieselbe nur noch Einzelnheiten betreffen. Sie ergingen sich besonders in Andeutungen einer Gefahr für die Hochkirche. Der Angriff von diesem Boden aus war schon während des Sommers eingeleitet durch ein Buch eines Geistlichen: „Denkschrift über die Hochkirche von England", die jedoch mehr die Minister Marlborough und Godolphin in sehr scharfer Weise angriff, als die Kirche vertheidigte. — Auch auf diesem Gebiete schlugen die Provocationen der Partei Rochester nicht zu ihrem Vortheile aus. Die Whig-Partei setzte den

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. November.

Beschluß durch, eine eigene Berathung über die angebliche Gefahr für die Kirche anzusetzen. Die Regentschafts-Bill ging unterdessen ihren Weg durch beide Häuser, und nur die Frage der Conformität derselben mit den Bestimmungen der Successions-Acte von 1701 bereitete noch Schwierigkeiten. Im Oberhause hörte die Königin allen Berathungen darüber unermüdlich zu [1]).

Bei den Erörterungen über die Bill im Unterhause begab es sich, daß ein Mitglied, Namens Caesar, von seinem Platze aus die Worte rief: „Unter den sieben Würdenträgern ist ein vornehmer Lord, ohne dessen Rath die Königin nichts thut, von diesem Lord war es unter der vorigen Regierung bekannt, daß er in dauernder Correspondenz mit St. Germain stand." Augenscheinlich war damit der Treasurer Godolphin gemeint. Der Redner ward aufgefordert die Worte zurückzunehmen. Seine Entschuldigungen riefen Erwiederungen hervor. Endlich beschloß das Haus: die gefallenen Worte seien unehrenhaft gegenüber der Person und der Regierung Ihrer Majestät, und deshalb sei der Redner als Gefangener in den Tower zu bringen [2]). Der Beschluß läßt nicht erkennen, ob die Mehrheit auch die Wahrheit der Worte anzweifelte. In der Wirklichkeit aber lagen die Dinge so, daß Godolphin auch noch im Jahre 1705 und ferner den Agenten von St. Germain bei sich Zutritt verstattete [3]).

Die Königin sanctionirte sogleich die Bill der Naturalisation der Kurfürstin und ihrer Descendenz. Diejenige der Regentschaft stand noch aus.

Die zwei Bills betrafen die Sicherung der hannöverschen Thronfolge in Bezug auf England selbst. Zugleich jedoch that man auch geeignete Schritte nach außen hin. Das Oberhaus ging auch darin voran.

Am 22. November/3. December beschloß das Oberhaus, daß eine Bill über die Union mit Schottland entworfen werden solle. Zwei Tage später richtete es eine Dankadresse an die Königin für ihre Sorgfalt in Betreff Schottlands, für ihre wohlwollende Absicht, das Interesse von Schottland sicher zu stellen vermöge der Thronfolge des Hauses Hannover. Das Oberhaus beschloß weiter, alle Clauseln aus

[1]) Hoffmanns Berichte vom 1. und 15. December.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 449. — Hoffmanns Bericht vom 1. Januar 1706.

[3]) Macpherson vol. I, p. 700 und vol. II, p. 4. Auch später noch.

der früheren Acte über die Union mit Schottland zurückzunehmen, bis auf diejenige, welche die Königin ermächtigte, Commissäre zu ernennen [1]). Demnach ward, indem die früheren Drohungen gegen die Schotten hinweg fielen, ihrer Bedingung Genüge geleistet.

Im Bezug auf die Republik der Niederlande gingen beide Häuser des Parlaments zusammen. Sie reichten, am 29. November/10. December, der Königin eine Adresse ein, welche ihren Ausgangspunkt nahm von den Friedensgerüchten der französischen Emissäre, von der Besorgnis, daß durch diese List Misverständnisse zwischen den Verbündeten erregt, und der für die Behauptung der Freiheit Europas nothwendige Krieg gehindert werden könne. „Von dieser Besorgnis aus, sagt weiter die Adresse, daß solche böswillige Gerüchte, wenn ihnen nicht rechtzeitig gesteuert wird, mit der Zeit weitere Verbreitung gewinnen, den Muth verringern und den Eifer der Verbündeten lähmen, ersuchen wir Ew. Majestät alle möglichen Bemühungen aufzuwenden, damit ein gutes Einverständnis zwischen allen Bundesgenossen aufrecht erhalten bleibe, und ganz besonders bitten wir um enge Freundschaft mit den Generalstaaten."

„Wie Ew. Majestät durch Ihr eigenes Handeln den Bundesgenossen ein großes und leuchtendes Beispiel vor Augen gestellt haben, so wollen auch Ew. Majestät durch alle geeignete Mittel die Bundesgenossen auffordern, in der Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich die äußerste Anstrengung zu bethätigen" [2]).

Die Königin erwiederte, daß die Einigung beider Häuser zu dieser Adresse ihr eine besondere Genugthuung gewähre, und daß sie dem darin vorgetragenen Wunsche bereitwillig entsprechen werde.

Es ist eher wahrscheinlich, daß die Königin das Sauere mit dem Süßen zugleich, wenn auch innerlich nicht allzu willig, hinunter schluckte. Denn das Ziel der Whig-Partei bei dieser Adresse, bei dem namentlichen Hinweise auf die Generalstaaten, war ein besonderer Garantievertrag mit denselben für die Thronfolge des Hauses Hannover.

Es ist von Wichtigkeit, mit den Worten eines hervorragenden Führers der Whig-Partei klar zu stellen, welche Bedeutung für die Sicherung der hannöverschen Thronfolge in seinen Augen die gefaßten

[1]) Lords Debates vol. II, p. 152.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 448.

Beschlüsse hatten. Lord Somers sprach sich einige Monate später darüber in einem Schreiben an den Kurfürsten Georg Ludwig aus wie folgt [1]).

„Es mag auffallend erscheinen, daß die zuverlässigsten Verfechter der hannöverschen Thronfolge in England auch nur im geringsten geschwankt haben, dem Antrage beizustimmen, daß die Residenz des nächsten Thronerben in England nothwendig sei." Unterbrechen wir hier kurz die Vertheidigung des Lords Sommers.

Er legt den Nachdruck auf das Wort: nothwendig. Es ist zu bemerken, daß der Antrag Havershams dieses Wort nicht enthält, auch nicht von dem Kurfürsten redet, sondern von dem nächsten Thronerben, nämlich der Kurfürstin-Witwe Sophie. — Diese Aenderung ist der Behelf, den Somers einbringt, weil er den eigentlichen Grund der Whigs, die Abneigung der Königin gegen den Antrag und demgemäß die Tactik der Whigs, nicht offen aussprechen durfte. — Somers fährt fort:

„Aber ich bitte Ew. kurfürstliche Durchlaucht zu beachten, daß, wenn dieser Antrag zum Beschlusse erhoben wäre, er in kurzer Zeit für Sie sehr drückend hätte werden können. Wir durften nicht voraussetzen, daß Ew. kurfürstliche Durchlaucht die Länder verlassen würden, in denen Sie der Souverän sind, um in England zu residiren, bevor Sie unser König waren. Und doch hätte eine Inconvenienz darin gelegen, eine Einladung dieser Art zurückzuweisen, wenn zuvor das Königreich erklärt hätte, daß diese Residenz nothwendig sei. — Außerdem aber war die Art und Weise, in welcher dieser Antrag vorgebracht wurde, der stärkste Einwurf gegen denselben. Die Rede, die nun im Drucke vorliegt, sucht zuerst zu zeigen, daß wir mit den Holländern nicht weiter gehen könnten, d. h. sie mahnt uns Frieden zu schließen. Ferner sagt sie: die Verwaltung der Königin sei kaum im Stande uns daheim im Frieden zu helfen, wenn nicht der nächste Erbe herüber käme. Die Königin war anwesend. Nun frage ich Ew. kurfürstliche Durchlaucht, ob eine solche Rede ein geeignetes Compliment war, die Königin zur Einwilligung in die Einladung zu bewegen, und ob, wenn die Einwilligung mit Widerstreben gewährt wäre, später nicht Uebelstände daraus hätten erwachsen müssen."

[1]) Macpherson vol. II, p. 34.

„Diejenigen, welche auf den Antrag der Einladung nicht eingehen wollten, namentlich da er von Personen kam, die bisher sich um die protestantische Thronfolge gar nicht gekümmert, hielten doch diese Gelegenheit für günstig, solide Vorschläge solcher Art zu machen, welche augenscheinlich bisher fehlten, und welche bereits zur Kraft gebracht sind, oder, wie wir hoffen, durch fernere Unterhandlung auf Grund der betreffenden Acte des Parlaments verwirklicht werden sollen. Diese Acte nämlich bezweckt die Garantie unseres Bundesgenossen, der Republik der Niederlande, für unsere Thronfolge. Ferner ist die Unterhandlung im Gange über einen Unions-Vertrag der beiden Königreiche England und Schottland. Dies ist der Weg, durch welchen wir von Schottland dasselbe Thronfolge-Gesetz wie für England erlangen werden. Nach meiner Ansicht ist die Disposition bei den Commissären beiderseitig gut. Für einen derselben, den geringsten, kann ich absolut bürgen; denn soweit Fleiß und Befähigung bei mir reichen, werde ich es an nichts fehlen lassen, den Vertrag zu einem glücklichen Ausgange zu bringen."

„Man hat eingewendet, daß die Acte der Naturalisation unnöthig, vielleicht gar der durchlauchtigsten Familie unwürdig sei. Wenn dies so wäre, so befänden sich alle unsere Rechtsgelehrten, sowohl die lebenden, wie die früheren, im Irrthume. Es gibt nur zwei Wege, diejenigen Personen, die nicht in der Vasallenschaft der Krone England geboren sind, fähig zu machen Grundbesitz zu erben, und Ehren und Aemter im Königreiche anzunehmen. Der eine Weg führt völlig zum Ziele, nämlich derjenige der Naturalisation durch eine Parlaments-Acte. Der andere, minder vollständig, ist die Ertheilung eines Patentes der freien Einwohnerschaft (letters patent of denization). Daß es sich so verhält, ergibt sich am klarsten an dem Beispiele des Prinzen Ruprecht. Als der König Carl II. ihn zum Herzoge von Cumberland ernennen wollte, war es vorher erforderlich, damit er eines englischen Titels fähig würde, ihm durch königliche Bewilligung unter dem großen Siegel das freie Wohnrecht zu verleihen. Denn die damaligen Differenzen zwischen König und Parlament machten es unmöglich, eine Acte der Naturalisation durchzusetzen. Aber die gegenwärtige Acte ist ausgestattet mit allen möglichen Kundgebungen der Ehre und des Respectes von Seiten der Königin und der Nation. Die Acte

begreift in sich die gesammten Nachkommen Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Sophie, die geboren sind, oder noch geboren werden, und wo immer sie geboren werden. Dies ist ein Privileg, welches niemals zuvor in irgend einem Falle gegeben worden ist."

Die Erfolge für die Whig-Partei in dem Parlamente vom Winter 1705/6 waren noch nicht zu Ende. Die Erörterung über die Gefahr für die Kirche von England stand noch aus. Sie fand statt im Oberhause am 6./17. December 1705. Die Königin, von Anfang an zugegen, wich nicht, obwohl die Debatte sich acht lange Stunden hinzog. Der Partei Rochester lag es ob, den Beweis zu führen, daß die Kirche in Gefahr sei. Rochester selber, Nottingham, Buckingham und andere Häupter der Tories unterzogen sich der schweren Aufgabe. Sie stützten sich auf drei Sätze. Das englische Ministerium habe der Königin gerathen, die schottische Sicherheits-Acte zu sanctioniren: in Folge derselben sei Schottland befugt, das gesammte Landvolk zu bewaffnen. Im englischen Parlamente sei drei Sessionen hindurch die Bill wider die gelegentliche Conformität abgelehnt worden. Endlich habe man sich der Einladung der Kurfürstin Sophie nach England widersetzt. Aus allem diesem folge, daß die Presbyterianer sowohl in England wie in Schottland die Oberhand besitzen, und darin liege eine dringende Gefahr für die anglicanische Kirche.[1])

Die Erörterung wogte Stunden lang hin und her. Dann erhob sich Lord Somers. „Die bisher vernommenen Reden, sagte er, treffen nicht den rechten Fleck. Ich will klar sprechen. Diejenigen Lords, welche die Hochkirche in Gefahr sehen, haben diesen Blick nur darum, weil sie nicht im Ministerium sind. Meines Erachtens gibt es daher kein anderes Mittel, ihnen den Blick auf die Gefahr und diese Gefahr selbst zu benehmen, als indem man sie ins Ministerium setzt und durch eine Parlaments-Acte darin perpetuirt. Aber sie sind sterblich, die Religion unsterblich. Deshalb wäre die einzig ausreichende Lösung, wenn sich ein Mittel finden ließe, auch sie selber unsterblich zu machen."

Bei der Abstimmung unterlag die Partei Rochester mit 30 gegen 61 Stimmen. Der Beschluß des Oberhauses lautete: „Die gesetzlich festgestellte Kirche von England, welche durch Wilhelm III. ruhmreichen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. December. Auch für das Folgende.

Andenkens aus der äußersten Gefahr errettet worden ist, befindet sich nun durch Gottes Segen, unter der glücklichen Regierung Ihrer Majestät, in einem völlig sicheren und blühenden Stande, und wer immer sich beifallen läßt zu behaupten, die Kirche unter der Regierung Ihrer Majestät sei in Gefahr, ist ein Feind der Königin, der Kirche und des Königreiches." Weitaus die Mehrzahl der anglicanischen Bischöfe stimmte mit den Whigs.

Das Oberhaus beschränkte sich nicht auf den eigenen Beschluß. Es ersuchte das Unterhaus demselben beizutreten. Es geschah. Beide Häuser einigten sich zu einer Adresse, in welcher sie die Königin ersuchten, diese Resolution öffentlich kund zu geben. Auf die gemeinsame Ueberreichung der Adresse antwortete die Königin mit dem Ausdrucke ihrer großen Befriedigung, daß beide Häuser des Parlamentes so bereitwillig seien, sich mit ihr zu einigen, um den böswillig ausgestreueten Gerüchten ein Ziel zu setzen. Demgemäß wurde eine Proclamation erlassen, welche jenen Beschluß öffentlich kund gab, und diejenigen, welche von einer Gefahr der anglicanischen Kirche reden würden, mit schwerer Strafe bedrohete[1]).

Die Consequenz des Sieges traf zunächst den Geistlichen Stephens, der sich hatte verleiten lassen, im vermeintlichen Interesse der Hochkirche, in der Wirklichkeit zu Diensten der politischen Partei Rochester gegen Marlborough und Godolphin, jene Denkschrift über die Gefahr der Hochkirche abzufassen. Er wurde zu einer Geldbuße und zum Pranger verurtheilt. Gegen die letztere Strafe fand er eine Beschützerin an der Lady Marlborough. Die Verkettung der Dinge zwingt den Historiker mehr als einen unschönen Zug aus dem Leben dieser Frau zu berichten. Darum darf da, wo ein besserer und edlerer sich zeigt, er nicht verschwiegen werden. Der unglückliche Geistliche ersuchte die Herzogin um ihre Verwendung. Sie erfolgte. Die Königin schob die Strafe hinaus bis auf weiteren Befehl, was in der Wirklichkeit einer Begnadigung gleichkam. Sie fügte ihrer Antwort an Missis Freeman jedoch die ausdrückliche Bemerkung hinzu, daß sie ihrer Freundin persönlich etwas zu Gefallen thue, was sie nicht für recht halte[2]).

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 161, und Commons Debates vol. III, p. 449.

[2]) Coxe's Marlborough t. I, p. 375.

Aber welche praktische Bedeutung konnte jener Parlaments-Beschluß und die entsprechende Proclamation haben? Ein kundiger Augenzeuge begleitet seinen Bericht darüber mit den Worten: „Das Verfahren Beschlüsse solcher Art zu fassen und öffentlich zu verkünden, wird ohne Zweifel im Auslande sehr auffällig erscheinen. Bei den hiesigen Verhältnissen jedoch ist es sehr nöthig und zweckmäßig. Denn die Tories bemühen sich die Whigs und namentlich die vielen anglicanischen Bischöfe der letzteren Partei, weil sie eine Verfolgung der Presbyterianer nicht gestatten wollen, als Förderer und Begünstiger des Presbyterianismus zu verschreien. Wenn nicht diesem Treiben ein Ziel gesetzt würde, so würde früher oder später dieser Gegensatz zu einem allgemeinen Brande ausschlagen"[1]).

Demnach schien die Whig-Partei auf ihrer Höhe zu stehen. Sie hatte in beiden Häusern des Parlamentes die Mehrheit. Die Königin war der Partei zu Danke verpflichtet, und hieß gut was sie beschloß. Allein unter der glatten Oberfläche regte sich doch noch etwas Anderes. Eines Tages ergingen sich einige Whigs in Gegenwart des alten Toryführers Seymour in Reden über den Triumph ihrer Partei. Seymour hörte sie eine Weile an, dann fuhr er dazwischen mit den Worten: „Nur nicht übermüthig! Welches Gesicht auch immer jetzt die Königin Euch macht: sie haßt Euch mehr als jemals"[2]).

Wie immer dem sein mochte, es fehlte nicht an Anzeichen, daß die Königin und eben so auch Godolphin festhielten an dem Grundsatze, nicht in die Abhängigkeit der Whigs zu gerathen. Es wurde beobachtet, daß die noch in Aemtern befindlichen Tories allerdings in den allgemeinen Angelegenheiten und in denjenigen, welche das besondere Interesse der Königin betrafen, wie z. B. in der Sache der Einladung der Kurfürstin Sophie, mit der Whig-Partei stimmten. Handelte es sich dagegen um die Gültigkeit einer angefochtenen Wahl — und dies war immer der Probierstein — so stimmten jene mit den Tories. Die Whigs beschwerten sich darüber bei Godolphin. Er suchte sie zu beruhigen, so weit er es vermochte. Lieber jedoch schickte er zu diesem Zwecke Harley vor, dem doch keine der beiden Parteien recht traute.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. December.

[2]) Desgleichen.

Die Whigs im Unterhause ließen Godolphin ihren Verdruß empfinden. Als im Oberhause die schottischen Angelegenheiten zur Erörterung kamen, traten die Whig-Mitglieder dort von Beginn an für Godolphin ein. Die Regierung, sagten sie, habe gethan, was in ihren Kräften stand. Anders diejenigen im Unterhause. Sie verhielten sich wie gleichgültig. Sie hörten die scharfen Angriffe der Tories gegen Godolphin schweigend mit an, und traten erst bei der Abstimmung zu seinen Gunsten ein. Dies hatte die Wirkung, daß bei der nächsten Entscheidung über eine angefochtene Wahl die vom Hofe abhängigen Tories mit den Whigs stimmten.

Der Grundsatz, den wir wiederholt von der Königin, von Godolphin und Marlborough ausgesprochen vernommen haben, lag auch den Beobachtern offen genug vor, nur daß sie ihn in etwas anderer Weise faßten. „Der Hof, sagten sie, handelt nach der Maxime: Divide et impera. Er will zwischen den beiden Parteien das Gleichgewicht erhalten, um in dem jedesmaligen Falle die Entscheidung nach der Seite hin zu geben, auf welche er sich wirft. Aber die Erfahrung beweist, daß, wer mit beiden Parteien sich zu stellen sucht, sich auf keine von ihnen verlassen kann“[1]).

Am längsten zog sich von den drei wichtigen Bills diejenige der Regentschaft hin, und zwar wegen einer Differenz mit der Succession-Acte von 1701. Diese letztere bestimmte, daß nach dem Tode des Königs Wilhelm III. und der Königin Anna Niemand, der ein Civil- oder Militäramt besitze, oder ein Jahrgeld vom Hofe genieße, Mitglied des Unterhauses sein dürfe. Die vom Oberhause vorgeschlagene Regentschafts-Bill dagegen enthielt, daß das beim Tode der Königin bestehende Parlament sofort zusammen treten solle. Nach jener ersten Bestimmung würden dann aber etwa 130 Mitglieder nicht mehr berechtigt sein. Dieser Ausfall würde hauptsächlich die Whig-Partei treffen, und dadurch die Tories mit Einem Schlage die Mehrheit erlangen. Nach verschiedenen Conferenzen einigte man sich über ein Compromis[2]). — Die Differenz hatte nur für den damaligen Stand der Dinge, für die Jahre 1705, 1706, 1707 eine Bedeutung; denn bei dem

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. December.

[2]) Desgleichen vom 12. Februar 1706.

Todesfalle der Königin, im Jahre 1714, hatte die Tory-Partei im Unterhause auch so die Mehrheit.

Beschlüsse des Parlamentes über die Stellung der Katholiken.

Bevor wir die Haltung des Hauses Hannover gegenüber diesen Parlaments-Beschlüssen ins Auge fassen, ist es von Interesse zu sehen, wie abermals gleichwie im Jahre zuvor die Stellung der Katholiken in England im Parlamente zur Sprache kam[1]).

Der niedere Adel und die anglicanische Geistlichkeit im südlichen Lancashire hatten eine Beschwerde eingereicht, daß die Katholiken sich in die letzten Wahlen eingemischt, daß sie in ihren Häusern wie öffentlich Gottesdienst hielten, an gewissen Festtagen sogar mit Procession, daß sie Schulen hätten, endlich auch protestantische Familien zu ihrem Glauben herüber zögen. Darüber geriethen beide Häuser des Parlamentes in nicht geringe Erregung. Sie richteten an die Königin das Ersuchen, die Gesetze gegen die Katholiken auszuführen und die Zahl derselben erheben zu lassen, damit die Vermehrung verhindert werde. Das Unterhaus ging noch weiter. Es nahm das in der letzten Zeit Wilhelms III. erlassene Gesetz wider das Anwachsen des Papstthums wieder vor. Dieses Gesetz bestimmte, daß jeder Engländer, der nicht binnen sechs Monaten nach zurückgelegtem achtzehnten Lebensjahre den Suprematseid ablege, seines Erbes verlustig gehen sollte. So hart und drohend dies Gesetz, so waren die Bestimmungen zur Ausführung so mangelhaft abgefaßt, daß das Gesetz sich als unausführbar erwiesen hatte. Das Unterhaus stellte es sich nun zur Aufgabe, diese Mängel zu ergänzen.

„Ob nun, bemerkt dazu der kaiserliche Resident Hofmann, selber katholisch, der damals seit einem Vierteljahrhunderte diese Dinge beobachtete — ob nun das Alles wieder, gleich wie bisher fast in allen anderen dergleichen Fällen, ein bloßes Strohfeuer ist, muß sich bald ausweisen." — „Wenigstens, meint er dann, darf man sich bei der maßvollen Gesinnung Ihrer Majestät versichert halten, daß, sofern es in ihrer Macht, sie wissen wird alle Verfolgung zu vermeiden."

[1]) Für das Folgende die Berichte von Hoffmann und Gallas vom 12. und 16. März. Man vergleiche Commons Debates vol. III, p. 455.

Die Gesandten der katholischen Mächte bemüheten sich unablässig, den einzelnen Mitgliedern des Parlamentes vorzuhalten, daß man ja doch dem Könige von Frankreich, der unablässig den Religionskrieg proclamire, keinen größeren Dienst erweisen könne als durch diese Verfolgung. Die Vorstellungen blieben nicht wirkungslos bei Einzelnen, die dann im Unterhause mit starkem Nachdrucke diese Gründe geltend machten. Die Mehrheit jedoch beharrte. Die Bill ward verlesen einmal, zweimal, auch zum dritten Male[1]).

Und dann erst trat ein merkwürdiger Umschwung ein. Die Frage, ob nun, nach der dritten Lesung, die verschärfte Bill ans Oberhaus hinauf gesendet werden solle, wurde mit 119 gegen 43 Stimmen verneint. „Dieser seltsame Ausgang, fügt der Graf Gallas seinem Berichte hinzu, ist allein der Allmacht Gottes zuzuschreiben. Vor zwei Tagen waren diese Leute wie unsinnig, und jetzt sind sie vernünftig."

Die geringe Anzahl der Abstimmenden, nur reichlich ein Drittel der Mitglieder, läßt eben so sehr wie die Sache an sich vermuthen, daß die Königin direct eingewirkt habe. Am anderen Tage erschien eine Deputation der Katholiken von London bei dem Gesandten Grafen Gallas mit der Bitte, daß der Kaiser Joseph und der König Carl III. von Spanien der Königin von England einen Dank aussprechen möchten für das Verhalten ihrer Regierung in den Angelegenheiten der katholischen Religion.

Dennoch konnte die Königin über das erste Ansuchen beider Häuser des Parlamentes nicht schweigend hinweggehen. Nach der Vertagung desselben, im April, erschien eine königliche Proclamation, welche die Verleitung zum Uebertritte zur katholischen Kirche mit der Strafe des Hochverrathes bedrohte. Es sollten also, wie es schien, die Blutgesetze der Königin Elisabeth erneuert werden. „Weil aber, fügt der Berichterstatter hinzu, in unserer Zeit, wo nun diese Gesetze seit hundert Jahren bestehen, bisher Niemand darunter zu leiden gehabt hat, so wird solches auch künftighin schwerlich zu befahren sein"[2]).

---

[1]) So ausdrücklich Graf Gallas im Berichte vom 16. März, dem als Augenzeugen ich lieber folge als dem Berichte in Commons Debates vol. III, p. 456.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. April.

Das Verhalten des Hauses Hannover zu den Beschlüssen des Parlamentes.

Während das Parlament von England seine Beschlüsse zur Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover faßte, verhielt sich das kurfürstliche Haus selber nicht in der von der Whig-Partei gewünschten Weise. Es ist von besonderem Interesse dies Verhalten klar zu legen. Dies um so mehr, da weder die Zeitgenossen in England, noch die Späteren dies Verhalten richtig erkannt haben.

Die Kurfürstin Sophie hatte in ihrer Antwort, vom 5. November 1705, an den Erzbischof von Canterbury, ihre Stellung gegenüber dem Königreiche England dargelegt. Sie begnügte sich damit[1]).

In England jedoch hatte man für diese klare Offenheit und Geradheit geringes Verständnis. Daß die Mitglieder des kurfürstlichen Hauses auf das Parteigetriebe des englischen Parlamentes hinab schauten, wie der Wanderer vom festen Ufer aus auf die Wirbel des zu seinen Füßen daherwogenden Stromes — der Gedanke kam in England nicht auf. Man construirte sich den Sohn, den Kurfürsten Georg Ludwig, als Whig, die Mutter, die Kurfürstin Sophie, als Tory[2]). Man begnügte sich damit nicht. Die Kurfürstin war nicht eingegangen auf den Wunsch des Erzbischofs von Canterbury, daß sie sich erklären möge gegen den Plan der Jacobiten ihre Einladung nach England zu beantragen. Sie hatte sich sogar in einer Weise ausgesprochen, die einem solchen Antrage eher günstig war. Sie hatte dies gethan, wo sie vorher wußte, daß dieser Antrag gestellt werden sollte. In der Whig-Partei galt daher die Ansicht, daß die Kurfürstin unter dem Einflusse von Jacobiten stehe, daß sie sich durch jacobitische Einflüsse habe verleiten lassen, jene Antwort zu schreiben.

Die Jacobiten selber in England konnten freilich in diesen Irrthum nicht verfallen. Buckingham suchte der Kurfürstin einige Monate später die Gründe darzulegen, weshalb er und seine Partei den Antrag

---

[1]) Burnet spricht (p. 784 seines Werkes, London edition 1857) bei diesem Anlasse von a secret management from Hanover against the bill. Er führt für diese Behauptung keinerlei Zeugnis noch Beweis an. Das Verhalten des kurfürstlichen Hauses liegt, wie im Texte dargestellt, offen zu Tage.

[2]) Coxe vol. I, p. 361.

von Haversham unterstützt hätten. Eine solche Vertheidigung nachher schließt die Möglichkeit eines Einverständnisses vorher aus. Buckingham beklagt sich zugleich, daß die Kurfürstin nicht auf den Rath eingegangen sei, eine Persönlichkeit ihres Vertrauens zur Vermittelung von Correspondenzen zu bestimmen[1]). Die Kurfürstin, welche sich wiederholt wohlwollend über Buckingham geäußert, kannte demgemäß nicht die Duplicität dieses Mannes, der zugleich mit St. Germain im Verkehre stand. Indem sie daher auf seinen Rath in Betreff einer sicheren Correspondenz nicht einging, war dies nicht die Bethätigung eines Mistrauens gegen den Jacobiten, sondern des Grundsatzes, überhaupt solche Correspondenzen nicht anzuknüpfen, sich in die inneren Angelegenheiten Englands nicht einzumischen, sondern höchstens auf offen gestellte Anfragen eine offene Antwort zu geben.

Leibniz in Hannover seinerseits versicherte wiederholt seinen Correspondenten in England, daß die Kurfürstin bei dem Antrage von Haversham völlig unbetheiligt sei, daß sie weder fördernd, noch hindernd auf solche Dinge einwirke, sondern Alles der Königin und dem Parlamente anheim stelle[2]). Es dürfte die Frage sein, ob gegenüber dem Vorurtheile der Engländer, welchem in diesem Falle der Schein der Dinge zu statten kam, diese Erklärungen etwas gefruchtet haben.

Vielleicht Niemand glaubte so fest an eine Einwirkung der Kurfürstin wie die Königin Anna selber. Ihre Correspondenz mit ihrem Vater in St. Germain hat uns gezeigt, daß sie das nähere Anrecht ihres Bruders, vor dem eigenen, an die Krone anerkannte. (Vergl. Bd. VIII, S. 235.) Demnach konnte sie sich niemals frei fühlen von dem nagenden Vorwurfe, daß sie dem Glanze der Krone ihr Gewissen zum Opfer gebracht. Von diesem ihrem Bewußtsein aus war es ihr schwer oder auch geradezu unmöglich zu fassen, daß nicht auch die Kurfürstin Sophie begierig war nach der Krone. Sie konnte sich die Kurfürstin nicht denken wie diese wirklich war, sondern dachte sie sich, wie sie selber an der Stelle der Kurfürstin sein würde. Als Marlborough, zu Anfang December 1705, von Berlin her in Hannover

---

[1]) Mehrere Briefe Buckinghams im British Museum. Add. Ms. Birch Papers, vol. 4107. Vergleiche auch Macpherson's Original Papers vol. II, p. 44.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 179, 183, 186.

eintraf, fand er ein Schreiben der Königin vor, welches uns den vollen Abstand dieser Denkweise der Königin von derjenigen der Kurfürstin gewahren läßt. Während die letztere überzeugt ist, daß sie sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Englands mische, daß sie frei und offen den geraden Weg wandele, redet die Königin, als ob das Stellen oder Nicht-Stellen des Antrages von Lord Haversham abgehangen habe von den Instructionen des hannöverschen Gesandten Schütz in London. Es sei ihr, schreibt sie an Marlborough, die Versicherung gegeben, daß Schütz den Antrag verhindern werde. Wer ihr eine solche Versicherung gegeben, sagt die Königin Anna nicht. Aber Schütz, fährt sie fort, habe bisher geschwiegen. Das rufe in ihr die Besorgnis hervor, daß die Entschlüsse in Hannover geändert seien. Marlborough möge daher die Begriffe dort richtig stellen. „Wenn sie ruhig sein wollen, schließt die Königin, so kann ich es auch sein: im anderen Falle muß ich mich gefaßt machen auf viele Kränkungen"[1]).

Da Marlborough genauer als die Königin wußte, wie es um die Wünsche der Kurfürstin Sophie und des Kurfürsten nach der englischen Krone stand: so ist nicht anzunehmen, daß er dem Eifer der Königin mit gleichem Eifer entsprochen habe. Damit er den Kurfürsten von der guten Gesinnung in England für die hannöversche Thronfolge überzeugen könne, schickte man ihm die Entwürfe der beiden wichtigen Acte über die Naturalisation und die Regentschaft. Marlborough berichtet als das Ergebnis der Beredung: der Kurfürst werde keine anderen Gedanken haben als entsprechend denen der Königin[2]).

Von Seiten des Kurfürsten oder der Kurfürstin erfolgte keine andere Aeußerung. Aber es kam eine solche von einem Dritten.

Unter den englischen Whigs, welche es für nöthig hielten, ihre Ansicht über das vermeintliche Zusammengehen mit den Jacobiten an die Kurfürstin gelangen zu lassen, und sie davor zu warnen, befand sich auch der früher in Hannover gern gesehene Lord Stamford. Und zwar ließ er diese Mahnung an sie bringen durch den Engländer Sir Rowland Gwynne, ein früheres Mitglied des Unterhauses (vgl. Bd. VII, S. 182), der sich in Hannover aufhielt. Dieser wandte sich um Rath

---

[1]) Coxe vol. I, p. 361.
[2]) A. a. O. vol. I, p. 362.

fragend an Leibniz. Und dadurch bot sich für den letzteren die Gelegenheit eines Eingreifens auf seine Weise.

Leibniz verfaßte für Gwynne eine Antwort an Stamford, nicht in der Form eines gewöhnlichen Briefes, sondern eines offenen Sendschreibens, d. h. also an die gesammte Whig-Partei. Gwynne hatte dasselbe nur ins Englische zu übersetzen und seinen Namen zu unterschreiben. Alles Andere besorgte Leibniz. Er ließ die Schrift in Holland drucken, und die Exemplare von da aus in Waarenballen nach England schaffen. Ein ihm bekannter Quäker besorgte dort das Weitere[1]).

Daß die Kurfürstin Sophie den Sachverhalt nicht kannte, ergibt sich aus ihrer späteren Meldung an Leibniz, daß das Sendschreiben Gwynnes in London gedruckt sei[2]). Um so weniger wußte der Kurfürst etwas davon.

Die Schrift ist, genau genommen, eine vertheidigende Umschreibung des Briefes der Kurfürstin an den Erzbischof von Canterbury, vom 5. November 1707. In Betreff einer Einladung der Kurfürstin nach England sagte sie dasselbe, was die Whig-Partei im Jahre 1701 und ferner gedacht und unter sich gesagt hatte, was sie später, vom Jahre 1710 an, nach dem Bruche der Königin Anna mit ihr, aufs Neue sagte. Die Schrift war ehrlich und zugleich logisch consequent. Allein sie war, im Sinne der Whigs, im Jahre 1705, politisch unpraktisch.

Wie die Whigs die offene Ehrlichkeit nicht verstanden, aus welcher der Brief der Kurfürstin an den Erzbischof von Canterbury entstammte: so verstand Leibniz nicht die Partei-Taktik der Whigs, die bedingt wurde durch den Charakter der Königin, durch ihre Abneigung ihren Nachfolger im Lande zu sehen. Ja Leibniz ging in dem Sendschreiben sogar so weit, die Behauptung einer solchen Abneigung der Königin zu behandeln wie eine unwahre Supposition. Es ist schwer zu sagen, ob Leibniz an diese seine Vertheidigung der Königin wirklich

---

[1]) Ueber die Einzelnheiten vergleiche man meine Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 188 u. f., so wie die Einleitung des Bandes S. XXXVII u. f. Das Sendschreiben ist auch gedruckt in Commons Debates vol. III, p. 456.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 211.

glaubte oder sie nur fingirte. Die Frage der Einladung war bis dahin nicht in formeller Weise zur Sprache gekommen; aber wie viel auf eine Bereitwilligkeit der Königin Anna in dieser Sache zu geben war, konnte ihm nach der von ihm selber der Nachwelt überlieferten Antwort, die sie im Winter 1701/2 auf die erste Andeutung Wilhelms III. ertheilt (Bd. IX, S. 454), nicht unbekannt sein.

Die Annahme einer Geneigtheit der Königin dagegen stützen zu wollen auf die Haltung ihrer officiellen Schreiben nach Hannover, dürfte erscheinen als ein allzu großes Vertrauen in die Ehrlichkeit oder auch in die Logik der Königin. Die Whig-Partei wußte besser, wie es darum stand. Eben dies aber war der Kern der Sache. Indem daher die Schrift, für welche Sir Rowland Gwynne den Namen hergab, diesen eigentlichen Kern der Sache, der aus Rücksicht der Convenienz nicht weiter erörtert werden konnte, irrig auffaßte, und von dieser irrigen Auffassung aus die Inconsequenz der Whigs nachdrücklich rügte, hatten diese zu besorgen, daß unter den minder Kundigen ihrer eigenen Partei und in der englischen Nation überhaupt durch dies scharf, klar, energisch abgefaßte Sendschreiben eine Spaltung hervorgerufen werde. Die Whig-Partei suchte daher das ihre Plane kreuzende Sendschreiben todt zu machen, nicht durch eine Widerlegung, sondern durch Abstimmung. Da sie in beiden Häusern die Mehrheit hatte, so war das Verfahren sicher. Das Unterhaus ging voran und beschloß: das vorgelegte Sendschreiben sei ärgerlich, falsch, böswillig, berechnet eine Misstimmung zwischen der Königin und der Prinzessin Sophie hervorzurufen; es verhalte sich herabsetzend gegen die Königin, gegen die Prinzessin Sophie, gegen das Verfahren beider Häuser des Parlamentes. — Das Unterhaus beschränkte sich nicht auf diese Art der Kritik. Es beschloß eine Adresse an die Königin mit der Bitte um strafrechtliche Verfolgung des Verfassers, des Druckers, des Verbreiters. Es beschloß zugleich die Mittheilung dessen an das Oberhaus. Auch in diesem regte sich derselbe Unwille über das Sendschreiben. Das Oberhaus schlug daher dem Unterhause eine gemeinsame Adresse vor. Das letztere stimmte zu. Die gemeinsame Adresse ward dahin geschärft, daß sie verlangte: „eine gebührende Strafe gemäß der äußersten Strenge des Gesetzes". Dem Zorne der Whigs entsprach vollaus derjenige der Königin. Auch sie, erwiederte sie auf die Ueberreichung, habe die

Böswilligkeit der vom Parlamente so richtig gewürdigten Schrift völlig erkannt, und werde die geeigneten Verfügungen erlassen[1]).

Zum Glücke für den eigentlichen Thäter, Leibniz, war er nicht im Bereiche des Zornes. Es ist dabei nicht ohne Interesse zu bemerken, daß die Pseudonymität, welche, aller Wahrscheinlichkeit nach, von Anfang an zwischen Leibniz und Sir Rowland Gwynne beschlossen blieb, von Keinem durchschaut wurde. Daß bei Engländern der Gedanke nicht aufkam, liegt nahe. Denn, wenn auch denen, welche das frühere Parlaments-Mitglied Sir Rowland Gwynne kannten, einiger Zweifel an der Capacität desselben zu einer so bündig scharfen Schrift aufsteigen mochte: so fiel doch eine etwaige Vermuthung, daß ein Nicht-Engländer dabei thätig gewesen sein könne, sofort zusammen vor dem nationalen Vorurtheile, daß ein Foreigner von englischen Angelegenheiten keine Kunde haben könne. Die Meinung haftete also an Sir Rowland Gwynne. Aber hatte er aus sich gehandelt, oder im Einverständnisse mit dem Hofe in Hannover? — Daß vielfach das Letztere angenommen wurde, sehen wir an dem Beispiele des Hofes von St. Germain. Dort bezeichnete man Gwynne kurzweg als den Ritter des Hauses Hannover[2]). Demnach darf mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die zum Argwohn gegen Hannover geneigte Königin dasselbe dachte. Ob es sich so verhielt, mußte sich herausstellen an der Behandlung, die Gwynne in Hannover erfahren würde. Mit Spannung richteten sich dahin die Blicke. Der Gesandte Stepney in Wien ersuchte den Gesandten Howe in Hannover, ihm zu melden, was da mit Gwynne geschähe.

Das Verhalten des Hofes von Hannover zeichnet sich in den Berichten dieses Gesandten Howe[3]). Im Februar 1706 meldet er, daß die Feier des Geburtstages der Königin in Hannover mit großem Respecte begangen worden sei. Dann ward das Sendschreiben Gwynnes bekannt. Howe kargte in seinen Worten nicht mit dem Vollmaße seines officiellen Zornes. Aber für Stepney handelte es sich weniger um die Meinungen Howes, als um die Thatsachen des Verhaltens in Hannover.

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 470.

[2]) Macpherson vol. II, p. 2.

[3]) In den Stepney Papers im Britisch Museum.

Howe meldete darauf: „Anfangs wurde hier der Schrift vieler Beifall gezollt. Als ich ihnen aber dann die bösen Absichten des Sendschreibens darlegte und die übelen Folgen, die das Schreiben für ihr Interesse in England nach sich ziehen würde, da begannen sie die Dinge anders anzusehen. Als mit der nächsten Post der Beschluß des Parlamentes ankam, öffneten sich ihre Augen noch ein wenig mehr, und sie begannen daran zu denken, Sir Rowland Gwynne hinweg zu senden." So Howe, der dann selber diese vermeintliche Absicht widerlegt mit seinen nächsten Worten, nämlich: „Aber ich sehe nicht, daß ihm irgend welche Unzufriedenheit kund gegeben wird. Er ist jetzt in die Harz-Bergwerke gegangen, und will in vierzehn Tagen zurückkehren. Ein solches Verhalten ist mir noch nie vorgekommen. Was sie damit beabsichtigen, kann ich nicht fassen."

Die Worte Howes zeigen, daß ihm in Hannover der Verdacht eines Causalzusammenhanges zwischen der Schrift Gwynnes und dem Hofe fern lag, daß er dagegen in dem Mangel einer Ahndung von Seiten des hannöverschen Hofes gegen Gwynne einen Mangel an Deferenz vor der Königin erblickte. Allein, so sehr auch die Königin von England und die Whig-Partei dem Gwynne darüber zürnen mochten, daß die Schrift, die seinen Namen trug, die Unaufrichtigkeit des englischen Parteigetriebes offen gelegt hatte: so hatte doch Gwynne dadurch nicht etwas gethan, was nach den Gesetzen des Landes Hannover als strafwürdig hätte erscheinen können. Er blieb daher unbehelligt. Später begab er sich nach Hamburg. Erst im folgenden Jahre, als er von da aus die Absicht kund gab wieder nach Hannover zurückzukehren, verbat sich der Kurfürst Georg Ludwig diesen abermaligen Besuch, mit dem freilich in milder Form gehaltenen Vorwurfe, daß Gwynne sich von Hannover aus in die politischen Angelegenheiten von England eingemischt habe[1]).

Für die Kurfürstin Sophie aber war der Hauptzweck, den sie bei jenem Schreiben an den Erzbischof von Canterbury verfolgt, nämlich endlich über die Lage der Dinge in England zur Klarheit zu kommen, nicht erreicht. Es lag nahe, daß die Königin Anna, bei allen Betheuerungen, zunächst doch nur das eigene Interesse im Auge hatte,

[1]) Macpherson vol. II, p. 92.

für ihr Leben lang sicher die Krone zu behalten. Darum konnte die Häufung von Parlaments-Acten für diese Succession den Glauben an jene Betheuerungen nicht fester begründen. Dies um so weniger, da namentlich die Kurfürstin Sophie im langen Leben den Wandel von Parlaments-Beschlüssen kennen gelernt hatte. Sie hatte die Zeiten der Revolution gegen ihren Oheim Carl I. mit durchlebt, die Zeiten der Beschlüsse des damaligen Parlamentes gegen ihn und seine Söhne, ihre Vettern. Sie hatte dann die Restaurationszeit mit angeschaut, so wie was weiter folgte. Kein Land Europas schien damals in seiner Regierung weniger stabil zu sein als England.

Die Königin und die Whig-Partei dagegen suchten das Gewicht der zwei Acten der Naturalisation und der Regentschaft noch zu verstärken. Die Königin fügte den Hosenband-Orden für den Kurprinzen hinzu. Lord Halifax, Mitglied der Whig-Junta, erbat und erhielt die Vollmacht, wie fünf Jahre zuvor Lord Macclesfield die Successions-Acte, so nun die neuen Acten nach Hannover zu überbringen.

Die Meldung dessen änderte nicht die Stimmung der Kurfürstin Sophie über den Verlauf der Dinge. Diese Stimmung prägt sich aus in den Worten, mit welchen sie Leibniz, der sich in Braunschweig befand, diese neue Nachricht meldet. Sie sagt, 28. März: Mylord Halifax s'est offert à être envoyé ici pour nous incommoder, et je crois que l'Electeur donneroit volontiers un présent à qui le voudroit empêcher; mais Schütz mande que c'est une affaire résolue, que la Reine veut envoyer quelqu'un pour apporter la jarretière et les actes[1]). Auch mündlich machte die Kurfürstin aus ihrer Abneigung gegen den Empfang einer abermaligen englischen Botschaft mit Parlaments-Acten kein Hehl. Es würde ausreichen, meinte sie und auch der Kurfürst, wenn der englische Gesandte Howe in Hannover die Acten übergäbe. Die Frau dieses Gesandten war eine natürliche Tochter des Prinzen Ruprecht, also dem Blute nach eine Nichte der Kurfürstin, und, wenn sie ehelich geboren wäre, zur Nachfolge berechtigt vor der Kurfürstin. Sie eilte solche Reden nach England an die Lady Marlborough zu berichten. Die Kurfürstin, schrieb sie, sehe diese Parlaments-Acten lediglich als Complimente an.

[1]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, p. 211.

Marlborough meldete den Inhalt dieses Schreibens zurück an den Kurfürsten[1]). Er hob die Wichtigkeit der Acten hervor, und bat dies auch der Kurfürstin einleuchtend zu machen. Georg Ludwig lenkte ein. Er erwiederte, daß er wie die Kurfürstin die Wichtigkeit der Acten vollaus erkenne. „Aber Sie wissen, fügt er hinzu, daß ich allen Ceremonien und Complimenten von Natur abhold bin, und eben aus diesem Grunde habe ich gewünscht, daß Herr Howe den Auftrag der Ueberreichung erhalten möge"[2]). Die Kurfürstin ihrerseits beauftragte den Gesandten Schütz in London, dem Staats-Secretär Harley zu sagen, daß sie an dem Sendschreiben von Sir Rowland Gwynne keinen Antheil habe[3]).

Lord Halifax schiffte sich, im April, mit Marlborough nach Holland ein, um dort den vom Parlamente beschlossenen Vertrag mit den Generalstaaten für die Garantie der Succession des Hauses Hannover in England zu unterhandeln, und zugleich die neuen Parlaments-Acten für die Sicherstellung derselben nach Hannover zu bringen. Dazu war er beladen mit einer Menge von Briefen, sowohl der Königin als vieler englischer Großen, aufrichtig oder unaufrichtig.

Ein Zwischenfall jedoch verzögerte diese Weiterreise. Der Verdruß über die nicht hohe Werthschätzung, welche das kurfürstliche Haus in Hannover gegenüber den neuen Parlaments-Acten an den Tag legte, ferner über die Nicht-Bestrafung des Sir Rowland Gwynne, erlangte in der Seele der Königin Anna so sehr die Oberhand, daß sie eigenhändig einen vorwurfsvollen Brief schrieb und ihn Marlborough nachsandte, mit dem Auftrage das Schreiben dem Kurfürsten einzuschicken. Marlborough kannte genauer als die Königin und ihre Berather in England, genauer überhaupt als irgend ein anderer Engländer seiner Zeit, die Anschauungen des kurfürstlichen Hofes in Hannover. Er las den Brief der Königin, und ließ ihn an die Adresse — nicht abgehen. Er berichtete seine Gründe dem Staats-Secretär Harley, und erhielt von diesem, im Auftrage der Königin, die Zustimmung derselben, freilich mit dem mürrischen Zusatze: „Entweder kennt jener Hof unser Land nicht, oder legt geringen Werth auf unsere gute Meinung"[4]).

---

[1]) Macpherson vol. II, p. 29.
[2]) A. a. O. p. 37, 2./13. April.
[3]) A. a. O. p. 31, 6. April.
[4]) Coxe's Marlborough vol. I, p. 401.

Ungeachtet dieses Verdrusses hatten also doch die Gründe Marlboroughs überwogen. Und in der That hätte die Sache weit tragende Folgen haben können. Denn bei dem nicht großen Eifer, den das Haus Hannover von Anfang an für die Aussicht auf die englische Thronfolge kund gegeben, bei der nicht sehr freundlichen Stimmung, in der sich die Kurfürstin Sophie wie ihr Sohn gerade damals England gegenüber befanden, hätte die Ueberreichung eines Schreibens voll Vorwürfe möglicher Weise den Abbruch des bestehenden Verhältnisses zur Folge gehabt. Nun lag es aber ungleich mehr im Interesse der Königin, daß ein solcher Bruch nicht erfolge, als in demjenigen des Kurhauses. Denn im Falle des Bruches verlor das Kurhaus von demjenigen, was es wirklich besaß, nicht das geringste: es gab lediglich eine entfernte Aussicht auf, nach welcher es aus eigenem Antriebe nicht getrachtet hatte. Dagegen hätte für England der Bruch mit dem Hause Hannover heftige innere Stürme heraufbeschworen, und die Königin durfte sich die Frage vorlegen, ob ihr Thron fest genug sei, dieselben auszudauern. Und eben so unabsehbar waren die Folgen für die gesammte Allianz, wenn England, das mächtigste Glied derselben, durch innere Stürme an weiterer Bethätigung gelähmt wurde.

Aber beachten wir zugleich die merkwürdige Verkettung dieser Dinge. Das Schreiben der Königin war in England beschlossen und ausgefertigt. Es wurde an Marlborough gesandt, damit er es auf sicherem Wege bestelle. Es hätte ein anderer Weg der Sendung gewählt werden können, wie z. B. derjenige durch einen eigenen Cabinets-Courier. Dann wären alle die Folgen eingetreten, die nun durch Marlborough verhütet wurden.

Es ist das Verdienst Marlboroughs um England, den Ausbruch des Zwiespaltes verhütet, die Sache beigelegt zu haben — ein Verdienst vielleicht eben so groß wie dasjenige eines seiner Siege im Felde. Aus welchen Motiven er so handelte, ob aus Patriotismus oder einem anderen, liegt hinaus über die Grenze des menschlichen Erkennens. Gewis ist, daß für die Hoffnungen in St. Germain wenige Dinge so erwünscht gekommen wären, wie ein Bruch zwischen der Königin Anna und dem Hause Hannover. Der Hof von St. Germain aber, der diese Vorgänge nicht kannte, fuhr fort, nach wie vor eine Hoffnung der Restitution zu bauen auf Marlborough. Er werde, meinte gerade

damals einer der Berather des Prätendenten, doch einmal seine alte Schuld gut machen[1]).

Nachdem die drohende Wolke jenes Schreibens sich verzogen, begab sich Lord Halifax mit seinen Documenten auf den Weg nach Hannover. Das officielle Schreiben der Königin, datirt vom 20. April, zeigte keine Spur einer Misstimmung, versicherte dagegen, daß die Königin bei jedem Anlasse das Interesse des Kurfürsten als ihr eigenes anerkennen werde. Zum Beweise ihrer Achtung und Freundschaft für die kurfürstliche Familie verleihe sie dem Kurprinzen den Hosenband-Orden[2]). — Die anderen zahlreichen Briefe betheuerten die Ergebenheit ihrer Verfasser für das kurfürstliche Haus. Einige darunter, wie die Herzoge von Buckingham, von Newcastle, Graf Orford, hatten zu anderen Zeiten ähnliche Betheuerungen auch nach St. Germain gesendet. Godolphin scheint nach Hannover hin niemals seine Ergebenheit versichert zu haben.

Zu Ende Mai traf Lord Halifax mit seinem Gefolge in Hannover ein, und wurde dort in solenner Weise empfangen. Er überreichte der Kurfürstin die zwei wichtigen Acten, die für die Schicksale ihres Hauses folgenreicher waren, als damals die Kurfürstin glauben mochte. Einige Tage später traf auch der Wappenherold von England ein, mit demselben Ceremoniell wie Lord Halifax empfangen, und bekleidete am 13. Juni den Kurprinzen mit den Insignien des Hosenband-Ordens[3]).

Halifax äußerte sich von Hannover aus an Lady Marlborough über seine Aufnahme außerordentlich wohl befriedigt[4]).

Die Antworten von Seiten des kurfürstlichen Hauses an die Königin und die Mitglieder der Aristokratie, welche dem Lord Halifax Briefe mitgegeben, entsprachen den Versicherungen derselben. Aeußerlich erschien daher Alles wohl geebnet und glatt. Halifax kehrte im Juni befriedigt nach dem Haag zurück.

---

[1]) Macpherson vol. II, p. 3.

[2]) Die sämmtlichen Briefe bei Macpherson vol. II, p. 38 sq.

[3]) Das Ceremoniell ausführlich in Malortie, Der h. Hof unter dem Kurfürsten Ernst August und der Kurfürstin Sophie S. 147 u. f.

[4]) Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 28.

Bei seiner Anwesenheit in Hannover hatte der Schriftsteller Addison, der zum Gefolge der Botschaft gehörte, einen Entwurf des Documentes eingereicht, durch welches, gemäß der Parlaments-Acte, die Kurfürstin neben sieben Großwürdenträgern von England noch eine ihr beliebige Anzahl von anderen Personen für die Regentschaft im Falle des Todes der Königin Anna ernennen sollte. Halifax hatte dafür einundzwanzig Namen vorgeschlagen. Nach seiner Rückkehr mahnte er vom Haag aus, einen Monat später, an die Ausfertigung des Documentes. Der Kurfürst versprach, seine Mutter daran zu erinnern[1]). Erst im folgenden Monate, im August, überbrachte der Gesandte Schütz das Document in dreifacher Ausfertigung nach England. Die Kurfürstin hatte von den ihr vorgeschlagenen einundzwanzig Namen vierzehn ernannt und sieben gestrichen. Unter den sieben gestrichenen war der Name des Lords Halifax[2]).

Da diese Documente versiegelt blieben, so wurde diese Thatsache damals nicht kund. Uns Späteren aber gibt sie den Beweis, daß auch die Persönlichkeit des Lords Halifax die geringe Geneigtheit, mit welcher die Kurfürstin Sophie und ihr Sohn, der Kurfürst Georg Ludwig, die Meldung seiner Mission vernommen, nicht in Gunst verwandelt hatte.

Die Consequenzen der anderen wichtigen Beschlüsse des englischen Parlamentes für die Sicherung der Thronfolge, in Betreff des Garantie-Vertrages derselben mit den Generalstaaten, und der Union von England und Schottland, werden wir später, nach der Einwirkung der Kriegsereignisse des Jahres 1706, im Zusammenhange zu betrachten haben.

Uebersicht der europäischen Angelegenheiten beim Beginne der Feldzüge von 1706.

Am 30. März entließ die Königin Anna das Parlament mit lebhaften Ausdrücken des Dankes für die Bemühungen, die Thronfolge in der protestantischen Linie sicher zu stellen und die Union von England und Schottland zu Stande zu bringen. Dem Unterhause insbesondere galt ihr Dank für die reichlichen Bewilligungen zur nachdrücklichen Führung des Krieges wider Frankreich.

---

[1]) Macpherson vol. II, p. 60.

[2]) Robethon-Papiere im Archive des h. Vereines für N. S. zu Hannover.

In der That waren diese Bewilligungen außerordentlich. „Man hat kein Beispiel, meldet der kaiserliche Gesandte Graf Gallas, daß ein Parlament in einer Zeit von zwei bis drei Monaten reichlich fünf und eine halbe Million Pfund Sterling, das ist in unserem Gelde 23 Millionen Reichsthaler, verwilligt und die Mittel und Wege zur Beschaffung dieser Summen angewiesen hat." — Die Beträge, welche England für den Krieg hergab, stellen sich nach Verhältnis noch höher heraus durch den Vergleich mit denjenigen, welche die habsburgische Monarchie aufbringen konnte. „Durch die ungarische Rebellion, meldet der Kaiser Joseph I. seinen Gesandten im Haag und in London, entfallen uns von daher jährlich sechs Millionen Gulden, und dazu stehen von dort her vier große Länder, nämlich Oesterreich, Mähren, Schlesien, Steiermark in beständiger Gefahr des Brandes und der Verwüstung"[1].

Dieser ungeheuere Nachtheil für den Kaiser kostete dem Könige Ludwig XIV. regelmäßig nur die monatliche Summe von 50.000 französischen Livres für Franz Rakoczy[2]. Vortheilhafter für seine Zwecke dürfte Ludwig XIV. vielleicht niemals das Geld des französischen Volkes angelegt haben. In welcher Weise später Franz Rakoczy selber seine Verdienste um Ludwig XIV. bei demselben geltend machte, haben wir bereits früher vernommen (Band X, S. 294).

Dagegen war im Winter 1705/6 in dieser ungarischen Angelegenheit für den Kaiser Joseph I. Etwas gewonnen, wenn auch nur auf kurze Zeit. Marlborough und sein Schwiegersohn Sunderland sprachen nach ihrer Rückkehr von Wien in Hannover, im Haag, und dann namentlich auch in England, offen aus, daß es an dem Kaiser nicht liege zu einem Abkommen mit den Rebellen zu gelangen, daß der Kaiser vielmehr von seiner Willfährigkeit zum Frieden alle erdenkliche Proben abgelegt, und daß darum nur das Schwert dieser Sache ein Ende machen könne[3].

Marlborough hatte in dieser ungarischen Angelegenheit früher anders geredet. Er redete auch später wieder anders. Im Winter 1706 aber machten, nach dem Zeugnisse der Gesandten im Haag und in

[1]) Kaiserliches Rescript vom 29. Januar.

[2]) Man vergleiche die Quittung des Franz Rakoczy bei Fiedler, Actenstücke zur Geschichte Franz Rakoczy's, Bd. II, S. 3.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. Januar.

London, seine Worte den Eindruck, daß man sich willfähriger für die Wünsche des Kaisers bewies. Der Graf Wratislaw, der andauernd in nicht bloß politischem, sondern auch freundschaftlichem Verkehre mit Marlborough verblieb, verstärkte diese Geneigtheit durch seine Berichte. Er meldete, daß, ungeachtet der Niederlage des Franz Rakoczy bei Sibo, die Rebellen eine Antwort auf das Erbieten zum Frieden oder Waffenstillstande hinausschöben, daß daher der Kaiser, ungeachtet seiner Friedenswilligkeit, mit welchen er den Ungarn vortheilhafte Erbietungen mache, gezwungen werde in Waffen gegen sie zu verbleiben, daß er darum nicht zugleich auch seiner Armee in Italien den erforderlichen und wünschenswerthen Nachschub geben könne. Nach den Berichten des von Turin her nach Wien so eben zurückgekehrten Feldmarschalls Guido Starhemberg war der Stand der kaiserlichen Armee in Italien derartig, daß, wenn nicht eine ausgiebige Hülfe erfolge, der Kaiser sie zurückberufen müsse[1]).

Der Kaiser wünschte eine sofortige Sendung von 300,000 Thalern für die Armee des Prinzen Eugen, ferner eine baldige Anleihe von 250,000 Pfund Sterling, und eine weitere Anleihe von $1^1/_2$ Millionen Pfund. Die erstere Anleihe sei erforderlich die Armee in Italien neu auszurüsten; mit der anderen bezwecke er den verfallenen Credit daheim wieder empor zu bringen, und damit das Uebel aus dem Grunde zu heilen[2]).

In der That lag der Credit nicht bloß daheim danieder, sondern eben so sehr, oder noch mehr, nach außen. Der Gesandte Goes hatte den Auftrag ein Drittel jener ersten Summe in Holland zu beschaffen. „Seitdem, meldet er, die kaiserliche Hofkammer nicht mehr die Zinsen für das Geld auf die ungarischen Kupferminen bezahlt, von denen seit der Rebellion nichts mehr einkommt, liegt unser Credit in Amsterdam völlig zu Boden"[3]). Es gelang ihm endlich doch durchzudringen. „Aber, sagt er einem Freunde, Gott weiß, mit welcher Mühe. Wenn nicht meine dienstliche Stellung mir die Verhandlung darüber zur Pflicht machte, so würde ich freiwillig sie wahrlich nicht auf mich nehmen." Goes erzählt weiter, daß der König Wilhelm III., im Hinblicke auf

[1]) Coxe's Marlborough vol. I, p. 366.
[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. Januar.
[3]) Bericht vom 23. Februar, im Archive Clam-Gallas.

die verworrenen Finanzzustände der kaiserlichen Monarchie, oft in die Worte ausgebrochen sei: „Es scheint, daß das Erzhaus müde ist zu regieren." Goes fügt für sich hinzu: „Ich hoffe nur, daß sich dies Wort nicht bewahrheitet."

Der geringe Credit, dessen in London und Amsterdam die kaiserliche Finanzverwaltung sich erfreute, tritt uns scharf ausgeprägt entgegen in der Art und Weise der Uebersendung. Der Graf Gallas berichtet: „Wegen der 300,000 Thaler ist es endlich dahin gediehen, daß man mir sagt: es sei eine geschehene Sache. Aber ich kann weder in Betreff der letzten noch der ersten 100,000 Thaler hier erfahren, wann, wie, wohin sie übermacht sind. So groß ist die Diffidenz dieses Hofes." Erst dann erfuhr Graf Gallas von Cardonnel, dem Secretär Marlboroughs, daß die Wechsel direct dem Prinzen Eugen eingesandt waren[1]).

Auch die erstere der beiden größeren Anleihen, zu 250,000 Pfund Sterling, bezog sich nur auf die kaiserliche Armee in Italien, und zwar auf die Verpflegung derselben für fünf Monate. Marlborough nahm auf sich, den Betrag gegen die Verpfändung der Einkünfte von Schlesien zu sieben bis acht Percent zu verschaffen. Er selbst zeichnete zuerst 10.000 Pfund Sterling. Auch in Betreff dieser Anleihe berichtet dann der Graf Gallas: „So viel ich habe abnehmen können, will man die Sache so einrichten, daß die Summe innerhalb fünf Monate je mit 50.000 Pfund Sterling dargereicht werde. Die Schwierigkeit soll nicht so sehr darin beruhen, ob man Ew. kaiserliche Majestät dies Geld geben könne oder solle, sondern nur, wie man es einrichte, damit das Geld nicht dem Hofe (d. i. den Ministern) Ew. kaiserlichen Majestät in die Hände gerathe. Woraus immerfort eine große Diffidenz hervor scheint und der übele Credit ganz klar an den Tag tritt." — In der That wurden auch diese Beträge direct durch Wechsel von Marlborough an den Prinzen Eugen übermacht[2]).

Zum Vergleiche hielt Gallas in seiner weiteren Darlegung entgegen, daß auf die für damals ungeheueren Bewilligungen des Parlamentes in den nächsten Tagen die Hälfte an Vorschüssen eingezahlt worden sei. Erst dann wurde es ihm klar, daß eine Bürgschaft des

---

[1]) Bericht vom 26. Januar.

[2]) Gallas' Bericht vom 2. März.

Parlamentes für die von dem Kaiser gewünschte Anleihe einen geringeren Zinsfuß beschafft haben würde, als den von Marlborough verlangten[1]). — Die Regierungen waren noch unerfahren in der Fertigkeit des Schuldenmachens.

Aber die Thatsachen genügen zu dem Vergleiche, wie sehr die Machtentfaltung des kleineren und weniger volkreichen England diejenige der kaiserlichen Monarchie überbot, und zwar zu einem bedeutenden Theile durch die größere Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Diener der Regierung in der Verwaltung der öffentlichen Mittel, demgemäß durch den hohen Credit der englischen Regierung im Gegensatze zu dem geringen der kaiserlichen.

Daher konnten und wollten die Regierung und das Volk von England gegen den übermächtigen König von Frankreich den Krieg fortführen, der, nach ihrer Ueberzeugung, ihrem nationalen Interesse entsprach. Der Kaiser seinerseits wollte diesen Krieg fortführen, weil, nach seiner Ueberzeugung, die Wahrung der Rechte seines Hauses und seine Pflicht für das Gemeinwohl Europas ihm denselben auferlegten. Aber er konnte dies nur mit Hülfe der Mächte England und der Republik der Niederlande. Es war unvermeidlich, daß diese beiden Mächte, obwohl sie auch ihrerseits des Kaisers bedurften, dennoch die verhältnismäßige Ueberlegenheit ihrer Position fortan oft in scharfen Worten gegenüber dem Kaiser geltend machten, namentlich in der ungarischen Sache.

In Betreff des guten Willens der Republik der Niederlande hatten, im Herbste 1705, die Bemühungen des französischen Gefangenen Allegre dort um den Frieden bei dem Kaiser und in England Besorgnisse erweckt, die noch bis in das Jahr 1706 fortdauerten. Goes drängte in den Rathspensionär Heinsius, sich offen darüber auszusprechen. Dieser erwiederte: „Sie haben nicht nöthig mich zur Fortsetzung des Krieges zu ermuntern; denn ich begreife gar wohl, daß noch kein reputirlicher Friede gemacht werden kann, viel weniger denn ein sicherer. Allein ich habe auch nicht die Zuversicht, mir von einer Fortsetzung des Krieges allzu viele Hoffnung zu machen. Der Kaiser ist mit den Rebellen völlig occupirt, und fast außer Stande etwas zu thun. Die

[1]) Murray vol. II, p. 453. Marlborough an Prinz Eugen, vom 2. März.

Fürsten des Reiches leisten sehr wenig. England thut nicht was es sollte und könnte. Die ganze Last fällt auf diesen Staat. Sie kennen ja ungefähr den Stand der Dinge hier. Dennoch kann ich versichern, daß für jetzt an keinen Frieden mehr gedacht wird. Wenn aber der bevorstehende Feldzug nicht günstiger abläuft als der vorige, so weiß ich nicht, was noch geschehen wird. Ich bedauere sehr den Verlust von Nizza, und wünsche, daß der Kaiser den Kurfürsten von der Pfalz und den Herzog von Sachsen-Gotha disponiere, ihre Truppen bald nach Italien zu senden"[1]).

Dieser Fall von Nizza war die erste Kriegesthat des Jahres 1706. Es war die Absicht Ludwigs XIV., durch die Wegnahme dieser Stadt dem Herzog Victor Amadeus jegliche Verbindung mit dem Meere abzuschneiden. Darum ratificirte er nicht den Stillstand, den der Commandant von Nizza mit dem französischen von Villafranca auf sechs Monate abgeschlossen, sondern schickte, tief im Spätherbste 1705, den Herzog von Berwick mit 7000 Mann gegen Nizza. Die Stadt fiel bald. Um so länger hielt sich das Schloß, bis am 4. Januar der Commandant sich genöthigt sah zu capituliren. Der alte Marschall Vauban hatte ein Gutachten abgegeben für die Erhaltung des Schlosses[2]). Dasselbe entsprach nicht dem Willen Ludwigs XIV. Sein Befehl an Berwick lautete, das Schloß völlig zu zerstören. „Dieser Befehl, meldet Berwick, wurde so wohl ausgeführt, daß nicht eine Spur übrig blieb, wo einst das Schloß Nizza gestanden"[3]).

Um so lauter noch erschollen nach diesem Verluste von Nizza die Hülferufe des Herzogs Victor Amadeus nach Wien, nach dem Haag, nach London. Nach diesen beiden Orten sendete er den Grafen Maffei, nicht bloß zu bitten, sondern auch mit dem Abfall zu drohen, im Februar. Man zweifelte, daß es dem Herzoge damit Ernst; aber der Muth sank. Abermals unterredeten sich Heinsius und Goes, vier Wochen nach jenem ersten Gespräch, am 22. Februar. „Ich kann Ihnen vertraulich nicht bergen, sagte der Erstere, daß meine Besorgnisse steigen. Ich sehe nicht ab, wie der Prinz Eugen es möglich machen kann, den Herzog Victor Amadeus zu retten, ja ob er überhaupt nur

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 22. Januar.
[2]) Das Gutachten Vaubans bei Pelet t. V, p. 684.
[3]) Mémoires vol. I, p. 194.

jenseit der Alpen sich wird behaupten können. Mit Einem Worte: ich habe von der Lage der Dinge in Italien geringe Erwartung, und doch ist, meines Erachtens, daran so viel gelegen. Ich urtheile nicht viel günstiger von dem Stande der Dinge in Catalonien. Die Anstalten des Feindes zur Belagerung von Barcelona werden mit solchem Nachdrucke ausgeschrieen, daß man dabei besorgt werden muß. Und andererseits ist es fraglich, ob der Succurs unserer Flotten dahin ausreicht, ob er nicht stückweise, vielleicht zu spät, dort eintreffen wird. Portugal handelt nicht mit Nachdruck. Es ist zu beklagen, daß es den Transport der verbündeten Truppen nach Catalonien abgeschlagen hat. Die Mitglieder der Regierung hier sind an sich schon bedenklich, zum Kleinmuthe geneigt: ich habe viele Mühe sie bei Hoffnung zu erhalten, besonders wenn die Rebellion in Ungarn nicht bald gedämpft werden sollte"[1]).

Zustand im Reiche.

Die Hülfe für den Herzog Victor Amadeus konnte nur zu Lande kommen vermittelst der Verstärkung der Armee des Prinzen Eugen. Die Seemächte waren geneigt, für diesen Zweck außer der Fortdauer des Soldes für die 8000 Mann Preußen, auch noch denjenigen für 3000 Mann Sachsen-Gothaer und 7000 Pfälzer auf sich zu nehmen. Aber diese Zusicherung brachte die Truppen noch nicht in Bewegung. Vielmehr wurde es bei den Reichsfürsten üblich, außer jenem Solde ihrer Truppen von dem Kaiser noch besondere Douceurs zu fordern. Der Herzog von Sachsen-Gotha weigerte sich seine Truppen aufbrechen zu lassen, bis diese Douceurs erlegt seien. Der Kaiser sah sich daher genöthigt, seinen Gesandten Goes im Haag zu ermächtigen, für die Sachsen-Gothaer bis zu 15.000 Thalern zu bewilligen. Das Rescript schloß mit dem Satze, daß ein Mehr nach Verhältnis auch der Kurfürst von der Pfalz für seine 7000 Mann nicht erhalte[2]). — Der Kurfürst von der Pfalz war der Vetter des Kaisers Joseph.

Der begehrlichste dieser Reichsfürsten war, wie immer, der neue König von Preußen. Wir haben den Bericht Marlboroughs aus Berlin, vom 3. December 1705, vernommen, nach welchem er den

[1]) Goes' Bericht vom 23. Februar.
[2]) Kaiserliches Rescript vom 23. März.

König in so übeler Laune getroffen, daß er die von Wien her ihm aufgetragene Mahnung an die Pflicht das Reichs-Contingent zu stellen, nicht habe zur Sprache bringen können. Dagegen hatte Friedrich I. in den erneuerten Vertrag über die 8000 Mann in Italien hinein gesetzt, daß er von dem Kaiser 200,000 Gulden verlange, nicht unter dem Namen der Douceurs, sondern der Winterquartiere. Die Forderung der Douceurs ward erst später erhoben. Graf Gallas erhielt von Wien den Auftrag, sich bei Marlborough über jenes unbillige Ansinnen zu beschweren. Marlborough, der genauer als ein Anderer den Ursprung desselben kannte, hörte schweigend zu. Dann erwiederte er: „Ich erkenne an, daß der Kaiser großen Fug hat sich darüber zu beschweren. Allein ich bin dagegen auch der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen, wo wir dieser Truppen bedürfen, man sich doch wohl in Acht zu nehmen hat die Dinge dahin kommen zu lassen, daß der König seinen Kopf aufsetzt." — Marlborough empfahl dem kaiserlichen Gesandten, daß man dem Könige Friedrich I. im Ceremoniell etwas mehr entgegen kommen möge, es werde dadurch mehr zu erreichen sein als durch Geld[1]). — Der Kaiser sah sich genöthigt, die 200,000 Gulden für den König von Preußen zu bewilligen.

Der Mangel an Willigkeit das schuldige Reichs-Contingent zu stellen, war jedoch nicht bloß diesem König-Kurfürsten eigen. Bei der Kriegserklärung vom Jahre 1702 hatte der Reichstag beschlossen, daß eine Reichsarmee von 120,000 Mann aufgestellt werden solle. Aber Jahr auf Jahr mußten die Deputirten der Reichsstände in Regensburg den schweren Tadel und Vorwurf der Generalstaaten und der Königin von England hinnehmen, daß das Reich nicht entfernt seine Verpflichtungen erfülle. Auch zum Beginne des Feldzugs 1706 redeten namentlich die Generalstaaten sehr eindringlich[2]). Eben so der Kaiser Joseph, der seine Bereitwilligkeit aussprach, selber die Führung der Reichs-Armee zu übernehmen. Es ist merkwürdig, daß auf die dringende Mahnung des Kaisers der König Friedrich I. als Herzog von Magdeburg, der keinen Mann bei der Reichs-Armee hatte und auch

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 26. Februar.

[2]) Das Schreiben vom 24. März im **Theatrum Europaeum**, Theil XVII, Jahr 1706, S. 7.

keinen Mann dahin senden wollte[1]), antwortete mit der Wiederholung des schon im Jahre zuvor gestellten Antrages, daß dem katholischen Reichs-Feldmarschall Ludwig von Baden ein protestantischer beigeordnet werden müsse, nämlich der Markgraf von Baireuth. Der Reichstag nahm den Antrag an, und der Kaiser sanctionirte. Allein die Reichs-Armee wurde dadurch nicht um Einen Mann stärker, und die Generalstaaten erneuerten einige Wochen später, nach dem Beginne des Feldzuges, nachdrücklich ihre schwere Klage, daß von der Mannschaft, die das Reich zu stellen habe, kaum der fünfte Theil vorhanden sei, noch dazu mit dem Nothwendigen mangelhaft ausgestattet, und daß nur die Reichskreise Schwaben, Franken und Oberrhein, so wie einige wenige andere ihre Pflicht erfüllten, daß dagegen die mächtigsten Kreise und Stände, und die bisher durch den Krieg am wenigsten gelitten, sich säumig bewiesen[2]).

Wenn jene drei Reichskreise patriotischer handelten als die anderen, so darf doch dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß eben sie auch die zunächst bedrohten waren. Im Allgemeinen darf oder muß man sagen, daß die moralischen Fugen des alten Reiches mehr und mehr sich lockerten. Es hatte zum Zerbrechen gestanden zwei Jahre zuvor durch die vereinigte bayerisch-französische Macht. Durch den furchtbaren Schlag bei Höchstädt war diese zertrümmert, und damit zugleich die Form des Reiches erhalten. Aber doch auch nur die Form. Der Sieg war nicht errungen durch kaiserliche oder durch Reichs-Truppen, sondern vorzugsweise oder fast nur durch Truppen im Solde der Mächte England und Holland, und darum sah man aus diesem Siege von Höchstädt nicht einen neuen Gedanken der Wiederbelebung des alten Reiches entkeimen, nicht die alten Formen mit neuem Lebensgeiste sich erfüllen. Die Bayern, welche im Beginne die Schilderhebung ihres Kurfürsten Max Emanuel mit Abneigung und Abmahnung angesehen, wendeten sich sogar ihm in seinem Unglücke wieder zu, nicht zum wenigsten freilich in Folge der thörichten Grausamkeit der Verbündeten, im Sommer 1704, gegen das unglückliche Land. Der Sieg von Höchstädt belebte nicht das alte Reich; aber die Niederlage von Höchstädt stärkte das bayerische Stammesgefühl, den bayerischen Particularismus.

[1]) Murray vol. III, p. 466.

[2]) Theatrum Europaeum, Theil XVII, Jahr 1706, S. 9.

Max Emanuel hatte richtig gerechnet, daß viele Bayern sich zu ihm nach Frankreich durchschlagen würden. Er hatte bei der französischen Armee in den Niederlanden seine eigenen Schwadronen Cavallerie. Daheim erhoben sich, wie wir gesehen, im Winter 1705/6, tausende von Bauern, zu ihrem eigenen Verderben.

Der Kaiser Joseph beeilte sich, sobald der General Kriechbaum den Aufstand überwältigt hatte, durch eine allgemeine Amnestie die Gemüther der Bayern zu versöhnen, am 5. Februar. Dagegen erfolgte einige Wochen später, am 29. April, in Wien die Verkündigung der Reichsacht über die zwei bayerischen Brüder, den geistlichen Kurfürsten von Köln, Joseph Clemens, und den weltlichen von Bayern, Max Emanuel. Der Act wurde ausgeführt mit der denkbarsten Feierlichkeit. Vor dem Throne des Kaisers Joseph I. im Rittersaale der Hofburg in Wien eröffnete der Reichs-Vicekanzler Graf Schönborn einer glänzenden Versammlung von Würdenträgern, daß die kaiserliche Majestät sich entschlossen, auf ihrem sonst gewöhnlichen Gnadenthrone ihres oberrichterlichen Amtes zu walten, und Recht zu sprechen über die zwei Kurfürsten, die der Ehre und der Pflicht und des eigenen deutschen Blutes vergessen, sich mit dem erklärten Feinde des Kaisers und Reiches verbündet und dessen Waffen ins Herz von Deutschland geführt hätten. Der Reichs-Vicekanzler überreichte darauf dem Kaiser die Lehenbriefe der beiden Kurfürsten. Der Kaiser nahm sie, und zum Zeugnisse, daß sie von da an nichtig und den zwei Kurfürsten ihre Lehen und Hoheitsrechte abgesprochen seien, riß er sie mitten durch und warf die Stücke zu Boden. Zwei Reichsherolde traten herzu, zerrissen knieend die Stücke weiter, begaben sich damit ans Fenster und zerstreuten die noch wieder verkleinerten Stücke in die Winde. Der Reichs-Vicekanzler fügte weiter hinzu, daß beide Fürsten nunmehr der Reichsacht und Aberacht verfallen seien, daß diese Acht dem bisherigen geistlichen Kurfürsten Joseph Clemens alle seine weltlichen, von Kaiser und Reich verliehenen Rechte benehme, für den bisherigen weltlichen Kurfürsten Max Emanuel dagegen noch die weitere Consequenz mit sich bringe, daß dessen unglückseliger Leib jedermänniglich frei stehe, und Niemand sich an demselben verfreveln könne[1]).

---

[1]) Theatrum Europaeum, Theil XVII[c], S. 84 u. f.

Dann ward diese Reichsacht über die zwei Kurfürsten, nach vorher gegangenem Schalle von Pauken und Trompeten, auch draußen vor dem Volke dreimal verkündet: auf dem Burgplatze, dem Graben, dem neuen Markte. — Es war ein ungeheurer Abstand von den einstigen Tagen, zwanzig Jahre zuvor, wo der Kurfürst Max Emanuel, der Gemahl der Erzherzogin Maria Antonia, der Schwiegersohn des Kaisers Leopold I., der Sieger in dem Türkenkriege, so oft an eben denselben Stellen vom Volke gefeiert worden war.

Daß die Achts-Erklärung moralisch eine starke Wirkung üben konnte, ist zu bezweifeln. Man hatte den Act ausgestattet mit aller erdenklichen Feierlichkeit; aber der Vorgang selber hatte seit den Tagen Friedrichs V. von der Pfalz, im Beginne des dreißigjährigen Krieges, seines Gleichen nicht mehr gehabt. Es war daher im Volke keine Tradition mehr lebendig. Und, wenn sie es war, so knüpfte sich daran auch die andere, daß die Reichsacht über Friedrich V. im westfälischen Frieden nicht hatte behauptet werden können. Auch dies Mal waren viele Reichsfürsten misvergnügt. Zwar wurde auch in Regensburg die Acht feierlich verkündet; aber es verlautete bald, daß namentlich der König Carl XII. von Schweden, der für Vorpommern und Bremen und Verden deutscher Reichsfürst war, sich misbilligend aussprach. Die Achtserklärung, die bei einem lebenskräftigen Zustande des Reiches für den Betroffenen vernichtend hätte wirken müssen, konnte, bei dem morschen Zustande des Reiches, eine Kräftigung für dasselbe nicht nach sich ziehen.

Namentlich übte sie auf die Bayern, auf die sie doch zunächst berechnet sein mußte, keine Wirkung. Der Friede dort war in so weit hergestellt, daß Aufstände nicht mehr sich ereigneten. Aber die Gemüther waren nicht gewonnen. Auf die Bayern, die für die kaiserliche Armee in Italien ausgehoben wurden, war kein Verlaß. Ein Regiment, das zu 1200 Mann nach Italien einrückte, war wenige Monate später durch Desertion hinab gekommen auf 50 Mann.

Unter dem morschen Zustande des Reiches litt besonders schwer der Commandant der eigentlichen Reichs-Armee am Oberrheine, der Markgraf Ludwig von Baden. Er hatte im Jahre zuvor die Linien von Hagenau gewonnen; aber bereits im Februar sprach er dem Kaiser seine Besorgnis aus, ob er die Postirung dort werde behaupten

können[1]). Seit der unglücklichen Differenz des Markgrafen mit Marlborough über den Feldzug an der Mosel vom Jahre 1705, war man in Holland und England geneigt, den Markgrafen für allzu Vieles verantwortlich zu machen, ihn namentlich des Mangels an Energie anzuklagen. Aber der Markgraf wollte eine offensive Kriegführung. Man vernahm von ihm oft das Wort, daß Frankreich nur in Frankreich überwunden werden könne[2]). Allein zur Offensive fehlten ihm die Mittel. Nicht bloß schickten viele Reichsstände ihre Contingente nicht; auch selbst derjenigen, die wirklich sich einfanden, war der Markgraf nicht immer Herr. Wenn er das Gesuch eines Reichsfürsten sein Contingent zu entlassen abschlug, so war er nicht sicher, daß nicht einige Tage später der betreffende Corps-Commandant einen Befehl vorzeigte, der ihm die Heimkehr gebot, oder auch urplötzlich und stillschweigend den Rückmarsch antrat[3]). Andere wieder rekrutirten ihre Truppen nicht, so daß es Regimenter gab, die 200 bis 300 Mann zählten. Die Cavallerie von Darmstadt und Mecklenburg hatte ihre Pferde verloren, und die Commandanten meldeten, Mitte März, daß zur Neubeschaffung keine Anstalt getroffen sei. Der Fürstbischof von Würzburg berief sein Dragoner-Regiment ab, weil er es ohne Subsidien nicht erhalten könne. Hannöversche und hessische Truppen machten zwischen Nahe und Mosel einen Theil der Postirung des Markgrafen aus. Im Anfange des Monates März erhielt der Markgraf von dem holländischen Felddeputirten Geldermalsen die Nachricht, daß diese Truppen, im Solde der Generalstaaten stehend, den Befehl hätten sich weiter nach Mastricht zu ziehen.

Andererseits ermangelten die Truppen des Markgrafen des Nothwendigen. In einer Reihe von Briefen an den Kaiser wiederholt er die Klage über den Mangel an Zahlung für die Lieferanten. Es sei bereits dahin gekommen, meldet er am 11. März, daß diese nichts mehr verabfolgen, sondern das Vorhandene anderswohin zum Verkaufe anbieten[4]).

---

[1]) Röder Bd. II, S. 210.

[2]) A. a. O. S. 207. Der Kaiser Joseph an Markgraf Ludwig, 6. Januar, und Antwort des Markgrafen Ludwig, S. 216.

[3]) A. a. O. S. 210.

[4]) A. a. O. S. 214.

Die Leiden seiner Wunde vom Schellenberge her hatten den Markgrafen gehindert, im Winter der Ladung des Kaisers Joseph nach Wien zu folgen, um dort gemeinsam mit Marlborough den Plan des nächsten Feldzuges zu bereden. Es war daher nichts festgestellt, und der Kaiser drang nun, zu Anfang März, auf ein schriftliches Gutachten des Markgrafen. Dieser fand eine Genugthuung darin, daß Marlborough, der im Jahre zuvor sich um seine Ansicht wenig gekümmert, nun Gewicht legte auf die genauere Landeskunde, die dem Markgrafen beiwohne. Er hebt in seinem Gutachten mit dem stärksten Nachdrucke abermals jenes Wort hervor, daß Frankreich nur in Frankreich überwunden werden könne, und zwar am ehesten vom Oberrheine aus, mit dem nächsten Angriffe gegen die Festung Straßburg. Diese Operation könne jedoch ohne die Mithülfe einer starken verbündeten Armee nicht vorgenommen werden[1]).

Ansichten Marlboroughs über die Sachlage.

Marlborough verschob, am 29. März, seine Antwort auf dies Gutachten bis auf seine Anwesenheit im Haag[2]). Der Fingerzeig der Ablehnung lag darin deutlich genug vor. Am selben Tage meldete Marlborough an Wratislaw in Wien, daß der Bericht von Geldermalsen über den schlechten Zustand der Truppen des Markgrafen und über den Humor desselben die Generalstaaten sehr verstimmt habe, so daß sie sich sehr schwer entschließen würden, zu einer Unternehmung vom Oberrheine aus mitzuwirken[3]). — Marlborough, der sich noch in St. James befand, sprach in den letzten Worten, wie man sieht, nicht eine Thatsache aus, sondern eine Vermuthung. Diese Vermuthung meldete er am selben Tage dem Holländer Geldermalsen, so jedoch, daß er sie diesem gegenüber nicht auf dessen Bericht stützt, sondern auf seine Ansicht von den Generalstaaten[4]). Die Hauptsache war also die Vermuthung selbst. Diese bahnte ihm dann, Wratislaw gegenüber, den Weg zur Andeutung des eigenen Planes, den er den Generalstaaten vorschlagen wollte und daher auch vor Wratislaw noch nicht

[1]) Röder Bd. II, S. 215 u. f. Gutachten vom 14. März.

[2]) A. a. O. S. 232.

[3]) Murray vol. II, p. 461. Man vergleiche den Bericht Marlboroughs an den Kaiser, p. 495.

[4]) A. a. O. p. 465.

offen aussprach. Er wollte ähnlich handeln wie zwei Jahre zuvor, nämlich mit einer Armee von 20.000 Mann im raschen Marsche nach Italien eilen, sich mit dem Prinzen Eugen vereinigen, und, wie bei Höchstädt, mit Einem wuchtigen Schlage den Krieg in Italien beenden.

Wie zwei Jahre zuvor jener Plan des Marsches an die Donau, der in der Schlacht bei Höchstädt den Abschluß des Gelingens fand, nicht in Marlborough seinen Ursprung hatte, sondern in Wratislaw: so war auch dieser italienische Plan von 1706 von dem Herzog Victor Amadeus her angeregt durch seinen Gesandten Maffei, bereits im Beginne des Monates März, in London. Marlborough ging ein, jedoch mit der Bedingung des tiefsten Geheimnisses nach allen Seiten, vor dem Kaiserhofe, dem Markgrafen von Baden, der Republik der Niederlande. Nur einem Einzigen im Haag werde er sich anvertrauen, dem Rathspensionär Heinsius [1]). — Die Königin und Godolphin stimmten zu, wenn auch minder eifrig als Marlborough [2]).

Es ist merkwürdig, daß, wo man vor den Verbündeten das Geheimnis dieses Planes so streng zu wahren beflissen war, der Bericht des piemontesischen Gesandten Maffei über diese Unterredung vom 5. März von den Franzosen aufgefangen wurde. In Versailles also kannte man vom Beginne des Feldzuges an den eigentlichen Plan Marlboroughs. Ob freilich dieser Plan ausführbar, hing ja noch von den Ereignissen der nächsten Wochen ab.

Bereits im Anfange des Monates April ward es dem Markgrafen klar, daß auf eine Offensive vom Oberrheine aus nicht zu hoffen. Dagegen liefen Nachrichten ein, welche ihm die Frage nahe legten, ob er in der Defensive beharren könne. Es verlautete, daß sich die feindlichen Truppen unter Villars gegen Hagenau heranzögen, daß Marsin mit einem Detachement von der Mosel her zu ihm stoßen werde. Der Markgraf entwickelte dem holländischen Deputirten Geldermalsen, der sich wieder bei ihm in Rastadt eingefunden, die Gefahr, daß ohne unverzüglichen Nachschub seine Stellung dort verloren sei. „Gott gebe, meldet er einige Tage später, am 30. April, dem Kaiser, daß es Alles besser ablaufe, als es von dieser Seite das Ansehen hat; aber ohne

[1]) Pelet vol. VI, p. 617.

[2]) Man vergleiche Coxe vol. I, p. 404. — Macpherson's Original Papers t. II, p. 39.

Armee, ohne Geld, ohne Proviant, ohne alle übrigen Requisiten, habe ich nicht Ursache große Hoffnung zu hegen"[1]). Die Ausdrücke des Markgrafen sind stark; aber jedenfalls war die Macht des anrückenden Marschalls Villars ihm weitaus überlegen.

Erst am 25. April erließ Ludwig XIV. an den Marschall Villars, der bei Straßburg stand, den Befehl, von dort aus am 30. gegen Hagenau aufzubrechen und vor Allem diese Stadt zu nehmen[2]). Aber bereits am 13. kannte man im Haag diesen Plan. Eben damals lief die Nachricht ein, daß der Kaiser die von dem Könige von Preußen unter dem Namen von Quartiergeldern für seine Truppen geforderten 200,000 Gulden bewilligt habe. „Man scandalisirt sich, meldet Goes, daß die Stände des Reiches nichts ohne Belohnung thun wollen; aber man vernimmt gern, daß Ew. kaiserliche Majestät das Geld bewilligt haben." „Wegen der Besorgnis für Hagenau, meldet Goes einige Tage später, wollen die Generalstaaten den König von Preußen ersuchen, jene Truppen — die 8000 Mann auf Grund des Vertrages mit dem Kaiser, vom November 1700 — nach dem Oberrheine zu senden"[3]).

Am 25. April traf Marlborough im Haag ein. Er fand dort nicht eine gehobene Stimmung vor. Durch die Bevölkerung ging ein Murren wider den endlosen Krieg. Als bei einer Landung von achtzig englischen Rekruten in Rotterdam ihnen die Gelegenheit günstig erschien zur Desertion, sammelten sich Volkshaufen ringsum zur Begünstigung. Einigen gelang die Flucht: mit eigener Lebensgefahr setzte der Officier es durch, die anderen hinweg zu führen. Auf seine Beschwerde bei den Bürgermeistern erfolgte eine freundliche Antwort, aber keine That[4]).

So war die Stimmung nicht bloß in Rotterdam. Am 13. April meldet der Graf Goes aus dem Haag: „Ew. kaiserliche Majestät kann ich die Kleinmüthigkeit dieser Leute nicht genug beschreiben. Die Bestgesinnten verlieren völlig den Muth, so daß, wenn in diesem Feldzuge Gott nicht ein sonderliches Glück schickt, zu besorgen steht, daß die Friedenspartei hier völlig die Oberhand gewinnen werde."

---

[1]) Röder Bd. II, S. 241.

[2]) Pelet t. VI, p. 409.

[3]) Berichte des Grafen Goes vom 13. und 16. April.

[4]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 14.

In den nächsten Tagen folgte dann noch eine trübe Nachricht der anderen. Es bestätigte sich, daß Carl III. in Barcelona belagert wurde und daß ihm nur eine geringe Mannschaft zu Gebote stand, weil Lord Peterborough mit der Mehrzahl der Truppen südwärts nach Valencia gezogen war. Es war zweifelhaft, ob die verbündete Flotte unter Leake und Wassenaar rechtzeitig Hülfe bringen werde. — Von Italien her lief die Nachricht ein, daß am Tage vor der Ankunft des Prinzen Eugen bei der Armee sein Stellvertreter Reventlau von Vendome bei Calcinato geschlagen war. Für den Markgrafen von Baden war bei der Uebermacht, mit welcher der Marschall Villars bei Straßburg ihm gegenüber stand, täglich ein Unfall zu befürchten.

Dazu trat noch eine andere Besorgnis. Gleich nach seiner Ankunft im Haag erhielt Marlborough ein Schreiben des Königs von Preußen, vom 20. April. Der Erstere charakterisirt dasselbe in seiner Meldung an den Grafen Sinzendorf in Wien mit den Worten: „Sie haben dort nicht zu denken, daß Ihre Differenz mit dem Könige von Preußen zu Ende ist; denn ich habe gestern von ihm einen Brief erhalten, in welchem er droht, daß, wenn die Verbündeten ihm nicht sofort in seinen Forderungen willfahren, er für diesen Feldzug weiter keine Truppen hergeben will, als die er in den Niederlanden und in Italien hat. So ist der Wortlaut. Ich weiß nicht, was ich von einem solchen Verfahren denken soll. Ich besorge, daß ein tieferes Geheimnis darunter steckt als wir glauben“[1]).

In derselben Weise äußerte sich Marlborough über das ihm auffallende Auftreten des Königs Friedrich I. sofort nach England hin an den Staats-Secretär Harley. Lebhafter waren die Vorstellungen, die er an den preußischen Gesandten im Haag, Schmettau, richtete, so wie die Klagen, die er vor dem kaiserlichen Gesandten, Goes, erhob. Der Letztere hatte den sonst so geschmeidigen, glatten Mann noch nie in einer solchen Erregung erblickt. Marlborough las ihm den Brief vor, und fragte dann: „Könnte Chamillart mir einen schlimmeren Brief schreiben?“ Dann brach er wiederholt in die Worte aus: „Comment? A moi une telle lettre, à moi! Je lui répondrai demain de bonne encre!“[2])

[1]) Murray vol. II, p. 482. Dort auch p. 477 der Brief des Königs und die Antwort von Marlborough.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 30. April.

In der That war diese Antwort Marlboroughs, vom folgenden Tage, dem 30. April, bei weitem weniger verbindlich, als es sonst seine Weise war. Friedrich I. hatte seine Drohung motivirt mit der Beschwerde, daß ihm der Feldzugsplan nicht mitgetheilt wurde. Marlborough wies, für sich und für die Königin von England, jegliches Recht zur Beschwerde kurz und bestimmt zurück[1]). Schärfer jedoch lauteten seine Worte an den Grafen Wartenberg in Berlin. „Ich hoffe, schreibt er, daß diese übele Stimmung des Königs nicht dauern wird, weil ich im anderen Falle mich für dispensirt erachten würde, ihm in Betreff seiner Truppen zu schreiben." — Am schärfsten endlich spricht er sich aus in seiner Weisung an den englischen Botschafter in Berlin, Lord Raby. „Ich wünsche, sagt er, daß unter dieser äußersten Uebellaunigkeit des Königs nicht mehr steckt als wir wissen, und muß daher Ew. Exc. bitten, sehr sorgfältig und fleißig in Ihren Bemühungen zu sein, um zu erforschen, was er vorhaben mag."

Aehnlich wie Marlborough urtheilte man in Wien über Friedrich I. Der Fürst Salm meldete von dort aus an Marlborough, daß diesem Könige gegenüber nur noch die directe Frage übrig bleibe, ob er seine Verträge halten wolle oder nicht[2]).

Jener Verdacht Marlboroughs war begründet. Der Marquis Bonac in Danzig, durch den die französischen Geldsendungen an Franz Rakoczy gingen, hatte eine Verbindung mit dem Berliner Hofprediger Jablonski angeknüpft und durch diesen mit dem Könige Friedrich I. Die französischen Erbietungen gingen weit. Wenn Friedrich I. sich für neutral erkläre und alle seine Truppen bis auf sein Reichs-Contingent abberufe, so werde Ludwig XIV. ihn als König anerkennen, ihm die Vortheile bewilligen, welche er vom Kriege hoffe, ihn auch sogar als Friedensvermittler annehmen, ihm 50.000 bis 60.000 Thaler monatlich zahlen, die Ungarn bestimmen den Kronprinzen von Preußen zum Könige von Ungarn zu wählen, und diese Wahl aufrecht halten durch französisches Geld. — Rakoczy selber ward von Frankreich bewogen, in diesem Sinne an Friedrich I. zu schreiben. Der Berichterstatter

[1]) Das Schreiben bei Murray vol. II, p. 480. Dort auch die anderen betreffenden Schreiben. Vergleiche auch Coxe vol. I, p. 402, sowie Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 235, 236.

[2]) Murray vol. II, p. 492.

Clement, der dies Alles von Rakoczy und Jablonski vernommen zu haben meldet, fügt hinzu: „Zum Beweise, daß der Berliner Hof auf diese Vorschläge zu hören begann, dienen die Chikanen, welche er zum Beginne dieses Feldzuges über die Stellung seiner Truppen machte, so wie die Bemühungen, die er auf Wunsch Rakoczys eben damals in Kopenhagen anwandte, daß die im kaiserlichen Solde stehenden dänischen Truppen aus Ungarn abberufen würden"[1]).

Wenn nicht gleich damals, so wußte auch Marlborough jedenfalls einige Monate später Näheres über diese Umtriebe. Im August fragte Heinsius bei ihm an über einen französischen Agenten Hedefeld. Marlborough warnte davor ihn in Holland zu dulden. „Denn es ist ganz gewis, schreibt er, daß seine Reise nach Berlin im Monate Mai darauf berechnet war, den Verbündeten alles mögliche Unheil zuzufügen"[2]).

Wir sehen also die Wiederholung des Verfahrens von Friedrich I. aus den Jahren 1702 und 1703 (Bd. X, S. 90 u. f., und 303). In ihm erreicht das fürstliche Söldnerthum der damaligen Zeit seine höchste Potenz. Eben darum aber auch traf er dies Mal wie immer nur erst die Vorbereitungen, die, je nach den Umständen, den Verrath einleiten oder auch zurückgenommen werden konnten. Für den Vortheil war in jedem Falle gesorgt.

Erfolge des Marschalls Villars gegen Ludwig von Baden.

Unterdessen erfolgte, was seit einer Reihe von Tagen vorauszusehen war: der Markgraf Ludwig von Baden wurde aus seiner Stellung in und bei Hagenau und aus dem Elsaß zurückgedrängt, Fort Louis entsetzt. Es ist merkwürdig zu vergleichen, wie man diesen Erfolg der Franzosen von beiden Seiten ansah. Der Marschall Villars erzählt in seinen Aufzeichnungen mit sichtlichem Behagen, daß es ihm Mühe gekostet, Marsin zum Vorgehen mit ihm zu bewegen[3]). Der französische General Pelet in seiner Kriegsgeschichte ist der Ansicht, daß auch Villars einen so raschen Erfolg nicht erwartet habe[4]). — Es scheint

[1]) Fiedler, Actenstücke zur Geschichte Franz Rakoczys Bd. II, S. 3.
[2]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 87.
[3]) Mémoires de Villars t. I, p. 396 et suiv.
[4]) Pelet t. VI, p. 417.

demnach, daß die Franzosen vorher und nachher nicht gewußt haben, wie es um die Macht des Markgrafen stand. Anders schon urtheilte man in England. Der Prinz-Gemahl wandte sich im Cercle an den kaiserlichen Residenten Hoffmann mit der ironischen Frage: „Etwas Neues vom Oberrheine?" — Hoffmann erwiederte rasch: „Es ist eingetreten, was seit zwei Monaten vorauszusehen war, nachdem der Feind, um seiner Sache sicher zu sein, 15.000 Mann aus Flandern nach dem Elsaß gezogen. Der Markgraf vermag nicht sich mit sechszehn Bataillonen gegen achtundsechzig zu halten." Die umstehenden Engländer, denen, nach dem Vorbilde Marlboroughs, der Tadel gegen den Markgrafen glatt auf der Zunge lag, verhielten dies Mal sich schweigend[1]).

Am schärfsten und nachdrücklichsten zeichnet der Markgraf, in seinen Berichten an den Kaiser und Marlborough, selber seine Lage. Er meldet, wie viele Reichs-Contingente ihm gefehlt, so daß er mit harter Noth bei Hagenau 5000 Mann Infanterie und acht Schwadronen Cavallerie zusammen gebracht. Das also war die Reichsarmee, die, nach dem Beschlusse des Reichstages von 1702, aus 120,000 Mann bestehen sollte! — Der Feind sei in weitaus überlegener Macht, die der Markgraf auf 84 Bataillone und 148 Schwadronen angibt, von zwei Seiten her auf ihn anmarschirt. Außer Stande die weitläufigen Verschanzungen von Hagenau zu vertheidigen, in Gefahr dagegen durch die Vereinigung beider Armeen hinter seiner Stellung vom Rheine abgeschnitten zu werden, habe er einen Nachtmarsch von Hagenau auf Drusenheim angetreten und bei Tagesanbruch dasselbe erreicht. Es habe sich gehandelt um eine halbe Stunde. „Wenn der Feind den nächsten Ort vor Drusenheim, Rohrweiler, vor mir erreicht, so hätte ich nicht mehr durch gekonnt, und wäre folglich mit meinen Truppen verloren gewesen"[2]).

Der Markgraf nimmt nicht ein Verdienst in Anspruch. „Ich habe von Glück zu reden, meldet er, daß ich mit diesem kleinen Reste mich habe heraus wickeln können; denn, wenn der Feind, wie er sehr leicht hätte thun können, mich in den Rhein geworfen hätte, so würden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Mai.
[2]) Röder Bd. II, S. 245 u. f.

Ew. kaiserliche Majestät gewislich die Nachricht von meiner Niederlage zugleich mit dem Ueber-den-Haufen-Werfen von ganz Deutschland vernommen haben."

Dann steigert sich gegenüber dem Kaiser die Schärfe der Anrede des Markgrafen. Der Kaiser, meint er, werde aus besonderer Gnade und Güte ihm hoffentlich nicht zumuthen, ohne Armee und ohne Requisiten dem Feinde gegenüber zu stehen. „Vier Jahre nach einander bin ich, weiß nicht aus welchem Glücke, wider alle Apparenz echappirt, sorge aber, es dürfte das fünfte Mal nicht also glücken: darum zu Dero selbst eigenem Besten lernen werde, die Augen besser aufzuthun, und, nach dem Beispiele der übrigen Generale, mich ohne Armee schwerlich wieder in dergleichen Wagnisse zu setzen"[1]).

So berechtigt die Beschwerden des Markgrafen an sich sein mochten, so trafen sie doch in dem Kaiser nicht die richtige Adresse. Joseph I. konnte nicht verantwortlich gemacht werden für den Mangel an Patriotismus, die Selbstsucht und die Habgier der Reichsstände. Er selber hatte für das Reich 16.000 Mann zu stellen. Der Kaiser wies in seiner Antwort darauf hin, daß er, ungeachtet der ungarischen Rebellion, die seine Macht daheim in Anspruch nehme, in Bayern, in Italien, am Rheine eine ungleich größere Anzahl Truppen unterhalte, so wie daß ihm das Recht zustehe, die 8000 Mann, welche der König von Preußen nach dem Vertrage über die Anerkennung der Krone ihm zu stellen habe, als seine Truppen zu betrachten. Eben diese Truppen habe er dem Markgrafen am Oberrheine zugewiesen. — Im Uebrigen antwortete der Kaiser Joseph auf die scharfe Rede des Markgrafen mit Dank für dessen patriotisch eifrige Sorgfalt[2]).

Am lautesten beschwerte man sich im Haag, sowohl die Deputation der Generalstaaten, die mit Marlborough über seinen Feldzugsplan verhandelte, wie er selbst. Dem kaiserlichen Gesandten Goes gegenüber sprach Marlborough sein Bedauern aus, daß der Markgraf so schlecht unterstützt werde. „Ob er anderweitig so modest sich ausdrückt, fügt Goes hinzu, daran wollen Andere mich zweifeln machen"[3]).

---

[1]) Röder Bd. II, S. 248 u. f. Von 4. und 14. Mai.

[2]) A. a. O. Bd. II, S. 258. Vom 18. Mai.

[3]) Bericht vom 9. Mai.

Jedenfalls äußerte sich Marlborough unumwunden über das Verhalten des Königs von Preußen. Er schrieb dem preußischen Gesandten Schmettau: „Der Freimuth, mit welchem ich mich bereits ausgesprochen, gestattet mir nicht in dieser Sache noch etwas mehr an Se. Majestät zu schreiben. Ihnen gegenüber jedoch kann ich mich nicht enthalten zu sagen, daß, wenn der König seine Truppen, wie man es von ihm verlangt, rechtzeitig an den Oberrhein geschickt hätte, nach aller Wahrscheinlichkeit sie das Unglück dort zum großen Theile verhindert haben würden"[1]).

Das Bedauern Marlboroughs für das Unglück des Markgrafen darf in diesem Falle um so eher als aufrichtig angesehen werden, weil dies Unglück nachtheilig auf seine eigenen Entwürfe zurückwirkte. Er war mit zwei solchen Entwürfen herüber gekommen: entweder mit starker Macht die Saar hinaufzuziehen, oder mit einer solchen unversehens dem Prinzen Eugen in Italien zu Hülfe zu eilen. Wahrscheinlich jedoch war der erste Plan, welchen er den Kaiserlichen gegenüber hervorkehrte, nur die Einhüllung des zweiten und hauptsächlichen. Auf alle seine Anträge antworteten die Deputirten der Generalstaaten mit Klagen über die Lauheit der Reichsfürsten. „Ich muß alle meine Geduld zusammen nehmen, meldet auch Goes am 8. Mai, um diese Spott- und Schimpfreden über die Person des Markgrafen und die Reichsfürsten insgesammt zu ertragen." Marlborough behielt bis dahin noch guten Muth. „Und ich werde doch nach Deutschland marschiren, rief er am selben Tage dem Gesandten Goes zu, mögen diese Herren wollen oder nicht"[2]). Dann jedoch trat er zu einer Conferenz mit ihnen zusammen. Sie währte drei Stunden. Das Ergebnis legte Marlborough noch am selben Abende in einem ausführlichen Berichte an den Kaiser dar[3]).

„Ich habe bisher verschoben Ew. kaiserlichen Majestät meinen Dank abzustatten für den Brief, den Sie mir zu schreiben geruht haben, weil ich der Hoffnung lebte, etwas Angenehmes berichten zu können. Von meiner Ankunft hier im Haag an habe ich mich aufs äußerste bemüht, die Generalstaaten für das Project die Saar hinauf zu

[1]) Murray vol. II, p. 511.
[2]) Bericht vom 9. Mai.
[3]) Murray vol. II, p. 494.

gewinnen, als diejenige Stelle, wo man, nach meiner Ansicht, den Feind immer am empfindlichsten angreifen kann. Allein die beständigen Klagen des Markgrafen von Baden über den schlechten Zustand seiner Truppen, über den Mangel an Magazinen und den für ein solches Unternehmen nöthigen Vorbereitungen, schreckten die Herren davon völlig zurück. Es war mir unmöglich sie zu überreden. — Als ich diese völlige Abneigung erkannte, drängte ich in sie, mir 20.000 Mann für Italien zu geben. Das ist nämlich der Plan, welchen ich dem Grafen Wratislaw, für den Fall des Mislingens jenes anderen, andeutete. Ich wollte dem Prinzen von Savoyen die Ueberlegenheit der Streitkräfte dort verschaffen, und rechnete dann für mich darauf, dieses Corps noch vor dem Einmarsche in die Lombardei zu erreichen. Man war hier auf gutem Wege sich für diesen Plan zu entscheiden, als die traurige Nachricht vom Rückzuge des Markgrafen eintraf. Dies hat die Meinung der Herren hier in Betreff des Markgrafen noch tiefer hinab gedrückt, so daß Alles was ich mit vieler Mühe habe erlangen können, besteht in einer Verstärkung von 10.000 Mann nach Italien, gegen die Bedingung, daß ich persönlich hier bleibe."

„Ich werde nun den Marsch dieser Truppen nach Möglichkeit beschleunigen, in der Hoffnung, daß dieser Nachschub den Prinzen von Savoyen in den Stand setzen wird, zu Gunsten des Herzogs offensiv vorzugehen. Ich werde überhaupt, da ich ja weiß, wie viel Ew. kaiserlichen Majestät und allen hohen Verbündeten daran liegt das Uebergewicht in Italien zu erlangen, mein Augenmerk beständig dahin richten. Wir werden dort dann 28.000 Mann im Solde Englands und der Republik haben, und ich werde trachten sie noch zu vermehren, auch, wenn möglich, vor dem Ende dieses Feldzuges mich persönlich dahin begeben, und zum wenigsten trachten, im nächsten Feldzuge frühzeitig dort zu sein."

Zum Schlusse empfiehlt Marlborough dem Kaiser auf das nachdrücklichste die Lage der Dinge am Oberrheine, mit der Bitte die Reichsstände an ihre Pflicht zu mahnen, und dem Hinweise auf die Misstimmung der Generalstaaten über die Nachlässigkeit derselben. Das Einzige, was er zu Gunsten des Markgrafen habe erlangen können, sei die Nicht-Abberufung der Hannoveraner und Hessen im Solde der Generalstaaten aus ihrer dermaligen Stellung zwischen Nahe und Mosel, in der Nähe des Markgrafen.

Dennoch ist es zweifelhaft, ob Marlborough dem Kaiser hier die ganze Wahrheit gesagt hat. In seinen Meldungen nach England hatte die Vereitelung seines Planes nach Italien doch noch einen anderen Grund. Er hatte für diesen Zweck die Ueberlassung von hannöverschen, hessischen, dänischen Truppen im Solde der Republik gefordert, in Allem vierzig Bataillone und vierzig Schwadronen. Der Rathspensionär und der Vertreter der Stadt Amsterdam waren geneigt. Der Kurfürst Georg Ludwig war dem Plane nach Italien an sich nicht zuwider; aber er wollte nicht seine Truppen so weit hinweg senden[1]). Auch die Dänen und Hessen stellten der Anforderung ihre Verträge mit der Republik entgegen. Demnach hätte Marlborough die erforderlichen 20.000 Mann aus den national-holländischen und englischen Truppen nehmen müssen. Das aber gaben die Holländer nicht zu: sie wollten nicht, wie sie sich ausdrückten, in der Gewalt der Fremden sein. Demnach mußte Marlborough abstehen[2]).

Es scheint nicht, daß dieser Bericht an Godolphin mit demjenigen an den Kaiser in Widerspruch stehe, sondern eher, daß beide einander ergänzen.

Godolphin seinerseits war mit der Vereitelung des italienischen Planes für sich nicht unzufrieden. Er hätte ungern Marlborough in so weiter Ferne gesehen[3]).

Wenige Tage später brach Marlborough zur Armee in Belgien auf, mit schwerem Herzen, wie er selber sagt[4]), oder sehr misvergnügt, wie der Graf Goes meldet, also noch nicht ahnend, welcher Umschwung dort in kurzer Zeit durch ihn bevorstand.

In allen diesen Zuständen, die wir auf Seiten der Verbündeten zum Beginne des Feldzuges von 1706 bisher betrachtet haben, spiegelt sich die eine Klage wieder, die von nicht wenigen Stimmen damaliger Zeit erhoben wurde: es fehlte an einer leitenden Kraft für die Gesammtheit. „Nur Wunder, rief eine derselben aus, werden vermögen, uns glücklich durch diesen Krieg zu führen"[5]).

---

[1]) Sein Schreiben an Marlborough in Macpherson vol. II, p. 39.
[2]) Coxe vol. I, p. 403. 28. April, 9. Mai.
[3]) A. a. O. p. 404.
[4]) A. a. O. p. 405. — Bericht des Grafen Goes vom 14. Mai.
[5]) Bericht des Grafen Goes vom 30. März.

Ludwig XIV. vor den Feldzügen von 1706.

Auf der feindlichen Seite dagegen war diese Einheit der Leitung im vollen und vollsten Maße da.

Im Beginne des Jahres 1706 war die Stimmung in Paris gedrückt. Die Nachrichten von vielen Seiten her lauteten schlecht. Die Friedens-Mission des Allegre im Haag war gescheitert. Die ungarischen Rebellen waren bei Sibo zersprengt. Der Aufstand in Bayern war niedergeschlagen. Aus Spanien vernahm man die Zuneigung der Bevölkerung in Valencia und Aragonien, namentlich in Saragossa, für Carl III. Die Aussichten erschienen trübe[1]).

Dagegen beschloß Ludwig XIV. das höchste Aufgebot der Kraftentwickelung wie nie zuvor. Er ließ die Flotte in Toulon neu ausrüsten. Zu Lande errichtete er, wie die Franzosen melden, acht Armeen. Diejenige in den Niederlanden stand unter dem Kurfürsten Max Emanuel und dem Marschall Villeroy, diejenige an der Mosel unter dem Marschall Marsin, diejenige am Oberrheine unter dem Marschall Villars, diejenige in Italien unter dem Marschall Vendome. Davon getrennt war diejenige unter dem Herzog La Feuillade in Piemont. Der Herzog von Noailles führte die Armee von Roussillon, der Marschall Tessé diejenige für Catalonien, der Herzog von Berwick, eben vorher für die Einnahme der Stadt und des Schlosses Nizza zum Marschall ernannt, diejenige gegen Portugal[2]).

Diese Commandanten wurden nach Versailles berufen. In den Berathungen wies der König einem Jeden von ihnen das Object seiner Thätigkeit an, und entschied, daß an allen Punkten offensiv vorgegangen werden solle. Niemals hatte man, nach französischer Ansicht, einen Feldzugsplan so wohl durchdacht und überlegt unternommen.

Demnach erblicken wir den geraden Gegensatz gegenüber dem Verhalten auf Seiten der Verbündeten. Hier der völlige Mangel einer einheitlichen Leitung, dort dieselbe nicht bloß vorhanden, sondern straff gespannt. Es war freilich auch möglich, daß dieselbe zu straff gespannt wurde.

---

[1]) Schreiben aus Paris vom 11. Januar, Beilage zum Berichte des Grafen Goes vom 19. Januar.

[2]) Pelet vol. VI, p. 4.

Das Princip dabei war das so oft mit glücklichem Erfolge von Seiten des Königs angewendete, zum Beginne des Feldzuges, bevor noch die Gegner ihre Vorbereitungen beendet, rasche und nachdrückliche Streiche zu führen. Zu diesem Zwecke gebot Ludwig XIV., noch im Winter, die Belagerung von Barcelona, ließ er Marsin von der Mosel her zu Villars am Oberrhein stoßen, um mit Uebermacht den Markgrafen von Baden aus dem Elsaß zu drängen. Ferner gebot er dem Marschall Vendome, die kaiserlichen Truppen vor der Ankunft ihrer Verstärkungen aus dem Brescianischen hinaus zu drücken. Die zwei letzteren Plane glückten nach Wunsch. Namentlich das Treffen von Calcinato, am 19. April, durch welches Vendome den General Reventlau zum Rückzuge aus dem Brescianischen zwang, brachte den achtundsechszigjährigen König zum Ausdrucke jubelnder Freude. Er malte sich die Sache so aus, daß Vendome mit 1200 Mann Cavallerie die fast vierfache feindliche Cavallerie von 4500 Mann geschlagen habe[1]). Zugleich kam aus Ungarn von Desalleurs die Meldung, daß die Rebellen dort durchaus nicht geneigt seien, zu einem Ausgleiche mit dem Kaiser zu kommen[2]). Es folgte in den ersten Tagen des Monates Mai, wie es der König mit Angabe der Daten befohlen, die Nachricht der Hinausdrängung des Markgrafen aus dem Elsaß.

Wie demnach die Verbündeten nicht gehobenen Muthes, sondern voll Besorgnis, deren Ausdruck wir vernommen haben, in die Operationen des Feldzuges eintraten: so Ludwig XIV. mit nicht geringem Selbstgefühle, welches sich lebhafter kund gibt in seiner Correspondenz mit dem Marschall Villeroy, in der ersten Hälfte des Monates Mai[3]).

Dann aber erfolgten die gewaltigen Schläge, welche das Jahr 1706 für Frankreich zum unglücklichsten des Krieges machten, zuerst rasch nach einander der Entsatz von Barcelona am 11. Mai mit der Flucht Philipps V. aus Spanien, und die Schlacht von Ramillies am 23. Mai, sowie einige Monate später der Entsatz von Turin durch die Schlacht in den Linien vor dieser Stadt am 7. September. Wir haben sie nach einander zu betrachten.

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 168. An die Frau von Maintenon und an Vendome.

[2]) Dangeau t. XI, p. 86. Vom 29. April.

[3]) Pelet t. VI, p. 17 et suiv.

Belagerung und Entsatz von Barcelona.

Der König Carl und Peterborough.

Die Nachrichten über die Einnahme von Barcelona, über die geneigte Stimmung der Bewohner von Valencia und Arragonien hatten, gegen das Ende des Jahres 1705, in Wien, wie in London und im Haag günstige Meinungen für den Gewinn von ganz Spanien erweckt. In dieser Hoffnung hatte das englische Unterhaus sofort eine Viertelmillion Pfund Sterling für die Fortführung des Krieges in Spanien bewilligt. Wir haben aber auch die Ansicht des Fürsten Liechtenstein vernommen, zu Ende des Jahres 1705 (Bd. XI, S. 508), daß bei den vorhandenen Mitteln es richtiger sein werde, Catalonien zu behaupten, als neue Erwerbungen zu machen. Wir haben ferner seine und des jungen Königs Carl III. schwere Klage über die Eigenwilligkeit und Unbotmäßigkeit des Lords Peterborough vernommen, der, wie Liechtenstein sich ausdrückt, weder Verstand, noch Conduite, noch Erfahrung besitze[1]). Es kam noch eine andere Wahrnehmung hinzu, diejenige der Unzuverlässigkeit seiner Reden. Im Sommer 1705 hatte er in Lissabon dem Könige Carl III., um ihn zur Einschiffung zu bewegen, die namhaften Geldsummen so wie die unbeschränkten Creditbriefe genannt, die er auf Genua und Livorno an Bord habe. Nach der Ankunft in Catalonien redete Peterborough nicht mehr davon. Im Januar 1706 dagegen stellte er dem Könige die Nothwendigkeit vor, der Bevölkerung in Valencia, die bereit stehe sich für Carl III. zu erheben, Hülfe zu leisten gegen den von Madrid aus entsendeten spanischen General Las Torres. Aber er verlangte die Mittel von dem Könige, der, wie er wußte, keine besaß. Carl III. verstand sich dazu, die verlangten Mittel auf seinen persönlichen Credit anzuleihen[2]).

Es gelang Peterborough mit ungleich schwächeren Kräften den spanischen General zurückzudrängen[3]). Der ganze Kriegszug war eine

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. VII, S. 553. Vom 5. November 1705.

[2]) Aus der Denkschrift des Grafen Gallas an die Königin Anna, vom 20./31. August 1706. Anschließend an die Worte der Note 2 unter Bd. XI, S. 496: Mais qu'à peine arrivés en Catalogne, au lieu d'en donner, il en avoit exigé et obligé S. M. C. d'emprunter et de luy avancer de quoy faire sa première expédition en Valence.

[3]) Neuerdings dargestellt in Life of the earl of Peterborough vol. I, p. 205.

Kette raſcher und außerordentlicher Erfolge, nicht immer durch Bravour errungen, ſondern auch durch liſtige Anſchläge, wie ſie ſelbſt das Kriegsrecht nicht gut heißt. Andererſeits kam ihm in der Gunſt der Bevölkerung zu ſtatten die Grauſamkeit des Gegners, Las Torres. Aber alle dieſe Erfolge blieben bei den wenigen Truppen, über welche Peterborough verfügte, dennoch im Verhältnis des Ganzen geringfügig. Nicht gegen ſie wendete Ludwig XIV. ſeine Macht, ſondern gegen Carl III. und Barcelona.

Der franzöſiſche Plan der Belagerung von Barcelona.

Die Anregung des Gedankens ging von Philipp V. ſelber aus, bereits im Beginne des Monates November 1705. Ludwig XIV. antwortete ſofort, am 19. November, mit vollem Lobe für den eines Königs würdigen Entſchluß, das eigene Leben für ſeine Krone einzuſetzen, und mit dem Verſprechen aller möglichen Hülfe, welche die Entfernung ihm geſtatte. Er glaubte auf einen guten Ausgang hoffen zu dürfen, da die Unterſtützung, die dem Erzherzog Carl in Barcelona zu Theil werden könne, noch viel weiter entfernt ſei[1]). — Demnach darf man rechnen, daß vom 19. November 1705 an Ludwig XIV. die Vorbereitungen zur Belagerung von Barcelona begonnen habe. Nicht weniger als drei ſeiner Ausrüſtungen galten dieſem Ziele: diejenige der Flotte in Toulon, unter dem Grafen von Toulouſe; diejenige der Armee des Noailles von Rouſſillon aus; diejenige der Armee des Marſchalls Teſſé von Arragonien aus. Für dieſe Armee wurde ein großer Theil der Streitkräfte verwendet, die bis dahin gegen Portugal geſtanden.

Bereits am 21. Januar befand ſich der Marſchall Teſſé in Saragoſſa. Aber die Bevölkerung dort war für Carl III. geſinnt. Die Stimmung trat hervor in einzelnen Gewaltacten. Durch ſcharfe Strafen konnte Teſſé eine allgemeine Erhebung verhindern, nicht die Gemüther geneigter machen. Daher hegte er geringe Hoffnung auf einen günſtigen Ausgang. Er ſchlug nach Verſailles hin vor, zuerſt Girona oder Valencia zu nehmen; denn im anderen Falle werde der König Philipp V., wenn die Unternehmung gegen Barcelona mislinge,

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 183.

keinen gesicherten Rückzug in Spanien haben, sondern sich nach Roussillon begeben müssen[1]). Auch die Umgebung des jungen Königs in Madrid hielt es für besser, den nächsten Angriff gegen Valencia zu richten. Philipp V. gab daher, am 13. Februar, von Madrid aus an Tessé den Befehl den Marsch auf Valencia anzutreten, wo sie sich vereinigen würden.

Anders jedoch lautete die Meinung des Großvaters, der von Versailles aus alle Kriegsschauplätze zugleich überblickte. Am selben 13. Februar erließ er an Tessé einen Befehl, der alle Einwände desselben gegen den Marsch auf Barcelona niederschlug. In einem gewöhnlichen Kriege, meinte der König, würden die Einwände Tessés berechtigt sein. Aber es komme hier an auf einen entscheidenden Erfolg. Einen solchen gewähre nicht die Einnahme einer anderen Stadt, weil der Erzherzog Carl in Barcelona bleiben würde. Von dort aus würde er mit der mächtigen Hülfe, welche England und Holland für ihn ausrüsten, wenn Tessé ihm die Zeit dazu lasse, hervorbrechen und alle französischen Truppen beschäftigen, während von der anderen Seite die Portugiesen in Andalusien und Castilien keinen Widerstand finden würden. Bereits sei der General Legall mit den Truppen von Roussillon her auf dem Marsche, und werde im Beginne März in Catalonien einmarschiren. „Ich befehle Ihnen daher, fährt der König fort, zu ihm zu stoßen, wie immer auch es um die Dinge in Valencia und Arragonien stehen möge. Die Lebensmittel und die Munition treffen zur See ein. Selbst wenn auch die Flotte unter dem Grafen Toulouse sich vor einer überlegenen feindlichen Flotte, falls eine solche vorher einträfe, zurückziehen müßte, so wird weder dieser Rückzug, noch die Truppen, welche die Feinde in Barcelona werfen können, Sie hindern diese Stadt zu nehmen. Die Besatzung derselben ist schwach, da die Gegner ja auch für Girona, Lerida, Tortosa Mannschaften haben hergeben müssen“[2]).

Der Befehl schnitt also jeden Einwand ab. Ein ähnlicher erging an den jungen König in Madrid. Die Königin, welcher Philipp V. für die Zeit seiner Abwesenheit die Regentschaft übergab, empfing dafür

[1]) Mémoires de Tessé t. II, p. 211 et suiv.

[2]) Das Schreiben in Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 184, so wie bei Tessé t. II, p. 213.

von Ludwig XIV. den Troſt: „Wenn die Erfolge meines Enkels den Hoffnungen entſprechen, welche ich auf die Segnung des Himmels für die von mir getroffenen Maßregeln ſetze: ſo wird dieſer Feldzug den Aufregungen, die Sie bisher erlitten haben, ein Ende machen“ [1]).

Anders freilich ſah Teſſé den ihm ertheilten Befehl an. „Ich betrachte dieſen Entſchluß, meldete er dem Kriegsminiſter, wie das Brechmittel für unſere Angelegenheiten in Spanien“ [2]). Aber dem ſtricten Befehle Ludwigs XIV. war nicht zu widerſtreben. Erſt nachdem der junge König Philipp V., am 8. März, bei der Armee eingetroffen war, brachte Teſſé vor demſelben die Sache wieder zur Sprache. Der Marſch nach Barcelona ging wie durch ein feindliches Land, inmitten einer für Carl III., nicht für Philipp V. geneigten Bevölkerung. War es da nicht beſſer, meinte Teſſé, für den Fall eines Fehlſchlagens die Plätze Monzon, Lerida, Tortoſa vorher zu nehmen und zu beſetzen? Allein in der ſpaniſchen Umgebung des jungen Königs fand Teſſé für dieſes Bedenken keine Stütze. Sie waren derſelben ſtrategiſchen Anſicht, wie Ludwig XIV. in Verſailles. Der Fall, daß man gezwungen werden könne, die Belagerung von Barcelona aufzugeben, ſei undenkbar. Alles hange ab von der Schnelligkeit der Ausführung, damit man jeder Hülfe zu Waſſer zuvorkomme. Nach Barcelona würden die anderen Plätze von ſelbſt fallen [3]). — Philipp V. ſelber begnügte ſich indeſſen damit nicht. Auf die Vorſtellungen Teſſés ſchickte er einen Courier nach Verſailles. Dieſer kehrte zurück mit dem kurzen Befehle: „Barcelona“ [4]). Am 24. März wurde der Marſch angetreten. Er war ſo zweckmäßig berechnet, daß die beiden Armeen, diejenige Teſſés und diejenige unter Noailles, zugleich, am 3. April, vor Barcelona eintrafen. Die Flotte von Toulon, vierzig ſchwere Schiffe, mit vielen kleineren, ankerte bereits auf der Rhede vor Barcelona.

Im Anblicke deſſen, vielleicht auch in Folge einer Mahnung des Kriegsminiſters Chamillart an den minder höflichen Ausdruck des Brechmittels, gewann in Teſſé der Höfling über den Militär völlig die Oberhand. Am 5. April berichtete er an Chamillart: „Wenn man

[1]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 186. Vom 14. März.
[2]) Mémoires de Tessé t. II, p. 215. Vom 25. Februar.
[3]) A. a. O. t. II, p. 216 et suiv.
[4]) Bericht des Grafen Goes vom 2. April.

ein Consistorium abhielte, um über die Unfehlbarkeit des Königs zu entscheiden, wie man es gethan hat für diejenige des Papstes: so würde ich für die des Königs stimmen. Seine Befehle haben alle menschliche Wissenschaft übertroffen, und sicherlich hätte Niemand, der voraussah, was nach Wahrscheinlichkeit uns widerfahren würde, das unternommen, was wir auf Grund seiner Befehle ausgeführt haben" [1]). In der Wirklichkeit hatte man bis dahin doch nur erst den Marsch ausgeführt, um die Belagerung von Barcelona beginnen zu können. Das eigentliche Ziel lag noch in einiger Ferne. Ueber dies Ziel machte der gefangene französische General Allegre im Haag kein Hehl. Der Befehl lautete dahin, den Erzherzog Carl als Gefangenen nach Paris zu führen [2]). Aehnlich ging die Rede in Paris: die Gefangennahme des Erzherzogs werde den Frieden wieder bringen [3]).

Der Kampf um Barcelona.

Der Kampf um Barcelona war in der That ein Kampf um die spanische Krone, der eine Prätendent derselben in der Stadt, der andere davor. Sie waren fast von gleichem Alter, etwas über zwanzig Jahre, in der Vollkraft der männlichen Jugend. Weder der Eine, noch der Andere traute sich eine militärische Befähigung zu, wie ihr Zeit- und Altersgenosse Carl XII. von Schweden sie besaß. Nur durch ihre Anwesenheit konnten sie ermuthigend auf die Streiter für ihre Sache wirken. Diese Einwirkung der Persönlichkeiten war aber eine sehr verschiedene. Philipp V. war in sich gekehrt, träumerisch. Er sprach kein Wort des Lobes, noch des Tadels. „Er denkt immer nach, meldet Tessé dem Kriegsminister Chamillart, aber so wie wenn er nicht nachdächte. Wenn einmal dieser Feldzug vorüber ist, so wird hinfort — darauf können Sie sich verlassen — seine Anwesenheit bei der Armee seinem Dienste eher zum Nachtheile gereichen, als sein Verbleiben in Madrid" [4]).

---

[1]) Mémoires de Tessé t. II, p. 218.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 30. März.

[3]) Schreiben der Herzogin von Orleans, vom 9. Mai, bei Ranke, Französische Geschichte Bd. VI, S. 234.

[4]) Mémoires de Tessé t. II, p. 220.

Anders Carl III. Bei dem Erſcheinen der franzöſiſchen Flotte im Angeſichte der Stadt war es, auf den Rath des ihm eifrig ergebenen Spaniers Cifuentes, des Fürſten Liechtenſtein und des Engländers Peterborough, zuerſt ſeine Abſicht ſich nach Tarragona zu begeben. Auf die Bitte der Landſtände und des Magiſtrates von Barcelona entſchloß er ſich in der Stadt auszuhalten. Liechtenſtein fügt dieſem Berichte hinzu: „Es iſt gewis, daß, im Falle der König die Stadt verlaſſen hätte, alles in die äußerſte Verwirrung gerathen und die Stadt vielleicht nur wenige Tage zu halten geweſen wäre“ [1]).

Die Anweſenheit des jungen Königs verhinderte nicht bloß die Verwirrung in Barcelona, ſondern ermuthigte und feuerte an. Um dem Mangel des baaren Geldes abzuhelfen, ſchickte Carl III. ſein Silbergeſchirr in die Münze, und die in Barcelona anweſenden Mitglieder des Adels folgten dem Beiſpiele. Der Fürſt Liechtenſtein führte die Perſonen des allerdings nicht zahlreichen königlichen Hofſtaates an die Schanzarbeit, und griff, um das Beiſpiel zu geben, ſelber zuerſt zur Haue [2]). Das Gefolge Carls III. und die Catalonier fühlten ſich völlig einig. In anderen Theilen von Spanien, nämlich in Caſtilien und namentlich in Andaluſien, wo das barbariſche Verfahren vieler Engländer und Holländer um Cadix, im Jahre 1702, abſchreckende Erinnerungen hinterlaſſen hatte, konnte die franzöſiſche Anklage, daß nicht-katholiſche Mächte den katholiſchen Spaniern einen König aufdringen wollten, auf einen fruchtbaren Boden fallen. Dies war nicht der Fall in Catalonien, und namentlich nicht in Barcelona ſelbſt, wo die Bevölkerung den jungen König als den Sproſſen des Hauſes Habsburg, den Nachkommen ihrer Könige Carl I. und Philipp II., als eifrigen Katholiken, vor Augen ſah. Die Mönche von Barcelona, voran die Kapuziner, traten in die Waffen für Carl III. Sie waren den Belagerern kenntlich an den gelben Bändern, mit welchen ſie ihre langen Bärte durchflochten hatten. Ein Brief aus dem franzöſiſchen Feldlager meldet: „Leurs capucins dont quatre ont été tués, montrent plus de bravour que leurs grenadiers“ [3]).

---

[1]) Bericht Liechtenſteins an Gallas, vom 10. Mai.

[2]) Sein Bericht an Kaiſer Joſeph, vom 17. Mai.

[3]) Beilage zum Berichte des Grafen Gallas, vom 4. Mai.

Eine andere Stütze fand Carl III. an dem Landvolke von Catalonien, den Miquelets, unter der Leitung des Grafen Cifuentes. Sie umschwärmten das Lager der Franzosen, so daß die Belagerer selber wieder, wenn nicht belagert, doch eingeschlossen waren. Sie erhielten daher vom Land her keine Lebensmittel, sondern ihre Subsistenz stützte sich auf die Anwesenheit der französischen Flotte und ihre, durch die Miquelets unablässig bedrohte, Verbindung mit derselben.

Bei alledem war das Belagerungsheer, das aus sechsunddreißig französischen und vier spanischen Bataillonen, so wie aus dreißig französischen und sechs spanischen Schwadronen bestand, den wenigen kriegsgeübten Engländern und Holländern in der Stadt weitaus überlegen. Der erste Angriff galt, wie im Jahre zuvor von Seiten der Verbündeten, dem Fort Montjuich. Nach dem späteren Urtheil anderer Franzosen war dies ein Fehler, weil der Fall Barcelonas auch denjenigen von Montjuich nach sich gezogen haben würde. Thatsache ist, daß die Belagerer drei kostbare Wochen gebrauchten, um sich der Feste Montjuich zu bemächtigen, und dann erst, vom 26. April an, ihre Angriffe gegen die Stadt selber wandten. Noch einmal richteten dann Cifuentes und Peterborough schriftlich, Liechtenstein mündlich, an Carl III. die Bitte, daß er für seine persönliche Sicherheit Sorge tragen möge. Zu diesem Zwecke lagen vier Fregatten für ihn beständig bereit. Der junge König erwiederte, daß er bei seinem Entschlusse des Bleibens beharren werde bis aufs Aeußerste, und daß er erst dann, wenn keine Aussicht mehr sei die Stadt zu halten, zu jenen Fregatten seine Zuflucht nehmen werde[1]).

Die Thatsache des Bleibens an sich selber ward verstärkt durch die Haltung des jungen Königs. Ueber diese meldet der in Barcelona mit anwesende, dem Hause Habsburg durchweg abgeneigte Engländer Horace Walpole: „Alles war (an Carl III.) zu loben: seine Festigkeit in gefahrvollster Stunde, seine Gewandtheit in der Besorgung alles Nothwendigen, vorzüglich seine wunderbare Gemüthsruhe“[2]).

Das Aeußerste, welches Carl III. bei jener Antwort in Aussicht nahm, trat freilich zu Ende April und im Anfange Mai täglich näher.

---

[1]) Bericht des Fürsten Liechtenstein, vom 10. Mai.

[2]) Noorden, Europäische Geschichte im 18. Jahrhundert Bd. II, S. 222.

Lord Donegal, Commandant von Montjuich, hatte dort seinen Tod gefunden. Graf Uhlefeld, Commandant von Barcelona, der holländische General St. Amand, der Landgraf Heinrich, jüngerer Bruder des im Jahre 1705 vor Montjuich gefallenen Georg, waren unermüdlich; allein, obwohl es der kleinen Besatzung von Girona gelungen war, in Barcelona hinein zu kommen und somit die Vertheidiger zu verstärken, wußten sie doch Alle gar zu wohl, daß sie nicht vermochten auf die Dauer die Belagerer abzuwehren. Diese dagegen berechneten, daß die Stadt sich nur noch halten könne etwa bis zur Mitte Mai. Das einzige Mittel der Rettung war der Entsatz durch eine Flotte der Seemächte. Aber für die Vertheidiger von Barcelona war es die Frage, ob man in London und im Haag von der Lage der Dinge nur auch rechtzeitig unterrichtet sei.

Während der Anwesenheit Marlboroughs in London hatte der Gesandte der habsburgischen Brüder, der Graf Gallas, die Lage seines Königs in Barcelona wiederholt zur Sprache gebracht. „Glauben Sie denn, erwiederte Marlborough, daß uns die Person des Königs weniger am Herzen liegt als Ihnen? — Sie haben für Barcelona nichts zu fürchten: unsere größte Sorge ist Turin"[1]). Dies war allerdings noch im Februar, wo in London der Plan Ludwigs XIV., durch die Belagerung Barcelonas und die Gefangennahme Carls III. den Krieg mit Einem raschen Schlage zu beenden, noch unbekannt war.

In der That ward eine starke Flotte ausgerüstet, mit der Bestimmung zunächst auf die aus Cadix nach Amerika ausfahrenden spanischen Gallionen zu fahnden, dann den König Carl III. in Barcelona zu verstärken. Diese Flotte, unter den Admiralen Leake und Wassenaar, segelte ab am 26. Februar. Am selben Tage meldeten in London die Briefe aus Paris, daß der Herzog von Noailles den Befehl habe, am 8. März von Roussillon aus nach Catalonien zu marschiren[2]). Erst von diesem Tage an stieg in London die Besorgnis einer Belagerung von Barcelona empor.

Im Laufe des Monates März mehrten sich diese Nachrichten. Man wußte in London, daß die Flotte am 11. März das Cap Finisterre doublirt. Sie hatte Befehl, dann in den Tajo einzulaufen. Dahin

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 4. Mai.

[2]) Desgleichen vom 26. Februar.

ward ein Schnellsegler nachgeschickt, mit dem Auftrage sogleich nach der Ankunft wieder aufzubrechen. Die Kundigen sagten aus, daß vor der Mitte April im Mittelmeere keine Flotte die See halten könne. Demnach folgerte man, daß Leake noch rechtzeitig ankommen werde, um den Blocus von Barcelona zu Wasser zu verhindern[1]).

Dagegen erfuhr man, daß Peterborough von Valencia aus, am 21. März, dem Admiral Leake den Befehl entgegen gesandt, den Succurs nicht in Barcelona, sondern in Altea oder Denia zu landen. Denn er, Peterborough, wolle mit 7000 Mann auf Madrid marschiren. Die Nachricht ergab, daß Peterborough am 21. März von der Belagerung Barcelonas, die zwölf Tage später begann, noch keine Ahnung gehabt habe. Die Stimmung der Engländer erhob sich heftig, nicht bloß gegen Peterborough, dem man vorwarf, daß er durch seine Expedition nach Valencia dem Könige Carl III. alle Streitkräfte entzogen, sondern auch gegen die Regierung, daß sie einem Manne, der zuvor niemals auch nur Ein Bataillon commandirt, und der noch niemals sich an einer Sache betheiligt, die er nicht von Grund aus verwirrt hätte — eine Expedition von so großer Wichtigkeit anvertraut habe[2]).

Das Verhalten des Lords Peterborough ist aber auch nachher, während der Belagerung von Barcelona, geradezu unbegreiflich. Den dringenden Aufforderungen Carls III. fügte er sich in so weit, daß er Barcelona näher kam, nicht jedoch daß er mit seinen Truppen sich in die Stadt begab, um sie vertheidigen zu helfen. Liechtenstein meldete daher über ihn das scharfe Wort: „Wenn Barcelona gefallen wäre, so wäre es durch die Schuld Peterboroughs", das heißt doch wohl nach Maßgabe dessen was er leisten konnte, aber nicht leistete.

Jene Engländer dagegen, die in so nachdrücklicher Weise über Peterborough Klage führten, mochten nicht wissen, daß schon vorher der Kaiser sich durch Gallas an die Königin mit der dringenden Bitte gewandt, seinen Bruder, den König Carl, von diesem lästigen, eigenwilligen Manne zu befreien. Wir erinnern uns, daß Peterborough selber in schwärmenden Ausdrücken der Dankbarkeit und der Verehrung seine Stellung der Gunst der Lady Marlborough

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 26. März.

[2]) Desgleichen vom 4. Mai.

zuſchrieb[1]). Die dringenden Mahnungen von kaiſerlicher Seite hatten bereits dahin geführt, daß am 30. März im Rathe der Königin die Frage erwogen war, in welcher Weiſe man den Lord Peterborough mit Ehren aus Spanien ziehen könne. Man hatte das Auskunftsmittel gefunden, ihm gemeinſam mit dem Admiral Shovel, ungeachtet deſſen Widerſtrebens, das Commando über die neu zu entſendende Flotte zu übergeben[2]). Aber einſtweilen war Peterborough noch in Spanien, und hatte Raum und Zeit, die eigene Selbſtherrlichkeit auf Koſten Carls III. und der Verbündeten zu bethätigen.

Entſatz von Barcelona.

Die nächſte Beſorgnis, die man von jener Unkenntnis Peterboroughs hatte, erwies ſich jedoch als nicht begründet. Gemäß der in Liſſabon erhaltenen Weiſung ſegelten Leake und Waſſenaar zunächſt nach Gibraltar. Auf die weiteren Nachrichten dort über die Bedrängnis von Barcelona hielten ſie Kriegsrath, am 19. April. Es ward beſchloſſen den Entſatz zu verſuchen. Demgemäß wurden die Kauffahrer, die ſich im Geleite der Kriegsflotte befanden, in Gibraltar belaſſen, die Truppen von den Transportſchiffen auf die Kriegsſchiffe gebracht. Die Flotte, beſtehend aus 32 ſchweren Schiffen, 4 Fregatten, 5 Brandern, richtete ihren Cours nordwärts. Auf dieſe Nachrichten hin rechnete man in London und im Haag, daß die Flotte am 4. Mai vor Barcelona eintreffen könne, alſo vor dem Termine, den die Franzoſen als denjenigen des Falles der Stadt angaben[3]).

In der erſten Hälfte des Monates Mai prägt ſich in allen Briefen und Berichten jener Zeit die Spannung der Gemüther aus, mit welcher man den Ausgang der Dinge vor Barcelona erwartete.

Die Gefahr für die Stadt war aufs Höchſte geſtiegen. Die Zahl der Vertheidiger war bis auf 2400 herabgekommen, und zwar waren 1400 davon Catalonier und Neapolitaner ohne Kriegserfahrung und Diſciplin, und nur etwa 1000 geſchulte Soldaten, Deutſche, Engländer, Holländer. Die Minir-Arbeit war ſo weit fortgeſchritten, daß man in zwei Tagen auf einen Generalſturm gefaßt ſein mußte.

[1]) Vergleiche auch ſein Schreiben an dieſe Lady, vom 13. Mai, aus Barcelona, in der Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 24.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 30. März.

[3]) Bericht des Grafen Goes vom 18. Mai.

Zwar war hinter diesen Stellen der Mauer eine neue Verschanzung mit rastloser Arbeit bei Tage und bei Nacht aufgerichtet; aber man verhehlte sich nicht, daß auch diese im günstigen Falle nur für einige Tage Schutz gewähren würde[1]).

So standen die Dinge am Morgen des 7. Mai. Aber zugleich nahmen die Belagerten wahr, daß die französische Flotte die Anker lichtete, die Segel beisetzte, daß ein Schiff nach dem anderen dem Gesichtskreise entschwand. Am nächsten Tage tauchten andere Flaggen, andere Segel empor. Bald war kein Zweifel mehr, daß nun die Freunde die Stelle einnahmen, welche die Feinde, aus Furcht vor dem Treffen mit jenen, am Tage zuvor verlassen hatten.

Der Commandant dieser Flotte war an diesem Tage nicht mehr Leake, sondern Peterborough. Als die Ankunft der Flotte bevorstand, hatte er sich bei Nacht in einem offenen Boote ins Meer hinaus gewagt, hatte glücklich ein englisches Kriegsschiff erreicht, und sich sofort zum Admiralitäts-Schiffe von Leake bringen lassen, um dort sein Recht als Höchst-Commandirender geltend zu machen. — Nach der Darstellung englischer Historiker hätte es dieser persönlichen Intervention des Lords Peterborough bedurft, damit dem Zaudern des allzu bedenklichen Leake ein Ende gemacht würde[2]). Diese Meinung ist schwer haltbar gegenüber dem Berichte eines Augenzeugen, daß Peterborough erst in der Morgenfrühe der Ankunft der Flotte vor Barcelona an Bord kam, während er doch, nach der Ansicht des Admirals Leake, in derselben Zeit auch in Barcelona hätte hinein gelangen können, wo seine Anwesenheit eher erforderlich war. Der Admiral Leake und diejenigen, welche dachten wie er, sahen daher das plötzliche Erscheinen des Lords Peterborough auf der Flotte als einen Act seiner Eitelkeit an[3]).

---

[1]) Liechtensteins Bericht vom 10. Mai.

[2]) Life of the earl of Peterborough vol. II, p. 27. — Lord Stanhope, Reign of Queen Anne p. 231.

[3]) Murray vol. II, p. 574. Bericht des jüngeren Methuen an seinen Vater, vom 26. Mai: Mylord (P.) is very ill with the seamen, and particularly with Sir John Leake, who highly resents his coming aboard the ship he was in, and hoisting the Union flag there that morning we arrived here: this had a greater air of vanity and affectation, because he might have made use of that time to get into Barcelona, where he had not yet been, and where his presence was more necessary.

Auf die Meldung des Grafen Toulouse vom 7. Mai, daß er vor der herannahenden überlegenen feindlichen Flotte sich nach dem Hafen von Toulon zurückziehen müsse, verlangten viele Stimmen im französischen Feldlager den sofortigen Sturm auf die Stadt. Der Marschall Tessé erwiederte, daß er, auch bei der Wahrscheinlichkeit des Gelingens, den Befehl nicht geben könne aus Rücksicht auf die Sicherheit der Person des Königs Philipp V. Denn auch im Besitze der Stadt werde dieser sofort darin eingeschlossen sein und, ohne Aussicht auf einen Entsatz, ausgehungert werden. Den Befehl zum Sturme könne er nur geben, wenn er zuvor den König sicher in Perpignan wisse[1]).

Einige Geschütze der Belagerer fuhren am 8. Mai fort zu feuern; jedoch deuteten schon im Laufe des Tages die Bewegungen des Feindes den Belagerten an, daß die Aufhebung der Belagerung bevorstehe[2]).

Dies war die Absicht des Marschalls Tessé; allein es gelang ihm nicht, sofort den jungen König Philipp V. zu überreden. Dieser wollte beharren. Tessé erneuerte seine Vorstellungen am 9. und am 10. Mai. Endlich wich Philipp V. der Behauptung des Tessé, daß ein längeres Beharren die französischen Truppen nutzlos opfern heiße. Es erhob sich also die Frage des Weges für den Rückzug. Tessé wies darauf hin, daß die aufständischen Bevölkerungen den Weg nach Madrid versperrten, daß nur derjenige nach Perpignan in Roussillon offen stehe. Philipp V. willigte ein[3]).

Und dann erfolgte in der Nacht vom 11./12. Mai der Rückzug, wenn eine schmähliche Flucht noch diesen Namen verdient. Denn das Einzige, was Tessé mitnehmen ließ, bestand in Lebensmitteln für einige Tage: das gesammte Lager mit dem Inhalte an Geschützen, Pulver, Vorräthen und Werkzeugen aller Art, gab er preis. Zu Gunsten der Kranken und Verwundeten, die zurück blieben, überbrachte ein Trompeter einen Brief des Marschalls Tessé an den Grafen Peterborough. Dieser entsprach der Bitte. Andererseits willfahrte er nicht der Aufforderung aus der Umgebung Carls III., die abziehende, oder vielmehr flüchtige französische Armee durch die Landungstruppen der Flotte

---

[1]) Mémoires de Tessé t. II, p. 223.
[2]) Bericht Liechtensteins vom 8. Mai.
[3]) Mémoires de Tessé t. II, p. 225.

verfolgen zu lassen. — Auch so freilich waren die Verluste derselben groß. Bereits am ersten Morgen meldeten sich in Barcelona 300 Deserteure, viele von ihnen bewogen durch Furcht vor den Miquelets, welche, die flüchtigen Franzosen umschwärmend, die erreichbaren derselben ihrem Hasse zum Opfer brachten.

Zum Schrecken der Flüchtigen trug bei, eben so wie es zur Ermuthigung der Befreieten diente[1]), daß an dem Tage der Flucht, am 12. Mai, des Morgens um $9^1/_4$ Uhr, eine völlige Sonnenfinsternis eintrat, die sechs Minuten währte. Einst im Uebermuthe des jugendlichen Mannesalters hatte sich Ludwig XIV., und zwar gerade in Bezug auf seine zu hoffende Herrschaft über Spanien die Sonne zur Devise erwählt. (Vgl. Bd. I, S. 45 u. f.) Nun verdunkelte sie sich ihm gerade da, wo einer seiner best berechneten Plane auf Spanien zerging, und zwar zerging durch eine so schmähliche Flucht, wie deren die Kriegsgeschichte jener Zeit kein anderes Beispiel aufweist. Es war nicht zu verwundern, wenn die Sieger in Catalonien dies Naturereignis symbolisch auffaßten, wenn sie dasselbe deuteten als das Zeichen des Himmels, daß die französische Herrschaft über Spanien nun zu Ende sei[2]).

Denn dieser Erwartung schienen die Thatsachen zu entsprechen. Philipp V. traf am 22. Mai in Perpignan ein, auf dem Boden Frankreichs. Die verbündete Armee von Portugal aus war auf dem Marsche gegen Madrid. Auch dem Könige Carl III. schien kein Hindernis auf dem Marsche nach Madrid entgegen zu stehen, sein Königreich ihm offen zu liegen. Allein wie der Plan Ludwigs XIV. zergangen war durch die allzu straffe Anspannung des einheitlichen Willens, der einen Einwand der Kriegskundigen nicht duldete: so konnte die glänzende Aussicht für Carl III. sich wieder verdunkeln durch die Eigenmacht der Vielen, die dem Dienste des Königs das eigene Interesse voranstellten.

Das jedoch lag am 12. Mai und den nächsten Tagen noch im Schooße der Zukunft, und wir werden die weitere Entwicklung dieser

---

[1]) Man vergleiche den Bericht im Theatrum Europaeum Theil XVII, Jahr 1706, S. 270.

[2]) Bericht Liechtensteins an den Grafen Goes, vom 12. Mai.

Dinge später im Zusammenhange zu überblicken haben. Fürerst ist hier der Abschluß gegeben, daß die Aufhebung der Belagerung von Barcelona der erste der drei furchtbaren Streiche war, welche die Macht Ludwigs XIV. im Jahre 1706 erlitt. Bereits erhob sich zu dem zweiten die Hand Marlboroughs.

Die Schlacht von Ramillies, am 23. Mai, und ihre Folgen.

Die beiderseitigen Ansichten vor dem Treffen.

Im Beginne des Monates Mai schauete Ludwig XIV. mit nicht geringer Hoffnung nach allen Seiten. In Italien hatte bei Calcinato Vendome den raschen Streich auf die Kaiserlichen geführt. Im Elsaß hatte Villars den Erfolg von Hagenau errungen. Von Spanien her sah der König täglich der Nachricht des Falles von Barcelona entgegen. Auch in Belgien wollte er zuvorkommen. Am 6. Mai schrieb er, von Meudon aus, dem Marschall Villeroy als eine absolute Nothwendigkeit vor, den kleinen Platz Leau zu nehmen, und setzte als den Termin des Beginnes der Belagerung den 1. Juni. Es lag die Frage nah, ob es darüber zum Treffen kommen könne. Die Erörterung dieser Frage von Seiten des Königs läßt seine Bejahung und Ermächtigung klar genug erkennen[1]). Villeroy erwiederte, zwei Tage später, von Löven aus, ganz glücklich zu sein, daß er im voraus eben dasselbe gedacht, was der König ihm befehle. Ueber den Gedanken eines Treffens äußert er sich: „Nach der Vereinigung unserer Streitkräfte bin ich überzeugt, daß es uns nur vortheilhaft sein könnte ein Treffen zu liefern, besonders wenn die Feinde genöthigt werden zum Angriffe heran zu kommen. Die Truppen Ew. Majestät sind schön: durch die guten Erfolge von allen Seiten sind sie gehobenen Muthes: wenn es daher zu einer allgemeinen Action kommt, so läßt alles uns einen guten Ausgang hoffen." Dann jedoch zieht Villeroy ein wenig zurück. „Der Platz Leau an sich, fährt er fort, besitzt allerdings nicht die Wichtigkeit, sich darum in ein großes Treffen einzulassen, wenn nicht andere gute Gründe, nämlich der Stand unserer Angelegenheiten und die Ueberlegenheit unserer Zahl dafür sprächen. Wäre nicht dies,

[1]) Pelet t. VI, p. 17.

ſo geſtatten Ew. Majeſtät mir zu ſagen, daß man immer den Weg der größeren Vorſicht einzuſchlagen hat. Sich wagen, ohne anderen Grund als die Hoffnung glücklich zu ſein, wäre tadelnswerth; aber auf gutes Fundament geſtützt etwas unternehmen, das iſt Weisheit" [1]).

Anders als Ludwig XIV. im Schloſſe Meudon, ſah Marlborough die Sache an. Er war, wie wir vernommen, nicht in gehobener Stimmung zur Armee abgereiſt, am Sonntag dem 9. Mai. Von der Armee aus berichtete er, am 15., an Godolphin die Lage der Dinge. „Meine Erwartung, meldet er, die Armee marſchbereit zu finden, hat ſich nicht erfüllt. Weder die Artillerie-Pferde, noch die Brotwagen ſind da, ſo daß wir genöthigt ſind auf die Engländer zu warten, welche am Mittwoch dem 19. eintreffen. Alsdann rücken wir auf Löven vor. Gott weiß, daß ich es mit ſchwerem Herzen thue; denn ich habe nicht die Ausſicht etwas Erhebliches auszurichten, es wäre denn daß die Franzoſen etwas thäten, was ſie nach meiner Ueberzeugung nur dann thun werden, wenn, wie es heißt, vom Rheine her der Marſchall Marſin mit dreißig Bataillonen und vierzig Schwadronen wieder zu ihnen ſtößt. Was ich meine, iſt der Vormarſch aus ihren Linien heraus. Erfolgt jene Vereinigung, ſo iſt die Ueberlegenheit ſo ſehr auf ihrer Seite, daß die Verſuchung hervorzubrechen, ſie anwandeln könnte. Geſchieht dies aber, ſo greife ich ſie ganz gewis an und zweifele nicht, mit Gottes Hülfe, ſie zu ſchlagen. Die fremden Truppen, die ich hier habe, ſind freilich nicht ſo gut, wie die des vorigen Jahres; aber ich hoffe, daß die engliſchen beſſer ſind" [2]).

Es fällt auf, daß Marlborough hier ſo entſchieden ausſpricht, was er thun wolle, und eines etwaigen Einſpruches der holländiſchen Feld-Deputirten nicht gedenkt. Der Grund war, daß, für den Verzicht auf ſeinen Plan nach Italien, die Vertreter der Republik ihm insgeheim die Conceſſion gemacht hatten, daß die Feld-Deputirten ihm die völlige Freiheit des Handelns belaſſen würden [3]).

Beiderſeits liegt alſo die Abſicht klar ausgeſprochen vor. Ludwig XIV. hatte dem Marſchall Villeroy befohlen, am 1. Juni die Stadt Leau zu belagern, alſo aus den Linien hervor zu gehen und

[1]) Pelet t. VI, p. 20.
[2]) Coxe vol. I, p. 405. — Murray vol. II, p. 516.
[3]) Coxe vol. I, p. 404.

offenſiv zu verfahren. Ludwig XIV. und der Marſchall Villeroy waren ſich voll bewußt, daß es darüber zu einem Haupttreffen kommen könne. Sie wollten alſo ein ſolches wenigſtens nicht vermeiden. Marlborough aber war entſchloſſen dasſelbe in jedem Falle zu ſuchen, auch wenn Marſin vorher zu Villeroy ſtieße und dadurch dieſem die entſchiedene Ueberlegenheit der Zahl verſchaffte.

Am 18. Mai bemerkte Marlborough, daß Villeroy ſeine Truppen am linken Ufer der Dyle zwiſchen Wabre und Löven zuſammen zog. Dies deutete die Abſicht des Ueberganges, zunächſt des Verlaſſens der ſchützenden Linien an. Am 19. Mai marſchirten die Franzoſen aus den Linien hervor. Demnach forderte auch Marlborough von Tongern aus, am 19. Mai, zum raſchen Anzuge aller verbündeten Streitkräfte auf.

Unter ihnen hatten die Preußen-Brandenburger keine Eile. Die Haltung derſelben war auch ſchon zuvor dem Marſchall Villeroy nicht entgangen. Er berichtet, am 8. Mai, daß ihre Bewegungen Unſicherheit kund gäben[1]). Marlborough hatte auf dem Marſche, in Tongern, ein abermaliges Schreiben des Königs von Preußen empfangen, vom 4. Mai, des Inhalts, daß mehrere ſtarke und gewichtige Gründe ihn hinderten ſeine Truppen an den Oberrhein zu ſenden, und daß er hoffe, man werde nun nicht mehr ihn zu etwas drängen wollen, was für ihn eine Unmöglichkeit ſei[2]). Marlborough ſchickte den Brief nach England, mit der Bemerkung, daß ſeine weiteren Bemühungen nutzlos ſein würden, daß es nun auf den Kaiſer ankomme ſich zu bethätigen[3]). Jedoch gab er wiederholt ſeinem Unmuthe nach Berlin hin Ausdruck. Am 21. Mai ſchrieb er aus dem Feldlager von Borchloen an den Lord Raby in Berlin: „Wenn es Gott gefällt uns einen Sieg über die Feinde zu verleihen, ſo werden die Verbündeten dafür nicht dem

---

[1]) Pelet t. VI, p. 21. — Bei dieſer Sachlage iſt es überflüſſig, den Bericht des Pasquier, bei Lamberty t. IV, p. 57 et suiv., du ressort secret qui a donné lieu à la bataille de Ramillies, mit zu erörtern. Coxe t. II, p. 406 verweiſt zwar auf dieſen Bericht, bringt aber ſelber aus den Papieren Marlboroughs nichts bei, was für die Glaubwürdigkeit des Berichtes ſpräche. Auch bei Murray findet ſich nichts Derartiges.

[2]) Murray t. II, p. 510.

[3]) A. a. O. t. II, p. 503. — Vom 15. Mai.

Könige von Preußen zu Danke verpflichtet sein, und wenn wir, andererseits, einen Nachtheil erleiden, so weiß ich nicht, wie er im Stande sein wird, sich zu entschuldigen" [1]).

Die Fassung des Schreibens deutet an, daß die Aussicht auf ein Treffen näher rückte. Villeroy hatte nämlich die Dyle überschritten und wollte bei Tirlemont den heranziehenden, aber noch weit entfernten Marschall Marsin erwarten. Auf diese Nachricht brach auch Marlborough auf von Tongern nach Borchloen, am 20. Mai. Dort zog er die Engländer an sich und harrte, abgesehen von den Preußen, die nicht kamen, nur noch der Dänen.

Marlborough hatte, wie wir gesehen, wiederholt vorher die Ansicht ausgesprochen: es liege nicht im Interesse der Feinde ein Treffen zu suchen. Da dies dennoch geschah, indem der Uebergang über die Dyle unzweifelhaft diese Absicht kund gab: so liegt es nahe, daß Marlborough gehobenen Muthes diesem Treffen entgegen ging [2]). Einige Wochen später äußerte er sich darüber nach England hin sogar mit den Worten: „Man wird mir wohl glauben, daß Niemand aufrichtiger als ich der Vorsehung den guten Ausgang zuschreibe. Denn nach meiner Ansicht kann der Entschluß des Feindes eine Schlacht zu wagen, ein Entschluß, der so sehr seinem eigenen Interesse zuwider lief, nur diesen Ursprung haben" [3]).

Dagegen haben wir gesehen, wie Ludwig XIV. in Meudon einen Sieg für wünschenswerth hielt, und sich darüber zu dem Marschall Villeroy in einer Weise aussprach, welche dieser nicht anders auslegen konnte als er that. In so weit daher dieser Wunsch des Königs im Schlosse zu Meudon den Feldherrn auf dem Kriegsschauplatze rechtfertigen kann, hatte Villeroy nachher das Recht dem Könige zu sagen wie er that: C'était l'esprit de V. M. que son armée agît offensivement [4]). Villeroy handelte ziemlich genau eben so wie er fünf Jahre zuvor bei Chiari gehandelt hatte (Bd. IX, S. 312).

---

[1]) Murray t. II. p. 521. — Der holländische Feld-Deputirte Goslinga, in Mémoires p. 17, bezeichnet am selben Tage, dem 21. Mai, das Verhalten Friedrichs I. als: la conduite irrégulière de ce prince.

[2]) Die verschiedenen Briefe von Marlborough bei Murray t. II, p. 520.

[3]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 33.

[4]) Pelet t. VI, p. 40.

Villeroy scheint sich seiner Sache sehr gewis gehalten zu haben, so sehr, daß weder er, noch auch Ludwig XIV. den Kurfürsten Max Emanuel über seine Meinung vorher befragte. Villeroy begnügte sich dem Kurfürsten seine Absicht des Schlagens durch ein kurzes Schreiben mitzutheilen, und ihn dazu einzuladen, worauf Max Emanuel sich zur Armee begab und nur um Eine Stunde vor dem Beginne des Treffens eintraf. Durch den Wechsel der Dinge gerieth dieses Schreiben einige Tage später in die Hände Marlboroughs, der bei seinen mündlichen Berichten im Haag, am 8. Juni, einen Gedanken desselben mit den Worten wiederholte: S'il (l'Electeur de Bavière) voulait partager la gloire d'une bataille.

Das Treffen bei Ramillies, 23. Mai.

Nach der Angabe Villeroys führte Marlborough 80 Bataillone. Dieser selbst gibt 73 an. Die anderen Zahlen stimmen bei beiden überein, nämlich für Marlborough noch 123 Schwadronen, für Villeroy 74 Bataillone und 128 Schwadronen. Demnach dürfte die Anzahl der Kämpfer unter Marlborough 60.000 betragen haben, unter Villeroy 62.000 [1]).

Bei den Häuptern der französischen Armee galt die Ansicht, daß Marlborough nicht wagen würde auf sie anzurücken, daß also der Angriff in ihrer Hand stehe, und daß man daher Zeit habe bis zum Pfingstmontage, dem 24. Mai. Allein sobald Marlborough des Eintreffens der nachkommenden Dänen sicher war, marschirte er, am 22. Mai, von Borchloen auf Corswaren, und in der Morgenfrühe des ersten Pfingsttages, am 23. Mai, weiter, um zuerst das offene Feld zwischen der Mehaigne und der großen Geete zu gewinnen.

Während des Marsches kam um acht Uhr die Nachricht ein, daß auch die französische Armee, von Tirlemont aufgebrochen, heranziehe. Demnach stand ein Treffen in naher Aussicht. Inzwischen hatte ein Theil der Infanterie der Verbündeten durch einen Irrthum sich im Marsche verspätet; aber dieser anscheinende Nachtheil schlug zum Vortheile

[1]) Man vergleiche Pelet t. VI, p. 33 und Coxe vol. I, p. 407.

aus, weil durch diese Verzögerung die rückständige dänische Cavallerie die Zeit gewann, noch zur rechten Stunde einzutreffen[1]).

Noch vor Mittag gelangte die anmarschirende Armee der Verbündeten zu Gesichte der französischen, die in der Ebene zwischen Ramillies, Taviers und Benes ihre Stellung bereits genommen hatte. Einer der holländischen Feld-Deputirten, Goslinga, bemerkt darüber in seinen Aufzeichnungen: „Auf dem rechten Flügel der Franzosen befand sich am Ufer der Mehaigne ein kleines Gehölz, mit sechs Bataillonen besetzt. Dort erwartete der Feind unseren Angriff. Das war ein Hauptfehler der französischen Generale. Denn unzweifelhaft würde er, wenn er auf uns anmarschirt wäre, um uns anzugreifen, wo die Mehrzahl unserer Cavallerie und unsere ganze Infanterie noch nicht zur Stelle war, uns in große Verlegenheit gebracht haben. Alles was er während unseres Aufmarsches that, bestand in Artillerie-Feuer; aber auch unsere Geschütze waren bald zur Stelle, um nachdrücklich zu erwiedern"[2]).

Am Nachmittage begann von verbündeter Seite der Angriff auf das Dorf Ramillies als den Schlüssel der französischen Stellung, mit vielem Geschütze besetzt. Die Franzosen warfen die ersten Angriffe mit Nachdruck zurück. Es ist zu bemerken, daß während des Kampfes die Windesrichtung sich zu Gunsten der Verbündeten wendete[3]). Zwei Stunden lang wogte das heftige Ringen hin und her, bis gegen fünf Uhr die Franzosen zu weichen begannen. Das Nachdrängen der Verbündeten wandelte bald den Rückzug in die Flucht. Die Verfolgung dauerte bis tief in die Nacht. Der Sieg war vollständig. Namentlich wurde das Elite-Corps der französischen Armee, la maison du roi genannt, fast völlig vernichtet. Außer den Gefallenen verlor die französische Armee an Gefangenen 4000 Mann, 50 Kanonen, das Brückengeräth und einen großen Theil des Gepäckes[4]).

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 18. Dieser holländische Feld-Deputirte hebt dies stark hervor als signe évident de la protection du ciel. Die Denkwürdigkeiten Goslingas, ursprünglich nur für seine Kinder niedergeschrieben, herausgegeben 1857, sind ein sehr werthvoller Beitrag für die Geschichte jener Zeit.

[2]) A. a. O. p. 18.

[3]) A. a. O. p. 18.

[4]) Der Bericht Marlboroughs an den Prinzen Eugen, bei Murray t. II, p. 525.

Marlborough gestattete nur zwei Stunden Nachtruhe. „Es ist fast unbegreiflich, verzeichnet Goslinga, daß die Infanterie einen solchen Marsch hat aushalten können, der von drei Uhr Morgens am 23. dauerte bis zwei Uhr am nächsten Tage, ohne Ruhe, noch Nahrung“[1]). Noch in der Frühe des 24. ließ Marlborough den Marsch auf die Dyle antreten, um beim Sonnenaufgang den Uebergang zu erzwingen. Es bedurfte dessen nicht. Die Franzosen waren unaufhaltsam bis Brüssel geflohen. Die ganze Armee überschritt die Dyle ohne jegliches Hindernis, und Marlborough nahm das Hauptquartier in Löven. Am nächsten Tage ward die Verfolgung fortgesetzt, zum Zwecke der völligen Auflösung der Feinde, bevor das heranziehende Corps des Marschalls Marsin ihnen zur Stütze dienen könne. „Nur dieser Zweck der Ausnützung des Sieges, meldet Marlborough nach verschiedenen Seiten, darf es entschuldigen, daß wir nach einem so harten Kampfe den Mannschaften noch diese weiteren Anstrengungen auferlegen.“ In der That dauerte es bis zum 28. Mai, also sechs volle Tage hindurch, bis er einen Rasttag gestattete.

Indem dann Marlborough auf die Ereignisse dieser letzten Tage zurückblickt, äußert er sich in einem Schreiben an seine Frau: „Wenn man uns vorher die Sicherheit hätte geben können in vier Jahren zu vollbringen, was uns nun in vier Tagen gelungen ist, so würden wir uns sehr glücklich geschätzt haben“[2]).

Consequenzen des Sieges.

Aber der Siegeslauf war noch nicht zu Ende. Vielmehr reiften täglich neue Früchte desselben. Am 26. Mai erließen Marlborough und die holländischen Feld-Deputirten vom Lager von Beaulieu aus eine Aufforderung an die Stände von Brabant, sich als getreue Unterthanen dem rechtmäßigen Könige Carl III. zu unterwerfen, gegen die Anerkennung aller ihrer Rechte, kirchlich wie weltlich, durch die Erneuerung der joyeuse entrée Carls II. Bereits am 27. antworteten die in Brüssel anwesenden Mitglieder der drei Stände von Brabant mit bereitwilliger Zustimmung, und eben so kamen Deputirte der Städte

[1]) Goslinga p. 22.

[2]) Coxe vol. I, p. 424. — Vom 27. Mai.

Brüssel, Löven, Mecheln, Aloſt. Marlborough konnte mit ſicherer Vorausſicht hinzufügen, daß auch die noch übrigen Theile Brabants folgen würden, und daß niemals ein Sieg ſo vollſtändig geweſen ſei wie derjenige von Ramillies. „Seit der Schlacht, meldet er ſeiner Frau am 31. Mai, alſo am achten Tage nach derſelben, haben ſich ſo viele Städte uns ergeben, daß die ganze Sache mir vorkommt wie ein Traum“ [1]).

So nach der einen Seite, aber auch noch nach einer anderen. Wie bei Marlborough perſönlich, ſo äußerte ſich auch in Wien, im Haag, in London der Verdruß über das Verhalten des Königs von Preußen in ſehr lebhafter Weiſe. Alle drei Mächte hatten auf ihre Verwendung in Berlin, daß der König die 8000 Mann, die er kraft des Vertrages vom November 1700 dem Kaiſer ſchuldete, an den Oberrhein ſenden möge, eine verneinende Antwort erhalten. Dagegen gab der preußiſche Geſandte Schmettau im Haag, am 19. Mai, die Erklärung ab: der König werde für das laufende Jahr den Vertrag über die 8000 Mann in Italien erfüllen, nach dem Feldzuge jedoch ſeine Truppen von dort abberufen. Er thue dies rechtzeitig kund, damit die Verbündeten demgemäß ihre Maßregeln zu treffen wüßten [2]).

Am ſelben Tage berieth der Kaiſer Joſeph mit ſeinen Räthen die neuen elf Forderungen des Königs von Preußen, ſo wie deſſen Weigerung vor der Gewährung derſelben weder ſein Reichs-Contingent noch die vertragsmäßigen 8000 Mann zu ſtellen. Die Räthe gingen zurück auf das Geſammt-Verhalten des Königs, der, wie ſie ſagten, alles nach ſeiner vermeintlichen Convenienz abmeſſe. Sie kamen überein, bei den verbündeten Mächten anzufragen, welchen Entſchluß zu faſſen man geſinnt ſei, wenn der König bei ſo nachtheiligen Principien beharre und den Verträgen kein Genüge leiſte. Graf Gallas in London erhielt den Auftrag, im äußerſten Falle die Erklärung abzugeben, daß da die Tractaten beiderſeits binden, die Nichterfüllung derſelben von Seiten des Königs auch die drei Bundesmächte, den Kaiſer, die Königin von England, die Generalſtaaten von aller Verpflichtung entledigen würde. „Dieſe Erklärung, ſchließt der Auftrag, dürfte den

[1]) Coxe vol. I, p. 426.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 21. Mai.

König, der durch den Tractat vom November 1700 die königliche Würde erworben, hoffentlich in sich gehen machen“ [1]).

Der Weisung gemäß reichte Graf Gallas am 30. Mai eine Denkschrift ein. Inzwischen jedoch war der Sieg von Ramillies erfolgt und jeder Tag brachte neue Beweise der Tragweite desselben.

Marlborough selber war der erste, der sich dieses Vortheiles zum moralischen Drucke auf den ihm am besten bekannten König bediente. Wir haben von ihm am Tage nach der Schlacht bei Ramillies, also vom 24. Mai, nur vier Meldungen des Sieges: an die Königin, an den Prinzen-Gemahl, an den Staats-Secretär Harley, die vierte an den König von Preußen. Diese letzte Meldung an einen bei der Sache selbst direct gar nicht betheiligten Fürsten hat eben darum nur den Zweck, dies ihm klar und empfindlich genug nahe zu legen, mit den Worten: „Je regrette fort que les troupes de V. M. n'ont pas eu part à cette glorieuse action“, und zugleich dann ihm die Thür zur Umkehr zu eröffnen mit den folgenden: „cependant je ne veux pas désespérer de les voir encore dans l'armée“ [2]).

Bestimmter spricht Marlborough seine Ansicht über die Consequenzen des Sieges von Ramillies für den König von Preußen in einem Schreiben an den Lord Raby in Berlin aus. Indem er diesen auffordert, die Bemühungen des holländischen Gesandten Lintelo dort für die Beschwichtigung des Königs zu unterstützen, fährt er fort: „Ich erlaube mir Ihnen gegenüber offen zu sagen, daß nach meiner Ueberzeugung die Forderungen dort nicht so sehr aus dem Wunsche entspringen sie erfüllt zu sehen, als aus anderen Gründen, und darum wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Niederlage der Franzosen bei ihnen schwerer ins Gewicht fallen als alles, was wir sagen oder thun können. Um so stärker müssen wir nachdrücken. Ich sehe freilich aus dem letzten Ihrer Briefe, wie hartnäckig der König ist. Aber dieser letzte ist vom 22. Mai“ [3]).

Marlborough war demnach der Ansicht, daß Friedrich I. sich auf dem Wege zu Ludwig XIV. befinde oder befunden habe. Diese

---

[1]) Königliches Rescript an den Grafen Gallas vom 19. Mai.

[2]) Murray t. II, p. 521.

[3]) A. a. O. t. II, p. 542.

Ansicht ist um so mehr bemerkenswerth, da die Worte Marlboroughs nicht erkennen lassen, daß er von den damaligen Berliner Verhandlungen mit dem französischen Gesandten Bonac in Danzig eine positive Kunde hatte.

Wenn dies Urtheil Marlboroughs begründet ist, so war der Verlauf der Dinge im Jahre 1706 nach dieser Seite hin in den Grundzügen derselbe wie im Jahre 1702. Wie damals Marlborough nicht durch eine besondere That, sondern durch den glücklichen Feldzug überhaupt, so hatte er am 23. Mai 1706 auf den Feldern von Ramillies mit den hochfliegenden Entwürfen Ludwigs XIV. zugleich den aufkeimenden Verrath Friedrichs I. zu Boden geschlagen.

Aber gemäß jener Andeutung dem Könige gegenüber war Marlborough durchaus nicht Willens, auf die Mitwirkung der preußischen Truppen zu verzichten. Friedrich I. hatte kund gegeben, daß er für einige schwere Bedingungen sie dennoch an England und Holland überlassen würde. Marlborough meldet seine Meinung darüber am 27. Mai an Godolphin. „Dies wird, sagte er, für England und Holland etwas Geld kosten. Er (der König) ist gewis sehr unvernünftig; aber wir würden es noch mehr sein, wenn wir diese Truppen den Sommer hindurch in Wesel stehen ließen. Denn das ist es ja gerade, was Frankreich erwartet und wünscht“ [1]).

Villeroy war am 29. Mai bereits bei Gent. Dort meinte er, gedeckt durch den Stromlauf der Schelde, sich halten zu können. Denn es komme alles darauf an dem Könige die Armee zu bewahren. „Sie verlieren, sagt er, hieße zugleich auch Spanien und Frankreich verlieren“ [2]). Es war vielleicht das schärfste Wort, das bis dahin an Ludwig XIV. heran getreten war. Zugleich aber verhehlte Villeroy nicht, daß die Armee sich nicht im Stande befinde eine abermalige Action auszuhalten. — Eben darum vermied der Marschall diese Gefahr, so sehr daß er noch am selben Tage, an welchem er die Hoffnung die Schelde zu behaupten, nach Versailles gemeldet hatte, sie aufgab und weiter zurückzog, in der Richtung auf Courtrai.

---

[1]) Coxe vol. I, p. 424.

[2]) Pelet t. VI, p. 49.

Bereits am 1. Juni gelangte dieſe weitere Nachricht an Ludwig XIV. Er hatte ſeinen Kriegsminiſter Chamillart zur Armee des Villeroy entſendet: an jenen daher richtete er noch in der Nacht eigenhändig die Worte: „Der Schreck oder die Schwäche muß groß ſein, wenn man ſich nicht einmal hinter der Schelde zu halten getraut, wo man doch das Land vor ſich unter Waſſer ſetzen und den linken Flügel auf Gent ſtützen kann, und wo das Land mit Hecken und Gräben ſo durchſchnitten iſt, daß der Feind nur mit großen Schwierigkeiten vorzudringen vermöchte. Alle Nachrichten lauten ſehr traurig. Aber wir dürfen uns nicht niederſchlagen, noch an uns ſelbſt etwas ermangeln laſſen, um, wenn es möglich, uns der jetzigen Verwirrung zu entwinden. Es kommt nur auf Sie an: bei meiner Kenntnis Ihrer Geſinnungen und Ihrer Feſtigkeit kann ich daran nicht zweifeln“ [1]).

Ob gerade Chamillart diejenige Perſönlichkeit war, die zu einem ſolchen Vertrauen berechtigte, dürfte außer dem Könige und der Frau von Maintenon damals ſchon vielen Franzoſen fraglich geweſen ſein. Chamillart hatte in ſeinem Berichte den blühenden Zuſtand des von ihm durchreiſten franzöſiſchen Landes geprieſen. Der Bericht erweckt der Natur der Sache nach Zweifel an der Möglichkeit der Wahrheit; aber Ludwig XIV. erwiederte: „Ihr Bericht ſetzt mich gar nicht in Erſtaunen: welchen Krieg es dort auch gegeben haben möge, das Land iſt dabei immer ſchön und blühend geweſen.“ — Chamillart hatte ferner den guten Zuſtand der Citadelle von Lille gelobt. „Auch das, ſchreibt der König, ſetzt mich nicht in Erſtaunen. Ich kann Sie verſichern, daß ich viele Plätze habe, welche jenem in nichts nachſtehen. Wir müſſen ſie in einen ſolchen Stand ſetzen, daß man auch nicht einmal wagt ſie anzublicken. Dafür haben Sie mit Fleiß zu arbeiten.“

Als das Schreiben des Königs an Chamillart gelangte, hatte Villeroy auch Courtray bereits aufgegeben. In Lille, am 2. Juni, vereinbarten der Kurfürſt Max Emanuel, der Marſchall Villeroy und der Kriegsminiſter Chamillart, daß das einzige noch übrige Mittel die franzöſiſche Armee zu erhalten, beſtehe in der Vertheilung derſelben in die franzöſiſchen Grenzplätze. Dieſen Beſchluß brachte Chamillart nach Verſailles zurück [2]).

[1]) Pelet t. VI, p. 52.

[2]) A. a. O. t. VI, p. 55.

Am selben Tage konnte Marlborough dem Könige Carl III. berichten, daß nicht bloß Brabant, sondern auch fast ganz Flandern ihm huldige[1]). „Die Folgen unseres Sieges von Ramillies, meldet er am nächsten Tage, dem 3. Juni, nach England, sind fast unglaublich. Daß ein ganzes Land mit so vielen starken Plätzen ohne den geringsten Widerstand aufgegeben wird, legt nicht bloß Zeugniß ab von dem großen Verluste, den sie erlitten haben müssen, sondern zugleich auch von dem Schrecken und der Bestürzung, in welcher sie sich befinden"[2]). „Jetzt ist sicherlich die Zeit gekommen, ruft er in einem anderen Briefe aus, die Macht Frankreichs zu reduciren, und Sie werden mir die Gerechtigkeit erweisen zu glauben, daß ich zu diesem Zwecke es an nichts fehlen lassen werde."

An die Städte Brüssel, Mecheln, Gent, Brügge, Damme, Oudenarde hatte es nur der Aufforderung bedurft. Schwieriger war die Sache mit Antwerpen, in welchem zwölf Bataillone lagen, sechs französische, so wie sechs spanische und wallonische. Die ersteren hatten Befehl sich in die Citadelle zurückzuziehen und sie bis aufs äußerste zu halten. Aber der Commandant Terracena, der bereits mit Marlborough angeknüpft, wußte es zu verhindern. Am 7. Juni capitulirte Antwerpen. Die Spanier und Wallonen verliefen, oder nahmen Dienste unter den Verbündeten. Bis zum 10. Juni rechnete man, daß, außer dem Verluste in der Schlacht an Gefallenen und Gefangenen, die französische Armee denselben Betrag, 10.000 bis 12.000 Mann, durch Uebertritt und Desertion verloren habe[3]).

Andererseits geschah, was unter diesen Umständen zu erwarten war, daß auch der König von Preußen seine Entschlüsse faßte, nicht freilich ohne Vortheil. Der Holländer Lintelo in Berlin gewährte die Forderungen, die Marlborough am 27. Mai als kostspielig für England und Holland bezeichnet hatte, und Lord Raby dort trat bei. Die Seemächte willigten ein, für die preußischen Truppen das Brot und die Fourage zu liefern, und das Agio des Geldes zu tragen. Noch in der ersten Hälfte Juni konnte Marlborough den preußischen

---

[1]) Murray vol. II, p. 548.
[2]) A. a. O. p. 554.
[3]) A. a. O. p. 575.

Truppen die Marschroute anweisen, zunächst auf Mastricht, dann auf Brüssel [1]).

Gegenüber dem anrollenden Strome des Angriffes ließ Ludwig XIV. das Gerücht verkünden, daß er seine Nordarmee auf 90 Bataillone und 150 Schwadronen bringen wolle, und setzte als Termin für diese Ergänzung den 1. August. Das nächste und dringendste Erfordernis aber war ein anderer Führer. Denn Villeroy hatte das Vertrauen der Armee völlig eingebüßt. Sogar seine Gönnerin, die Frau von Maintenon, schildert die Entfesselung der Zungen in der Armee und in Paris gegen Villeroy als so stark und allgemein, daß sie zweifelt, ob der König ihn werde halten können [2]). In der That erging, bereits am 10. Juni, durch den Kriegsminister Chamillart an den Marschall Vendome in Italien die Aufforderung, das Commando der Nordarmee zu übernehmen. Der König, meldete ihm Chamillart, kennt keinen anderen General, den er für fähig hielte, das Vertrauen bei den Truppen herzustellen und den Strom der Eroberungen Marlboroughs zu hemmen [3]).

Dem unglücklichen Villeroy dagegen blieb nicht erspart, daß, auf seine Vertheidigung vom 3. Juni für sein Verhalten, der Kriegsminister Chamillart, am 16. Juni, ihm erwiederte: der König habe eine genauere Kenntnis der Vorgänge vom 23. Mai als die Mehrzahl der dort betheiligt gewesenen General-Officiere. Dann hielt Chamillart dem Marschall die hauptsächlichen in der Schlacht von ihm begangenen Fehler vor [4]).

Bis jedoch Vendome von Italien her in Belgien eintreffen konnte, verging noch eine längere Zeit. Während derselben erwuchs für Ludwig XIV. noch die Gefahr eines Abfalles von weiterer Consequenz.

Ein holländischer Courier, der, im Mai, Antwerpen hatte passiren wollen, ward dort angehalten. Der Gouverneur erbrach nur einen der Briefe, an Marlborough gerichtet, und schickte dann das ganze Packet dem Kurfürsten Max Emanuel ein. Dieser ließ es durch einen Trompeter an Marlborough überbringen. Die Briefe der holländischen

[1]) Murray vol. II, p. 580, 589, 592, 654.
[2]) Lettres de M. de Maintenon t. V, p. 77.
[3]) Pelet t. VI, p. 61.
[4]) A. a. O. p. 41.

Regierung an die Feld-Deputirten fanden sich unversehrt vor, für den einen erbrochenen ließ der Kurfürst seine Entschuldigung melden[1]). Marlborough antwortete, daß er sehnlichst wünsche eine Gelegenheit zu haben, dem Kurfürsten durch die That seinen Dank zu beweisen[2]).

Es ist zu vermuthen, daß dies der Anknüpfungspunkt war für eine wichtige Unterhandlung. Denn Thatsache ist, daß in denselben Tagen Marlborough durch einen Belgier, Serjandre, Präsidenten einer Behörde, die Mittheilung erhielt: der Kurfürst erbiete sich, ohne Frankreich, in Verhandlungen zu treten. Max Emanuel war damals im Besitze der festen Plätze Namur, Mons, Charleroi, Luxemburg, und erbot sich, dieselben zu überliefern, wenn man dafür ihn wieder in seine Erbländer einsetzen, oder ihm wenigstens einstweilen die Statthalterschaft der Niederlande belassen wolle[3]). Der Feld-Deputirte Renswoude, der auch früher schon mit jenem Präsidenten in Beziehungen gestanden, empfing dieselben Mittheilungen. Beide, er und Marlborough, brachten sie auch an die anderen Feld-Deputirten, van Cöllen und Goslinga. Die drei Holländer waren geneigt auf die Vorschläge einzugehen. Nach ihrer Meinung würde man dadurch, ohne Schwertstreich, in den Besitz der gesammten Niederlande kommen, also das für die Republik wichtigste Object des Krieges erreichen. Sie gaben ihre Ansicht dem Staatsrathe im Haag, so wie dem Rathspensionär und einigen Vertrauten kund. Marlborough jedoch sprach dagegen. Nach seiner Ansicht war der Vorschlag im Einverständnisse mit Frankreich gemacht, also eine Falle. Ferner würde eine solche Unterhandlung bei dem Kaiser, dem Könige Carl III. und dem Herzoge Victor Amadeus einen Verdacht erregen, und auf den Eifer der Armee abkühlend wirken.

Diese Einwände Marlboroughs waren, nach der Ansicht Goslingas, nur Vorwände. Dieser Holländer war der Ansicht, daß das Erbieten des Kurfürsten aufrichtig gemeint sei, und wies zur Bekräftigung dieser Ansicht auf die Thatsachen hin. „Der Kurfürst, sagt er, hielt seine Truppen völlig getrennt von den französischen. Er legte

---

[1]) Goslinga p. 27.

[2]) Murray vol. II, p. 562.

[3]) Man vergleiche mit den Angaben bei Goslinga auch Coxe vol. I, p. 408, so wie Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 111.

sichtlich sein Mistrauen gegen Frankreich an den Tag. Er ließ, ungeachtet aller Vorstellungen, jene Plätze nicht von französischen Truppen betreten. Diese dagegen überwachten ihn und verloren ihn nicht aus dem Auge"[1]).

Die Nachrichten von französischer Seite lauten in dieser Beziehung nicht so bestimmt. Jedenfalls aber lassen sie ein Mistrauen auf französischer Seite erkennen. Der König gebot, daß fortan die französischen Truppen die ersten im Range sein sollten, daß dagegen die Belgier, die man bisher als spanische Truppen bezeichnet hatte, die Bayern, die Kölner fortan als verbündete Truppen zu betrachten seien.[2]) Bald nachher ließ man von jenen sogenannten spanischen Truppen diejenigen, welche bleiben wollten, einen neuen Eid schwören, und steckte sie endlich völlig unter die französischen[3]).

Eine eigentliche Kunde einer Unterhandlung des Kurfürsten Max Emanuel mit den Verbündeten ergibt sich in Versailles erst einige Monate später, und zwar in der Weise, daß der Vorschlag von dem Könige Friedrich I. an Max Emanuel gelangt sei.[4]) Der Bericht des Chamillart darüber an Vendome prägt nicht geringe Besorgnis aus. Was immer an dieser Nachricht Wahres sein mochte, Thatsache ist, daß die Vorschläge, die im Juni von Max Emanuel selber ausgegangen waren, wie bei Marlborough, so auch, ungeachtet der Empfehlung der Feld-Deputirten, im Haag kein Entgegenkommen gefunden hatten.[5])

Die Feld-Deputirten waren der Ansicht, daß Marlborough im eigenen Interesse, wegen seiner Aussicht auf die Statthalterschaft in Belgien, entgegen gewirkt habe.

Die Frage der Statthalterschaft in Belgien.

Das eigennützige Trachten, von welchem aus, nach der Ansicht der holländischen Feld-Deputirten, Marlborough dem Vorschlage des Kurfürsten Max Emanuel entgegen gewirkt hatte, war gerichtet auf die

---

[1]) Goslinga p. 7.

[2]) Pelet t. VI, p. 57.

[3]) A. a. O. p. 74, 100.

[4]) Pelet t. VI, p. 572 et suiv. Vom 1. November.

[5]) Goslinga p. 7. Die Sendung Lecheraines an Carl III. fällt erst nach der Ernennung Marlboroughs von Wien her.

Statthalterschaft von Belgien für ihn selber. Nach der Meinung der holländischen Feld-Deputirten hatte Marlborough den Grafen Lecheraine, einen gebornen Pfälzer, der fast beständig zwischen Düsseldorf, Barcelona und Wien auf dem Wege war, mit der Bitte um diese Ernennung nach Barcelona entsendet. Aber nicht von Barcelona aus zuerst erfolgte die Ernennung, sondern, wie sich bald ergeben wird, von Wien aus.

Im Laufe des Monates Juni begab sich Marlborough vom Feldlager aus nach dem Haag. Der Zweck dieser Reise, wie er selber für Godolphin ihn angibt, war die näheren Bestimmungen für einen Landungsplan in Frankreich zu verabreden. Wir werden den Verlauf dieses Planes, auf den für längere Zeit, namentlich in England, großer Werth gelegt wurde, späterhin in kurzen Zügen zu überblicken haben. Zugleich hatte Marlborough vor die ferneren Operationen des Feldzuges zu besprechen[1]). Dazu jedoch kam dann noch eine wichtige Frage, nämlich wie es fortan mit den wieder gewonnenen Ländern zu halten sei.

Der kaiserliche Gesandte Graf Goes hatte das Patent in Händen, welches ihn für den Fall des Wiedergewinnes der Niederlande zum Administrator bestellte. Es war datirt vom 19. October 1705. Er gab dasselbe den Generalstaaten kund und verlangte eine Conferenz darüber. Sie ward ihm nicht bewilligt. Vertraulich dagegen sagte ihm ein Holländer: man habe in Betreff der gewonnenen Länder drei Interessen zu beobachten. Das erste sei das allgemeine, daß man sich mit den Ständen dort verstehe, wie viele Truppen sie halten könnten und wollten. Das zweite sei das holländische, daß man sich der Einkünfte in Belgien versichere. Denn es sei besser, daß Andere aus den Händen der Holländer diese Einkünfte erhielten, als daß man von Seiten der Holländer sie bei Anderen zu suchen hätte. Das dritte Interesse sei das spanische oder dasjenige des Königs Carl III. Es bestehe in der formellen Huldigung für ihn.

Demnach wollten die Holländer dem Könige Carl III. den Titel vergönnen, die Steuererträge des Landes jedoch zunächst an sich nehmen. Graf Goes machte wiederholt die Andeutung, daß er sich nach Brüssel begeben wolle, um die Rechte Carls III. zu wahren. Er erhielt darauf die Antwort fast in drohender Weise: es sei ihm nicht zu rathen, die

[1]) Coxe vol. I, p. 432.

Regierung der Republik gegen sich zu reizen [1]). Bereits befand sich der General-Empfänger Hop zur Ordnung des Steuerwesens in Brüssel.

Goes hoffte Abhülfe von der Anwesenheit Marlboroughs. Die Unterredung beider ist wichtig nicht bloß in Betreff der gerade vorliegenden Frage über Belgien, sondern zugleich für die Ansichten der damals leitenden Personen in England über die Endziele des Krieges. In Betreff Belgiens erwiederte zunächst Marlborough: er habe die Gemüther der holländischen Geheim-Deputirten so voreingenommen gefunden, daß er endlich habe zugeben müssen: in diesem Falle könne man, ohne einen Minister Carls III. zu befragen, mit den Ständen von Brabant und Flandern allein eine Uebereinkunft über ihre Truppenleistung treffen. Goes verneinte, daß den Ständen dieses Recht zukomme: er werde seine Vollmacht entgegen halten. Marlborough rieth ab. Er bat zu warten: er selber werde das Interesse Carls III. schützen. „Aber was soll ich denn berichten?" fragte Goes. Marlborough antwortete: „Schreiben Sie dem Kaiser und dem Könige von Spanien, daß die Niederlande für Se. katholische Majestät sind, daß die Königin darin nichts beansprucht, noch auch irgend einen anderen Ort der spanischen Monarchie, ja daß sie auch nicht einen Anspruch der Republik gestatten werde, und daß der Aufschub, den ich zur Zeit von Ihnen verlange, nur den Zweck hat, die Leute hier zufrieden zu stellen, und vielleicht zum großen Vortheile des katholischen Königs selbst. Ich denke mir nämlich, daß Sie nicht mit guter Manier die Stände von Brabant und Flandern dahin bringen würden, dasjenige zu leisten, was man von ihnen verlangen will, obwohl dies an sich gerecht, billig und vernünftig ist." [2])

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 8. Juni.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 8. Juni. Wegen der Wichtigkeit dieser Aeußerung Marlboroughs für die damalige Stellung Englands im Vergleiche zu der späteren lasse ich sie hier im Original folgen: „Ecrivez seulement à l'Empereur et au roi d'Espagne que les Pays-Bas sont pour S. M. C., que la reine n'y prétend rien, ni dans aucun endroit de la monarchie d'Espagne, que même Elle ne souffrirait pas que l'Etat ne prétende quelque chose, et que ce délai que je demande présentement de vous, n'est que pour contenter ces gens ici, et peut-être pour le grand bien de S. M. C. même, m'imaginant bien que vous ne pourriez pas avec façon porter les états de Brabant et de Flandre à faire les choses que l'on va demander d'eux, quoique en soi elles soyent justes, équitables et raisonnables." — Es sind seine eigenen Worte, fügt Graf Goes hinzu.

Goes fragte weiter bei Marlborough an, ob auch er mit der damals oft ausgesprochenen Ansicht übereinstimme, daß Frankreich auf die Schranken des pyrenäischen Friedens zurückgebracht werden müsse. Marlborough erwiederte: Goes möge diese Frage mit dem Rathspensionär Heinsius besprechen. Nach dem Ende des Feldzuges werde er selbst darauf hinarbeiten, daß man sich fest darüber einige, und er hoffe, daß es gelinge, namentlich wenn der Friede in Ungarn hergestellt werde. — „Geschieht dieses, wiederholte Marlborough, so hoffe ich die Republik für den Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie zu engagiren."

Demgemäß begab sich Goes zu dem Rathspensionär und theilte ihm die Unterredung mit. Heinsius sprach sich, nach Maßgabe seiner Persönlichkeit, weniger klar und entschieden aus als Marlborough. Doch erkannte er an, daß Marlborough in der geheimen Conferenz betheuert habe: die Königin verlange nichts in den spanischen Niederlanden, und hoffe, daß eben so wenig auch die Republik etwas begehren werde. — Heinsius versicherte, daß diese Erklärung Marlboroughs den Verdacht, der wegen der früheren englischen Begehrlichkeit nach Nieuport und Ostende bei den Holländern noch übrig geblieben sein könne, völlig zerstreut habe. — Mit besonderer Genugthuung vernahm der Rathspensionär die Aeußerung Marlboroughs, daß die Königin von England überhaupt nichts von der spanischen Monarchie, wo immer es sei, prätendiren wolle.

Daß Marlborough damals wirklich so dachte, wird bestätigt durch seine gleichzeitige Correspondenz mit Godolphin. Dieser trieb ihn an, baldmöglichst sich an Dünkirchen zu machen; denn, da in dem demnächstigen Friedensschlusse für England kein besonderer Vortheil in Aussicht stehe, so werde sich als wirkliche Wohlthat für England nach dem Frieden nur die Zerstörung von Toulon oder Dünkirchen erweisen. Marlborough stimmte zu, daß die Verschüttung des Hafens von Dünkirchen ein großer Vortheil für England sein werde. An Dünkirchen jedoch sei nicht zu denken vor dem Besitze von Nieuport und Ypern, und zunächst müsse Ostende gewonnen werden. Er erörtert die Wichtigkeit dieses letzten Hafens für die Ueberführung englischer Truppen nach dem Festlande, fügt aber dann hinzu: „Ich bin nicht der Ansicht, daß der Besitz fester Plätze hier für das Heil und die Wohlfahrt Englands

diene, wegen der Eifersucht, die daraus daheim wie auswärts wider uns erwachsen würde. Ich weiß, daß ich als General nicht so reden sollte; aber ich spreche als getreuer Unterthan" [1]).

Dagegen gereichte der Bericht des Grafen Goes über die Weigerung der Holländer ihn als Statthalter der Niederlande anzuerkennen und walten zu lassen, weder dem Kaiser Joseph I., noch nachher dem Könige Carl III. zur Zufriedenheit. Der Kaiser faßte daher, auf den Rath des Grafen Wratislaw und die Befürwortung des Duca di Moles, der im Begriffe stand, sich als Bevollmächtigter des Kaisers zu dem Könige Carl III. zu begeben, einen anderen Entschluß [2]). Sein Bruder Carl hatte Blankets mit seiner Unterschrift hinterlassen, für einen etwaigen Nothfall. Der Kaiser füllte eines derselben aus mit der Ernennung Marlboroughs zum Statthalter der Niederlande. Er gab dem Grafen Goes und dem Kurfürsten von der Pfalz, der als der Vetter der zwei Brüder betheiligt war, eine Reihe von Gründen dafür an. Auf verschiedene Anfragen und aus anderen Umständen habe er vernommen, daß den Belgiern Marlborough als Repräsentant des Königs willkommen sein werde. Der Kaiser hoffe ferner, durch diese Ernennung die Engländer zu verbinden. Marlborough werde durch sein Ansehen in England und Holland die spanischen Niederlande in völligem Stande für Carl III. erhalten. Auf ihm beruhe ja das Hauptwerk des Krieges und der folgenden Friedenshandlung. — Der Graf Goes, der auch so schon die Vollmacht Carls III. habe, solle ihm beigegeben werden, so wie eine Junta von Spaniern, die sich dort befinden, und Niederländern. Der Graf Goes solle, wie es auch schon seine Vollmacht besage, besondere Fürsorge für das Kirchenwesen tragen „zum öffentlichen Zeichen für die spanische Nation und für die ganze Welt, was wir und der König von Spanien von unseren Vorfahren her erblich im Herzen führen" [3]).

Ein Courier mit dieser Ernennung traf am 28. Juni bei Marlborough im Feldlager ein. Er berichtete sofort nach England, mit der Versicherung, daß er die Sache geheim halten werde, bis er die Entscheidung der Königin wisse. Nach welcher Seite aber auch die Entscheidung der Königin ausfalle: so müsse er zugleich auf seine Freunde in

[1]) Coxe vol. I, p. 431.

[2]) Murray vol. II, p. 655. Der Dank Marlboroughs gilt zuerst Wratislaw.

[3]) Verschiedene kaiserliche Rescripte an Goes, vom 18. und 26. Juni.

Holland Bedacht zu nehmen, damit deren Eifersucht nicht rege gemacht werde [1]). — Seine Dankberichte nach Wien hin jedoch ergeben, daß er von England her die Zustimmung erwartete, so wie daß er in den ersten Tagen auch für sich zur Annahme entschlossen war. Wratislaw hatte ihm besonders nahe gelegt, in kirchlichen Dingen den belgischen Katholiken keinen Anstoß zu geben. Marlborough erwiederte: „Ich bin überzeugt, daß in dieser Beziehung auch die Eifrigsten mir niemals das Geringste vorzuwerfen haben werden" [2]). Ein solches Wort von einem Engländer damaliger Zeit könnte auffallen. Aber genau eben so hatte sich Marlborough vier Tage zuvor zu den Jesuiten und englischen Nonnen in dem ihm damals überwiesenen Fürstenthume Mindelheim ausgesprochen. Auf die Huldigungs-Adresse der Jesuiten antwortete er mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß das Collegium Ursache haben werde, mit dem Wechsel der Herrschaft zufrieden zu sein, und empfahl sich der Fortdauer des Gebetes der Patres für ihn. Aehnlich lauteten seine Ausdrücke gegenüber den englischen Nonnen dort, denen er sich ihren zuverlässigen Freund nannte [3]).

Es ist möglich, daß Marlborough, eben so wie zwei Jahre zuvor in Betreff eines Reichsfürstenthumes, auch diesmal bei Wratislaw den ersten Schritt in der Sache gethan hat. Bestimmtes liegt darüber nicht vor. Jedenfalls ist von England aus vorher nicht mitgewirkt. Noch im Anfange Juli berichtete Hoffmann von dort: „Die Reden des Staats-Secretärs zeigen, daß man hier keinen anderen als einen Unterthan der Krone Spanien zum Statthalter von Belgien will" [4]).

Bei der Ankunft der Nachricht von Marlboroughs Ernennung entsprachen jedoch sowohl die Königin Anna wie Godolphin der Erwartung, die der Kaiser Joseph von seinem Schritte hegte. Auch diejenigen Mitglieder der Whig-Partei, denen Godolphin die Sache mittheilte, Somers und Sunderland, begrüßten sie mit Freuden. Das sei das rechte Mittel, meinten sie, die Dinge in den Niederlanden auf den rechten Fuß zu stellen, wenigstens für den Sommer. Der Gedanke, daß die Holländer einen Einspruch erheben würden, kam bei

[1]) Coxe vol. I, p. 437.
[2]) Murray vol. II, p. 655.
[3]) A. a. O. p. 640, 643.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 8. Juli.

ihnen zunächst gar nicht auf. Aber eben wegen der Besorgnis, die Marlborough selber in dieser Beziehung hegte, war es ihm darum zu thun, der Einwilligung von England her in jedem Falle sicher zu sein. Die Königin jedoch schob zurück. Sie ließ durch Godolphin dem Marlborough melden: sie überlasse ihm dasjenige zu thun, was er ihrem Dienste und dem Wohle der gemeinen Sache am besten entsprechend erachte [1]).

Dies wußte nur Marlborough an Ort und Stelle zu beurtheilen. In der That auch konnte der eigentliche Einwurf der Holländer, wenn er vielleicht in London oder in Wien auch geahnt wurde, doch nur auf holländischem Boden und in holländischer Luft so ausgeprägt werden, wie es dann geschah.

Bevor noch Marlborough vom Haag aus eine holländische Kundgebung über seine Ernennung erhielt, traf es sich, daß er im Feldlager bei Rousselaer, am 1. Juli, dem General-Empfänger Hop die Documente aus Wien vorlegte. Hop brachte seinen Glückwunsch dar, fügte aber dann hinzu: er besorge, dies werde in Holland Verstimmung erregen: man werde dort der Ansicht sein, der Kaiser beabsichtige die Mittel von Belgien in die Hände der Königin von England zu bringen, um selber damit nichts zu thun zu haben [2]).

Die Worte hatten eine größere Tragweite, als es auf den ersten Blick scheint. Die Erfahrung der beiden vorigen großen Kriege hatte dargethan, daß, um die Kette der Allianz wider Frankreich zu sprengen, Ludwig XIV. es für das sicherste Mittel hielt, den Hebel bei der Republik anzusetzen. Wie nun der furchtbare Schlag von Ramillies mit den Consequenzen in Frankreich das Bedürfnis des Friedens schwer empfinden ließ, so gereichte er andererseits, indem er die Offensive Frankreichs nach dem Norden hin lahm legte, hauptsächlich und zunächst zur Befriedigung der Republik. Das Schreckbild der Erneuerung des Jahres 1672, oder auch des Februars 1701, bis dahin so wirkungsvoll auf die Gemüther der Staatsmänner der Republik, war auf dem Blutfelde von Ramillies untergegangen. Um so eher konnte bei Vielen dort die Frage auftauchen: wozu nun noch für die Republik der Krieg?

---

[1]) Coxe vol. I, p. 438. Vom 5. Juli.

[2]) A. a. O. p. 439.

— Bereits im Juni finden wir in französischen Correspondenzen die Frage erörtert, ob nicht die Holländer, als die billigsten unter den Feinden, zur Vermittelung eines allgemeinen Friedens aufzufordern seien. Wenn Holland den Frieden wolle, so sei er da[1]).

Indem aber die englischen Staatsmänner die nachdrückliche Fortsetzung des Krieges wollten, um, gemäß der nationalen Forderung der Engländer, die Macht Frankreichs tiefer hinab zu bringen, hatten auch sie den möglichen Wechsel der Stimmung in der Republik in Betracht zu ziehen. Daher lag es ganz besonders ihnen nahe, keinen Schritt zu thun oder zu befördern, der in der Republik gegen England Verstimmung erregen und das Band der beiden Mächte lockern könnte. Dem entsprechend handelte Marlborough. Sogleich nach der Unterredung mit Hop berichtete er an Godolphin: „Wenn ich bei dem Rathspensionär dieselbe Ansicht wahrnehme und daraus schließen müßte, daß diese eifersüchtige Besorgnis dort nicht anders gehoben werden kann, als durch meine Ablehnung der Statthalterschaft: so bin ich dazu bereit und hoffe, daß die Königin sie gutheißen wird; denn der davon zu hoffende Vortheil und die Ehre sind, im Vergleiche zu den schweren Schäden, die aus einem gespannten Verhältnisse unserer zwei Nationen erwachsen würden, sehr gering"[2]).

Inzwischen jedoch waren im Haag die Dinge weiter gegangen. Marlborough, der erst am 1. Juli aus der Unterredung mit Hop die Hindernisse auftauchen sah, die ihm in den Weg treten würden, hatte zwei Tage zuvor, gleich nach der Ankunft der Wiener Documente, den Grafen Goes ersucht, sie baldmöglichst an die Autoritäten im Haag mitzutheilen[3]). Demnach wollte Marlborough, der nach England hin das Geheimnis betheuerte, nur für seine Person nicht öffentlich mit der Sache auftreten, sondern darin den kaiserlichen Gesandten voranschieben. Goes entsprach der Aufforderung so sehr, daß er die Documente nicht, wie üblich, zuerst dem Rathspensionär übergab, sondern direct dem Präsidenten der Woche. Die kaiserlichen Schreiben, in voller Versammlung verlesen, riefen allgemeine Ueberraschung hervor.

---

[1]) Pelet t. VI, p. 495, 497.

[2]) Coxe vol. I, p. 493. Vom 1. Juli.

[3]) Das Schreiben Marlboroughs, auf welches sich Graf Goes in seinem Berichte nach Wien, vom 6. Juli, mit Nachdruck beruft, steht bei Murray, vol. II, p. 633.

Der Rathspensionär, völlig unvorbereitet, wußte die auf ihn einstürmenden Fragen nicht zu beantworten. Die Holländer waren der Ansicht, daß weder dem Kaiser, noch dem Könige Carl III. das Recht zustehe, ohne ihre Zustimmung in dem wiedergewonnenen Lande solche Verfügungen zu treffen. Sie beriefen sich dafür auf den Allianz-Vertrag vom 7. September 1701, der zunächst ihnen ihre Barriere in Belgien zusichere. Heinsius theilte durchaus diese Ansicht[1]).

Gleich nach der Sitzung ließ er den Grafen Goes zu sich bitten, nach dem Hofe von Holland, oder, wie es kurz hieß, nach Hof, und überhäufte ihn mit Vorwürfen über die Nicht-Mittheilung vorher. Goes berief sich auf die stricte Aufforderung Marlboroughs. Damit fiel der Unmuth des Rathspensionärs auf den Letzteren. „Er war so sehr außer Fassung, meldet Goes, wie ich ihn noch nie gesehen, obwohl ich doch manche Gelegenheit habe ihn zu beobachten."

Heinsius wendete sich sofort an Marlborough. Seine wiederholten Schreiben, vom 30. Juni und 3. Juli, lassen seine Erregung sehr wohl erkennen. Marlborough, nachdem er den Grafen Goes in der berichteten Weise für sich vorangeschickt, lenkte selber nun ein. Er antwortete sofort am 3. Juli, ähnlich wie in seinem Schreiben an Godolphin vom 1. Juli, nur noch nachgiebiger. „Erweisen Sie mir die Gerechtigkeit, sagt er, fest überzeugt zu sein, daß ich in der Sache keinen Schritt thun werde als mit Rath der Generalstaaten; denn ich ziehe Ihre Freundschaft jedem persönlichen Interesse vor. Ich habe ja auch — Dank sei Gott und der Königin — nicht nöthig zu wünschen reicher zu sein; aber ich habe einen großen Ehrgeiz alles zu thun, was dem Gemeinwohle entspricht. In Betreff der für Ihre Sicherheit durchaus erforderlichen Barrieren kennen Sie meine Ansicht." Er wiederholt dann abermals die dringende Versicherung, durchaus den Wünschen der Generalstaaten zu entsprechen[2]).

Marlborough kam also den Holländern entgegen, aber nicht so weit, wie diese wünschten. Sie verlangten eine unbedingte Ablehnung der Statthalterschaft, welche nach dem Anschlage Marlboroughs 60.000 Pfund Sterling jährlich eintragen würde. Ein neuer Brief

[1]) Heinsius an Marlborough, 30. Juni und 3. Juli, bei Vreede, Correspondance diplomatique et militaire, p. 227 et suiv.

[2]) Coxe vol. I, p. 440. Vom 3. Juli.

des Rathspensionärs drängte ihn dahin, dies offen auszusprechen. Aber die Forderungen der Hochmögenden gingen noch weiter. In der Versammlung der Stände von Holland vernahm man heftige Reden wider Carl III. Belgien, sagte man, sei wieder gewonnen durch die Waffen der Republik: daher würde es der Billigkeit entsprochen haben, wenn Carl III., bevor er eine so weit ausgehende und so tief eingreifende Commission ertheilte, den Rath der Generalstaaten eingeholt hätte. Auch der Rathspensionär äußerte sich in dieser Weise zu den fremden Gesandten. Hinter diesen Aeußerungen barg sich der Gedanke, den Marlborough in die Worte kleidet: „Es ist ganz gewiß, daß, wenn sie ihren eigenen Neigungen folgen, sie an Belgien solche Anforderungen stellen werden, welche das Haus Oesterreich sehr misvergnügt machen und die Misbilligung aller Verbündeten hervorrufen müssen. Die Franzosen werden daraus ihren Vortheil zu ziehen wissen" [1]).

Marlborough dagegen machte bei Heinsius geltend, daß die Aufforderung an die Stände von Brabant und Flandern sich dem rechtmäßigen Könige Carl III. zu unterwerfen, ergangen sei von ihm als dem commandirenden General und den holländischen Feld-Deputirten, und zwar gegen die Zusicherung aller Rechte und Privilegien wie unter Carl II. Nun aber vernehme er, daß die höchsten Collegien in Belgien lediglich im Namen der Generalstaaten besetzt werden sollten. Von Seiten der Generalstaaten sei doch vorher immer versichert worden, daß es ihnen nur darauf ankomme, sich eine gute Barriere und eine vernünftige Sicherheit zu verschaffen. Er bat, daß man darauf sich beschränken wolle [2]).

Stärker lauteten seine Worte nach England hin. Er habe gehofft, sagte er, durch seinen Verzicht auf die Statthalterschaft die Holländer von Uebergriffen ihrerseits auf die Belgier abzuhalten. „Aber die Holländer sind so beschaffen, daß sie im Unglücke nach Frieden rufen unter jeder Bedingung, und im Glücke alles zu ihrem

---

[1]) Coxe vol. I, p. 440. Ich muß bemerken, daß die Daten der Briefe Marlboroughs bei Coxe mit denen der Berichte von Goes im k. k. Archiv nicht völlig übereinstimmen. Nach diesen Berichten lag noch bis zum 27. Juli eine definitive Erklärung Marlboroughs über die Nichtannahme nicht vor.

[2]) Coxe vol. I, p. 441.

Vortheile wenden wollen, ohne jegliche Rücksicht auf ihre Freunde und Verbündete." Marlborough sieht Verwirrung vorher. „Die französischen Hetzer in Holland, sagt er, führen die Rede, daß der König Carl III. ganz unter der Leitung der Königin von England stehe, daß alle errungenen Vortheile den Engländern zu gute kommen werden, daß man daher sich auf Versprechungen nicht verlassen dürfe, sondern sich die Grenze sichern müsse, so lange man es in der Macht habe. Dies leuchtet den Holländern so sehr ein, daß auch die besonnenen Leute, obwohl sie die Consequenzen einsehen, nicht dagegen zu reden wagen. Und doch kann ich versichern, daß die großen Städte in Belgien die Herrschaft jeder anderen Nation lieber ertragen würden, als diejenige der Holländer"[1]).

Auf die Anfrage Wratislaws von Wien aus, wie weit sich die Ansprüche der Holländer auf eine Barriere erstreckten, erwiederte Marlborough in ähnlicher Weise: „Daß es mir unmöglich ist, diese Frage zu beantworten, können Sie schon daraus sehen, daß ich Ihnen gegenüber zu versichern wage: die Holländer wissen es selbst nicht"[2]).

Die Antwort Godolphins lautete in entsprechender Weise; aber die Umstände machten ihnen die möglichste Nachgiebigkeit gegen die Republik zur Pflicht. Marlborough sprach wiederholt den Holländern seinen Verzicht auf das angebotene Amt aus. Andererseits aber ist es die Frage, ob die Holländer seiner Versicherung völlig traueten. Den holländischen Feld-Deputirten gegenüber gebrauchte er die Worte: „Je n'y pense pas: cela est fait: n'en parlons plus". — In dem betreffenden Schreiben an Goes sagt er: „Je ne me peux pas encore prévaloir des grâces de Sa Majesté Impériale"[3]). Eben dasselbe Wort noch in seinem Dankschreiben an den Kaiser gab im kaiserlichen Rathe dem Grafen Wratislaw die Handhabe, die Sache noch als unentschieden darzustellen[4]).

Die Ausdrücke in Wien über das Verfahren der Generalstaaten lauteten scharf. Denn zu dem Unmuthe über den Widerstand gegen einen Plan, auf den man große Hoffnungen gesetzt, trat noch die

[1]) Coxe vol. I, p. 442.
[2]) Murray vol. III, p. 143.
[3]) Bericht des Grafen Goes vom 30. Juli.
[4]) Coxe vol. I, p. 445. Schreiben Wratislaws vom 5. August.

Rücksicht auf die Wünsche der Belgier. „Die Briefe, die wir von dort erhalten, meldet Wratislaw, machen den Eindruck, daß der Adel und das Volk bereits beginnen zu bereuen, daß sie die Herrschaft gewechselt haben, und daß sie besorgen, daß die Generalstaaten, unter dem Vorwande der Barriere, sie in beständiger Abhängigkeit erhalten werden."

Der Kaiser Joseph erließ ein Handschreiben an Marlborough, enthaltend den Ausdruck der Hoffnung: Marlborough werde beharren in seinem Entschlusse, die Autorität und das Interesse Carls III. in Belgien zu wahren. Dieser selbst werde entscheiden [1]).

Die Hochmögenden jedoch benutzten den Vortheil, daß sie im Besitze waren, und erließen am selben Tage, an welchem der Kaiser in Wien jene Hoffnung aussprach, dem 5. August, eine ausführliche Darlegung, in welcher sie die Thatsache ihrer Verwaltung Belgiens auch rechtlich zu wahren suchen [2]). Sie berufen sich dafür auf den Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701, welcher fordere eine billige und vernünftige Satisfaction für die Ansprüche des Hauses Habsburg an das spanische Erbe, so wie eine ausreichende Sicherheit für die Republik. Da nun durch die vereinigten Waffen der Königin von England und der Republik ein großer Theil der spanischen Niederlande wiedergewonnen sei: so müsse derselbe dem Könige Carl III. zurückgegeben, zugleich aber auch die Barriere und die Sicherheit der Republik gegen Frankreich festgestellt werden. Diese beiden Verpflichtungen seien untrennbar. — Von diesem Punkte aus machte dann aber die Logik des Schreibens einen weiten Sprung. „Aus diesen Gründen, sagt es, glauben wir nicht, daß man von uns verlangen dürfe, die genannten Provinzen ganz oder zum Theile abzutreten, und zuzugeben, daß von Seiten des Königs Carl III. Besitz davon ergriffen werde, bevor wir vereinbart haben, was kraft jenes Vertrages uns gebührt, nämlich unsere Barriere und unsere Sicherheit." — Dieselben Gedanken kehren dann in anderen Formen wieder. Die Generalstaaten wollen ihre Barriere, wie sie sagen, vereinbaren, nicht jedoch zunächst mit Carl III., den sie selber als rechtmäßigen Souverän der spanischen

[1]) Coxe vol. I, p. 445.

[2]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 73 et suiv.

Niederlande anerkennen, auch nicht mit den Mächten der Allianz überhaupt, in welchem Falle ja namentlich der Kaiser nicht ausgeschlossen werden durfte, sondern zunächst mit England, welches, nach der Lage der Dinge, sich ihnen ebenso willig und gefügig erzeigen würde, wie Marlborough persönlich es schon gethan, und dann im Vereine mit England auch mit dem Könige Carl III. Die Hochmögenden gaben dagegen dem Kaiser die Versicherung, daß zur Kräftigung der Autorität Carls III. der neu zu errichtende Staatsrath alle Verfügungen im Namen des Königs erlassen werde.

Es dürfte die Frage sein, ob, bei der kundbaren Abneigung namentlich der großen Städte in Brabant und Flandern gegen die Herrschaft der Holländer über sie, die Deckung dieser Herrschaft mit dem Namen des Königs Carl III. nicht ungleich mehr im Interesse der Holländer lag, als in demjenigen des Königs Carl III.

Er selber hatte freilich sein Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen. Um dasselbe einzuholen, befand sich der von dem Kurfürsten von der Pfalz abgesandte Graf Lecheraine auf dem Wege. Aber wie auch immer Carl III. sich entscheiden mochte: die Generalstaaten waren thatsächlich im Besitze der Verwaltung des wiedergewonnenen Landes, und jene ihre Erklärung vom 5. August an den Kaiser Joseph I. thut zur Genüge dar, daß sie den Willen und die Macht besaßen, dasjenige, was sie in Händen hatten, auch darin zu behalten.

Weiterer Siegeslauf der Verbündeten in Belgien.

Inzwischen gingen in den Monaten Juni und Juli die Fortschritte der Verbündeten in Belgien unaufhaltsam vorwärts. Die französischen Besatzungen in Dendermonde und Ostende hielten Stand und machten eine regelmäßige Belagerung erforderlich. Ostende capitulirte am 6. Juli. Von dort aus wendete Marlborough sich gegen Menin, welches er als einen der stärksten Plätze im Besitze Frankreichs ansah. Er traf daher alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln, um eine Störung der Belagerung zu vermeiden, die, bei der Nähe zahlreicher anderer Besatzungen, bei der Möglichkeit diese rasch zu einem starken Corps zu vereinigen, leicht geschehen könne. Im Rathe Ludwigs XIV. war man nicht dieser Ansicht. Die Frage eines Entsatzes für Menin ward dort erwogen und, nach dem Gutachten des Chamlay vom

25. Juli, verneint[1]). Die Besatzung capitulirte am 22. August. Länger hielt sich Dendermonde, bis zum 6. September.

Bis auf den Widerstand, den diese Besatzungen leisteten, blieben in den Monaten Juni und Juli die französischen Streitkräfte fast völlig unthätig. In den ersten Tagen des Monats August traf der Marschall Vendome bei der französischen Armee ein. Sein Bericht über den Zustand derselben konnte in Versailles nicht große Hoffnungen erwecken. Auf die noch gebliebenen wallonischen Truppen war nur mäßig zu rechnen. „Allein dies bekümmert mich viel weniger, meldet Vendome aus Valenciennes, als die Trauer und die Niedergeschlagenheit hier zu Lande. Beim Namen Marlboroughs ist hier Jeder bereit den Hut zu ziehen. Wenn es mit den Officieren und Soldaten ebenso bestellt wäre, so könnte man die Sache völlig aufgeben; aber ich hoffe bei ihnen mehr Widerstandskraft zu finden" [2]).

Dennoch war der Zustand der Truppen derartig, daß auch Vendome im Laufe des Monates August nichts zu unternehmen wagte, um so weniger, da in Versailles an die Stelle des Eifers für ein Wagnis, wie er sich im Mai gezeigt, nun eine sehr vorsichtige Bedenklichkeit getreten war. Es handelte sich in der zweiten Hälfte des Monates August um die Frage, ob die Linien von Comines behauptet werden könnten. Ludwig XIV. antwortete, daß er dem Marschall Vendome die Freiheit belasse, nach Verständigung mit dem Kurfürsten Max Emanuel dieselben zu besetzen, fügte jedoch dann hinzu: „Aber ich wiederhole Ihnen nochmals, daß ich lieber noch einen oder zwei feste Plätze verlieren will, als meine Armee einer Schlacht auszusetzen, deren Ausgang zweifelhaft sein könnte. Sie müssen es als einen Beweis des äußersten Vertrauens, das ich in Sie setze, ansehen, daß ich Ihnen die Wahl belasse, denjenigen der zwei gemachten Vorschläge zu wählen, den Sie für den besseren halten, weil ich überzeugt bin, daß Sie keine Sache auf sich nehmen werden, deren Consequenzen mir Anlaß geben könnten, mir selber Vorwürfe zu machen, daß ich die Entscheidung über eine so wichtige Frage in Ihre Hände gelegt habe. Vergessen Sie nicht, was ich Ihnen von den Unterhandlungen gesagt,

---

[1]) Murray vol. III, p. 69. — Pelet t. VI, p. 513.

[2]) Pelet t. VI, p. 94.

die im Gange sind, und um deren willen man sich entschließen muß, den sicheren Weg zu gehen" [1]).

Wir sehen demnach, daß die Stellung des Marschalls Vendome, ungeachtet des großen Vertrauens, welches Ludwig XIV. ihm bewies, wesentlich nicht verschieden war von der früheren des Marschalls Villeroy. In dem einen Falle wie dem anderen hing jeder Entschluß des Marschalls ab von der Oberleitung des Krieges in Versailles. Auch fügte sich Vendome darein eben so willig wie Villeroy. Dies trat noch klarer hervor einige Tage später. Am 6. September beobachtete Vendome Bewegungen des Gegners, die nach seiner Ansicht darauf deuteten, daß Marlborough, wie er Dendermonde belagert halte, auch noch zugleich Ath angreifen wolle. Er fragte daher durch einen Courier in Versailles an, ob er, um die Belagerung von Ath zu hindern, an die Dender marschiren, oder die Besatzung dieser Stadt verstärken solle. Er erhielt die Antwort, daß er, bei dem dermaligen Stande der Dinge, sich in keiner Weise der Möglichkeit eines Treffens aussetzen, sondern die Besatzung von Ath verstärken solle [2]).

Die Wahrnehmung Vendomes war nicht völlig richtig. Er rechnete bei derselben darauf, am 6. September, daß Dendermonde sich noch bis in den Winter hinein halten würde. Es capitulirte am selben Tage. Der Plan Marlboroughs ging daher auch nicht bloß auf Ath, sondern dann auf das viel weiter entlegene Mons [3]). Der Plan ward dadurch vereitelt, daß, nachdem die Belagerung des wasserreichen Dendermonde durch die andauernd trockene Witterung begünstigt worden war, dann die Regenzeit eintrat. Die Besatzung von Ath capitulirte am 2. October. Die Einnahme dieser Stadt war die letzte That des Feldzuges.

Nicht bloß war der Feldzug in der rühmlichsten Weise verlaufen, sondern Marlborough konnte seinem Berichte an den Prinzen Eugen noch beifügen, daß niemals eine Armee nach einer so großen Schlacht und vielen Belagerungen in besserem Zustande sich in die Winterquartiere begeben habe, als diesmal diejenige der Verbündeten [4]).

[1]) Pelet t. VI, p. 108.
[2]) A. a. O. p. 117 et suiv.
[3]) Murray vol. III, p. 222.
[4]) A. a O. vol. III, p. 200.

Aus den Worten Ludwigs XIV. an Vendome haben wir vernommen, daß er lieber als auf ein erneutes Treffen seine Hoffnung auf die begonnenen Unterhandlungen setzen wollte. Wir werden diese später im Zusammenhange zu überblicken und dabei besonders die weitere Entwickelung der differenten Ansichten über Belgien zu beobachten haben.

Zunächst haben wir den dritten der drei furchtbaren Streiche ins Auge zu fassen, den die Verbündeten im Jahre 1706 auf die Macht Ludwigs XIV. führten, und zwar durch die Hand des Prinzen Eugen in Italien.

Der Feldzug in Italien.

Die ersten Monate bis zur Abberufung Vendomes.

Es war, zum Beginne des Jahres 1706, der Wunsch des Prinzen Eugen, den neuen Feldzug spätestens im Monate März zu eröffnen. Darum eilte er im Januar nach Wien, in der Hoffnung bis zu Ende Februar wieder zurück zu sein. Das Commando während seiner Abwesenheit übergab er dem General Reventlau. Der betreffenden Meldung an den Kaiser fügte er hinzu: „Ich werde dabei solche Veranstaltung treffen, daß Ew. kaiserlichen Majestät Dienst nichts zu leiden haben soll“[1]). Die Instruction befahl dem General Reventlau besonders ein freundliches Einvernehmen mit Dolfino, dem Bevollmächtigten der Republik Venedig, auf deren Gebiete die Armee sich befand.

In Wien indessen ward die Thätigkeit des Prinzen als Präsidenten des Hofkriegsrathes nicht bloß durch die Fürsorge für die Armee in Italien in Anspruch genommen, sondern zugleich für die anderen Kriegsschauplätze, auf denen kaiserliche Truppen in Waffen standen, namentlich Ungarn und Bayern. Im Anfange März meldet er dem Herzoge Victor Amadeus, daß er hoffe, nun bald aufzubrechen[2]). Aber wieder verging Woche auf Woche. Am 14. April endlich traf der Prinz Eugen in Roveredo ein. Allein die deutschen Truppen, die im Solde der Seemächte anmarschirten, waren noch so weit zurück, daß

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 11. Die Instruction für Reventlau dort S. 27.

[2]) A. a. O. S. 60.

er dem Herzoge Victor Amadeus melden mußte, vor dem 20. Mai den Feldzug nicht beginnen zu können. Er sah sich genöthigt, dem Kaiser zu berichten, daß, während sein höchstes Bestreben gewesen sei, dem Feinde zuvorzukommen, dieser dennoch ihm einen Vorsprung von einigen Monaten abgewonnen, und dadurch Zeit gefunden hätte, die Stromläufe des Oglio und des Po sehr stark zu befestigen [1]).

Der Auftrag Ludwigs XIV. für den Marschall Vendome lautete dahin, zunächst alles aufzubieten, um die Kaiserlichen aus dem Brescianischen zu treiben, dann aber im weiteren Verlaufe des Feldzuges ein Treffen ebenso sorgfältig zu vermeiden, wie der Prinz Eugen es suchen würde [2]). Die Absicht des Königs dabei war, mit um so stärkerem Nachdrucke die Einnahme von Turin zu erzwingen. Er setzte, gemäß seiner Gewohnheit Termine zu bestimmen, bereits in der Mitte Februar den Beginn der Belagerung von Turin an auf den 15. Mai [3]).

Bereits am 14. April, beim Eintreffen in Roveredo, erhielt der Prinz Eugen die Kunde jenes ersten Auftrages an den Marschall Vendome, so wie daß dieser die Zeit benutzen wolle, bevor die Verstärkungen aus Deutschland eintreffen würden. Der Prinz Eugen erließ sofort an den Grafen Reventlau seine Dispositionen. Er selber ward wider seinen Willen mehrere Tage in Roveredo aufgehalten, und konnte erst am 19. April zu den Truppen im Brescianischen aufbrechen. Auf dem Wege dahin gelangte an ihn die Nachricht, daß Vendome seinen Vorsatz bereits ausgeführt und am Morgen des Tages den General Reventlau geschlagen habe. Es war der bereits erwähnte Tag von Calcinato.

Um Mitternacht vom 18./19. April brach der Marschall Vendome aus dem Lager bei Castiglione auf und gelangte beim Tagesgrauen in die Nähe des kaiserlichen Lagers, das sich zur Rechten auf Montechiaro und zur Linken auf Calcinato stützte.

Der Marschall Vendome berichtet darüber: „In der Schlacht von Calcinato ist sichtbar zu Tage getreten, daß Gott die Gerechtigkeit der Waffen Ew. Majestät beschützt. Denn es ist nicht möglich sich

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. XIII, Supplementheft, S. 80.
[2]) Pelet t. VI, p. 142.
[3]) A. a. O. p. 608.

vorzustellen, daß man eine Armee aus einer so vortheilhaften Stellung hinausschlagen, ihr 3000 Mann auf der Stelle tödten und eben so viele zu Gefangenen machen, dazu sechs Kanonen, viel Gepäck, 1000 Pferde, eine Anzahl von Fahnen und Standarten nehmen könne, und das alles mit einem Verluste von 500 Mann auf unserer Seite." Am Schlusse jedoch mildert Vendome einigermaßen. „Die feindliche Armee, sagt er, bestand aus 3000 Mann Cavallerie und 11,000 Mann Infanterie; aber unser Angriff erfolgte so rasch, daß ein Drittel der ihrigen nicht die Zeit hatte heranzukommen, und daß sie von ihren Kanonen keinen Gebrauch machen konnten" [1]).

Anders lautet der Bericht des Prinzen Eugen. „Es ist nicht zu bezweifeln, meldet er, daß der Feind von der Action ein großes Geschrei machen werde. In der Wirklichkeit ist nichts so sehr zu bedauern, als daß der Feind so hat anrücken können, daß die Generale nicht die geringste Nachricht gehabt, und daß er somit die Unseren überrascht hat. Denn es war keine Ordre de bataille formirt, die Truppen nicht beisammen, noch viel weniger postirt, so daß der Verlust an Todten, Verwundeten, Gefangenen sich auf 3000 Mann belaufen wird, dazu auch sechs Kanonen und etliche Fahnen und Standarten" [2]).

Nachdem der Prinz Eugen auf dem Wege die Nachricht empfangen, eilte er, so schnell er konnte, der Gegend zu, um die Fliehenden zu sammeln, „was mir, meldet er dann, so wohl gelang, daß noch am selbigen Tage in wenigen Stunden der größte Theil der Truppen wieder zusammengebracht wurde. Es hat dazu nicht wenig beigetragen, daß der Feind nach jener erfolgten Action keine Bewegung weiter machte".

Auch geschah dies nicht in den folgenden Tagen. Der Prinz Eugen nahm eine vortheilhafte Stellung bei Limone, der Marschall Vendome rückte vor bis Drugolo, eine kleine Stunde davon. Aber, obwohl doppelt so stark, unternahm Vendome keinen Angriff.

Dennoch sah sich dann der Prinz Eugen genöthigt, wegen der Subsistenz seiner Armee sich völlig aus dem Brescianischen zurück und in das Veronesische hinter die Etsch zu ziehen. Dort wollte er die

---

[1]) Pelet t. VI, p. 151.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 87.

anmarschirenden deutschen Truppen erwarten. Es geschah nicht mit gutem Willen der Republik Venedig. Sie wünschte neutral zu bleiben, und konnte doch keiner der kriegführenden Parteien das Betreten ihres Gebietes verwehren. Sie war nicht mehr geneigt für Frankreich als für die Verbündeten; aber sie fürchtete jenes mehr als diese, und war darum nachgiebiger gegen Vendome, zumal nach dem Tage von Calcinato. Aber auch den Kaiserlichen gegenüber ließ man es bei Vorstellungen und Abmahnungen bewenden, schritt nicht zu einer That der Abwehr. Jenen gegenüber erklärte der Prinz Eugen mit Nachdruck: er werde mit der Armee dahin gehen, wo es der Dienst des Kaisers erfordere [1]).

Vermöge der in England flüssig gemachten Gelder, die dem Prinzen Eugen nicht über Wien, sondern direct [2]) zukamen, war die Armee in besserem Stande als das Jahr zuvor, und wir vernehmen daher im Jahre 1706 nicht wieder die herzbrechenden Klagen des Prinzen vom Jahre 1705. Aber theils in Folge des Verlustes bei Calcinato, theils durch die Verzögerungen des Anmarsches der verbündeten Truppen ward der Wunsch des Prinzen offensiv vorgehen zu können, für längere Zeit gehemmt. Demgemäß sanken die Hoffnungen in Turin. Am 2. Juni meldet von dort her der englische Gesandte Chetwind: „Unsere Aussicht auf einen Entsatz durch den Prinzen Eugen ist gering." Um den Herzog Victor Amadeus zu ermuthigen, ließ die Königin Anna ihm 50,000 Pfund Sterling außerordentlicher Subsidien übergeben [3]).

Vendome seinerseits befolgte genau den ihm gewordenen Auftrag, sich dem Prinzen Eugen gegenüber in der Defensive zu halten. Er benutzte die Zeit, welche der Prinz Eugen ungenutzt verstreichen lassen mußte, um seine Stellungen desto fester zu machen. Der Prinz Eugen berichtet darüber an den Grafen Daun, der, nach der Abberufung Starhembergs aus Turin, an dessen Stelle getreten war, am 19. Mai mit folgenden Worten: „Ich werde vor vier Wochen noch nicht in den Stand kommen, offensiv vorzugehen. Unterdessen zieht der Feind, der demgemäß drei Monate Zeit hat zu thun was er will, davon

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 123.

[2]) Ein Empfangsschein an Marlborough über einen Wechsel von 200,000 Dukaten, am 2. Mai, in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 93.

[3]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 46.

seinen Nutzen. Er hat vom Gardasee an bis an die Etsch eine verpalissadirte und mit einem Graben von zwölf, nebst einem Parapet von sieben Schuh breit, versehene Linie gezogen, seine übrigen Truppen aber längs der Etsch hinunter, so weit möglich, vertheilt. Ueberdies wollen die Venetianer an der unteren Etsch ein Lager formiren, und glauben mich dadurch zu verhindern, dorthin vorzudringen. Ich habe ihnen aber schon sagen lassen, daß ich gehen werde, wohin der Dienst des Kaisers es erfordert. Ich erwarte nun eine Anzahl lederner Schiffe mit Zubehör, und werde dann, ungeachtet aller jener Schwierigkeiten, nach Möglichkeit trachten, die Etsch zu passiren und alles daran zu wagen. Da jedoch auch jenseits noch andere und zwar schwierigere Flüsse und Gewässer sich befinden, so ist mein Plan, die Armee in zwei Corps zu zertheilen und dadurch den Feind gegen den Po und den Mincio so zu divertiren, daß es mir um so leichter glücken möge, den einen und den anderen dieser Flüsse zu überschreiten, und sodann entweder die Armee wieder zu vereinigen, oder in zwei Corps auf beiden Seiten zu agiren, alles in der Absicht, damit ich Sr. königlichen Hoheit, es möge auch kosten was es wolle, auf das schleunigste zu Hülfe komme" [1]).

Inzwischen trafen zu Ende Mai die Nachrichten ein über die Aufhebung der Belagerung von Barcelona und den Sieg von Ramillies. Wie der Unfall von Calcinato seine Wirkung auf die Venetianer geübt hatte zu Ungunsten der Kaiserlichen, so wirkten jene um so stärker gegen die Franzosen. Der Statthalter in Verona, Dolfino, ließ durch einen Vertrauten bei dem Prinzen Eugen Klage führen über die Anmaßung des Marschalls Vendome, der in Flintenschußweite von Verona Batterien aufwerfen lasse. Der Prinz Eugen konnte dem Kaiser zuversichtlich melden, daß die Venetianer der französischen Impertinenz müde seien, und daß er darauf baue für seinen Plan [2]). Er suchte diese günstigere Stimmung zu heben durch scharfe Mannszucht seiner Truppen. Während, nach seinem Berichte, die Franzosen das venetianische Gebiet wie ein feindliches behandelten, dem Landmanne die Feldfrüchte abmäheten, sich hochfahrend und gewaltthätig gegen die Landeseinwohner benahmen, gingen diese innerhalb des Bereiches der kaiserlichen Truppen friedlich

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 111.
[2]) A. a. O. S. 137, 147, 170.

ihrer Arbeit nach, ward Handel und Wandel nicht gestört, entwickelte sich daher, weil die Armee nun regelmäßig ihren Sold erhielt, zwischen dem venetianischen Landmanne und den kaiserlichen Soldaten ein friedliches und freundliches Verhältnis. Namentlich aber die Gesinnung Dolfinos wurde im Monate Juni täglich geneigter. Vendome durchschaute die Sachlage. Er sprach die Drohung aus, für den Fall der fortgesetzten Begünstigung der Kaiserlichen die Deiche zu durchstechen und somit das Land unter Wasser zu setzen [1]).

Im Laufe des Monates Juni rückten die Sachsen-Gothaer und einige pfälzische Regimenter bei der Armee des Prinzen Eugen ein. Er stand in S. Martino, weiteren Nachschubs harrend. Aber um so dringender wurden auch die Bitten des Herzogs Victor Amadeus und des Generals Daun aus Turin.

La Feuillade meldete am 30. Mai die Linien um Turin als vollendet. Zugleich aber erhielt er die Nachricht der Aufhebung der Belagerung von Barcelona. „Um so mehr, meint er, müssen wir trachten, Turin zu nehmen, und ich fasse nicht, wie man natürlicher Weise es hindern könnte, es wäre denn daß der Herzog neue Truppen erhielte" [2]).

Der Marschall Vendome war der Ansicht, daß eine solche Hülfe nicht erfolgen könne. Er hielt seine Maßregeln für genügend, dem Prinzen Eugen jegliches Vorbrechen zu wehren. Aber auch selbst, wenn es diesem gelänge den Strom der Etsch zu überschreiten, glaubte doch Vendome das weitere Vordringen hindern zu können, ohne irgend welche Truppen des La Feuillade an sich zu ziehen und dadurch die Belagerung von Turin zu stören [3]).

Stand der Dinge in den Monaten Juni und Juli.

In der Mitte des Monates Juni jedoch gelangte an Vendome die Abberufung, damit er an Villeroys Stelle in Belgien das Commando gegen Marlborough übernehme. Zugleich erhielt Vendome von Chamillart die Aufforderung sich über Marsin auszusprechen, den der König ihm zum Nachfolger bestimme.

---

[1]) Pelet t. VI, p. 179.
[2]) A. a. O. p. 172.
[3]) A. a. O. p. 179.

Das Urtheil Vendomes über Marsin lautete nicht günstig. „Marsin, sagt er, ist ein guter Mann, rechtschaffen und ehrenhaft; aber er ist immer der Meinung dessen, der zuletzt zu ihm gesprochen hat. Wer aber hier das Obercommando übernehmen soll, darf nicht sich leiten lassen von Anderen, sondern muß selber sie führen. Hier ist, um allen Schwierigkeiten Trotz zu bieten, ein eiserner Kopf erforderlich. Verlangt der König, daß ich Italien verlasse, so kenne ich nur den Marschall Berwick, den ich als Stellvertreter empfehlen würde. Aber ich darf nicht unterlassen Ihnen zu sagen, daß meine Abberufung von hier vor der Einnahme von Turin, und zu einer Zeit, wo der Wahrnehmung nach der Prinz Eugen sich anschickt in Thätigkeit zu treten, alles aufs Spiel setzen heißt. Ist erst Turin gewonnen, so sind damit alle Schwierigkeiten des Krieges hier geebnet, und, wie mir scheint, wird diese Einnahme eher erfolgen, als Marlborough eine der Städte des Königs in Flandern gewinnt“ [1]).

Die letzten Worte zeigen, daß Vendome damals, am 16. Juni die Bedeutung und die Consequenzen der Schlacht von Ramillies noch wenig kannte.

Am nächsten Tage wiederholt Vendome in einem zweiten Schreiben seine Besorgnis für Italien, wenn er genöthigt werde, vor dem Falle von Turin von dort aufzubrechen. Aber er erklärt sich bereit. Nur sei es dann durchaus erforderlich, daß der König einen Prinzen von Geblüt hinsende. „In Italien ist ein Name erforderlich mehr noch als in anderen Ländern; denn die italienischen Fürsten haben für einen Marschall von Frankreich weitaus nicht dieselben Rücksichten wie für einen Prinzen, und wenn der Marschall auch noch so sehr eine überlegene Befähigung für den Krieg besäße, so würde sein Dienst hier doch nicht denselben Nutzen schaffen. Möge der König von diesen meinen Worten den ihm beliebigen Gebrauch machen: ich darf nicht unterlassen ihm zu sagen was ich denke und was die Italiener öffentlich reden. Auch bin ich der Ansicht, daß der Verlust von Italien den Verlust des Ganzen nach sich ziehen würde, und daß man darum nicht vorsichtig genug sein könne“ [2]).

---

[1]) Pelet t. VI, p. 640.

[2]) A. a. O. p. 641.

Auf diese Empfehlung hin ernannte Ludwig XIV. außer und über Marsin seinen Neffen, den Herzog Philipp von Orleans, und schärfte ihm ein, vor allen Dingen dem Prinzen Eugen das Ueberschreiten der Etsch zu wehren. Die Ernennung wie diese Mahnung erhielten den vollen Beifall des Marschalls Vendome so sehr, daß er die letztere noch verstärkte. „Alle anderen Vertheidigungslinien, sagt er, sind sehr gefährlich. Eher sollte man die Armee opfern als diesen Strom aufgeben und den Feind ins Brescianische kommen lassen. Wir sind nun — Gott sei es gedankt — hier überall in fester Stellung und so wohl verschanzt, daß es leicht sein wird uns zu behaupten, und wenn, wie es heißt, der Feind einen Versuch machen will, so wird er ihm übel bekommen." Vendome versprach so lange zu bleiben, bis der Herzog von Orleans eintreffe, und dann persönlich ihm dieselbe Mahnung zu wiederholen.

Mit gleicher Zuversicht schaute Vendome damals, am 1. Juli, auf den Fortschritt der Belagerung von Turin. Der Herzog habe die Stadt verlassen, meldet er: Feuillade verfolge ihn und lasse ihm nirgends Ruhe noch Rast. Schon sieht Vendome die Einnahme als nahe bevorstehend an. Dann würde, meint er, von da her ein beträchtliches Corps verfügbar werden, und noch rechtzeitig in Belgien eintreffen können, um dort die Offensive wieder aufzunehmen [1]).

Unterdessen saß der Prinz Eugen in S. Martino und entwarf seinen Plan des Ueberganges über die Etsch, bereit zur Ausführung zu schreiten, sobald eine genügende Anzahl der pfälzischen Hülfstruppen nachgekommen sein würde. Er billigte, daß der Herzog seine Hauptstadt verlassen, um persönlich frei zu bleiben. Er wußte, daß namentlich seit dem 15. Juni die Stadt Turin einem unbeschreiblichen Feuer ausgesetzt war. Bereits am 25. Juni meldete der Prinz Eugen dem Kaiser, daß unter diesen Umständen fast keine Minute mehr zu verlieren sei. Aber er wußte auch, daß Vendome hinter der ersten Linie an der Etsch noch eine zweite aufgeworfen habe. Richtete er sein Auge auf den Stromlauf der Etsch unterhalb Badia, so stand entgegen die kundbare Absicht Vendomes, dort die Deiche zu durchstechen und das Land unter Wasser zu setzen. Diese Gefahr war groß; denn der Wasserstand im Strome war hoch, und würde, der Wahrscheinlichkeit nach, noch bis in den August so dauern.

[1]) Pelet t. VI, p. 643.

Dennoch gewann dieser Gedanke unterhalb Badia den Strom zu überschreiten, bei dem Prinzen mehr und mehr die Oberhand. Bereits am 27. Juni meldete der Prinz Eugen dem Herzoge Victor Amadeus: „Ich werde den Feind an mehreren Stellen beunruhigen; aber ich denke den eigentlichen Uebergang unterhalb Badia zu versuchen“ [1]).

Daß dies die Absicht des Prinzen Eugen, erkannte in den letzten Tagen des Monates Juni der am rechten Stromufer unterhalb Badia commandirende General St. Fremont. Er nahm zugleich wahr, daß die Venetianer den kaiserlichen Truppen freien Durchmarsch durch das Paduanische gestatteten. In der That hatten sich, im Laufe des Monates Juni, die Beziehungen der Republik zu den Kaiserlichen immer freundlicher gestaltet, so sehr daß bereits am 18. Juni der Kaiser den Prinzen Eugen mit der Vollmacht zum eventuellen Abschlusse eines Bündnisses ausstattete [2]). Die Wahrnehmungen dessen was im Paduanischen geschah, erregten die Besorgnisse des Generals St. Fremont. Er meldete sie dem Marschall Vendome. Dieser schlug sie nicht hoch an. Er war der Ansicht, daß diese Bewegungen Zeugnis ablegten für die Verlegenheit und Ungewisheit des Prinzen Eugen, wo er einen Versuch des Ueberganges machen könne [3]).

Aber der Prinz Eugen war darüber durchaus nicht mehr ungewis. Nachdem nunmehr die pfälzischen Truppen fast völlig bei ihm eingetroffen waren, entsendete er, am 3. Juli, an den Herzog Victor Amadeus die Meldung, daß er die Marsch-Dispositionen bereits getroffen, um binnen zwei Tagen die Etsch zu überschreiten, und Hülfe für Turin zu bringen. Er war der Ansicht, daß von diesem Stromübergange alles abhange [4]).

Um so mehr ist es zu verwundern, daß dieser seit Monaten erörterte Uebergang dann so leicht von statten ging. Einige kaiserliche Truppen setzten tiefer abwärts in Kähnen über den Strom, marschirten am rechten Ufer hinauf und trieben die Franzosen aus dem Posten bei Pettorazza. Dort ward eine Schiffbrücke geschlagen, und mehrere

---

[1]) Die Berichte an den Kaiser und an Victor Amadeus, vom 26. und 27. Juni, in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 170 u. f.

[2]) A. a. O. S. 502.

[3]) Pelet t. VI, p. 196.

[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 179.

tausend Mann marschirten hinüber. Die Franzosen versuchten an zwei Stellen die Deiche zu durchstechen; aber man ließ ihnen keine Zeit. Die ganze Armee marschirte über die Etsch. Vor ihr lagen dann die zwei anderen Stromarme, der Adigetto und die Malopera, etwas geringer als der Hauptstrom. Die Franzosen vertheidigten sie nicht. Am 10. Juli stand der Prinz Eugen bereits in Castelbaldo. Sein eigenes Staunen über den raschen Erfolg prägt sich aus in seinen Worten nach Turin: „Ich kann mir nicht klar machen, warum der Feind mit solcher Eile alle diese seine Werke verlassen hat, da man doch meinen sollte, daß er alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln genommen haben müsse, nachdem er etliche Monate Zeit dazu gehabt hat" [1]).

Seinem Berichte über diesen raschen Gang der Dinge für Marlborough, welchem für den weiteren Feldzug der Marschall Vendome als Gegner bestimmt war, fügt der Prinz Eugen eine Charakteristik desselben hinzu, die augenscheinlich den Stempel der so eben erlebten Erfahrung trägt. „Er ist, meldete der Prinz, bei den Soldaten beliebt. Hat er einen Entschluß gefaßt, so hält er daran fest, ohne daß ihn etwas davon abbringen könnte. Er ist stark im Verschanzen; allein, wenn man ihm seine Maßregeln durchkreuzt, so findet er sich schwer wieder zurecht, selbst in der Action, und überläßt die Abhülfe dem Zufalle. Er unternimmt gern Belagerungen. Er ist fähig sich mit einer feindlichen Armee einzulassen, nicht jedoch sie anzugreifen, wenn er sie entschlossen sieht ihn zu erwarten, es wäre denn, daß er über eine große Uebermacht verfügte" [2]).

In der That jedoch fiel dem Marschall Vendome selber die geringe Gegenwehr an der Etsch nur für die ersten Tage zur Last: für die nachfolgenden wirkte ein anderer Einfluß ein. Die Nachrichten über den Anmarsch vieler verbündeten Truppen zu dem Prinzen Eugen erregten in Versailles große Besorgnis. Man glaubte dort sichere Nachricht zu haben, daß zu den Truppen, welche wirklich auf dem Marsche waren, noch 6000 Mann Dänen hinzukommen und ferner daß die Flotte der Verbündeten 8000—10,000 Mann bei Oneglia landen würde. Von diesen Erwägungen aus kamen die Strategen in Versailles nicht zu

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 184.

[2]) Murray vol. III, p. 29. — Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 186.

der Ansicht, daß um so nachdrücklicher die feste Position an der Etsch vertheidigt, sondern daß sie aufgegeben werden müsse. In denselben Tagen, wo in dem Prinzen Eugen der Entschluß fest wurde, alles an den Uebergang über die Etsch zu wagen, am 29. Juni, schrieb Chamillart im Auftrage Ludwigs XIV. an den Marschall Vendome, daß bei der Uebermacht des Feindes, der an mehreren Stellen zugleich ansetzen könne, der Uebergang über die Etsch nicht zu verhindern sei. Um daher die Einnahme von Turin desto mehr zu sichern, und um nicht den Ruhm des Herzogs von Orleans im Beginne seines Feldzuges einer Gefahr auszusetzen, sei es gerathener sich hinter den Mincio zurückzuziehen, alles Jenseitige preis zu geben und nur den Posten von Ostiglia am Po zu bewahren[1]).

Wir sehen demnach ein ähnliches Verhältnis für Vendome wie für Villeroy. Wie der letztere sich für die verlorene Schlacht von Ramillies berufen konnte auf die Strategik von Versailles, die sie ihm geboten: so erhielt nun Vendome, der einige Zeit zuvor an die Behauptung der Etsch die ganze Armee hatte wagen wollen, der dann in der Wirklichkeit seine Positionen fast ohne Widerstand, zur Verwunderung der Gegner, aufgegeben hatte, nachträglich dafür die Zustimmung und die Sanction von Versailles. Am 9. Juli kam dieselbe in seine Hände. Er antwortete am 10., am selben Tage also, an welchem der Prinz Eugen sein Staunen über seine raschen Erfolge nachdrücklich ausprägte.

Vendome verneinte die Gerüchte von dem Marsche der 6000 Dänen, von der Landung von 8000—10,000 Mann in Oneglia. Auch selbst, wenn dies geschähe, meint er, so würde La Feuillade im Besitze von Mondovi ihnen den Weg verlegen. Er bat, man möge sich darauf verlassen, daß die Belagerung von Turin durch den Prinzen Eugen nicht gestört werden, und wiederum, daß der Platz aus sich selber sich nicht halten könne. Dann berichtet er kurz den Uebergang des Prinzen Eugen über die Etsch, und macht sich dabei die am Tage zuvor erhaltene Weisung zu nutze. „Das Uebel, meint er, ist nicht groß, weil wir jetzt in einer viel leichter haltbaren Stellung sind, die daher dem Herzoge von Orleans und dem Marschall Marsin viel weniger Bedenken erregen wird." Diese bessere Stellung war, nach der Ansicht Vendomes, die-

[1]) Pelet t. VI, p. 192.

jenige am Canale Bianco und am Po, welcher letztere wegen seiner weit gedehnten Breite sehr leicht zu bewachen sei. Der Canale Bianco kam an Wassermenge der Etsch fast gleich[1]).

Zwei Tage später, am 12. Juli, überschritten die kaiserlichen Truppen den Canale Bianco. Auf die Nachricht hin meldete Feuillade aus dem Lager vor Turin nach Versailles: „Der Uebergang der Feinde über die Etsch und den Canale Bianco hat uns nur in eine bessere Stellung gebracht, da der Marschall Vendome jetzt im Stande ist, den Mincio und den Po zu vertheidigen, vermittelst der Brücke, die er bei Ostiglia hat errichten lassen"[2]). Es scheint also, daß La Feuillade seinen Vorgesetzten an Prahlerei habe überbieten wollen.

Am 13. Juli gab Vendome alle seine Stellungen an der Etsch auf und zog sich, gemäß dem Wunsche von Versailles, hinter den Mincio. Der moralische Druck dieses Rückzuges sowohl auf die Bevölkerung wie auf die Franzosen wog nicht minder schwer als die Einbuße in militärischer Beziehung. Der Prinz Eugen meldet darüber, aus Castelbaldo, dem Kaiser: „Der Abzug des Feindes von seinen Stellungen an der Etsch hat im ganzen Lande eine solche Erregung hervorgerufen, daß ich für nöthig erachte, einen eigenen Courier mit dieser Nachricht zu senden. Vorher hatte der Feind seine längs der Etsch gemachten Arbeiten für uneinnehmbar, den Uebergang für unmöglich ausgeschrieen. Nun wo die feindliche Armee sieht, daß die unglaubliche Arbeit fruchtlos, daß sie zur Vertheidigung auch nicht vom geringsten Nutzen gewesen, und gleichsam ohne Schuß aufgegeben worden ist, steigert diese Wahrnehmung nur noch die Consternation. Daß diese so wie auch eine große Confusion, nicht weniger eine ziemliche Uneinigkeit unter den Generalen vorhanden ist, bestätigen mir alle Berichte." Der Prinz Eugen verspricht weiter diese Confusion nach Kräften auszunutzen und noch in der nächsten Nacht den Uebergang über den Po versuchen zu lassen[3]).

Dann jedoch bethätigt der Prinz die Verschiedenheit seines Charakters von demjenigen seiner beiden Gegner, Vendome und Feuillade, welche die erlittenen Nachtheile als Vortheile verkünden. Er fährt

[1]) Pelet t. VI, p. 200. — Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 186.

[2]) Dangeau t. XI, p. 161.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 187. Vom 15. Juli.

nämlich fort: „Wenn mir aber auch Gott zu diesem dritten Uebergange seinen Segen verleiht, so darf ich doch Ew. kaiserlichen Majestät nicht verhehlen, daß ich noch viele andere und schwierigere Uebergänge zu machen habe, und daß, wenn der Feind, wie er es wohl kann, mir dieselben von Fuß zu Fuß streitig macht, ich noch nicht die freie Hand gewonnen habe, dem Herzoge von Savoyen die ersehnte Hülfe zu bringen." Er versichert dagegen, daß er an seiner Schuldigkeit nichts erwinden lassen werde.

Am Morgen des nächsten Tages, am 16. Juli, konnte der Prinz Eugen seinem Berichte in Nachschrift die Meldung hinzufügen, daß der Versuch ein Corps über den Po zu setzen, in der Nacht gelungen sei, und er nunmehr eine Brücke errichten werde.

Die zweite Hälfte Juli und der Monat August.

Zwei Tage später traf der Herzog von Orleans bei der Armee ein. Die Persönlichkeit dieses Prinzen, der hier zum ersten Male in so bedeutender Stellung auftritt, fordert unsere Aufmerksamkeit.

Er war ähnlich wie der Herzog von Bourgogne einer der bestbeanlagten Prinzen des königlichen Hauses, an moralischem Wandel freilich von jenem sehr verschieden. Während der Zögling Fenelons das in Versailles seltene Beispiel der Sittenstrenge gab, excellirte der um einige Jahre ältere Herzog von Orleans nach der anderen Richtung. Und dennoch lebte in ihm die Kraft und die Begabung auf mehr als einem geistigen Gebiete Ungewöhnliches zu leisten, auf dem Gebiete der Philosophie so sehr, daß er auch Leibniz mit begründeten Einwendungen entgegen zu treten vermochte [1]). Die scharf blickende Mutter Elisabeth Charlotte wandte auf den begabten und ungefügigen Sohn das deutsche Märchen an, nach welchem sechs zur Taufe geladene Feen dem Kinde alle ihre freundlichen Gaben zuwenden, eine siebente aber, weil nicht geladen, die Unglücksgabe hinzufügt, daß alles jenes Gute ihm zu nichts dienen solle [2]).

---

[1]) Klopp, Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 169.

[2]) Ranke, Französische Geschichte, Bd. VI, S. 293. Briefe der Herzogin an die Kurfürstin Sophie in Hannover.

Die Uebertragung des Oberbefehls in Italien, wie Vendome vorgeschlagen, entsprach allen Wünschen des Herzogs. „Ich kann seine Freude nicht aussprechen, meldet seine Mutter an die Kurfürstin Sophie: er hält sich stracker und scheint drei Finger höher denn zuvor."

Am 8. Juli vor Turin eingetroffen, fand der Herzog von Orleans die Dinge dort nicht wie er gewünscht hätte. Die Frage, von welcher Seite her Turin anzugreifen, war seit längerer Zeit ein Differenzpunkt zwischen den Marschällen Vauban und Vendome. Dieser verlangte zuerst den Angriff auf die Citadelle, jener auf die Anhöhe des Kapuzinerklosters. Feuillade folgte der Ansicht seines Vorgesetzten. Während Vendome daher zur Anerkennung den Fortschritt der Belagerung pries, erklärte Vauban in seiner rauhen Weise, daß er sich den Hals abschneiden lasse, wenn Feuillade die Stadt von seinem Angriffspunkte aus nehme [1]). Dies erregte in Versailles Bedenken, und der Herzog von Orleans erhielt den Auftrag genau zu berichten. Gemäß seiner Besichtigung fiel sein Urtheil dahin aus, daß man nicht hoffen dürfe, die Citadelle vor dem 15. September zu nehmen, vorausgesetzt sogar, daß keine Störung eintrete. Einen Angriff auf den Kapuzinerberg hielt er wegen der vielen Schluchten desselben für verwegen. Ueberhaupt aber reichten für einen Angriff an mehreren Stellen die 45 Bataillone der Belagerungsarmee nicht aus. Demnach müsse man fortfahren, wo man angefangen habe [2]).

Es ist nicht unwichtig zu bemerken, daß von diesem für den Angriff nicht günstigen Berichte der Herzog Victor Amadeus und der Prinz Eugen keine Kunde hatten. Ihnen dagegen war eine andere Thatsache bekannt, um welche damals die Belagerer noch nicht wußten, nämlich daß, nach den Berichten des Generals Daun aus Turin, der Vorrath an Pulver in der Stadt nicht lange mehr reichen werde.

Am 18. Juli trafen der Herzog von Orleans und der Marschall Marsin im Hauptquartiere Vendomes bei Volta ein. Sie fanden auch hier die Lage der Dinge nicht günstig. Bereits stand die Armee des Prinzen Eugen auf dem rechten Ufer des Po, und rückte weiter auf den Panaro zu, der nur durch eine geringe französische Macht vertheidigt

[1]) Pelet t. VI, p. 193.

[2]) A. a. O. p. 204 et suiv.

wurde. Die frühere französische Schiffbrücke von Ostiglia, welche Vendome nach Polesella hatte hinunter bringen lassen, um nach dem Uebergange des Prinzen Eugen über den Canale Bianco den französischen Truppen den Rückzug zu sichern, war von den Kaiserlichen in den Grund gebohrt. Eine andere Brücke für die französische Armee war nicht da. „Unsere Lage ist traurig," meldet der Herzog dem Könige[1]). Es schien, daß der Prinz Eugen auf dem rechten Ufer des Po denselben Weg nehmen werde, wie im Winter von 1703/4 Guido Starhemberg. Auch in Versailles ward bereits seit der Kunde des Ueberganges über den Po diese Vermuthung erörtert[2]). Aber es war für Orleans und Marsin eine schwere Frage, wo ihn aufzuhalten, wo ihm entgegen zu treten. Nachdem Vendome seinen Nachfolgern die erforderlichen Berichte erstattet, reiste er noch am selben Abend ab. Demgemäß fügten sich die Dinge für den Prinzen Eugen sehr vortheilhaft[3]). Nachdem der Marschall Vendome durch sein Geschehen-Lassen an der Etsch Verwirrung über die französische Armee gebracht, eilte nun dieser doch immer kriegserfahrene und namentlich bei den Soldaten beliebte Mann davon, und hinterließ das Erbe der Verwirrung einem Prinzen, der bei allem guten Willen und aller Befähigung dennoch zum ersten Male eine solche Stellung einnahm, und mit ihm einem General, dem Vendome die Befähigung des selbständigen Willens absprach.

Wie der Prinz Eugen in Betreff der Feinde meldet: „Die Consternation und Confusion ist so groß, wie ich nicht sagen kann" — so erkennt er in seinen Berichten an den Kaiser den Eifer und die Pünktlichkeit der Truppen unter seinem Befehle in vollem Maße an. „Die verbündeten Truppen marschiren, zu Jedermanns Verwunderung, von Lager zu Lager, allezeit weiter als man geglaubt"[4]). Er lobt ferner die Freudigkeit der kaiserlichen Officiere und Soldaten, besonders aber den Fürsten von Anhalt-Dessau und die preußische Infanterie, welche die Strecke von Polesella bis S. Bianca in Einem Marsche zurückgelegt. Die Leistung war um so höher anzuschlagen bei der dörrenden Hitze im Juli.

---

[1]) Pelet t. VI, p. 212.

[2]) Dangeau t. XI, p. 162.

[3]) Man vergleiche die Recapitulation bei Pelet t. VI, p. 289.

[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 198. Auch für das Folgende.

Vor der verbündeten Armee lag der Stromlauf des Panaro. Dort, meinten Viele, würde es zur starken Gegenwehr kommen. In der Nacht vom 23./24. Juli ließ der Prinz Eugen an mehreren Stellen den Uebergang versuchen. Die geringe Zahl der französischen Truppen am linken Ufer entfloh oder wurde zu Gefangenen gemacht. Und weiter ging es dann auf die Secchia. Auch diese fand man verlassen, am 29. Juli. „Ich habe alle diese Uebergänge gewonnen, meldet der Prinz Eugen, fast ohne Einen Mann zu verlieren“[1]). Seine beständig wiederholte Klage war nur die, daß nicht auch die Hessen im Solde der Seemächte bereits eingetroffen seien, weil man in diesem Falle an beiden Seiten des Po stromaufwärts offensiv würde vorgehen können.

Der Marschall Vendome, von der Ueberzeugung aus, daß der Prinz Eugen zunächst und hauptsächlich den Entsatz von Turin bezwecke, hatte bei seinem Scheiden seinen Nachfolgern im Commando den Rath hinterlassen, den Posten Stradella stark zu besetzen, um an diesem Bollwerke den Marsch der Gegner zu hemmen. Orleans und Marsin gingen auf den Gedanken ein. Sie überschritten den Po, um auf dem rechten Ufer desselben dem Prinzen Eugen mit gleichen Streitkräften möglichst nahe zu folgen. Dagegen sollte La Feuillade von der Belagerungs-Armee vor Turin aus 20 Bataillone und 30 Schwadronen nach Stradella entsenden[2]). Auf diesen Plan legte Vendome dann auch mündlich in seinem Berichte vor Ludwig XIV. in Versailles den stärksten Nachdruck.

Inzwischen jedoch war der Plan bereits gefallen. Auf die erste Kunde desselben begab sich La Feuillade ins Hauptquartier des Herzogs von Orleans und erklärte, daß es ihm nicht möglich sei, von der Belagerungsarmee die verlangten Truppen abzugeben. Der Herzog von Orleans verzichtete auf seinen Plan. Der Posten von Stradella ward nicht besetzt, die dort vorhandenen Befestigungen gesprengt[3]).

Zu diesem Verzichte des Herzogs von Orleans mochte beitragen, daß er und Marsin über den eigentlichen Plan des Prinzen Eugen

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 205.

[2]) Die Correspondenz darüber bei Pelet t. VI, p. 218 et suiv.

[3]) A. a. O. p. 227. — Bericht des Herzogs Victor Amadeus, vom 13. August, an den Prinzen Eugen, in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 507.

andauernd ungewis waren. Wollte der Prinz Eugen sie angreifen, sie zu einem Treffen zwingen, oder direct auf Turin marschiren? Das war die Alternative, über welche sie bis in den Monat August hinein zweifelhaft blieben. Sie beschlossen daher, gemäß dem Rathe des Gouverneurs Vaudemont in Mailand, ihm so nahe wie möglich zu folgen, ohne sich einem Treffen auszusetzen[1]).

Der Plan des Prinzen Eugen aber war nur auf Turin gerichtet. Dahin forderten ihn die unabläßigen Klagen und Bitten des Herzogs Victor Amadeus, sowie die Berichte des Generals Daun aus Turin. Während jene französischen Generale hin- und herriethen, versicherte der Prinz Eugen dem Ersteren unabläßig, „daß er dessen wegen alles in der Welt ankehren werde“[2]).

Erwarb sich dabei der Muth und der Eifer der Soldaten alle Anerkennung des Führers, so im Laufe des Monates Juli nicht mehr die Disciplin. Am 4. August erließ der Prinz Eugen ein scharfes Mandat, welches nach einer eindringlichen Darlegung der geschehenen Räubereien und Plünderungen, auch sogar an Kirchen und Klöstern, schließt mit den Worten: „Alle und jede, welche seitwärts betreten werden und sich dadurch des Raubens und Plünderns verdächtig machen, sollen eo ipso, es sei auch wer es wolle, ohne einige Rücksicht allsogleich an dem nächsten besten Orte aufgehängt werden“[3]).

Der Eifer des Prinzen Eugen zum Vordringen gegen Westen war so groß, daß er sich entschloß, feindliche Festungen hinter sich zu lassen. Nur war es dann erforderlich einen festen Waffenplatz zu haben, in welchem er seine Kranken und sein Gepäck belassen, und durch Magazine sich des Brotes für die Armee versichern konnte. In seinem Berichte darüber an den Kaiser sagt er: „Denn ich finde es nicht rathsam, ohne Versicherung des Brotes zwischen die feindlichen Festungen hineinzugehen, weil bekannt ist, daß die verbündeten Truppen nicht wie diejenigen Ew. kaiserlichen Majestät gewohnt sind, Hunger zu

---

[1]) Pelet t. VI, p. 237 über den Zweifel des Herzogs von Orleans. Dangeau t. XI, p. 187.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 207. Vom 30. Juli.

[3]) A. a. O. S. 210.

leiden oder sich zu gedulden". Als den geeigneten Waffenplatz ersah er die Stadt Carpi [1]).

Die Belassung der vom Feinde besetzten Festungen Modena und Mirandola im Rücken der marschirenden Armee, wider die Kriegs-Raison, wie der Prinz Eugen ausdrücklich hervorhebt, war für ihn, gegenüber den Mahnungen und Bitten des Herzogs Victor Amadeus, der durchschlagende Beweis, daß er nichts Anderes bezwecke als den Entsatz von Turin. Der Marsch ging weiter auf Reggio, das sich ohne Widerstand ergab, dann auf Parma. Die Hitze war so groß, daß mehrere Soldaten auf dem Marsche todt niederstürzten. Die Wasserläufe waren vertrocknet. Der Herzog von Parma, bis dahin französisch, kam anscheinend mit großer Willigkeit entgegen. Der Prinz Eugen begnügte sich, Brot für die Armee zu verlangen [2]).

Ein Duplicat jenes Berichtes des Prinzen Eugen, vom 10. August, in welchem er dem Grafen Daun meldete, daß er, um auf Turin zu ziehen, die feindlichen Festungen Modena und Mirandola im Rücken belassen habe, gerieth in französische Hände [3]). Der Herzog von Orleans und Marsin, die sich in Guastalla befanden, ersahen daraus die Befriedigung, welche der Prinz Eugen darüber empfand, daß sie nicht, wie Vendome es gewollt, den Posten Stradella stark besetzt hielten. Demgemäß mußte bei ihnen jede Ungewisheit über das eigentliche Ziel des Prinzen Eugen fallen. Als die Nachrichten der nächsten Tage dies bestätigten, beschlossen der Herzog und Marsin auf das linke Ufer des Po zurückzugehen, von dort aus dem Marsche des Prinzen Eugen zur Seite zu bleiben und ihm nach Turin hin den Vorsprung abzugewinnen. Am 18. Juni passierten sie den Po.

Der Marsch des Prinzen Eugen auf der rechten Seite des Po-stromes ging also völlig unaufgehalten weiter nach Westen. Es ist merkwürdig, daß noch am 25. August am Hofe von Versailles gesagt werden konnte: es scheine nicht, daß der Prinz Eugen großen Fleiß aufwende, um nach Turin zu gelangen [4]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 219.

[2]) A. a. O. S. 232.

[3]) Der Bericht bei Pelet t. VI, p. 241. Vergleiche Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 221.

[4]) Dangeau t. XI, p. 187.

Die Nachrichten, die von dort aus verbreitet wurden, täuschten sogar auch Marlborough. Am 26. August meldete er von dem Lager vor Menin aus an Heinsius im Haag: „In Betreff Ihrer Besorgnisse für Turin fürchte ich, daß Sie nur zu sehr Recht haben; denn ich sehe für den Entsatz keine Wahrscheinlichkeit“[1]). Wenige Tage später, am 6. September, jedoch konnte er dem Prinzen Eugen selber schreiben: „Frankreich bemüht sich vergeblich, uns die Fortschritte zu verhehlen, welche Ew. Hoheit zur Rettung Turins machen, und ich sehe dies als eine gute Vorbedeutung an, daß wir von eben dort her bald vernehmen werden, daß es Ew. Hoheit gelungen ist“[2]).

Am 29. August überschritt die Armee, die der Prinz Eugen auf 24,000 Kampffähige angab, ohne Hindernis den Tanaro. Von dort eilte der Prinz Eugen voraus, und traf noch am selben Abende bei dem Herzog Victor Amadeus in Carmagnola ein[3]). Dort erfuhr er, daß inzwischen auch der Herzog von Orleans und Marsin ihre Truppen mit denjenigen La Feuillades vor Turin vereinigt hätten.

Die Schlacht bei Turin, 7. September, und deren Folgen.

Orleans und Marsin fanden die Belagerung nicht in dem Stande, den sie nach den Berichten La Feuillades annehmen durften. Auch nach Versailles hin meldete dieser: er besorge nicht, daß der Prinz Eugen der Stadt noch helfen könne. So ward es dort noch am 26. August verkündet[4]). In der Wirklichkeit aber waren seit der Einnahme des bedeckten Weges, im Beginne des Monates August, die Arbeiten kaum vorgerückt. Ein Versuch des Herzogs Victor Amadeus, durch Cavallerie Pulver in die Stadt einbringen zu lassen, war zwar mißlungen; aber die Gegenwehr der Besatzung bewies, daß der Mangel daran noch nicht so unmittelbar dringend sein konnte. Nach der Ankunft des Herzogs und Marsins ließ La Feuillade einen Sturm auf den „halben Mond“ unternehmen, am 26. August. Er

[1]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 104.
[2]) Murray vol. III, p. 119.
[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 240.
[4]) Dangeau t. XI, p. 187.

wurde abgeschlagen mit solchem Erfolge, daß der Prinz Eugen, auf den Bericht des Generals Daun, ihn beauftragte, der gesammten Besatzung für diese stattliche Bravour und ungemeine Tapferkeit seine Anerkennung auszusprechen [1]). Am 31. August ward dieser Angriff erneuert, mit demselben Erfolge.

Am Abende dieses Tages berichteten der Herzog von Orleans und der Marschall Marsin, ein Jeder für sich, über diesen Stand der Belagerung nach Versailles. Beide schildern ihn mit düsteren Farben. Der Herzog wünschte die Belagerung aufzuheben, um eine Feldschlacht zu liefern. Marsin meldete, daß bei dieser Lage der Dinge, wo die Belagerung sich in die Länge ziehe, zwei Vorschläge gemacht seien. Der eine, den der Herzog von Orleans vertrete, verlange das Hervorgehen aus den Linien, um mit dem Feinde zum Schlagen zu kommen; der andere ziehe das Beharren in den Linien vor, auf die Gefahr hin, sich dort von den Feinden die Subsistenzmittel abschneiden zu lassen. Denn an einen offenen Angriff, einen Sturm der Feinde auf die Linien könne er nicht glauben. „Auf beiden Seiten, schließt Marsin, sind Inconvenienzen, über die der Wille des Königs allein entscheiden kann" [2]).

Der Bericht Marsins läßt klar erkennen, daß es ihm zunächst um einen Befehl des Königs zur Aufhebung der Belagerung zu thun war. Auch hatte sein Bericht diese Wirkung; aber bei der Entfernung von Versailles traf dieser Befehl erst ein, als alles vorüber war, am 13. September. Die Verschiedenheit der Befugnisse der Feldherren auf beiden Seiten ist hier besonders augenfällig. Der Prinz Eugen war an Befehle solcher Art aus weiter Ferne nicht gebunden. Während die französischen Heerführer die Gründe für und wider ihrem Könige darlegten, um seine Entscheidung darüber zu erwarten, erstattete am selben Tage der Prinz Eugen dem Kaiser die kurze Meldung: „Man ist nun darin begriffen die Resolution zu fassen, wo man den Entsatz versuchen, und, wenn es noch Zeit ist und Turin noch einige wenige Tage sich hält, den Feind angreifen wolle" [3]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 240.

[2]) Pelet t. VI, p. 273.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 241. Aus Carmagnola, 31. August.

Nachdem der Herzog Victor Amadeus und der Prinz Eugen am 2. September von Superga aus die Stellung der Franzosen recognoscirt und ihre Beschlüsse gefaßt hatten, überschritten ihre Truppen, etwa 30,000 Mann stark, am 4. September, über zwei Brücken den Po [1]).

Auch der Herzog von Orleans hatte in seinem Berichte die Entscheidung des Königs erbeten. Aber der Uebergang der kaiserlichen Armee auf das linke Po-Ufer legte die Erwägung nahe, daß man nicht mehr die Zeit haben würde, dieselbe abzuwarten, sondern aus sich selber sich entschließen müsse. Die Ansicht des Herzogs von Orleans lag vor. Es war diejenige des Ausmarsches aus den Linien zum Zwecke eines Treffens im offenen Felde. Er war der Höchst-Commandirende. Aber der abmahnenden Stimme Marsins gegenüber getraute er sich nicht, die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen. Er berief den Kriegsrath. Die schriftlichen Vota der Mitglieder stimmten fast sämmtlich für die Ansicht Marsins, daß man in den Linien zu beharren habe. Sie gehen jedoch, abweichend von dem Rathe Marsins nach Versailles, von dem Principe aus die Belagerung von Turin fortzusetzen [2]).

Fast einstimmig zurückgewiesen, meldete daher der Herzog dem Könige in Versailles, daß er, als Neuling im Commando, sich der Mehrheit der erfahrenen Generale füge. Aber er drängt nochmals seine Ansicht kurz zusammen. Weil er aus der Fortsetzung einer mit Ungeschick und Mangel an zulänglichen Mitteln unternommenen Belagerung kein Heil erwachsen sieht, darum wünscht er als das bessere Mittel eine offene Feldschlacht.

Als am 6. September die Kaiserlichen auch die Dora überschritten, und damit die Aussicht auf einen Angriff näher trat, verlangte Orleans, daß die gesammte Macht der Belagerer alle anderen Stellungen aufgeben und nur nach der bedrohten Seite hingewendet werden sollte. Dies bezog sich auf diejenigen Bataillone, die unter

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 511. Relation über die Schlacht von Turin.

[2]) Die Vota bei Pelet t. VI, p. 651. Er fügt jedoch das Datum des 1. September hinzu. Dieses kann nicht richtig sein; denn nach der Meldung des Herzogs vom 8. September, bei Pelet t. VI, p. 284, hat er den Vorschlag gemacht nach dem Uebergange der Kaiserlichen über den Po, also, da dieser am 4. stattfand, frühestens noch am 4.

Albergotti am Kapuzinerberge lagerten. Marsin erwiederte, das hieße die Belagerung aufgeben, was nicht geschehen dürfe ohne den Befehl des Königs [1]).

Auch dies Mal fügte sich Orleans. Es mochte dazu beitragen, daß auch er, am 6. September, einen Angriff der Kaiserlichen auf die befestigten französischen Linien noch nicht mit Bestimmtheit voraussah. Dies nämlich ergibt sich aus den Schlußworten seines Berichtes vom 6. September: „Si nous étions assez heureux pour que les ennemis nous attaquassent, ce que je n'ose espérer ni craindre, je tâcherai seulement de ne pas donner de ma personne de mauvais exemples aux troupes de Votre Majesté“ [2]).

Zur selben Zeit, am 6. September, gab der Prinz Eugen im Feldlager bei der Venerie an seine Armee die Marsch-Ordnung und Dispositiön zum Angriffe auf die französischen Linien vor Turin, für den nächsten Tag, den 7. September [3]).

Die verschanzten Linien mochten vielen Franzosen als unangreifbar erscheinen; aber man hatte zwischen der Dora und Stura eine offene Stelle gelassen. Da die Bewegungen der kaiserlichen Armee vermuthen ließen, daß, im Falle eines Angriffes, sie sich diese Stelle ersehen würden, so wurde am 6. September mit Eifer gearbeitet, auch hier die Verschanzung zu schließen und stark mit Geschütz zu besetzen [4]). Dennoch erfolgte dort der Angriff.

Die kaiserliche Armee zählte höchstens 30,000 Mann. Die Franzosen waren um ein Drittel stärker; aber sie waren mismuthig und niedergedrückt durch die Mühen und Beschwerden einer nun fast viermonatlichen, erfolglosen Belagerung. Die Angreifer dagegen waren gehoben durch das Siegesgefühl, daß sie vom Ueberschreiten der Etsch an bis zu diesen Linien um Turin ein nennenswerthes Hindernis nicht gefunden.

Vor Tagesanbruch am 7. September, ohne Trommel noch Trompete, erhob sich die kaiserliche Armee, und stand beim Aufgange

---

[1]) Bericht des Herzogs von Orleans vom 8. September, bei Pelet t. VI, p. 284.

[2]) Pelet t. VI, p. 277. — Anlage I.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 241.

[4]) Pelet t. VI, p. 278. — Journal historique du siége de Turin. Amsterdam 1708. p. 136.

der Sonne im Angesichte der feindlichen Verschanzungen [1]). Der Angriff begann. Wiederholt ward er zurückgeschlagen, mit schwerem Verluste der Angreifer. Aber er ward erneuert, bis er endlich gelang. Der Fürst von Anhalt und seine Grenadiere waren die ersten, welche die feindlichen Verschanzungen überstiegen. Es folgte das ganze Centrum. Von der äußeren Linie zurückgeworfen, sammelten sich die Franzosen noch einmal wieder bei der nächsten Kirche. Auch dort ward ihr Widerstand gebrochen. Der eine Theil rettete sich über die Dora, ein anderer suchte über die Po-Brücke zu entkommen, erlitt aber hier schweren Verlust durch die Cavallerie, die der Herzog zu diesem Zwecke entsendet. Diese Action, um 11 Uhr Morgens, beendete den Kampf zwischen der Stura und der Dora, und Turin war befreit. Aber noch standen die Franzosen stark zwischen dem Po und der Dora. Am Nachmittag jedoch kam über sie ein plötzlicher Schrecken durch Flüchtlinge von Lucento her. Sie wandten sich zur Flucht. Die gesammte Artillerie, die Vorräthe, das Gepäck wurden die Beute der Verbündeten. Der Verlust derselben an Todten und Verwundeten, reichlich 4000, war größer als derjenige der Franzosen, reichlich 3000; aber diese ließen auch 6000 Gefangene zurück.

Unter dem Geläute aller Glocken, unter dem Donner der Wallgeschütze, denen dazu das letzte Pulver von Turin diente, ritten am Nachmittage der Herzog Victor Amadeus und der Prinz Eugen durch das Siegesthor ein, bis zum Platze St. Johann, wo am Thore des Domes der Erzbischof mit seiner Geistlichkeit ihrer harrte, um dann das Te deum anzustimmen [2]).

Der Herzog von Orleans war gleich zu Anfang des Kampfes an der Hüfte verwundet. Er beharrte; aber eine stärkere Verletzung am Arme zwang ihn sich verbinden zu lassen. Bereits war der Marschall Marsin tödtlich getroffen. Der Herzog beauftragte den General St. Fremont den Rückzug zu leiten, der, nach seiner Ansicht, auf Alessandria gehen sollte. Aber er erhielt die Meldung, daß der Weg dahin nicht frei sei, daß nur derjenige nach Pignerol offen stehe. Die

---

[1]) Relation über die Schlacht bei Turin, in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 510.

[2]) Eine lebhafte und anschauliche Schilderung der Vorgänge des 7. September im Journal historique du siége de Turin p. 136 et suiv.

ganze Masse der Flüchtigen wälzte sich daher nach Pignerol. Am Morgen des 8. September gelangte nach Turin die Meldung, daß auch Albergotti, der am Kapuzinerberge gestanden, mit seinen 40 Bataillonen in der Nacht dahin aufgebrochen sei. Sofort ward der General Langallerie mit Cavallerie ihnen nachgesendet. Unter dem Drucke derselben löste sich der Rückzug auf in wilde Flucht, mit schwerem Verluste.

Der Rückzug auf Pignerol war wie eine zweite Niederlage. Nach Osten hin hätte die geschlagene französische Armee an den dort stehenden unversehrten Streitkräften einen Halt finden können; nach Pignerol, also nach Westen hin, war sie abgeschnitten. Ohne Brot, ohne Gepäck, in einem armen Lande, beständigen Angriffen der Streifparteien, der Waldenser, der bewaffneten Bauern ausgesetzt, konnten die noch übrigen in Pignerol nicht bleiben, sondern mußten weiter fort in die Berge hinein. Am 12. September meldete der Prinz Eugen dem Kaiser, daß er so lange bei Turin verweilt habe, bis der Feind, mit Zuthun der Streifcorps, völlig ins Gebirge hineingetrieben sei, aus welchem er nun nicht mehr zurückkehren werde. Dann wandte er sich mit dem einen Theile seiner Armee ins Mailändische, und gab dem andern den Auftrag, die Plätze in Piemont und Montferrat wieder zu nehmen [1]).

Nach dem 1. September erfolgte für eine Reihe von Tagen keine Nachricht von Turin nach Versailles. Vom 11. an wagte man dem Erstaunen darüber Ausdruck zu geben. Am Morgen des 14. erhielt Ludwig XIV. durch den eingetroffenen Kammerdiener des Herzogs von Orleans die erste Nachricht. Sie lautete schlimm genug, erreichte jedoch noch nicht die volle Wahrheit. Auch die Meldungen, die zwei Tage später der von Orleans entsendete Nancré brachte, legten namentlich die Nachwirkungen der Katastrophe nicht klar vor Augen. Man meinte in Versailles, daß der Herzog von Orleans noch über 85 Bataillone verfüge, wenn auch zum Theile sehr schwach, sowie über 4000 bis 5000 Mann Cavallerie, daß er also von Pignerol aus wieder in Action treten könne [2]).

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 513, so wie dort, Supplementheft, S. 243.

[2]) Dangeau vol. XI, p. 203 et suiv.

In diesem Sinne ertheilte sofort Ludwig XIV. durch Chamillart dem Herzoge von Orleans seine Aufträge. Die allgemeine Meinung sei, daß man Mailand nicht behaupten könne, wenn der Herzog nicht wieder bis nach Valenza oder Asti vordringe. Wenn er aber seine Winterquartiere im Mailändischen und in Montferrat nehmen könne, so sei nichts verloren. Chamillart stellte Geld, Lebensmittel, Kriegsbedarf in nahe Aussicht [1]). Sicherlich war das alles dem Herzog sehr willkommen; aber es war die Frage, ob aufgelöste und zersprengte Schaaren dadurch wieder actionsfähig gemacht werden konnten. Der Prinz Eugen hatte dem Kaiser gemeldet, bereits am 12. September, daß der Feind aus dem Gebirge nicht wiederkehren werde, und dies erwies sich als richtig.

Dagegen mochte man in Versailles auch deshalb um so weniger geneigt sein, die volle Tragweite der Niederlage von Turin gleich anfangs zu erkennen, weil auf die Nachricht derselben sogleich eine Siegesbotschaft gefolgt war, von Castiglione, wo Medavi am 9. September die Hessen unter dem Erbprinzen Friedrich geschlagen hatte.

Nach der Zertrümmerung der französischen Macht vor Turin war in Italien nur noch das Corps von Medavi übrig, welches der Herzog von Orleans in der Lombardei zurückgelassen hatte, um das Mantuanische, das Modenesische und den Stromlauf des Oglio zu schützen. Nach der Rechnung des Prinzen Eugen konnte dies Corps, mit Heranziehung von Besatzungen, an 50 Bataillone und 4000 Pferde betragen. Der Prinz erfuhr, daß Medavi den Auftrag habe, das heranziehende hessische Corps anzugreifen. Er entsendete daher von Turin aus am 12. September an den Erbprinzen Friedrich den stricten Befehl, sich auf keine Weise mit Medavi einzulassen, sondern sich in eine Stellung zu begeben, in welcher der Feind ihm nicht beikommen könne, und dort abzuwarten [2]).

Bevor der Prinz diesen Befehl erließ, war das Unheil schon geschehen. Der Erbprinz hatte Goito genommen, dann Castiglione angegriffen. Medavi zog zum Entsatze heran, und der Erbprinz Friedrich

---

[1]) Pelet t. VI, p. 296. Vom 18. September.

[2]) Bericht des Prinzen Eugen an den Kaiser, vom 12. September, im Supplementheft, S. 244.

ihm entgegen. Am 9. September erfolgte das Treffen, in welchem der Sieg dem Ersteren verblieb. Nach seinem Berichte an Ludwig XIV. lagen 2000 Hessen auf dem Schlachtfelde, waren 2500 gefangen und die übrigen in wilder Unordnung geflohen[1]). Der Prinz Eugen dagegen erwiederte auf den Bericht der Erbprinzen: „Es hat mich nicht wenig consolirt, daß das Unglück bei weitem nicht also, wie der Feind durchgehends ausbreitet.“ Zugleich gab er dem Erbprinzen den Befehl, über den Po zu gehen und Guastalla anzugreifen[2]).

Der Erfolg Medavis linderte in etwas das Unglück, das über die Franzosen in Italien gekommen war: es änderte die Sachlage nicht. Diese Sachlage läßt sich erkennen aus den Berichten des Statthalters Vaudemont in Mailand, vom 17. September, an den König und an Chamillart. Nach diesem Berichte lagen Schrecken und Furcht auf den Gemüthern, seitdem, ungeachtet aller Bemühungen es zu verhindern, die Kunde laut geworden, daß, wie Vaudemont sich ausdrückt, die zwei Armeen des Königs sich in die Alpen zurückgezogen und Italien verlassen haben. Mailand sei nicht zu halten, wenn nicht der Herzog von Orleans mit seiner Armee aus den Alpen nach Italien herein sofort wiederkehre. Vaudemont ergeht sich in heftigen Ausdrücken über den Ausgang des Treffens von Turin, über den schmählichen Rath den Rückzug auf Pignerol zu nehmen. Er stellt dem geringeren Verluste der Franzosen am 7. den größeren der Kaiserlichen gegenüber. Der Verlust an Pferden sei nicht so groß, wie man behauptete: die französische Infanterie sei doppelt so stark als die kaiserliche. In diesen Worten handelt es sich um Zahlen: den Kern der Dinge streift Vaudemont mit den Worten: „au bout de tout cela, nous fuyons honteusement“. Dies ja und nicht die Zahlen der Verluste hatten bei Turin entschieden, und die französische Armee bis zur Vernichtung aufgelöst. Aber Vaudemont kommt immer wieder darauf zurück, daß die Armee des Herzogs von Orleans bestehe, daß sie noch actionsfähig sei, und in der Voraussetzung ihrer Rückkehr spricht er nach Versailles hin die Lage der Dinge mit den Worten aus: „Kurz, rechnen Sie darauf, daß, wenn nicht dies geschieht, alles,

[1]) Pelet vol. VI, p. 702.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 248.

was hier noch ist an Truppen und an Land, abgeschnitten und verloren ist"[1]).

Bereits befanden sich der Prinz Eugen und Victor Amadeus auf dem Marsche nach Mailand. Novara öffnete ihnen willig die Thore. Sie überschritten den Tessin. Am 24. standen sie vor Mailand. Auf die Mahnung durch einen Trompeter antwortete die Stadt mit der Absendung von Deputirten, welche die Huldigung für den Kaiser anboten. Die französische Besatzung zog sich in die Citadelle zurück. Der Prinz Eugen hielt seinen Einzug. „Es ist nicht genugsam zu beschreiben, meldet er dem Kaiser, die große Freude, das Frohlocken, der Jubel, den sowohl der Adel als hauptsächlich das Volk aller Orten, besonders aber in Mailand, als ich dort dem Te deum beiwohnte, bewiesen haben und noch beweisen. Es ist zwar wahr, daß vom Adel noch der Eine oder Andere dem Herzoge von Anjou zugethan; jedoch sind die Meisten aufrichtigen Gemüthes"[2]).

Auf die Kunde, daß in Alessandria ein Pulvermagazin aufgeflogen, eilte der Prinz Eugen vor diese Stadt. Die Besatzung wartete nur die ernstlichen Anstalten zur Belagerung ab, um dann zu capituliren, am 21. October. Es waren 2000 Mann, und die Stadt mit Allem wohl versehen: daher übertraf der Erfolg die Erwartungen des Prinzen Eugen. Einige Tage später folgte Tortona[3]).

Unterdessen ergingen unablässig von Mantua aus, wohin sich der Statthalter Vaudemont zurückgezogen, sowie von Versailles aus, an den Herzog von Orleans die Aufforderungen aus den Alpen hervorzubrechen und wieder im Felde zu erscheinen. Vaudemont war noch am 14. October der Ansicht: Orleans habe nur in der Ebene sich wieder zu zeigen, um Mailand zu retten. Auch Ludwig XIV. trieb noch am 11. October den Herzog von Orleans an, mit dem Hervorbrechen aus den Alpen in die Ebene nicht bis zum Monate November zu warten. Im Laufe des Monates jedoch sanken seine Hoffnungen. Bereits am 23. October erkannte er an, daß er dem Herzoge von Orleans nicht stricte Befehle geben dürfe, welche dieser auszuführen

---

[1]) Pelet t. VI, p. 302 et suiv. Vom 17. September.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 255. Vom 1. October.

[3]) A. a. O. S. 270.

nicht vermöge. Als das einzige Heilmittel erschien ihm, daß der Herzog von Mantua seine Aussöhnung mit dem Kaiser suche und geheim mit dem Prinzen Eugen unterhandele, zu dem Zwecke, die französischen Truppen abziehen zu lassen. Ludwig XIV. läßt den Gedanken Mailand aufzugeben durchblicken; aber immer noch bleibt dabei der andere, daß der Herzog von Orleans genügende Streitkräfte besitze, die Macht des Prinzen Eugen zu beschäftigen [1]).

Erst der Bericht des Grafen Besons, den Ludwig XIV. entsendet, um den Bestand der Truppen, die vor Turin gewesen waren, in Augenschein zu nehmen, gab in Versailles die volle Klarheit, daß diese Truppen nicht mehr leistungsfähig waren. Orleans erhielt den Befehl, sie in die Winterquartiere zu legen. Zugleich that der König dies dem Statthalter Vaudemont kund. Den Kern der wortreichen Meldung macht der Satz aus: „Sie dürfen also zur Zeit auf keine Hülfe rechnen, sondern müssen trachten, ihr Abkommen auf solche Bedingungen hin zu treffen, die es Ihnen möglich machen, mit meinen Truppen nach Frankreich zurückzukehren." Der König erörtert dann den Gedanken, dem Herzoge von Orleans im nächsten Jahre eine überlegene Armee zu geben. Aber am Schlusse blickt wieder der eigentliche Gedanke in bestimmterer Fassung durch, in den Worten an Vaudemont: „Können Sie sich behaupten, so kommt aller Ruhm dafür auf Sie; kehren Sie zurück, so werde ich einen Theil der Truppen, die in Italien waren, verwenden zur Verstärkung der Armee des Königs von Spanien, um die Treue der Castilier für ihn aufrecht zu halten" [2]). Wir sehen, der Gedanke Oberitalien für Spanien aufzugeben, erlangt festere Gestaltung, bis er im Laufe des nächsten Monates, unter dem Drucke des Wunsches bei Ludwig XIV. aus dem furchtbaren Kriege zum Frieden zu gelangen, die völlige Reife erhält [3]).

Günstige Chancen für Ludwig XIV. in Spanien, Ungarn, Polen.

Wir werden die Versuche, die Ludwig XIV. gegen das Ende des Jahres 1706 zum Frieden machte, später im Zusammenhange zu

[1]) Pelet t. VI, p. 338.
[2]) A. a. O. p. 342. Vom 26. October.
[3]) A. a. O. p. 584. Vom 17. November. Chamillart an Vendome.

überblicken haben. Die Versuche waren die Folge der Einwirkung, welchen die drei gewaltigen Schläge des Jahres 1706: die Flucht von Barcelona, die Niederlagen von Ramillies und von Turin auf ihn geübt hatten. Aber es gab auch für ihn günstige Seiten im Gange der Dinge des Jahres 1706. In Spanien waren die Aussichten, die sich für Carl III. an die Rettung Barcelonas knüpften, nicht in Erfüllung gegangen, war vielmehr die Stellung Philipps V. wieder befestigt. In Ungarn glühete das Feuer der Rebellion fort und legte die Macht des Kaisers lahm. Der König Carl XII. von Schweden hatte endlich den längst erwogenen Plan ausgeführt, seinen Vetter August II. bis in dessen Erbland Sachsen zu verfolgen. Somit droheten die Flammen der beiden großen Kriege, des nordischen und desjenigen um das spanische Erbe, in einander zu schlagen.

Wir haben daher diese drei Schauplätze nach einander ins Auge zu fassen.

Der Feldzug in Spanien nach der französischen Flucht von Barcelona.

Günstige Aussichten und Hindernisse.

Nach der Flucht der Franzosen von Barcelona, im Mai 1706, ward in Europa vielfach die Erwartung ausgesprochen, daß nunmehr der Besitzergreifung des ganzen Königreiches Spanien durch Carl III. nichts im Wege stehe. Dies war namentlich auch die Ansicht des Kaisers Joseph I., welche er am 3. Juni in einem Schreiben an den Prinzen Eugen in die Worte kleidete: „Ich habe verläßlichen Bericht erhalten, daß nicht allein mein geliebter Herr Bruder von der obgewesenen Gefahr befreit ist, sondern daß auch ehestens die Ergebung und Erklärung von ganz Spanien für ihn erfolgen werde“ [1]).

In der That schienen ja die Umstände günstig zu liegen. Bis auf das kleine Corps unter dem spanischen General Las Torres war ostwärts von Madrid eine französisch-spanische Armee nicht mehr vorhanden. Von Westen her rückten die Engländer und Portugiesen heran, unter Galway und Das Minas, denen der Marschall Berwick nur ungleich schwächere Streitkräfte entgegen zu stellen hatte. Der Weg nach Madrid lag wie frei und offen.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 505.

Am 16. Mai hielt Carl III. in Barcelona Kriegsrath und eröffnete seinen Entschluß, die günstige Lage der Dinge zu benutzen und sich nach Madrid zu begeben. Die Disposition ward so getroffen, daß Peterborough mit einigen Truppen zu Schiffe voraus nach Valencia fahren, Carl III. mit den anderen zu Lande ihm dahin folgen werde, um dann vereinigt von Valencia auf Madrid zu marschiren [1]).

Demnach schien alles wohl geordnet. Aber wie ein schriller Miston erklingt nach diesen Berathungen über dieselben, am folgenden Tage, ein Wort des Fürsten Liechtenstein an den Kaiser: „Ich bitte Ew. kaiserliche Majestät zu glauben, daß, so lange der König Carl III. nicht ein gutes Corps von Deutschen und Spaniern haben wird, er nicht im Stande ist, viel zu acquiriren, noch das Acquirirte zu behaupten" [2]).

Und damit berühren wir sofort den Nerv der Dinge. England und die Republik der Niederlande wollten, nicht zuerst um des Rechtes, sondern um ihres Interesses willen, damit nicht das Haus Bourbon die spanische Monarchie erlange, das reiche Erbe für das Haus Habsburg. Sie hatten von dem erst nicht bereitwilligen Kaiser Leopold I., dessen Auge für seinen jüngeren Sohn Carl auf Neapel und Sicilien gerichtet war, diesen Prinzen verlangt, um auf ihre Kosten ihn auf den Thron von Spanien zu setzen. (Vergl. Bd. XI, S. 213 u. f.) Ihre Flotten geleiteten den jungen König erst nach Lissabon, dann nach Barcelona. Allein die Mittel, durch welche für Carl III. das Königreich Spanien erworben werden sollte, die Truppen und das Geld, gaben die Seemächte nicht in die Hand des jungen Königs. Ueber diese Mittel verfügten Andere, die nicht direct im Dienste des Königs Carl III. standen, nicht ihm vereidigt waren. Die Consequenz dieses Verhältnisses war, daß der junge König Carl III. thatsächlich abhängig wurde von denjenigen Persönlichkeiten, die ihm dienen sollten.

Wie immer auch diese Persönlichkeiten beschaffen sein mochten: das Verhältnis an sich selber war nicht richtig. Diese Unrichtigkeit aber ward, vom Sommer 1705 an, in hohem Maße gesteigert durch den Charakter des Ober-Befehlshabers, des Lords Peterborough, der nicht

[1]) Eine hauptsächliche Grundlage meiner Darstellung ist die als Anlage II gegebene Denkschrift des Grafen Gallas, vom 20./31. August.

[2]) Bericht des Fürsten Liechtenstein, vom 17. Mai.

darauf ausging, das Unrichtige dieses thatsächlichen Verhältnisses durch persönliche Willfährigkeit und durch den Eifer für die Sache zu mildern und aufzuheben, sondern beflissen war, im Interesse seiner Eitelkeit dies Verhältnis auszunutzen. Wir haben früher vernommen, in welcher Weise der Kaiser Joseph die Beschwerden seines Bruders Carl über die herrische Eigenwilligkeit des Lords Peterborough auffaßte und sich zu eigen machte. (Bd. XI, S. 509.) Diese ging so weit, daß Peterborough auch die Beförderung der Briefe des Königs von seinem Willen abhängig machte. Im Mai 1706 vernehmen wir dieselbe Klage auch von dem Engländer Methuen, von Liechtenstein noch die weitere, daß die meisten Briefe aufgehalten und geöffnet wurden [1]).

Die Hauptsache aber war, daß Lord Peterborough die für den König Carl III. bestimmten Mittel aus England in seiner Hand hatte. Der Engländer Paul Methuen zeichnet von Barcelona aus seinem Vater, dem englischen Botschafter in Lissabon, das Verhalten Peterboroughs mit folgenden Worten: „In Allem was Geld betrifft, ist sein Verhalten sehr auffallend. Er schützt bei denen, welche wissen, daß er reichlichen Vorrath besitzt, einen großen Mangel vor, gibt so wenig her wie irgend möglich und schreibt beständig nach England um mehr. Die 10.000 Stücke von Achten (Kronthaler), welche Sie dem Könige mit dem Schiffe Panther übersandten, sind noch nicht übergeben. Er hält sie und Anderes in Valencia zurück. Dies ruft heftige Klagen gegen ihn hervor; aber er scheint darauf nicht zu achten, trachtet vielmehr, indem er sie (Carl III. und dessen Gefolge) in Unkenntnis über die von England aus für den König bestimmten Beträge beläßt, sie in Unterwürfigkeit und Abhängigkeit von ihm zu erhalten. Ich bin so freimüthig gewesen ihm zu sagen, daß er darin sehr unrecht thut. Gestern schrieb der König an ihn einen Brief, der ihn sehr erregte und außer Fassung brachte. Der König will schriftlich von ihm wissen, welche Anzahl von Truppen er in Valencia vorfinden würde, welche Lebensmittel, welche Bagage, und auf welche Summe er für seine eigene Subsistenz rechnen könne" [2]).

[1]) Paul Methuen an seinen Vater, 26. Mai, bei Murray vol. II, p. 571. — Liechtensteins Bericht an den Kaiser, vom 17. Mai.

[2]) Murray vol. II, p. 573.

Das Vorstehende ist die Meldung eines Engländers, der nach seiner Stellung einige, nicht die volle Kunde des Sachverhaltes hatte. Er erwähnt, daß er nicht, nach der damals üblichen Weise, mit dem Geschenke eines Juwels entlassen worden sei. Es sei unbegreiflich, meint er, daß der Hof Carls III., nach den Bewilligungen der Catalonier für den König, noch in Geldverlegenheit stecken solle, und sich in der That beklage und behaupte, er könne sich nicht rühren, wenn nicht Peterborough Geld hergebe. Methuen klagt deswegen den Fürsten Liechtenstein an, wie überhaupt die damaligen Engländer allzuleicht geneigt waren, darin ihrem Landsmanne Peterborough Glauben zu schenken.

Die Wahrheit war, daß der von den Engländern und Holländern in ihrem Interesse und auf ihre Kosten eingeladene König Carl III. schon in Portugal seine Juwelen hatte verpfänden müssen, um einiges Geld für sich zu haben. Während des Aufenthaltes in Barcelona hatte er von Peterborough erhalten einmal 10.000 Thaler. Diese waren verwendet für die Ausrüstung eines Regimentes. Das andere Mal hatte Carl III. zur Vertheidigung von Barcelona erhalten 15.000 Pistolen. Das dritte Mal für die Herstellung der Befestigungen von Girona 5000 Dublonen. Dies waren die gesammten Beträge, die der König Carl III. von Peterborough empfangen hatte. Dagegen hatte Carl III. das Geld, für welches Peterborough im Januar 1706 den ersten Zug nach Valencia unternahm, auf die dringenden Bitten desselben auf eigenen Namen angeliehen.

Nach der günstigen Aufnahme der Nachrichten von Barcelona im englischen Parlamente, im Spätherbste 1705, hatte die Königin Anna durch ein Handschreiben vom 4. December dem Könige Carl III. ein eigenes Heer in Aussicht gestellt. Carl III. erfuhr durch die Meldung des Grafen Gallas, daß in London der Betrag dieser Armee auf 6000 Mann gerechnet werde. Er erfuhr ferner, daß von den 250.000 Pfund Sterling, die das Parlament für Spanien bewilligt, 100.000 Pfund für ihn bestimmt seien. Darauf bezog sich Carl III. in jenem Schreiben, dessen auch Methuen gedenkt. Peterborough erwiederte: die Flotte habe weder Kleidung, noch Bewaffnung für Truppen mitgebracht. Alles mit der Flotte gekommene Geld bestehe in 15.000 Pistolen, wovon zwei Drittel für den König. Die eine Hälfte derselben wolle er sogleich zahlen, die andere später. Nach dieser

Antwort brach Peterborough, gemäß dem Beschlusse vom 16. Mai, nach Valencia auf.

Aber der ganze Betrag von 10.000 Pistolen reichte nur aus, die Schuld zu decken, welche Carl III. für jene Expedition nach Valencia auf sich genommen. Deshalb erneuerte Carl III. seine dringende Mahnung an Peterborough. Er erhielt abermals die Antwort: es befinde sich auf der Flotte weder für Carl III., noch für dessen Truppen einiges Geld. Dasjenige welches dort vorhanden, sei gemäß den von London her erhaltenen Instructionen für andere Zwecke bestimmt.

Unkunde, sowohl bei Zeitgenossen als bei Späteren, hat den König Carl III. oft getadelt, daß er nicht sofort nach dem Abzuge der Franzosen von Barcelona sich auf den Weg gemacht habe nach Madrid. Wir sehen hier, wie die Dinge lagen. Der junge König, den man sich als Herrn von Spanien dachte, besaß nicht bloß nicht die Mittel ein auch nur kleines Heer auszurüsten, sondern nicht einmal diejenigen für den täglichen Bedarf für sich und für sein Gefolge. Er mußte denselben auf Borg nehmen. Und wiederum gestattete ihm diese Art der Schulden nicht, Barcelona zu verlassen, aus Besorgnis, daß dagegen ein Einspruch erhoben würde.

Das Verhalten dieses Lords Peterborough ist erklärbar nur durch die Absicht, den Zug Carls III. auf Madrid für damals zu hindern. Aber es erwächst dann die Frage nach dem Zwecke. War Peterborough ein Verräther, gekauft von Ludwig XIV.? — Von einem Verdachte solcher Art findet sich bei den Gegnern keine Spur. Sie suchen die Lösung der vielen Räthsel, welche dieser Mann seinen Zeitgenossen aufgab, in der Unberechenbarkeit seines widerspruchvollen Charakters, seinem Eigensinne und seiner Eitelkeit. In Bezug auf diese letztere Eigenschaft scheint eine Aeußerung, die der jüngere Methuen, gemäß den Beobachtungen, die er damals in Barcelona an Peterborough machte, am 26. Mai, also nach dem Beschlusse des Zuges auf Madrid und vor der Ausführung, der Wahrheit am nächsten zu kommen. Er meldet, daß Peterborough sehr befriedigt sei über die außerordentlichen Ehren, die man ihm zu Valencia erwiesen, daß er sich sehne dahin zurückzukehren, und sehr erfreut sein werde vor dem Könige dort einzutreffen, „aus keinem anderen Grunde, wie ich vermuthe, als weil er gern die hauptsächlichste Figur sein möchte". Der Sohn berichtet ferner, daß

Peterborough es dem Vater Methuen in Lissabon sehr übel genommen, daß dieser ihm nicht 6000 Mann von Portugal geschickt habe, wie es doch der positive Befehl der Königin vorschreibe. „Aber was ihn am meisten von allem verdrießt, fügt dann der jüngere Methuen hinzu, ist die große Wahrscheinlichkeit, daß Galway vor ihm nach Madrid gelangt" [1]).

Hier scheint der Schlüssel des ganzen Verhaltens von Peterborough im Mai 1706 zu liegen. Er wünschte nicht bloß eher als Galway nach Madrid zu gelangen, um da die ersten Ehrenbezeugungen zu erhalten, sondern namentlich eher als der König Carl III. selber, und darum machte er, so viel an ihm war, diesem den Zug auf Madrid damals unmöglich.

Mittellos und noch dazu verschuldet, wie Carl III. in Barcelona war, konnte er im Mai und auch noch bis in Juni hinein nicht nach Madrid aufbrechen. Peterborough seinerseits vermißte für diesen Zug die 6000 Mann, auf die er gehofft. Für Wochen lang blieb Carl III. noch in Barcelona, Peterborough in Valencia. Inzwischen rückte das englisch-portugiesische Heer unter Galway und Das Minas von Portugal aus ostwärts. Wir haben die Bewegungen derselben ins Auge zu fassen, zuerst vor ihrer Kunde der Wendung der Dinge vor Barcelona, dann nach derselben.

Der Feldzug der Verbündeten von Portugal aus.

Der Ober-Feldherr der verbündeten Armee war ein geborener Franzose, aus der hugenottischen Familie Ruvigni, der in den Dienst Wilhelms III. getreten, von diesem zum Lord Galway ernannt war. Der Führer des spanisch-französischen Heeres, Marschall Berwick, war ein geborener Engländer, Sohn Jacobs II. und einer Schwester Marlboroughs. Die verbündete Armee zählte 11.000 Engländer und Holländer und 17.000 Portugiesen, war also an Zahl und in Betreff der ersteren, die aus altgedienten Truppen bestanden, auch an Qualität denjenigen Berwicks überlegen, die sich auf etwa 10.000 Mann belaufen mochten, zum bedeutenden Theile ungeübt und unerfahren. Die Auf-

[1]) But what vexes him most of all, is the great probability of my Lord Galway's getting to Madrid before him.

gabe Berwicks war daher eine sehr schwierige. Sie ward ihm erleichtert durch die Differenzen seiner Gegner. Galway wollte im Dienste der Allianz mit Uebermacht direct auf Madrid marschiren. Der ihm im Commando gleich stehende General Das Minas und seine Landsleute dagegen gingen darauf aus, daß zuerst Portugal bei der Allianz seine Rechnung finden solle. Sie bestanden daher darauf, daß zuerst das weiter südlich gelegene Badajoz genommen werden müsse, welches der Allianz-Vertrag von 1703 an Portugal überwies, welches dagegen für den Marsch auf Madrid direct von keinem Nutzen war. Da der Kriegsrath sich nicht einigen konnte, so wählte der König Don Pedro einen Mittelweg und entschied, daß der erste Angriff der Stadt Alcantara gelten, und von dort aus der Marsch auf Madrid angetreten werden solle.

Am 14. April capitulirte Alcantara. Der Marsch, dem Berwick mit seiner schwächeren Macht nicht entgegen zu treten wagte, ging am rechten Tajo-Ufer weiter nach Plasencia. Indem Berwick erkannte, daß Madrid das Ziel sein werde, entsendete er dahin einen Courier mit der Bitte, daß die Königin sich zur Armee begeben möge, um durch ihre Gegenwart ermuthigend zu wirken. Ihre Berather, voran die Prinzessin Orsini, sahen indessen das Entfernt-Halten von der Gefahr für sicherer an [1]).

Die Verbündeten erreichten Plasencia am 28. April. Dort erhob sich im Kriegsrathe abermals die Differenz. Galway forderte nachdrücklich den geraden Marsch auf Madrid. Die portugiesischen Generale widerstrebten, fügten sich aber endlich darein auf Almaras zu gehen. Dort, am 4. Mai, erneuerten sie ihren Widerspruch.

Die Nachricht dieses Verhaltens der Portugiesen erregte bei den Verbündeten heftigen Unwillen, namentlich in London. Viele redeten geradezu von Verrath. Andere meinten, es sei die Absicht der Portugiesen, den Feind nicht allzu hart zu drängen, so lange man nicht den Ausgang der Dinge vor Barcelona wisse. Im Falle der Einnahme dieser Stadt sei für die Verbündeten in Spanien alles verloren, und dann stehe für Portugal die Rache Philipps V. in sicherer Aussicht. Wenn aber die Portugiesen sich der Grenze nahe hielten, könnten sie

[1]) Berwick t. I, p. 204.

in jenem Falle anführen, daß sie allerdings an der Allianz Theil genommen, jedoch in der Absicht dem Königreiche Spanien keinen sonderlichen Nachtheil zuzufügen[1]).

Die portugiesischen Gesandten im Haag und in London widersprachen laut einer solchen Ausdeutung des Verhaltens ihrer Landsleute, als aus dem Uebelwollen Galways entsprungen; aber es ist zu bemerken, daß Berwick seinerseits für die Unthätigkeit der stärkeren Macht ihm gegenüber wesentlich dieselbe Erklärung fand[2]). Beiderseits wußte man um die Belagerung von Barcelona; aber der Ausgang derselben blieb, bis zum Ende des Monates Mai, im Westen von Spanien unbekannt.

Auf die Nachricht des widerstrebenden Verhaltens der Portugiesen ließ die englische Regierung durch Methuen in Lissabon erklären, daß sie, im Falle fernerer Weigerung, die Zahlung der Subsidien einstellen werde. Indessen erfolgte diese Drohung erst im Juni, und bis dieselbe ihre Wirkung that, sehen wir die verbündete Armee, im Sinne jener Erklärung, sich mehr an der Grenze von Portugal halten, um dort Erwerbungen zu machen, die der Marschall Berwick ihnen nicht verwehren konnte, und die doch auch den Zorn Philipps V. nicht allzu sehr reizen würden. Von Almaras aus marschirte die Armee, anstatt im Tajo-Thale hinauf nach Madrid, wieder zurück nach Plasencia und von dort weiter nordwärts, gegen Ciudad Rodrigo. Galway gab darin nach, um wenigstens den abermaligen Plan auf das südwärts gelegene Badajoz zu vereiteln. Am 20. Mai umlagerte die verbündete Armee die Stadt Ciudad Rodrigo, die am 26. capitulirte[3]).

Am 1. Juni trafen gleichzeitig bei den feindlichen Heerführern, bei Berwick und bei Galway, die Berichte über den Ausgang der Belagerung von Barcelona ein. Berwick erfuhr zugleich, daß zur Verstärkung für ihn 30 französische Bataillone und 20 Schwadronen im Anmarsche seien, daß der König Philipp V., nachdem er von Perpignan aus die Pyrenäen von Ost nach West umkreist, von Bayonne aus Spanien wieder betreten habe und sich auf dem Wege nach Madrid befinde. Berwick entsendete sofort an ihn einen Courier mit der Bitte in Burgos

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. Juni. — Lamberty t. IV, p. 145.
[2]) Berwick t. I, p. 206.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 11. Juni.

anzuhalten, damit er nicht bei dem nunmehr vorausſichtlichen und unabwendbaren Vorrücken der verbündeten Armee auf Madrid ſofort wieder genöthigt werde, aus ſeiner Hauptſtadt zu fliehen. Allein bereits am 6. Juni traf Philipp V. in Madrid ein[1]).

In der That erhoben nun die Portugieſen bei Galway gegen den Marſch auf Madrid keinen Einwand mehr. Am 3. Juni brach die Armee von Ciudad Rodrigo auf und gelangte am 6. nach Salamanca, welches Berwick am Tage zuvor verlaſſen hatte. Von Salamanca aus lagen den Verbündeten die Wege offen nach Valladolid oder Madrid. In den Augen Berwicks war der erſtere gefährlicher für ihn und ſeine Truppen, und machte eben ſo wohl wie der andere das Verbleiben des Königs Philipp V. in Madrid unzuläſſig. Allein am 12. marſchirten die Verbündeten auf Peneranda, alſo in der Richtung auf Madrid. Bei der Sommerhitze ging der Marſch langſam vorwärts. Berwick, auf Madrid zurückweichend, nahm am 21. Juni bei Funcaral, zwei Stunden von Madrid, den König Philipp V. bei ſeiner Armee auf. Im Gefolge Philipps V. befanden ſich nur vier Granden von Spanien: Medina Sidonia, Oſſuna, Veraguas und Aguilar. Berwick ſetzte zugleich durch, daß die Flucht der Königin und ihres kleinen Gefolges nicht, wie die Prinzeſſin Orſini verlangte, zur größeren Sicherheit auf das ferne Pampeluna in Navarra gerichtet werde, ſondern, damit nicht dem Gerüchte von der Abſicht des Verlaſſens der Krone Nahrung gegeben werde, nach Burgos noch innerhalb Caſtiliens. Eben darum ſollten auch die höheren Behörden von Madrid dahin folgen. Am 22. Juni zog Berwick bei Torrejon den ſpaniſchen General Las Torres an ſich, ſo daß er nun ausreichende Cavallerie beſaß, die Flucht der Königin nach Burgos zu decken. In den nächſten Tagen hielten Galway und Das Minas mit ihren Truppen ihren Einzug in Madrid und proclamirten Carl III.[2])

Der Marſchall Berwick beurtheilt dies ganze Verfahren der verbündeten Heerführer mit folgenden Worten: „Wenn ſie, anſtatt ſich nach Madrid zu begeben, dort den Erzherzog als König zu proclamiren und auf Nachrichten von ihm zu warten, direct gegen mich marſchirt

---

[1]) Berwick t. I, p. 210.

[2]) A. a. O. p. 222.

wären, so würden sie unfehlbar mich über den Ebro zurückgedrängt haben, bevor ich irgend welche Hülfe erlangen konnte, und dann würde es mir sehr schwer geworden sein wieder vorzudringen. Dazu hätten dann auch der Erzherzog und Peterborough die volle Zeit gehabt, von Osten her mit aller Sicherheit zu ihnen zu stoßen" [1]).

Die Worte Berwicks entsprechen seinem früheren Urtheile, daß es ein Fehler der verbündeten Generale war, von Salamanca aus auf Madrid zu marschiren, statt auf Valladolid.

Auch so freilich schien Vielen die Sache Philipps V. verloren. Zwar zeigten sich offen im Lager der Verbündeten auch nur vier Granden von Spanien: Medina Celi, Infantado, Lemos, Carpio. Die große Mehrzahl zog vor, sich abwartend zurückzuziehen [2]). Dagegen gab sich die Meinung, daß die Sache Philipps V. verloren sei, thatsächlich kund durch zahlreiche Desertionen, namentlich in der Cavallerie. Berwick bewog den jungen König für sich selber zu handeln. Er ließ die Armee in Parade aufmarschiren. Dann begab sich Philipp V. vor jede einzelne Schwadron, redete sie an und versicherte ihnen seinen Willen in Castilien auszuhalten, mit der Aufforderung auch ihrerseits ihn nicht zu verlassen. Binnen kurzem erwarte er französische Truppen: durch diese verstärkt, werde er dem Feinde im offenen Felde entgegen treten. — In Folge dessen hörten, wie Berwick meldet, zu Ende Juni die Desertionen auf [3]).

Auch die Correspondenz aus der Umgebung der jungen Königin in Burgos mit Versailles in diesen Tagen zeigt geringes Vertrauen in die Zukunft, läßt dagegen die Aussicht auf weitere Flucht durchblicken. Die Königin und die Prinzessin Orsini schickten auf den Wunsch Philipps V. die mitgenommenen spanischen Kronjuwelen in sicherem Geleite nach Paris, um sie dort zu verkaufen oder zu verpfänden. Nach der Ansicht Berwicks hatte dies nur den Zweck, der augenblicklichen Geldverlegenheit Philipps V. abzuhelfen [4]).

Mit diesem Geschäfte ward von Berwick und dem Botschafter Amelot der bisherige Finanzminister Orry, der Freund der Prinzessin

---

[1]) Berwick t. I, p. 222.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. Juli.

[3]) Berwick t. I, p. 214.

[4]) Lettres de M. de Maintenon t. VII, p. 145. — Berwick t. I, p. 215.

Orfini, beauftragt und nach Paris entsendet, mit dem Gebote baldigster Rückkehr. Kaum war er aber abgereist, als sich der Unwille der Castilier so mächtig gegen diesen Mann kund gab, daß Berwick den König bat ihm den Befehl der Nicht-Wiederkehr nachzusenden. Der König, meinte Berwick, sei den Castiliern diese Nachgiebigkeit schuldig für die Anhänglichkeit, welche sie seiner Person bewiesen. Die Entscheidung darüber stand, wie immer, in Versailles. Ludwig XIV. indessen genehmigte die Gründe Berwicks[1]).

In der That hielten die Castilier fest für Philipp V., so sehr, daß Berwick den Ausdruck gebrauchte: ihrer Anhänglichkeit und Treue für die Person Philipps V. allein verdanke dieser die Erhaltung seiner Krone.

Es war eine unzweifelhafte Thatsache, daß in den Monaten Juni und Juli, trotz der Anwesenheit der verbündeten Truppen in Madrid, der Eifer für Philipp V. in Castilien, so wie auch in Andalusien immer wärmer wurde. Die Generale hatten in Madrid den König Carl III. mit Pomp proclamirt; aber das Volk jubelte nicht dazu. Es blieb stumm. Die Granden hielten sich fern. Die Behörden leisteten, was von ihnen verlangt wurde; aber darüber hinaus zeigten sie keine Willfährigkeit. Die Verbündeten standen wie in einem feindlichen Lande, welches gehorcht, weil es nicht anders kann. Aber sie fanden Gehorsam nur bis so weit ihre Waffen reichten. Darüber hinaus waren die Castilier, die Andalusier willfährig für die Sache Philipps V.

Dennoch dürfte es nicht richtig sein die Person des letzteren dabei in den Vordergrund zu stellen. Seine Persönlichkeit hatte sich weder in Italien, im Jahre 1702, noch in Catalonien einige Monate früher, die Sympathien der Menschen erworben. Die Grundzüge der Sympathien und Antipathien lagen tiefer: die verschiedenen Völkerschaften der Halbinsel traten hier in Wechselwirkung. Weder von den Cataloniern, und noch viel weniger von den Portugiesen, den einstigen Rebellen, wollten sich die Castilier einen König setzen lassen. Wie bei den Andalusiern eine ähnliche Stimmung gegen Portugal obwalten mochte, so kam bei ihnen gegen die Bundesgenossen Carls III., die Engländer und die Holländer, noch die Erinnerung an die vier Jahre zuvor im Angesichte von Cadix begangenen Frevel.

---

[1]) Berwick t. I, p. 215.

Galway und Das Minas waren bestrebt während ihres Aufenthaltes in Madrid die Rechtsbasis zu erschüttern, auf Grund deren Philipp V. die Krone von Spanien angenommen. Der einstige Ubilla, damals Marquis Ribas, der bei dem Testamente Carls II. vom 3. October 1700 als Notar fungirt hatte, war, weil später mit der Regierung Philips V. zerfallen, bei der Ankunft der verbündeten Armee in Madrid geblieben, und betheiligte sich dann an den im Namen Carls III. berufenen Rathscollegien. Galway und Das Minas verlangten von ihm eine öffentliche Erklärung, daß jenes Testament Carls III. untergeschoben sei. Allein weder durch Bitten noch durch Drohungen vermochten sie ihn dahin zu bringen. Er erwiederte: er habe die Partei Philipps V. verlassen, weil die Verbündeten diesen vertrieben; aber er könne in Ehren nicht eine Unwahrheit unterzeichnen. „Dieses Festhalten, sagt Berwick, hatte für ihn zur Folge, daß, nach der Wendung der Dinge, Philipp V. sich begnügte ihn auf zwei Meilen weit von Madrid zu verbannen, ohne ihm ein weiteres Leid zuzufügen“ [1]).

Uns Späteren liegt es klarer als der damaligen Mitwelt vor, daß die Forderung der Generale Galway und Das Minas, weil von einer irrigen Voraussetzung aus gestellt, unerfüllbar war. Nicht in der Unterschiebung eines Testamentes Carls II. bestand das ungeheuere Verbrechen des 3. October 1700, sondern in dem moralischen Zwange, verübt an einem todtkranken Könige, zum Unterzeichnen eines Testamentes, welches das Gegentheil seines Willens aussprach. (Vergleiche Bd. VIII, S. 589 u. f.) An diesem ungeheueren Verbrechen gegen den sterbenden König, gegen Spanien, gegen das gesammte Europa, war Ribas mitschuldig. Wie er daher der Wahrheit gemäß nicht diejenige Erklärung abgeben konnte, welche Galway und Das Minas von ihm verlangten: so gebot ihm das Interesse seiner eigenen Sicherheit über die Vorgänge des 3. Octobers 1700 überhaupt sich nicht auszusprechen, sondern unbedingt zu schweigen.

Auch der Cardinal Portocarrero, der hauptsächliche Anstifter des Verbrechens vom 3. October 1700, bewies eben damals, daß nicht eine Zuneigung für Frankreich oder für das Haus Bourbon ihn geleitet hatte, sondern sein vermeintlicher Patriotismus und der daraus entkeimende

[1]) Berwick t. I, p. 217.

Wunsch, Spanien vor einem Kriege um die Erbfolge zu bewahren. Denn nun, im Sommer 1706, wo die Dinge sich günstig für Carl III. zu entscheiden schienen, wendete sich der Cardinal von dem flüchtigen Königspaare ab, so sehr daß er der Bitte ihnen Geld vorzustrecken auswich[1]). Dagegen wirkte er mit der Königin-Witwe Maria Anna, die ihren Witwensitz in Toledo hatte, der Muttersschwester Carls III., für die Anerkennung dieses Königs aus dem Hause Habsburg. Sie fanden freilich bei der Bevölkerung von Toledo damit keinen Anklang.

Das Heer der Verbündeten verweilte in Madrid, bis die Nachricht einkam, daß Carl III. sich auf dem Wege dahin befand. Ihre Lage ward inzwischen mit jedem Tage schwieriger, weil die Neigung der Castilier für die Sache Philipps V. unverhohlener hervor trat. Namentlich fing das Landvolk die Couriere auf und lieferte sie dem Marschall Berwick ein, so daß dieser über jede Bewegung der Gegner im voraus zuverlässige Kundschaft hatte[2]).

Am 5. Juli endlich erhielten Galway und Das Minas die Nachricht, daß Carl III. sich auf dem Wege befinde. Demgemäß rückten sie von Madrid aus in der Richtung nach Guadalaxara vor.

Der Zug Carls III. auf Madrid.

Carl III., mittellos wie er war, hatte dennoch endlich, am 23. Juni, sich entschlossen von Barcelona aufzubrechen, und zwar gemäß dem Beschlusse des Kriegsrathes vom 18. Mai, nach Tarragona, in der Richtung von Valencia[3]). Im Vertrauen auf das Handschreiben der Königin Anna, vom 4. December 1705, in der Kunde ferner der Bewilligungen des Parlamentes für die Sache in Spanien, erwartete er, daß Lord Peterborough, bei der günstigen Wendung der Dinge im Westen, nun nicht mehr zaudern werde, ihm die erforderlichen Mittel zu gewähren. Noch vor der Ankunft in Tarragona jedoch, unterwegs, erhielt Carl III. von Peterborough aus Valencia verschiedene Briefe mit Betheuerungen, daß er keine Mittel für den König in Händen habe.

---

[1]) Lettres inédites de M. la princesse des Ursins p. 143, 152.

[2]) Berwick t. I, p. 218.

[3]) Für dies und das Folgende die Denkschrift des Grafen Gallas vom 20./31. August, in Anlage II.

Es ist von besonderer Wichtigkeit, dies mit den eigenen Worten Peterboroughs klar zu stellen. Nachdem er am 10. Juni von Valencia aus dem Könige gemeldet, daß er über gar keine Mittel für ihn verfüge, daß er nicht vermöge den geringsten Schritt für den Dienst des Königs zu thun, daß der König selber auf ein Heilmittel bei dieser Lage der Dinge sinnen möge, wiederholt er diese Versicherungen am 17. Juni, wie folgt [1]).

„Ew. Majestät dürfen mir glauben, daß ich mich in keiner angenehmen Lage befinde, wo ich sehe, daß über alles Geld, welches ich gemäß den Erfordernissen der allgemeinen Angelegenheiten verwenden zu können meinte, durch die letzten Befehle der Königin bereits verfügt, und daß die Summe, auf welche ich Wechsel zu ziehen meinte, völlig verausgabt ist." Er zählt dann eine Reihe einzelner Beträge auf, und meldet, daß er einen Officier Richard mit allen Rechnungen dem Könige einsenden werde.

„Ich sehe mich daher genöthigt, fährt er fort, die Truppen Ew. Majestät in Valencia zu belassen, weil ich durchaus keine Mittel besitze sie im Felde zu unterhalten. Ich möchte Himmel und Erde in Bewegung setzen, um diese Truppen wieder in den Stand zu bringen zu marschiren. Aber völlig ohne Geld ist das nicht möglich."

„Ich lasse die Truppen nach Requena vorgehen, damit sie bereit stehen, sei es nach Madrid, sei es nach Arragonien. Mit einigen anderen begebe ich mich nach Alicante, in der Erwartung, daß man die Dinge für einen Marsch in den rechten Stand bringen und Nachricht von den Portugiesen her erhalten könne, in der Hoffnung auch dort einiges Geld zu finden. Wenn Ew. Majestät oder Ihre Truppen nach Saragossa vorgingen, so könnte man vielleicht auch dort etwas finden."

Diese Briefe des englischen Ober-Befehlshabers machten es dem Könige Carl unmöglich, sich, gemäß dem Beschlusse des Kriegsrathes vom 16. Mai in Barcelona, weiter nach Valencia zu begeben. Dagegen deutete der Schluß des letzten auf Saragossa hin.

In der That war in Arragonien die Stimmung der Bevölkerung eben so lebhaft für Carl III., wie in Castilien und Andalusien für Philipp V. Carl III. ging daher auf die wiederholten Erbietungen der Arragonier ein, und beschloß seinen Weg über Saragossa zu nehmen.

---

[1]) Anlage III. — Das Schreiben ergänzt die betreffende Stelle in Anlage II.

Der Weg über Saragoſſa nach Madrid war jedoch beträchtlich weiter und darum vorausſichtlich nicht den Wünſchen in England entſprechend. Denn wie damals die Dinge lagen, war ja doch die Gelangung Carls III. auf den Thron von Spanien eine nationale Angelegenheit der Engländer. Die Kunde von dem endlichen Vormarſche der portugieſiſchen Armee auf Madrid war in London mit freudiger Genugthuung vernommen. Die Königin Anna ſchrieb, am 2. Juli, einen Handbrief an Carl III.: ſie hoffe, daß nunmehr die portugieſiſche Armee in Madrid eingerückt ſein werde. Sie werde derſelben es an Nachſchub nicht fehlen laſſen. Wenn aber, wider Verhoffen, die Portugieſen wieder zurückgehen würden: ſo werde man die ſämmtlichen verbündeten Truppen von Portugal aus nach Catalonien hinüber bringen [1]).

Aehnliche Kundgebungen mögen auch ſchon vorher an Peterborough gelangt ſein und das Bewußtſein der Verantwortlichkeit, die er in England für ſein Verhalten gegenüber dem Könige Carl III. zu tragen haben werde, ſehr lebhaft wachgerufen haben. Er ſchlug um. Am 5. Juli meldete er dem Könige Carl III., daß er die erforderlichen Mittel beſchafft habe, und daß er den König erſuche, den kürzeſten Weg nach Madrid, von Valencia aus über Requena einzuſchlagen. Die Antwort Carls III. beleuchtet die ganze Sachlage [2]).

„Sie legen mir dar, ſagt der König, wie wichtig es ſei mich baldmöglichſt nach Madrid zu begeben, und ſchlagen mir den Weg über Requena als den kürzeſten und ſicherſten vor. Sie melden mir ferner die von Ihnen getroffenen Dispoſitionen über Mannſchaft und Geld, um meine Perſon zu geleiten, und machen mir endlich das Erbieten zu mir zu kommen, um noch Näheres für den guten Ausgang dieſes Unternehmens zu beſprechen. Dafür bin ich Ihnen ſehr verbunden. Indem ich mich aber bereits auf dem Wege nach Arragonien befinde und mich engagirt habe die Reiſe fortzuſetzen, will ich Ihnen die

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 2. Juli.

[2]) Im franzöſiſchen Originale in Anlage II. — Die im Appendix des Werkes: A memoir of the Earl of Peterborough. London, 1853, vol. II, p. 267 ꝛc. abgedruckten Briefe Peterboroughs an Stanhope ſind erfüllt mit heftigen Reden gegen Carl III. und deſſen Umgebung, ſachlich jedoch arm und ungenügend. Es kommt auf die Thatſachen an.

hauptsächlichen Gründe sagen, die mich bewogen und genöthigt haben diesen Entschluß zu fassen."

„Mehrere Ihrer früheren Briefe drücken die Betrübnis aus, die Ihnen die Erwägung bereite, mir durchaus keine Geldhülfe leisten zu können. Ihre Infanterie sei fast völlig zu Grunde gerichtet und unbrauchbar. Sie könnten keine Maulthiere für das Gepäck auftreiben. Ueberhaupt könnten Sie bei der gegenwärtigen Lage der Dinge keinen Schritt für meinen Dienst thun. — Dazu fügte sich von anderer Seite her die Nachricht, daß bei einem Zuge durch Valencia alles mir mangeln, und daß, da ich nicht die nothwendigen Mittel besaß, die Reiseausgaben zu bestreiten, die Truppen, die ich heranführen konnte, in geringer Zeit zu Grunde gehen, so wie meine Person großen Verlegenheiten und Nachtheilen ausgesetzt sein würde. Daher, als ich erkannte, welche Zuneigung und Treue das Königreich Arragonien mir zu beweisen begann, habe ich nothwendiger Weise den Entschluß fassen müssen, mich nach dieser Seite hin zu wenden, wo ich in einem mit Lebensmitteln reich gesegneten Lande hoffen darf, der Subsistenz meiner Truppen und meines Gefolges sicher zu sein, abgesehen von der anderen Hülfe, welche meine getreuen Unterthanen mir gewähren können."

„Von dieser Ansicht geleitet, ließ ich einige Regimenter an die Grenze rücken, wo ich mich gegenwärtig befinde, und nachdem die Bevölkerung bewirkt, daß die Hauptstadt Saragossa sich offen für mich erklärt hat, scheint es meiner königlichen Würde zu entsprechen, daß ich selbst dahin gehe und von dieser Krone Besitz ergreife. Dies um so mehr, da ich auch auf diesem selben Wege mich der Stadt Madrid nähern, und bei Benutzung einer günstigen Gelegenheit, mich mit der Armee des Königs von Portugal vereinigen kann. Denn ich zweifele nicht, daß die verbündeten Generale, welche sie commandiren, meinem Wunsche entsprechend, ein Detachement entgegen senden werden, um meinen Marsch auf die genannte Stadt zu decken. In Saragossa werde ich mich nur sehr kurze Zeit aufhalten, und dann meinen Weg nehmen, wie man ihn als den sichersten und zweckmäßigsten erachten wird. Davon werde ich so bald wie möglich Ihnen Nachricht geben, damit Sie demgemäß den Marsch der Truppen von Requena aus einrichten, wie Sie mich treffen oder sonst meinen Zug sichern können."

„Ich glaube wohl, daß der Weg über Requena frei ist, muß mich jedoch verwundern, daß Sie vermittelst dieses offenen Weges keine neue Nachricht von Lord Galway empfangen, wo doch nichts diese Communication hindern kann."

Außer den in dieser Antwort dargelegten Gründen hatte Carl III. noch einen anderen, den er dem Lord Peterborough nicht aussprach, nämlich das geringe Vertrauen in dessen Worte. Er ließ durch den Grafen Gallas der Königin Anna vortragen, wie sehr ihn von Anfang an der Graf Peterborough getäuscht habe, wie er ihm, im Sommer 1705 in Lissabon, um ihn zur Einschiffung zu bewegen, die an Bord reichlich vorhandenen Geldmittel vorgespiegelt, und dann, nach der Ankunft in Catalonien von dem Könige Geld verlangt und ihn genöthigt habe, auf seinen persönlichen Credit die Summe anzuleihen, für welche Peterborough seinen Zug nach Valencia unternahm.

Von Saragossa aus entsendete Carl III. die betreffenden Schriftstücke an seinen Gesandten Gallas in London, damit er in einer ausführlichen Denkschrift der englischen Regierung die Gründe darlege, die ihn in die Nothwendigkeit gebracht, seinen Weg über Saragossa zu nehmen. Er ließ zugleich seine Bedrängniß vorstellen als die unvermeidliche Folge dessen, daß er von England her gar kein Geld erhalten habe und nun schon seit achtzehn Monaten seinen nächsten Dienern auch nicht das Geringste verabfolgen könne.

Zugleich aber ließ Carl III., noch von Saragossa aus, mit aller Entschiedenheit die Abberufung des Lords Peterborough verlangen. Sowohl sein Commando müsse endigen, als auch dürfe er die ihm übertragenen Functionen eines Botschafters nur Einmal ausüben, zum Antritte und zugleich zum Abschiede.

Bevor noch dieses Verlangen Carls III. an die Königin Anna gelangte, erregten im Laufe des Monates August die aus Spanien eintreffenden Nachrichten die Besorgnisse der englischen Minister. Nach dem Abzuge der Franzosen von Barcelona hatten sie der völligen Unterwerfung von Spanien unter Carl III. sich für so sicher gehalten, daß sie jegliche Andeutung der kaiserlichen Gesandten Gallas und Hofmann auf eine fernere Hülfe für Carl III. mit Verdruß vernahmen[1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. August.

Im August jedoch wurden die Nachrichten bedenklich. Man erfuhr, daß die verbündete Armee in und um Madrid bis zum 8. Juli keine Nachricht von Carl III. noch Peterborough hatte. Es kam weiter die Kunde, daß ein Convoy von Portugal aus für die Armee die Päſſe des Guadarrama-Gebirges beſetzt gefunden habe, und daß es dann ſich auf Salamanca zurückwendend, von den Wällen dieſer Stadt aus beſchoſſen ſei. Die Stadt Salamanca hatte ſich alſo für Philipp V. erklärt, und dadurch war die Communication der Armee bei Madrid mit Portugal abgeſchnitten. Was Berwick ſeinerſeits erzählt, daß er, mit Hülfe des caſtiliſchen Landvolkes, die Couriere abfing, wird durch die Berichte von Spanien nach London hin beſtätigt [1]).

Demnach konnte man ſich in London nicht verhehlen, daß die Dinge in Spanien nicht nach Wunſche verliefen. Bevor daher der Wunſch Carls III. an die Königin um die Abberufung des Lords Peterborough eintraf, handelte die engliſche Regierung in dieſem Sinne. Sie übertrug dem Lord Galway das Ober-Commando der geſammten engliſchen Truppen in Spanien. Dies Patent ward um die Mitte Auguſt abgeſendet [2]). Es war vorauszuſehen, daß Peterborough ſich ihm nicht unterordnen, ſondern lieber zurücktreten werde. Aber er konnte dann als Botſchafter bei Carl III. bleiben wollen? Man rechnete darauf, daß er, der ſich in der Rolle eines Eroberers gefallen, diejenige eines Botſchafters für zu gering anſehen und daher aus freiem Willen zurückkehren werde.

Mit der Häufung der Nachrichten aus Spanien, im Auguſt, ſtieg aber auch der Unwille in London gegen Peterborough. Er ſelbſt hatte zu ſeiner Rechtfertigung den Oberſten Richards dahin geſendet. Die Reden desſelben vermochten wenig gegen die Thatſachen. Von Anfang an hatte es zu allgemeiner Verwunderung gereicht, daß die Regierung dem Phantaſten und widerſpenſtigen Manne ein ſo wichtiges Commando anvertraut. Nach dem lebhaften und wiederholten Danke, den Peterborough der Lady Marlborough ausgeſprochen, ſcheint ja ſie hauptſächlich dieſe Ernennung betrieben zu haben. Marlborough und Godolphin waren darauf eingegangen. In ihrem Verdruſſe über die

[1]) Die ſämmtlichen Berichte von Gallas und Hoffmann im Auguſt.

[2]) Hoffmann im Berichte vom 24. Auguſt: vor acht Tagen.

Täuschung, die sie erfahren, überboten sie einander in ihrer Correspondenz durch ähnliche Anklagen wie gegen den Lord Peterborough, auch gegen den Fürsten Liechtenstein, ohne jedoch eine Thatsache gegen denselben anzuführen[1]). In Betreff Peterboroughs dagegen ward es bald allgemein kund, daß von den 250,000 Pfund Sterling, die das Parlament im Herbste zuvor für die spanische Angelegenheit bewilligt, dem Könige Carl III. auch nicht ein Kreuzer zugekommen war, weder für ihn persönlich, noch für seine Mannschaft. „Darüber thut sich ein solches Murren hervor, meldet Hoffmann aus London, am 27. August, daß das Ministerium suchen wird, der Sache in Spanien durch ein anderes Mittel abzuhelfen."

Der Hülfe bedurften dort die Dinge allerdings täglich mehr.

Gemäß dem Schreiben Carls III. an Peterborough, vom 5. Juli, daß er sich nach Saragossa begeben werde, um von dort aus auf Madrid zu marschiren, traf er am 12. Juli in Saragossa ein. Dahin war Noyelles, der im Beginne des Jahres aus dem holländischen Dienste in denjenigen Carls III. getreten war, ihm mit einigen Truppen schon vorausgegangen. Die gesammte Mannschaft, die Noyelles und der Prinz Heinrich von Hessen-Darmstadt führten, bestand aus nicht 4000 Mann. Die Arragonier begrüßten freudig ihren König und gewährten die Mittel, ohne welche Carl III. den Marsch auf Madrid nicht hätte antreten können. Am 23. Juli brach Carl III. von Saragossa in der Richtung nach Guadalaxara auf. Am 4. August stieß Lord Peterborough von Requena her zu dem Könige Carl III., jedoch allein, und kündete den Marsch seiner Truppen an. Am 5. August gelangte Carl III. nach Guadalaxara und nahm sein Quartier im Palaste Infantado. Dort erschien zur Huldigung vor ihm ein einziger Grande, der Graf Oropesa. Zwei Tage später trafen auch die Truppen Peterboroughs ein. Es waren einige hundert Reiter und einige Regimenter Infanterie. Man hatte nicht viel von ihm erwartet; aber diese Anzahl Truppen blieb, nachdem er zuletzt doch wieder so viele Verheißungen gemacht, um Carl III. zu dem Marsche über Valencia und Requena zu bewegen, unter aller Erwartung[2]).

[1]) Bei Coxe vol. I, p. 469.

[2]) Diarium des Feldzuges vom 2., 5., 7. August.

Diese beiden Thatsachen, daß Peterborough so spät sich zur Vereinigung mit Carl III. und mit dem englisch-portugiesischen Heere auf den Weg begeben, und daß er es mit so geringer Mannschaft gethan — machten später im englischen Parlamente zwei der stärksten Anklagen gegen ihn aus.

In Guadalaxara weigerte er sich das Ober-Commando Galways anzuerkennen, und kehrte zurück nach Valencia.

Es dürfte freilich die Frage sein, ob Carl III. von der anderen Seite so sehr viel besser berathen war. Die Generale Galway und Das Minas meinten im Besitze Madrids zu sein, um den König Carl III. in die Stadt hinein zu geleiten; aber am 4. August zog Philipp V. dort wieder ein. Berwick konnte sich des Spottes über die Unkenntnis seiner Gegner nicht enthalten. Seine französischen Verstärkungen waren ihm zugezogen durch Navarra, dann durch Castilien, an der Grenze von Arragonien her. Dennoch erfuhren Galway und Das Minas dies erst nach der Ankunft derselben durch Deserteure, und wollten es dann erst noch nicht glauben. Sie hielten die Menge der feindlichen Zelte für eine Kriegslist. Berwick bemerkt darüber: Cela ne donne pas une bien haute idée ni de la capacité, ni de la prévoyance de leurs généraux[1]).

Schlimmer jedoch war ein Anderes. Vom Betreten der castilischen Grenze an hatte Carl III. die Stimmung der Bevölkerung abgeneigt gefunden. Diejenigen Einwohner, welche darüber zu Rede standen, gaben als Grund ihrer Abneigung an ihre Furcht vor den Engländern und Holländern[2]). Diese Furcht war nicht unbegründet. Wie das verbündete Heer in Castilien nicht mit Entgegenkommen aufgenommen war, so ging es seinerseits nicht darauf aus, sich Zuneigung zu erwerben. Die Truppen handelten ähnlich wie vier Jahre zuvor bei Cadix in Puerto St. Maria. „In Castilien, meldete später der Prinz Liechtenstein dem Kaiser, sind die Städte und das ganze Land, wohin nur die verbündete Armee hat langen können, zum Theile verbrannt und durchgehends bis auf den Grund ruinirt und geplündert"[3]). Es

[1]) Berwick t. I, p. 222, cf. p. 225.
[2]) Diarium des Feldzuges, vom 2. August.
[3]) Bericht Liechtensteins vom 24. October.

war nicht die rechte Weise, das Königreich für Carl III. zurück zu gewinnen, sondern eher es für Philipp V. zu sichern. Dieser ließ die Königin-Witwe Maria Anna, die für ihren Neffen Carl III. thätig gewesen war, unter Escorte nach Bayonne bringen.

Beiderseits war es nicht die Absicht zu einer Feldschlacht zu kommen. Die Verbündeten suchten von Guadalaxara aus südwärts Toledo zu gewinnen, um sich die Communication mit Portugal wieder zu sichern. Berwick dagegen legte sich so, daß er diese Verbindung abschnitt. Am 14. August lagerte das verbündete Heer bei Chinchon am Tajo. Längere Zeit, bis in den Monat September, verblieben die Verbündeten in dieser Stellung, hoffend, daß ein Succurs von Portugal her zu ihnen durchbrechen würde[1]). Er kam nicht. Berwick dagegen, der ihnen gegenüber lag, griff sie nicht an, weil sie täglich schwächer wurden, wie er im selben Verhältnisse stärker, in Folge des Mangels bei der feindseligen Haltung der Castilier.

Nach langen Berathungen der Verbündeten ward, am 8. September, der Beschluß des Abzuges nach Osten hin gefaßt. Berwick folgte; aber oft ward dies Folgen zur Verfolgung, zumal bei der Ueberlegenheit an Zahl der französischen Cavallerie. Dagegen kam den Verbündeten, bei allen ihren Entbehrungen, zu statten, daß auch die Armee Berwicks an Mangel litt[2]). Noch im September fanden sich die Verbündeten aus ganz Castilien hinausgedrängt.

Nur in der Stadt Cuenca, die man den Schlüssel Castiliens nannte, blieb eine Besatzung von reichlich 2000 Mann zurück. Von dort aus jedoch konnte man weder mit Arragonien, noch mit Valencia die Communication behaupten. Die Besatzung war also wie abgeschnitten, und noch dazu ungenügend mit Munition versehen. Nach wenigen Tagen der Belagerung erbot sich die Besatzung zur Capitulation; aber Berwick gestattete keine andere Bedingung als diejenige der Kriegsgefangenschaft.

Der Verlust war für Carl III. schwer; denn die Mehrzahl dieser Truppen bestand aus den von ihm errichteten Regimentern. „Damit ist der ganze Fuß der Infanterie des Königs auf einmal verloren

---

[1]) Diarium des Feldzuges 1706.

[2]) Berwick t. I, p. 231.

gegangen", meldet Liechtenstein dem Kaiser, nicht ohne Vorwurf über das Preisgeben dieser Truppen in einem so exponirten Platze[1]).

Aber Berwick ging weiter. Nach der Einnahme einer Reihe kleinerer Städte gewann er am 18. November Cartagena. Im Westen nahmen die Franco-Spanier Alcantara zurück. Nach allen Seiten endete der Feldzug des Jahres 1706 zu Gunsten Philipps V. Doch blieb Carl III. im Besitze von Valencia, Catalonien, Arragonien.

Der Marschall Berwick, dem Philipp V. zum großen Theile diese Erfolge verdankte, stellt einen Rückblick auf den Feldzug an mit folgenden Worten: „Der Feldzug war einer der auffallendsten durch den Wechsel der Dinge. Der Beginn hatte uns die Aussicht eröffnet auf das völlige Zusammenbrechen unserer Angelegenheiten; aber die Folgezeit war für die Waffen der beiden Kronen ebenso nützlich wie ruhmvoll. Der Feind war Herr von Madrid, keine Armee vorhanden ihm entgegen zu treten, der König (Philipp V.) genöthigt die Belagerung von Barcelona aufzugeben und nach Frankreich zu fliehen —: Das alles schien über das Schicksal Spaniens zu entscheiden. Und es ist ohne Zweifel, daß, wenn unsere Feinde verstanden hätten, die Gunst der Umstände zu benutzen und ihren Vortheil auszubeuten, das Königthum des Erzherzogs den Sieg davongetragen hätte, ohne irgend welche Hoffnung der Wiederkehr für Philipp V. Aber die groben Fehler, welche die Generale des Ersteren begingen, die Treue ferner der Castilier, gewährten uns Zeit und Mittel, wieder die Oberhand zu erlangen und die Feinde aus Castilien zu jagen"[2]).

Man sieht, daß in dieser Beurtheilung der Marschall Berwick für sich selber kein Verdienst in Anspruch nimmt, und dadurch sich sehr vortheilhaft von seinen Zeit- und Standesgenossen, Vendome und Villars, unterscheidet.

Neue Hülfe der Verbündeten für Carl III. nach Spanien.

Indessen hatten die Nachrichten der letzten Monate auch nach England hin ihre Wirkung geübt und dort die Nothwendigkeit neuer Hülfe für Carl III. nahe gelegt. Die Mittel dazu waren bereit.

---

[1]) Liechtensteins Bericht vom 24. October.

[2]) Berwick t. I, p. 238.

Seit Monaten nämlich projectirten England und die Republik eine Landung mit bedeutender Macht an irgend einem Punkte der Küste von Frankreich. Der Vorschlag hatte seinen Ursprung von einem Franzosen, Marquis Guiscard, und fand einen besonders eifrigen Vertreter in Marlborough [1]). Man meinte dadurch einen Aufstand in Frankreich gegen die drückende Herrschaft Ludwigs XIV. hervorrufen zu können, und wollte zu diesem Zwecke auch den früheren Führer der Sevennolen, Cavalier, verwenden, der in der Republik der Niederlande ein Regiment erhalten hatte. Andere bestritten die Zweckmäßigkeit. Sie meinten, es würde ein vergebliches Bemühen sein, ein an die Sclaverei gewöhntes Volk zum Aufstande zu reizen, zum Zwecke der Wiedererringung einer längst entschwundenen Freiheit, von der dasselbe auch nicht eine Vorstellung mehr besitze [2]). Trotz dieses Einwandes ward der Plan festgehalten, und nur die Ausrüstung verzögerte sich.

Der Plan bezweckte, in die Garonne einzufahren und dort zwischen Blaye und der Mündung der Charente das starke Corps der Landungstruppen auszusetzen. Diese sollten sich der Stadt Xaintes bemächtigen, damit sie dadurch eine Deckung hätten, die ihnen die Zeit gewähre, Befestigungen aufzuwerfen, von denen aus sie dann die Streifcorps aussenden würden, um die Sevennen zu insurgiren. Nach dem Erfolge hatten dann die weiteren Unternehmungen sich zu richten. In jedem Falle glaubte man im Stande zu sein, die französischen Schiffe in Rochefort zu verbrennen. Wenn eine genügende Volkserhebung statt finde, daß man wagen könne in Guyenne festen Fuß zu fassen, so sollten noch im Laufe des Winters neue Truppen nachkommen, um den Krieg mitten in Frankreich hinein zu verpflanzen und zu nähren [3]).

Am 21. August konnte endlich die Flotte auslaufen, unter Shovel als Admiral und dem Grafen Rivers als Commandanten der Landungstruppen. Aber bereits am 27. befand sie sich, vom Sturme zurückgeworfen, wieder in der Bucht von Torbay. Dann verband sich die Frage, ob die Jahreszeit für einen Landungsversuch in Frankreich nicht bereits zu weit vorgerückt, mit der anderen, ob diese Ausrüstung nicht

[1]) Man vergleiche Murray vol. II, p. 579.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. August.

[3]) Berwick t. I, p. 242. Er hat den Plan, der damals Geheimnis blieb, in späteren Zeiten von einem englischen Minister erfahren.

zweckmäßiger nach Spanien hin zu verwenden sei. Diese letztere Ansicht behielt die Oberhand. Zugleich aber lag dem englischen Cabinet die Denkschrift des Grafen Gallas vor, vom 31. August, enthaltend die Beschwerden Carls III. über Peterborough und das Verlangen der Abberufung desselben. Daß dies Verlangen begründet sei, ward nicht in Zweifel gezogen; nur wollten die Minister ungern seine Rückkehr. „Dort ist er nutzlos und zänkisch, meldet Godolphin an Marlborough, hier würde er eben so lästig sein“[1]). Sie gingen daher bereitwillig auf den Vorschlag des Savoyarden Maffei ein, den Lord Peterborough von Spanien aus mit einiger Mannschaft zu dem Herzog Victor Amadeus zu entsenden. Im September segelte die Flotte mit den Truppen nach Spanien ab[2]).

Nach dem Erleiden vieler und schwerer Stürme gelangte die Flotte unter Shovel im November nach Lissabon. Sein Auftrag war in die Mündung des Guadalquivir einzulaufen, sich der Stadt San Lucar zu bemächtigen, dann Sevilla zu nehmen, um von da aus eine Angriffsbasis gegen Cadix zu haben. Aber der Zustand der Mannschaft und der Flotte selbst forderte eine Rast von mindestens vier Wochen in Lissabon, und dann war jener Plan unausführbar. Dagegen schilderten die Berichte aus Valencia den Zustand der verbündeten Armee dort derartig herabgekommen, daß man höchstens hoffen dürfe, sie werde sich bis zum Frühling halten. Bei dem Eifer der Castilier aber für Philipp V. werde nur eine völlig überlegene Armee vermögen, ihn hinaus zu treiben[3]).

Man rechnete damals, daß sich in Spanien und Portugal befanden 35 englische und 15 holländische Bataillone, dazu reichlich 20 Schwadronen. Aber es war nur der Rahmen dieser Truppen, die Füllung zeigte große Lücken.

Während die englische Regierung im December erwog, auf welche Weise für Carl III. Hülfe zu leisten sei, starb der König Dom Pedro, am 9. December. Es war die Frage, ob unter dem Nachfolger Dom Joan die französische Partei unter der Führung Cadavals den Sieg

---

[1]) Murray vol. II, p. 125.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. September.

[3]) Desgleichen vom 29. November.

davontragen würde. Dann war, ohne die freie Benutzung des Hafens von Lissabon, die Fortführung des Krieges in Spanien für die Seemächte schwer, wenn nicht unmöglich. Aber die portugiesischen Truppen unter Das Minas standen in Valoncia, abgeschnitten von der Heimat: man konnte sie weder zurückrufen, noch preisgeben. Die Volksstimmung war für die Fortsetzung des Krieges. Portugal beharrte bei der Allianz[1]).

Zugleich verlangten die Boten Carls III. und Galways, in Lissabon und in London, daß alle verfügbare Hülfe sich unverweilt nach Valencia begebe. Diesen Wünschen gemäß ergingen an den Admiral Shovel in Lissabon die Befehle. Der General Stanhope, den Carl III. nach London entsendet, hatte ferner erreicht, daß die englische Regierung dem Könige Carl direct die Mittel versprach zum Unterhalte eines kleinen Heeres von nahe an 6000 Mann und seines Hofstaates, in Allem 10,000 Pfund Sterling monatlich[2]).

Indessen schon vorher hatte die unmittelbar dringende Noth des Königs Carl III., in die der Lord Peterborough durch die Nicht-Auslieferung der von England her für ihn bestimmten Gelder ihn gebracht, dadurch aufgehört, daß die von seinem Bruder, dem Kaiser Joseph, überwiesenen 300,000 Gulden angekommen waren, im October. Sie setzten ihn in den Stand, die seit zwei Jahren bis dahin rückständigen Besoldungen seines Hofstaates zu bezahlen[3]).

Die Fortdauer der ungarischen Wirren im Jahre 1706.

Unkenntnis der Vermittler über die Sachlage.

Wiederholt hatten die ungarischen Insurgenten nach einem erlittenen Schlage ihre Furchtbarkeit durch eine rasche Unternehmung in Erinnerung gebracht. Fast gleichzeitig mit dem Eintreffen zuverlässiger Nachrichten über den Tag von Sibo erschien in den Weihnachtstagen 1705 eine Schaar Insurgenten vor der Stadt Oedenburg, die treu zum Kaiser hielt. Auch Bercseny verfügte sich von Tyrnau aus dahin. Die Stadt war nicht bloß an sich blühend, sondern diente auch, weil

[1]) Hoffmanns Berichte vom 21. und 31. December.
[2]) Desgleichen vom 7. December.
[3]) Liechtensteins Bericht aus Valencia, vom 24. October.

die Umgegend auf ihre Festigkeit vertraute, als die Zufluchtsstätte für die Begüterten und ihre Habe. Um so lockender also erschien die in Aussicht stehende Beute. Bercseny warf Hunderte von Bomben und glühenden Kugeln hinein, so daß ein großer Theil der Stadt in Rauch aufging. Aber ungeachtet der Schwäche der Befestigung leisteten die Bürger im Vereine mit der kleinen Besatzung einen so nachdrücklichen Widerstand, daß Bercseny, am 10. Januar 1706, den Abzug beschloß. Der Engländer Stepney hob in seinem Berichte über die mannhafte Vertheidigung hervor, daß die Bürgerschaft von Oedenburg protestantisch war [1]).

Wie jedoch die Niederlage von Sibo bei Rakoczy und Bercseny nicht eine Friedenswilligkeit hervorgerufen hatte, so fiel dafür noch viel weniger ins Gewicht der nicht ehrenvolle Abzug von Oedenburg.

Wir haben die schweren Vorwürfe der holländischen Vermittler über die geringe Friedenswilligkeit Bercsenys als des Hauptes der ungarischen Deputation in Tyrnau vernommen. Darum jedoch lobten sie noch nicht die Neigung zum Frieden auf kaiserlicher Seite, und noch weniger als die Holländer brachte der Engländer Stepney eine solche Anerkennung entgegen. Auch in England selbst hatte das Verhalten Bercsenys in Tyrnau nicht nachtheilig für die Sache der Aufständischen gewirkt. Der Staats-Secretär Harley begleitete die Uebersendung neuer Vollmachten, wie Bercseny sie verlangt, an Stepney, mit dem Wunsche, daß die Ungarn, bevor es zu spät, die Vermittler als ihre besten Freunde erkennen möchten [2]). In der That durfte Stepney dies Zeugnis für sich beanspruchen. Er misbilligte in einem Schriftstücke von kaiserlicher Seite die Ausdrücke Amnestie und Gnade. „Die Ungarn, sagte er, wollen nichts hören von Amnestie, Gnade oder Pardon, sondern sie erklären als ein freies Volk ihr Recht mit den Waffen behaupten zu wollen, bis sie dasselbe durch einen gerechten und legalen Vertrag sichern können" [3]).

In seinem günstigen Vorurtheile für die Person des Franz Rakoczy ward der Engländer Stepney eben damals durch den Ungar Okolicsany

[1]) Stepneys Berichte vom 2., 6., 13. Januar, p. 313, 326, 347.
[2]) Schreiben vom 8. Januar, p. 335.
[3]) Schreiben vom 23. Januar, p. 366.

bestärkt. Dieser sprach seine Besorgnis darüber aus, daß das Friedenswerk scheitern werde an dem Rechte Siebenbürgens auf die freie Fürstenwahl. Er berichtete dann über die Stellung von Rakoczy in dieser Angelegenheit. Dieser habe oft erklärt, daß er darin nicht seine Privatsache, sondern das öffentliche Recht verfechte, und betheuert, daß er alles aufbiete den Krieg zu beenden, und ein sehnliches Verlangen nach dem Frieden trage. Unter Anderem habe er dann gesagt: „Wäre ich doch auf meinen Vortheil ausgegangen! Hätte ich nicht viel mehr erreicht, wenn ich, nach dem Beispiele Anderer, mich an die Türken geklammert hätte? — Ich sehe freilich, zu meinem größten Schmerze, daß ich, wenn diese Verhandlungen keine bessere Frucht tragen als die früheren, bald dahin gezwungen werde. Man halte das nicht für Drohungen — denn es ziemt mir nicht zu drohen — sondern es ist der Ausdruck meiner christlichen Gesinnung, und meiner persönlichen Liebe zum Vaterlande, kraft welcher ich dem Blutvergießen Einhalt thun und die Freiheit gesichert sehen möchte“ [1]).

Wie der Ungar Ocolicsany diese Worte Rakoczys für aufrichtig angesehen zu haben scheint, so auch Stepney. Er erwiederte: „An der aufrichtigen Gesinnung des Fürsten, und daß er das Gemeinwohl höher stellt als sein Privat-Interesse, will ich in keiner Weise zweifeln. Auch halte ich ihn durch die noch frische Erfahrung der Seinigen (des Stiefvaters Tököly) hinlänglich gewarnt, sich auf keine Weise mit den Türken einzulassen“ [2]).

Die Realität der Dinge war, daß die Türken, bei aller Begünstigung für Rakoczy im Einzelnen, sich nicht offen mit ihm einlassen wollten. Der französische Gesandte in Constantinopel, Ferriol, meldet, daß der Pascha von Belgrad selber ihm die Ordre des Großwesirs gezeigt, lautend: „Sie dürfen dem Rakoczy in allem zu Gefallen sein, soweit es ohne Verletzung des Friedens von Carlowitz möglich ist“ [3]). Eine Abschrift dessen hatte Ferriol an Ludwig XIV. geschickt. Dieser also kannte das wirkliche Verhältnis. Dem englischen Vermittler dagegen scheint es völlig unbekannt geblieben zu sein.

---

[1]) Ocolicsany an Stepney, am 11. Januar, p. 345. Der Abdruck ist recht fehlerhaft.

[2]) Stepney an Ocolicsany, vom 29. Januar, p. 384.

[3]) Correspondance du marquis de Ferriol, p. 364.

Noch weniger findet sich bei ihm eine Kenntnis der Verbindung Rakoczys mit Frankreich. Die zwei Holländer, Rechteren und Bruininx, hatten wenigstens einmal, zu Ende des Jahres 1705, ihre Vermuthung ausgesprochen (Bd. XI, S. 412), daß auf die Haltung der zwei Häupter der Ungarn die Beziehungen zu Frankreich bestimmend einwirkten. Fortan unterbleibt in ihrer Correspondenz mit Stepney ein erneuerter Ausdruck dieser Vermuthung. Als Vermittler kritisiren sie die Schriftstücke von der einen wie von der anderen Seite, loben die etwaige Willigkeit, tadeln die Ungeneigtheit zum Frieden, und werfen nicht die Frage auf, ob nicht etwa, wenn solche Fäden angeknüpft waren, wie sie früher selbst vermutheten, das Spiel derselben wirksamer sein mußte als alle ihre Bemühungen, ja daß das Gelingen dieser Bemühungen von der Wirksamkeit jener Fäden abhängig sein mußte.

Auf das Andringen der holländischen Vermittler in Tyrnau, bestimmte Vorschläge zum Frieden zu machen, hatte sich Rakoczy, wie er dem Könige von Frankreich gemeldet, entschlossen, die Senatoren nach Miskotsch, unfern von Erlau, zu berufen, auf den 25. Januar. Die verderblichen Wirkungen, welche der Zwangs-Cours des Kupfergeldes über das unglückliche Land brachte, lagen bereits so offenkundig vor Augen, daß selbst unter diesen Senatoren, die Franz Rakoczy nach seinem Sinne erwählt hatte, sich einiges Widerstreben dagegen kund gab. Allein es gelang ihm, wie er berichtet, durch seine Darlegung der Gründe für die Fortdauer alle Bedenken zu zerstreuen[1]).

Aus dieser Versammlung in Miskotsch ward ein Comite niedergesetzt zu dem Zwecke die Beschwerden der ungarischen Nation in angemessener und authentischer Form abzufassen. Stepney knüpfte daran einige Hoffnung. „Dies Verfahren, meldet er, beweist einige Neigung ernsthaft zu unterhandeln.“ „Aber diese schwache Hoffnung, fährt er fort, wird dann wieder gedämpft durch die Erwägung, daß der größte Theil der Nation weder zu sprechen, noch zu handeln wagt. Denn sie sind völlig in der Hand von vier oder fünf Häuptern, welche aus diesen Wirren ihren Privat-Nutzen ziehen, und darum vielleicht sich bemühen sie zu steigern und hinzuziehen, so lange wie sie können.“ — Dies Urtheil, im Februar, stimmte nicht mit dem früheren, vom Januar,

[1]) Mémoires de François Rakoczy p. 98.

daher erörtert Stepney die Sache weiter. „Herr Bruininx und ich pflegten früher zu beobachten, daß der Fürst Rakoczy mehr Mäßigung zeigte und mehr nach Grundsätzen verfuhr als irgend Einer der Anderen. Allein in einem Privatbriefe an Herrn Bruininx fährt er höher daher als jemals zuvor. Denn er sagt sehr zuversichtlich: ‚Ich werde wissen meinen Wagen auf den Wegen zu lenken, die das Geschick mir vorgezeichnet hat, gemäß dem Beispiele der Beständigkeit und der Festigkeit Ihrer Vorfahren.' Was der Grund dieser plötzlichen Ueberhebung sein mag, meint Stepney, kann ich nicht errathen, es wäre denn, daß er kürzlich die Zusicherung einer Hülfe von den Türken erhalten hat. Ein solcher Zwischenfall ist immer zu fürchten, wenn auch allerdings die gegenwärtige Lage der Dinge dafür nicht günstig erscheint" [1]).

Wir sehen, daß auch selbst dann noch diesem in seinen Vorurtheilen befangenen Engländer der Gedanke an eine Hülfeleistung von Frankreich aus für Franz Rakoczy nicht kommt. Uns Späteren dagegen liegt das Wort des Franz Rakoczy an seinen Diener Betes vor (Bd. XI, S. 393), daß er die Unterhandlungen mit den Kaiserlichen nur darum fortsetze, weil Ludwig XIV. zaudere auf seine Forderungen einzugehen. Darum sind die Beziehungen von Franz Rakoczy zu Ludwig XIV. nicht bloß wichtiger als die Verhandlungen mit dem Kaiserhofe durch die Vermittelung der Engländer und Holländer, sondern die ersteren sind geradezu entscheidend auch für die letzteren.

Die Beziehungen von Rakoczy zu Ludwig XIV.

Wir kennen die Forderungen, welche Franz Rakoczy an Ludwig XIV. erhob. (Bd. XI, S. 393 u. f.) Die eine Reihe, welche mehr die Sache betraf, verlangte ein Bündnis zu Schutz und Trutz Ludwigs XIV. mit Franz Rakoczy als dem Haupte von Ungarn und Siebenbürgen; die andere Reihe betraf persönliche Vortheile und Annehmlichkeiten für Franz Rakoczy. Um sich in der ersteren Beziehung desto eher bündnisfähig zu machen, hatte Franz Rakoczy, auf den Rath von Desalleurs, den Zug nach Siebenbürgen gewagt, um dort auf dem Fürstenstuhle inaugurirt zu werden. Der Schlag von Sibo, am 11. November, hatte diese Hoffnung zertrümmert. Wir haben gesehen

[1]) Bericht vom 24. Februar, p. 400.

(Bd. XI, S. 414), wie darauf zum Schlusse des Jahres 1705 Franz Rakoczy vom Schlosse Munkacs aus dem Könige Ludwig XIV. darlegte, daß nur auf seiner Person als dem Angelpunkte die Fortdauer der Rebellion in Ungarn beruhe.

Für Monate lang blieb Rakoczys Agent Vetes, der bei dem Kurfürsten Max Emanuel in Brüssel weilte, von seiner Heimat her ohne Kunde. Aber die Winke des Kurfürsten, der den Desalleurs als unaufrichtig schilderte, so wie die eigenen Erfahrungen erregten das Mistrauen des Vetes in die französische Politik. Er war der Ansicht, daß das Heil Ungarns von einem Bündnisse mit Ludwig XIV. abhange. „Wenn aber, fügt er seiner Meldung an Rakoczy hinzu, Desalleurs allein diese Sache führt, so werden Ew. Durchlaucht und das Vaterland dabei nicht Ihre Befriedigung finden. Man muß auf alle Weise den König dahin zu bringen suchen, daß er selber sich ausspricht, nicht bloß der Minister. Seit ich angefangen habe in die Politik dieses Hofes tiefer einzublicken, habe ich mich überzeugt, daß er seine schönen Worte und sein Geld bei uns nicht sparen, zu etwas Reellem jedoch sich nie verpflichten wird. Seien Sie auf Ihrer Hut. Dringen Sie auf den Abschluß, und, wenn der Hof von Versailles nicht will, so ist meine Meinung, daß Sie die günstige Gelegenheit benutzen, Frieden mit dem Wiener Hofe zu schließen." Vetes wiederholt nochmals seine Warnung, mit den Worten: „Mir kommt unser auf den König von Frankreich gesetztes Vertrauen vor wie auf einen schön gearbeiteten Stab aus Rohr. Wenn sich Jemand darauf stützt, bricht nicht nur der Stab, sondern es geht auch ein Stück desselben in die Hand" [1]).

Allein bei allem seinem Eifer kannte dieser Agent Vetes nicht die ganze Sachlage. Franz Rakoczy hatte in seinem Schreiben vom 30. December 1705 dargelegt, daß es auf seine Person ankomme. Seine Wünsche für seine Person kannte Ludwig XIV. schon von früher (Bd. XI, S. 393). Sie betrafen Güter mit fürstlichen Einkünften in Polen. Ludwig XIV. willfahrte. Die Königin-Witwe Marie Sobieska, damals in Rom, war bereit die Jaroslaw'schen Güter in Polen um den Preis von 700,000 Livres zu verkaufen. Ludwig XIV. stellte

[1]) Bericht vom 16. Februar, bei Fiedler, Bd. I, S. 377.

durch Desalleurs die Schenkung dieser Güter dem Franz Rakoczy in Aussicht. Franz Rakoczy nahm an[1]).

In seinen Memoiren, denen Franz Rakoczy eine Widmung an die ewige Wahrheit vorgesetzt hat, in welcher sich die Versicherung findet: „je ne rapporterai que les causes des événements, en tant qu'elles ont eu leur origine en moi“[2]) — in diesen Memoiren schweigt Franz Rakoczy über diese Schenkung Ludwigs XIV. an ihn. Es kam jedoch ein Moment seines Lebens, in welchem er sie besprechen mußte: derjenige der Abfassung seines Testamentes. In diesem äußerte sich Rakoczy mit der erforderlichen Klarheit wie folgt[3]).

„Der vorige König, Ludwig XIV., hatte für mich von der Königin Marie (Sobieska) von Polen die Hälfte der Jaroslaw'schen Güter gekauft. Aber die Wirren jenes Königreiches hatten nicht verstattet, daß der Contract unter meinem Namen ausgestellt wurde. Daher wurde alles unter dem Namen der Kron-Generalin von Polen gemacht, Elisabeth Siniawska. Der Marquis Bonac, damals Gesandter des Königs von Frankreich bei demjenigen von Schweden, verhandelte mit dem polnischen Kron-Großmarschall, Grafen Bilinski, als Bevollmächtigtem der Königin Marie Sobieska. Die Kron-Generalin lieh nur den Namen her, wie das in authentischer Form in den Kaufvertrag zu Danzig eingetragen ist. Unter dem Namen der benannten Dame genoß ich die Einkünfte jener Herrschaft, bis zu meinem Rückzuge in Polen nach beendetem Kriege. Nachdem ich damals bereits seit langer Zeit keine Subsidien von Frankreich mehr empfangen hatte, sah ich mich genöthigt, auch mein Silbergeschirr für den Krieg aufzuwenden, und, ohne weitere Hülfsmittel, mußte ich dann die besagten Jaroslaw'schen Güter der vorgenannten Dame verpfänden. Dagegen gab sie mir eine von ihr und ihrem Gemahle unterzeichnete Declaration, daß das Eigenthumsrecht auf jene Güter mir zustehe, und daß der König von Frankreich sie für mich von der Königin-Witwe Marie Sobieska gekauft habe. Ich hinterlasse daher mein Recht auf diese Güter meinem Sohne Georg Rakoczy.“

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 3. Die Denkschrift des Vetes vom Jahre 1715.

[2]) Mémoires de François Rakoczy p. 4.

[3]) Am Schlusse der Mémoires p. 158.

In diesem Testamente nennt Rakoczy nicht das Jahr, in welchem Ludwig XIV. die Jaroslaw'schen Güter zum Geschenke für ihn ankaufte, noch die Kaufsumme. Die Correspondenz von Rakoczy mit Bonac ergibt das Jahr 1706 als dasjenige der Verhandlung des Kaufes[1]). Als die Kaufsumme nennt Vetes den Betrag von 700,000 Livres[2]), also um 100,000 Livres mehr als damals die jährlichen Subsidien Ludwigs XIV. für die Schürung des ungarischen Aufstandes betrugen.

In den vorangeführten Worten des Testamentes sagt Rakoczy, daß die Wirren des Königreiches Polen nicht verstattet hatten, den Kauf-Contract auf seinen Namen auszustellen. Die Thatsache der Wirren in Polen im Jahre 1706 ist unzweifelhaft. Aber eben so handgreiflich liegt vor die Thatsache der Wirren in Ungarn. Und es scheint, daß für die Geheimhaltung des Namens Rakoczy bei dieser Schenkung die zweite Thatsache noch ungleich schwerer ins Gewicht fiel als die erste. Denn die Kunde dieser Schenkung Ludwigs XIV. an Franz Rakoczy dürfte doch gar Manchem in und außer Ungarn die Augen geöffnet haben. Ja sie hätte vielleicht dem Jammer des ungarischen Aufstandes und damit auch der Rückwirkung desselben auf die europäischen Geschicke ein rasches Ende bereiten können. Zunächst vielleicht würde in dieser Schenkung damals der Engländer Stepney den Grund für die ihm auffällige hohe Stimmung des Franz Rakoczy gefunden haben.

Es ist jedoch hervorzuheben, daß der französische Gesandte in Danzig, Bonac, den Vollzug dieser Schenkung der Jaroslaw'schen Güter in Polen an Franz Rakoczy hinausschob bis in den Juli 1707, also nach dem blutigen Landtage von Onod, im Mai 1707[3]). Bis dahin hatte Franz Rakoczy nur die Aussicht darauf.

Obwohl er durch diese Aussicht seinen nächsten persönlichen Wunsch erfüllt sah, so gab er darum den anderen eines formellen Bündnisses mit Ludwig XIV., so wie der Erhöhung der Subsidien, nicht auf. Den Anlaß diese Bitten auszusprechen gab ihm eine, nach seiner Meinung, in Constantinopel zu seinen Gunsten erfolgte Wendung. Diejenige um

---

[1]) In Fiedlers Ergänzungsheft der Actenstücke zur Geschichte Franz Rakoczys S. 5, ferner S. 35 und 36.

[2]) Fiedler, Bd. I, S. 4 und 24.

[3]) A. a. O. S. 10.

die Erhöhung der Subsidien brachte er selber direct an den König, in einem Schreiben vom 10. März, in der Absicht, wie er sagt, daß er, wenn die sehr ungewisse Friedenshandlung mit dem Kaiser kein Resultat ergebe, stärker in Waffen dastehe. „Ich suche ja nur, fügt er hinzu, mich dadurch in den Stand zu setzen fortzufahren in einer Diversion Ihrer Feinde, die, wie ich glauben darf, den Interessen Ew. Majestät sehr nützlich ist“ [1]). Die Angelegenheit des Bündnisses dagegen, die, wie Rakoczy aus dem Verhalten des Desalleurs wußte, in Versailles nicht sehr geneigte Ohren fand, überließ er seinem Agenten Betes. Er meldete diesem die Sachlage, am 20. März, in folgender Weise. „Der König gibt als das Hindernis gegen ein Bündnis mit uns und den ungarischen Ständen an, daß wir dem Kaiser noch nicht abgesagt haben und demnach von dessen Anspruche über uns nicht frei sind. Daher haben wir hier das Auskunftsmittel gefunden, daß, da den römischen Kaiser das Fürstenthum Siebenbürgen gar nichts angeht, wir aber dies Fürstenthum durch freie Wahl überkommen haben, der König mit uns als Fürsten von Siebenbürgen das Bündnis abschließen möge.“ — Demnach hatte Rakoczy die Niederlage von Sibo bereits vergessen. Er beauftragte Betes in diesem Sinne vorzugehen, dazu auch Erhöhung der Subsidien zu verlangen, und Alles mit dem Kurfürsten Max Emanuel zu berathen [2]).

Betes, dem damals die Schenkung der Jaroslaw'schen Güter eben so unbekannt war wie allen anderen Ungarn, ging mit lebhaftem Eifer an die Sache. „Es ist nothwendig, schrieb er an den Staats-Secretär Torcy, daß der König einen raschen Entschluß fasse; denn ohne den Abschluß der Allianz mit Sr. Majestät, die für die Sicherheit der Ungarn unbedingt nothwendig ist, können, wollen und dürfen sie den Krieg nicht fortsetzen. Ew. Excellenz kennen ja die vortheilhaften Erbietungen, die der Kaiser den Ungarn gemacht hat und die er noch fortdauernd ihnen macht. Will der König, daß sie dieselben ablehnen, so muß er vernünftiger Weise auch ihnen dafür die verlangte Befriedigung gewähren, und zwar dies um so mehr, weil er dabei seinen

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 468. — Vergl. Fiedlers Ergänzungsheft S. 33, Schreiben an Ferriol, vom 8. November.

[2]) Fiedler, Bd. I, S. 377.

eigenen Vortheil findet, in gleichem, wenn nicht in höherem Maße als die Ungarn. Im anderen Falle dürfte der König den Ungarn nicht übel nehmen, wenn sie, um das sichere Verderben zu vermeiden, die dargebotene günstige Gelegenheit benutzen, um von der Sache abzukommen“ [1]).

Noch bevor diese Mahnung in Versailles eintraf, hatte Ludwig XIV. in kurzen Worten auf jene dringende Bitte des Rakoczy vom 10. März geantwortet. „Es ist immer meine Absicht, schreibt der König, Sie zu unterstützen bei Ihrem Plane, der Ihres Muthes und Ihrer Geburt würdig ist.“ Für das Nähere verweist er ihn an Desalleurs [2]).

In derselben Weise wich Torcy dem Andringen des Vetes aus. Bereits, erwiederte er, werde Rakoczy durch Desalleurs außer aller Sorge und überzeugt sein, daß der König ihm für die Befreiung Ungarns alle verfügbaren Mittel gewähre [3]). — Die Antwort befriedigte Vetes nicht. Er schrieb an Torcy, daß, wenn die von Frankreich getroffenen Maßregeln nicht ausgiebiger ausfielen als im Jahre zuvor, die Ungarn sich dabei nicht beruhigen würden [4]). Ausführlicher sprach er seinem Auftraggeber seine Ansicht aus. Er habe, meldet er, am 10. Mai, sich sogleich mit dem Kurfürsten Max Emanuel berathen, und dieser habe dann durch Monasterol dem Könige von Frankreich die ungarische Sache vortragen lassen. Eine Antwort jedoch sei nicht erfolgt, und der Kurfürst spreche daher die Ansicht aus, daß Ludwig XIV. darauf ausgehe, die Ungarn zu benutzen und zu täuschen. Dadurch eröffnet Vetes für sich selber die Bahn zur Warnung mit folgenden Worten.

„Ew. Durchlaucht sehen daraus, daß man den Abschluß des Vertrages, von welchem das Wohl des Vaterlandes völlig abhangt, hier hinauszuziehen trachtet. Dadurch arbeitet man dahin, sowohl Ew. Durchlaucht als das Vaterland in den Graben zu stürzen, aus welchem dem Einen wie dem Anderen herauszuhelfen, nirgends Kraft noch Wille ist. Um offen zu reden, es ist unmöglich, daß Ludwig XIV. die verlorene Superiorität zurück gewinne. Demgemäß kann er die Wünsche des Vaterlandes und Ew. Durchlaucht nicht erfüllen und will sich darum nicht mit Ihnen in das verlangte Bündnis einlassen.

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 43. Vom 20. April.
[2]) A. a. O. S. 291. Vom 15. April.
[3]) A. a. O., S. 291. Vom 28. April.
[4]) A. a. O. S. 378.

Weil ihm aber die ungarischen Waffen von großem Nutzen sind, so wird er dahin arbeiten, daß er das Vaterland und Ew. Durchlaucht zur Fortsetzung des Krieges bringe, so lange bis er das Vaterland und Ew. Durchlaucht über die Grenzen hinaus geführt, innerhalb deren zur Zeit noch für die Versöhnung mit dem Wiener Hofe der Weg bereit und das Thor offen ist."

„Wenn Desalleurs den Auftrag hat, das Bündnis mit Ew. Durchlaucht als Fürsten von Siebenbürgen abzuschließen, — dann wohlan. Wenn aber nicht, wie ich es denn bezweifele, so rathe ich nicht nur, sondern bitte Ew. Durchlaucht um Gottes willen: lassen Sie die Franzosen fahren und versöhnen Sie sich mit Wien. Ich halte es für rathsamer den Versprechen und Erbietungen des kaiserlichen Hofes Glauben zu schenken, als sicheres Verderben über das Vaterland zu bringen. Denn ich nenne es ein sicheres Verderben, wenn Ew. Durchlaucht, den Einflüsterungen Frankreichs Glauben schenkend, den Krieg fortsetzen würden, während das Vaterland, unvermögend sich zu behaupten, durch die feindlichen Waffen unterworfen wird. Und daran dürfen wir ja nicht zweifeln, weil wir wissen, wie wichtig es für den Wiener Hof, Ungarn zu behaupten, und wie wenig Ungarn im Stande ist, auf die Dauer zu widerstehen. Ich informire Ew. Durchlaucht gewissenhaft: die Entscheidung steht bei Ihnen" [1]).

Das Datum des Briefes, der 10. Mai, zeigt, daß Vetes beim Abfassen desselben noch keine Ahnung hatte von den drei wuchtigen Schlägen, die im Sommer 1706 auf die Macht Ludwigs XIV. nieder fielen. Die Kunde derselben würde seiner Mahnung an Rakoczy zum Frieden noch stärkeren Nachdruck gegeben haben. Aber freilich, es ist zu wiederholen, daß Vetes auch keine Kunde hatte von dem engen Bande, welches Ludwig XIV. durch die Schenkung der Jaroslaw'schen Güter um Franz Rakoczy geschlungen.

Die Friedensverhandlungen durch die Vermittler.

Nach den Ansichten der Vermittler Stepney, Rechteren, Bruininx stiegen in den ersten Monaten des Jahres 1706 die Aussichten auf einen Frieden. Ein Vorschlag zu einem Waffenstillstande, den sie in

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 378. Aus Brüssel, vom 10. Mai.

den ersten Tagen des Monates März einreichten, fand die Zustimmung der kaiserlichen Räthe, so wie diejenige des Franz Rakoczy. Die Feindseligkeiten dauerten inzwischen fort, und Stepney meldet, daß noch zu Ende März, wo schon der Stillstand in Sicht, die Insurgenten unweit Laxenburg sechszehn ansehnliche Dörfer abbrannten, und sogar einen Theil des kaiserlichen Jagdzeuges vernichteten[1]). In der Mitte April ward endlich der Stillstand auf vierzehn Tage vereinbart, mit der Hoffnung der Verlängerung auf weitere zwei Monate, damit während dieser Zeit der Friede vermittelt werden könne. Der Kaiser erklärte, über das Ende des Monates Juni, wenn nicht bis dahin ein Anschein zum Frieden sich zeige, nicht hinausgehen zu wollen[2]).

Aber hatte man auf Seiten der Kaiserlichen oder der Vermittler einen Grund, irgend welche Friedensneigung bei Franz Rakoczy anzunehmen? — Wir Spätere, denen die Dinge mehr offen liegen, wissen, daß den bisherigen Schritten des Franz Rakoczy im Beginne des Jahres 1706 eine Friedensneigung nicht zu Grunde lag, weder den Aufträgen an den Agenten Vetes, noch viel weniger der Annahme der geschenkten Güter in Polen. Dazu that Rakoczy im April einen neuen Schritt. Er entsandte am 21. April den Franzosen Fierville an August II. von Polen, mit nichts Geringerem als dem Angebote der Krone von Ungarn. Er dachte sich die Sache so aus, daß August II. auf Polen verzichten solle zu Gunsten von Stanislaus Leszinski, um dadurch sich den Frieden und die Freundschaft Carls XII. zu sichern, und dafür Ungarn wieder erhalten werde. Der König August, ließ er ferner sagen, möge sich durch das Gerücht der Friedenshandlung der Ungarn mit dem Kaiser nicht abhalten lassen; denn die Basis derselben sei schwach, und die Sache stehe in seiner — Franz Rakoczys — Hand, so daß er sie anhalte könne nach seinem Belieben. August II. möge dann Schlesien erobern, welches der Kaiser nicht vertheidige könne, ohne seine Erbländer der Verwüstung durch die Ungarn preis zu geben. Dadurch werde der Kaiser gezwungen den Frieden bei Ludwig XIV. zu erbitten, welcher dafür beim allgemeinen Frieden den neuen König von Ungarn schützen werde[3]).

[1]) Bericht vom 31. März, in Kötet I, p. 593.

[2]) Stepneys Bericht vom 1. Mai, p. 639.

[3]) Instruction für Fierville, vom 21. April, in Fiedlers Ergänzungsheft S. 5 u. f.

Rakoczy hatte den Verdruß einige Monate später zu erfahren, daß dieser sein ausgesponnene, nicht bloß auf August II., sondern eben so sehr oder mehr noch auf Carl XII. berechnete Plan von dem Ersteren nicht bloß nicht angenommen, sondern auch nach Wien hin mitgetheilt war [1]).

Auch diejenigen, die von der Schenkung Ludwigs XIV. an Franz Rakoczy in Polen nichts wußten, dagegen von diesem Plane der Länderverwüstung Kunde erhielten, durften daraus schließen, daß der Urheber derselben sich nicht mit Friedensgedanken trug. Aber, indem damals, im April 1706, weder den Kaiserlichen, noch den Vermittlern, die Kunde weder des einen noch des anderen Planes vorlag, mochten sie immerhin meinen, daß sich ein Motiv finden werde, ihn persönlich dem Frieden geneigt zu machen. Der Gedanke, ihn durch besondere Vortheile zu locken, war längst erwogen. In dieser Richtung schien sich damals eine günstige Gelegenheit zu bieten.

Die Frau des Rakoczy, eine Prinzessin aus dem Hause Hessen-Rheinfels, weilte bis dahin in Wien unbehelligt, so sehr, daß ihr Gemahl ihr zum Unterhalte einen Theil seiner französischen Subsidien zukommen lassen konnte [2]). Im Februar ward bemerkt, daß der Graf Wratislaw oft in ihrem Hause erschien, und man meinte darin die Absicht zu finden, einen Verdacht der Ungarn gegen Rakoczy zu erregen [3]). In der Wirklichkeit ging der Plan weiter. Es war die Absicht des kaiserlichen Hofes, durch die Prinzessin persönlich auf Rakoczy für den Frieden zu wirken und ihr zu diesem Zwecke die Reise zu ihm zu gestatten. Nach dem Berichte Rakoczys gelangte an ihn der Vorschlag, den Kaiser um die Erlaubnis zu ersuchen, durch den Engländer Stepney. Rakoczy ging ein in der Form, daß er durch einen Brief an Stepney sich verpflichtete, die Prinzessin auf Erfordern zurück zu senden. Der Kaiser nahm das Original des Briefes an sich, und die Prinzessin reiste sofort von Wien ab [4]).

---

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 22, vom 4. August.

[2]) Rakoczy an Bonac, 17. März, a. a. O. S. 2.

[3]) Stepneys Bericht vom 29. Januar, p. 382.

[4]) Der Brief Rakoczys ist abgedruckt in den Berichten Stepneys, Kötet II, p. 619, und in Fiedlers Ergänzungsheft S. 11.

Einige Monate später vernehmen wir die Meinung Stepneys, daß der Eifer der Prinzessin in dieser Angelegenheit mitzuwirken, nicht so sehr einer Willfährigkeit für den Wiener Hof entsprang, als dem dringenden Wunsche, mit ihrem Gemahle zusammen zu sein. Der Wunsch sei bei ihr rege geworden in Folge einer Bekanntschaft, die sie vorher in Wien mit dem englischen Herzoge von Norfolk gemacht[1]).

Bercseny bezeichnete gegenüber den Vermittlern den ganzen Plan als eine Spinnweb-Intrigue. Rakoczy, sagte er, erkenne die Schlinge, die man ihm lege, und werde darin sich nicht fangen lassen[2]). — Bercseny selber geleitete die Prinzessin nach Neutra zu ihrem Gemahl, der sie von da nach Neuhäusel führte. Dort fand sich bald der Graf Wratislaw ein, und erfolgte dann in den Zimmern der Prinzessin eine Unterredung zwischen Rakoczy und Wratislaw, über welche der erstere in seinen Denkwürdigkeiten ausführlich berichtet[3]). Wratislaw erklärte, daß der Kaiser ihm den Besitz von Siebenbürgen nicht gestatten würde, bot ihm dagegen ein Reichsfürstenthum mit Sitz und Stimme im Reichstage. Es war die Landgrafschaft Leuchtenberg in der Oberpfalz, die in Folge der Reichsacht über Max Emanuel als heimgefallenes Reichslehen betrachtet wurde. Dazu bot Wratislaw Güter in Böhmen, oder, im Falle der Nicht-Annahme derselben, einen Theil der Markgrafschaft Burgau[4]). — Rakoczy hielt in längerer Rede seine Verpflichtungen für Ungarn entgegen. Seinem Berichte in seinen späteren Denkwürdigkeiten gemäß wurde Wratislaw davon so betroffen, daß er nach seiner Rückkehr in Wien, wie Rakoczy nachher erfahren habe, Verdacht erregte durch seine Reden zu Gunsten von Franz Rakoczy.

Diese spätere Erzählung von der Betroffenheit Wratislaws stimmt nicht zu einem damaligen Berichte des Engländers Stepney über diese Unterredung, den wir bald vernehmen werden.

Nach demselben späteren Berichte Rakoczys endete Wratislaw die Unterredung in Neuhäusel mit den Worten: „Sie verlassen sich auf die

---

[1]) Stepneys Schreiben an Bruinix, vom 24. November, in Kötet III, p. 265.
[2]) Stepneys Bericht vom 1. Mai, p. 640.
[3]) Mémoires p. 100.
[4]) Stepneys Bericht vom 20. Juli, in Kötet III, p. 160.

Verheißungen Frankreichs; aber Frankreich ist das Spital der Fürsten, die es unglücklich gemacht hat durch seinen Mangel an Treue für sein Wort und seine Verpflichtungen. Auch Sie gehören dazu, und Sie werden dort sterben." Rakoczy fügte hinzu, daß er den Wortlaut dieser Rede behalten, weil sein Lebensgang ihm Gelegenheit geboten sich daran zu erinnern.

So mochten sich allerdings später im Exile zu Rodosto dem Franz Rakoczy die Dinge darstellen; aber er vergaß dabei, daß dasjenige, was Wratislaw ihm nur in allgemeiner Weise sagen konnte, ihm bestimmter, mit Bezug auf die damalige Lage der Dinge, bereits gesagt war von seinem Landsmanne Vetes. Im Jahre 1706 stumpfte freilich die eine Rede wie die andere ab an den Hoffnungen Rakoczys, als deren Bodensatz, auch wenn sie zergingen, immer noch die Schenkung der Jaroslaw'schen Güter in Polen übrig blieb. Davon allerdings hatte damals der Graf Wratislaw eben so wenig wie Vetes eine Kunde.

Der Besuch der Prinzessin Rakoczy bei ihrem Gemahle brachte keine Frucht. Sie kehrte zurück nach eigenem Willen, weil, wie sie sagte, der Gebrauch von Carlsbad für ihre Gesundheit nothwendig sei. Der Kaiser Joseph ließ dann die Schwester Rakoczys zu ihm reisen, die Gräfin Julie Aspremont. Sie brachte, wie Rakoczy meldet, ihm carte blanche für seine Forderungen mit, nur nicht Siebenbürgen. Rakoczy ging nicht ein[1]).

Schon dieser Gegensatz in Betreff Siebenbürgens thut die geringe Aussicht auf den Frieden dar.

Aber Rakoczy versicherte die Vermittler wiederholt seiner aufrichtigen und friedlichen Gesinnung[2]). Sie waren geneigt daran zu glauben, weil sie den Frieden wünschten, weil sie, wie ihre Auftraggeber daheim, dem guten Willen der Kaiserlichen mistrauten, und weil Rakoczy durch seine glatteren Formen mehr conciliant erschien als der schroffe Bercseny[3]). Je dann und wann freilich erhob sich ein Zweifel.

---

[1]) Mémoires p. 101. Man vergleiche das Schreiben Rakoczys an seine Schwester, vom 23. Juni, in Fiedlers Ergänzungsheft S. 17.

[2]) Angol Diplomatiai Iratok, Rákóczi Ferencz korára II, Kötet III, p. 18.

[3]) A. a. O. p. 27.

Ein Duplicat des Schreibens von Rakoczy an Vetes, vom 20. März (S. 160), war in der Pfalz aufgefangen, und vom Kurfürsten dort nach Wien eingeschickt. Auch Stepney erhielt eine Abschrift. In ihm stieg der Verdacht empor, daß ungeachtet des guten Anscheines bei Rakoczy doch ein falsches Spiel darunter stecke. Einige Wochen später erfuhr man, daß ein Officier, in der Verkleidung eines Franziskaners, von Brüssel aus im Auftrage des Kurfürsten Max Emanuel zu Rakoczy gelangt, die Aufforderung überbracht habe, sich nicht auf einen Frieden einzulassen.[1]) Nach der Ansicht des Holländers Rechteren hatte man daher zu trachten, daß die ungarische Nation frei zu Worte komme, und nicht bloß die Häupter. Es scheint bei der Aeußerung dieser Ansicht geblieben zu sein.

Rakoczy sammelte den von ihm ernannten ungarischen Senat um sich in Neuhäusel. Seine Commissäre befanden sich in Tyrnau, die kaiserlichen in Preßburg. „Die Friedensartikel, sagt Rakoczy, wurden im vollen Senate zu Neuhäusel verhandelt." Und unmittelbar darauf folgen seine Worte: „Während dieser Verhandlungen unterließ ich nichts in den Vorbereitungen zur Belagerung von Gran"[2]).

Aber Rakoczy unterließ auch Anderes nicht, was er nicht berichtet. Er hielt noch fest an seinem Plane, dem Könige August II. die ungarische Krone zu geben, jedoch mit Genehmigung Carls XII. von Schweden. Auf diesen König hauptsächlich waren seine Erwartungen gerichtet. Er meldete, am 2. Juni, seinem Agenten Groffey bei Carl XII., daß allerdings die Unterhandlungen begonnen hätten, daß aber auf einen Abschluß derselben kaum eine Aussicht sei; denn die ungarischen Stände würden ohne die vorgeschlagene Garantie fremder Mächte durchaus nicht einwilligen, und sie wüßten sehr wohl, daß auf diejenige von England und Holland nicht viel zu rechnen sei[3]).

Es ist demnach der Wunsch Rakoczys, daß Carl XII. sich bereit erklären sollte, die Garantie zu übernehmen, in welche, wie er nach der wiederholten Ablehnung sicher wußte, der Kaiser Joseph nicht willigen würde. — Er tritt dann der Sache näher.

---

[1]) A. a. O. p. 60.

[2]) Mémoires p. 101.

[3]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 14.

„Mit Vergnügen nehme ich wahr, fährt er fort, daß der König von Schweden sich zu den Angelegenheiten dieses Krieges nicht gleichgültig verhält; aber, da seine Absicht bei der Fortdauer desselben uns helfen zu wollen, mir sehr dunkel ist, so weiß ich nicht, worauf ich meine Hoffnung bauen soll. Wenn ich von diesem Fürsten die Zusage erhalten könnte, daß bei einem allgemeinen Friedensvertrage, dessen Vermittler er sein würde, ich nicht ausgeschlossen werden soll, und daß gemäß dem Versprechen, welches der König von Frankreich mir gegeben, meine Gesandten Zutritt finden, sei es als des Fürsten von Siebenbürgen, oder als des Chefs der conföderirten Stände von Ungarn, wie der Kaiser selbst sie anerkannt hat — so könnte in diesem Falle der Krieg mit festerem Vertrauen fortgeführt werden."

Nicht also auf einen Frieden ist das Streben Rakoczys gerichtet, sondern auf den universellen Krieg, auf das Zusammenschlagen der zwei ungeheueren Kriegsflammen vom Norden und vom Süden, in welchem Carl XII. das Machtgebot vorschreiben würde.

Aber Rakoczy stellt weiter direct die Bitte, ihn sofort als Fürsten von Siebenbürgen anzuerkennen.

„Der König von Schweden, fährt er fort, kann dies thun auf Grund der Verträge, welche seine Vorfahren mit den meinigen geschlossen haben. Er kann es, auch ohne die Neutralität zu verletzen, welche er beobachten will, weil der jetzige Kaiser auf Siebenbürgen gar kein Anrecht hat, weder des Erbes noch der Wahl. Indem also der König von Schweden den Verträgen nachkommt, begeht er demjenigen gegenüber, der kein Anrecht besitzt, vor der Oeffentlichkeit kein Unrecht." Und dann folgt die praktische Anwendung.

„Diese Anerkennung ist ein sehr wirksames Mittel die Friedenshandlung abzubrechen, wenn dies im Interesse des Königs von Schweden liegt. Denn nach dieser vorläufigen Anerkennung wird der Kaiser niemals auf die Garantie des Königs von Schweden sich einlassen, und ohne dieselbe wird der Friede nicht zu Stande kommen."

Wir sehen also, daß Rakoczy die Friedenshandlung gern abbrechen möchte, daß ihm aber auch sogar ein solcher Vorwand fehlt, den er vor seinen dienstwilligen Senatoren geltend machen könnte.

Wäre Carl XII. ein Eroberer gewesen, wie sein Großvater Carl X. Gustav, oder dessen Oheim Gustav II. Adolf: so dürfte

der Appell des Franz Rakoczy eher ein williges Ohr gefunden haben. Aber Carl XII. suchte lediglich in seiner Weise sein vermeintliches Recht. Er hatte zwei Jahre zuvor in vollem Königsgefühle dem Kaiser sein Urtheil über die Rebellion des Franz Rakoczy ausgesprochen (Bd. XI, S. 60), und es war nicht seine Weise seine Ansichten zu ändern. Auch Rakoczy hätte dies Urtheil durchfühlen können. Er beklagt sich in derselben für seinen Agenten Groffey geschriebenen Instruction, daß er auf alle seine Briefe an Carl XII. niemals eine Antwort erhalten habe, welche ihm doch der Verbündete des Kaisers, der König von Preußen, nicht verweigere. Freilich; aber vielleicht hatten diese zwei Herren von der Würde des Königthums verschiedene Begriffe.

Auch dies Mal erhielt Franz Rakoczy von Carl XII. keinen Bescheid. Er kleidet einige Monate später seinen Verdruß darüber in die Worte: „Der König von Schweden beobachtet die Neutralität gegen uns genauer als die Verbündeten des Kaisers“[1]). Rakoczy hatte inzwischen darüber neue Erfahrungen gesammelt.

Der französische Gesandte Desalleurs lag ihm beständig an mit der Forderung nicht bloß die Friedenshandlung abzubrechen, sondern auch den Kaiser Joseph der ungarischen Krone verlustig zu erklären[2]). Dies sei die Vorbedingung eines formellen Bündnisses mit Frankreich. Wir haben gesehen, daß Franz Rakoczy, um der zweiten Bedingung eher zu genügen, sich nach einem neuen Könige von Ungarn umsah und die Krone dem Könige August II. anbot. Dieser schwieg. Rakoczy suchte von der Friedenshandlung in Tyrnau loszukommen durch die schwedische Anerkennung seiner als Fürsten von Siebenbürgen. Carl XII. würdigte ihn keiner Antwort. In dieser Verlegenheit Rakoczys einen Vorwand zum Dienste Ludwigs XIV. zu finden, kam ihm zu statten das Verhalten der Vermittler, der Vertreter der Seemächte, unter denen voran stand der Engländer Stepney.

Es war von Anfang an vorauszusehen, daß der Stein des Anstoßes der Verhandlungen sein würde das Fürstenthum Siebenbürgen, als dessen rechtmäßigen Fürsten Franz Rakoczy sich betrachtete. In Neuhäusel hatten sich drei Deputirte derjenigen Stände von Siebenbürgen

---

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 21. Vom 4. August.

[2]) Rakoczy an Ferriol, 9. November, a. a. O. S. 34.

eingestellt, die Rakoczy anhingen, und mit dem ungarischen Senate Rakoczys dort vereinbart und gegenseitig beschworen, daß ihre Angelegenheiten untrennbar sein sollten. In einer Unterredung mit Stepney, zu Neuhäusel, am 7. Juni, verlangte Rakoczy für sich das Recht als Fürst von Siebenbürgen die betreffenden Vollmachten auszustellen. Stepney verneinte. Die vorgebliche Wahl, sagte er, sei unter dem Drucke der Waffen geschehen, und zwar von der Minderheit der Stände, während die Mehrheit des Adels, in Hermannstadt weilend, sich abgeneigt bewiesen habe. Jener durch die Waffen erlangte Anspruch sei dann durch die überlegene Macht des Kaisers in dem Treffen von Sibo wieder niedergeschlagen. Was immer also früher das Anrecht des Kaisers gewesen sein möge: durch den Sieg von Sibo habe er ein neues Recht der Eroberung auf Siebenbürgen erworben. — Auch Stepney warnte dann Rakoczy, von Frankreich her etwas zu hoffen, und mahnte ihn an das Beispiel seines Stiefvaters Tökölγ, der, ungeachtet seines Vertrages mit Frankreich, im Frieden von Carlowitz preisgegeben, sein elendes Leben im Exile geendet habe. Stepney bat ihn lieber auf die Erbietungen des Kaisers einzugehen. Die Prinzessin, die damals dort noch anwesend war, stimmte mit ein. Rakoczy dagegen beharrte. Er wolle festhalten, sagte er, an dem Antheile, den die Vorsehung ihm zugewiesen[1]).

Am anderen Tage ließ er sogar durchblicken: er sei nicht ohne Hoffnung, daß ein kaiserlicher Minister in hohem Ansehen seinem Wunsche geneigt sei. — Wie damals Stepney, so müssen auch wir Spätere diese Meinung auf sich beruhen lassen. In jedem Falle war der Minister, den Rakoczy dabei im Auge hatte, nicht der Graf Wratislaw. Denn dieser erklärte wiederholt: eher werde er sich den Daumen abhacken, als daß er eine Cession Siebenbürgens an Franz Rakoczy unterschriebe[2]).

Rakoczy beharrte also damals bei seiner Forderung, Vollmachten für die Siebenbürger seiner Partei auszustellen. Auf die Anfrage der Vermittler darüber erwiederte der Graf Wratislaw: der Kaiser,

---

[1]) Stepneys Bericht vom 14. Juni, p. 75: That the would stick to the portion which Providence had allotted him.

[2]) Fiedler Bd. I, p. 266. Rede Torcys zu Betes, 17. December 1711.

um den äußersten Beweis seiner Friedensliebe für seine Völker zu geben, wolle gestatten, daß, ohne daß von einer Vollmacht die Rede sei, einige Siebenbürger als Privatpersonen ihre Beschwerden zur Verhandlung mit einreichten[1]).

Aber dann erschienen jene drei Siebenbürger in Tyrnau, die Grafen Pekry und Teleki und der Baron Kemeny, und kündigten sich, am 18. Juni, schriftlich den Vermittlern an als „des Fürsten bevollmächtigte Commissäre zur Unterhandlung des Friedens von Siebenbürgen"[2]).

Inzwischen gab der Kaiser abermals in einer anderen Sache nach. Auf das Ersuchen der Vermittler, daß der Stillstand, der mit dem Monate Juni zu Ende ging, verlängert werden möge, bewilligte der Kaiser weiter bis zum 24. Juli, mit dem ausdrücklichen Zusatze, daß auf eine fernere Verlängerung man sich keine Hoffnung machen möge[3]). Auf die Eröffnung dessen erwiederte jedoch Bercseny den Vermittlern in Tyrnau, daß dieser Termin nicht ausreiche.

Demnach meldeten die Vermittler, am 30. Juni, dem Herzog Carl von Lothringen, Fürstbischof von Osnabrück, als dem ersten der kaiserlichen Bevollmächtigten, daß der Fortgang der Sache von den zwei Fragen abhange: ob die Unterhandlung zugleich auch mit den Siebenbürgern geführt, und ob der Stillstand noch über den 24. Juli hinaus verlängert werden solle[4]).

Diese zwei Puncte treten formell hervor in dem Schreiben der Vermittler an die Kaiserlichen. Daneben jedoch gewahren wir noch eine andere Differenz, die sich kund gibt in dem Berichte des Engländers Stepney an den Staats-Secretär Harley[5]). Wie Stepney dem Range nach der erste unter den Vermittlern, so prägen auch seine Berichte das Bewußtsein aus, daß er sich als das Haupt fühlte. Die Einigkeit zwischen ihm und seinen holländischen Gefährten, Rechteren und Bruininx, bestand darin, daß die beiden Schwächeren dem stärkeren

---

[1]) Schreiben vom 13. Juni.

[2]) Principis ad tractandam pacem Transylvanam Deputati Plenipotentiarii Commissarii.

[3]) Schreiben des Herzogs Carl von Lothringen an die Vermittler, 29. Juni, p. 94.

[4]) Bericht der Vermittler, 30. Juni, p. 100.

[5]) Stepneys Bericht an Harley, 2. Juli, p. 108.

Willen folgten. Eben darum sammelte sich auch auf das Haupt Stepneys alle Abneigung, welche die kaiserlichen Räthe von Anfang an gegen diese aufgedrungene Vermittelung empfanden. Stepney dagegen war immer geneigt zu vergessen, daß Niemand in Wien bei dieser Sache eine englische oder holländische Einmischung gewünscht hatte. Wenn er dabei, wie doch wahrscheinlich, sich in Wien mündlich in ähnlicher Weise über die kaiserlichen Minister ausgesprochen, wie in seinen Berichten und Briefen nach England, so diente dies nicht die Abneigung wider ihn zu verringern. Besonders lebhaft war der Antagonismus zwischen ihm und der stärksten Persönlichkeit unter den Kaiserlichen, dem Grafen Wratislaw.

Dies Verhältnis, welches den Betheiligten in Tyrnau nicht unbekannt bleiben konnte, machte sich Bercseny zu nutze, um auf Stepney einzuwirken. Wratislaw hatte am 29. Juni eine besondere Unterredung mit Bercseny gewünscht und erhalten. Ueber den Verlauf derselben erstattete der Letztere einen Bericht an Stepney. Er erzählte, daß Wratislaw ihn durch Privatvortheile zu gewinnen gesucht, aber die Antwort erhalten habe: er, Bercseny, wolle nicht sein Vaterland verrathen und für sein Privatinteresse wider Ehre und Gewissen handeln. Er behauptete weiter, daß Rakoczy nicht aus eigenem Ehrgeize nach dem Titel von Siebenbürgen getrachtet, sondern sechszehn Monate habe vergehen lassen, bis er ihn nur angenommen, nämlich auf das gemeinsame Ersuchen der Stände von Ungarn und Siebenbürgen zu Szecsin, und auf ihr Versprechen, ihn dabei zu behaupten. Dies sei der Fundamental-Artikel ihrer Conföderation, von welchem sie ohne Eidbruch nicht lassen könnten, und darum sei auf einen Fortgang der Verhandlung mit den Ungarn, ohne die gleichzeitige mit den Siebenbürgern, keine Aussicht. — Dann richtete Bercseny seinen Appell an Stepney persönlich. Zum ersten Male, sagte er, werde die ungarische Nation geehrt durch das Erscheinen einer solennen Botschaft um ihretwillen: sie sei entschlossen keinen Schritt zu thun, dessen Folge sein könnte diese Ehre zu verwirken [1]).

Wir Spätere wissen aus den Meldungen von Rakoczy an Ludwig XIV., daß und warum Rakoczy seine Wahl in Siebenbürgen betrieben hatte, daß mithin die Angaben des Bercseny der Wahrheit

[1]) Stepneys Bericht aus Tyrnau, vom 2. Juli, p. 108.

nicht entsprachen. Dieses Verhältnisses von Rakoczy zu Ludwig XIV. war der Engländer Stepney nicht kundig. Aber auch er hätte von seiner Kunde der Dinge aus dem Bercseny entgegnen können, daß jedenfalls die Behauptung über die Nicht-Annahme des Titels von Siebenbürgen durch Rakoczy der Wahrheit nicht entspreche, weil dieser bereits im September 1704 einem Briefe an seine Frau in Wien die Adresse als Fürstin von Siebenbürgen gegeben hatte. (Vgl. Bd. XI, S. 208.) In Stepneys Berichte an Harley jedoch findet sich kein Wort des Zweifels an der Wahrhaftigkeit des Bercseny. Dagegen fügt er hinzu, daß Wratislaw sich nach Neuhäusel begeben habe, um dort bei Rakoczy selber seine Bemühungen mit mehr Glück zu versuchen.

Bei dieser Lage der Dinge fühlte sich Stepney um so mehr angespornt, für das Werk seiner Vermittelung thätig zu sein. Er kam mit Bercseny überein, daß die drei Siebenbürger, ohne einer Vollmacht, noch des Fürsten Rakoczy zu gedenken, sich bezeichnen sollten als Deputirte der siebenbürgischen Conföderation. Er und die zwei Holländer meldeten dies dem Bischof von Osnabrück, so wie den eigenen Regierungen[1]).

Am 2. Juli schickten jedoch diese Vermittler einen neuen Bericht nach Wien. Sie bekannten darin, daß sie sich in der Eile in dem vorigen Berichte geirrt hätten. Die Uebereinkunft laute nicht auf die Bezeichnung: Deputirte der siebenbürgischen Conföderation, sondern auf: Deputirte der conföderirten Stände Siebenbürgens[2]).

Am 3. Juli erhielt die erste Bezeichnung in Wien die Genehmigung des Kaisers. Am 4. traf dort die Berichtigung ein. Graf Wratislaw, der sich bereits wieder in Wien befand, antwortete sogleich im Namen des Kaisers mit dem Ausdrucke des Erstaunens über diese Aenderung. „Durch die Zulassung derselben, sagt er, würden wir in Bezug auf die vorgebliche Wahl Rakoczys indirect zugeben, was wir direct nicht können noch wollen. Aus denselben Gründen, aus welchen

[1]) Die Berichte vom 30. Juni und 2. Juli, p. 102 und 110: Deputati Confoederationis Transylvanicae.

[2]) Bericht vom 2. Juli, p. 113: Statuum Confoederatorum Transylvaniae Deputati.

wir Rakoczy nicht als gewählten Fürsten von Siebenbürgen anerkennen, verweigern wir diesen Deputirten, sie als Repräsentanten der Stände von Siebenbürgen anzusehen“ [1]).

Die Vermittler verantworteten sich. Sie erwiederten, daß ihr Ausdruck nicht laute: Deputirte der Stände von Siebenbürgen, sondern der conföderirten Stände von Siebenbürgen. Der Kaiser habe für die Ungarn die Bezeichnung: conföderirte Stände des Königreiches Ungarn zugegeben: warum denn nicht auch für Siebenbürgen? Die Verhältnisse seien ganz ähnlich: in beiden Ländern stehe ein Theil der Bewohner in Waffen wider den Kaiser, sei dagegen der andere getreu. Die Vermittler waren sogar der Ansicht, daß, da Rakoczy einwillige nicht genannt zu werden, er von seinem Anspruche offenbar nachlasse [2]).

Stepney legte auch fernerhin auf die Thatsache, daß Rakoczy in seine Nicht-Benennung gewilligt, den stärksten Nachdruck, so sehr daß er einige Wochen später auch dem Kaiser Joseph persönlich gegenüber dieselbe geltend machte, und daraus eine Bereitwilligkeit Rakoczys zum Verzichte herzuleiten suchte. Namentlich diese Rede [3]) vor dem Kaiser, am 4. August, thut dar, daß jene Meinung in Stepney noch durch weitere mündliche Aeußerungen von Seiten Rakoczys genährt war. Wie Stepney mistrauisch war gegen jedes Wort von kaiserlicher Seite, so scheint er offenen Ohres gewesen zu sein für jedes Wort von der anderen, auch da wo, wie in diesem Falle, ein stärkeres Zeugnis wünschenswerth gewesen wäre als das negative des Nicht-Benennens, oder als mündliche Worte.

In Wahrheit gab sich Franz Rakoczy nach einer anderen Seite hin über die Nicht-Nennung seines Namens als Fürsten von Siebenbürgen in den Vollmachten ganz anders kund, nämlich in seinem Berichte für den König von Frankreich. „Ich hatte, meldet er, die Vollmacht für meine siebenbürgischen Commissäre zuerst unter meinem Namen ausgestellt. Da die kaiserlichen Minister Schwierigkeiten erhoben, um von da her eine Ursache des Bruches zu haben, so nahm

---

[1]) Schreiben Wratislaws vom 4. Juli, p. 115.

[2]) Schreiben der Vermittler an den Bischof von Osnabrück, 5. Juli, p. 123: d'autant qu'il n'est pas nommé seulement, et il semble même par là qu'il s'en relâche.

[3]) Bericht vom 4. August, p. 182.

ich keinen Anstand sie zurückzuziehen, unter der Bedingung, daß dies meiner Fürstenwürde keinen Eintrag thue[1]). Ich willigte noch dazu ein, daß die Vollmacht ausgestellt wurde unter dem Namen der conföderirten Stände von Siebenbürgen. Dies geschah gemäß dem Wunsche der Vermittler, welche diesen Schritt als so schwierig für mich ansahen, daß sie gefaßt waren auf den sofortigen Bruch. Daher waren sie sehr erstaunt."

Aber sie konnten doch nur dann sehr erstaunt sein, wenn sie die Bedingung nicht kannten, welche Rakoczy mit seinen Anhängern in Siebenbürgen vereinbart hatte, und welche er dem Könige von Frankreich offen meldete, nämlich, daß seine Würde als Fürst von Siebenbürgen durch seine Nicht-Benennung in der Vollmacht keinen Eintrag erleiden solle. Indem die Vermittler dies nicht wußten, zogen sie vor dem Kaiser aus der Einwilligung Rakoczys in seine Nicht-Benennung die Folgerung, daß er von seinem Anspruche zurücktrete, eine Folgerung, welche Rakoczy und seine siebenbürgischen Anhänger unter einander ausdrücklich ausgeschlossen hatten. Mit anderen Worten: die Vermittler wurden von Rakoczy dupirt. Sie arbeiteten von einer Basis aus, die nicht in der That, sondern nur in ihrer Meinung bestand.

Und von diesem Gesichtspunkte aus erhält der Streit um das Wort Stände eine andere Bedeutung. Die Kaiserlichen wollten das Wort nicht zulassen, weil sie die Tragweite desselben im Sinne Rakoczys wenn nicht erkannten, so doch vermutheten. Stepney dagegen verlangte es, weil er in der gesammten Fassung der Ausdrücke sogar eine Art Verzicht Rakoczys erblickte. Von da aus arbeitete er im Sinne Rakoczys, den er nicht durchschauete. Daß Rakoczy nicht einen Frieden wollte, der ihm nicht mindestens Siebenbürgen beließ, liegt für uns Spätere aus seinen Aeußerungen nach auswärts zu Tage, namentlich aus denen zu Ludwig XIV. Eben dies ist der Punkt, von welchem aus die Interessen Rakoczys und der ungarischen Nation nicht bloß sich trennten, sondern einander gegenüber traten. Die ungarische Nation ersehnte einen Frieden, welcher ihr ihre Rechte verbürge. Rakoczy dagegen sah klar, daß der Kaiser niemals in einen Frieden willigen würde,

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 409: à condition que cela ne fasse aucun tort à ma dignité.

der Siebenbürgen abtrat. Darum fügte sich Rakoczy in die Friedenshandlung nur deshalb, weil er um der Ungarn willen nicht anders konnte. Er hatte versucht durch seine Angebote an die Könige August II. und Carl XII. sich von dem Friedenshandel loszuwirken. Die Beiden kümmerten sich nicht um ihn. Dagegen hatte er nun durch die Irreführung der Vermittler erreicht, daß namentlich der hochfahrende und des Kernes der Dinge unkundige Engländer Stepney ganz nach seinem Wunsche thätig war. In den Berichten heimwärts klagt Stepney die kaiserlichen Räthe der freiwilligen Irrthümer an, findet er dagegen Geneigtheit und Entgegenkommen bei Rakoczy und Bercseny. Die Geneigtheit des Ersteren aber habe der Graf Wratislaw wieder abgewandt.

Es folgt dann eine Meldung, die etwas contrastirt mit der späteren Erzählung Rakoczys von dem Eindrucke, den seine patriotische Rede auf Wratislaw gemacht habe (S. 165).

Der Engländer Stepney nämlich berichtet: in der letzten Zusammenkunft in Neuhäusel habe der Graf Wratislaw, anstatt zu suchen Rakoczy mit Güte zu gewinnen, ihm ins Gesicht gesagt: wenn der Kaiser in die Nothwendigkeit käme eine freie Wahl in Siebenbürgen zuzulassen, so werde er lieber den geringsten seiner Unterthanen gewählt sehen als Franz Rakoczy. „Nach einer solchen verletzenden Rede, fügt Stepney hinzu, darf der Hof sich nicht verwundern, wenn der Fürst die Willfährigkeit, die er in der letzten Zeit bewiesen, plötzlich aufgegeben und in Gleichgültigkeit verwandelt hat" [1]).

In der Wirklichkeit lagen doch die Dinge im Juli derartig, daß Rakoczy mit anscheinender Gleichgültigkeit abwarten konnte, daß der Eifer des von ihm bethörten Engländers ihn aus diesen Verhandlungen lösen würde.

An dem Tage, an welchem Wratislaw jene ablehnende Antwort an die Vermittler abfaßte, dem 4. Juli, gab der Kaiser Josef jegliche Hoffnung auf das Gelingen der Verhandlung auf. Er that dies dem Markgrafen Ludwig kund. „Um dem Hochmuthe dieser Anführer und ihren bösen Absichten zu steuern, um den Treu-Gebliebenen die Rettung, dem ganzen Königreiche aber die gesicherte Ruhe zu verschaffen,

[1]) Bericht vom 14. Juni, p. 140.

um meine nächst anliegenden Erbländer gegen Mord, Raub, Brand und die wüthende Raserei der malcontenten Ungarn zu schützen, muß ich die äußerste Kraft und Macht zusammen suchen, denn wenn ich diesen Dorn nicht baldigst aus dem Fuße ziehe, so verfalle ich in völliges Unvermögen, der allgemeinen Sache fernerhin einigen Beistand zu leisten." Deshalb verlangt der Kaiser von dem Markgrafen Ludwig die Absendung von vier Regimentern vom Oberrheine nach Ungarn[1]).

Urtheile über den Abbruch der Verhandlungen.

Dagegen ward das Andringen der Vermittler Stepney, Rechteren, Bruininx auf die Kaiserlichen zu Gunsten der Forderungen der Aufständischen nachdrücklicher von Tag zu Tag. Am 16. Juli entsandten sie, von Tyrnau aus, eine Immediat-Eingabe an den Kaiser. Sie verlangten darin die Verlängerung des Waffenstillstandes, und die Benennung der Siebenbürger Deputirten gemäß ihrer Vereinbarung mit Bercseny. Sie beriefen sich für dies Verlangen auf das Gemeinwohl, auf das Interesse des Kaisers, auf den Dienst ihrer Regierung und auf ihr eigenes Gewissen.

Die Antwort von kaiserlicher Seite, am 18. Juli, verwies die Vermittler auf den gesammten Verlauf der Unterhandlung. Von Seiten der Aufständischen sei alles nur darauf berechnet, die Sache hinzuschleppen, damit die Zeit des Feldzuges ungenutzt vorüber gehe. Wenn die Vermittler ihr eigenes Schreiben genauer prüfen wollten, so würden sie dort nur den Ausdruck unbestimmter und allgemeiner Hoffnungen finden, auf die Niemand bauen könne. In Betreff Siebenbürgens halte der Kaiser fest an dem Frieden von Carlowitz. Darum könne er auf die Bitte der Vermittler nicht eingehen, lebe jedoch der Ueberzeugung, daß, wenn die Ungarn selbst, und eben so auch seine Alliirten, erwägen wollen, was alles er bisher auf das Ansuchen der Vermittler nachgegeben, sie anerkennen müssen, eben so wie der Kaiser auch von den Vermittlern dies Zeugnis erwarte, daß es nicht an ihm gelegen habe, diese Unruhen friedlich zu stillen, sondern daß die Ursache des Bruches sich finde in dem Eigennutze und der Bosheit einiger Privatpersonen.

---

[1]) Röder, Bd. II, S. 266. Vom 4. Juli.

Das Zeugnis Stepneys entsprach freilich nicht einer solchen Erwartung. Vielmehr warf er in einem neuen Ueberblicke über den Verlauf der Verhandlung alle Schuld der Vereitelung auf die Kaiserlichen, und schickte diesen Bericht seiner Regierung ein[1]). Er war dabei wie bisher sicher von dort her das Echo seiner Unkenntnis der Sachlage und seiner Leidenschaftlichkeit zu vernehmen. Sein Zorn richtete sich besonders gegen den Grafen Wratislaw, der durch seine Impertinenz gegen Rakoczy in Neuhäusel und durch seine heftigen Rathschläge seitdem alles verdorben habe[2]).

Rakoczy seinerseits half für England nach. Er richtete ein Schreiben an Marlborough, welchen er, Rakoczy, der Diener Ludwigs XIV., darin feiert als den Vorkämpfer für die Freiheit Europas. Aber die Siege Marlboroughs, sagt er dann, lasten schwer auf Ungarn, und steigern täglich den unerträglichen Hochmuth der kaiserlichen Minister, ungeachtet der Bemühungen der Vermittler, und, setzt er hinzu, „ungeachtet der Bereitwilligkeit, mit welcher ich der Friedenshandlung entgegen gekommen bin." Rakoczy ersucht daher Marlborough, ein beigeschlossenes Schreiben an die Königin zu übermitteln, enthaltend die Bitte, daß die Königin mit stärkerem Nachdrucke die Ungarn unter ihren Schutz nehme[3]).

Der Stillstand lief ab mit dem 24. Juli, und mithin war an diesem Tage auch jegliche Unterhandlung zu Ende. Bevor die Vermittler nach Wien zurückkehrten, begaben sie sich von Tyrnau aus nach Schinta, wo Rakoczy sich befand, um Abschied von ihm zu nehmen. Er sagte ihnen, daß er der unparteiischen Welt durch ein Manifest kund thun wolle, wie die kaiserlichen Minister ihn behandelt hätten. Stepney suchte ihn zu beschwichtigen. Er meldete weiter: „Der Fürst erschien uns bei diesem Besuche mehr erbittert als bei irgend einer früheren Unterredung. Jedoch versprach er uns sich nicht in desperate Maßnahmen mit dem Türken oder irgend einem anderen Potentaten einzulassen, sondern wenigstens abzuwarten, bis wir unsere Berichte abgestattet und versucht hätten, wenn möglich, den kaiserlichen Hof zu Milderungen zu bewegen"[4]).

---

[1]) Stepneys Bericht vom 20. Juli, p. 153.
[2]) Desgleichen vom 23. Juli, p. 166.
[3]) Rakoczys Schreiben vom 23. Juli, p. 160.
[4]) Stepneys Bericht vom 24. Juli, p. 169.

Demnach waren an diesen Vermittlern, oder wenigstens an dem Haupte derselben, an Stepney, alle Fingerzeige in Betreff der Verbindung Rakoczys mit Ludwig XIV. verloren. Er selber hat mit diesen Worten seine Unkunde und seine Thorheit auf das schärfste gekennzeichnet.

Dann kehrten die Vermittler nach Wien zurück. In der Audienz bei dem Kaiser in der Favorita, am 4. August, führte Stepney das Wort. Nach seiner kurzen Darlegung des Thatbestandes sagte er: „Wir sind in Ehre und Gewissen verpflichtet, vor Ew. kaiserlichen Majestät auszusprechen, daß wir die Conjunctur für den Frieden niemals so günstig gefunden haben, wie in dem Momente wo die Sache scheiterte." Stepney lobte dann die Geneigtheit des Rakoczy für den Frieden, dessen Respect für den Kaiser, die Friedenswilligkeit des Bercseny und der anderen Häupter, so wie der ungarischen Nation. „Wir wagen sogar Ew. kaiserlichen Majestät zu versichern, fuhr Stepney fort, daß eine kurze Verlängerung des Stillstandes den Frieden wieder gebracht hätte. Aber die Einwendungen der Generale und Minister Ew. kaiserlichen Majestät haben uns die Ehre entzogen, Ew. kaiserlichen Majestät in dem glücklichen Abschlusse dieser wichtigen Angelegenheit zu dienen" [1]).

Das Urtheil des Kaisers Joseph über die Sachlage haben wir bereits kennen gelernt aus seinem Befehle, vom 4. Juli, an den Markgrafen Ludwig, vier Regimenter vom Rheine nach Ungarn zu senden. Auf die dreiste Rede des Engländers Stepney dankte er mit einigen Worten für die Mühe, welche die Vermittler auf sich genommen, fügte aber dann hinzu: er zweifele nicht, die Vermittler würden wahrgenommen haben, daß die Häupter der Ungarn die Sache mit Absicht hinausgesponnen, um dadurch seine Armee zu Grunde zu richten. — Dennoch sprach dann der Kaiser die Hoffnung aus, daß binnen kurzer Zeit sich Mittel finden würden, die Unterhandlung wieder aufzunehmen.

In einer erneuten Aufforderung dagegen an den Markgrafen Ludwig die verlangten vier Regimenter vom Rheine her abzusenden, gebraucht der Kaiser Joseph I. die Worte: „Wofern diesem Raub-, Mord- und Brandschwall, der nicht allein mir allen Nutzen aus Ungarn

[1]) Stepneys Bericht vom 4. August, p. 181.

entzieht, sondern auch meine umliegenden Erbländer in unersetzliches Verderben zu stürzen trachtet, nicht mehr Macht entgegen gestellt wird, so muß einstmals alles zu Boden fallen"[1]).

Am selben Tage dieser Audienz meldete Rakoczy einem seiner Agenten: „Ich habe das volle Vergnügen gehabt, die Vermittler von der geringen Aufrichtigkeit des Wiener Hofes zu überzeugen. Sie halten es für ganz gewis, daß dort die Schuld liegt, daß es nicht zum Abschlusse des Friedens gekommen ist." — Im weiteren Verlaufe des Briefes spricht er seine Absicht aus, nunmehr zur offenen Absetzung des Königs Joseph und zu einer neuen Königswahl zu schreiten[2]).

Dies war nämlich die weitere Forderung, welche Ludwig XIV. stellte. Das ganze Verhältnis faßt sich zusammen in einen Bericht Rakoczys an Ferriol, den französischen Gesandten in Constantinopel[3]).

Auf die am 10. März dem Könige ausgesprochene Bitte um die Erhöhung der Subsidien hatte Ludwig XIV. durch Desalleurs dem Rakoczy die schweren Ausgaben entgegen gehalten, die der Krieg ihm auferlege, so wie die Unterhandlung der Aufständischen mit dem Wiener Hofe. Bevor nicht diese abgebrochen würde, könne der König vernünftiger Weise nicht große Summen für Rakoczy wagen. Dazu auch müsse er vorher gewis sein, daß die Türkei für die Sache Rakoczys Vorschub leiste. „Die Unterhandlung also, schreibt Rakoczy weiter, ist für den König der Stein des Anstoßes. Aber diese Unterhandlung verdankt ihren Ursprung nur dem Zaudern, mit welchem man (Ludwig XIV.) mich von Anfang an unterstützt hat. Man wollte erst wie vor Augen sehen, ob meine Sache der Ausgabe werth sei. Mein Schmerz darüber war groß; aber ich unterdrückte um meines Vaterlandes willen diese Regungen, und stürzte mich häuptlings in die Hefe des Volkes, ohne Truppen und ohne Geld. — Darum aber darf man sich denn auch nicht wundern, wenn ich mich auf Unterhandlungen eingelassen habe, so wohl um Zeit zu gewinnen, als um dem Wiener Hofe nicht die Hoffnung eines friedlichen Ausgleiches zu benehmen. Während ich so den Wiener Hof im Zweifel erhielt, habe ich nichts unterlassen einen

---

[1]) Röder, Bd. II, S. 272.

[2]) Schreiben an Groffey, in Fiedlers Ergänzungsheft, S. 21. Eben so S. 24.

[3]) A. a. O. S. 32 u. f. Vom 8. November.

Vertrag zu verlangen, durch welchen Frankreich sich verpflichtete, sich nicht auf einen allgemeinen Frieden einzulassen, ohne uns miteinzuschließen. Aber man hat mich nicht wie meine Vorfahren eines solchen Vertrages für würdig gehalten. Ich ließ mich dann zum Fürsten von Siebenbürgen erwählen, und glaubte dadurch den Charakter der Souveränetät zu erlangen, kraft dessen ich mit allen europäischen Fürsten Verträge abschließen könnte. Allein man erwiederte mir, daß man mit den Ständen von Ungarn, weil dies keine Regierungsform, keinen Vertrag eingehen könne. Darauf habe ich gearbeitet, die Stände in die Form einer Conföderation zu bringen, als deren Haupt ich das Recht hätte Verträge zu schließen und als Souverän zu handeln. Nachdem mir auch das gelungen, meinte ich alle möglichen Einwände beseitigt zu haben. Ich erbot mich daher alle Unterhandlung mit dem Kaiser abzubrechen, wenn ich dafür den Vertrag mit dem Könige erhalten könnte, so wie die Erhöhung der Subsidien, wie ich in meinem Briefe vom 10. März verlangt hatte. In Betreff des ersten Punctes erhielt ich die Antwort, daß, bevor man zum Abschlusse eines Vertrages schreiten könne, die Absetzung und Entthronung des Königs durch einen feierlichen Act erforderlich sei. In Betreff des zweiten lautete die Antwort, wie bereits gesagt, daß, so lange die Unterhandlung dauere, der König keine beträchtlichen Summen wagen wolle. Darauf hin habe ich in Neuhäusel die Unterhandlung abgebrochen[1]). Aber ich würde der Nation nicht rathen, zum Beschlusse über den ersten Punkt zu kommen, ohne reelle Hülfe und die Sicherheit sich behaupten zu können."

Die Kritik dieser Darlegung des Franz Rakoczy, und zwar vom magyarischen Standpunkte aus, liegt uns vor in der bereits (S. 161 u. f.) vernommenen Warnung seines Landsmannes und Dieners Vetes es dahin kommen zu lassen. — Aber Rakoczy fährt noch weiter fort.

„Ohne mich der Vortheile zu rühmen, die der König aus diesem Kriege gezogen hat, muß ich doch aussprechen, daß ich auf dem Ocean desselben umhertreibe wie ein steuerloses Schiff. Und weil ich vom Beginne an in allen diesen Unterhandlungen meine Angelegenheiten geheim gehalten habe, um nicht Andere in Verzweiflung zu bringen, so

---

[1]) Pour le second article (de) ce que je viens de vous dire, j'ai rompu la négociation à Neuhäusel. — Aehnlich im Jahre 1709 an Bonac, a. a. O. S. 90.

steht mir nun von Seiten meines Vaterlandes die Anklage in Aussicht, entweder in den Unterhandlungen nicht genügend wachsam gewesen zu sein, oder übel gethan zu haben, die Unterhandlung ohne Grund abzubrechen[1]). Da die Generale und die Häupter für sich keine besondere Wohlthat von dem Könige empfangen haben, so hilft mir Keiner zum Dienste des Königs im Einzelnen, sondern Jeder von ihnen hält sich überzeugt von der Gleichgültigkeit des Königs für den ungarischen Krieg, und fürchtet demgemäß, daß bei dem allgemeinen Frieden unser Interesse vergessen werde." Zum Schlusse erneuert Rakoczy seine Bitte um französische Hülfe.

Der Inhalt dieses Schreibens drängt sich zusammen in die Sätze: Rakoczy beansprucht für sich die Friedenshandlung abgebrochen zu haben, und zwar zunächst, um dadurch die Fortzahlung der französischen Subsidien zu sichern. Aber für ein eigentliches Bündnis, einen Vertrag, stellt Ludwig XIV. durch seinen Gesandten Desalleurs, mündlich und nicht schriftlich, die Vorbedingung, daß der König Joseph durch formellen Beschluß der Stände von Ungarn für abgesetzt und entthront erklärt werde. Rakoczy aus sich erhebt dagegen keinen Widerspruch, verlangt aber, um den ungarischen Ständen dazu rathen zu können, eine stärkere Hülfe von Frankreich, also mehr Geld. Besonders verlangt er, damit er Mithelfer für den Dienst des Königs habe, Gnadengaben für die Generale und Häupter seiner Partei. — In erster Linie hatte man dabei in Versailles an Bercseny zu denken.

Zur selben Zeit, wo Rakoczy vor den Dienern Ludwigs XIV. geltend machte, daß er dem Könige zu Gefallen die Unterhandlungen zu Neuhäusel abgebrochen habe, ergingen seine Manifeste durch Ungarn und durch ganz Europa, um zu verkünden, daß die maßlose Herrschsucht des Wiener Hofes an dem Abbruche der Verhandlungen die Schuld trage. Sie fanden ihre Stütze an den Aussagen der Vermittler, an den Meinungen der Regierungen im Haag und in London. Stepney ging voran. In Betracht dessen wie das kaiserliche Ministerium in Wien zusammen gesetzt sei, meldete er, könne ein Mann von Grundsätzen dort nicht mit eigener Befriedigung und Reputation dienen[2]).

---

[1]) Ou d'avoir mal fait de rompre la négociation sans fondement.

[2]) Schreiben an Cardonnel, vom 21 August, p. 214.

Aehnlich wie Stepney, wenn auch minder heftig, redeten die Holländer Rechteren und Bruininx. Wie sehr diese zwei unter dem moralischen Drucke des überlegenen Stepney gestanden, ward erst einige Jahre später dadurch völlig klar, daß Bruininx, frei von diesem Drucke, dann das Gegentheil aussprach, nämlich dem Franz Rakoczy die Schuld des Abbruches der Verhandlungen beimaß. Wie diese Gesandten, so redeten ihre Regierungen, und zwar um so lauter, weil der Kaiser Joseph, um den Kampf in Ungarn fortzuführen, sich genöthigt glaubte, vier Regimenter vom Rheine abzurufen. Die Generalstaaten richteten sofort an den Kaiser, als das Haupt der Allianz wider Frankreich, in einem sehr weitläufigen Schreiben, welches jedoch den eigentlichen Charakter der ungarischen Rebellion und das Verhältnis derselben zu Frankreich nicht berührt, den Ausdruck ihres Bedauerns über den Abbruch der Friedenshandlung, und verlangten die Wieder-Anknüpfung[1]).

In der auffallendsten Weise gab die englische Regierung ihr Misbehagen über den Abbruch der Unterhandlungen kund. In London sprach lediglich der Lord Sunderland, vermöge seiner eigenen Kenntnis aus dem Jahre zuvor, seine Ansicht dahin aus, daß die ungarischen Unruhen nur durch die Gewalt der Waffen beendet werden könnten[2]). Seine Stimme verhallte gegenüber der allgemeinen Strömung. Abschriften des von Rakoczy an die Königin gerichteten, durch Marlborough übermittelten Briefes, enthaltend die Klage, daß die guten Intentionen der Königin, so wie seine eigenen, so geringen Erfolg gehabt, gingen von Hand zu Hand. Aber die Regierung wollte ihren Verdruß auch in nachdrücklicher Weise zu erkennen geben.

Am 13. August ward der kaiserliche Gesandte, Graf Gallas, zu einer Conferenz geladen[3]). Er fand dort anwesend den Lord-Kanzler, den Groß-Schatzmeister, den Präsidenten des geheimen Rathes, den Ober-Stallmeister Herzog von Somerset, den Vicekönig von Irland Herzog von Ormond, und die zwei Staats-Secretäre. Godolphin nahm das Wort. Die Königin, sagte er, habe ihren gesammten Räthen geboten, dem Gesandten Vorstellungen zu machen, und zwar zunächst

[1]) Schreiben vom 18. August, im Archivum Rak., O. II, Kötet III, p. 203.
[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 10. August.
[3]) Desgleichen vom 13. August.

in Betreff der ungarischen Friedenshandlung. Die Königin könne nicht anders als mit schwerem Kummer ansehen, daß alle ihre zum Besten der allgemeinen Sache und des Kaisers selbst aufgewendeten Bemühungen einen so schlechten Ausgang genommen. Noch empfindlicher berühre es die Königin und die Generalstaaten, daß der Kaiser, um den Krieg gegen die Ungarn desto nachdrücklicher zu führen, vier Regimenter vom Oberrheine abberufen habe, und dadurch dem allgemeinen Feinde dort freie Hand belasse. Er, Godolphin, wolle nicht aufzählen, was alles die Verbündeten für die Interessen des Erzhauses aufwendeten. Es liege vor in Spanien, den Niederlanden, Italien. Die Königin habe es für besser gehalten ihre Vorstellungen darüber an den Kaiser nicht bloß durch ihren Gesandten in Wien zu richten, sondern auch durch den kaiserlichen Gesandten in London.

Darauf antwortete Gallas: „Hoffentlich wird Niemand von Ihnen in Abrede stellen, daß der unglückliche Ausgang der Friedenshandlung in Ungarn gerade den Kaiser am empfindlichsten berührt, weil ja ihn nicht bloß der Nachtheil dessen für die gemeine Sache trifft, sondern noch eine Reihe besonderer für seine Person und seine Erblande. Durch den Abbruch der Friedenshandlung bleibt der Kaiser aller derjenigen Vortheile verlustig, die aus dem Frieden ihm zuwachsen würden. Ungarn und die an Ungarn grenzenden Länder sind nach wie vor der Verheerung preis gegeben. Der Kaiser ist wieder wie seit Jahren in seiner Residenzstadt wie eingesperrt, ist persönlich Insolenzen ausgesetzt. Diese Verhältnisse allein genügen darzuthun, daß, wenn der Kaiser abermals zu den Waffen greift, dies nur gezwungener Weise geschieht."

„Ich verlange daher zu wissen, auf welchen Grund gestützt man gegen den Kaiser den Vorwurf erhebt, daß er den Frieden nicht gern dem Kriege vorgezogen. Der Kaiser hat den Ungarn drei Monate Zeit gelassen, ihre Vorschläge zu formuliren, nachdem er für sich nur zehn Tage genommen." Dann erörtert Gallas die einzelnen Stadien der Unterhandlung, und gibt die Gründe an, wegen deren der Kaiser die Verlängerung des Stillstandes nicht habe gewähren können. „Der wichtigste Punct aber, sagt er, der dies Friedenswerk gehemmt, ja der allein es zum Scheitern gebracht, besteht darin, daß die Aufständischen von ihrer unbilligen und ungerechten Anforderung an Siebenbürgen nicht haben abstehen wollen. Denn, wenn nur darin sie der Bescheidenheit

nachgelebt hätten, so würde der Kaiser, ungeachtet aller anderen Beschwerden, in der Verlängerung des Stillstandes ein Uebriges gethan haben. Ich bitte Sie aber insgesammt, meine Herren, mir zu sagen, ob die Königin, welche ja die Gerechtigkeit und Bescheidenheit selber ist, verlangen könne, daß der Kaiser ein so ansehnliches Land wie Siebenbürgen von vorn herein hinweg gebe, um eine Verhandlung fortzusetzen, in welcher von jener Seite kein wahrhaftes Verlangen nach dem Frieden sichtbar wird, oder ob, bei einer solchen Lage der Dinge, dem Kaiser die Verlängerung des Stillstandes ins Unbestimmte hinein zugemuthet werden dürfe."

„Und da nun der Kaiser durch die Bosheit und Hartnäckigkeit der Häupter des Aufstandes gezwungen wird, aufs neue zu den Waffen zu greifen: so frage ich, ob er anders handeln kann als die Maßregeln zu treffen, durch welche endlich einmal diesem Unwesen ein Ende gemacht werden muß. Die Aufmerksamkeit und die Sorgfalt des Kaisers für die allgemeine Wohlfahrt erhellt zur Genüge daraus, daß er nicht eher Einen Mann vom Oberrheine abgefordert hat als nach der Erkundigung, ob dies dort einen Nachtheil verursachen würde. Zu diesem Zwecke hat er den Grafen Schlick an den Prinzen Ludwig entsendet, und erst nach dessen Zustimmung, daß der Kaiser keinen Anstand nehmen möge, den gewissen Erfolg in Ungarn dem ungewissen am Rheine vorzuziehen, hat der Kaiser beschlossen, die aus 4000 Mann bestehenden vier Regimenter nach Ungarn zu ziehen. Das ist die wahre Beschaffenheit dieser Sache."

„Ich werde nicht ermangeln, schloß Gallas, dem Verlangen der Königin entsprechend zu berichten; aber ich bitte die Herren insgesammt zu erwägen, ob der Kaiser anders handeln könne, und bitte Sie ferner anzugeben, wie nach Ihrer Ansicht diesem innerlichen, der gemeinsamen Sache höchst schädlichen Unwesen auf andere Weise abgeholfen und zugleich der Königin alle mögliche Satisfaction geleistet werden könne. Ich werde es mit allem Nachdrucke vorstellen."

Die Engländer hörten schweigend zu. Endlich nahm Godolphin wieder das Wort und sagte: „Man wird nicht verlangen, daß der Kaiser Frieden mit den Ungarn macht, wenn diese nicht wollen. Wir untersuchen auch nicht, wen eigentlich die Schuld treffe. Wir wollen nur dargethan haben, daß auf diese Weise, wenn der Kaiser seine

Truppen gänzlich vom Oberrheine abzieht, es endlich dahin kommen wird, daß die Verbündeten, welche sich bereits die größte Kriegeslast in den Niederlanden, in Spanien, in Italien aufgebürdet haben, endlich auch noch diejenige am Oberrheine werden auf sich nehmen müssen. Auch ist es betrübend anzusehen, daß der Kaiser den Krieg in Italien für minder wichtig ansieht als denjenigen in Ungarn. Für den letzteren hat er sogleich Truppen verfügbar gemacht, für den ersteren findet er keine."

Gallas entgegnete: „Die Dinge am Oberrheine liegen für jetzt nicht so, daß ein Zuzug verbündeter Truppen nothwendig werden könnte. Der Marschall Villars hat dort so viele Truppen abgeben müssen, daß auch so der Markgraf ihm überlegen bleibt. Die Operationen am linken Ufer des Oberrheines werden auch nicht gehindert durch den Mangel an Truppen, sondern durch die Verödung des Landes dort. — Der Vorwurf, daß der ungarische Krieg dem Kaiser mehr am Herzen liege als der italienische, ist nicht begründet. Denn Ihnen Allen, meine Herren, vornehmlich aber Mylord Godolphin, wird noch frisch im Gedächtnisse sein, daß der Kaiser alle seine verfügbare Macht nach Italien gewendet, auch sich bestrebt und große Erbietungen gemacht hat, um würzburgische und andere Reichstruppen dahin zu senden. Von den vier Regimentern, die jetzt nach Ungarn marschiren, sind zwei würzburgisch, eins mainzisch, eins kaiserlich. Die Reichsfürsten sind eben eher geneigt nach Ungarn ihre Truppen zu schicken als nach Italien."

Diese Entgegnung erregte Godolphin in lebhafter Weise. „Was immer für Entschuldigungen Sie machen, fuhr er heraus, wenn der Kaiser nur darauf ausgeht für seine eigene Convenienz zu sorgen, so wird er seinen Verbündeten nicht verdenken können, wenn sie fortan dasselbe thun."

Und damit gelangte endlich die Erörterung an den Punkt, über welchen die Engländer wie die Holländer jener Zeit gemeiniglich hinweg sahen. „Es befremdet mich nicht wenig, erwiederte Gallas, wenn man diese ungarischen Unruhen als die Sache des Kaisers allein betrachtet. Es ist ja doch weltkundig, daß die abtrünnigen Ungarn von Frankreich her gestützt werden, daß sie zu Gunsten des Königs von Frankreich alles aufbieten, um nicht nur dem Kaiser, sondern der gesammten Allianz zu schaden, nicht blos indirect, sondern auch direct, wie es vor

zwei Jahren vor Augen lag, als die verbündeten Truppen an die Donau zogen. Darum liegt die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes im allgemeinen Interesse. Man ereifert sich über 4000 Mann, die der Kaiser nach Ungarn zieht, und doch wird hoffentlich die Frucht sein, daß der Kaiser bald, im directen Interesse der großen Allianz, statt der 4000 Mann, gegen Frankreich 20,000 entsenden kann."

Die bündige Darlegung erlahmte jedoch an dem Vorurtheile der Engländer. Ohne auf jene einzugehen, erwiederte Godolphin: „Nach allem muß ich Ihnen erklären, daß, wie es scheint, man in Wien für die Königin und die Alliirten keine Consideration haben will."

„Solche Worte, meldet Gallas in seinem Berichte, konnte ich als Schluß nicht hinnehmen, sondern erachtete es als meine Schuldigkeit, darauf das Folgende zu antworten."

„Dem Kaiser wird dieser Vorwurf nicht wenig zu Herzen gehen. Ich bitte der Zeit des Bündnisses von Kaiser Leopold an, besonders aber der ungarischen Wirren von Anfang an recht nachzusinnen. Alsdann wird man finden, daß der Kaiser, nur aus Consideration für die Königin und ihre Alliirte, in seiner Nachgiebigkeit viel weiter gegangen ist, als es sonst die Autorität und das Interesse des Kaisers gestattet hätte. Möge man doch nicht unbillig sein, dem Kaiser nichts Unmögliches zumuthen, dann aber auch auf seine Willfährigkeit vertrauen! Ich gebe diese Versicherung nicht aus mir selbst, sondern auf Grund eines mir wirklich zugekommenen Befehles."

Es erfolgte keine Antwort. „Weil ich also gesehen, schließt der Bericht, daß der Wortwechsel zu weit gehen könnte, und man doch von jener Seite sich auf die Einzelnheiten des Thatbestandes nicht einlassen wollte: so habe ich nochmals wiederholt, daß ich dem Verlangen der Königin gemäß alles was mir in der Conferenz vorgetragen, an Ew. kaiserliche Majestät berichten werde. Und hiermit mich erhebend die gedachte Conferenz geendigt."

Die Rede des Grafen Gallas verhallte bei den Engländern wirkungslos. Der Bericht des Staats-Secretärs Harley darüber an Stepney hört sich an, als hätte Gallas alle Behauptungen Godolphins schweigend zugegeben[1]). Marlborough seinerseits, der dem Grafen

[1]) Bericht vom 13. August, p. 191.

Wratislaw gegenüber anerkannte[1]), daß die französische Politik in Ungarn alle Mittel aufbiete, um einen Ausgleich zu verhindern, redete nach London hin in der dort üblichen Weise, und sprach namentlich dem Staats-Secretär Harley seine Befriedigung darüber aus, daß man dem Grafen Gallas derb die Wahrheit gesagt habe; denn das jähe Abbrechen der Verhandlungen in Neuhäusel lege Zeugnis ab von der geringen Friedenswilligkeit der kaiserlichen Minister und ihrem Mangel an Respecte für die Vermittelung der Königin[2]).

In dem Recreditiv-Schreiben für Stepney an die Königin wies der Kaiser Joseph auf die eigentliche Ursache des Uebels in Ungarn hin. Die Bemühungen Stepneys um den Frieden, sagt er, würden besseren Erfolg gehabt haben, wenn nicht die Häupter der Rebellen, umringt von französischen Rathgebern, nur darauf ausgingen, französische Subsidien zu erlangen, und dazu, was von edlen Metallen im Lande noch übrig sei, für sich zusammenzuscharren[3]). An der Königin Anna jedoch war, wie an allen Engländern, jeder Hinweis in dieser Sache auf Frankreich verloren. Sie hatte von Franz Rakoczy eine andere und bessere Meinung. Stepney gab, noch von Wien aus, den Rath, daß die Königin, ähnlich wie die Generalstaaten, ein großmüthiges Mitleiden mit der ungarischen Nation aussprechen möge, zum Beweise daß man sie nicht verlassen wolle[4]). Diesem Rathe ward entsprochen. Die Königin antwortete in einem Handschreiben auf dasjenige des Rakoczy vom 22. Juli und meldete, daß ihr Kummer über den Abbruch der Verhandlungen gemildert werde durch die Versicherung seiner guten Gesinnungen. Sie werde unverzüglich einen anderen Gesandten schicken, der den Faden der Unterhandlung wieder aufnehmen solle[5]). Eben denselben Wunsch, der von den verbündeten Mächten an den Kaiser gelangte, hatten auch gleich nach dem Abbruche der Verhandlungen die in Wien lebenden, geflüchteten Ungarn durch den Palatin Paul Esterhazy an den Kaiser gebracht. Sie stützten sich darauf, daß der

---

[1]) Murray vol. III, p. 53. Vom 6. August.
[2]) A. a. O. p. 92. Vom 19. August.
[3]) Schreiben des Kaisers Joseph an die Königin, vom 23. September, p. 245.
[4]) Stepneys Bericht vom 4. September, p. 228.
[5]) Schreiben der Königin, vom 6. October, p. 254.

Friede von Carlowitz lediglich die Herrschaft des Kaisers über Siebenbürgen anerkannt, nicht jedoch eine Regierungsform festgestellt habe, daß also darüber doch verhandelt werden könne[1]). Eine praktische Consequenz konnte jedoch dieser Antrag, bei dem nun sofort sich erhebenden Waffenlärm, nicht haben.

Erneuter Krieg in Ungarn.

Während der Verhandlungen hatte Franz Rakoczy, wie er in seinen Denkwürdigkeiten meldet, seine Vorbereitungen getroffen, um gleich nach dem Abbruche die Stadt Gran zu belagern. Schon am 8. August traf er persönlich dort ein. Der Kaiser hatte das Commando in Ungarn dem Feldmarschall Guido Starhemberg gegeben, der bei Bruck an der Leitha 8000 Mann sammelte. Von denselben waren jedoch nur 1000 Mann reguläre Truppen, die anderen bestanden aus Croaten, Raizen, Walachen. Demnach mochte die Qualität eines großen Theiles dieses Heeres derjenigen der Rakoczy'schen Armee der Freiheit nicht sehr überlegen sein. — Von Osten her marschirte Rabutin mit der Armee, welche im November zuvor den Sieg von Sibo errungen, auf Debreczin und von da auf Szolnok an der Theiß[2]).

Es war die Absicht Starhembergs Gran zu entsetzen. Es gelang ihm nicht. Die Stadt capitulirte, bevor er nahe genug war, es zu hindern. Die Streifschaaren Rakoczys durchbrachen sogar die Linien, die man bei Oedenburg zum Schutze von Niederösterreich gegen sie errichtet. Am 22. August bereits meldet Rakoczy dem Franzosen Bonac in Danzig: „Die Wiener Zeitung wird wohl bald wieder von den Bränden in Niederösterreich zu reden haben"[3]).

Diese Erfolge indessen waren vorübergehend. Nachdem Rakoczy sich von Gran aus gegen den von Osten heranziehenden Rabutin gewendet, nahm Starhemberg die Stadt Gran eben so leicht wieder wie sie verloren war. Rabutin seinerseits belagerte Kaschau, welches der General Radics im Dienste Rakoczys tapfer vertheidigte. Beim Herannahen Rakoczys gab Rabutin die Belagerung auf. Seine

---

[1]) Stepneys Bericht vom 14. August, p. 193.
[2]) A. a. O.
[3]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 26.

Armee war, nach der Angabe Rakoczys, bis auf 4000 Mann hinab gekommen [1]).

Die geringen Erfolge des Herbstfeldzuges trugen bei, den Wunsch zu nähren, daß dem Jammer dieses Krieges durch eine erneuete Unterhandlung ein Ende gemacht werden möge. Auch der Engländer Stepney nahm aus seiner Abschieds-Audienz bei dem Kaiser den Eindruck mit hinweg, daß Joseph I. einen Frieden lebhaft wünsche [2]). Stepney schrieb dies an Rakoczy [3]). Dieser erwiederte: „Es wäre zu wünschen, daß der Kaiserhof mehr Aufrichtigkeit in dieser Sache zeigte, als er bisher gethan hat, und eine reelle Grundlage böte; denn ohne eine solche werden sich, nach meiner Ansicht, die Stände von Ungarn schwerlich darauf einlassen" [4]).

Wir haben bereits vernommen (S. 182), daß Rakoczy damals mit dem Gedanken umging, diesen Ständen, unter denen Niemand mehr einen offenen Widerspruch gegen ihn zu erheben wagte, oder doch seinem dienstwilligen Senate, den Plan der Absetzung des Königs Joseph vorzulegen.

Wie in den letzten Monaten des Jahres 1706 der Wunsch des Kaisers nach dem Frieden mit Ungarn sich steigerte: so in Rakoczy der Entschluß des Widerstandes und des Beharrens im Kampfe, und zwar auf beiden Seiten durch das Herüber-Schlagen der Kriegesflamme von Norden her, den Einbruch des Schwedenkönigs Carls XII. in Sachsen. Der Kaiser Joseph I. sprach in jener Abschieds-Audienz dem Engländer Stepney sogar die Besorgnis aus, daß dieser Einbruch zu Gunsten der aufständischen Ungarn vereinbart sein könne. In so weit es dabei auf die Intentionen Rakoczys ankommt, muß diese Frage bejaht werden. Seine Instructionen [5]) für seinen Agenten Groffey im schwedischen Hauptquartiere beweisen, daß er unablässig getrachtet, für diesen Entschluß Carls XII. seinen Rath zu geben. Ob dieser Rath an Carl XII. gelangt, ob, wenn er an ihn gelangt, der junge König demselben irgendwelche Beachtung geschenkt habe, liegt nicht vor.

---

[1]) Mémoires de François Rakoczy p. 107.
[2]) Bericht vom 22. September, p. 243.
[3]) Schreiben vom 24. September, p. 247.
[4]) Schreiben Rakoczys vom 23. October, p. 257.
[5]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 24, vom 11. August

Aber es war eine unzweifelhafte Thatsache, daß ob mit, ob ohne Absicht Carls XII., sein Einbruch in Sachsen nicht bloß dem Rakoczy erwünscht sein mußte, sondern auch Ludwig XIV. Es ist die dritte für diesen König günstige Fügung des Jahres 1706, die wir ins Auge zu fassen haben.

Der schwedisch-sächsische Krieg und der Friede von Alt-Ranstadt.

Der Krieg bis zum Einmarsche Carls XII. in Sachsen.

Auf die Nachricht der Zusammenkunft des Czaren Peter und des Königs August II. in Grodno brach Carl XII. mit einem Theile seiner Truppen in den ersten Tagen des Monats Januar 1706 von Stanislowo auf nach Lithauen. Den anderen Theil unter dem General Rennschild beließ er im Westen von Polen. Seiner Armee bahnte der scharfe Frost den Weg über Ströme und Moräste. Beim Betreten des Bodens von Lithauen versicherte Carl XII. durch eine Proclamation die Stände von Lithauen, daß er für sich von ihnen nichts verlange, sondern daß er Stanislaus, den die Polen anstatt des abgesetzten August zu ihrem Könige gewählt, auf seinem Throne befestigen wolle, und zu diesem Zwecke von den Ständen Lithauens die Anerkennung des Stanislaus verlange.

Beim Herannahen der Schweden auf Grodno enteilte August II. mit seiner sächsischen Cavallerie von dort nach Warschau. Er gab seinem General Schulenburg, der mit der in Sachsen neu gesammelten Armee an der Grenze stand, den Befehl in Polen einzumarschiren. Der weitere Plan war, dort alle Streitkräfte zu vereinigen und mit überlegener Macht das Corps des schwedischen Generals Rennschild zu erdrücken. Wenn dies gelang, so konnte auch Carl XII. sich in Lithauen gegen die andringende Uebermacht der Sachsen, Polen, Russen nicht behaupten.

Der Plan mislang, weil die Sachsen und Russen, welche Schulenburg führte, gegenüber den Schweden unter Rennschild bei Fraustadt [illegible]land hielten. Dies Treffen bei Fraustadt, am 3. Februar, [illegible]sequenz für Carl XII. die Eröffnung der Bahn nach Sachsen [illegible]ins der merkwürdigsten der Kriegsgeschichte jener Zeit. Da[illegible] von besonderem Interesse, den nicht officiellen, sondern

vertraulichen Bericht Schulenburgs darüber an seinen Freund Leibniz zu vernehmen [1]).

„Das Schreiben, mit welchem Sie in Betreff der unglücklichen Schlacht bei Fraustadt mich beehrten, hat einen Umweg über Polen gemacht. Daher komme ich erst jetzt zu einer Antwort."

„Was diese unglückselige und schmähliche Action betrifft, so lautete der Befehl an mich in Polen einzumarschiren und mir um jeden Preis den Weg dahin zu eröffnen. Dies geschah. Es handelte sich dann für mich darum, zunächst jeden Kampf zu vermeiden, und dadurch dem General-Lieutenant Brause die Zeit zu verschaffen zu mir zu stoßen, und ebenso den Truppen, die der König in Warschau bei sich hatte. Ich bedurfte aber auch vor allen Dingen eines Ortes, um Brot backen und Mehl mahlen zu lassen. Zu diesem Zwecke war durchaus kein anderer Ort mir dienlich als Fraustadt. So lange jedoch der General Rennschild sich vor mir zwischen Fraustadt und Lissa hielt, konnten weder die Truppen des Königs von Warschau her, noch diejenigen des Generals Brause mich erreichen; für mich dagegen gab es kein Mittel mich zu verschanzen, oder mich in den Waldungen zu halten, weil der scharfe Frost, namentlich während der Nächte, unerträglich war. Wenn aber auch die Truppen aus Warschau oder diejenigen des Generals Brause heran kamen, so konnten sie doch von mir den Streich nicht abwehren, weil der General Rennschild sich auf denjenigen geworfen hätte, der ihm zunächst kam. Die Meinung, daß wir von verschiedenen Seiten zugleich ihn hätten angreifen sollen, halte ich für unausführbar. Es blieb mir daher kein anderer Entschluß zu fassen als mich so zu setzen, daß ich die anderen Subsistenz-Mittel aus Schlesien und das Brot aus Fraustadt bezog, daß ich ferner gesichert war gegen jeden Ueberfall, in dem Feinde dagegen die Meinung erweckte, daß ich trachtete mich in der Richtung auf Posen gegen die Warthe zu ziehen. Wenn ich ihn dadurch nöthigte sich etwas zu entfernen und mehr gegen meine Linke zu wenden: so konnte ich die Truppen des Generals Brause an mich ziehen und die meinigen bewahren. Denn

---

[1]) Aus den Leibniz-Papieren der königlichen Bibliothek in Hannover, vom 15. April 1706. Ich gebe nur einen Auszug des, wie Schulenburg am Schlusse selber sagt, langen und verworrenen Briefes.

ich wünſchte ſehr jeglichen Kampf zu vermeiden, um die Zeit zu haben, meine Truppen in den erforderlichen Stand zu ſetzen; dies um ſo mehr, da ich ſeit fünf Vierteljahren mich an der Heeresleitung nicht betheiligt hatte, und nun ſehen mußte, daß die Truppen einer ſcharfen Diſciplin bedurften."

„Als jedoch dann der General Rennſchild direct auf mich zumarſchirte, und ich erkannte, daß es kein Mittel gab einem Treffen auszuweichen, zugleich aber auch meine Soldaten ſehr kampfbegierig ſah: ſo blieb mir kein anderer Entſchluß als dem Feinde entgegen zu gehen, eine feſte Stellung zu nehmen und mich darin angreifen zu laſſen. Durch die Wahl meiner Poſition beſaß ich dieſe Vortheile; denn um zu einem Angriffe zu gelangen, waren die Feinde genöthigt ſich dreifach zu theilen, ſo daß ihr linker Flügel, durch ein zwiſchen liegendes Dorf abgetrennt, keine Communication mit den übrigen Truppen mehr hatte, und auch der rechte Flügel ſich von dem Haupt-Corps weit abzweigte. Daher hätte ich, nach allem Anſcheine, dieſe Schlacht gewinnen müſſen, und dies noch um ſo mehr, weil die Feinde, die anfangs in guter Ordnung vordrangen, bald in große Verwirrung geriethen."

Dieſe Anſicht Schulenburgs erhält eine Stütze durch eine Nachricht, welche damals aus Liegnitz gemeldet wurde: ein ſchwediſcher General habe vor dem Treffen ſeine Soldaten angeredet mit den Worten: „Kinder, vor menſchlichen Augen ſind wir verloren, und iſt es faſt unmöglich, daß Einer von uns davon komme; doch vertrauet Gott!" [1])

Der Bericht Schulenburgs fährt fort wie folgt. „Deſſen ungeachtet kam über die Truppen meines Königs ein Schrecken, ohne daß ſie wußten warum. Sie riſſen aus, ohne das Herannahen der Feinde zu erwarten. Niemals hat man eine ſolche Panik geſehen, und bis zur Stunde noch kann ich den Grund nicht faſſen. Was mich dabei am meiſten überraſcht hat, iſt, daß dieſelben Bataillone, die ich ſonſt habe Wunder thun ſehen, nun zuerſt liefen. Sie können leicht ermeſſen, in welchem Zuſtande ich mich befand, als ich vor meinen Augen ſiebzehn Bataillone auf einmal ſich auflöſen ſah, ſo daß in Einem

[1]) Schulenburgs Leben und Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 265.

Momente sich alles im schrecklichen Wirrwarr befand. Der linke Flügel der Cavallerie eilte im selben Augenblicke davon, wo doch die Feinde noch nicht auf fünf- oder sechshundert Schritte nahe gekommen waren. Dies wirkte auf die übrigen Bataillone so, daß sie unbeweglich und wie in Verzückung standen, zumal als nun auch der rechte Flügel der Cavallerie auch nur Einen Augenblick Widerstand leistete. Kurz vom ersten Kanonenschusse an bis zur Flucht in völliger Auflösung ist nicht eine halbe Viertelstunde vergangen. Es ließen sich noch eine Menge Einzelnheiten angeben; aber das Gesagte mag genügen."

„Was mich betrifft, so habe ich nichts Anderes mir vorzuwerfen, als den Befehl über diese Armee angenommen zu haben. Die Gefahr des Unterganges derselben war von Anfang da, weil man sie im strengsten Winterfroste aufbrechen ließ. Nachdem ich die Oder überschritten, hing es nicht mehr von mir ab ein Treffen zu vermeiden oder auch nur hinaus zu schieben als höchstens um vierundzwanzig Stunden."

Die sächsische Armee war völlig aufgelöst, und die Rückwirkung auf Polen und Lithauen ward bald ersichtlich. Die Familien Jablonowski, Lubomirski, sowie der Fürst Radziwil, die bis dahin zu August II. gehalten, gingen zu Stanislaus über. Als Carl XII., der sich aus Lithauen nach Volhynien gezogen, noch für Monate dort blieb, begab sich der König August II. mit den Truppen, die er in Warschau noch besaß, im Juli wieder nach Lithauen, in der Hoffnung, wie es scheint, daß Carl XII. ihm dahin folgen würde. Es geschah nicht. Der General Schulenburg mahnte von dem Unglückstage von Fraustadt an nach Dresden hin, daß man sich in Bereitschaft setzen möge, um einen etwaigen Einbruch der Schweden in Kursachsen abzuwehren[1]). Er fand keine Zustimmung.

Im Anfang Juli brach Carl XII. von Volhynien aus westwärts gegen die Weichsel auf, und überschritt sie bei Pollawie und Casimir. Dann ging der Marsch auf Radom. Demnach war nicht Warschau das Ziel. Vom Beginne August an erhob sich das Gerücht, daß der Marsch des Schwedenkönigs auf Sachsen gerichtet sei. Der kaiserliche Gesandte Sinzendorf erbat eine Audienz. Carl XII.

---

[1]) Schulenburg an Leibniz, 30. August: C'est une chanson que je chante depuis la journée de Fraustadt.

versicherte ihm seinen Entschluß, die Freundschaft mit dem Kaiser aufrecht zu halten, und nichts zu thun, was den Frieden des Reiches stören könne. Daß er nicht in Sachsen einziehen werde, sagte er nicht; aber für die erste Zeit noch wurden jene Worte so aufgefaßt[1]).

In der That scheint die Entscheidung erst dann gefallen zu sein, als im Anfange August die Feldläger des Königs und des Generals Rennschild bei Strykow unfern von einander standen[2]). Der Minister Graf Piper reichte gegen den Plan ein schriftliches Gutachten ein, welches verschiedentlich anklingt an den einstigen letzten Rath des alten Benedict Oxenstjerna (Bd. X, S. 96 u. f.). Die Denkschrift hob die Gefahren hervor, denen die Länder der Krone Schweden an der Ostsee ausgesetzt sein würden, wenn der König noch weiter sich entferne und der russischen Macht freien Raum lasse. Ein Einfall in Sachsen würde die Seemächte und das gesammte Reich wider den König erregen. So lange er die Grenzen desselben nicht berührt, hätten sie geschwiegen. Aber nun, nachdem Frankreich ziemlich gedemüthigt, stehe es in ihrer Macht aus einem anderen Tone zu reden. Wenn es der feste Wille des Königs sei, daß der Einbruch in Sachsen geschehe, so möge er den Feldmarschall Rennschild oder einen anderen der Generale beauftragen, selber aber in Polen verbleiben, damit unter seinem Schutze Stanislaus seine Regierung befestige. — Die der Sache Kundigen glaubten: den Einwänden Pipers liege die Besorgnis zu Grunde, daß die Erfolge den vierundzwanzigjährigen König immer weiter fortreißen möchten.

Andere Mitglieder des Rathes gaben ihre Meinung dahin ab, daß die Besetzung des Landes Sachsen das einzige Mittel sei, dem Könige August II. alle Mittel zur ferneren Kriegführung zu benehmen. Die Seemächte und das Reich seien vollauf durch den Krieg wider Frankreich in Anspruch genommen, und würden, anstatt wider Carl XII. aufzutreten, lieber dem Könige August rathen seine Krone niederzulegen, damit er dadurch jenen zum Abzuge vom deutschen Boden bewege. Immerhin möchten sie im Anfange hohe Worte führen: zu Thaten zu schreiten würden sie sich sehr bedenken. Frankreich sei noch nicht so sehr geschwächt, daß es sich nicht wieder erholen könne, wenn es durch

[1]) Stepneys Bericht aus Wien vom 28. August, p. 219.
[2]) Nordberg, Bd. I, S. 670.

die schwedischen Waffen wieder etwas Luft bekäme. Ein so wichtiges Werk auszuführen reiche weder die Person des Feldmarschalls aus, noch eines anderen Generals: nur die eigene Gegenwart des Königs werde den erforderlichen nachdrücklichen Schrecken einjagen. Wenn alles abgethan, so habe man freie Hand und könne dem Czaren entweder in Liefland oder seinem eigenen Lande entgegen treten. — Auch bei diesen vorwärts drängenden Reden darf man nach dem späteren Gange der Dinge mit Recht vermuthen, daß hinter den ausgesprochenen Worten noch andere Gedanken schlummerten, die nicht zum Ausdruck gelangten.

Carl XII. vernahm die Reden für und wider. Dann sprach er mit kurzen Worten seine Absicht aus, selber nach Sachsen zu gehen. Demnach herrschte nach wie vor über alle andere Erwägungen in der Seele Carls XII. die Absicht, seinen Vetter August II. zur Niederlegung der Krone von Polen zu zwingen.

Carl XII. ließ seine Absicht des Einmarsches in Sachsen den Gesandten der verbündeten Mächte kund geben. Er bezeichnete diesen Einmarsch als die Satisfaction, die er berechtigt sei zu nehmen für die Invasion von Liefland durch sächsische Truppen. Die Gesandten, die sich in Danzig befanden, schickten eine Collectiv-Abmahnung ein mit dem Hinweise, daß ein solcher Schritt dem Könige von Frankreich zu gute kommen würde. Der Graf Piper erwiederte, bereits von Steinau aus, am 22. August/2. September, daß diese Besorgnisse nur in der Einbildung bestünden. Die Verbündeten hätten eher dem Könige dankbar zu sein, daß er sein Recht, seine Satisfaction an dem Ursprunge dieses unseligen Krieges zu suchen, aus Rücksicht für die Verbündeten nicht längst geltend gemacht habe. Aber nun sei es mit seiner Geduld zu Ende. Man könne Frankreich nicht hindern sich nach Belieben zu rühmen; aber die Verbündeten würden die Einsicht haben, in die Aufrichtigkeit des Königs von Schweden zu vertrauen [1]).

Carl XII. beließ den General Mardefeld und den Woiwoden Potocki mit einer geringen Macht in Polen. Seinen Schützling Stanislaus und dessen polnische Truppen nahm er mit. Am 22. August/2. September überschritten 16 Regimenter Cavallerie und 6000 Mann

[1]) Lamberty t. IV, p. 257.

Infanterie die Oder bei Steinau, nach Schlesien hinein. In breitem Zuge auf verschiedenen Wegen wälzten die Truppen sich westwärts, forderten die Lebensbedürfnisse, ohne zu zahlen, hielten jedoch im Uebrigen scharfe Disciplin. Carl XII. gab dem Kaiser nicht einmal officielle Kunde, daß er dessen Gebiet betreten. Seine Agenten und Officiere waren angewiesen, auf etwaige Beschwerden zu antworten: da der Kaiser wiederholt dem Könige August II. den Weg gestattet, hin und zurück, so nehme Carl XII. sich dasselbe Recht. Der schwedische Gesandte in Wien, Stralenheim, war beauftragt in demselben Sinne zu reden, wie der Graf Piper an die Gesandten der Seemächte geschrieben; aber in der Instruction an ihn befanden sich auch die bedenklichen Worte, daß die Unternehmung den Verbündeten nicht zu erheblichem Nachtheile gereichen könne, zur Zeit wo Frankreich nur zu tief gedemüthigt sei. — In dieser Fassung liefen die Worte bei den Gesandten der Verbündeten um [1]).

Carl XII. setzte seinen Marsch fort. Am 5. September kündigte er dem Sachsenlande seinen bevorstehenden Einzug an, versprach einem Jeden die Sicherheit des Lebens und des Eigenthumes, unter der Bedingung, daß man sich nicht zur Wehr setze, sondern die zu stellenden Forderungen willig erfülle. Die wenigen Truppen, die noch da waren, reichten zur Abwehr der starken schwedischen Macht nicht aus. Unter den Städten des Landes hätte nur etwa Dresden sich acht Tage lang halten können. Demnach mußten die Sachsen sich zunächst in das Unabänderliche fügen. Die Verheißung Carls XII. strenge Mannszucht zu halten, hatte sogar zur Folge, daß das Flüchten aus Sachsen aufhörte. Fast ungehindert marschirten die Schweden ein.

Die Gesandten des Königs August II. erhoben dagegen aller Orten flehende Vorstellungen, namentlich im Haag und in London. Nach ihren Behauptungen lag das Bündnis Carls XII. mit Ludwig XIV. thatsächlich bereits offen zu Tage. Im Haag und in London herrschte dieselbe Besorgnis; aber eben so sehr auch die andere, daß scharfe Worte an Carl XII. und Drohungen, denen man keinen Nachdruck geben könne, das Uebel nur ärger machen würden. Man wandte sich um Rath an Marlborough, und dieser an den Kurfürsten

[1]) Stepneys Bericht aus Wien, vom 8. September.

Georg Ludwig in Hannover, welcher von Anfang an mit Carl XII. in freundlichen Beziehungen gestanden. Die Antwort des Kurfürsten zeichnet die Lage der Dinge, wie sie dann thatsächlich sich bewährte. „Ohne Zweifel, erwiederte er an Marlborough, kennen Sie die Erklärung des Königs Carl XII., daß er das Reich nicht beunruhigen und den Verbündeten keinen Nachtheil bereiten wolle. Und da er augenscheinlich keinen Vertrag mit Frankreich hat, so ist mit Grund zu hoffen, daß er über Sachsen nicht hinausgehen, sondern lediglich dem Könige August die Mittel an Mannschaft und Geld nehmen will, welche dieser bisher von dort gezogen hat. Nach meiner Ansicht ist also für jetzt der beste Rath dem Könige kein Mistrauen zu zeigen und nicht Maßregeln wider ihn zu treffen; denn das wäre das rechte Mittel ihn in eine Verbindung mit Frankreich hinein zu treiben, so wie in etwaige Entwürfe gegen den Bestand des Reiches, an die er, wie ich mit Grund annehme, zur Zeit nicht denkt“[1]). Der Kurfürst fügt weiter hinzu, daß er zu dem Zwecke beschwichtigend auf Carl XII. einzuwirken, bereits einen seiner Minister, Herrn von Oberg, als Gesandten hingeschickt habe.

Auch der König Friedrich I. von Preußen hatte einen seiner Minister, Printzen, an Carl XII. gesendet. Diese Sendung jedoch hatte eine andere Tragweite. Es handelte sich um eine Tripel-Allianz der Mächte Preußen, Schweden, England. Friedrich I. ließ den Vorschlag an Marlborough gelangen, der ihn mit Besorgnis vernahm, zumal da eins der nächsten Objecte die Herstellung des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern sein sollte. Marlborough fügte dem Berichte an die Königin Anna seine Abmahnung bei, und dieser gemäß fiel der Beschluß in Kensington aus. An Gründen zur Ablehnung fehlte es nicht. Die Königin ließ erwiedern, daß sie einen solchen neuen Vertrag vor den Generalstaaten nicht würde geheim halten dürfen, und daß sowohl diese, wie namentlich die verbündeten Mächte katholischer Religion, sich dadurch beunruhigt fühlen würden. — Der vergebliche Antrag war aber an sich ein neuer Beweis, daß Carl XII. nicht mit Frankreich im Bunde stehen konnte[2]).

---

[1]) Murray t. III, p. 130. Vom 21. September.

[2]) A. a. O. p. 157, 167, 178.

Durch diese Verhandlung hatte sich ferner ergeben, daß auf ein Entgegen-Treten der zwei mächtigsten Fürsten in Norddeutschland, des Königs Friedrich I. und des Kurfürsten Georg Ludwig, wider Carl XII. von Schweden nicht zu rechnen war, daß sie ihrerseits aber auch nichts von ihm fürchteten. Den Eindruck des Einmarsches der Schweden in Sachsen auf andere deutsche Fürstenhöfe vergleicht der Engländer Stepney, auf seiner Reise durch Deutschland, mit demjenigen, den der Ruf: Der Löwe ist los — auf eine Volksmenge machen würde. „Ich weiß nicht, fügt er hinzu, ob die Wünsche entweder des Königs von Schweden oder desjenigen von Preußen sich so weit erstrecken, sich zum römischen Könige wählen zu lassen; aber ich wage mit Sicherheit zu sagen, daß das Königreich Ungarn sowohl dem Einen wie dem Anderen angeboten ist“ [1]).

Rakoczy hatte allerdings sich bemüht im Laufe des Sommers eine Reihe von Vorschlägen und Anträgen an Carl XII. gelangen zu lassen [2]). Auch scheint es, daß sein Agent Groffey damals zur Audienz zugelassen worden sei; denn in einer neuen Instruction, vom 11. August, redet Rakoczy von Versprechungen Carls XII.[3]) Er sucht den König zu stacheln. Aus den Reden der Gesandten der Seemächte, sagt er, habe er vernommen, daß diese nicht weniger eifersüchtig auf Carl XII. seien als der Kaiser. Er habe schon im Jahre zuvor eine Allianz der vier Könige von Schweden, Preußen, Polen, Ungarn vorgeschlagen, welche das Schiedsrichteramt von Europa übernehmen würde. Denn sobald Ungarn erkenne, daß man seine Allianz wünsche, werde es unfehlbar zur Absetzung des Königs Joseph schreiten und eine Neuwahl vornehmen. „Wenn ich nur, fährt er fort, die Intentionen des Königs von Schweden wüßte, an wen er dafür denkt, so würde ich sicherlich die Mittel finden, sie zu unterstützen, und Sie dürfen versichern, daß, wenn man in meine Person Vertrauen setzen will, ich mich bemühen werde, dies zu verwerthen zum Wohle und Ruhme des Königs von Schweden, ohne das Geheimnis zu verrathen“ [4]).

---

[1]) Stepneys Bericht vom 24. October an Harley, p. 259.
[2]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 2, 14 u. f., 21 u. f.
[3]) A. a. O. S. 24.
[4]) A. a. O. S. 24. Rakoczy an Groffey. Vom 11. August.

Demnach schlägt Rakoczy nicht einen Anderen, sondern zunächst sich selber zum Könige von Ungarn vor, wenn Carl XII. es erlauben wolle. Die Fassung der späteren Anträge Rakoczys an Carl XII. aus demselben Jahre[1]) lassen vermuthen, daß Carl XII. auf jenen ersten gar nicht geantwortet hat. Der Vorschlag Friedrichs I. an Marlborough (S. 198) dagegen hat gezeigt, daß Carl XII. allerdings an eine besondere Allianz dachte, aber mit Preußen und England, demnach nicht im Sinne Rakoczys.

Dennoch benahm die ablehnende Haltung, die Carl XII. von Anfang an der ungarischen Rebellion gegenüber beobachtet, wie dem Rakoczy nicht die Hoffnung, so dem Kaiserhofe nicht die Besorgnisse einer Einmischung Carls XII. Es kam in Wien dazu die Erinnerung an die Todesfeindschaft seiner Vorfahren Gustav Adolf und Carl Gustav gegen das Haus Oesterreich. Im kaiserlichen Rathe beantragte der Graf Wratislaw, dem Schweden das Betreten des Reichsbodens mit bewaffneter Hand zu wehren; denn es werde leichter sein zur Zeit ihn auszuschließen, als hernach ihn wieder hinaus zu bringen. Wratislaw blieb indessen mit dieser Ansicht allein, und es kam ein Jahr später für ihn die Gelegenheit, den Kaiser an seine Worte vom September 1706 zu erinnern[2]).

Man erwog dagegen in Wien wiederholt die Absendung eines Botschafters an Carl XII., um durch friedliche Beredung ihn von dem Entschlusse einer Einlagerung in Sachsen abzubringen. Zuerst sollte der Reichs-Vicekanzler Schönborn im Namen des gesammten Reiches zu Carl XII. gehen und ihn erinnern, daß er als Reichsstand Antheil genommen an der Kriegserklärung des Reiches wider das Haus Bourbon, vom Jahre 1702, und daß diese Kriegserklärung ausdrücklich den Frieden der Reichsstände unter einander verbürge[3]). Diese Sendung hätte dem in denselben Tagen gefaßten Beschlusse des Reichstages in Regensburg entsprochen[4]). Der Beschluß ward gefaßt auf den Betrieb des Kurfürsten von der Pfalz, welcher daher für längere Zeit den Zorn Carls XII. zu fürchten hatte. Der Beschluß war unzeitig, weil

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 48. Rakoczy an Groffey, vom 20. December.
[2]) Wratislaws Bericht von 6. August 1707, in den Suecicis des k. k. Archivs.
[3]) Stepneys Bericht vom 11. September, p. 236.
[4]) Der Beschluß in Fabers Reichs-Kanzlei Theil 28, S. 294.

ihm kein Nachdruck gegeben werden konnte. Die Thatsache war da, daß Carl XII. bereits in Kursachsen stand, und dazu die andere, daß man ihn nicht hinausschlagen wollte noch konnte. Es blieb nur übrig ihn mit gütlichen Mitteln zum baldigen Abzuge zu bewegen. Der Kaiser entsandte den Grafen Wratislaw mit dem Versprechen, sich bei August II. zu bemühen, daß er auf die polnische Krone verzichte. Carl XII. nahm den Grafen Wratislaw wohlwollend auf, und sein Recreditiv für denselben an den Kaiser betheuerte seine beharrliche Absicht des Friedens und der Freundschaft mit Kaiser und Reich[1]).

Der Friede von Alt-Ranstadt.

Als der König August II. fern in Lithauen, im August, die Richtung des Marsches der Schweden erfuhr, gab er sich der Hoffnung hin durch einen schleunigen Frieden nach dem Willen des Siegers sein Erb- und Stammland vor dem drohenden Unheil der Besetzung noch bewahren zu können. Er entsandte, am 16. August, an Carl XII. seine Räthe Imhoff und Pfingsten mit der Vollmacht, einen Vergleich auf billige und christliche Bedingungen abzuschließen[2]). Zugleich aber gab er ihnen ein demüthiges Schreiben mit, welches über alle Bedingungen, die in der Vollmacht enthalten sein mochten, weit hinaus ging, indem es Carl XII. völlig freie Hand gab. Es hieß darin: er beklage sehr, daß er in diesen für beide Könige so verderblichen Krieg verfallen sei, und wünsche dringend die Freundschaft Carls XII. wieder zu gewinnen. Bei diesem allein stehe es darein zu willigen und die Friedensbedingungen nach eigenem Gefallen einzurichten. Doch hoffe er, der König werde mit ihm als einem unglücklichen Fürsten und seinem nächsten Blutsverwandten so verfahren, daß seine eigene Ehre und sein erworbener Ruhm nicht darunter litte. — Die Sache blieb tiefes Geheimnis, weil sich der König August II. noch im Bereiche seines Bundesgenossen, des Czaren Peter I., befand[3]).

Die Bevollmächtigten erreichten Carl XII. nicht mehr in Polen oder Schlesien, sondern erst auf sächsischem Boden, in Bischofswerda.

---

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. IV, p. 271. Vom 20./30. October.

[2]) Schulenburgs Leben und Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 293.

[3]) Nordberg, Bd. I, S. 673.

Auf ihren Antrag antwortete der Graf Piper zunächst mit der Aufzählung eines Sündenregisters von August II. wider Carl XII. Am nächsten Tage kam man zur Verhandlung, wenn das schwedische Dictat den Namen verdient. Der härteste Punct war die Forderung des Verzichtes von August II. auf die polnische Krone. Die Bitten jener Beiden um den Erlaß dieser Forderung blieben vergeblich. Die Schweden Piper und Hermelin verwiesen sie auf das eigene Handschreiben Augusts II., welches die Friedenssache dem Gefallen des Schwedenkönigs anheim stelle. Die Niederlegung der Krone sei das was von Anfang an Carl XII. zur Genugthuung für den an ihm verübten Friedensbruch gefordert: ohne dieselbe kein Friede. Imhoff und Pfingsten fügten sich in das Unvermeidliche. Da jedoch der Entwurf auch die Anerkennung des neuen Königs Stanislaus mit umfaßte, so mußte auch dieser und seine Räthe in das Geheimnis gezogen werden.

Unterdessen ging der Marsch Carls XII. weiter. Er blieb nicht, wie Viele erwartet hatten, in Leipzig, sondern nahm sein Hauptquartier in dem kleinen Orte Alt-Ranstadt. Dort wurde, am 14./25. September, der Friede unterzeichnet, aber wegen der Gefahr, welcher August II. bei seinen bisherigen Freunden, den Russen, ausgesetzt werden könnte, bis auf die Ratification geheim gehalten. Einstweilen ward ein Waffenstillstand verkündet[1]).

Außer dem Verzichte Augusts II. auf die polnische Krone und seiner Anerkennung des Stanislaus stipulirte der Friedensschluß die Winterquartiere der Schweden in Sachsen, ohne eine bestimmte Zeitangabe für das Ende derselben, ferner die Lossagung Augusts II. von dem Bündnisse mit dem Czaren Peter, die Auslieferung des Johann Reinhold von Patkul, so wie aller Russen in sächsischen Diensten, endlich die Verpflichtung des Königs August, die Anerkennung und Gewährleistung des Kaisers und der Seemächte für diesen Frieden zu verschaffen. Alle diese Puncte enthielten in sich Keime zu neuen Verwickelungen und Gefahren.

Der Bevollmächtigte Pfingsten begab sich mit der Friedensurkunde zu August II., den er in Petrikau fand. Dort ratificirte August II. am 20. October. Aber er befand sich inmitten der russischen Armee

[1]) Nordberg, Bd. I, S. 676, 680.

unter Menzikoff. Ihnen gegenüber ſtanden der Schwede Mardefeld und der Pole Potocki. Der Erſtere erhielt wiederholt Nachrichten von dem ſächſiſchen Miniſter Pflug, daß die Angelegenheiten der beiden Könige auf gutem Fuße ſtünden. Mardefeld achtete derſelben nicht, ſondern erwiederte, daß er keinen Rath vom Feinde annehme. Die beiderſeitigen Bewegungen machten ein Treffen unvermeidlich. Es erfolgte am 19./30. October bei Kaliſch. Die Schweden wurden geſchlagen, Mardefeld ſelbſt gefangen.

Der König Carl XII., über dieſe Nachricht ſehr erregt, beſchuldigte ſeinen Vetter Auguſt II. der abermaligen Treuloſigkeit gegen ihn. Der Bevollmächtigte Pfingſten jedoch überreichte ein Handſchreiben, in welchem Auguſt II. betheuerte zum Treffen gezwungen zu ſein. Er habe mit Fleiß ſolche Bewegungen gemacht, daß die Ruſſen hätten allein ſtehen müſſen, und, wenn Mardefeld nur die Gelegenheit in Acht genommen, ſo hätte er ſie leicht ſchlagen können[1]). Es folgten andere Verſicherungen ſolcher Art, die wie jene erſte, ob wahr, ob unwahr, nicht zur Ehre Auguſts II. gereichten. Carl XII. aber ſchrieb an ſeine Regentſchaft in Stockholm: er habe durch die Entſchuldigungen Auguſts ſich erweichen laſſen, und gebiete den Frieden zu verkünden[2]).

Auf dieſe Ermächtigung brachten die ſchwediſchen Geſandten aller Orten den Friedensſchluß zur öffentlichen Kunde; diejenigen des Königs Auguſt ſchwiegen. Als Grund ward ſpäter angegeben, daß Auguſt II. erſt habe Antwort abwarten müſſen, ob Carl XII. nach dem Treffen von Kaliſch den Friedensſchluß noch anerkenne. Wichtiger mochte ſein, daß Auguſt II. ſich zu dem Friedensſchluſſe von Alt-Ranſtadt nicht eher bekennen konnte, als bis er ſich dem Bereiche der ruſſiſchen Macht entzogen hatte. Es blieb daher noch eine Reihe von Wochen hindurch zweifelhaft, ob der verkündigte Friedensſchluß vollaus der Wahrheit entſpreche. Dies um ſo mehr, da die Beſtimmungen für Auguſt II. und für Sachſen, ſo wie für die Polen der Partei Auguſts II. nur Nachtheile enthielten, für Carl XII. und die Schweden nur Vortheile. „Es iſt ein Friedensſchluß, ſchreibt Leibniz bei der erſten Kunde von Berlin aus an die Kurfürſtin Sophie, wie ihn Carl XII. nicht anders

---

[1]) Nordberg, Bd. I, S. 685.

[2]) Lamberty t. IV, p. 286. Vom 30. October/10. November.

hätte dictiren können, wenn er August II. gefesselt in seiner Gewalt gehabt hätte" [1]).

Einige jedoch fanden, daß auch etwas zur Entschuldigung von August II. spreche. Er habe durch die Vollmacht zum Frieden sein Erb- und Stammland Sachsen zu retten gesucht. Es habe ferner auf ihm die Besorgnis gelastet, auch auf Sachsen verzichten zu müssen zu Gunsten seines Sohnes, des Kurprinzen. Dann habe er sich dem Drucke der Russen entziehen wollen, in deren Gewalt er sich befand. Endlich habe Carl XII. durch die Vorlegung von Original-Briefen die Minister des Königs August überzeugt, daß der Czar auch seinerseits auf einen Sonderfrieden mit Carl XII. ausgehe, nämlich durch die Vermittelung des Königs Friedrich I. von Preußen [2]).

In Betreff der ersten Entschuldigung ist hervorzuheben, daß August II. in jenem Handschreiben, vom 16. August, an Carl XII., allerdings sich bereit erklärte, den Frieden anzunehmen nach dessen Gefallen, zugleich aber an die Großmuth seines Vetters Berufung einlegte. Von einer Großmuth Carls XII. gegen August II. ist in dem Friedens-Vertrage von Alt-Ranstadt keine Spur zu finden, sondern nur die volle Ausbeutung des Sieges gegen den wehrlosen Ueberwundenen. Man vernahm bald nachher, daß der Graf Piper der Königin-Witwe von Schweden, der Großmutter Carls XII., gemeldet: der König habe ihm den gesammten Friedens-Vertrag in die Feder dictirt, so daß seine eigene Thätigkeit bestanden habe lediglich in der Uebersetzung ins Lateinische [3]).

Die Bevollmächtigten Imhoff und Pfingsten wurden einige Monate später, im Mai 1707, verhaftet, um wegen Ueberschreitung ihrer Befugnisse beim Abschlusse des Friedens zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das Urtheil erfolgte im Jahre 1710, wo alle Furcht vor Carl XII. verschwunden war. Imhoff wurde, wie das Urtheil lautete, wegen seines begangenen und gestandenen Verbrechens mit der Strafe des ewigen Gefängnisses und der Einziehung seiner Lehengüter belegt. Pfingsten dagegen solle mit dem Schwerte vom Leben zum Tode gebracht werden. — Diese zwei Urtheile wurden nicht vollzogen [4]).

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 243.

[2]) Lamberty t. IV, p. 287.

[3]) A. a. O. p. 291.

[4]) Schulenburgs Leben und Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 288 u. f.

Im Jahre 1713 erfolgte ein milderes Urtheil. Die Gefängnisstrafe für Imhoff ward auf zehn Jahre beschränkt. Thatsächlich blieb er dann nur noch Ein Jahr in Haft. Die Todesstrafe für Pfingsten ward verwandelt in langjähriges Gefängnis. Er starb in demselben auf dem Königstein, im Jahre 1735.

Der Kern der Anklagen gegen beide Persönlichkeiten war, daß sie über ihre Instructionen hinaus dem schwedischen Machtgebote nachgegeben hätten. August II. selber schrieb, im November 1708, an Marlborough: seine Absicht sei gewesen, durch die Sendung jener Bevollmächtigten mit den von ihm unterzeichneten Blanketten den Schwedenkönig hinzuhalten, um Zeit zu gewinnen[1]). August II. mag sich später die Sache so ausgemalt haben; aber der Realität der Dinge im September 1706 dürfte diese Ausmalung wenig entsprechen.

In England und Holland erhob sich bei Manchen die Hoffnung, daß dieser Friedensvertrag den Besorgnissen, die man von dem Vordringen Carls XII. nach Westen hin gehegt, ein Ende machen, daß er nun sich gegen seinen anderen Feind, den Czaren Peter, wenden werde. Marlborough gab wiederholt dieser Hoffnung Ausdruck[2]). Allein auf die Frage einiger Gesandten im Haag an den Schweden Palmquist, warum nunmehr, nach abgeschlossenem Frieden, der König nicht aus Sachsen abziehe, antwortete dieser: „Man marschirt nicht im Winter" [3]). Dies Wort zuerst eröffnete im Haag und in London die Aussicht, daß der gefürchtete Gast in der Nähe bleiben wolle, um je nach Zeit und Umständen seine weiteren Entschlüsse zu fassen. Die nähere Kunde des Friedensvertrages lehrte das Weitere. Der fünfzehnte Artikel desselben besagte, daß die Armee Carls XII. ihre Winterquartiere in den Ländern Augusts II. nehmen und ihren Unterhalt daraus ziehen werde, bis alle Friedensbedingungen erfüllt seien.

In den Augen Carls XII. war unzweifelhaft dieser Artikel des Vertrages der wirksamste oder auch der einzige, den Vertrag zur Durchführung zu bringen. Er hatte seinem überwundenen Vetter, trotz dessen Bitte, keine Großmuth bewiesen, die jenen hätte moralisch binden können. Er hatte ihm einen Frieden dictirt, der von einem Vertrage

[1]) A. a. O. S. 353.

[2]) Murray vol. III, p. 208, 218, 225, 226, 231, 233.

[3]) Lamberty t. IV, p. 273.

nur noch die Form hatte, in der Wirklichkeit lediglich das Machtgebot des Stärkeren war. Auch wenn August II. ehrlicher und rechtlicher gewesen wäre, als er war: so lag es doch allzu nahe, daß er trachten würde sich der Erfüllung des Machtgebotes zu entziehen, sobald er die schwere Hand Carls XII. nicht mehr unmittelbar fühlte. Darum zog das Dictat von Alt-Ranstadt als unvermeidliche Consequenz nach sich das Verweilen der Schweden in Sachsen. Und zwar lastete dies Verweilen mit voller Wucht auf dem unglücklichen Lande. Carl XII. sicherte freilich die Ordnung und den äußeren Frieden. Er hatte besondere Sorge getragen, daß, ungeachtet seines Einzuges, die Leipziger Messe wie gewöhnlich abgehalten wurde. Das Land Sachsen sollte nicht ausgeraubt, sondern methodisch ausgesogen und ausgepreßt werden. Und damit war, obwohl die offenen Feindseligkeiten aufgehört hatten, ein wahrer Friede schwer vereinbar.

Nach seiner Rückkehr aus Polen besuchte August II. zuerst seinen Vetter Carl XII. in Güntersdorf, im Anfang December. Die Begegnung erschien als eine so freundliche, daß die Umgebung tief gerührt wurde. Carl XII. erwiderte einige Tage später den Besuch in Leipzig, und abermals dann August II. im schwedischen Hauptquartiere[1]). Dem Friedensschlusse gemäß setzte August II. die gefangenen zwei Prinzen Sobieski in Freiheit. Aeußerlich schien alles Friede und Einigkeit zu sein.

Allein die Schweden fingen Briefe von August II. auf, die, wie sie sagten, den letzten Betrug ärger machten als den ersten. Er wollte die polnische Krone, die er öffentlich aufgegeben, im Geheimen festhalten. Die andauernde Thätigkeit Augusts II. in Polen wurde bestätigt nach dem Uebertritte Smigelskis, der ihm als Parteigänger erhebliche Dienste geleistet, zu Stanislaus und Carl XII., durch die Enthüllungen desselben vor den zwei Königen. Die Folgen fielen auf die unglücklichen Sachsen. Anstatt auf das Flehen derselben einige Erleichterung zu gewähren, beschloß Carl XII., den Druck noch schärfer als zuvor zu spannen und das Land so mitzunehmen, daß, wenn etwa hernach August II. sich aufs neue erheben wollte, die Unterthanen unvermögend sein würden, ihm zu diesem Zwecke eine Beisteuer zu geben[2]).

---

[1]) Nordberg, Bd. I, S. 689.

[2]) A. a. O. S. 693.

Denn nicht bloß den Bestand der Armee, mit welcher Carl XII. in Sachsen eingerückt war, mußte das Land erhalten, sondern auch die Verstärkung derselben durch die neuen Werbungen. Sie geschahen nicht öffentlich, sondern in der Stille; aber das Glück und der Glanz der schwedischen Waffen, dazu der im Vergleiche zu anderen Mächten höhere Sold, den Carl XII. bot, die gute Verpflegung auf Kosten des Sachsenlandes — das alles waren Magnete, die aus den umliegenden norddeutschen Gegenden zahlreiche altgediente Soldaten unter die schwedischen Fahnen lockten. Das Land Sachsen, bis dahin trotz aller der Lasten, die es für die unbesonnene Kriegslust und andere Thorheiten des Königs August II. getragen, ein blühendes und wohlhabendes Land, mußte unter der unsäglichen Last des schwedischen Kriegsdruckes verdorren und verderben.

Carl XII. blieb andauernd in seinem Lager in Alt-Ranstadt, und hielt dort, vom Herbste des Jahres 1706 an bis tief in das Jahr 1707 hinein, die Gemüther im westlichen Europa in Spannung und Erwartung seiner weiteren Entschlüsse. Mit Hoffnung schauten auf ihn vor allen Anderen zwei Persönlichkeiten, Ludwig XIV. in Versailles, Franz Rakoczy in Ungarn, mit Besorgnis die leitenden Staatsmänner im Haag, in London und in Wien.

Der Aufenthalt Carls XII. in Alt-Ranstadt bewirkte, daß Viele dahin reisten, um die Persönlichkeit eines Königs zu schauen, der im Alter von 24 Jahren die Welt mit dem Rufe seines Namens erfüllte. Die Erfüllung dieses Wunsches an Ort und Stelle war nicht schwer, weil Carl XII. nach der damaligen Weise vieler Fürsten öffentlich speiste. Unter denen, die dort sich einfanden, war der Engländer Stepney, der die Gelegenheit seiner Reise von Wien nach seinem neuen Posten, im Haag, benutzte, um nach Sachsen abzubiegen. „Es war mir nicht bloß darum zu thun, meldet er, diese drei verschiedenen Könige zu sehen, Carl XII., August II., Stanislaus, sondern auch, in so weit es mir möglich, den Stand der Dinge zu erforschen, nämlich in welcher Weise unsere Geschicke beeinflußt werden können durch diesen gothischen Heros, der mit seiner Handvoll Leute von allen Mächten Europas theils gefürchtet, theils umschmeichelt wird“ [1]).

[1]) Lamberty t. XIV[b], p. 186.

Von dem was äußerlich wahrzunehmen war, entging nichts dem scharfen, kritischen Auge Stepneys. Er schildert die Abneigung des jungen Königs gegen Bürste, Kamm und Seife, nebst den Consequenzen, ferner seine bäuerischen Manieren, seine Bedürfnislosigkeit. Als den einzigen Gegenstand in der Ausstattung, der auf Schönheit Anspruch machen könne, findet Stepney in dem Schlafzimmer des Königs eine hübsche, vergoldete Bibel. „Bei alledem, sagt er dann, hat der König, wie er wohl gestaltet ist, auch ein sehr einnehmendes Angesicht, ohne einen Ausdruck der Härte. Aber er erscheint sehr launisch und eigensinnig. Daher sind die verbündeten Mächte mit Recht besorgt vor ihm; denn er wagt sich und seine Armee eben so leicht wie Jemand, der für sich persönlich Neigung zum Duelle hat."

Einen günstigeren Eindruck in Betreff des Aeußeren machten auf Stepney die zwei anderen Könige. „August II., sagt er, ist ein sehr wohl erzogener Fürst, gewinnend in Haltung und Manieren, und gemeiniglich bei Jedermann geschätzt."

„Da ich incognito reiste, begab ich mich auch nach Leipzig, wo ich nicht bloß den König Stanislaus sah, sondern auch nebst meinem Freunde von ihm, da er uns ansah, daß wir Fremde waren, sehr gnädig angeredet wurde. Sein Hof sieht ungleich vornehmer aus als derjenige seines Gönners. Seine Mutter und seine Frau, die beide sich dort befanden, sind zwei fein gebildete Damen. Er hat sein Quartier in einem hübschen Schlosse des Königs August, sehr wider den Willen dieses Fürsten, der ihm ausweicht und den Namen nicht genannt wissen will. Dessen ungeachtet wollen die Schweden ihn nöthigen mit Stanislaus zusammen zu kommen, und sie behaupten, daß er nach dem Vertrage dazu verpflichtet sei."

Die Beobachtungen Stepneys, der keinen Zutritt zu Carl XII. hatte, beschränkten sich auf das Aeußerliche. Wichtiger sind diejenigen eines Anderen, welchem Carl XII. als einem Fachgenossen Aufmerksamkeit bewies, des sächsischen Generals Schulenburg[1]).

Auf die Meldung Schulenburgs zur Audienz ließ Carl XII. ihn sofort eintreten. Schulenburg machte seine Verbeugung und wartete schweigend, ob der König reden würde. Dieser dagegen machte, ebenfalls

[1]) Schulenburgs Leben und Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 303.

schweigend, einige Schritte vorwärts, bis der General, langsam zurückweichend, sich in einer Ecke befand. Dann erst brach der König das Schweigen mit der Frage: „Woher kommen Sie jetzt?“ Daraus entwickelte sich eine Unterredung über die Kriegsereignisse, in denen sie einander gegenüber gestanden, so eingehend, daß Carl XII., wider seine Gewohnheit, lachte und scherzte. Mehrere anwesende Generale mischten sich ein, so daß die Unterhaltung in lebhafter Weise eine Stunde dauerte.

Dann ging man zur Tafel, an der Schulenburg seinen Platz neben dem Könige erhielt. Während der Mahlzeit, die nicht mehr als eine halbe Stunde dauerte, sprach der König kein Wort, sah nicht einmal auf. Er trank nur Dünnbier. Sobald er nach der Tafel mit dem Gefolge der Generale sich in das frühere Zimmer zurückbegeben hatte, setzten sich die dreißig Trabanten der Wache an dieselbe Tafel, und speisten, was übrig geblieben war. Der König und seine Umgebung unterhielten sich eine Stunde lang wie vor der Tafel.

Auf die Fragen Schulenburgs über das auffallende Verhalten des jungen Königs gegenüber dem weiblichen Geschlechte erwiederten die Frauen der schwedischen Generale, daß er häufig sich mit ihnen unterhalte, sogar in scherzhafter Weise über Liebe raisonnire. Er bekenne offen den Frauen gar nicht abgeneigt zu sein; vielmehr fürchte er sich mit ihnen einzulassen, weil ein Verhältnis solcher Art ihn von seinen Beschäftigungen abhalten würde. Und obwohl viele vornehme Frauen von nah und fern sich einstellten ihn speisen zu sehen, schaue er nie auf sie hin, gehe sogar brüsk an ihnen vorüber. Dennoch ergebe sich dann nachher, daß er sie alle gesehen und über sie zu reden wisse.

Die Armee Carls XII. hatte, wie Schulenburg weiter berichtet, vor allen anderen voraus, daß jeglicher Verstoß wider das sechste Gebot sehr streng bestraft wurde. Auch das geringste Vergehen dieser Art zog öffentliche Kirchenbuße vor dem Altare nach sich, unangesehen, ob General oder ein anderer Officier.

„Carl XII., sagt Schulenburg ferner, versäumt nie die Predigt, noch das öffentliche Gebet, und bei dem letzteren sieht man ihn immer knieend. Er versteht mehrere Sprachen, redet jedoch mit Vorliebe deutsch. Er ist wohl beanlagt, sehr zurückhaltend, hat sich völlig in der Gewalt, und hält fest an seinem Worte. Er könnte ein vollendeter König sein,

wenn nicht den guten Eigenschaften so viel Schlechtes beigemischt gewesen wäre: er ist rachgierig über alles Maß, und hart."

Das Verweilen Carls XII. in Sachsen blieb bis in den August 1707 eine schwere Gewitterwolke für das gesammte Westeuropa. Die Motive seines Verweilens, auch nachdem das unglückliche Sachsenland alle seine Forderungen erfüllt hatte, so wie dasjenige seines endlichen Aufbruches nach Osten wurden damals und später vielleicht am wenigsten in demjenigen Lande erkannt, dessen Politik in erster Linie darauf einwirkte — in England. Wir werden später die seitdem vergessenen Urtheile kundiger Zeitgenossen darüber vernehmen.

Weiterer Verlauf des Feldzuges am Oberrheine 1706.

Nach dem Verluste der Linien von Hagenau, im Mai, gestalteten sich die Dinge für den Markgrafen Ludwig von Baden nicht günstiger. Er verlangte unabläßig den Anzug anderer deutscher Truppen, damit er das gefährdete Landau decke, Hagenau wieder gewinne. Der Kaiser hatte wiederholt die 8000 Mann Preußen-Brandenburger, die Friedrich I. für die Anerkennung der Krone, gemäß dem Vertrage vom November 1700, dem Kaiser schuldete, dem Markgrafen zugewiesen. Sie kamen nicht. Ueberhaupt zogen die Reichsfürsten vor, ihre Truppen in den Sold der Seemächte zu stellen. Der Sieg Marlboroughs bei Ramillies erleichterte den Markgrafen in so weit, daß ihm gegenüber der Marschall Villars die Offensive nicht fortsetzen konnte. Aber der Markgraf seinerseits vermochte nicht dieselbe zu ergreifen, und noch weniger dann, als im Beginne des Monats Juli der Kaiser ihm anbefahl, von der Armee am Oberrheine vier Regimenter nach Ungarn abzugeben.

Die Folge der Unthätigkeit des Markgrafen war, daß die Ungunst, die seit Jahren von London und vom Haag her auf ihm lastete, sich im Sommer 1706 noch steigerte. Marlborough gab dieser Ungunst nach Wien hin Ausdruck. Als der Markgraf sich gegen diese Anklage des Müßigstehens in scharfen Worten vertheidigte, suchte Marlborough wieder einzulenken[1]). Aber der Unmuth des Markgrafen über die nach seiner Ueberzeugung ungegründeten Vorwürfe war im Steigen. Er

[1]) Röder, Bd. II, S. 271 und 275. Vom 14. und 24. Juli.

berechnete die Stärke des Feindes ihm gegenüber auf 25,000 Mann, denen er nur 14,000 bis 15,000 Mann entgegen zu stellen habe. Dazu aber wurden, nach seiner Ansicht, seine Leistungen im Haag und in London allzu sehr unterschätzt. „Es ist mir nicht neu, meldete er dem Kaiser, von Rastadt aus, am 26. Juli, daß die Mächte England und die Republik für nichts zu achten pflegen, was nicht direct zu ihrem Vortheil gereicht, und ich habe diesen Krieg hindurch ziemlich erfahren, daß jenen Mächten die eigenen Armeen niemals groß genug sein können, daß dagegen andere, welche von ihnen ein wenig entfernt, allezeit zu zahlreich erscheinen. Wenn Ew. kaiserlichen Majestät General-Lieutenant auch einmal so glückselig gewesen wäre, eine Armee unter sich zu haben, wie ich sie in den Niederlanden und in Italien mit allem Nothwendigen zur Genüge ausgestattet sehe: so könnte ich mir die Hoffnung machen, Ew. kaiserliche Majestät auch in Betreff meiner wenigen Person und Befähigung zufrieden zu stellen, und alsdann würde hoffentlich auch die Obscurität, welche auf einem kleinen Corps zwischen so großen Armeen lastet, nicht mehr so augenfällig sein" [1]).

Aber selbst auch in Wien wandte sich im Laufe des Monates August die Stimmung zu Ungunsten des Markgrafen. Denn die Berichte, die der General-Commissär Graf Schlick einreichte, stimmten nicht mit den Listen des Markgrafen. Am 28. August erließ der Kaiser Joseph an den Markgrafen ein sehr scharfes Schreiben. Die Inaction am Oberrheine, hieß es darin, sei unverantwortlich. Der Markgraf solle ungesäumt mit seiner Armee den Rhein überschreiten, die feindlichen Linien sowohl an der Lauter als an der Moder überwältigen und so tief wie möglich in das Elsaß eindringen. Das Gelingen stehe in Aussicht, weil der Feind dort nur 13,000 Mann stark, der Markgraf doppelt überlegen sei. Ja der Kaiser schätzte die Truppenzahl des Markgrafen, „obwohl die eingesandten Tabellen ein Anderes anzeigen", auf 40,000 Mann [2]).

Noch während der Abfassung dieses Schreibens kam die Nachricht ein, daß der Markgraf, krank wie er war, sich nach Schwalbach ins Bad begeben. Der Kaiser beharrte bei dem Befehle, nur daß er die

[1]) Röder, Bd. II, S. 276. Vom 26. Juli.
[2]) A. a. O. S. 280.

Ausführung desselben, in der Abwesenheit des Markgrafen, dem Feldmarschall Thüngen übertrug.

Von Schwalbach aus kündigte der Markgraf den Generalstaaten an, am 5. September, daß er ihnen einen General senden werde zu dem Zwecke, die irrthümlichen Gerüchte und Berichte über die Stärke seiner Armee durch den Nachweis des Thatbestandes auf das rechte Maß zurückzuführen. Noch bevor er sein Schreiben abgesendet, erhielt er dasjenige des Kaisers vom 28. August, welches ihm zeigte, daß nicht mehr bloß die Generalstaaten und die englische Regierung, sondern nun auch selbst der Kaiser die Unthätigkeit der Armee am Oberrheine ihm persönlich zur Last legte. Die Thatsache, daß der Markgraf die Nachricht dieser von Wien aus ihm gemachten Vorwürfe sogleich noch dem Schreiben an die Generalstaaten beifügte, beweist, daß, nach seiner Ueberzeugung, sie nicht begründet waren. Er konnte sogar weiter noch melden, daß er denselben Befehl, der ihm nun mit Vorwürfen ertheilt worden sei, sechs Wochen zuvor erbeten habe, jedoch vergeblich [1]).

Den Umständen nach müssen die Vorwürfe des Kaisers Joseph den kranken Feldherrn mit schwerer Wucht getroffen haben. Eine Siegesnachricht, die damals Marlborough ihm über die Einnahme von Termonde mittheilte, gab ihm die Gelegenheit, diesem Engländer gegenüber, an dessen freundlicher Gesinnung für ihn er oft zu zweifeln Ursache gehabt, dennoch seine Klage über das Erfahrene auszusprechen. „Ich weiß nicht, beginnt der Markgraf, am 7. September, ob ich von meiner Krankheit wieder aufkommen werde. Seit drei Wochen flieht mich der Schlaf." Und dann folgt die Meldung über jenes Schreiben vom 28. August [2]). Ein abermaliger Versuch des Markgrafen zur Rechtfertigung vor dem Kaiser liegt nicht vor.

Diese Rechtfertigung ergab sich aus den Thatsachen. Der Feldmarschall Thüngen suchte den Befehl vom 28. August auszuführen, ohne nennenswerthen Erfolg, so daß er, mit Zustimmung seines Kriegsrathes, von weiteren Unternehmungen abstand, und zu Hagenbach in der Pfalz, am linken Rheinufer, sein Hauptquartier aufschlug. Der Marschall Villars seinerseits ward von der Offensive gegen Thüngen

---

[1]) Röder, Bd. II, S. 286.

[2]) A. a. O. S. 288.

zurückgehalten, im September, durch die Befehle Ludwigs XIV., der nach dem Verluste vor Turin, und in seiner damaligen Hoffnung auf einen Frieden, nicht noch einmal etwas aufs Spiel setzen wollte[1]). So ging der Feldzug zu Ende.

Der Kaiser hieß zwar die Schritte Thüngens gut, konnte aber dennoch sich nicht überwinden, die Meldung desselben von der Ueberlegenheit der feindlichen Armee gelten zu lassen[2]). Leichter ward es ihm, dem Markgrafen persönlich gegenüber einzulenken, zumal da die Nachrichten über den Krankheitszustand desselben die Gefahr seines Verlustes in Aussicht stellten. Die Erinnerung an die langen treuen Dienste des Markgrafen prägte sich in einem Handschreiben vom 6. October aus, welches wieder dieselbe Gesinnung athmet, die einst der Kaiser Leopold für den Sieger von Salankemen empfand[3]).

Dem Markgrafen wandelte sich unterdessen der Zweifel, ob er von den Folgen seiner am Schellenberge erhaltenen Wunde wieder aufkommen werde, mehr und mehr in die Wahrscheinlichkeit und Gewisheit des Gegentheiles. Er ersuchte die Stände des schwäbischen Kreises, für den Fall seines Todes sein Kreis-Regiment seinem Erbprinzen zu übertragen. Der Kreis-Convent zu Nördlingen bewilligte einstimmig. „Dies ist wohl das Allergeringste, sagt das betreffende Schreiben, wodurch der Kreis seine Dankbarkeit für die unsterblichen und nimmer zu vergeltenden Verdienste, die Ew. Durchlaucht sich in diesem und dem vorigen schweren Reichskriege um die Fürsten und Stände des Kreises erworben, bezeugen könnte"[4]).

Der Markgraf hatte ferner die Genugthuung, daß die Sendung des Generals, welche er den Generalstaaten in Aussicht gestellt, nicht erfolglos blieb. Er wählte zu diesem Zwecke den General Janus, welcher dann im Haag Bericht abstattete bei Marlborough und bei den Generalstaaten. Der Erstere, ohne auf die Sache genauer einzugehen, meldete dem Markgrafen, daß die Berichte ihm viel Vergnügen gemacht. Die Generalstaaten unterließen nicht zu beklagen, daß die günstige Gelegenheit,

---

[1]) Pelet t. VI, p. 476.
[2]) Röder, Bd. II, S. 291.
[3]) A. a. O. S. 289.
[4]) A. a. O. S. 296. Vom 18. November.

die sich nach der Schlacht von Ramillies durch den Abmarsch der französischen Truppen vom Oberrheine zur Offensive dort geboten, versäumt worden sei. Aber sie fügten hinzu: durch den vom General Janus empfangenen Bericht seien sie überzeugt worden, daß es dazu sowohl an der genügenden Anzahl Truppen, als an den nöthigen Erfordernissen gefehlt habe, und daß daran die Schuld liege, daß dort nicht mit genügendem Nachdrucke gehandelt worden sei [1]).

Die Theilnahme, welche der Kaiser Joseph durch das Schreiben vom 6. October bewiesen, gab dem Markgrafen den Muth zu der Bitte, daß, nach seinem nunmehr bald bevorstehenden Tode, der Kaiser die Seinigen nicht vergessen wolle. Die Antwort des Kaisers, vom 24. November, nahm jeglichen Stachel der Erinnerung, den das kränkende Schreiben vom 28. August noch hinterlassen haben mochte, vollends hinweg. Das Schreiben war, wie der Biograph des Markgrafen, der General Röder, es mit Recht benannt hat, ein wahrer Act der Versöhnung [2]).

Die Lebenskraft des Markgrafen Ludwig von Baden schwand langsam, aber stätig. Am 4. Januar 1707 endete, in seinem Schlosse zu Rastadt, das Leben des zweiten in der Reihe der großen Türkensieger: Herzog Carl von Lothringen, Markgraf Ludwig von Baden, Prinz Eugen von Savoyen.

Friedensversuche.

Verhältnis der Republik der Niederlande zu England.

Es lag in der Natur der Dinge, daß Ludwig XIV. andauernd darauf ausging, den furchtbaren Ring der großen Allianz wider ihn zu zersetzen und aufzulösen. Er machte Versuche dazu im Kleinen wie im Großen. Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt zu beobachten,

---

[1]) Röder Bd. II, S. 279: Zoo zyn wy evenwel, door het berigt, 'twelk wy van gemelden Heer Janus hebben ontfangen, gepersuadeerd, dat het daartoe aan verscheyde saken, soo aan een genoegsaam getal van troupes, als aan nodige requisiten, heeft ontbroken, en dat daardoor veroorzakt is, dat aan die kant niet met meer vigueur geageerd heeft kunnen werden.

[2]) A. a. O. S. 99.

daß die Verbündeten nicht frei waren von der Besorgnis vor der Wandelbarkeit des neuen Königs in Preußen und seiner Bereitwilligkeit Gold zu nehmen, von welcher Seite immer es ihm geboten wurde. Aber jedenfalls mehr war für Ludwig XIV. zu gewinnen, wenn es ihm gelang, eine der Hauptmächte aus der Allianz zu lösen. Und darum richteten sich seine Blicke, gemäß der zweimaligen Erfahrung des Erfolges, von 1678 und von 1697, immer wieder auf die Republik der Niederlande.

Der innere Zustand derselben schien für solche Bemühungen von Jahr zu Jahr günstiger zu werden. Die Autorität des Rathspensionärs Heinsius, die früher sich stützte auf diejenige des Königs Wilhelm III., war in langsamem Sinken. „Er scheut sich je länger je mehr, meldet der Graf Goes, am 22. Januar, das Geringste von sich selber zu thun. Kein fremder Minister, auch fast keiner der Regenten weiß mehr, an wen er sich zu adressiren hat. Von den letzteren fürchtet sich der Eine vor dem Anderen. Die Mitglieder der Collegien sind eifersüchtig auf einander, die Collegien unter sich sind uneinig und verlieren ihre Autorität. Die Provinzen nehmen die Oberhand und wahren ihre Souveränetät. Sie wollen über jede Sache befragt werden, auch über die geringeren, und dann geht es mit ihnen eben wie mit den Collegien. Mit einem Worte: die Verwirrung ist groß, und es ist fast zum Verwundern, daß die Dinge noch einigermaßen wohl stehen“ [1]).

Demnach war die republikanische Richtung im Aufsteigen, von welcher seit dem Beginne der Republik eine Hinneigung zu Frankreich untrennbar war. Weitaus überwiegend aber war jedenfalls noch die Erinnerung an den Schrecken vom 5. Februar 1701, und der Wunsch gegen die Wiederkehr einer solchen Bedrohung sicher zu sein.

Ludwig XIV. ließ fortdauernd im Haag neue Fäden anknüpfen. Der Marquis D'Allegre gab sich, um dort verweilen zu können, für einen Prätendenten auf die oranische Erbschaft aus. Er schlug vor: Spanien und Westindien für Philipp, Neapel und Sicilien für Max Emanuel, Bayern für den Erzherzog Carl [2]). Erst im März ward ihm, auf das

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 29. Januar.

[2]) Bericht desselben vom 25. Januar und 2. Februar.

ausdrückliche Verlangen der Königin von England die Abreise geboten[1]). Aber es traten dann im Laufe des Jahres noch verschiedene Andere auf, Molo, den wir aus der Zeit vor 1697 kennen, Max Emanuel selber, Hennequin u. A.

Allein so viel auch immer im Einzelnen geredet und geschrieben werden mochte, nicht darauf zuerst kommt es für die geschichtliche Entwickelung der Dinge an, sondern auf die Cardinalfragen: wie stand in dieser Angelegenheit das damalige England, und wie verhielt sich die Republik zu dem damaligen England? — Mit diesem letzteren Verhältnisse sind eine Reihe anderer Angelegenheiten verwachsen, die anscheinend demselben völlig fern lagen.

Wir haben gesehen, daß das englische Parlament im Frühlinge des Jahres 1706 mit dem Siege der Whig-Partei endete. Nicht blos wurde die wichtige Acte der Naturalisation des kurfürstlichen Hauses von Hannover in England, sowie diejenige der Regenschaft für den Fall des Todes der Königin Anna, beschlossen und sanctionirt, sondern auch der Antrag eines Bündnisses mit der Republik zum Zwecke der Garantie der hannöverschen Succession. Dieser Antrag ging von der Besorgnis aus, daß dennoch einmal die Bemühungen Ludwigs XIV., die Republik aus der Allianz zu lösen, einen Erfolg haben könnten. Er bezweckte daher, die Republik noch fester als zuvor mit England zu verketten, bis das Ziel Englands oder doch der damals herrschenden Whig-Partei erreicht sei, die völlige Niederwerfung der französischen Macht. Denn in den Augen der Whig-Partei galt dies als die Vorbedingung der Succession des Hauses Hannover und demgemäß der endgültigen Sanction der Umwälzung von 1688[2]).

Bevor Marlborough, im Mai, vom Haag aus zur Armee abging, reichte er als Botschafter im Namen der Königin den Generalstaaten die Aufforderung zu einem solchen Garantie-Vertrage, so wie einen Entwurf desselben ein[3]). Der Zweck war die Republik fest an England zu binden, so sehr, daß sie sich nicht bloß verpflichten sollte, bei einer etwaigen Friedenshandlung von Frankreich die

---

[1]) Bericht vom 16. März.

[2]) Anlage IV.

[3]) Lamberty t. IV, p. 77.

Anerkennung der englischen Successions-Acte zu verlangen, sondern diese Anerkennung zu einem Präliminar-Artikel zu machen, ohne welchen man sich in eine Friedensunterhandlung mit Frankreich nicht einlassen könne.

Der Antrag fand im Haag bei derjenigen Partei, die sich als die republikanische benannte, nicht eine bereitwillige Aufnahme. „Wozu, hieß es, solle man sich in Garantien einlassen, die möglicher Weise neue Verwickelungen heraufbeschwören und schwere Kosten nach sich ziehen könnten?“[1]) Erst um die Mitte Juli kam die Sache in den Ständen von Holland zur Berathung. Lord Halifax, der damals auf der Rückkehr von Hannover (vgl. S. 29 u. f.) sich im Haag befand, drängte auf eine Entscheidung. Er hätte gern den fertigen Vertrag gleich mitgenommen. Die Holländer hatten nicht diese Eile. Die Provinz Utrecht war durchaus gegen den Antrag. Es sei ohne Beispiel, sagte sie, daß ein Staat sich verpflichte, für die Aufrechterhaltung der Verfassung eines anderen Staates mit den Waffen einzutreten. Die Stände von Holland warfen die Sache nicht so weit hinweg. Aber sie sagten: die Republik werde sich mit einer solchen Garantie eine schwere Last aufladen. Dafür müsse sie etwas haben, nämlich eine starke Barriere in Belgien. Dieser Antrag ward zum Beschlusse erhoben, und Halifax erhielt die Antwort: wenn England verspräche mitzuwirken für eine starke Barriere in Belgien: so würde die Republik sich auch für die Garantie der hannöverschen Thronfolge in England willig finden lassen[2]).

Die Umstände lagen günstig für solche Forderungen der Republik. Das Verhältnis im Allgemeinen zeichnet damals der Graf Goes, im Anschauen dieser Vorgänge, mit den folgenden Worten. „Die Stellung der Republik zu England hat sich sehr geändert. Im Anfange des Krieges hat die Republik alles aufgeboten, um England bei guter Laune zu erhalten; jetzt thut England alles, um in dieser Weise auf die Republik einzuwirken. Wie damals die englische Regierung sich auf die Nicht-Willigkeit des Parlamentes berief, so verweist jetzt die holländische Regierung auf die Schwierigkeiten, welche die einzelnen Pro-

[1]) Lamberty t. IV, p. 312.

[2]) Die Berichte des Grafen Goes vom 29. und 30. August.

vinzen erregen. Marlborough sucht in aller Weise die Republikaner willfährig zu erhalten" [1]).

Wir haben gesehen, wie nicht bloß Marlborough persönlich dies damals bewies durch seinen nur halbwilligen Verzicht auf die ihm angetragene Statthalterschaft über Brabant und Flandern, sondern wie auch die englische Regierung sich in dieser Angelegenheit dem Willen der Generalstaaten fügte. Ein anderes Beispiel dieser Nachgiebigkeit ergab sich in der Frage der Besetzung des fürstbischöflichen Stuhles von Münster. Derselbe war erledigt am 3. Mai. Der Kaiser wünschte seinen Vetter, Carl von Lothringen, der bereits Fürstbischof von Osnabrück war, auch für Münster erwählt zu sehen, und bot dafür seinen Einfluß auf. Die Generalstaaten dagegen, in Erinnerung an die Zeiten des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen, wollten die günstige Lage der Dinge ausnutzen, um einen ihnen völlig ergebenen Mann auf den Fürstenstuhl in Münster zu setzen, und ersahen dazu den Fürstbischof von Paderborn, aus dem Hause Metternich. Die Wahl, die dem Capitel von reichlich dreißig Domherren zustand, sollte stattfinden am 29. Juli. Die Generalstaaten sandten rechtzeitig vorher den Baron Ittersum mit vollem Beutel, wie es hieß mit 100,000 Thalern, nach Münster [2]). Aber auch der Kaiser wandte seine Mittel an. In seinem Namen verkündete der Gesandte Graf Eck dem Capitel die Ausschließung Metternichs von der Wählbarkeit. Da die Mehrheit der Stimmen für Metternich gewonnen war, so würde der Schritt des Kaisers allein die Wahl nicht gehindert haben; aber am Wahltage selbst überreichte die Lothringer Partei ein Breve des Papstes Clemens XI., welches die Wahl um einen Monat vertagte. Dagegen galt kein Widerspruch.

Als der Bericht des Ittersum über diesen Verlauf im Haag im Hofe von Holland verlesen wurde, war der kaiserliche Gesandte Graf Goes anwesend. „Die Deputirten, meldet er, schauten alle mich mit zornigen Augen an; aber keiner sprach mit mir. Was sie dagegen

---

[1]) Bericht vom 20. August.

[2]) Die ganze Angelegenheit mit vielen Actenstücken sehr ausführlich bei Lamberty t. IV, p. 188 et suiv.

unter einander redeten, wurde mir nachher dahin berichtet, daß diese Angelegenheit noch viele Händel erregen werde" [1]).

Zunächst erfolgte zwischen dem Haag und Wien ein Wechsel von lateinischen Schriftstücken, in welchen man sich gegenseitig wie an Rechtskunde, so an Eleganz der Diction zu überbieten suchte. Die Generalstaaten behaupteten darin, daß sie die Privilegien der Reichsstände zu schützen suchten gegen den Kaiser. Zugleich aber wandten sie sich an die Königin von England. Diese war im Beginne, eben so wie Marlborough, für den Herzog Carl von Lothringen, so sehr, daß sie sich bereits brieflich engagirt hatte [2]): auf die Vorstellungen der Holländer lenkte sie ein. Wie die Angelegenheit im Haag zwischen dem Grafen Goes und Heinsius viele Erörterungen hervorrief, so in London in ähnlicher Weise zwischen dem Staats-Secretär Harley und den kaiserlichen Vertretern, Gallas und Hoffmann. Als bei der zu Ende August wirklich erfolgten Wahl in Münster Metternich die Mehrheit erhielt, ließ die Königin Anna ihre Vermittelung anbieten. Auf die Ankündigung dessen fuhr Hoffmann gegen Harley heraus mit der Beschwerde: es liege ja doch klar vor Augen, mit welchem Unfuge und unerhörtem Hochmuthe die Generalstaaten wider das Amt und die Autorität des Kaisers im Reiche aufträten. Harley entgegnete: es sei in der That Manches dagegen einzuwenden, und es werde auch das Auftreten gegen den Kaiser von den Gemäßigten in Holland nicht gebilligt; aber es sei nun einmal eine Aufregung der Gemüther dort, welcher man nachgeben müsse. Denn sonst sei das Aeußerste zu befürchten. Eine gefährliche Partei in Holland blase an, nicht wegen der Bischofswahl an sich, sondern um durch diese Erregung für einen anderen Zweck zu arbeiten, nämlich für einen Separat-Frieden mit Frankreich [3]).

Indem die in England damals weitaus überwiegende Strömung der Gemüther die Fortdauer des Krieges wollte, war man dort beflissen, die Republik der Niederlande in demselben Streben bei gutem Willen zu erhalten, und zu diesem Zwecke geneigt zu Concessionen auf allen

---

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 3. August.

[2]) Murray vol. II, p. 646. Marlborough an Stanhope: The Queen is engaged.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 28. September.

Gebieten. „Man muthet von hier aus der Republik nichts zu, meldet Hoffmann aus London, am 28. September, als wozu sie aus sich selber geneigt ist. Sie sollte 28 schwere Kriegsschiffe stellen, und hat in der Wirklichkeit nur 18 geschickt. Man geht darüber schweigend hinweg. Die Ausrüstung für den Plan einer Landung in Frankreich hat große Kosten verursacht. Die Republik hat einige Mannschaft gestellt und weiter nichts beigetragen. Man läßt die Sache beruhen."

In der Angelegenheit von Münster äußerte sich jedoch Marlborough einige Zeit später in einem Briefe, den er in sichere Hände übergab, zu Godolphin: „Sie wissen, welche Nachsicht ich für alle Wünsche der Generalstaaten beweise; aber in der Münster'schen Streitigkeit sind sie so sehr unvernünftig, daß ich hoffe, die Königin werde sich durch den Gesandten Bryhergen nicht bewegen lassen darauf einzugehen" [1]).

Indem England mit allem Nachdrucke den Krieg fortführen wollte, regten sich dort sogar Besorgnisse, daß Frankreich im Geheimen mit dem Kaiserhofe angeknüpft habe, entweder durch das Haus Lothringen, oder durch den Cardinal Grimani. Stepney, darüber zum Berichte aufgefordert, verneinte noch von Wien aus, am 4. September, alle diese Besorgnisse [2]). Er legte dann über die Stellung der Mächte seine Ansicht dar, welche nicht als die Privat-Meinung des Einen, sondern als diejenige der politischen Macht England sich kund gibt. „Das Haus Oesterreich, sagt er, sowohl hier als in Spanien, kann nicht an Frieden gedenken, so lange nicht Mailand, Neapel und Sicilien wieder gewonnen sind. Mailand ist die Barriere gegen Frankreich in Ober-Italien; die anderen zwei Königreiche in den Händen eines französischen Prinzen würden einen großen Theil der Erblande, wie Kroatien, Steiermark, Slavonien, Ungarn u. s. w., allerlei Angriffen und Umwälzungen offen legen, so daß der Kaiser, wenigstens bei freiem Willen, nicht ruhen darf, bis die benannten Länder der Macht des Feindes entrissen sind — in gleicher Weise wie England beflissen ist, Spanien wieder zu gewinnen für die Sicherheit und die Wohlfahrt unseres Handels, und die Holländer hauptsächlich für ihre Barriere in den

---

[1]) Coxe vol. I, p. 485. Vom 26. September.

[2]) Angol diplomatiai Iratok Rákóczi Ferencz korara II, Kötet III, p. 230.

spanischen Niederlanden betheiligt sind. Dieser Rechnung gemäß muß Frankreich auf die gesammte Monarchie und jeden einzelnen Theil derselben verzichten, oder, wenn nicht, so wird die eine oder die andere der hauptsächlichsten Mächte der Allianz nicht befriedigt oder fremdem Interesse geopfert werden. Welcher der Mächte dies Loos zufallen wird, darüber entscheidet das Ende des Krieges; aber der Anschein deutet auf das Haus Habsburg. Denn die Holländer haben bereits ihr Ziel gewonnen. Wir sind auf gutem Wege dahin; denn, ungeachtet der verschiedenen mislichen Ereignisse, greifen wir Spanien von verschiedenen Seiten an, und die Unterwerfung dieses Königreiches zieht, vermöge der Ueberlegenheit unserer Flotte, welche wir hoffentlich für immer behaupten werden, diejenige von Westindien unvermeidlich nach sich. Kehren wir aber zurück zu dem Hause Oesterreich. Der Wunsch desselben nach Neapel und Sicilien ist machtlos; denn dort liegen die Dinge noch eben so wie beim Beginne des Krieges. Das Schicksal der Lombardei hangt an demjenigen von Turin, zur Zeit also — nämlich 4. September, dem Datum dieses Berichtes — noch unentschieden, so daß, wenn nicht unsere Erfolge in diesem Sommer noch alle Erwartungen übertreffen, das Haus Habsburg keine Aussicht auf einen Vortheil hat, und vielleicht wünschen möchte, sich in diese Allianz niemals eingelassen zu haben. Denn die Erbländer sind bis auf den Grund erschöpft, und dennoch kein Fortschritt gemacht. Auch wird man sich ja nicht einbilden dürfen, daß der Feind freiwillig dasjenige abtreten werde, was wir mit unseren Waffen ihm nicht abstreiten können."

„Aus diesen meinen Erwägungen schließe ich, daß der kaiserliche Hof nicht in Versuchung kommen kann durch irgendwelche Friedensvorschläge, die ihm genügen könnten, sondern eher, daß er gezwungen ist sich an England und Holland zu klammern, von denen sein Geschick völlig abhangt. Wir haben das theuere Unterpfand, die Hoffnung der österreichischen Succession, in unseren Händen, und darum steht es nicht in ihrer Macht, sondern in unserem Willen zu erklären, wann wir meinen genug gethan zu haben. Und in der Erwägung, wie wenig sie im Stande gewesen sind sich selber zu helfen, mögen sie Gott noch danken, daß wir so viel für sie gethan haben. Daher wird es, nach aller Wahrscheinlichkeit, nicht von diesem Hofe, sondern von uns abhangen, zu bestimmen und zu entscheiden, wie lang der

Krieg währen soll, wann die Zeit gekommen ist Frieden zu schließen und auf welche Bedingungen."

Der Gedanke, daß in England einmal die Dinge völlig umschlagen könnten, liegt augenscheinlich dem Engländer Stepney im Jahre 1706 noch völlig fern. Aber, so wie so, ist seine Ansicht, daß die Entscheidung bei England stehe, unzweifelhaft richtig. Auch waren darüber sich, wenn nicht alle, so doch viele österreichische Staatsmänner völlig klar. Der kaiserliche Gesandte im Haag, Graf Goes, machte in denselben Tagen ähnliche Erwägungen, und beschloß sie in drastischer Weise mit den Worten: „England und Holland werden unsere Angelegenheiten unter sich ausmachen, und uns ihre Beschlüsse vorlegen, mit den Worten: Friß Vogel oder stirb!" [1])

Jene Darlegung von Stepney läßt zugleich erkennen, daß bei den englischen Staatsmännern die ursprüngliche Basis, von welcher aus namentlich der Kaiser Leopold den Krieg unternommen hatte, nämlich das Erbrecht seines Hauses wenigstens auf einen Theil des spanischen Erbes zu wahren, und das Recht des Reiches auf das Reichslehen Mailand zu behaupten — daß diese ursprüngliche Basis bei den englischen Staatsmännern völlig vergessen war, und nur noch die Zweckmäßigkeit des Krieges in Betracht kam.

Zunächst aber handelte es sich für die englischen Staatsmänner, welche die Fortdauer des Krieges wollten, um die Bekämpfung der Friedensneigungen in der Republik.

Als Repräsentant der holländischen Richtung tritt in den Vordergrund der Rathspensionär Heinsius, als der englischen Marlborough.

Friedensvorschläge Ludwigs XIV. bei der Republik.

Ludwig XIV. ließ seine Vorschläge nicht bloß auf Einem Wege machen, sondern auf verschiedenen. Diejenigen, die im Juli dem Rathspensionär vorlagen, enthielten namentlich den völligen Verzicht auf Belgien, die Theilung des eigentlichen Königreiches Spanien zwischen Carl III. und Philipp V.[2]) Auch hier also sehen wir den großen

[1]) Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv. Bericht vom 5. October.

[2]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 62.

Unterschied gegen das Jahr 1701. Damals hatte Ludwig XIV. mit ungemeinem Geschicke auf die National-Eitelkeit der Spanier gewirkt durch die Vorspiegelung, daß nur seine Macht es vermöge, die Monarchie in ihrer Gesammtheit zu bewahren: nun bot er sogar eine Theilung des Königreiches Spanien selber an.

Marlborough hatte keine Eile darauf zu antworten. Am 3. August erneuerte Heinsius seine Meldung in bestimmterer Weise. Voran stand dies Mal von französischer Seite die Anerkennung der Königin von England. Ludwig XIV. trieb also mit seinem armen Könige Jacob III. dasselbe Spiel wie einst mit dem Vater Jacob II.: er stellte vor Allem zuerst die Aussicht ihn fallen zu lassen. Den Generalstaaten bot er die Regelung der Barriere in den spanischen Niederlanden nach ihren Wünschen. Die Theilung des Königreiches Spanien unter Carl III. und Philipp V. sollte so geschehen, daß wesentlich die Provinzen, die sich für Carl III. erklärt, an Philipp V. fielen, das Uebrige Carl III. verblieb [1]).

Wir haben bereits vernommen, daß zur nämlichen Zeit auch Max Emanuel für sich selber eine Unterhandlung anzuknüpfen suchte, und zu diesem Zwecke sich erbot, die Festungen Mons und Namur und andere zu überliefern (S. 84). Wir haben gesehen, daß Marlborough, aus welchen Motiven immer es geschehen sein mag, nicht einging, und auch im Haag entgegen wirkte. Er machte dort geltend, daß Max Emanuel nicht vermögen würde zu erfüllen, was man von ihm verlangen müsse [2]).

Gegen den französischen Antrag war schon in den Ständen von Holland der Einwand erhoben, daß die Theilung von Spanien unter zwei Könige nur bezwecke, dem Einen das Ganze wieder zu gewinnen. Marlborough zollte dieser Kritik seinen vollen Beifall. Dagegen zeigte er sich unzufrieden, daß Heinsius sich nicht äußere über seinen Vorschlag in Betreff eines Vertrages über die Succession in England. „Denn nichts Anderes, fügte er mit Nachdruck hinzu, würde dort so unangenehm berühren, als die Wahrnehmung einer Gleichgültigkeit von Ihrer Seite in dieser Angelegenheit."

---

[1]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 71.
[2]) A. a. O. p. 84.

Auf französischer Seite blieb unterdessen die holländische Kritik ihrer ersten Vorschläge nicht wirkungslos. Um die Mitte August gingen sie einen erheblichen Schritt weiter. Sie boten an: die Anerkennung der Königin Anna und der Regelung der Thronfolge nach ihr, Spanien für den Erzherzog Carl, dagegen Mailand, Neapel, Sicilien für Philipp V. Indem Heinsius diese Vorschläge an Marlborough mittheilte, fügte er auch die Resolution hinzu, welche, wie wir bereits vernommen (S. 217), die Stände von Holland dem Lord Halifax gegeben: wenn England verspräche mitzuwirken für eine starke Barriere in Belgien: so würde die Republik sich auch für die Garantie der Thronfolge des Hauses Hannover in England willig finden lassen [1]).

Marlborough stellt, in seiner Antwort vom 21. August, zuerst das Princip entgegen, daß er als guter Engländer, entsprechend der Stimmung seines Landes, nach Vertragspflicht und Interesse, für die Erhaltung der gesammten spanischen Monarchie stimmen müsse. Dann jedoch läßt er sich auf eine Kritik der französischen Vorschläge ein. Diese Kritik macht den Eindruck, daß Marlborough die Sache nur fortspinnt, um bei Zeit und Gelegenheit den principiellen Standpunkt des Engländers völlig geltend zu machen [2]).

Dagegen blickt aus den Worten des Rathspensionärs die holländische Meinung hervor, daß man Neapel und Sicilien dem Könige Philipp V. belassen könne. Diese Ansicht ward namentlich auch vertreten von Buys, dem Pensionaris von Amsterdam. Diese zwei Holländer verfaßten, am 25. August, einen Friedensentwurf, der, alle großen Angelegenheiten Europas umspannend, Spanien an Carl III. gab, Neapel und Sicilien an Philipp V., aber namentlich auch eine Verstärkung der holländischen Barriere in Belgien ins Auge faßte. Heinsius leitete ihn für Marlborough ein mit einem raschen Ueberblicke. „Wir sind nicht sicher, sagt er, daß Frankreich sich immer an diese Vorschläge halten wird. Mit dem Wechsel des Glückes werden sie sich wieder ändern. Die Angelegenheiten in Spanien sind noch nicht geordnet. Diejenigen in Italien stehen nicht wohl, diejenigen in Ungarn schlecht. Das Reich verharrt in absoluter Unthätigkeit. Ew. Hoheit kennen unsere Finanzen, unsere

[1]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 93. Vom 18. August.
[2]) A. a. O. p. 97. Vom 21. August.

ganze Lage, und wissen, daß die Gesinnungen wandelbar sind. Die Gelegenheit ist günstig: es handelt sich darum sie zu ergreifen" [1]). Heinsius meint, daß die Ansicht Marlboroughs der seinigen nahe stehe.

Die Meinung war nicht richtig. Marlborough blieb fest auf dem Standpuncte des Engländers, der die Fortsetzung des Krieges wollte bis zum Wiedergewinne der gesammten spanischen Monarchie. Nur die Vorsicht dictirte ihm die Ausdrücke, welche Heinsius geneigt war als Zustimmung aufzunehmen. In Wahrheit wich er aus, und suchte Zeit zu gewinnen. Er bat den Rathspensionär, nicht eine Resolution zu fassen, noch den französischen Agenten eine Antwort zu geben, bis Buys, der über jenen Entwurf nach England berichten sollte, von dort die Ansicht Godolphins oder Harleys vernommen habe. Diesen Beiden aber empfahl Marlborough zugleich dieselbe Vorsicht zu beobachten wie er. „Denn — fügt er der Mahnung an Godolphin hinzu — Sie dürfen sich darauf verlassen, daß die Holländer den Krieg nicht lange mehr fortsetzen wollen, und mir ist bange, daß wir in kurzer Frist den Wiener Hof und die Republik an einander gerathen sehen" [2]). Am klarsten tritt seine ausweichende Haltung uns entgegen aus dem Ende seines Schreibens an Heinsius, vom 28. August: „Nach meiner Ansicht wird man in England dafür halten, daß wir besser thun, unsere Entschlüsse zu Ende des Feldzuges zu fassen als zu dieser Zeit" [3]). Denn damals, zu Ende August, hoffte Marlborough noch auf bessere Nachrichten aus Spanien. „Seien Sie überzeugt, schloß er, daß, wenn Spanien sich für Carl III. erklärt, weder England noch der Kaiser in eine Theilung der spanischen Monarche willigen werden."

In England zeigte Godolphin auf die Vorschläge von Buys keine Eile. Noch am 9. September war dieser ohne Antwort [4]). Inzwischen mahnte Marlborough wiederholt an den Entwurf eines Vertrages über die Garantie der Succession in England und der Barriere für die Republik. Heinsius schob die Sache hinaus bis zur Ankunft Marlboroughs im Haag [5]).

---

[1]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 103.
[2]) Coxe vol. I, p. 482.
[3]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 109.
[4]) A. a. O. p. 116.
[5]) A. a. O. p. 118, 128, 130.

Die Antwort Godolphins an Buys erfolgte endlich am 13. September. Sie stellte als Princip fest, daß einer formellen Friedenshandlung vorhergehen müsse ein Garantie-Vertrag zwischen England und Holland für dasjenige was beschlossen würde. Diese Forderung, welche Godolphin als diejenige aller einsichtigen Engländer bezeichnete, war in seinen Augen der Prüfstein. „Wenn nicht, meint er, die Holländer geradezu entschlossen sind, sich offen als Freunde Frankreichs zu erklären, so können sie jener Forderung nicht ausweichen. Das Erstere aber werden sie nicht wagen, und darum ziehe ich es vor ihnen gegenüber, um sie abzuschrecken, eine so entschiedene Sprache zu führen; denn je nachgiebiger wir uns gegen sie erzeigen, desto anmaßender werden sie nach ihrer natürlichen Anlage und ihrer Praxis“ [1]).

Marlborough seinerseits fürchtete die Einwände der Holländer gegen diese Forderung. Er hob die Eifersucht hervor, welche die Republik wegen der zahlreichen Erfolge gerade gegen die hohe Geltung Englands an allen Orten empfinde. Die Holländer dagegen seien wegen ihres hochfahrenden Auftretens nirgends beliebt. Dennoch war auch Marlborough mit der principiellen Bedingung völlig einverstanden, und hoffte damals bei seiner Anwesenheit im Haag sie durchzusetzen [2]).

Godolphin war der Ansicht, daß Frankreich seine sicherste Hoffnung auf die Republik setzte, um durch dieselbe noch in dem kommenden Winter sich vom Kriege los zu machen. Er sah die Führer der Republik für blind oder noch etwas Schlimmeres an; denn die Gesammtheit der Holländer, meint er, könne keine Eifersucht gegen England hegen, wo ja doch die Königin, ohne jeglichen Wunsch der Eroberung oder Vergrößerung für sich, ihre Macht nur für das Gemeinwohl verwende [3]).

Die Meinungen Godolphins waren nach beiden Seiten hin nicht ganz richtig. Eine Reihe Aeußerungen von französischer Seite über die Beredungen mit Holländern liegen vor [4]). Da diese Unterhandlungen nicht zu einem Ziele führten, so ist ihre geschichtliche Bedeutung eine untergeordnete. Es kommt wesentlich nur darauf an zu constatiren,

[1]) Coxe vol. I, p. 483. Vom 13. September.
[2]) A. a. O. p. 484. Vom 20. September.
[3]) A. a. O. p. 484. Schreiben vom 18./29. September.
[4]) Namentlich in Vreede, Correspondance diplomatique et militaire.

ob in der That in Frankreich so große Erwartungen gehegt wurden. Manche Aeußerungen allerdings klingen ganz hoffnungsvoll. Aber schon am 3. October schreibt der Minister Chamillart an den Holländer Hennequin, Schöffen von Rotterdam: „Ihre ersten Briefe haben in mir große Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang Ihrer Unterhandlungen erweckt. Aber der letzte zeigt mir ganz klar, daß Marlborough die Sache durchkreuzt hat, und daß die Engländer, wie ich es Ihnen zuvor gesagt, sich zu absoluten Herren der Holländer gemacht haben" [1]).

Diese Worte Chamillarts, wenn sie wirklich sein Urtheil enthielten, und nicht eben so sehr zum Sporne für seinen Agenten dienen sollen, gingen über die Wirklichkeit hinaus. Marlborough hatte damals nicht diesen Erfolg erreicht. Einige Tage vorher sprach er sich auf einem sicheren Wege offen über die Holländer zu Godolphin in einer Weise aus, die auch dessen Meinungen berichtigt. „Die Holländer, meldet er am 26. September, sind positiv entschlossen für den Frieden, theils aus Erbitterung gegen den Kaiser, theils aus Eifersucht gegen England. Sie können sich noch unter einander über ihre Barriere nicht einigen; aber auch die sonst Vernünftigen sind darin so maßlos, daß, wenn nicht diese Angelegenheit geregelt ist, bevor wir zu einer formellen Friedenshandlung kommen, Frankreich großen Vortheil daraus ziehen wird. Sie verlangen durchaus, daß der Herzog von Anjou etwas bekomme. Kurz sie meinen, daß sie durch die Unterstützung dieser Forderung dem Könige von Frankreich den Hof machen können auf Kosten von England. Ich bin nicht ohne Besorgnis, daß die Führung des Krieges in Spanien ihnen Gründe an die Hand geben werde. Als das einzige Heilmittel sehe ich an, daß ich, wenn möglich, sie bewege, noch ein Jahr länger im Kriege auszuhalten" [2]).

Dies also sah Marlborough als die Motive der Friedensneigung in der Republik an. Gegen andere Gründe, die Heinsius bei Godolphin vorbrachte, daß die Finanzen der Republik erschöpft seien und daß Frankreich nicht immer so bereitwillig sein werde, hatte Godolphin in der That leichteres Spiel. „Immerhin, sagte er, haben beide Länder, England wie Holland, in aller Beziehung schwere Lasten zu tragen; aber

[1]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 138.

[2]) Coxe vol. I, p. 485. Vom 26. September.

der Credit ist gut dort wie hier und der Zinsfuß steht zu vier bis fünf Percent, wogegen die Finanzen von Frankreich so erschöpft sind, daß sie für alles Geld, welches sie außerhalb des Königreiches senden, wenn es nicht in harten Species geschieht, zwanzig bis fünfundzwanzig Percent zahlen müssen. Die Folge ist, daß sie weder Geld, noch Credit haben. Dieses erste Argument aber nimmt dem zweiten den Boden. Gerade Frankreichs Finanzlage ist eine derartige, daß es friedenswillig sein muß. Und nur aus der Friedensgier der Republik erwächst ihm eine Stütze" [1]).

Inzwischen waren nicht, wie Marlborough im August hoffte, aus Spanien günstige Nachrichten eingetroffen, sondern diejenigen aus Italien. Der Sieg in den Linien von Turin und dessen Consequenzen eröffneten ganz neue Aussichten. Drei Jahre nach einander hatten die englischen Minister in jedem Frühling den Plan erwogen, die französische Seefestung Toulon anzugreifen, und hatten darum die großen Kriegsflotten nicht zunächst für Carl III. und seine Sache in Spanien, sondern in erster Linie gegen Toulon ausgerüstet. Der Plan konnte damals nicht ausgeführt werden, hauptsächlich in Ermangelung einer mitwirkenden Macht zu Lande. Diese schien nunmehr sich darzubieten. „Was wir besonders zu wünschen haben, schrieb Marlborough, am 27. September, an den Rathspensionär, ist, daß der Herzog von Savoyen in Stand gesetzt werde, in Frankreich einzumarschiren. Dies könnte für Frankreich so schwere Folgen nach sich ziehen, daß wir dann eines dauernden und ernsthaften Friedens versichert sein könnten" [2]).

Daß diese Worte Marlboroughs nicht bloß seine Meinung enthielten, sondern dem englischen National-Gefühle entsprachen, erfahren wir gleichzeitig von London her. „Die Erfolge der kaiserlichen Waffen in Italien, meldet der Graf Gallas, haben die Gemüther in England so hoch gehoben, daß man sich nicht begnügen will, Frankreich auf den Stand des pyrenäischen Friedens hinabzudrücken, sondern namentlich auch darauf ausgeht die französische Seemacht zu reduciren" [3]).

---

[1]) Coxe vol. I, p. 486. Vom 4. October.

[2]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 131.

[3]) Gallas' Bericht vom 15. October.

Demnach hatte der Sieg von Turin, vom 7. September, die besondere Wirkung, den Kriegseifer in England noch mehr anzufachen. Durch diese neue Anfachung des Kriegseifers wurden die Engländer um so fester gegen die Friedensneigung in der Republik, um so williger aber auch für den Kaiser, dessen Hülfe bei dem Plane gegen Toulon für sie unentbehrlich war.

Die Engländer und die Holländer verhandelten unter sich über die principielle Frage des Friedens oder der Fortsetzung des Krieges, ohne den Kaiserlichen auch nur eine Mittheilung zu machen. Aber von da an, wo in England der Plan gegen Toulon wieder aufstieg, vertraten die Engländer nachdrücklicher als zuvor auch das Interesse des Hauses Oesterreich. Die Holländer waren geneigt Neapel und Sicilien dem Könige Philipp V. zu geben. Wie der Rathspensionär Heinsius gegenüber Marlborough, so vertrat Buys diesen Gedanken gegenüber Godolphin. „Ich finde mit Ihnen sehr vernünftig, erwiederte dieser, daß Holland und England, welche die Last des Krieges getragen, auch die Schiedsrichter sein müssen in den Differenzen, die aus der Auslegung unserer Verträge entstehen. Aber wollen Sie es auf sich nehmen, kraft dieser Autorität einen Vortheil zu verringern, den die Verbündeten aus dem Erfolge ihrer Waffen ziehen könnten? Würde für die Hingabe von Neapel und Sicilien an Frankreich es eine genügende Entschuldigung sein zu behaupten, daß der Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701 diese Länder nicht ausdrücklich dem Hause Oesterreich zusichere? Und vielleicht mag die Besorgnis der Neapolitaner, daß wir allzu willig seien sie an Frankreich hinzugeben, ein Dämpfer sein auf jeden Versuch sich selber zu befreien, zumal da die Franzosen nicht unterlassen werden diese Willigkeit ihnen zur Kenntnis zu bringen."

„Ich für meinen Theil bin der Ansicht, daß Neapel und Sicilien in den Händen der Franzosen sie völlig zu Herren des Mittelmeeres machen würden. Dies und die anderen Consequenzen sind für mich entscheidend dagegen."

Das französische Erbieten dagegen die Königin von England und die dort gesetzlich festgestellte Thronfolge anzuerkennen, wurde in England für nichts geachtet.

„Ich sehe nicht ab, sagt Godolphin, wie die Königin sich mit Ehren in einen Vertrag mit Frankreich einlassen kann, so lange dort

ein Anderer als König von England anerkannt wird. Der Fall liegt ganz anders als im vorigen Kriege. Damals handelte es sich um den Titel des Königs, jetzt um die spanische Monarchie. Mag immer der König von Frankreich den Prätendenten nach Rom senden: er hebt dadurch nur die Kränkung auf, welche er der Königin und der Nation angethan, indem er, nachdem er den König anerkannt, einen Anderen als Prätendenten aufstellte: von seinen Ansprüchen an die spanische Monarchie, die das Object des Krieges ist, gibt er darum nichts auf."

Es ist die Ansicht des leitenden englischen Staatsmannes vom Jahre 1706, die wir hier vernehmen. Sie war nicht die Ansicht der leitenden englischen Staatsmänner, die nach ihm kamen. Diese gaben Spanien hin für die Sicherung des Titels der Königin Anna. Die Ansicht Godolphins entspricht überhaupt nicht den Thatsachen, nicht dem Beginne des Krieges. Um des spanischen Erbes willen wäre England damals nur als Auxiliär-Macht in den Krieg getreten: um der Anerkennung der Thronfolge in England willen trat es als Principal-Macht ein, und verlangte und erhielt für diese Anerkennung einen ausdrücklichen Zusatz-Artikel zu dem Vertrage der großen Allianz vom 7. September 1701. (Vergl. Bd. IX, S. 458.)

Nicht die Qualität des Falles in dem ersten großen Kriege, zur Zeit Wilhelms III., und dem zweiten großen Kriege, zur Zeit der Königin Anna, war verschieden, sondern die Macht. In dem ersten großen Kriege blieb die Ueberlegenheit wesentlich auf Seiten Ludwigs XIV.: daher konnte das Fallen-Lassen Jacobs II. im Frieden von Ryswyck wie eine bedeutende Concession erscheinen. Nach den wuchtigen Streichen, die das Jahr 1706 über die Macht Ludwigs XIV. gebracht, mochte immerhin dem Sieger die Anerkennung, welche Ludwig XIV. entgegen trug, weil er sie nicht mehr verweigern konnte, als geringwerthig erscheinen: das Wesen der Sache ward dadurch nicht geändert.

Und darum übte auch diese Darlegung auf die Holländer sicherlich eine geringe Wirkung. Sie waren überhaupt nicht Willens, der englischen Forderung des Beharrens im Kriege nachzugeben. Marlborough verlangte, vom Feldlager in Grametz aus, vom Anfange October an, ein entschiedenes Auftreten Englands im Haag, damit er bei seiner Ankunft dort wisse, wie er daran sei. „Sie reden dort, schreibt er, am 4. October, als wenn sie allein an diesem Kriege betheiligt wären,

und mithin auch am Frieden“ [1]). „Aus Paris vernehme ich, schreibt er acht Tage später, daß man dort auf meine Abreise nach England wartet, um dann den Holländern neue Erbietungen zu machen, die sie nicht verschmähen würden. Denn nach allem was ich in Erfahrung bringen kann, sind die Holländer völlig entschlossen einen Frieden zu machen“ [2]).

Die hohe Meinung von der eigenen Wichtigkeit, welche Marlborough den Holländern vorwirft, wurde von französischer Seite allerdings in jeder Weise genährt. Namentlich die Briefe des Grafen d'Avaux an Hennequin waren darauf berechnet, die Eifersucht gegen England zu schüren und in den Holländern das Selbstgefühl zu erhöhen, daß bei ihnen die Entscheidung stehe [3]).

Dennoch mußten sich nach und nach auch bei den Holländern manche Bedenken regen, ob ihre Wünsche erfüllbar seien. Die Ansprüche auf eine Barriere in Belgien gingen bei Vielen so weit, daß sie einer völligen Besitznahme nahe gekommen wären. Aber auch so schon waren viele Belgier unzufrieden. Marlborough schrieb, am 12. October, von Grametz aus, an Heinsius die dringende Mahnung: „Um Gottes willen tragen Sie Sorge, daß Ihre Landsleute die Neigung, die sie haben, die Regierung hier in ihre Hände zu bringen, der Bevölkerung nicht so offen zu erkennen geben; denn, wenn diese Ueberzeugung hier einmal Wurzel schlägt, so darf ich Ihnen versichern, daß bis zum nächsten Sommer Frankreich hier mehr Freunde haben wird als wir“ [4]). Nach England hin meldete er einige Tage später, daß, nach dem bisherigen Auftreten der Holländer, nur die Autorität der Königin und die Einwirkung der Engländer die Belgier in leidlichem Verständnisse mit den Holländern erhalte [5]). Und doch mußten damals die Ansprüche schon ein wenig nachgelassen haben. Denn Godolphin schreibt, am 24. October: „Nach meiner Ansicht sind die Holländer von ihrer Thorheit, die Souveränetät über die spanischen Niederlande an sich nehmen zu wollen, nun völlig geheilt, und werden

[1]) Coxe vol. I, p. 488.
[2]) A. a. O. p. 489.
[3]) Vreede, Correspondance diplomatique et militaire p. 149 et suiv.
[4]) A. a. O. p. 154.
[5]) Murray vol. III, p. 183.

sich begnügen, für den Zweck ihrer Barriere bestimmte Städte zu nennen" [1]). Nach der Ansicht Godolphins hatte Frankreich jene Wünsche in den Holländern genährt.

Andere Bedenken erregte der Einmarsch Carls XII. in Sachsen. Zwar lautete die Antwort, die er auf die Anfrage der Gesandten der Seemächte gab, friedlich und freundlich. Sein Einzug in Sachsen sollte in keiner Weise seinen Freunden und Verbündeten zum Nachtheile gereichen, sondern er thue nur, was nach dem Völkerrechte ihm gestattet sei, daß er den Krieg dahin trage, von wo derselbe seinen Ursprung genommen und bis dahin seine Nahrung gezogen habe. Wir haben vernommen (S. 198), daß England und Holland Gewicht legten auf die Versicherung des Kurfürsten Georg Ludwig, daß der Schwede nicht weiter gehen werde. Dennoch stand dieser wie eine finstere Wetterwolke am Horizonte, und es mußte daher in der Republik das Bedenken erwachsen, ob dies die geeignete Zeit, das Bündnis mit England in Frage zu stellen. Die Stimmung in Holland war nicht freundlich für Carl XII. Heinsius ließ sich verlauten: die Dinge seien so weit gekommen, daß die benachbarten Mächte über ein so auffallendes Ereignis wie den Einmarsch des Schwedenkönigs in das Reich, fast nicht einmal reden dürften. So furchtbar sei doch noch der Schwedenkönig nicht. — Auch Andere sprachen ihre Ansicht dahin aus, daß man die Entthronung Augusts II. eher hindern als fördern müsse. Sie wünschten, sagten sie, daß die Sache in dem nächst bevorstehenden englischen Parlamente zur Sprache komme [2]).

Inzwischen that Ludwig XIV. einen neuen Schritt, der, sicherlich im französischen Interesse wohl berechnet, in seinen Consequenzen dennoch anders ausschlug als man gehofft haben mochte.

Nachdem der Kurfürst Max Emanuel zur Einsicht gekommen, daß die Versuche, die er im Juni bei der Republik für sich selber gemacht, erfolglos waren, blieb ihm nichts Anderes übrig als sich wieder völlig unter Ludwig XIV. zu fügen. Es scheint, daß er die Vorschläge, die von ihm ausgegangen waren, in Versailles vorlegen ließ als ihm zugekommen, und zwar von Seiten des Königs von Preußen. Unter

---

[1]) Coxe vol. I, p. 490.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 5. November.

dem Namen des Letzteren steckte dann, nach Chamillarts Ansicht, Marlborough [1]). Aber was immer Ludwig XIV. von Max Emanuel, oder dieser von jenem halten mochte: in der bedrängten Lage, in der sie beide sich befunden, waren sie auf einander angewiesen, und mußten zusammen gehen.

Im Auftrage des Königs richtete der Kurfürst Max Emanuel von Mons aus, am 21. October, zwei Schreiben desselben Inhalts, je an die holländischen Felddeputirten und an Marlborough. Die seit einem Jahre von Seiten des Königs gemachten Friedenserbietungen, sagte er darin, seien, weil nicht formell gemacht, von Uebelwollenden dahin ausgelegt, daß sie, nicht aufrichtig gemeint, nur bezweckten, die Republik von ihren Verbündeten zu trennen. Dies sei nicht die Absicht des Königs. Um dies offenkundig darzuthun, erbiete er sich sofort zu Friedens-Conferenzen, und zwar, so lange die Armeen noch beisammen, an einem beliebigen Orte im Felde, hernach zwischen Mons und Brüssel [2]).

Marlborough war der Meinung, daß der Gedanke dieses Schreibens seinen Ursprung in Holland habe: um so vorsichtiger müsse man sein. Er persönlich wich jeder Anfrage der Holländer in dieser Sache aus, und verwies auf England. Die Antwort von da, am 1. November, trug Marlborough eine nachdrückliche Vorstellung bei den Generalstaaten auf [3]).

Die großen Erfolge der verbündeten Waffen, hieß es darin, geben ihnen ein Anrecht auf einen ehrenhaften und vernünftigen Frieden. Es handelt sich also darum, die Einzelnheiten desselben so zu bestimmen, daß die gute Freundschaft, in welcher die Königin vom Beginne an zu den Generalstaaten gestanden, und welche sie auch ferner mit der äußersten Sorgfalt zu pflegen wünscht, nach dem Frieden eben so fortdauere wie vorher im Kriege. Zu diesem Zwecke ist die Königin der Ansicht, daß der erste geeignete Schritt sein würde, unter einander einen Entwurf des Friedens zu vereinbaren, der sowohl für beide Mächte als für die übrigen Verbündeten ehrenvoll und sicher sein

---

[1]) Pelet t. VI, p. 572.

[2]) Lamberty t. VI, p. 303. Auch sonst oft abgedruckt.

[3]) Coxe vol. I, p. 494.

würde. Ein solches Verfahren hält die Königin für zweckmäßiger, als die von dem Kurfürsten von Bayern im Namen Frankreichs vorgeschlagenen Conferenzen, denen keine bestimmten Vorschläge vorliegen würden.

Am 9. November traf Marlborough im Haag ein. Dort trat er mit Heinsius und einigen Mitgliedern des Staatsrathes zusammen und theilte ihnen die Erklärung der Königin mit. Er fand sie unter einander nicht einig. Die Begier nach dem Besitze von Belgien, welchen, wie Marlborough berichtet, mit voller Souveränetät der König von Frankreich ihnen in Aussicht gestellt hatte, kämpfte mit der Besorgnis vor den Consequenzen. Diese letzteren Bedenken jedoch erlangten die Oberhand, zumal da von englischer Seite noch die neue Concession hinzukam, in der Angelegenheit der Wahl in Münster das Interesse der Republik zu vertreten. Um den englischen Hof desto eher dahin zu bewegen, hatte der holländische Gesandte dort gemeldet, daß Frankreich die Candidatur des Fürstbischofs Carl von Lothringen in Münster begünstige[1]).

Marlborough entwarf die Präliminarien eines Friedens-Vertrages. „Nimmt Frankreich dieselben an, sagt er, so gesteht es dadurch unfähig zu sein den Krieg weiter zu führen"[2]). Die Holländer willigten nicht ein, diese Präliminarien an Frankreich zu überreichen; aber doch einigte man sich dahin, daß die zwei Schreiben des Kurfürsten von Bayern zwar gesondert, aber dem Wesen nach übereinstimmend, gemäß der Erklärung der Königin an die Generalstaaten, beantwortet werden sollten.

Auf den Betrieb Marlboroughs wurde die Sache möglichst ostentativ verkündigt. Auf den 20. November wurden alle Gesandte der Mächte der Allianz im Haag nach dem Hof von Holland geladen. Der Greffier Fagel verlas dort vor der Versammlung zuerst die zwei Schreiben des Kurfürsten Max Emanuel an Marlborough und an die holländischen Feld-Deputirten. Dann legte der Rathspensionär Heinsius in längerer Rede dar, daß, weil nun einmal die Feinde eingeschüchtert, man davon Vortheil ziehen müsse. Er betheuerte, daß die

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. November. Er berichtet nach den Aussagen des holländischen Gesandten.

[2]) Marlborough an den Staats-Secretär Hedges, 12. November, bei Murray vol. III, p. 214.

Republik in diesen Unterhandlungen bisher nichts gethan, noch ferner thun werde als mit Zustimmung der Alliirten. Marlborough gab dieselbe Erklärung ab. Dann wurden die Antworten an den Kurfürsten verlesen. Sie enthielten, daß weder England noch die Republik ohne Vorwissen ihrer Verbündeten die angebotenen Conferenzen annehmen, noch auch sich auf irgend eine Unterhandlung einlassen könnten, wenn nicht Frankreich vorher solide Grundlagen eines dauernden Friedens vorschlüge[1]).

Demnach hatte der französische Plan, der jedenfalls bezweckt hatte, vermittelst der vorgeschlagenen Conferenzen Keile der Spaltung in die Fugen der Allianz zu treiben, die entgegengesetzte Consequenz gehabt: die Allianz war aufs neue vor Europa declarirt. Damit hörten freilich die französischen Versuche in der Republik nicht auf[2]); aber sie konnten, wie die Dinge lagen, eine Frucht nicht bringen.

Berathungen im Haag über die Fortsetzung des Krieges.

Gemäß diesem Beschlusse im Kriege zu beharren legte der Staatsrath der Republik den Generalstaaten, wie üblich, den Stand der Dinge und die Erfordernisse für den nächsten Feldzug dar[3]). Die Darlegung enthielt dies Mal einen Ueberblick über den ganzen Verlauf des Krieges. Sie hob hervor, daß nach dem günstigen Jahre 1704, wo Frankreich bei Höchstädt und vor Verrua zwei Armeen eingebüßt, dennoch im Jahre 1705 die Franzosen zuerst im Felde erschienen seien. Sie überblickte dann die Erfolge des Jahres 1706, aber auch die Miserfolge. Und darum könne man die errungene Superiorität nicht behaupten, wenn man in den Anstrengungen gegen einen so mächtigen Feind irgendwie nachlassen wollte.

Die Macht Frankreichs sieht der Staatsrath an als eine sehr große. Die Schrift geht, um dies nachzuweisen, zurück auf die Zeiten Carls V. und Franz I., wo der letztere, mit dem Drittel der Einkünfte des jetzigen Königs dennoch dem mächtigeren Kaiser so viel zu schaffen gemacht. Von da an und namentlich seit dem westfälischen Frieden sei die Macht

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 24. November. — Murray vol. III, p. 231.

[2]) Man vergleiche die Schreiben von Torcy und Anderen bei Vreede p. 182 et suiv.

[3]) Lamberty t. XIV, p. 161 et suiv.

Frankreich stetig gewachsen, und habe sich, vielfach auf Kosten des Reiches und der spanischen Niederlande, mit einem stachlichten Gürtel von Festungen umgeben. „Und wir heben hervor, sagt die Denkschrift, daß von allen den festen Plätzen, welche seit dem Jahre 1648 Frankreich erworben oder usurpirt hat, es auch noch nicht Einen wieder verloren oder abgetreten hat, es wäre denn Menin. Aber dafür hat es zur Zeit die Stadt Trier im Besitz mit dem größeren Theile des Kurfürstenthumes, ferner Kehl und Breisach. Darum ist die Krone Frankreich zur Zeit nicht weniger furchtbar als in dem vorigen Kriege, zumal da sie nicht mehr Spanien gegen sich, sondern einen großen Theil desselben für sich hat." Darum verlangt der Staatsrath dieselben Mittel wie bisher, ja noch mehr fremde Truppen im Solde der Republik. — Man war ja freilich sicher, daß man diese bei den deutschen Fürsten finden konnte.

Indem aber die Häupter der Republik ihren Willen kund gaben, in ihren Anstrengungen wider Frankreich nicht nachzulassen, sahen sie es als ihr Recht an, von Anderen das Gleiche zu fordern. Sie luden die Gesandten aus dem Reiche zu einer Conferenz, und befragten sie dort über die Stellung ihrer Reichs-Contingente. „Man begann mit mir, meldet der Graf Goes in einem Privatbriefe[1]), und sagte mir, wie Sie denken können, viele Liebenswürdigkeiten. Ich berief mich auf Sinzendorf, als den Chef meines Faches, der bei seiner neulichen Anwesenheit hier sich bei den Deputirten des Staates genügend darüber ausgesprochen haben werde. Man gab mir zu verstehen, daß was er gesagt nicht viel bedeute, und kehrte höflich zum Angriffe zurück, gegen den ich mich vertheidigte, so gut ich konnte, freilich übel genug; denn Niemand vermag fünf gerade zu machen. Dann erhielt Schmettau (brandenburg-preußischer Gesandter) seinen Antheil. Bothmar (hannöverscher Gesandter) etwas weniger, immerhin doch noch genug". Die Anderen wiesen nach, daß ihre Principale wirklich ihr Contingent stellten. Demnach ergibt sich, daß die Lässigkeit in der Stellung der Contingente hauptsächlich auf die größeren deutschen Mächte fiel. Der Kaiser ward gehemmt durch den ungarischen Aufstand, Brandenburg-Preußen und

[1]) Vom 31. December, an den Grafen Gallas in London, im gräflich Clam-Gallas'schen Archive.

Hannover hatten ihre Truppen im Solde der Seemächte, das erstere völlig und ausschließlich, das letztere zum Theile.

Den Grafen Sinzendorf hatte der Kaiser auf die Bitte Marlboroughs nach dem Haag entsendet, weil der letztere den Plan der Mitwirkung der kaiserlichen Armee zum Einmarsche in die Provence fertig nach England mit hinüber nehmen wollte.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß dabei Marlborough den specifisch englischen Plan des Angriffes auf Toulon, der um der Ausführbarkeit willen Geheimnis bleiben mußte, bestimmter angegeben habe. Sinzendorf seinerseits gab die Absicht des Kaisers kund, im nächsten Feldzuge, gemäß den Wünschen vieler Neapolitaner, ein Truppen-Corps dahin zu entsenden. Marlborough erhob dagegen keinen Einspruch [1]).

Bei der Regierung im Haag erlangte Marlborough damals nicht die Feststellung eines Vertrages, wie er ihn im Mai vorgeschlagen, einerseits über die Barriere in Belgien für die Republik, und andererseits über die Garantie der gesetzlich festgestellten Thronfolge für England. Er mußte ohne denselben heimkehren.

Dort traf ihn die Nachricht, daß der an den König Carl III. entsendete Graf Lecheraine mit der Erneuerung des Patentes für ihn als Statthalter der Niederlande im Haag angelangt sei. Zugleich aber lag ein Schreiben der Generalstaaten vor, in welchem sie Marlborough von der Annahme abmahnten. Die Abmahnung beweist, daß die Vertreter der Republik in den zuvor im Haag geschehenen Verzicht nicht ein volles Vertrauen setzten. Aufgebracht darüber kargte Marlborough, sowohl mündlich als schriftlich, nicht mit Vorwürfen gegen die Republik. Den kaiserlichen Vertretern gegenüber bezeichnete er das Verfahren derselben in Belgien als die höchste Unbilligkeit. Aber man müsse das Geringere der Hauptsache zum Opfer bringen. In Briefen nach auswärts ergoß er sich über die Undankbarkeit der Republik gegen ihn persönlich. Diese Vorwürfe lassen erkennen, wie schwer ihm der Verzicht geworden war [2]).

Es muß bemerkt werden, daß in dieser Angelegenheit nicht alle der Sache kundigen Holländer mit der Regierung im Haag überein

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Band IX, S. 340; so wie Supplementheft S. 20.

[2]) Hoffmanns Berichte vom 4. und 11. Januar 1701. — Murray vol. II, p. 272.

Damit war principiell die Sache in dieser Commission von Anfang an entschieden, und nur über die Modalitäten konnten noch Differenzen entstehen.

Die Berathungen wurden geheim gehalten; dennoch verlautete bald so viel, daß die Sache nach dem Wunsche der Whigs vor sich gehe. Bevor die Königin ihre Residenz nach Windsor verlegte, zu Ende Mai, begab sie sich in die Versammlung der Commissäre. Die Sache der Union der zwei Königreiche läge ihr so sehr am Herzen, sagte sie, daß sie die Stadt nicht verlassen könne, ohne vorher den Stand der Dinge genau zu erfahren. Sie ließ sich dann die bereits verglichenen Artikel vorlesen und sprach ihre Befriedigung darüber aus. Aber auch von Windsor her kam sie dann noch einmal in die Versammlung, am 26. Juni/7. Juli. Sie drängte ein Ende zu machen, mit besonderer Rücksicht auf die Schotten, welche nicht allzulange von ihrer Heimat fern gehalten werden dürften[1]).

Nach solchen Aeußerungen muß man annehmen, daß die Königin Anna damals, im Jahre 1706, es mit der Union auch persönlich ernstlich meinte.

Das Verhältnis der Lasten wurde so geregelt, daß für die Landtaxe, welche in England während des Krieges 20 Percent betrug, und zwei Millionen Pfund Sterling einbrachte, Schottland zu entrichten habe jährlich 48,000 Pfund, also etwa den vierzigsten Theil.

Schottland hatte keine Schulden, England dagegen den Betrag von 17 Millionen, für die man jedoch die Mittel der Abzahlung in den Zöllen als vorhanden ansah. Da nun fortan Schottland diese Zölle mitzutragen hatte, so sollte England zur Compensation an Schottland zahlen 391.000 Pfund Sterling. — Dazu auch verpflichtete sich England den Schotten den an Darien erlittenen Schaden gut zu machen.

Die Schotten hatten verlangt, 50 Mitglieder in das demnächstige gemeinsame Unterhaus zu senden, und in das Oberhaus 30 Pairs. Die englischen Commissäre drückten die Forderung hinab auf 45 Mitglieder für das Unterhaus und 16 Pairs.

Nachdem die Commissäre sich geeinigt, begaben sie sich, am 23. Juli/3. August, in feierlichem Aufzuge nach dem Palaste St. James,

[1]) Commons Debates vol. III, p. 477. — Hoffmanns Berichte vom 1. Juni und 9. Juli.

wo die Königin ihrer harrte. Der Lord Siegelbewahrer von England, der Kanzler von Schottland, hielten je in dem Namen der ihrigen eine lebhafte Anrede und überreichten jeder ein Exemplar des Union-Vertrages. Die Königin lobte den Vertrag im Ganzen wie in seinen Theilen, und fügte ihren Wunsch hinzu, daß die Schotten sich baldmöglichst heimwärts begeben sollten, um auch von dem schottischen Parlamente die Zustimmung zu erlangen.

Darauf allerdings kam es zunächst an. Daß das englische Parlament hernach die Union gutheißen würde, stand von Anfang an außer allem Zweifel; aber die nahe an Einstimmigkeit grenzende Willfährigkeit der schottischen Commissäre verbürgte noch nicht die Mehrheit im schottischen Parlamente.

Die Sache der Union im schottischen Parlamente.

Die Nachricht der Thatsache, daß der Entwurf einer Union vereinbart war, wurde in Schottland allgemein mit Befriedigung aufgenommen [1]). Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages blieben noch geheim bis zum Zusammentritte des Parlamentes, am 3./14. October [2]). Bei dem Bekanntwerden der Einzelheiten jedoch erhob sich vielfacher, ja nach der Behauptung der Jacobiten allgemeiner Widerspruch der Nation. Hauptsächlich waren es drei Einwände, welche die Gemüther beschäftigten: die Union mache die Schotten zu Sclaven der Engländer, zerstöre den geringen Handel, den sie besäßen, und vernichte vor allen Dingen die kirchliche Verfassung, welcher die Schotten aufs wärmste zugethan waren [3]).

In der letzteren Beziehung traten namentlich die presbyterianischen Prediger voran. Sie redeten von den Kanzeln herab in den stärksten Ausdrücken wider die Union, nannten sie ein gottloses Werk, verfaßten Resolutionen und Adressen gegen sie [4]). Sie waren die lautesten, nicht freilich die gefährlichsten Gegner. Denn die Mehrheit des Parlamentes fand Mittel sie zu beschwichtigen. Ungleich schwieriger oder

[1]) Lockhart papers t. I, p. 158.
[2]) A. a. O. p. 159.
[3]) Marchmont papers t. III, p. 311.
[4]) Lockhart papers t. I, p. 159.

unmöglich war dies mit derjenigen Partei, welche auf den ersten Einwand den stärksten Nachdruck legte, den eigentlichen Jacobiten. Der Jacobit Lockhart rechnet die Zahl derselben ungemein hoch. Nach ihm waren vier Fünftel des hohen und des niederen Adels, auch in den westlichen Grafschaften, und mehr als die Hälfte der Bewohner des gesammten Königreiches bei jeder Gelegenheit bereit, ihre Anhänglichkeit für das flüchtige Königshaus auszusprechen und mit der That zu beweisen[1]). Diese Behauptung ist mit den späteren Ereignissen nicht wohl vereinbar. Dagegen ergibt sich als unzweifelhaft, daß die jacobitische Strömung außerhalb des schottischen Parlamentes stärker war als innerhalb desselben. Auch muß bei vielen Schotten damaliger Zeit eine nationale Abneigung gegen die Engländer mit in Anschlag gebracht werden. Ein Repräsentant dieser Abneigung, Lockhart, bezeichnet die Engländer als a people generous to none and avowed enemies to our country[2]).

Königlicher Commissär im Parlament war wie früher der Herzog von Queensberry. Er eröffnete das Parlament mit einer Darlegung der Vortheile, welcher der schottischen Nation aus der Union zuwachsen würden, und in gleichem Sinne redete der Kanzler für Schottland. Die Artikel der Union wurden verlesen. Demgemäß verlangte die Hofpartei das Eingehen in die Berathung, und daran entwickelte sich der erste Kampf, und zwar um das Princip selbst. Denn die Gegenpartei verlangte, nachdem die Artikel nun kund seien, vor dem Eingehen in die Berathung heimzukehren, um mit ihren Constituenten die Sache zu besprechen; denn das Parlament habe nicht das Recht, ohne besondere Vollmacht, die Verfassung des Königreiches zu ändern. Nach langen, heftigen Erörterungen ergab die Abstimmung eine Mehrheit von 64 Stimmen für die Hofpartei[3]).

Es wurde damals und später in Schottland geglaubt, daß nicht wenige Mitglieder dieser Hofpartei von England her Geld empfangen hätten, voran unter ihnen der Graf Marchmont. Der schottische Jacobit Lockhart bringt sogar das Verzeichnis der Beträge, die sich in

---

[1]) Lockhart papers t. I, p. 147.
[2]) A. a. O. p. 192.
[3]) A. a. O. p. 162.

Allem auf reichlich 20,000 Pfund Sterling belaufen[1]). Allein unter dieser von England her gezahlten Summe befinden sich auch, und zwar mit reichlich drei Fünfteln, die Kosten der Ausstattung und der Diäten für den königlichen Commissär. Es bleiben also etwa 8000 Pfund Sterling. In Betreff der einzelnen Posten drängen sich manche Zweifel auf. Es finden sich darunter nämlich verzeichnet 1000 Pfund Sterling für den Herzog von Athol. Aber Athol war einer der hauptsächlichen Bekämpfer der Union. Für einen Lord Bamf finden sich 11 Pfund und 2 Shillinge vermerkt. Für den Grafen Marchmont die allerdings höhere, aber ebenfalls recht ungerade Summe von 1104 Pfund 15 Shillinge 7 Pence. In der Benennung einer solchen Summe liegt schon die Andeutung, daß sie dem Grafen Marchmont geschuldet wurde[2]). Ebenso dürfte es sich dann auch mit den anderen Beträgen verhalten.

In jenem ersten Siege der Hofpartei lag die Bürgschaft auch für die weiteren Erfolge, nicht freilich ohne schwere Kämpfe. Denn die Gegner, die sich als die Landpartei bezeichneten, zählten unter sich eine Reihe begabter Redner, voran die Herzöge von Hamilton und Athol, den Marquis von Annandale, die Lords Belhaven und Balmerino, Fletcher von Salton, Cunningham u. A. Lockhart meldet, daß die Hofpartei, auf ihre Zahl vertrauend, selten sich auf Erwiederungen eingelassen habe. Dies kann nicht für alle Mitglieder der Hofpartei gelten; denn z. B. der Herzog von Argyle berichtet an Godolphin ausführlich über seine Reden[3]). Dagegen ward von der Hofpartei aus der Vorwurf erhoben, daß die Gegner durch endlose Einwürfe die Sache hinzuzerren suchten, um Aufschub zu gewinnen[4]).

Im Sinne der Landpartei war dies allerdings die richtige Tactik; denn während sie im Parlamente die einzelnen Artikel der Vorlage streitig machte, erwuchs ihnen moralischer Succurs aus der steigenden Abneigung im Lande gegen das Princip der Union. In der nächsten

---

[1]) Lockhart papers t. I, p. 267.

[2]) Der Herausgeber der Marchmont papers, Sir George Henry Rose, hat in der Vorrede dies Verhältnis ausführlich besprochen, und namentlich die Schuld der Regierung an den Grafen Marchmont nachgewiesen, p. XCV sq.

[3]) Marchmont papers t. III, p. 433.

[4]) A. a. O. p. 431. Bericht des Grafen Cromarty.

Umgebung zuerst gab sich diese Abneigung in tumultuarischer Weise kund. In Edinburgh rotteten sich Volkshaufen zusammen, beleidigten und bedrohten den königlichen Commissär Queensberry, sowie alle Förderer der Union, am 23. October/3. November. Die geringe Truppenzahl reichte dennoch aus die Haufen zu zerstreuen; aber fortan mußte das Parlamentshaus mit Wachen umgeben werden. Graf Errol als Connetable von Schottland protestirte wider diesen Einbruch in die Privilegien von Schottland, und viele Andere schlossen sich an. Wichtiger war das Einströmen von Adressen gegen die Union, durchweg nach einem Modell gemacht, welches in starken Ausdrücken den Fortbestand der zweitausendjährigen Unabhängigkeit der schottischen Nation forderte. Auch viele Kaufleute erkannten nicht an, daß eine Vereinigung mit England ihnen Vortheil bringen werde. Sie reichten einen Protest gegen die Union ein. Sehr nachdrücklich erklärte sich in gleichem Sinne die General-Versammlung der presbyterianischen Prediger [1]).

Diese waren freilich, wie bereits bemerkt, am leichtesten zu beschwichtigen. Die im Parlamente überwiegende Partei beschloß sofort eine Acte der Sicherheit für die Kirk, die schottische Landeskirche, und brachte dadurch den gesammten einflußreichen Stand zum Schweigen, zu nicht geringem Verdrusse der Landpartei. „Wenn sie nur ihre Pfründen sicher behalten konnten, sagt der eifrige Lockhart, so kümmerten sie sich nicht einen Pfennig um die anderen Angelegenheiten der Nation" [2]).

Eine besondere Gefahr drohte von den westlichen Grafschaften her, wo man sich militärisch zu organisiren suchte. Bereits war, im November, Tag und Ort bestimmt, wo sieben- bis achttausend Mann zusammen treten würden. Der Herzog von Hamilton wandte dies ab, indem er ohne Vorwissen seiner Partei abmahnende Boten durch das Land schickte [3]). Dies Fehlschlagen gereichte seiner Partei zum großen Verdrusse; denn man vernahm von Vielen unter ihnen das Wort, daß verzweifelte Krankheiten auch verzweifelte Heilmittel erheischten.

---

[1]) Lockhart papers I, p. 168 sq.

[2]) A. a. O. p. 175. Provided they could retain the possession of their benefices, they cared not a farthing what became of the other concerns of the nation.

[3]) A. a. O. p. 200.

Man ließ für Hamilton nur die Entschuldigung gelten, daß er seine Landsleute einem regelrechten Kriege nicht für gewachsen angesehen habe.

In der Voraussicht, daß in dem Parlamente die Minderheit unterliegen müsse, entwarf die Landpartei einen anderen Plan, denjenigen einer allgemeinen Adresse an die Königin gegen die Union, und um die Berufung eines neuen Parlamentes. Die Ausdrücke dieser Adresse waren scharf. Nachdem schon zahlreiche Edelleute sich in Edinburgh versammelt, um die Adresse zu unterschreiben, stellte der Herzog von Hamilton die Bedingung, daß die Adresse sich für die Thronfolge des Hauses Hannover aussprechen müsse. Denn ohne eine solche Erklärung würden die Tories im englischen Parlamente, auf deren Widerspruch gegen die Union man hoffen müsse, keine Basis zum Angriffe haben. Aber die Gegner der Union in Schottland waren durchweg zugleich auch Jacobiten, und daher diese Bedingung ihnen sehr schwer. Sie verhandelten darüber mehrere Tage. Inzwischen war es aufgefallen, daß so viele Personen sich in Edinburgh ansammelten. Dem königlichen Commissär lagen ferner Briefe vor, die nach Edinburgh hin einluden. Er eröffnete dem Parlamente, daß er Ansammlungen von Personen in der Stadt, zu dem Zwecke, einen Druck auf das Parlament zu üben, nicht dulden könne. Er legte eine Proclamation zu diesem Zwecke vor, und erhielt dafür die Zustimmung der Mehrheit, am 27. December. — In Folge dessen fiel auch der Plan jener Adresse zu Boden[1]).

Unterdessen ging in dem schottischen Parlamente die Berathung und Beschluß-Fassung über die einzelnen Artikel des Unions-Entwurfes unaufhaltsam vorwärts. Bereits ward der zweiundzwanzigste Artikel berathen. Der Endbeschluß des Parlamentes wie es war für die Union stand als unvermeidlich in Aussicht. Wenn also die Landpartei vorher noch einen principiellen Schritt gegen das Ganze thun wollte, so war keine Zeit zu verlieren.

Hamilton versammelte einige seiner Parteigenossen um sich. Er legte ihnen den Entwurf einer Protestation vor, in welcher die Thronfolge des Hauses Hannover nur mit der Erwähnung berührt war, daß ein früheres schottisches Parlament sich bereit erklärt hatte, diese

[1]) Lockhart papers t. I, p. 204.

Thronfolge festzustellen auf Grund derjenigen Beschränkungen, die man für nothwendig erkennen würde[1]). Im Uebrigen verneinte die Protestation mit starkem Nachdrucke das Recht des schottischen Parlamentes, wider den kundbaren Willen der schottischen Nation eine Real-Union mit England zu beschließen.

Die Parteigenossen erhoben gegen die Nennung des Hauses Hannover den Einwurf, daß es ja doch ihr Wille sei, die Selbständigkeit Schottlands zu bewahren und zu diesem Zwecke den König, d. h. den Prätendenten als Jacob VIII., zurück zu rufen. Hamilton vertheidigte seinen Entwurf mit dem Nachweise, daß er nur das sage, was als geschichtliche Thatsache feststehe. Auch er sei der Meinung, daß, wenn England, gegenüber dieser Protestation, von der Union nicht abstehe, man zu den Waffen greifen und den König zurückrufen müsse. Es gelang durch seine Ausführungen die anderen Parteigenossen zu gewinnen, nur nicht den Herzog von Athol, welcher dabei beharrte, er dürfe das Haus Hannover nicht benennen. Aber er erklärte sich bereit, nach der Uebergabe der Protestation mit den Anderen das Parlamentshaus zu verlassen. In so weit war man einig und der nächste Tag ward zur Uebergabe des Protestes bestimmt[2]).

Am Morgen dieses Tages, wo vor dem Beginne der Verhandlungen des Parlamentes der Act der Ueberreichung geschehen sollte, sah man um das Parlamentshaus viele Menschen sich ansammeln, bereit die austretenden Mitglieder des Parlamentes zu begrüßen und, wenn nöthig, in Schutz zu nehmen. Aber der Herzog von Hamilton erschien nicht im Parlamente. Einige Parteigenossen suchten ihn endlich auf und fanden ihn daheim, an Zahnweh leidend. Es erfolgte eine lebhafte Erörterung. Sie hielten ihm vor, daß, wenn er nicht handele, er dadurch einen Beweis liefere für die Wahrheit der Anklage, die einst gegen seinen Großvater in Bezug auf Carl I. erhoben sei[3]). Hamilton gab nach und ging mit. Im Parlamentshause wandte er sich an die Parteigenossen mit der Frage, wer von ihnen den Protest überreichen wolle. Sie erwiederten ihm, daß nur ihm, als dem Ersten im Range

[1]) For settling the succession of the House of Hanover upon such limitations as should be thought necessary.

[2]) Lockhart papers t. I, p. 213.

[3]) Man vergleiche darüber Lingard, History of England t. VI, p. 281.

und in Geltung bei der Nation, dies zukomme, daß sie dagegen zu ihm stehen würden mit Gut und Blut. Hamilton beharrte: er wolle nicht der Ueberreichende sein, sondern der erste Zutretende. Man redete darüber mit ihm hin und her und redete so lange, daß mittlerweile das Parlament in die weitere Verhandlung über den zweiundzwanzigsten Artikel der Union eintrat. Die Gelegenheit war vorüber[1]).

Nach dem Berichte Lockharts erzählte ihm später der schottische Kanzler, Graf Seafield, daß, für den Fall der Ueberreichung des Protestes, der Entschluß des königlichen Commissärs Queensberry bereits gefaßt war, das Parlament zu vertagen und damit die Sache der Union aufzugeben.

Die Ursache des Umschlagens von Hamilton ward später in folgender Weise erzählt. Am Abende zuvor, nach jener Uebereinkunft der Parteigenossen mit Hamilton, hatte sich der Commissär Queensberry selbst, oder ein Anderer in seinem Auftrage, zu Hamilton begeben, mit der Meldung: er wisse was im Werke sei, und versichere, daß, wenn Hamilton den Plan nicht fallen lasse, England die Schuld lediglich auf ihn werfen und ihn dafür büßen lassen werde. Diese Drohung schüchterte Hamilton so ein, daß er selber den von ihm entworfenen und betriebenen Plan zum Scheitern brachte. — Die Wahrheit dieser Erzählung wird freilich von Lockhart nicht verbürgt.

Das Fehlschlagen des Planes einen Protest einzureichen, wirkte entmuthigend und auflösend auf die Landpartei. Die Mitglieder konnten sich zu einem gemeinsamen Schritte nicht wieder aufraffen. Viele von ihnen verließen das Parlament und begaben sich heim. Andere, die verblieben, reichten gegen die einzelnen Artikel ihre Proteste ein, über welche die Mehrheit hinweg schritt. Nur noch Einmal ward der Widerstand wieder nachdrücklich, nämlich als es zu der Frage kam, in welcher Weise die ersten Repräsentanten für das mit England gemeinsame Parlament ernannt werden sollten. Hamilton und die Landpartei behaupteten, daß, gemäß dem zweiundzwanzigsten Artikel der Union, die Deputirten nicht von den Mitgliedern des schottischen Parlamenten aus diesem Hause erwählt werden dürften. „Aber, sagt Lockhart, die Hofpartei war nicht willens eine Kuh zu verschlingen und beim Schwanze inne zu halten."

---

[1]) Lockhart papers t. I, p. 213.

Es ward beschlossen, die 16 Pairs und 45 Mitglieder des Unterhauses aus dem Parlamente von Schottland zu erwählen. Der königliche Commissär hatte verkündet, daß die Wahl völlig frei sein solle. Unmittelbar vorher jedoch zog er ein königliches Schreiben hervor, welches denjenigen, der für den Herzog von Hamilton stimme, mit der königlichen Ungnade bedrohete[1]).

Die Anklage, daß Hamilton im Einverständnisse mit der Regierung gehandelt, fiel dadurch zu Boden. Die Mehrheit im schottischen Parlamente nahm schließlich, mit geringen Aenderungen einiger Artikel, die gesammte Vorlage der Commission an.

Als der Kanzler Seafield zum Schlusse dem Secretäre die Schriftstücke übergab, entfielen ihm vor dem Parlamente die Worte: „Now there's an end of an old song." Die Jacobiten ergrimmten über diese Worte, die sie als einen Ausdruck des Hochmuthes ansahen[2]). Die Briefe Seafields und Anderer nach London hin prägen nicht eine derartige Stimmung aus. Um entgegen zu kommen, hatte sich die Mehrheit in jene Aenderungen der von der Commission beschlossenen Artikel gefügt. Von ihnen erging nach London hin die dringende Bitte, daß das englische Parlament diese Aenderungen genehmigen möge, damit nicht noch einmal die Sache an das schottische Parlament gelange[3]).

Die Sache hatte sich hingezogen bis in das Jahr 1707. Erst am 17./28. Januar gelangte sie in Edinburgh zum Abschlusse.

Daß das damals bereits versammelte englische Parlament ratificiren würde, war nicht zweifelhaft. Wir haben ferner wiederholt beobachtet, daß auch die Königin Anna fördernd und antreibend einwirkte. Es kommt also noch darauf an zu sehen, wie man in Hannover, wie namentlich die zunächst betheiligte Persönlichkeit, die Kurfürstin Sophie, sich zu dieser Angelegenheit der Union verhielt.

Verhalten des kurfürstlichen Hauses in Hannover zur Angelegenheit der Union.

Um das kurfürstliche Haus in Hannover weiter günstig zu stimmen, gaben Marlborough und Halifax der Königin, im Sommer

[1]) Lockhart papers t. I, p. 222.

[2]) A. a O. p. 223.

[3]) Marchmont papers t. III, p. 443, 445.

1706, den Rath, dem Kurprinzen Georg August einen englischen Titel zu verleihen. Indessen es war schwer noch einen englischen Titel ausfindig zu machen, der dem königlichen Hause früher angehört hatte, nachdem von Carl II. diese Titel freigebig auf seine illegitimen Söhne verstreut waren. Es ergab sich endlich der Titel eines Herzogs und Marquis von Cambridge. Lord Halifax machte der Kurfürstin die Mittheilung, am 15./26. October, und fügte bei, daß demnach das zu erhoffende Enkelkind der Kurfürstin, wenn ein Sohn, als Marquis von Cambridge geboren würde[1]). Dieser damals erhoffte, einige Monate später geborene Sohn war Friedrich Ludwig, später Prinz von Wales, Vater Georgs III. Halifax legte diesem Schreiben den Entwurf der Union von England und Schottland bei, und meldete den günstigen Beginn der Verhandlungen im schottischen Parlamente.

Die Kurfürstin Sophie war eben damals lebhaft in Anspruch genommen durch die Heirath ihrer Enkelin Sophie Dorothee mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen. Im Juni war der Vater Friedrich I. mit seinem Sohne in Hannover eingetroffen, ohne vorher, ungeachtet seiner regen Correspondenz mit der Kurfürstin Sophie, den eigentlichen Zweck seiner Reise angegeben zu haben. Dieser Zweck war die Werbung um die Prinzessin Sophie Dorothee, die Tochter des Kurfürsten Georg Ludwig, für den Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Nach der Lage der Dinge dürfte über diese Werbung Niemand größere Freude empfunden haben als die Kurfürstin, für welche dadurch dieselbe Aussicht wieder aufleuchtete wie reichlich zwanzig Jahre zuvor, daß nämlich die langen Irrungen zwischen dem welfischen und dem hohenzollerschen Hause nun durch diese Heirath ihren endlichen Abschluß erhalten würden. — Die Trauung durch Procuration erfolgte in Hannover im October, und darauf die Reise der Prinzessin nach Berlin, so wie der Empfang dort mit allen Festlichkeiten, über welche Leibniz, der sich in Berlin befand, der Kurfürstin Bericht erstattete. In einem der Briefe an Leibniz, vom 20. November, entfallen der Kurfürstin, unter anderen Aeußerungen, gelegentlich die Worte: „La cour d'Angleterre ne me fera plus payer d'envoyés, quand

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 68.

même elle nous comblerait de plusieurs titres, et je trouve Mr. Howe fort propre pour un honneur qui ne coûte rien“[1]).

Unverkennbar prägt sich in den Worten der Kurfürstin ein gewisser Unmuth aus, daß der englische Hof ihr Kosten auferlege. Wir haben das Verhältnis kennen gelernt in Anlaß der Sendung des Lords Halifax mit den Parlaments-Acten der Naturalisation des kurfürstlichen Hauses in England, und der Regentschaft im Falle des Ablebens der Königin, so wie dem Hosenband-Orden für den Kurprinzen Georg August (S. 29). Dennoch hatten damals, im Mai, die Kurfürstin und ihr Sohn sich in die Sendung von Lord Halifax gefügt.

Nun tauchte wieder ein neuer Titel auf für den Kurprinzen. Es war eben nur ein Titel, welcher, wie die Kurfürstin sagt, der Königin kein Geld kostete. Wenn aber das betreffende Diplom abermals durch einen besonderen Gesandten überbracht wurde, so erwuchsen dadurch, nach der Convenienz jener Zeit, die für Gesandte solcher Art erhebliche Geschenke auferlegte, unvermeidliche Kosten, die von einem Witthume schwer zu bestreiten waren. Darum spricht sich die Kurfürstin hier in vertraulicher Weise dahin aus, daß die Ueberreichung durch den ständigen Gesandten in Hannover, Herrn Howe, genüge. Daß auch diesem gegenüber dieselbe Ansicht kund gegeben wurde, ergibt sich schon daraus, daß die Uebersendung des Diplomes, welches Halifax im October als fertig bezeichnet, sich bis in das nächste Jahr verzog.

Zugleich jedoch fanden nun die Verhandlungen im schottischen Parlamente über die Union statt, welche die Kurfürstin und ihr Haus in erster Linie berührten. Es fragt sich also, ob die Kurfürstin denselben mit Interesse gefolgt ist. Ihr Briefwechsel mit Leibniz war in den letzten Monaten des Jahres 1706 besonders rege, weil er sich in Berlin befand. Sie tauschen darin ihre Gedanken aus namentlich über den Friedensschluß von Alt-Ranstadt und andere politische Angelegenheiten: nur die Union und Schottland kommen für lange Zeit nicht zur Sprache. Endlich jedoch, in der Mitte December, regt Leibniz auch diese Angelegenheit an, und zwar in Anlaß der Anwesenheit eines Schotten Burnet, mit dem er in Berlin verkehrte[2]). Die Kurfürstin

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 245.
[2]) A. a. O. S. 257.

ſchreibt ihm darauf ſofort die Antwort: „Je ne vous parlerai point des affaires d'Angleterre et d'Ecosse. Comme je n'en tire rien, je n'y suis point intéressée, et je me fais un très-grand plaisir de lire tous les divertissements de Berlin, et d'apprendre que mes enfants s'y trouvent contents, et aussi que vous l'êtes de la princesse royale.“

Damit war für Leibniz auch die Möglichkeit abgeſchnitten, die Angelegenheit der Union abermals anzuregen.

Zu Ende des Jahres 1706 traf in Hannover eine Abſchrift des Patentes für den Kurprinzen ein. Die Kurfürſtin macht dazu die Bemerkung, daß es begleitet ſei mit der Andeutung einer Mahnung für den Kurprinzen nicht nach England zu kommen[1]). Dieſe Andeutung mußte um ſo auffallender erſcheinen in der Erinnerung an die Bereitwilligkeit der Königin Anna, im Beginne des Jahres 1705, den Kronprinzen von Preußen als ihren Gaſt in England zu ſehen (Bd. XI, S. 574). Die Andeutung war daher abermals nicht geeignet, an dem hannöverſchen Hofe den Zweifel an der Aufrichtigkeit des Willens der Königin Anna zu heben.

Im März 1707 endlich traf das Original-Patent des Titels für den Kurprinzen in Hannover ein. Der Geſandte Howe ließ bei einem der Miniſter anfragen, wann er das Patent überreichen dürfe, und erhielt die kurze Antwort, daß dies in ſeinem Belieben ſtehe. Howe fühlte ſich dadurch in ſeinem Charakter als Geſandter gekränkt; denn er hatte gerechnet auf eine feierliche Uebergabe, wie ſie mit dem Hoſenband-Orden geſchehen war. So verlange es, ſagte er, die Ehre der Königin. Der Kurfürſt dagegen ließ ihm erwiedern, daß er bei ſeinen Lebzeiten feierliche Audienzen des Kurprinzen nicht geſtatte[2]). Die Kurfürſtin fügt ihrer Meldung deſſen die Worte hinzu: „Herr Howe hat die Gicht und demgemäß die Zeit nach England hin über unſer Verhalten zu berichten.“ Das Verhalten beiderſeits ſcheint nicht ein Zeugnis abzulegen für eine gegenſeitige Zufriedenheit[3]).

Demnach hatte auch die Verleihung eines engliſchen Titels an den Kurprinzen die Beziehungen der wichtigſten Perſönlichkeiten, der

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 265.
[2]) A. a. O. S. 276.
[3]) A. a. O. S. 279.

Kurfürstin Sophie und der Königin Anna, im Jahre 1706 nicht freundlicher gestaltet.

Die Königin Anna gegenüber der Whig-Partei, in der zweiten Hälfte des Jahres 1706.

Die Königin Anna verdankte es der Whig-Partei, daß sie von der Frage der Einladung der Kurfürstin Sophie nach England frei gekommen war, und zwar um den Preis der Sanction der Bills für die Naturalisation des Hauses Hannover in England und für die Regentschaft. Wir haben über diesen Gang der Dinge den Ausdruck der dankbaren Gesinnung der Königin an Lady Marlborough vernommen (S. 10).

Aber die Whig-Partei forderte ihren Lohn. Es bestand damals die für England eigenthümliche Einrichtung, daß die auswärtigen Angelegenheiten, als diejenigen der südlichen und diejenigen der nördlichen Expedition, unter zwei Staats-Secretäre getheilt waren. Die südliche Expedition umfaßte die Länder Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Afrika, Amerika; die nördliche die anderen Länder. Die Inhaber waren damals Hedges, der zu den Tories hielt, und Harley, dem keine der zwei Parteien völlig trauete. Die Whigs erneuerten nun im Sommer 1706 bei Godolphin die bereits früher erhobene Forderung, daß Hedges entlassen und Sunderland, eins der fünf Mitglieder der Whig-Junta, an seine Stelle gesetzt werde. Die Angelegenheit wurde von besonderer Wichtigkeit wegen des Verhaltens der hervorragenden Persönlichkeiten zu derselben, nämlich Godolphins, der Lady Marlborough, Marlboroughs, so wie namentlich der Königin, hinter welcher bereits Harley, der spätere Graf Oxford, auftaucht.

Lord Sunderland war Schwiegersohn des Ehepaares Marlborough, und darum fügte sich bei der Lady Marlborough zu ihrer Whig-Gesinnung noch das Familien-Interesse, diese Angelegenheit mit sehr großem Eifer zu betreiben[1]). Ihr Gemahl dagegen war zu Anfang

[1]) Die betreffende Correspondenz in Coxe's Memoirs of the Duke of Marlborough t. II, p. 159. — Ferner Private Correspondence of S. Duchess of Marlborough p. 30 sq. — Endlich in Conduct of the Duchess of Marlborough p. 61 sq.

wenig geneigt, bei der widerstrebenden Königin die Forderungen der Whigs zu vertreten. Anders war es mit Godolphin: die Führer der Whigs stellten ihm die Alternative, daß, wenn nicht Sunderland zum Staats-Secretär ernannt werde, Godolphin auf die fernere Unterstützung der Partei nicht zu rechnen habe. Demgemäß glaubte Godolphin die Forderung der Whigs sich zu eigen machen zu müssen. Er schlug der Königin vor, Hedges auf eine andere Weise zu entschädigen und Sunderland zu ernennen.

Der hauptsächliche Einwand der Königin drängt sich zusammen in ihre Worte: „Nach meiner Meinung würde ich durch die Ernennung eines Partei-Mannes zum Staats-Secretär, wo bereits so viele seiner Gesinnungsgenossen in Aemtern aller Art sich befinden, mich einer Partei in die Hände liefern, und dagegen habe ich immer eine große Abneigung gehabt. Vielleicht mögen Einige meinen, daß ich Willens sei, mich den Tories zu überliefern; aber was immer die Leute von mir reden mögen, ich versichere Ihnen, daß ich nicht Willens bin, noch jemals sein werde, irgend Jemanden von jenen leidenschaftlichen Persönlichkeiten zu verwenden, die sich so übel gegen mich benommen haben. Was ich wünsche, ist Freiheit in der Ermuthigung und Verwendung aller derjenigen, welche in meinem Dienste getreulich arbeiten wollen, mögen sie sich Whigs oder Tories nennen, ohne daß ich gebunden bin an die Einen, noch an die Anderen. Denn sollte ich so unglücklich sein, in die Hände der Einen oder der Anderen zu fallen, so darf ich mir kein Hehl darüber machen, daß ich, mit dem Namen einer Königin, in Wirklichkeit nur ihre Sclavin sein würde. Wie dies mir persönlich zum Verderben, so würde es zur Aufhebung jeglicher Regierung gereichen“ [1]).

In diesem besonderen Falle kam jedoch für die Königin noch hinzu, daß nicht bloß die Partei-Richtung des Lords Sunderland, sondern auch seine Persönlichkeit ihr nicht zusagte. Aber andererseits auch wollte sie Godolphin nicht aufgeben. Sie bat ihn flehentlich niemals ihren Dienst zu verlassen. „Dies wäre für mich, sagt sie, ein Schlag, den ich nicht verwinden könnte“ [2]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 3. Vom 30. August/10. September.

[2]) A. a. O.

Aber Godolphin beharrte bei dieser Alternative: „Ew. Majestät verlangen, daß ich in Ihrem Dienste beharre, und machen doch zugleich es mir unmöglich."

Die Königin suchte den Ausweg, daß sie für Lord Sunderland die Mitgliedschaft im geheimen Rathe mit einem hohen Gehalte anbot. Die Häupter der Whigs, Somers, Sunderland, Halifax, traten darüber zusammen und einigten sich dahin, daß die Annahme dieses Vorschlages nicht ehrenhaft sein würde. Das Anerbieten selber rief ihr Mistrauen gegen Godolphin wach, daß er ihre Forderung bei der Königin nicht mit dem nöthigen Nachdrucke vertrete. Sie stellten ihm abermals, mit klaren und ausdrücklichen Worten, den Bruch in Aussicht. Sunderland dagegen betheuerte seiner Schwiegermutter, daß er nur in sie sein ganzes Vertrauen setze[1]).

Lady Marlborough war allerdings in eifriger Thätigkeit für Sunderland, nur daß ihr Eifer mehr als einmal die Schranken des Maßes durchbrach, und daher für die Sache sehr wenig, für sie persönlich bei der Königin zum Nachtheile wirkte. Die vertraulichen Namen der Missis Morley und Missis Freeman blieben noch, jedoch der erstere abwechselnd mit dem formellen Titel der Majestät. Indem Lady Marlborough erkennt, daß die Königin sich dem Einflusse ihres Rathes entzieht, sucht sie um so eindringlicher denselben geltend zu machen, nicht mit Erfolg. Jeder neue Brief von der einen oder der anderen Seite zeigt, daß die bisherige Freundschaft der zwei Frauen sich zu lösen beginnt.

Marlborough hatte zu Anfang der Differenz ferner gestanden; aber die Entwickelung derselben zog ihn unvermeidlich mit hinein. Nicht bloß gelangten von beiden Seiten die Berichte und Klagen an ihn, sondern die für Godolphin gestellte Alternative berührte ihn persönlich mit. Die Briefe an seine Frau betheuern auch damals wie immer seine Sehnsucht nach einem friedlichen Stillleben. „Denn ich will, sagte er, meine Tage enden ohne ferneren Ehrgeiz, der die Menschen zu Sclaven macht"[2]). Zugleich aber versichert er seinen Eifer für den Dienst der Königin, für die er sein Leben lassen wolle. Wenn

[1]) Coxe vol. I, p. 5. — Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 48.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 50, 57.

aber Godolphin genöthigt werde auszuscheiden, so könne er nicht bleiben. In diesem Sinne schrieb er wiederholt wie an seine Frau, welche die Briefe der Königin zu übermitteln pflegte, so auch direct an diese selbst. Er legte den hauptsächlichen Nachdruck auf die Fortführung des Krieges, dessen glücklicher Ausgang allein der Königin die Krone sichere, so wie auf die Willigkeit lediglich der Whig-Partei, die Mittel für diese Fortführung zu gewähren.

Als diese Versuche vergeblich blieben, faßte Marlborough, in einem Schreiben vom 24. October, das er durch einen eigenen Courier übersandte, nochmals alle seine Gründe zusammen.

„Ich habe die Ehre gehabt, schreibt Marlborough, zwei Briefe Ew. Majestät zu erhalten, von denen der letztere mich tief betrübt und beunruhigt hat. Denn ich sehe daraus die geringe Wirkung, welche meine bisherigen Briefe bei Ew. Majestät hervorgebracht, so daß ich schon beschlossen hatte zu schweigen, bis ich die Ehre haben würde in Ihrer Nähe zu sein. Allein da ich aus den Briefen des Lords Treasurers, so wie aus anderen Meldungen ersehe, daß die Maßregeln, welche Ew. Majestät vor dem Zusammentritte des Parlamentes nehmen, entweder alles glätten oder verderben werden: so darf ich nicht unterlassen, Ew. Majestät in dieser Angelegenheit zu behelligen."

„Der Lord Treasurer versichert mich, daß jede andere Maßregel als die von ihm vorgeschlagene die Sache Ew. Majestät verderben und ihn zwingen wird, seinen Stab niederzulegen. Wie das ihm sehr schmerzlich sein, so lebe ich der Besorgnis, daß die unheilvolle Consequenz sein würde, Ew. Majestät in die Hände einer Partei zu bringen, aus welcher Gott allein weiß ob Sie jemals wieder frei werden könnten. Allerdings ist Ihre Regierung so offenbar von Gott gesegnet, daß man vernünftiger Weise annehmen dürfte, Ew. Majestät könnten regieren, ohne die Häupter der einen oder der anderen Partei heranzuziehen, lediglich nach eigenem Ermessen. Dies würde durchführbar sein, wenn beide Parteien sich um Ihre Gunst bemüheten, wie sie nach Pflicht und Recht es sollten. In der That jedoch haben sich die Häupter der einen Partei wider Ew. Majestät und Ihre Regierung erklärt, so weit es ohne offene Rebellion nur möglich ist. Wenn nun Ew. Majestät auch noch die andere sich verfeinden, so frage ich, wie es möglich sein würde, für die nachdrückliche Fortführung des Krieges

nahe an fünf Millionen zu erlangen. Und wenn nicht dies, so stürzt ja alles zu Boden. Ew. Majestät haben selber so viele Kenntniß und Erfahrung von der Befähigung und Rechtschaffenheit des Groß-Schatzmeisters, daß Sie wissen Sich völlig auf seinen Rath verlassen zu können. Und wenn andere Meinungen von den seinigen abweichen, so wollen Ew. Majestät mir gestatten zu sagen, daß weder an Kenntnissen noch an Urtheil ihm Einer gleich kommt."

„Ich sende die Abschrift eines seiner Briefe mit ein, der alles enthält, so daß ich wünsche, Ew. Majestät mögen ihn lesen. Und wie ich zum Danke für die vielen empfangenen Gnaden mein Leben hingeben möchte, um Ew. Majestät und Ihre Regierung glücklich zu machen, so nehme ich auch die Freiheit um Ihrer selbst, um das Wohl des Landes, um der Freiheit von Europa willen, unterthänigst knieend zu bitten, Ew. Majestät wollen auch nicht Einen Tag verlieren, dem Groß-Schatzmeister die nöthige Unterstützung zu gewähren, welche er für geeignet hält, Ihre Angelegenheiten vor dem Parlamente zu vertreten. Dadurch werden Sie nicht allein ihn in den Stand setzen, Ihre Geschäfte zu führen, sondern auch die einzige Partei zu leiten, die von Nutzen sein kann. Ich setze mein festes Vertrauen auf den Groß-Schatzmeister, und werde meinerseits alle Sorgfalt aufwenden, der Partei die Verpflichtungen gegenwärtig zu halten, die sie gegen Ew. Majestät hat, so daß Sie die Maßregeln, welche Sie jetzt treffen, niemals zu bereuen haben werden. Ich habe keine Ruhe noch Rast, bis ich die Antwort Ew. Majestät vernehme" [1]).

Einstweilen blieb diese Hoffnung vergeblich: die Königin gab keine schriftliche Antwort.

Wir sehen also, wie die Dinge sich gewendet hatten. Marlborough und Godolphin hatten niemals der Whig-Partei angehört: sie wurden eher zu den Tories gerechnet. Sie hatten wiederholt ausgesprochen, keiner der beiden Parteien dienstbar sein zu wollen. Aber sie wollten die nachdrückliche Fortführung des Krieges, und eben diese wollte auch die Whig-Partei. Marlborough und Godolphin betrachteten nicht die Tories im Allgemeinen als ihre Gegner, sondern den rechten Flügel derselben, die sie häufig als die Tackers bezeichneten (vgl. Bd. XI,

[1]) Coxe vol. II, p. 17. Vom 24. October.

S. 568), die Partei Rocheſter. Um ſich dieſer Partei zu erwehren, waren ſie bereit zu Conceſſionen an die Whigs.

Die Königin hatte mit Marlborough und Godolphin gemein den Wunſch der nachdrücklichen Fortführung des Krieges, weil, nach ihrer Meinung, nur dadurch ihr die Krone geſichert bliebe. Dieſe Meinung war bei ihr der Punct, an welchen Marlborough und Godolphin den Hebel zu Gunſten der Whigs anſetzen konnten. Die Partei Rocheſter ferner hatte durch den Antrag für die Einladung der Kurfürſtin ſie perſönlich gekränkt; die Whigs durch die Bekämpfung und Ablehnung dieſes Antrages ſich um ſie verdient gemacht. Aber das Gefühl der Dankbarkeit war nicht ſtark genug, die urſprüngliche Abneigung gegen die Whigs zu überwinden. Wir haben zu ſeiner Zeit, nach dem Siege der Whig-Partei im Parlamente, im Beginne des Jahres 1706, das Wort des Tory-Führers Seymour zu einigen Whigs vernommen (S. 18). Der Ausdruck war ſtark; aber die Zeit vorher hatte bewieſen, daß der zu Grunde liegende Gedanke richtig war, und die ſpäteren Jahre der Königin Anna werden denſelben Beweis erbringen.

Es iſt bereits wiederholt angedeutet, und muß von hier an ganz beſonders hervorgehoben werden: die Perſönlichkeit der Königin Anna, ihre Neigungen und ihre Abneigungen, ſind für die damalige Zeit die wichtigſten Factoren in der Geſchichte Englands, und, weil England in der Kette der Allianz wider Frankreich das mächtigſte, das den Ausſchlag gebende Glied war, zugleich des geſammten Europa.

Die Königin kleidete den Lords Marlborough und Godolphin gegenüber ihre Abneigung gegen die Whigs in die Beſorgnis, unter die Herrſchaft dieſer Partei zu gerathen, in den Wunſch dagegen maßvolle Perſönlichkeiten aus beiden Parteien zu Dienern zu haben. Marlborough und Godolphin hatten, wie damals die Dinge lagen, für ſich die Poſition dieſes Wunſches aufgegeben. Darum aber war die Königin in dieſer Beziehung nicht ohne Geſinnungsgenoſſen und Freunde; vielmehr beginnt von dieſer Zeit an die Einwirkung des Sir Robert Harley, des ſpäteren Grafen Oxford, auf die Königin. Wir haben geſehen, daß Marlborough und Godolphin dieſen vielgewandten Mann, den einſtigen Sprecher des Unterhauſes, in den geheimen Rath gehoben, ihn zum zweiten Staats-Secretär gemacht hatten. Aehnlicher

Gesinnung wie Harley war der Kriegs-Secretär Henry St. John, der spätere Lord Bolingbroke, der ebenfalls von Marlborough und Godolphin zu seinem Amte emporgehoben war. Wir erinnern uns, daß Lady Marlborough damals dieser Gunst nicht ihren Beifall zollte, daß sie schärfer und tiefer als die beiden Männer in jene Persönlichkeiten blickte (Bd. IX, S. 40).

Die Lady bemerkte aber auch damals, daß Harley ein persönliches Interesse hatte, den Wechsel seines Collegen ungern zu sehen. Als die stärkere Persönlichkeit hatte er ein Uebergewicht über Hedges. Dieser dagegen besaß die zähere Arbeitskraft, so daß er Manches von jenem übernahm [1]). Im Falle der Entlassung von Hedges, des Ersatzes durch Sunderland entging also dem Staats-Secretär Harley ein doppelter Vortheil.

In der Hauptfrage äußerten Harley und St. John ähnliche Gedanken wie die Königin. Außerdem aber waren sie der Ansicht, daß die Macht der Whig-Partei sehr überschätzt werde. „Sie machen vielen Lärm, sagt St. John, und haben keine wirkliche Kraft" [2]). Harley als Staats-Secretär hatte die Gelegenheit, auch der Königin seine Ansichten vorzutragen. Jedoch dürfte es nicht richtig sein zu sagen, daß er schon damals Marlborough und Godolphin zu unterwühlen trachtete. Er suchte vielmehr auf Godolphin für seine Ansichten einzuwirken. „Ich hoffe, schreibt er ihm, daß Sie es vermögen werden, uns gegen das Uebergreifen der einen wie der anderen Partei zu schützen, und ich kann nicht unterlassen, meine Meinung dahin auszusprechen, daß ich zwischen einem tollen Whig und einem tollen Tory keinen Unterschied sehe" [3]). Harley berichtet dabei die auffallende Aeußerung eines Mitgliedes der Whig-Partei, daß in demselben Augenblicke, wo diese alle ihre Wünsche erfüllt sehe, es mit ihr vorbei sein werde [4]). Die spätere vollständige äußere Herrschaft der Whig-Partei unter der Königin Anna hat ja allerdings kaum zwei Jahre

[1]) Conduct of the Duchess of Marlbourough p. 173. — Aehnlich spricht sich wiederholt Hoffmann in seinen Berichten aus.

[2]) Coxe vol. II, p. 21.

[3]) A. a. O. p. 20.

[4]) Somerville, Queen Anne p. 624.

gedauert, von 1708 bis 1710. Harley warnt den Treasurer vor den Häuptern der beiden Parteien; denn beiderseitig seien sie für Godolphin und Marlborough nicht günstig gesinnt.

Ist es gestattet hier der Entwickelung der Dinge vorauszugreifen, so muß bemerkt werden, daß Harley, als es ihm später gelang, sich an die Stelle Godolphins zu setzen, auch selber es nicht vermochte, das System festzuhalten, welches er früher sich ausgedacht hatte, sondern es als unvermeidlich ansah, mit der Partei Rochester zusammen zu gehen.

Jedenfalls aber arbeitete Harley damals gegen die Forderung von Marlborough und Godolphin, daß Hedges entlassen und Sunderland an dessen Stelle gesetzt würde. Seine Briefe an Godolphin ließen dies nicht offen erkennen, sondern deuteten an, eben so wie diejenigen St. Johns, immer in den Ausdrücken der Ergebenheit für Marlborough und Godolphin, daß sie meinten viele Gesinnungsgenossen zu haben, und daß die gemäßigte Partei der Tories für Marlborough und Godolphin eintreten würde[1]). In der Sache selbst aber lag die Bedingung, nicht sich lediglich auf die Whig-Partei zu stützen und deren Forderungen sich nicht zu eigen zu machen. Da jedoch Godolphin dies bereits gethan und an ein Aufgeben der eingenommenen Stellung nicht dachte, so konnte er nicht anders als in Harley einen Gegner erblicken, und demgemäß auch mit der Lady Marlborough vermuthen, daß die Königin für ihre Weigerung an Harley eine Stütze finde.

Ungeachtet des fortdauernden ablehnenden Verhaltens der Königin sowohl gegen Godolphin als gegen die Lady Marlborough sprach jener gegenüber der letzteren die Ansicht aus, daß bei dem persönlichen Erscheinen Marlboroughs, wenn er festhalte an seiner Darlegung vom 24. October, die Königin nachgeben werde[2]).

Die Voraussicht bewährte sich als richtig. Am 18./29. November traf Marlborough in London ein. Ihn umgab der Siegesglanz von Ramillies mit den Consequenzen dieser Schlacht. Vor der Popularität seines Namens brach der Widerstand der Königin: sie

[1]) Einer dieser Briefe St. Johns bei Coxe vol. II, p. 21.

[2]) A. a. O. p. 18.

willigte in die Entlassung von Hedges, und ernannte Sunderland zum zweiten Staats-Secretär.

Wie wenig die draußen Stehenden damals die Wichtigkeit dieses Wechsels erfaßten, ergiebt sich aus der Meldung des kaiserlichen Residenten Hoffmann. „Von hier ist nichts Merkwürdiges zu melden, schreibt er am 10. December, als daß Sunderland endlich übermorgen im geheimen Rathe zum Staats-Secretär declarirt werden soll, und zwar anstatt Hedges. Diese Veränderung geschieht nur zu dem Zwecke, die Whig-Partei zufrieden zu stellen, welche schon seit langem darauf bestanden, daß wenigstens einer der beiden Staats-Secretäre von ihrer Partei sein müsse. Auch ist der Hof mit den Diensten des Hedges, der sich in allen Dingen der Direction Godolphins gefügt, so wohl zufrieden, daß er ihn sehr ungern entläßt, es auch nicht thut, ohne ihm eine ansehnliche Pension zu geben."

Die persönlichen Kämpfe, die es gekostet, dies Ziel zu erreichen, entzogen sich also noch den Augen der Mitwelt. Und doch konnten sie nicht ohne weittragende Nachwirkung bleiben. Die Königin hatte nachgegeben, aber wider ihren Willen. Der Stachel blieb haften. Ihr Verhältnis zu der langjährigen Freundin war gelockert. Die schriftlichen Erörterungen geben Kunde von einer gereizten Stimmung, die mündlichen wurden, wie die Königin sich zu Godolphin aussprach, mit einiger Wärme geführt. Die Königin, wie ihr Lebensgang bis dahin bewies, bedurfte der Anlehnung an eine stärkere weibliche Persönlichkeit als sie selber war. Bis dahin war ihre liebe Missis Freeman ihr diese Stütze gewesen. Nun zum ersten Male keimte in der Königin der Gedanke, daß die bisherige Freundschaft ihr zum Joche geworden war. Wie also würden die Dinge sich gestalten, wenn sie anstatt der Lady Marlborough einen Ersatz fand, eine andere Persönlichkeit, die nicht im Tone hochfahrender Ueberlegenheit zu ihr redete? — Bei der Lady Marlborough kam sicherlich diese Frage damals noch gar nicht auf.

Bis dahin ferner hatte die Königin nur Marlborough und Godolphin als ihre ersten Berather anerkannt. Sie hatte auch dies Mal, wenn auch widerstrebend, dennoch ihnen nachgegeben. Aber sie hatte sich vorher auch Raths erholt bei einem Anderen, dessen Meinungen mehr zu den ihrigen stimmten. Es war der geschmeidige, glatte Sir

Robert Harley. Die Bahn, diesen kundigen Mann gelegentlich wieder zu Rathe zu ziehen, war eröffnet. Voraussichtlich aber war sein Rath nicht conform mit demjenigen Marlboroughs und Godolphins, fortan noch weniger als zuvor. Der Beginn eines Spaltes war da: es war die Frage der Zukunft, ob er weiter klaffen würde.

Es erfolgten vor der Eröffnung des Parlamentes noch eine Reihe von Ernennungen und Standeserhöhungen zu Gunsten von Mitgliedern der Whig-Partei. Auch Godolphin ward zum Grafen ernannt. Alle diese Veränderungen waren von verhältnismäßig geringer Bedeutung gegenüber jener ersten und deren Consequenzen für die hauptsächlichen Personen.

Dreiunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1707.

Die Session des englischen Parlamentes im Winter 1706/7.

Bewilligungen für das Kriegsjahr 1707.

Der Beginn der Session des englischen Parlamentes ward hinausgeschoben, weil die Regierung vorher einige Sicherheit über den Verlauf der Unionssache im schottischen Parlamente haben wollte[1]). Nachdem dort die beiden ersten und wichtigsten Artikel, welche die principielle Annahme der Union und die Thronfolge des Hauses Hannover für Schottland nach demselben Gesetze wie für England in sich schlossen, mit einer Mehrheit von 58 Stimmen durchgegangen waren, trat das englische Parlament am 3./14. December zusammen.

Die Thronrede der Königin lautete nachdrücklich für die Fortführung des Krieges, damit, wie sie sagte, ein solches Gleichgewicht der Macht in Europa hergestellt werde, daß es nicht mehr im Belieben eines einzigen Fürsten stehe, die Ruhe zu stören und die Freiheit des Erdtheiles in Gefahr zn bringen. Die Thronrede fand ihren Wiederhall in den Adressen der beiden Häuser. Diejenige des Oberhauses, nach einem kurzen Ueberblicke über den glücklichen Verlauf des Feldzuges, verlangte den Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für Carl III., so wie die Herstellung des Friedens durch die wirksame Reduction der übergreifenden Macht des einen Fürsten, dessen ruheloser Ehrgeiz niemals zu sättigen sei, dessen Untreue jederzeit die Verpflichtungen der heiligsten Bündnisse und Verträge misachtet

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. December 1706.

habe. Die Adreſſe des Unterhauſes verkündigte, daß kein vorgebliches Friedenserbieten die Mitglieder ablenken werde von ihrem feſten Entſchluſſe, die Königin in den Stand zu ſetzen, die Erfolge des verlaufenen glücklichen Feldzuges in dem bevorſtehenden nach allen Seiten hin zu ſteigern. Wie die Königin in ihrer Thronrede die Wichtigkeit der Union von England und Schottland hervorgehoben hatte, ſo erwiederten auch darin entſprechend die Adreſſen beider Häuſer, ſo daß, wenn dieſe Angelegenheit in Schottland fernerhin nach Wunſche verlief, die Beſtätigung in England keinem Zweifel unterliegen würde.

Die günſtige Stimmung ward noch mehr gehoben durch die Siegesfeier. Wie zwei Jahre zuvor die Schlacht von Höchſtädt, ſo ward diesmal diejenige von Ramillies verherrlicht durch die Einbringung der eroberten Fahnen und Standarten. Die Königin ſchenkte ſie der Stadt London, welche ſie fortan im Stadthauſe verwahrte [1]).

Von Seiten des Parlamentes fand die Freude über die Erfolge des Feldzuges von 1706 einen beſonderen Ausdruck in dem Danke für Marlborough. Da ſein einziger Sohn, Lord Blandford, früher verſtorben war, ſo ward im Oberhauſe der Antrag eingebracht, daß die Ehren und Würden des Herzogs von Marlborough, mit den Häuſern Woodſtock und Blenheim, auf ſeine Nachkommenſchaft, alſo auf eine der weiblichen Linien vererben ſolle. Der Antrag ward ſofort zum Beſchluſſe erhoben. Die Bill gelangte an das Unterhaus, und ward dort desgleichen dreimal verleſen, ohne Widerſpruch [2]).

Marlborough fügte der Mittheilung an ſeine auswärtigen Freunde bei, daß eine ſolche Bewilligung in der engliſchen Geſchichte beiſpiellos daſtehe. An ſeinen Freund Wratislaw ließ er noch den Hinweis mit einfließen, daß die Nachahmung deſſen von Seiten des Kaiſers in Betreff des Fürſtenthums Mindelheim ihm ſehr erfreulich ſein würde [3]). Marlborough wußte dabei wohl kaum, daß gerade die Thatſache, daß Marlborough ſöhnelos, früher dem Grafen Wratislaw gedient hatte, die Ueberweiſung eines Reichsfürſtenthumes an ihn zu befürworten. Der

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. December.

[2]) Chandler, Commons Debates vol. III, p. 47.

[3]) Murray vol. III, p. 265. Vom 24. December/4. Januar. Einige Tage ſpäter auch an Sinzendorf, p. 268.

Wunsch Marlboroughs hatte damals geringe Aussicht der Verwirklichung.

Das englische Unterhaus dagegen ging zu seinen Gunsten noch einen Schritt weiter. Es ersuchte die Königin, das Einkommen Marlboroughs zu erhöhen. Es geschah, um 5000 Pfund Sterling jährlich.

Das Einvernehmen des Unterhauses, oder, richtiger, der in demselben vorherrschenden Whig-Partei, mit Godolphin, nachdem er die Ernennung Sunderlands zum Staats-Secretär durchgesetzt, war ein so günstiges, daß es die für Flotte und Armee geforderten Mittel in weniger als Einer Woche bewilligte. Bereits am 21./31. December begab sich die Königin in das Oberhaus, um dort die vom Unterhause ihr dargebotenen Bills zu sanctioniren. Der Sprecher des Unterhauses fügte bei der Ueberreichung die Worte hinzu: „Wie der ruhmvolle Sieg von Ramillies so überraschend erfolgte, daß die Schlacht gewonnen war, bevor wir hier nur noch wußten, daß die Armeen im Felde: so ist es nicht weniger erstaunlich, daß die Commons von England Ew. Majestät die Mittel zur Kriegführung bewilligt haben, bevor Ihre Feinde recht wußten, daß das Parlament versammelt war"[1]).

Am letzten Tage des Jahres fand in der St. Paulskirche ein großes Sieges-Dankfest statt, mit dreimaliger Losbrennung von Geschützen.

Gegen die in beiden Häusern des Parlamentes übermächtige Whig-Strömung ward je dann und wann ein Einspruch laut. Im Unterhause äußerte ein Mitglied: Marlborough habe bereits des Reichthumes genug: er möge sich mit der Ehre begnügen, über den äußeren Feind triumphirt zu haben, ohne nun auch über die Gesetze seines Vaterlandes triumphiren zu wollen. Die Worte verhallten[2]).

Eine günstige Gelegenheit dagegen schien sich zu bieten in Anlaß einer Nachforderung. Die Regierung hatte im Jahre zuvor die bewilligten Mittel erheblich überschritten, um fast eine Million Pfund Sterling. Theils waren diese Gelder ausgegeben für die deutschen Soldtruppen nach Italien, theils für die Sache Carls III. in Spanien, theils für die Flotte. Da die Whig-Partei eben damals mit Godolphin

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 47.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. Januar.

unzufrieden war, weil er, obwohl er sich auf sie stützte, dennoch sich nicht völlig für sie erklären wollte: so schien es, daß ein Angriff gegen diese Mehrausgabe Aussicht auf Erfolg haben würde. Der Staats-Secretär Harley, damals noch im Bunde mit Godolphin, führte die Sache der Regierung. Es ist bemerkenswerth, wie es geschah. Am Tage zuvor hatte er sich so unwohl befunden, daß, nach dem Urtheile der herbeigerufenen Aerzte, ein Aderlaß auch nicht um eine Minute verzögert werden dürfe. Ungeachtet dieses Zustandes begab sich Harley am nächsten Tage in das Unterhaus um die Gründe darzulegen, welche zum Abschlusse der Verträge über die Soldtruppen mit den Reichsfürsten genöthigt hätten. Er schloß seine Rede mit den Worten, daß seine Schwäche ihn nöthige sich nun zurückzuziehen, daß er nicht wisse, ob er von diesem seinem schweren Zustande wieder aufkommen werde. Sollte es nicht geschehen, so verlange er, daß auf seinen Grabstein geschrieben würde: er sei Einer von denen gewesen, welche der Königin gerathen, im Interesse des öffentlichen Dienstes jene Gelder aufzunehmen [1]).

Der Redekampf über diese Nachbewilligung wogte dann im Unterhause vier Stunden hin und her, bis die Whig-Partei insgesammt sich entschloß, für Godolphin einzutreten. Mit 254 Stimmen gegen 105 erfolgte die Anerkennung, daß jene Beträge verwendet seien für die Sicherheit und die Ehre der Nation [2]).

Die Gesammt-Bewilligungen für das Kriegsjahr 1707 beliefen sich auf etwa sechs Millionen Pfund Sterling oder siebenundzwanzig Millionen Thaler nach damaligem Reichsgelde — ein Betrag, wie ihn bis dahin noch niemals ein englisches Parlament bewilligt hatte [3]).

Im Oberhause versuchte der rechte Flügel der Tory-Partei denjenigen Schotten, die der Union widerstrebten, zu Hülfe zu kommen. Lord Nottingham beantragte, am 14./25. Januar, die Vorlage des Entwurfes der Union und begründete seinen Antrag mit der Besorgnis einer Gefahr für die Hochkirche von England. Andere Mitglieder

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8. Februar.

[2]) Ebendaselbst. — Commons Debates vol. IV, p. 52 geben die Stimmenzahl an mit 250:150. Dem überhaupt nur summarischen Berichte dürfte derjenige Hoffmanns doch vorzuziehen sein.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 8. Februar.

der Partei redeten in gleichem Sinne. Godolphin erwiederte: die Angelegenheit sei noch nicht reif. Erst nach dem Abschlusse des schottischen Parlamentes sei die rechte Zeit, die Angelegenheit auch vor das englische Parlament zu bringen. Die Häupter der Whigs stimmten bei, und sagten, es gereiche England zur Ehre, daß dessen Parlament erst dann seine Beschlüsse fasse, nachdem das schottische ratificirt habe. Die Mehrheit für diese Ansicht war so überwältigend, daß Nottingham seinen Antrag fallen ließ. Der Eindruck des Vorganges nach außen hin war derartig, daß der kaiserliche Resident Hoffmann meldete: „Der Antrag ist von den Whigs mit Verachtung angehört"[1]).

Aber es kamen Anforderungen, die selbst diesem gutwilligen Unterhause schwer fielen. Die Königin Anna hatte dem Könige Carl III. in Spanien 6000 Mann eigener Truppen versprochen. Die Forderung von 150,000 Pfund Sterling dafür gelangte an das Unterhaus. Dieses war nicht wenig verwundert über eine solche Forderung, wo es bereits 29,000 Mann in Spanien und Portugal zu unterhalten vermeinte. Für Carl III. an Ort und Stelle möchte es allerdings schwer geworden sein, damals, im Januar 1707, diese 29,000 Mann ausfindig zu machen. „Das Unterhaus, meldet Hoffmann, wird sich bequemen, auch diese neue Forderung zu zahlen, nicht freilich mit gutem Willen"[2]). Er fügt seinen Wunsch hinzu, daß Carl III. von diesen 150,000 Pfund mehr Nutzen haben werde, als von der im Jahre zuvor für ihn bewilligten Summe von 250,000 Pfund, als wovon ihm und seinen eigenen Truppen nichts zugekommen sei[3]).

Die Union mit Schottland im englischen Parlamente.

Unterdessen hatte das schottische Parlament die sämmtlichen fünfundzwanzig Artikel der Unions-Acte erledigt, zum Theile mit einigen Aenderungen. Wir haben die dringenden Bitten von Mitgliedern der Unions-Partei in Schottland vernommen, daß es vermieden werden möge, das schottische Parlament noch einmal wieder zu berufen und

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. Januar.
[2]) Desgleichen vom 1. Februar.
[3]) Desgleichen vom 4. Februar.

zu befragen, und daß daher das englische Parlament die Acte gutheißen wolle, wie die Schotten sie gestaltet.

Am 15./26. Januar erschien die Königin im Oberhause, und ließ das Unterhaus an die Schranken laden. Sie eröffnete dem Parlamente, daß der Unions-Vertrag, den im Jahre zuvor die beiderseitigen Commissäre entworfen, vom schottischen Parlamente, mit einigen Zusätzen und Aenderungen, ratificirt worden sei. Sie werde den Vertrag und die schottische Ratification vorlegen lassen, und hoffe auf die Mitwirkung und Zustimmung des Parlamentes. — Der Wunsch, daß man keine Aenderungen machen möge, lag darin deutlich genug ausgesprochen. Die Königin schloß mit den Worten: „Die Vortheile, welche uns Allen von einer Union zuwachsen, sind so augenfällig, daß ich darüber nichts mehr sage, sondern nur noch hervorhebe, daß ich es als eine besondere Segnung betrachten werde, wenn dieses Werk, welches so oft ohne Erfolg versucht worden ist, unter meiner Regierung zur Vollendung gebracht werden könnte" [1]).

Im Munde des Königs Wilhelm III. hätten diese letzten Worte vollaus der Wahrheit entsprochen. Aber konnten sie es in demjenigen der Königin Anna? Sie hatte in den ersten drei Jahren ihrer Regierung nicht in diesem Sinne gehandelt. Auch konnte es ja ihrem Blicke nicht verborgen sein, daß diese Union ein abermaliger wichtiger Schritt sei für die Thronfolge des Hauses Hannover. Aber die Königin Anna wollte zunächst und zuerst für sich die Krone behalten. Sie konnte das, nach ihrer damaligen Meinung, nur durch die Fortführung des Krieges gegen Frankreich. Die Mittel dazu gewährte ihr nur die Whig-Partei. Und diese selbe Whig-Partei forderte den Schritt der Union.

Um ihren Eifer für das Gelingen der Union zu beweisen, begab sich fortan die Königin täglich in ihre Loge im Oberhause, von welcher aus sie, ohne selber gesehen zu werden, den Debatten zuhören konnte. Wie die kirchliche Verfassung von Schottland — die presbyterianische Kirk — durch eine besondere Acte sicher gestellt war: so geschah es, auf den Antrag des Erzbischofs von Canterbury, auch mit der englischen Hochkirche. Die Partei Rochester, indem sie den Plan der Union

[1]) Commons Debates vol. III, p. 53.

überhaupt durchkreuzen wollte, machte den Versuch, die Abstimmung über den ersten Artikel der Acte, der das Princip der Union aussprach, hinaus zu schieben bis zuletzt. Es gelang nicht. Die große Mehrheit, zu welcher sich die vom Hofe abhängigen Mitglieder mit den Whigs vereinigten, verwarf diesen Antrag, und stimmte dann für den ersten Artikel, nahm also das Princip an. Es gelang dann freilich den redegewandten Mitgliedern der Partei Rochester, über jeden einzelnen der fünfundzwanzig Artikel eine längere Debatte zu entwickeln. Aber die Mehrheit gegen sie war überwältigend, der Regel nach etwa 50 und, je nach der Frequenz des Hauses, auch 70 gegen etwa 20 Stimmen. Demnach ward wie die einzelnen Artikel, so insgesammt die Ratification der Unions-Acte, wie das schottische Parlament sie beschlossen, im englischen Oberhause mit großer Mehrheit angenommen. Die Anzahl derjenigen Pairs, welche einen schriftlichen Dissens gegen das Ganze eingaben, sank auf drei Mitglieder, und einige andere begnügten sich schriftlich ihren Dissens gegen einzelne Artikel der Unions-Acte einzureichen[1]).

Im Unterhause wurden einige starke Aeußerungen gegen die Union laut. „Ich betrachte sie, sagte ein Redner Namens Packington, wie eine Heirath, erzwungen gegen den Willen der Frau. Der Beschluß der Union in Schottland ist das Ergebnis der Corruption und der Bestechung im Hause, und das Druckes und der Gewalt von außen." Er hob ferner die kirchliche Verschiedenheit hervor. „Da die Kirche von England, sagte er, nach göttlichem Rechte gestiftet ist, und da die Schotten behaupten, daß auch ihre Kirk göttlichen Rechtes sei: so vermag ich nicht einzusehen, wie zwei Nationen, die in einem so wesentlichen Puncte aus einander gehen, sich einigen können." Ein Redner erwiederte: er wisse von keinem anderen göttlichen Rechte als demjenigen der göttlichen Zulassung. In diesem Sinne dürfe man sagen, daß die Hochkirche von England und die Kirk von Schottland beide göttlichen Rechtes seien, weil Gottes Allmacht zugelassen, daß die eine in England die Oberhand erhalten habe, die andere in Schottland." Es scheint, daß die Mitglieder des Unterhauses sich mit dieser Erklärung beruhigt haben.

---

[1]) Lords Debates vol. I, p. 168, 599. — Hoffmanns Berichte vom 4. und 18. Februar, 14. März.

Dann ward im Unterhause derselbe Versuch gemacht wie im Oberhause, nämlich die Abstimmung über den ersten principiellen Artikel hinaus zu setzen bis nach der Berathung der ganzen Acte. Als eine große Mehrheit den Antrag abwarf, gaben viele Mitglieder der Minderheit die Sache auf und verließen das Haus. Dann ging alles rasch von statten. Am selben Tage noch erhielten die vier ersten Artikel, ohne Widerspruch, die Zustimmung der Mehrheit. Am nächsten Tage, dem 8./19. Februar, ward so rasch fortgefahren, daß sich aus der Minderheit der Spott erhob über die Eile, mit welcher man die Artikel durchjage. Dem Spotte ward geantwortet mit gleichem Spotte, und die sämmtlichen noch übrigen einundzwanzig Artikel an dem Einen Tage erledigt. Kein Antrag einer Aenderung ward laut: das englische Unterhaus nahm die Unions-Acte an wie das schottische Parlament sie beschlossen hatte[1]).

Am 6./17. März erschien die Königin im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und verkündete ihre Sanction der Unions-Acte. Ihre Thronrede athmete die vollste Befriedigung über das gelungene Werk, welches sie betrachtete als eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für das Wohlergehen, die Machtentfaltung und die Sicherheit der gesammten Insel. „Und ich kann es nur als ein besonderes Glück ansehen, schloß sie, daß unter meiner Regierung eine so wohl bedachte Fürsorge getroffen ist für die Ruhe und den Frieden meines Volkes, und für die Sicherheit unserer Religion, vermittelst einer so festen Begründung der protestantischen Thronfolge über Groß-Britannien" [2]).

Dieser Name, den Jacob VI. von Schottland als Jacob I. von England zuerst für die gesammte Insel nach außen hin durchgesetzt, hatte fortan zu gelten auch nach innen. Die Unions-Acte trat in Kraft am 1. Mai. Wie von da an das schottische Parlament aufhörte zu sein, so war das damalige englische das letzte, welches officiell diesen Namen führte, um, nach der Aufnahme der sechszehn schottischen Pairs in das Oberhaus, der fünfundvierzig Commons in das Unterhaus, fortan als Parlament von Groß-Britannien zu fungiren.

---

[1]) Commons Debates vol. I, p. 55.

[2]) A. a. O. p. 59.

In Versailles so wie auch an anderen Orten ging das Gerücht: die Königin wolle den Titel der Kaiserin von Groß-Britannien annehmen, und am 15. Mai sich als solche krönen lassen [1]).

„Das hauptsächliche Motiv, meldet Hoffmann, um dessen willen die Whig-Partei das Aeußerste aufgeboten hat die Union durchzusetzen, ist die Befestigung der Thronfolge des Hauses Hannover, weil diese Union die Schotten hindert, nach dem etwaigen Tode der Königin den Prätendenten als ihren König anzuerkennen" [2]).

Die Whigs hatten dies Ziel erreicht durch ihren Druck auf Godolphin und durch Godolphin auf die Königin.

Aber zugleich blieben Godolphin wie Marlborough in so weit mit St. Germain in Beziehung, daß sie den Agenten von dort bei sich Eingang und Gehör verstatteten. Auch gab Marlborough Antworten, aus denen sich etwas Günstiges heraus construiren ließ. Er erwiederte dem Agenten von St. Germain: der Unions-Vertrag sei eine Nothwendigkeit gewesen, Godolphin in seinem Posten als Treasurer zu erhalten. Von diesem Puncte aus folgerte Lord Caryll, der Staats-Secretär in St. Germain: „Es ist immer meine Ansicht gewesen, daß Marlborough ohne die Hülfe Godolphins nicht im Stande sein werde, seine alte Schuld zu zahlen." Dann jedoch steigt sein Bedenken empor. „Andererseits muß ich sehr in Zweifel ziehen, ob Marlborough und seine Freunde zur Zeit solche Gedanken der Rechtschaffenheit haben. Ich besorge sehr, daß er, indem er Godolphin aufrecht hält, nur darauf sinnt sich selber zu erhalten, und seiner Verpflichtungen von früher her sehr wenig eingedenk ist. Solche Fragen muß man der Zeit und der Vorsehung anheim stellen" [3]).

Einige Wochen später jedoch stiegen, auf den Bericht eines Hauptmannes Gordon, der mit Marlborough geredet, die Hoffnungen in St. Germain auf ihn wieder etwas höher. „Marlborough, sagt Caryll, hat sich bereit erklärt seine alte Schuld zu zahlen, wenn er es könne: an seinem Können zweifeln Wenige, an seinem Willen Viele" [4]).

---

[1]) Dangeau t. XI, p. 335. Theatrum Europaeum, Th. XVIII^{a}, S. 211.

[2]) Bericht vom 18. März.

[3]) Macpherson's Original Papers t. II, p. 75. Vom 13. Januar.

[4]) A. a. O. p. 85.

Eine beſſere Ausſicht ſchien eben damals für St. Germain aufzuſteigen, nach dem Vollzuge der Union, aus der Abneigung eines großen Theiles der ſchottiſchen Nation wider dieſelbe. Zu einem Verſuche des Handelns kam es jedoch erſt im Beginne des Jahres 1708, und daher werden wir dann auch die Vorbereitungen dazu im Zuſammenhange zu überblicken haben.

Von Hannover dagegen empfing die Königin Anna einen beſonderen Glückwunſch. Dort hatte ſich der Geſandte Howe endlich dahin gefügt, das Patent der Ernennung des Kurprinzen Georg Auguſt zum Herzog von Cambridge demſelben, ohne feierliche Ceremonie, zu überreichen, zugleich jedoch mit einem Schreiben der Königin. Der vierundzwanzigjährige Prinz, welcher die Ausſicht auf die engliſche Krone höher ſchätzte, als ſein Vater und ſeine Großmutter, benutzte den Anlaß ſeines Dankes, um zugleich ſeine Anerkennung und Bewunderung für das Gelingen des Werkes der Union auszuſprechen[1]).

Jene Thronrede der Königin, vom 6./17. März, über das Gelingen der Union rief eine neue Adreſſe hervor, gemeinſam von beiden Häuſern des Parlamentes, zum Lobe und Preiſe dieſer vollbrachten That, und wiederum dann den entſprechenden Dank der Königin. Dieſer Dank wiederholte ſich nochmals in der Thronrede, mit der am 24. März/4. April die Königin die Verſammlung ſchloß. In der That herrſchte, ſo weit äußerlich wahrnehmbar, zwiſchen der Königin und der in beiden Häuſern herrſchenden Mehrheit, der Whig-Partei, eine Einmüthigkeit wie nie zuvor. Dies hatte ſich, wie bereits bemerkt, vor allen Dingen gezeigt in den Bewilligungen der hohen Forderungen für den Krieg. Die Worte der Königin darüber an das Unterhaus ſind bemerkenswerth. „Ich danke, ſagt die Königin, insbeſondere Euch Herren vom Hauſe der Commons, für die raſche Bereitwilligkeit, welche Ihr bewieſen habt, die reichſten und wirkſamſten Mittel zu gewähren, welche jemals in irgend einer Seſſion des Parlamentes für den laufenden Dienſt der Krone bewilligt worden ſind. Es thut mir ſehr leid, daß der Stand der öffentlichen Angelegenheiten in Europa die Erhebung ſolcher großen Summen von meinem Volke fordert. Ich werde Sorge tragen, daß ſie zu dem Zwecke verwendet werden, für welchen ſie

[1]) Macpherson's Original Papers t. II, p. 91. Vom 8. April.

gegeben sind, und ich hoffe, daß wir — mit Gottes Hülfe — durch sie Vortheile erlangen, die solchen Ausgaben entsprechen“ [1]).

Die Königin eröffnete endlich zugleich ihren Willen, daß sie, nach der geschehenen Union, dies Parlament beibehalten und es demnächst, mit Hinzufügung der schottischen Mitglieder, als erstes Parlament von Groß-Britannien wieder einberufen werde.

Uebersicht der Kriegeslage im Beginne des Jahres 1707.

Die Reden und Beschlüsse der Königin und des Parlamentes von England haben uns bekundet, mit welchem Eifer diese Nation, die führende und ausschlaggebende Macht der großen Allianz, die nachdrückliche Fortführung des Krieges betrieb. Ludwig XIV., in dessen Persönlichkeit sich die gesammte französische Nation concentrirte, hätte, nach den furchtbaren Schlägen des Jahres 1706, lieber Frieden geschlossen. Seine vielfachen Versuche die Republik Holland aus der Kette der Allianz zu lösen, mochten immerhin den Engländern Stoff zu der Anklage bieten, daß der Weg, den er einschlug, nicht der richtige sei: sein Wunsch des Friedens ward dadurch nicht verneint. Aber weil die führende Partei der englischen Nation den ferneren Krieg wollte, so mußte auch der französische König und demgemäß seine Nation ihn weiter auf sich nehmen.

Das englische Parlament hatte reichliche Mittel für den Krieg bewilligt: auch Ludwig XIV. mußte von seiner Nation die entsprechenden fordern. Andererseits auch suchte er zu sparen. Seine Neujahrsgeschenke (étrennes) waren schon in den Jahren zuvor beschränkt: er verringerte sie abermals [2]). Der dadurch gewonnene Betrag war freilich nach Verhältnis gering. Es kam darauf an, größere Summen flüssig zu machen, um das im Jahre zuvor geschaffene Papiergeld im Credite zu erhalten. Ludwig XIV. berief die höhere Geistlichkeit. Der Hofmarschall Dangeau verzeichnete ausdrücklich in sein Tagebuch [3]), daß die Berufung nur zu dem Zwecke geschehe, damit die Geistlichkeit dreiunddreißig

[1]) Commons Debates t. IV, p. 69.

[2]) Dangeau t. XI, p. 375.

[3]) A. a. O. p. 323.

Millionen für die Einlösung von Münzzetteln hergebe. So wenig dies zu bezweifeln ist, so suchten doch die Bischöfe ihrer Bewilligung einen idealen Anstrich zu geben. Voran darin trat der Erzbischof von Paris, Cardinal von Noailles. Seiner Rede nach erachtete die Geistlichkeit sich glücklich, anderen ein Beispiel des schuldigen Gehorsams zu geben und dem Könige behülflich zu sein, die Religion und die Gerechtigkeit zu unterstützen, deren einziger Beschützer der König sei. In langer Rede suchte dann der Cardinal darzuthun, daß es in diesem Kriege sich handele um die Erhaltung der katholischen Kirche. Wie der Cardinal Noailles die Versammlung begonnen, so endete sie der Bischof von Auxerre. Daß der König einem anderen um Christi und seiner Kirche willen vom Throne gestoßenen Könige beständige und großmüthige Gastfreiheit erzeige — daß der König seinen Enkel bei der durch Recht und Natur, Testament und Zustimmung des Volkes erlangten Krone beschirme — daß er die Ketzerei aus dem Lande gebannt: das seien die Ursachen des brennenden Kriegsfeuers und des allgemeinen Rasens wider den König als die einzige Stütze der verletzten Majestät, Gerechtigkeit und Religion, ein rechtes Wunder des menschlichen Geschlechtes [1]). — Wir sehen, wie hier halbe Kenntnis der Thatsachen und hergebrachte Schweifwedelei eine geschichtliche Auffassung schaffen, die mehr dem Wunsche Ludwigs XIV. entsprach als der Wahrheit.

Der Feldzug des Jahres 1706 war für Ludwig XIV. der bis dahin unglücklichste des ganzen Krieges gewesen, und, wie die Verbündeten größere Hoffnungen als jemals bisher auf denjenigen des kommenden Jahres setzten, so mußten auf französischer Seite die Besorgnisse wachsen. Marlborough verstieg sich, am 11. Februar, sogar zu der Aeußerung: der König Carl XII. von Schweden sei nunmehr der Einzige, der das von den gesammten Verbündeten unternommene und mit Gottes Hülfe so weit fortgeführte Werk stören könne [2]).

Diese Gefahr also, die von Carl XII. her für Westeuropa aufsteigen konnte, nämlich des Zusammen-Schlagens beider großen Kriegesflammen von Osten und von Westen, erschien in den Augen

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], p. 239.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. Februar.

Marlboroughs als die größte. Und in der That war sie größer noch, als im Laufe der nächsten Monate Marlborough selber sie durchschauete, und wir werden sehen, daß Wochen lang das Geschick des damaligen Europa an dem Eigenwillen eines fünfundzwanzigjährigen Königs hing, der von heute bis morgen sich über den zu fassenden Entschluß nicht klar war. Die Verkettung der europäischen Ereignisse im Sommer des Jahres 1707, die Rückwirkung dieser Verkettung auf Carl XII. in dem Dorfe Alt-Ranstadt bei Leipzig, wie nämlich diese Rückwirkung nunmehr aus den Zeugnissen der betheiligten Zeitgenossen dargelegt werden kann, das Schwanken des jungen Königs über den zu fassenden Entschluß — alles dies zusammen wird uns hinein blicken lassen in eine Gefahr für den Bestand der staatlichen Ordnung von Westeuropa, wie sie in jenem großen Kriege vorher nicht da gewesen war, und auch nachher nicht wieder kam.

Diese Gefahr von Carl XII. her war also wirklich da, in höherem Maße sogar als — ich wiederhole es — Marlborough selber oder irgend ein anderer Engländer jener Zeit sie erkannte. Aber auch abgesehen davon, gab es doch auch eine Reihe anderer Kriegsschauplätze, auf denen man gegen einen Umschlag des bisherigen Glückes nicht gesichert war. Die Schlacht bei Turin und deren Consequenzen hatten die französische Armee dort fast ganz vernichtet; aber eine Reihe fester Städte in der Lombardei waren noch von den Franzosen besetzt. Neapel und Sicilien erkannten, ungeachtet aller Abneigung der Bevölkerung, noch Philipp V. als ihren König an. Carl III. in Spanien war aus Castilien wieder hinaus gedrängt. Er besaß noch Catalonien, Arragonien und Valencia; aber der Verlauf des Feldzuges von 1706 legte für die Führung seiner Generale nicht ein verheißungsvolles Zeugnis ab. Marlborough setzte, was er in jener Aeußerung nicht aussprach, ein besonderes Vertrauen auf den damals noch geheimen Plan eines Angriffes gegen den französischen Seekriegshafen Toulon; aber einstweilen war das doch nur ein Plan, der fehlschlagen konnte. Am Oberrheine war die Führung des Reichsheeres nicht mehr in den Händen des Markgrafen von Baden. In den verflossenen Jahren hatten die Engländer und die Holländer wetteifernd ihn getadelt; aber es fragte sich noch, ob der Kaiser einen anderen Mann entsenden konnte, der, wie Ludwig von Baden, es verstehen würde, die niemals

vollzähligen und immer mangelhaft ausgerüsteten Reichs-Contingente nicht bloß zur Defensive, sondern, je nach den Umständen, auch zur Offensive zu verwenden. — Das Jahr 1706 hatte einen großen Theil der spanischen Niederlande in die Hände der Verbündeten gebracht; aber ein anderer großer Theil mit vielen festen Plätzen war der französischen Macht geblieben. Die Grenzen Frankreichs waren noch nirgends berührt. — In Ungarn dauerte, zu Gunsten Frankreichs, das Feuer der Rebellion fort, welches die Macht des Kaisers, direct oder indirect, mehr als zur Hälfte lahm legte, geschürt durch das Gold Ludwigs XIV. und moralisch begünstigt durch die Connivenz von England und Holland.

Um seine Armeen zu ergänzen, hob Ludwig XIV. im Winter 1706/7, 21.000 Milizen aus. Sein Plan war fünf Armeen aufzustellen: eine im Dauphiné unter dem Commando des Marschalls Tessé; eine in Spanien unter dem Herzoge von Orleans, welchem er den Marschall Berwick zur Seite gab; eine in Roussillon unter der Führung des Herzogs von Noailles; eine in den spanischen Niederlanden unter dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern und dem Marschall Vendome; eine am Oberrhein, wie bisher, unter dem Commando des Marschalls Villars [1]).

Dieser Aufstellungsplan erwähnt Italien nicht mehr, birgt also in sich den Verzicht auf dasselbe. Aber bei dem Ende des Jahres 1706 war wie die Citadelle von Mailand, so auch noch eine Reihe anderer fester Plätze dort in den Händen der Franzosen. Es liegt darin die Andeutung, daß Ludwig XIV. den Gedanken, welchen er bereits am 17. November des Jahres zuvor dem Prinzen Vaudemont kund gethan (S. 127), nämlich Italien aufzugeben für den freien Abmarsch seiner Truppen von dort, nun ausführen wollte. Jedoch trat er erst im Februar 1707 offen damit hervor. Er gab, wie er selber sich ausdrückt, Italien auf, um Spanien für seinen Enkel desto besser halten zu können.

Den Thatsachen gemäß hatte also Ludwig XIV. bereits vor dem Schlusse des Jahres 1706 diesen Plan gefaßt. Der Wiederbeginn des Krieges im Jahre 1707 schien den Gedanken als richtig zu bestätigen; denn von Spanien aus kam ihm die erste Siegeskunde des Jahres 1707.

[1]) Pelet t. VII, p. 186.

Der Frühlings-Feldzug in Spanien.

Vor der Schlacht bei Almanza.

Nach den Unfällen der letzten Monate des Jahres 1706 hatte Carl III. seinen Secretär Zinzerling mit einer Reihe von Aufträgen nach London entsendet. Unter diesen Aufträgen befand sich namentlich das Verlangen der Regulirung des Commandos. Der Gesandte Gallas in London machte sich darauf geringe Hoffnung. Man möge, meinte er, einen englischen General hinstellen, welchen man wolle: er werde immer das Ober-Commando führen und sich darin nicht beschränken lassen. Das einzige Mittel werde sein, daß der König Carl III. die betreffende Persönlichkeit für sich zu gewinnen suche, und selbst oder durch seine Umgebung den Engländer in Güte für seine Ansichten zu stimmen trachte [1]).

Eine andere Forderung Carls III. betraf die Vermehrung seiner Truppen. Der Kaiser hatte ihm 6000 Mann zugesagt. Dies jedoch sollte geheim bleiben, weil man von kaiserlicher Seite die Mächte England und Holland bei ihrem Versprechen von 1703 fest halten wollte, daß der Krieg in Spanien auf ihre Kosten geführt werden solle. Indem aber Gallas der Ueberzeugung war, daß 6000 Mann kaiserlicher Truppen für Carl III. mehr werth sein würden als die doppelte Anzahl aus einer anderen Nation, konnte er wegen des Transportes die Sache nicht als völliges Geheimnis behalten. Er eröffnete sich Marlborough, der die Geheimhaltung billigte, dagegen seinerseits versprach, daß es am Transporte nicht fehlen solle [2]).

Unterdessen war eine beträchtliche Verstärkung für Carl III. bereits auf dem Wege. Nach der Ankunft der Flotte Shovels in Lissabon wünschte der König Don Joan, daß ein Theil der mitgeführten Landungstruppen dort verbliebe. Allein die aus dem Osten Spaniens eingelaufenen Berichte verlangten dringend die Ueberkunft der gesammten Macht. Demnach einigten sich die Gesandten der betheiligten Mächte, Methuen, Cienfuegos, Schonenberg, ferner der General

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 4. Januar.

[2]) Schreiben des Grafen Gallas an Wratislaw, vom 25. Januar.

Rivers und sein Generalstab, der Admiral Shovel mit seinen Flaggen-Officieren, am 28. December, ohne einen betreffenden Befehl von London abzuwarten, zu dem Beschlusse: „Wir sind einstimmig der Ansicht, daß die Armee unter dem Commando des Grafen Rivers nicht getheilt werden darf, sondern in ihrer Gesammtheit auf der Flotte des Admirals Shovel sofort nach Alicante abzusegeln hat, um dem Könige Carl III. von Spanien Hülfe zu leisten" [1]).

Die Truppen unter Rivers betrugen über 8000 Mann. Mit denselben machte der gesammte Soll-Stand, den England für Carl III. bezahlte, 29.000 Mann aus. Aber dem Soll-Stande entsprach weitaus nicht der Effectiv-Bestand: nach den späteren Verhandlungen, im Januar 1711, im englischen Oberhause betrug der Effectiv-Bestand der englischen Truppen in Spanien, im Beginne 1707, nur 13.700 Mann [2]). Nach der Ansicht des Grafen Gallas ward damals bei den englischen Truppen niemals der volle Soll-Stand erreicht, weder zu Lande, noch zu Wasser [3]). — In Betreff Spaniens besonders kam noch hinzu, daß der Dienst dort, wie noch bestimmter uns vor Augen treten wird, wegen des Klimas verhaßt war. Dennoch blieb die Differenz zwischen Soll-Bestand und Effectiv-Bestand so groß, daß in den nächsten Jahren die Tories wiederholt versuchten, sie zum Angriffe gegen die Verwaltung Godolphins zu verwenden. Dies gelang ihnen erst dann, als sie in beiden Häusern des Parlamentes die Mehrheit hatten, im Jahre 1711.

Die Nachricht der bevorstehenden Ankunft dieser Truppen hob den Muth Carls III. und der Seinigen in Valencia. Dort berief er, im Januar, einen Kriegsrath, zu welchem er auch den von Italien zurück gekehrten Lord Peterborough zuzog. Nach den Berichten des Fürsten Liechtenstein war die Ankunft desselben Allen unerwünscht, und es scheint, daß der Unmuth wider die Person sich auch auf die Rathschläge übertragen habe, die von ihr ausgingen [4]). Peterborough nämlich, der von dem Herzoge Victor Amadeus in den großen Offensiv-Plan gegen Toulon eingeweiht war, legte mit beredten Worten die Gefahren

[1]) Hispanica des k. k. Archivs 1706.
[2]) Lords Debates t. II, p. 343.
[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 25. Januar.
[4]) Liechtensteins Bericht vom 17. Januar.

dar, welche eine Offensive in Spanien, ein Marsch auf Madrid, herauf beschwören würde, rieth in der Defensive zu bleiben und berief sich dafür auf die Ansicht des Herzogs Victor Amadeus und des Prinzen Eugen[1]).

Carl III. selber äußerte sich zuerst nicht; aber der holländische General Noyelle, der bei ihm in hohem Ansehen stand, neigte sich der Ansicht Peterboroughs zu. Dagegen erhob sich in nachdrücklichen Worten der General Stanhope. „Nicht darum, sagte er, wenden die Königin und die englische Nation so viel Blut und Geld auf, um in die Städte in Catalonien und Valencia Besatzungen einzulegen, sondern um den König zum Herrn der Monarchie zu machen, und wenn man darauf besteht, die Streitkräfte zu theilen und sich auf der Defensive zu halten, so würde ich im Namen der Königin dagegen protestiren." Lord Galway und ein anderer englischer General, der spätere Lord Tyrawley, stimmten bei. Die Frage ward in wiederholten Conseils erwogen, und Carl III. verlangte die Vota schriftlich. Gegen den Marsch auf Madrid stimmten die Grafen Peterborough, Noyelle, Cardona, Corsana, so wie der König Carl III. selbst. Aber die Berufung auf die bestimmten Befehle von London und Lissabon hersetzte die Sache durch. Die Mehrheit faßte den Beschluß, daß alle verbündeten Truppen in Valencia, vereinigt mit denen, welche der General Rivers herzugeführt, über Arragonien in Castilien einbrechen sollten[2]).

Stanhope selber freilich kam sofort zu der Einsicht, daß er zu weit gegangen, daß es ihm nicht zustand im Namen der Königin vor seinen Vorgesetzten einen Protest erheben zu wollen. In einer Meldung an den Staats-Secretär Hedges, in welcher er jene Aeußerung berichtete, gestand er den begangenen Fehler offen ein[3]). Aber er durfte auch annehmen, daß die Stimmung der entscheidenden Persönlichkeiten in London zu seinen Gunsten sein würde. Namentlich war man dort mit dem Lord Peterborough wegen seiner zahlreichen Eigenmächtigkeiten sehr unzufrieden. Jede Post brachte damals Wechsel auf beträchtliche Summen, die Peterborough zu Genua und Livorno gegen hohe Zinsen

---

[1]) Ausführlich in Lords Debates t. II, p. 280. Vom Januar 1711.
[2]) Lamberty t. IV, p. 584. — Lords Debates t. II, p. 304.
[3]) Lamberty t. IV, p. 573.

aufgenommen hatte. Die Beträge stiegen an bis zu 150,000 Pistolen. Godolphin war geneigt die Wechsel abzuweisen; aber die Gefährdung des Credites der englischen Regierung legte ihm den Zwang auf, nachzugeben [1]).

In diese wider Peterborough gereizte Stimmung in London fiel, im Februar, die Nachricht über den Kriegsrath von Valencia und über das Votum das Generals Stanhope. Auch in London waren nicht Wenige der Ansicht, daß bei dem Stande der Dinge in Spanien ein offensives Vorgehen nicht rathsam sei, daß es vielmehr zunächst darauf ankomme, für Carl III. die drei erlangten Provinzen Catalonien, Arragonien, Valencia zu sichern [2]). Bei der englischen Regierung jedoch walteten solche Bedenken nicht ob. Der Staats-Secretär Sunderland antwortete, am 25. Februar, dem General Stanhope: es thue ihm leid, daß nur drei Mitglieder des Kriegsrathes sich nachdrücklich für die Offensive ausgesprochen. Die Königin heiße das Votum Stanhopes völlig gut, und werde dem Könige Carl über die Angelegenheit in starken Ausdrücken schreiben [3]).

Demnach gab man sich in Kensington ähnlichen Meinungen hin wie diejenigen, welche von Versailles aus im Jahre zuvor den Marschall Villeroy nach Ramillies geführt hatten.

Man mochte in Kensington allerdings im Februar noch nicht wissen, was einige Wochen später, zu Ende März, Marlborough dort als das Ergebnis seiner Erkundigungen aussprach, nämlich daß es die Absicht Ludwigs XIV. sei, nach allen anderen Seiten defensiv zu bleiben, und nur in Spanien offensiv vorzugehen [4]). Der König beschloß seine Armee dort mit 24 Bataillonen und 24 Schwadronen zu verstärken und ernannte seinen Neffen von Orleans zum Oberanführer, um ihm die Gelegenheit zu geben, das Unglück des Jahres zuvor von Turin wieder gut zu machen. Unter ihm sollte die eigentliche militärische Leitung der Marschall Berwick behalten. Dieser scheint sich gern in die Anordnung Ludwigs XIV. gefügt zu haben. Er bat

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Januar.

[2]) Desgleichen vom 28. Januar.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 319. — Kurz angegeben auch Lamberty vol. IV, p. 574.

[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 25. März.

dann, daß Ludwig XIV. möglichst viele Artillerie und Munition nach Pampeluna senden möge. „Ich stelle diese Bitte, sagte er, damit, wenn wir die Schlacht gewinnen, die nach aller Wahrscheinlichkeit gleich im Beginne des Feldzuges erfolgen wird, wir im Stande sein mögen, den Sieg auszunutzen." Bereits am 15. Februar begab sich Berwick, der Portugal gegenüber nur 10 Bataillone zurückließ, von Madrid aus zu der Haupt-Armee im östlichen Spanien[1]).

Unterdessen war die große Flotte unter Shovel in Alicante eingetroffen und hatte die Verstärkungs-Mannschaft ans Land gesetzt. Der General Rivers eröffnete dem jungen Könige, daß er die von ihm hergeführten Truppen dem Commando Galways untergeben, selber aber heimkehren werde[2]). Peterborough, dem inzwischen von der englischen Regierung jeglicher öffentliche Charakter entzogen war, so daß er nur noch als Privatmann auftreten durfte, kehrte nach Italien zurück. Die gesammte Macht stand also wie bisher unter dem Commando von Galway und Das Minas.

Dies konnte Carl III. nicht anders als unangenehm berühren; denn in seinen Augen stand Rivers höher als Galway. Einige Monate später schreibt er der Königin, daß er bereit sein würde, den Grafen Rivers als Ober-Commandanten anzunehmen. Ueber Galway dagegen sowohl wie über den Portugiesen Das Minas hatte er Beschwerde geführt, und den Wunsch ihrer Abberufung nahe gelegt. Der Letztere war, nach Liechtensteins Urtheil, ohne Kriegserfahrung, und daher immer geneigt sich unter Galway zu fügen. Die Beschwerden Carls III. über diesen machten aber auf die englische Regierung deshalb geringen Eindruck, weil man dort sich dachte, daß sie die Wirkung der Cabalen des holländischen Generals Noyelle seien. Dieser war im Jahre zuvor hinüber gesendet, und zwar auf die Empfehlung Marlboroughs, der seinerseits sich verlauten ließ, daß er durch die Beförderung Noyelles wider sein eigenes Interesse arbeite[3]). Auf eine Nachricht damals — die sich dann nicht bestätigte — daß Carl III. den Lord Peterborough zum Ober-Commandanten ernannt, hatte Noyelle schon zurücktreten

---

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 246.
[2]) Lamberty t. IV, p. 574.
[3]) A. a. O. p. 5.

wollen. Unzweifelhaft also war er dann hingegangen mit der Hoffnung auf ein selbständiges Commando. Nicht bloß ward diese Hoffnung nicht erfüllt, sondern der kundbare Wunsch des Generals Noyelle machte die englische Regierung geneigt, ihn als den Urheber der Differenzen in der Umgebung Carls III. anzusehen. Die kaiserlichen Vertreter in London kamen zu der Ansicht, daß das Widerstreben der englischen Regierung, dem Könige Carl III. die Truppen dort zur unbedingten Verfügung zu stellen, hauptsächlich in der Besorgnis vor dem Einflusse von Noyelle ihren Grund habe[1]). Die englische Regierung ging darin so weit, den Secretär Zinzerling, der sich noch in London befand, aufzufordern, daß er bei Carl III. auf ein größeres Vertrauen zu Galway hinwirke. „Zinzerling hat dies versprechen müssen", meldet Hoffmann[2]).

Dies Vertrauen indessen stieg nicht. Zu Ende Februar berief Carl III. die Generale Das Minas und Galway zu sich und eröffnete ihnen sichere Nachricht zu haben über die Absicht eines feindlichen Einbruches von Roussillon aus in Catalonien. Die Generale erwiederten: sie hätten positive Befehle ihre Truppen nicht zu theilen. Am nächsten Morgen ließ der König Carl III. ihnen eröffnen, daß die Zuneigung zu seinen getreuen Cataloniern ihm nicht gestatte sie zu verlassen, daß andererseits seine Ehre fordere, das Gewonnene zu behaupten, zumal da offen vorliege, daß der Verlust von Catalonien auch denjenigen von Arragonien nach sich ziehe. Daher werde der König in Person nach Barcelona gehen, und, wenn es sein müsse, auch nach Girona. Auf die Forderung der Generale, sich sofort zur Armee zu begeben, könne daher der König nicht eingehen. Auch erscheine dies ja nicht erforderlich, weil, nach der eigenen Aussage der Generale, der beschlossene Feldzugsplan zum Einmarsche in Castilien durch Arragonien erst zu Ende März vor sich gehen könne. — Dann folgen die weiteren nachdrücklichen Worte: „Es ist demnach bis dahin noch Zeit genug. Sobald dann der König erfährt, daß die Armee den Marsch durch Arragonien nach Castilien angetreten, und ferner, daß sie auf diesem Marsche die gute Ordnung und Disciplin beobachtet,

[1]) Bericht Hoffmanns vom 26. April.
[2]) Desgleichen vom 10. Mai.

die sie im vorigen Jahre durchaus nicht inne gehalten hat — und wenn demnach der König hoffen darf, daß seine Gegenwart seinen Unterthanen zum Troste gereicht und nicht etwa ihre Betrübnis steigert, indem sie sehen müssen, daß ihr König nicht anders zu ihnen kommt als um Zeuge ihres Unglücks und der an ihnen verübten Gewalt zu sein, ohne steuern zu können — in diesem Falle also, wenn der König die Sicherheit hat, daß seine Befehle nicht misachtet werden, gibt er sein Wort als König, daß er sich sofort auf den Weg begeben wird, um auf das schleunigste die Armee zu erreichen. Dies ist von Barcelona aus dem Könige in derselben Zeit möglich und dazu noch leichter als von Valencia aus"[1]).

Nach dieser wahrhaft königlichen Eröffnung, welche über die Kriegführung des Jahres zuvor ein so trauriges Licht ergießt, brach Carl III., unter dem Geleite von einigen hundert Mann Truppen, zu Ende Februar, von Valencia nach Barcelona auf.

Die erste Nachricht darüber nach London kam von dem englischen General Galway. Wie der König Carl III. durch jene Eröffnung an die Generale sich selber charakterisirt hat, so Galway durch diesen seinen Bericht nach London.

Dieser Bericht, vom 26. Februar/9. März, aus Valencia, an den Staats-Secretär Sunderland, meldete, daß der König Carl III. die Armee verlassen habe, um nach Catalonien zu gehen. Er habe dies gethan, sagt weiter Galway, wider den Rath aller Gesandten und Generale, und darum Allen unbegreiflich. Man könne nur vermuthen, daß zwischen dem Kaiser und dem Könige Carl III. ein Plan in Betreff Italiens verabredet sei, daß demnach Carl III. Spanien aufgeben wolle, oder daß Noyelle dahinter stecke, um auf diese Weise die Armee zu theilen und ein selbständiges Commando zu erlangen. — Nachdem Sunderland diesen Bericht des Generals Galway dem Secretär Zinzerling mitgetheilt, forderte er ihn im Namen der Königin auf, dem Könige Carl III. das Nöthige darüber vorzustellen und ihn dahin zu vermögen, daß er in höchster Person dem Commando vorzustehen sich gefallen lassen wolle[2]).

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. IV, p. 575.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 26. April.

Stärker noch trat Godolphin bei dem Residenten Hoffmann auf. „Die Königin und die gesammten Minister, sagte er, sind in höchstem Grade bestürzt und beunruhigt. Wir haben dem Könige Carl III. alles und jedes, was er verlangt, bewilligt. Wir haben uns in der Gewährung von Mannschaft, Geld und allen Kriegserfordernissen so bethätigt, daß weder die Königin noch die Nation es jemals verschmerzen werden, wenn aller dieser Aufwand von Mitteln fruchtlos sein sollte, und nur darum, weil Se. katholische Majestät verweigert, die kriegerischen Operationen durch die Autorität seiner Person zu stützen. Ich bitte Sie an den König zu schreiben und die übelen Consequenzen dringend vorzustellen". Hoffmann antwortete, daß er kein Schreiben erhalten habe und daher über die Thatsache nicht weiter unterrichtet sei. „Ich denke mir aber, fuhr er fort, daß der König seine guten Gründe gehabt haben mag, und zwar, daß diese bestehen in dem Commando, wenn darin vielleicht noch keine Remedur getroffen ist. Nach meiner Ansicht hat der König sich nicht wieder wie im vorigen Jahre, bei einer Armee befinden wollen, bei welcher er weder Commando noch Autorität haben würde. Ich bitte sich unserer wiederholten Vorstellungen gegen diesen Zustand der Dinge erinnern zu wollen." — Godolphin entgegnete: „Dem Könige ist das völlige Commando übertragen worden, und Niemand wird so thöricht sein sich seinen Befehlen zu widersetzen." Obwohl der zweite Satz den ersten zweifelhaft machte, hielt Hoffmann den Gegner bei dem ersten fest. „Wenn eine solche Verordnung von hier aus ergangen ist, sagte er, so ist sie vielleicht dort noch nicht angelangt. Trifft sie ein und zugleich der Bericht alles dessen was die Königin in diesem Winter so großmüthiger Weise für den katholischen König gethan, so zweifele ich nicht, daß damit jeglicher Misverstand gehoben und die Dinge in den gewünschten Verlauf kommen werden"[1]).

Daß eine solche Verordnung, wie der kaiserliche Resident im Interesse Carls III. und der Sache sie wünschte, an Galway nicht ergangen war, liegt aus dem Verlaufe der Dinge zu Tage. Carl III. begab sich nicht zur Armee, sondern blieb in Barcelona.

Jene Erklärung Carls III. an die Generale dagegen gelangte damals nicht nach London, und darum waren auch seine Vertreter dort nicht

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. April.

im Stande, die von der englischen Regierung erhobenen Vorwürfe nach Gebühr zurückzuweisen. Nur Zinzerling hatte aus Valencia die Nachricht, daß auch der Graf Rivers sich dahin ausgesprochen, Carl III. habe bei dem Zustande der Dinge nicht bei der Armee verbleiben können[1]). Die Aeußerung fruchtete wenig gegenüber der englischen Neigung, wider Nicht-Engländer Vorwürfe zu erheben. Vom Ende April an stiegen in London Besorgnisse auf, daß es in Spanien nicht gut stehe. Bereits am 23. April/3. Mai meldet Hoffmann: „Man befürchtet hier eine übele Wendung der Dinge in Spanien, und schreibt sie schon im Voraus der Reise des Königs nach Barcelona zu"[2]). Der schwere Streich war allerdings schon vor dem Tage dieses Berichtes gefallen, nicht jedoch in Folge eines Verschuldens Carls III., sondern Anderer.

Die Schlacht bei Almanza, 25. April.

Im Beginne des Monates April war die verbündete Armee in Valencia in voller Bewegung. „Die Generale, meldet Liechtenstein dem Kaiser, sind entschlossen dem Feinde, wenn er nur Stand hält, eine Schlacht zu liefern"[3]). Auch Berwick erkannte von Anfang an diese Absicht, sowie die weitere, sie auszuführen, bevor er alle seine französischen Verstärkungen an sich gezogen hätte. Er ließ daher alle seine Truppen auf Chinchilla zurückweichen, das er zum Sammelpuncte bestimmte, und es gelang ihm bis zum 18. April dort seine gesammte Macht zu vereinigen. Galway und Das Minas folgten ihm nicht so weit, sondern, weil ihnen beim Vormarsche auf Chinchilla die vom Feinde besetzte Stadt Villena im Rücken lag, wandten sie sich dahin zurück, um erst diese zu nehmen. Sie gewannen die Stadt: das Schloß dagegen widerstand. Inzwischen rückte Berwick von Chinchilla auf Almanza vor, und traf am 23. April dort ein. Auf die Kunde seines Anmarsches hoben Galway und Das Minas die Belagerung des Schlosses von Villena auf und marschirten auf Almanza. So hatte Berwick es erwartet. Am Morgen des 25. April bekamen die feindlichen Armeen einander zu Gesicht[4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. Mai.
[2]) Desgleichen.
[3]) Liechtensteins Bericht vom 7. April.
[4]) Mémoires de Berwick t. I, p. 251.

Galway, in seinem Berichte an den Staats-Secretär Sunderland, motivirt den Entschluß zum Schlagen mit den Worten: „Alle Generale waren der Ansicht den Feind bei Almanza anzugreifen, weil unsere Armee sich damals in einem besseren Zustande befand, als, bei der täglichen Abnahme durch Krankheiten, zu irgend einer anderen Zeit des Feldzuges erwartet werden durfte. Also marschirten wir am 25., und griffen den Feind an dicht bei Almanza“[1]).

Ein Bericht, den einer der Mitkämpfer, Graf Fuencalada, dem Könige Carl III. über das dann entsponnene Treffen abstattete, lautet wie folgt[2]).

„Nachdem die verbündete Armee das Castell von Villena vergeblich beschossen, wendete sie sich auf Almanza, und gelangte, nach einem langen Marsche durch ein wasserloses Land, am Morgen des 25. April zu Angesichte des Feindes. Dieser hob sofort sein Lager auf und stellte sich in Schlachtordnung, mit dem rechten Flügel an einem Berge, mit dem linken an einem Bache, mit dem Centrum vor der Stadt und dem Castell Almanza. Sobald wir auf Kanonenschußweite herankamen, begann der Feind das Feuer von einer Batterie auf seinem rechten Flügel, und ließ zugleich seine erste Linie auf die zweite zurückweichen. Er verließ einen Theil seiner Artillerie, um uns dahin zu locken, und zu gleicher Zeit, als wir mit unserem linken Flügel vorrückten, schob er seinen rechten vor, um uns in die Flanke zu fassen. Dies gelang ihm. Obwohl wir den Vortheil gewonnen hatten seine Batterie zu nehmen, und vermittelst des beständigen Feuerns unserer ersten Linie zu behaupten, brach die feindliche Cavallerie in unsere linke Flanke ein, und warf die unserige. Obwohl nun unsere Cavallerie vom rechten Flügel her sogleich vorrückte, that die feindliche eben dasselbe und traf dabei auf keinen Widerstand. Vielmehr geschah es, daß, weil wir unseren rechten Flügel zu weit ausgedehnt, und dadurch zwischen der Cavallerie des rechten Flügels und der Infanterie des Centrums einen freien Raum gelassen hatten, die feindliche Cavallerie dort durchbrach und die unsere völlig über den Haufen warf. Obwohl sie sich dann dreimal wieder sammelte und stellte, hat man

[1]) Coxe vol. II, p. 62.

[2]) Hispanica des k. k. Archivs.

es doch nicht dahin bringen können, daß sie zur Defension aushielt. So ist es geschehen, daß auf beiden Flügeln die Cavallerie fehlte, und sogar in einer solchen Unordnung davon floh, daß sie den Raum von drei Märschen in Einem Zuge durcheilte. Demnach blieb die Infanterie preisgegeben. Der Graf Dohna und Don Juan Cordona rafften noch vierzehn Bataillone davon zusammen, dazu noch einige Geschütze, und zogen sich in Ordnung zurück, mit solcher Standhaftigkeit, daß sie der ganzen Macht des Feindes Stand hielten. Sie gewannen eine Anhöhe, eine Meile von da, und hielten dort die Angriffe aus, bis sie, bei der Abnahme ihrer Kräfte und dem Mangel an Succurs, am nächsten Tage sich gezwungen sahen zu capituliren"[1]).

Berwick gibt den Verlust der Gegner auf 5000 Getödtete und 10,000 Gefangene an. Seine Beute bestand in 120 Fahnen und Standarten, der gesammten Artillerie und dem größeren Theile des Gepäckes der Gegner. Es blieben also von der verbündeten Armee nur noch versprengte Trümmer übrig.

Galway selber berichtete an Sunderland, am 27. April: „Ich kann nicht anders als durch diese Niederlage unsere Sache in Spanien für verloren ansehen. Unsere Infanterie, in der unsere Hauptstärke bestand, ist dahin, und die Cavallerie, die übrig geblieben, besteht aus Portugiesen, die nicht viel werth sind"[2]).

Der Herzog von Orleans traf erst am Tage nach dem Treffen ein. Die französische Armee ward dann getheilt. Orleans und Berwick mit dem größeren Theile übernahmen die Unterwerfung des Königreiches Valencia; die neu aus Frankreich angekommenen Truppen wendeten sich nach Arragonien, um, nach der Besetzung von Saragossa, das feste Lerida zu belagern. So entsprach es dem Plane, den Berwick bereits im Winter zuvor entworfen hatte[3]).

Carl III. gab seinem Unmuthe in einem Privatschreiben an Wratislaw in Wien derben Ausdruck. „Ihr werdet schon, sagt er, aus des Fürsten (Liechtenstein) und meinem Schreiben ausführlicher

---

[1]) Nach dem Berichte Fuencaladas hätten sie sich drei Tage gehalten. Berwick, t. I, p. 252, sowie alle anderen Berichte sagen, daß die Capitulation am nächsten Tage statt fand. Deshalb habe ich dies geändert.

[2]) Coxe vol. II, p. 62.

[3]) Berwick t. I, p. 254.

ersehen haben, welche unglückliche, närrische und von keinem Menschen erwartete Schlacht, am 25. April, Galway dem Feinde geliefert, wo wir völlig und, allem Ansehen nach, mit Fleiß die Infanterie verloren haben. Denn Galway und Das Minas sind mit der Cavallerie gleich infam durchgegangen und acht Meilen weit ohne Rückschauen gelaufen. Sie haben also die Infanterie hingeopfert, wie es auch mir geschehen wäre, wenn ich mich dabei eingefunden hätte. Ich schreibe keine Einzelnheiten, als nur im Geheimen dies, daß Galway nicht gerade geht, und daß sowohl er wie Das Minas zurückberufen werden müssen. Im anderen Falle gebe ich alles verloren. Auch will kein Engländer mehr mit Galway dienen"[1]).

Einen ähnlichen Verdacht spricht Liechtenstein dem Kaiser Joseph aus. Er gibt die Infanterie Berwicks auf 13,000 an, die Cavallerie auf 9000; die Infanterie der Verbündeten auf 19,000, die Cavallerie auf 5000. Und bei diesem Zahlenverhältnisse habe Galway sich auf die von Berwick ausgesuchte Ebene begeben, nämlich zu dem Zwecke, damit die Uebermacht seiner Cavallerie dort zur vollen Geltung gelange. „Aus dieser übelen Conduite, meint Liechtenstein, werden Ew. kaiserliche Majestät ersehen, daß die Ignoranz fast zu groß, und daß man Ursache hat, auf eine darunter steckende Böswilligkeit zu schließen"[2]).

Dieser Verdacht verringerte sich nicht, sondern war eher im Steigen in Folge des Mangels an zweckmäßigen Maßregeln nach der Schlacht. Die Generale waren nur beflissen alles Geschütz und allen Vorrath in höchster Eile nach dem festen Tortosa zu schaffen, ungeachtet der Gegenvorstellungen des Spaniers Corsana und des Engländers Stanhope. Die Consternation stieg von Tage zu Tage[3]).

Dennoch liegt für die Annahme eines Verrathes kein positiver Anhaltspunct vor. Galway, schwer verwundet, war nur mit Mühe der Gefangennahme entronnen. Es stellte sich nachher als sicher heraus, daß er von der Stärke des Feindes, namentlich der großen Ueberlegenheit der Cavallerie keine Kundschaft gehabt. — Die Denkwürdigkeiten

[1]) Correspondenz von Carl III. und Wratislaw, herausgegeben von Arneth, in Bd. XVI des Archivs für Kunde österreichischer Geschichtsquellen, S. 42, vom 4. Mai.

[2]) Liechtensteins Bericht vom 4. Mai, in Hispanica des k. k. Archivs.

[3]) Desgleichen vom 4., 7., 14. Mai.

Berwicks, der doch an anderen Orten aus seinen Anknüpfungen mit Feinden keinen Hehl macht, enthalten in diesem Falle keine Spur. Dagegen prägen sie, wie in dem Feldzuge des Jahres zuvor, das Bewußtsein seiner Ueberlegenheit über diese Gegner aus, auch ohne die Mithülfe einer Prahlerei, deren Berwick nicht, wie seine Zeitgenossen Villars und Vendome, sich schuldig macht. Nicht ein Verrath, sondern der Mangel an Kunde und Vorsicht bei den Generalen der Verbündeten hatte dem Marschall Berwick den Sieg von Almanza erleichtert, und eben derselbe Mangel ließ ihm nachher den Weg frei.

Folgen der Schlacht bei Almanza.

Die geringe Besatzung von Requenna ergab sich sofort, 2. Mai. Der Marsch ging weiter auf die Stadt Valencia. Diese wartete nicht ab, sondern trug ihre Unterwerfung entgegen. Eine Stadt jedoch leistete Widerstand und zwar, wie Berwick sagt, mit einer unglaublichen Hartnäckigkeit, Xativa. Mit der englischen Besatzung von 600 Mann standen zusammen die Bewohner, voran die Mönche. Nachdem bereits Breschе in die Mauer gelegt war, mußten die Franzosen abermals Geschütze in die Breschе bringen, um die dahinter errichteten Verschanzungen zu zertrümmern. Auch damit war die Stadt noch nicht gewonnen. Die Franzosen mußten jede Straße und jedes Haus erkämpfen. „Diese Wüthenden, sagt Berwick, vertheidigten sich überall mit unerhörter Tapferkeit und Ausdauer. Endlich, nach vierzehn Tagen vor der Stadt und acht innerhalb derselben, machten sich unsere Truppen, mit dem Schwerte in der Hand, ihrer völlig Meister. Eine große Zahl der Einwohner wurde getödtet, besonders Mönche. Der Ueberrest zog sich mit den Engländern in das Schloß, streckte aber dann doch die Waffen“ [1]).

Berwick verfuhr darauf gegen Xativa wie einst Barbarossa gegen Mailand. „Um Schrecken einzuflößen, fährt er fort, und um durch ein Beispiel der Strenge einer gleichen Hartnäckigkeit zuvorzukommen, ließ ich die Stadt, bis auf eine Hauptkirche, völlig zerstören, und verwies die noch übrigen Einwohner nach Castilien, mit dem Verbote jemals zurückzukehren.“

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 258.

Wie Valencia, so unterwarf sich am 25. Mai auch Saragossa, und es folgten die geringeren Städte in Arragonien. Der Plan des Herzogs von Orleans und des Marschalls Berwick war dann gerichtet auf die Belagerung von Lerida. Es kam nicht dazu; doch fanden sie bis tief in den Juli hinein gegen ihre Fortschritte kaum einen nachhaltigen Widerstand.

In England war man geneigt, die Schuld der Niederlage von Almanza nicht den Generalen beizumessen, noch der von London aus ohne Kenntnis der Sachlage an sie erlassenen Aufforderung zur Offensive, sondern dem Könige Carl III. „Der Gewohnheit nach, meldet Hoffmann, sucht man hier allezeit eine Ursache, so entfernt sie auch sein mag, um den übelen Verlauf einer Sache von sich ab- und auf Andere zu schieben“[1]). In diesem Falle wurde dem Könige Carl III. nicht bloß der Vorwurf gemacht, daß er sich vom Heere entfernt, sondern auch, daß er viele Truppen mit nach Barcelona genommen habe. Man gab sogar eine Liste an von 14 Bataillonen und 29 Schwadronen[2]). So viele Mühe sich die kaiserlichen Vertreter geben mochten darzulegen, daß dieser letzte Vorwurf der Wahrheit nicht entspreche, sondern daß der König lediglich das Dragoner-Regiment Sinzendorf mit sich genommen: sie drangen damit nicht durch[3]). Es kam sogar dahin, daß, im Juni, über das Treffen von Almanza eine amtliche Relation ausgegeben wurde, die darauf hinaus ging, den General Galway auf Kosten des Königs Carl zu rechtfertigen. Dazu lief das Gerücht um, daß der König Carl daran denke, Spanien zu verlassen und sich nach Italien zu begeben. In Wahrheit war ihm dieser Gedanke mehrmals nahe gelegt, von Wratislaw, von Victor Amadeus, aber auch von dem Engländer Peterborough. Carl III. hatte darauf seinen Willen erklärt in Spanien zu bleiben. In England aber konnte und mußte das Gerücht einer solchen Absicht Beunruhigung erregen, weil, nach den so vielfach von England für die Behauptung Carls III. in Spanien gebrachten Opfern, im Jahre 1707 diese Angelegenheit noch mehr eine National-Sache war als zuvor. Deshalb richteten die drei Vertreter

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. Mai.
[2]) Lamberty t. IV, p. 548.
[3]) Jener Bericht Hoffmanns.

des habsburgischen Hauses in London, Gallas, Hoffmann, Zinzerling, eine gemeinsame Denkschrift an die Königin. Nachdem sie darin dargelegt, daß der König die ihm besonders bewilligten 6000 Mann noch nicht habe agiren lassen können, weil die Mittel dafür noch nicht eingetroffen — nachdem sie dann die Nothwendigkeit weiterer Verstärkungen für Spanien dargethan, kommen sie zu dem Angelpuncte der ganzen Sache in Spanien.

„Die Erfahrung, sagen sie, hat gezeigt, daß das ganze Fürstenthum Catalonien bei der Ankunft des Königs sich für ihn erklärt hat, und daß dann die Königreiche Valencia und Arragonien diesem Beispiele gefolgt sind. Bei der treuen Anhänglichkeit dieser Völker für ihn ist der König der vollen Ueberzeugung, daß seine Anwesenheit bei der Armee hätte Nutzen schaffen können. Allein da der König sehen mußte, daß er dort ohne Autorität und Macht sein würde, konnte er seine Anwesenheit dort nicht für nützlich halten. Darum besorgt der König mit großem Rechte, daß die Darreichungen, die Ew. Majestät in der Zukunft für ihn in Spanien machen werden, nicht einen besseren Erfolg haben können, wenn nicht das Commando völlig geregelt wird. Von der Einsicht Ew. Majestät darf der König sich versprechen, daß sie, wie er schon wiederholt gebeten, eine Angelegenheit von solcher Tragweite ordnen wird. Will Ew. Majestät den König in dieser Sache mit einigem Vertrauen beehren, so gibt er aufs neue die Versicherung, für das Zusammen-Gehen mit den hauptsächlichen Generalen alle mögliche Rücksicht zu haben. Wenn diese Angelegenheit des Oberbefehls einmal geregelt ist, so bittet der König Ew. Majestät völlig darauf zu vertrauen, daß er niemals dieses Land verlassen, sondern, wie im vergangenen Jahre, sich hier behaupten wird für die Vertheidigung seiner getreuen Unterthanen, für den Ruhm Ew. Majestät, für das Wohl von ganz Europa, bis ihm aus Italien oder aus den Königreichen Ew. Majestät weitere Hülfe zukommen kann"[1]).

Um diese Frage des Commandos zu lösen, erklärte sich die Königin durch ein eigenes Handschreiben an Carl III. bereit, ihm den General Rivers zurückzusenden. Unter den noch übrigen Truppen in Spanien jedoch wurden Wünsche nach einer anderen Persönlichkeit laut,

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. IV, p. 582.

dem Prinzen Eugen. Liechtenstein meldete dies dem Kaiser. „Die Engländer sowohl wie die Portugiesen wollen dem Prinzen Eugen subordinirt sein, aber keinem Anderen als ihm. Namentlich dringt der Engländer Stanhope darauf, daß nur das Commando des Prinzen die völlige Confusion abwenden und die Sache retten könne. Er sowohl wie die Portugiesen zeigen Vollmachten vor zu protestiren, daß der Graf Noyelle weder direct noch indirect sie commandire. Auch die Holländer selbst sind wider ihn. Der portugiesische Botschafter sowohl wie Stanhope bestätigen mir die Ansicht unserer Vertreter in London, daß lediglich die Besorgnis vor Noyelle dort das Hindernis gewesen ist, dem Könige das absolute Commando schon längst zu übertragen"[1]).

Der König Carl III. selber wandte sich mit einer ausführlichen Darlegung des Standes seiner Angelegenheiten an Marlborough, am 11. Juli. Sie lautet wie folgt[2]).

„Mylord Herzog und Fürst. Der traurige Stand meiner Angelegenheiten seit dem letzten Treffen von Almanza nöthigt mich, Sie in Ihrer ruhmvoll andauernden Thätigkeit für meine Niederlande zu unterbrechen, um Ihnen die Lage der Dinge in Spanien vorzuführen. Ich entwickele Ihnen nicht die Einzelnheiten der traurigen Folgen, welche dieser Unglückstag hier nach sich gezogen, zumal da ich annehmen darf, daß Stanhope Ihnen darüber genauere Kunde gegeben. Alle Bewegungen der Feinde lassen hinreichend ihren Plan erkennen, dies Fürstenthum in seiner ganzen Ausdehnung zu besetzen, um mich zum Weichen aus dem Lande zu zwingen, das jetzt den Ueberrest meines Besitzes auf dem Continente von Spanien ausmacht, oder um wenigstens mir alle Mittel abzuschneiden, die für den Unterhalt der aus England und aus Italien her zu erwartenden Truppen unentbehrlich sind. Es scheint, daß, wie man mir Hoffnung macht, zu Ende dieses Feldzuges 20,000 Mann eintreffen werden, und diese Zahl ist, nach meiner Ansicht, durchaus nothwendig, um endlich einmal diesen spanischen Krieg zu enden. Aber, in Erwartung dessen, wäre es eben so nöthig, zunächst mit aller Schnelligkeit 5- bis 6000 Mann Infanterie kommen zu

[1]) Liechtenstein an Kaiser Joseph, vom 5. Juni.

[2]) Wie das Schreiben Liechtensteins, aus den Hispanicis des k. k. Archivs.

lassen, um die Grenzplätze und andere geeignete Orte in Vertheidigungszustand zu setzen. Denn, weil wir bei Almanza beinahe die gesammte Infanterie eingebüßt haben, so reichen die Trümmer, welche man noch hat zusammen raffen können, kaum aus, Lerida und Tortosa zu besetzen, während das höchst wichtige Tarragona, so wie diese Hauptstadt selbst ohne alle Vertheidigung sind."

„Ich würde mich unendlich glücklich schätzen, wenn die gesammten 20,000 Mann, oder doch die Mehrzahl, kaiserliche Truppen wären, weil sie unmittelbar von mir abhangen würden, und weil ich aus verschiedenen Gründen schließen darf, daß sie mir und der gemeinsamen Sache nützlicher sein würden als jegliche andere Truppen, von welcher Nation immer es sei, die man nach Spanien schickt. Allein weil augenscheinlich der Kaiser diese Truppen nicht mit der Genauigkeit und Raschheit bezahlen kann, wie es zu deren Erhaltung nothwendig ist, wegen der Entlegenheit und der Schwierigkeit der Communication über Italien: so würden Sie, Mylord, mir einen sehr angenehmen Dienst erweisen, wenn Sie beitragen wollten zu erwirken, daß die Königin die Zahlung hier auf sich nähme, der Kaiser sich dagegen belastete für eine gleiche Anzahl der Truppen der Verbündeten, ob im Reiche oder in Italien."

„Ferner muß ich einen großen Mangel an Pulver, an Geschützkugeln und Ammunition aller Art melden. Ich lebe der Hoffnung, daß Sie auch die Mühe auf sich nehmen werden zu bewirken, daß die Königin uns einen guten Vorrath davon zukommen lasse, so wie, wenn möglich, auch von Korn. Denn nach dem Verluste von Arragonien, und nach der Verwüstung, die der Feind im Lampourdan, so wie in anderen, und zwar den fruchtbarsten Strecken dieses Fürstenthumes angerichtet, reicht das Land für die Subsistenz einer Armee nicht mehr aus."

„Mit Bezug auf das was ich Ihnen früher gemeldet, halte ich es nicht für erforderlich Sie daran zu erinnern, daß die Flotte oder doch ein gutes Geschwader den Winter hindurch im Mittelmeere verbleibe. Ohne Zweifel sind Sie von vielen Seiten darum angegangen, und werden darum mit Ihrem guten Rathe nach allem Vermögen dazu beitragen. Die Gefahr, in der wir uns zur Zeit befinden und die sich steigert nach Maßgabe der für die Feinde günstigen Umstände,

sobald die Flotte das Mittelmeer verlassen haben wird, verlangt außerordentliche Anstrengungen, damit wir uns in Spanien behaupten und die Truppen erhalten können. Denn diese würden, wenn einmal die Communication mit den Inseln und Italien abgeschnitten ist, aus Mangel an Korn und anderem Proviant unfehlbar zu Grunde gehen."

„Da das Misverständnis und die geringe Eintracht zwischen den Generalen aus verschiedenen Nationen alle Nachtheile, die wir bisher in Spanien erlitten, hauptsächlich verschuldet: so halte ich mich für überzeugt, daß die Königin darauf denken wird, wie diesem Uebelstande abzuhelfen sei. Nach meiner Ansicht gibt es kein anderes so sicheres und so nöthiges Mittel als ein einziges Haupt mit dem absoluten Oberbefehle über alle Generale der Verbündeten zu betrauen. Der Fürst Liechtenstein wird in seinem letzten Schreiben Sie bereits in Kenntnis gesetzt haben, daß ich dafür keine besser geeignete Persönlichkeit kenne als den Prinzen Eugen von Savoyen. Ich habe sowohl ihm als auch dem Kaiser, meinem Bruder, meine Gedanken darüber ausgesprochen. Falls aber die Person des Prinzen wegen der vielen Geschäfte, die an seinen Aemtern haften, in Italien oder im Reiche unentbehrlich sein sollte, und wenn man andererseits glaubte, daß es zweckmäßig sei einen englischen General zu ernennen: so würde der General Rivers — obwohl ich in der kurzen Zeit, die er hier verweilt, mir über seine strategische Befähigung kein Urtheil habe bilden können — oder auch jeder andere englische General, den die Königin mit ihrer Wahl beehren würde, mir immer angenehm sein. Nach meiner Ansicht würde auch der Graf Noyelle, vermöge der bisher gegebenen Proben seines Charakters und seiner Befähigung, nicht ungeeignet sein; aber in Betracht, daß die Königin in Betreff seiner ein Bedenken haben könnte, werde ich bereitwillig zustimmen, wenn die Königin, mit Ihrem Beirathe, für diesen Posten irgend einen anderen General ernennt, den sie als den geeignetsten für ihren Dienst und für den meinigen ansieht. Ich hebe vor Ihnen nur hervor, daß derjenige, welcher der Wahl der Königin würdig befunden wird, bekleidet werden muß mit dem Charakter eines General-Commandanten, den dann auch meinerseits ich ihm ertheilen, wie ich auch zugleich befehlen werde, daß meine Generale, ohne Unterschied, ihm gehorchen sollen. Damit, hoffe ich, würde man die vielfachen Unordnungen vermeiden, die man aus dem Commando verschiedener Chefs

hat entstehen sehen, besonders wenn auch der König von Portugal den entsprechenden Entschluß fassen und in der Armee, wo seine Streitkräfte bereits die schwächsten sind, nur einen General-Lieutenant ernennen wollte. Ich hoffe, daß er auf die Vorstellungen hin, die ich durch meinen Gesandten in Lissabon darüber habe machen lassen, darauf eingehen wird, und bitte auch Sie, Mylord, die Königin zu bewegen, dort in ähnlicher Weise reden zu lassen. Denn von dieser Angelegenheit allein hangt der gute oder böse Ausgang der Dinge hier in Spanien ab."

„Bevor ich schließe, Mylord, bitte ich Sie noch bei der Königin eine neue Subsidie für das kommende Jahr zu befürworten. Denn ich muß Ihnen sagen, daß die große Summe von 150.000 Livres, welche, auf Ihr Fürwort, die Königin im verflossenen Winter mir für den Unterhalt meines Hauses und meiner Truppen bewilligt hat, bereits für die Beschaffung von Vorräthen und Befestigungen ausgegeben ist. Diese letzteren waren an verschiedenen Orten dringend nothwendig, namentlich um diese Hauptstadt zu sichern, in Rücksicht dessen, was im nächsten Winter uns hier widerfahren kann."

Den hier von dem Könige Carl III. ausgesprochenen Wunsch kaiserliche Truppen in Spanien zu haben, erörtert Liechtenstein in einem gleichzeitigen Schreiben an den Kaiser Joseph in bestimmterer Weise. „Man hat, sagt er, von den Truppen der Verbündeten hier nicht den gleichen Nutzen und Beistand wie von den kaiserlichen zu erwarten, theils wegen des Unterschiedes der Religion, theils aber auch wegen der großen Abneigung der nördlichen Völker gegen dieses Land. Wir vernehmen hier, daß unter den deutschen Hülfstruppen, die aus Italien gegen Toulon marschiren, die Desertion einreißt, nur aus Argwohn und Furcht, daß sie, unter dem Vorwande des Marsches gegen Toulon, eingeschifft und nach Spanien transportirt werden könnten. Mit den Engländern und Holländern, die sich hier befinden, steht es ähnlich. Zwar sind deren nicht viele zum Feinde übergegangen; aber die tägliche Erfahrung zeigt, daß sie nur darauf sinnen, aus diesem Lande wieder fort zu kommen. Denn sie haben die von ihnen besetzten Städte und festen Plätze in Valencia und Arragonien, ohne den erforderlichen Widerstand zu leisten, leichthin übergeben" [1]).

[1]) Liechtensteins Bericht vom 22. August.

Im Juli stieg die Gefahr für Carl III. Der Feind bedrohte Lerida. Er verwüstete die Ebene von Urgel, wie diejenige von Tarragona. Dasselbe geschah von dem aus Roussillon herangerückten Marschall Noailles in Lampourdan. Es waren die drei Kornkammern für Catalonien. In Arragonien war bis auf Mesquinenza und Monzon alles verloren, diese beiden Plätze aber bedroht, weil die Communication abgeschnitten. In Valencia hielten sich noch Alicante und Denia, letzteres aber bereits belagert. Bereits hatten die Feinde die Segre überschritten, um auf Barcelona zu marschiren[1]).

In der zweiten Hälfte des Monates Juli jedoch äußerte die Unternehmung der Verbündeten gegen Toulon, auf welche man von England aus den König Carl III. seit Monaten vertröstet, ihre Wirkungen. Die Franzosen gingen über die Segre zurück nach Balaguer. Das kleine Monzon fiel noch in ihre Hände; aber dann ließ aller Orten die Offensive nach. Die Gefahr für Toulon setzte Ludwig XIV. in die Nothwendigkeit ein Corps nach dem anderen abzuberufen. Am 18. August überbrachte dem Marschall Berwick selber ein Cabinets-Courier den Befehl zum schleunigen Aufbruche nach Toulon[2]).

Einstweilen war für Carl III. die Gefahr vorüber.

Der Krieg in Italien.

Bis zum Vertrage von Mailand, 23. März.

Der Prinz Vaudemont hatte die von Ludwig XIV., zu Ende 1706, ihm gegebene Ermächtigung, sich in Italien zu behaupten, wenn er könne, benutzt zu einem Friedensantrage bei dem Prinzen Eugen. Unter dem Vorwande die Auswechselung von Gefangenen zu bereden, erschienen, im December 1706, zwei französische Generale, St. Pater und Javalliere, in Mailand bei dem Prinzen Eugen, und boten eine gänzliche Aufhebung des Krieges in Italien an. Der Prinz entgegnete: er sei nicht hergesandt, um Frieden zu machen, sondern um den Krieg fortzuführen. Habe der Prinz Vaudemont positive Befehle, so müsse er erwiedern, daß er ohne Befehl des Kaisers nichts anhören dürfe,

[1]) Liechtensteins Bericht vom 17. Juli.

[2]) Mémoires de Berwick t. I, p. 262.

und wiederum werde der Kaiser nicht verhandeln ohne Vorwissen seiner Verbündeten. Auch werde ja der Krieg nicht um Italien geführt, sondern um die gesammte spanische Monarchie. Darum werde der Kaiser in Betreff Italiens allein auch nicht einmal eine Antwort geben[1]). Demnach war der Versuch zurückgewiesen.

Daß sich unter solchen Anträgen die Absicht barg Italien völlig aufzugeben, durchschaute der Prinz Eugen damals, im December 1706, noch nicht. Alle seine Kundschaften ergaben vielmehr, wie er meldete, daß der Feind frühzeitig mit einer großen Macht wiederkehren werde, während die Truppen Medavis, die noch nach der Schlacht von Turin über die Hessen bei Castiglione Vortheile errungen, ihm im Rücken standen[2]). Wir sehen also, mit welchem Geschicke abermals die Franzosen es verstanden, vermittelst Gerüchte den Krieg zu führen. Um so mehr wurde bei dieser seiner Auffassung der Dinge der Prinz Eugen besorgt gemacht durch die wiederholten Ankündigungen des Landgrafen von Hessen-Cassel, seine Truppen aus Italien abzuberufen. Die Correspondenz darüber zieht sich Monate hindurch. Es lag aber ganz besonders der englischen Regierung, wegen ihrer weiteren Plane im Süden, daran, daß diese Abberufung nicht zur That würde, daß vielmehr die Armee in Italien in ungeschwächter Kraft verbliebe. Eine Reise von Stepney, der, nach seiner nicht glücklichen Gesandtschaft in Wien, zum englischen Bevollmächtigten in Brüssel ernannt war, von dort aus nach Cassel, hob alle Bedenken des Landgrafen. Die Hessen blieben.

Aber es gab andere schwierige Fragen, die nicht durch Geld zu lösen waren. Es war zunächst diejenige, für welchen der zwei Brüder, für Joseph oder für Carl, Mailand wieder gewonnen war. In dem Hausvertrage vom September 1703 war Mailand der deutschen Linie vorbehalten; aber um diesen geheimen Artikel des Vertrages wußten außer den zwei Brüdern selbst nur sehr wenige Personen, damals nicht einmal der Prinz Eugen. Von Seiten der Seemächte mochte eine solche Bestimmung vermuthet werden: eine eigentliche Kunde derselben würde sofort ihren Widerspruch wach gerufen haben. Sie wollten

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 331.
[2]) A. a. O. S. 339.

den Habsburger Carl als Erben der spanischen Monarchie; aber sie wollten nicht, wie in der Art ihrer Einmischung in die ungarischen Händel offen genug vorlag, einen Machtzuwachs der deutschen Linie des Hauses. Eben darum auch wollten sie Mailand für Carl III. Dieser ernannte damals, mit Zustimmung des Kaisers, den Prinzen Eugen zum Statthalter von Mailand. Der Kaiser Joseph seinerseits erließ den Befehl, daß der Prinz Eugen die Huldigung von Mailand entgegen nehmen solle im Namen des Königs Carl III. Diese Nachricht wurde in England mit solcher Befriedigung aufgenommen, daß die Königin, aus der Kirche heimkehrend, öffentlich den Grafen Gallas ansprach, mit den Worten: „Ich freue mich unendlich über die gute Nachricht, die in Betreff Mailands angelangt ist“ [1]).

Eben dadurch aber wurde eine andere Differenz noch lebhafter angeregt, diejenige mit dem Herzoge Victor Amadeus. Dieser hatte von jeher sich der besonderen Zuneigung der Engländer und der Holländer zu erfreuen gehabt. Wir haben gesehen, daß in dem ersten der zwei großen Kriege der König Wilhelm III., ungeachtet aller Warnungen aus Wien, sein Vertrauen in Victor Amadeus Jahre hindurch nicht erschüttern ließ. Erst der offene Treubruch desselben, im Jahre 1696, brachte ihn zur Einsicht, so daß fortan Victor Amadeus seine Gunst nicht wieder gewann, und, bei der Frage der Feststellung der Thronfolge in England, das Haus Carignan bei Wilhelm III. nicht in Betracht kam. (Vergl. Band VII, S. 74, 475; Band IX., S. 263.) Aber die Königin Anna trug dem Herzog Victor Amadeus sofort wieder ihre Gunst entgegen. Zu nicht geringem Theile mochte dafür mitwirken die Hoffnung auf Victor Amadeus für den englischen Lieblingsplan gegen Toulon, wie sich das nachher genauer ergeben wird; aber auch, abgesehen davon, war bei jeder Differenz, die sich zwischen dem Kaiser oder dessen Dienern und Victor Amadeus erhob, bei den Engländern insgesammt immer die Neigung erkennbar, für den Letzteren einzutreten. Victor Amadeus verstand es diese Vorliebe mit Meisterschaft zu seinem Vortheile auszubeuten, nicht freilich immer zu demjenigen Englands.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 25. Januar. — Vergleiche das Schreiben Marlboroughs an Wratislaw, bei Murray vol. III, p. 279.

Der Prinz Eugen zeichnet, zu Ende 1706, aus Mailand, seinen Vetter Victor Amadeus dem Grafen Gallas in London mit folgenden Worten: „Und muß ich schließlich, ob ich schon von diesem Hause bin, aus meiner zu dem Kaiser tragenden allerunterthänigsten Pflicht und Schuldigkeit Ihnen ganz frei herausſagen, daß der genannte Herzog die See-Potenzen deshalb um so mehr zu gewinnen sucht, weil er auf das hiesige Gouvernement seinen Anschlag macht und dasselbe gern haben möchte" [1]).

Zunächst verlangte Victor Amadeus von dem Prinzen Eugen die Uebergabe derjenigen Gebietstheile im Mailändischen, welche der mit dem Grafen Auersperg geschlossene Vertrag ihm in Aussicht stellte, so wie die Einweisung in Montferrat, überhaupt die sofortige Ausführung des gesammten Vertrages [2]). Der Prinz Eugen widerstrebte. Ordnung und Observanz, erwiederte er, erfordern, daß zuerst der Kaiser Besitz ergreife und dann abtrete. Bereits jedoch hatte Victor Amadeus die Seemächte zu Gunsten seiner Forderung gewonnen. „Seine bisherigen Schritte, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, legen gar zu klar an den Tag, daß er nichts Anderes sucht als mit den Seemächten in gutem Vernehmen zu stehen und hingegen wider Ew. kaiserliche Majestät allezeit einen oder anderen Vorwand zu haben, oder zu klagen oder Ansprüche zu erheben." Unter solchen Umständen mochte es doch die Frage sein, ob dem Andringen des Herzogs auf die Einantwortung jener Gebietstheile ein längerer Widerstand entgegen gesetzt werden konnte.

Denn zu der bisher schon bewiesenen Vorliebe namentlich der Engländer für den Herzog Victor Amadeus, trat nun noch, in Betreff des kommenden Feldzuges, bei den leitenden Personen des englischen Cabinets, die Hoffnung auf ihn für die Oberleitung des Planes zur Einnahme von Toulon.

Wir haben uns zu erinnern, daß dieser Plan nicht, wie man später oft angenommen hat [3]), damals erst entstand. Vielmehr war

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, Supplementheft, S. 339.

[2]) Für das Folgende der ausführliche Bericht des Prinzen Eugen, vom 8. Februar, in dem genannten Werke Bd. IX, Supplementheft, S. 17 u. f.

[3]) Z. B. Lord Stanhope, Reign of Queen Anne p. 305.

er in England angeregt durch die erste Kunde, im Sommer des Jahres 1703, daß Victor Amadeus von seinem Bündnisse mit Ludwig XIV. loszukommen suche, um sich der großen Allianz anzuschließen. (Vergl. Bd. XI, S. 223.) Daher faßte bereits die Instruction des Gesandten Hill, vom Juli 1703, jenen Plan ins Auge. Damals war für die Ausführung keine Aussicht; aber der Eifer des englischen Cabinets blieb, ungeachtet des Wechsels der Personen, in diesem Puncte immer derselbe. Wir haben vernommen, daß der Gesandte Hill bei dem Herzoge Victor Amadeus im Winter 1704 mehr das Wollen des Herzogs als das Können bezweifelte. Denn er werde sich bei Ludwig XIV. nicht außer dem Stande der Gnade setzen, werde nicht eine That begehen, die dieser ihm nie vergeben werde. Für die Richtigkeit der Ansicht des Gesanden Hill konnte der auffallende Umstand sprechen, daß der Herzog, auf der Suche nach Einwänden, einen solchen erhob, dem alle Grundlage fehlte. Er hielt das Widerstreben der Republik der Niederlande entgegen, wo in Wahrheit von dem specifisch englischen Plane Niemand in der Republik eine Kunde hatte. Der Eifer der Engländer übersah diesen Fingerzeig.

Dieser Eifer für das specifisch englische Interesse, der Seemacht Frankreichs einen tödtlichen Streich zu versetzen, führte das Cabinet von England, beim Beginn des Feldzuges 1704, über die völkerrechtlich übernommenen Verpflichtungen hinweg. Die Königin Anna hatte dem jungen Könige Carl III. verheißen, alle ihre Macht aufzubieten, um ihm sein Königreich Spanien zu erobern. Aber der Commandant der großen Flotte, welche sie im Frühlinge 1704 ins Mittelmeer entsendete, der Admiral Rooke, hatte nicht in erster Linie den Auftrag einer Landung an der spanischen Küste, sondern eines Angriffes auf Toulon. Da ein nachdrücklicher Angriff auf Toulon ohne eine mitwirkende Landmacht sich als unausführbar bewies, so kehrte der Admiral Rooke unverrichteter Sache um, und dem chimärischen Plane von England auf Toulon war somit das reelle Interesse Carls III. an der Besitzergreifung des willigen Catalonien zum Opfer gebracht.

Der Plan wiederholte sich, in etwas anderer Form, im Jahre 1705. (Bd. XI, S. 486 u. f.) Abermals war die Ausrüstung der großen Flotte vorgeblich nach Catalonien, in der Wirklichkeit in erster Linie gegen Toulon gerichtet. Marlborough und Godolphin rechneten aber

dies Mal auf die Mitwirkung der Landmacht des Herzogs Victor Amadeus, und ließen den Lord Peterborough von der Königin zum Oberanführer ernennen, in der Voraussetzung, daß er, bei dem Zusammen-Wirken gegen Toulon, unter dem Herzoge Victor Amadeus und dem kaiserlichen Feldmarschall Starhemberg stehen würde. Die Voraussetzung traf nicht ein, weil dem Herzoge Victor Amadeus und Starhemberg, bedrängt wie sie waren durch die französische Uebermacht in Piemont, eine Wirksamkeit nach der Provence hinein unmöglich war. Somit trat der in zweiter Linie stehende Plan einer Landung an der spanischen Küste in Kraft, zum Vortheile für die Sache Carls III., weil er dadurch Catalonien gewann, zum Nachtheile für ihn in so fern, daß er neben sich einen Mann dulden mußte, welchem der Cultus seiner eigenen Persönlichkeit höher stand als die Sache.

Im Beginne des Feldzuges von 1706 ward der Plan gegen Toulon nicht wieder angeregt, weil damals bei der Beschränkung des Herzogs Victor Amadeus fast nur auf die Stadt Turin an eine Mitwirkung seinerseits zu Lande noch weniger zu denken war als im Jahre zuvor. Nach dem Entsatze von Turin jedoch und den Consequenzen dieses Sieges wuchs auch sofort in Marlborough, dem von Anfang an hauptsächlichsten Träger des Planes gegen Toulon, derselbe wieder empor, so sehr, daß bei ihm dieser Plan alle anderen Entwürfe überschattete.

Es ward im Laufe des nächsten Jahres von England aus das Gerücht verbreitet: ein Secretär des Grafen Gallas, Namens Primoli, habe in London auf irgend eine Weise von dem Plane gegen Toulon eine Kunde erlangt und sie nach Wien berichtet. In Folge dessen habe der kaiserliche Hof eine Expedition nach Neapel beschlossen [1]). Die einzige Wahrheit an diesem Gerüchte dürfte sein, daß es die beiderseitige Misstimmung ausprägte. Die Vernichtung der französischen Seemacht war nicht einer der Hauptzwecke, für welche die große Allianz von 1701 geschlossen war, und mehr als einmal war nun schon das eigentliche Ziel, der Wiedergewinn des spanischen Erbes, diesem specifisch englischen Interesse nachgesetzt. Der Kaiser konnte daher diesem Plane nicht seine volle Zustimmung geben. Auf der anderen

[1]) Lamberty t. IV, p. 564.

Seite misfiel in England der Plan auf Neapel, weil das englische Selbstgefühl, noch gehoben durch die bisherigen Leistungen, leicht geneigt war, die Unterordnung aller anderen Interessen unter diejenigen Englands zu fordern.

In Wahrheit aber war der kaiserliche Plan auf Neapel nicht durch die Kunde des englischen Planes gegen Toulon hervorgerufen, sondern er war da vor dieser Kunde. In der Beredung im Haag, im November 1706, hatte Sinzendorf ihn vor Marlborough zur Sprache gebracht und von diesem keinen Einwand erfahren. Vielmehr war die Sache schriftlich festgestellt[1]). Marlborough hatte damals Toulon noch nicht genannt, sondern nur im Allgemeinen einen Angriff von Piemont aus auf das französische Gebiet erörtert. So weit ersichtlich, nannte er nach der kaiserlichen Seite hin Toulon zum ersten Male in einem Schreiben an den Prinzen Eugen, vom 27. December 1706, aus St. James[2]). Er meldete, daß zu dem Zwecke dieser Unternehmung England alles aufbiete, um die deutschen Fürsten, deren Truppen im englischen Solde in Italien stünden, zur schleunigen und vollständigen Rekrutirung derselben zu bewegen. Nicht jedoch das Interesse Englands stellte Marlborough in seinen Worten dabei voran, sondern dasjenige der allgemeinen Sache wider Frankreich. Denn da Ludwig XIV. alle seine Macht nach Spanien wende, so sei das geeignete Mittel zur Hülfe für den bedroheten König Carl III. eine mächtige Diversion an einer anderen Stelle. — Stärker noch drückt sich Marlborough einige Tage später in einem Schreiben an den Grafen Wratislaw aus. „Von dem Einbruche in Frankreich, sagt er, hangt der Erfolg des ganzen Feldzuges ab, sowohl für Spanien, als für alle andere Schauplätze des Krieges“[3]).

Von diesem Gesichtspuncte aus war Marlborough gegen eine Unternehmung auf Neapel. Dem Grafen Sinzendorf gegenüber konnte er nicht in Abrede stellen, daß er bei der Beredung im Haag, im November zuvor, keinen Einwand gegen dieselbe erhoben habe; dagegen machte er geltend, daß er immer die Ansicht vertreten habe: ein Einmarsch in Frankreich werde durch die mächtige Diversion, die derselbe

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 340, so wie Supplementheft, S. 20.
[2]) Murray vol. III, p. 268.
[3]) A. a. O. p. 280.

zu Gunſten Carls III. mache, dieſelbe Wirkung thun. Marlborough kommt in längeren Darlegungen an den Fürſten Salm, an den Grafen Wratislaw, an den Prinzen Eugen, immer wieder auf dieſen Punct zurück: nicht nach Neapel, ſondern alle Kraft gegen Toulon. Er ſtellt dem Prinzen Eugen in Ausſicht, daß er ſich durch die Führung dieſer Unternehmung einen unſterblichen Ruhm erwerben, den Segen aller künftigen Jahrhunderte erlangen werde[1]).

Anders freilich ſah man in Wien die Dinge an. Dort ſprachen für die Unternehmung auf Neapel noch andere Motive, die in England nicht zur Geltung kamen. Wir haben, um uns dieſelben klar zu machen, uns zurückzudenken in den Beginn des großen Krieges. Der Kaiſer Leopold hatte damals für ſich und für ſein Haus ſehr geringe Hoffnung auf das eigentliche Spanien, und dachte nur noch an die Länder der ſpaniſchen Krone in Italien. Die überwiegende Mehrheit des neapolitaniſchen Adels war öſterreichiſch geſinnt, und der Kaiſer Leopold hatte damals mit ihnen die Uebereinkunft geſchloſſen, daß im Falle des Gelingens einer Erhebung wider die franzöſiſche Herrſchaft, Neapel in dem Erzherzoge Carl ſeinen eigenen König haben, von ihm perſönlich regiert werden ſolle. (Vergl. Band IX, S. 348.) Die Erhebung war, im Jahre 1701, erfolgt und mislungen. Die Häupter der Erhebung waren von der Regierung Philipps V. dem Tode überwieſen. So ſchien dieſe geſichert; aber die Mehrheit des Adels und des Volkes richtete andauernd ihre hoffenden Blicke nach Wien. Eine Reihe von Mitgliedern des erſteren ſuchte dort Zuflucht, und lag dem Kaiſer an mit Bitten um die Befreiung ihres Vaterlandes.

Im Laufe des Jahres 1703 trat in England der Umſchlag ein, daß das National-Intereſſe zu fordern ſchien, dem Hauſe Bourbon die geſammte ſpaniſche Monarchie zu entreißen und dem Erzherzoge Carl zu übergeben. Der Kaiſer Leopold und ſeine zwei Söhne fügten ſich in die Aufforderung, die nicht von ihnen ausgegangen war. Der Vater und der ältere Bruder Joſeph traten ihre Rechte dem Erzherzog Carl ab, und dieſer machte ſich auf den Weg nach Spanien. Wie

---

[1]) Murray vol. III, p. 315, 326, 328. Die Worte an den Prinzen Eugen: V. A. peut s'acquérir une gloire immortelle, et s'attirer la bénédiction de tous les siècles à venir.

aber es den Seemächten in ihrem Interesse zunächst daran gelegen war, daß nicht das Haus Bourbon im Besitze des Königreiches Spanien und dessen Colonien verbliebe: so hörte es für das Kaiserhaus nicht auf, eine Ehrenpflicht zu sein, den ihm anhänglichen Neapolitanern die Befreiung zu bringen. Dies war nicht möglich gewesen während der sechs ersten Jahre des Krieges: es wurde möglich nach der Niederlage der Franzosen bei Turin und deren Consequenzen. Sofort also wuchs damals dieser Gedanke empor, in Wien, in Barcelona, wie in Neapel.

Mit der Ehrenpflicht ging aber zugleich auch das eigene Interesse Hand in Hand. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß bei den zwei Theilungs-Verträgen über die spanische Monarchie, von 1698 und 1700, die Seemächte die Länder der spanischen Krone vergeben hatten nach ihrer Convenienz. Man wußte ferner, daß bei den französisch-holländischen Friedensberedungen im Laufe des Jahres 1706 von Neapel für Philipp V. die Rede gewesen war. Eine solche Constellation konnte wiederkehren. Wratislaw sprach nach Barcelona hin dem Könige Carl III. seine Ansicht ausdrücklich dahin aus, daß im Falle einer Theilung die Königreiche Neapel und Sicilien dem Königreiche Spanien vorzuziehen seien[1]). Es ist dieselbe Ansicht, die wir von kaiserlicher Seite immer vernommen haben.

Am 20. Februar ward im kaiserlichen Rathe der Beschluß gefaßt, den der Graf Wratislaw dem Könige Carl III. kund that mit den Worten: „Der Zug nach Neapel ist heute beschlossen, mögen auch die Seemächte schreien wie sie wollen."

Jene Erwägungen der Zweckmäßigkeit fanden mündlichen Ausdruck in London zwischen dem Grafen Gallas und dem Staats-Secretär Sunderland. Der letztere fiel aus mit den Worten: „Wir können nicht verwehren, daß der Kaiser über seine eigenen Truppen verfügt; allein wir leisten von hier aus zu einer Expedition gegen Neapel auch nicht den geringsten Beitrag. Man sollte doch der Königin und der englischen Nation auf das gegebene Wort, keinen Frieden eingehen zu wollen, ohne dem Erzhause das Königreich Neapel zu verschaffen, etwas mehr deferiren." — Gallas entgegnete: „Wir zweifeln

[1]) Wratislaw an Carl III., vom 16. März.

nicht an dieser Standhaftigkeit; jedoch werden Sie mir auch zugestehen, daß man bei dem Wankelmuthe in Holland nicht aufmerksam genug sein kann." — Sunderland versetzte: „Diejenigen, die in Holland derartige Reden führen, entscheiden nicht"[1]). Bei der damaligen Lage der Dinge konnte allerdings bei dem Grafen Gallas ein Zweifel, ob die von Sunderland vertretene Partei in England immer das entscheidende Wort haben würde, nicht aufkommen, oder, wenn vorhanden, nicht zum Ausdrucke gelangen.

Im Beginne des Monats Februar erhielt der Herzog Victor Amadeus durch einen Courier von London den Plan der Seemächte gegen Toulon, mit der Aufforderung die Vorschläge im Einzelnen zu begutachten. Dies geschah, und der Herzog bestimmte zur Ausführung die Tage zwischen Mitte und Ende des Monates Juni. Der Entwurf der Seemächte enthielt, wider die Beredung vom Haag, im November 1706, über den Plan auf Neapel die Worte: „Die vorgeschlagene Expedition nach Neapel wird, als zur Zeit unpraktisch und für den Feldzug nach der Provence hin nachtheilig, ausgeschlossen." — Der Herzog Victor Amadeus machte die Gegenbemerkung: „Am Wiener Hofe wird auf die Expedition nach Neapel großer Werth gelegt, und man wird dort um so mehr daran festhalten, weil sie in der Conferenz im Haag, am 20. November vorigen Jahres, vereinbart ist. Deshalb sind, weil ich hier darüber nicht entscheiden kann, bestimmte Befehle der Königin erforderlich"[2]).

Der Herzog theilte dem Prinzen Eugen sofort den Plan mit, jedoch in strengem Geheimnisse, so sehr daß auch den Gesandten der Mächte England und Holland die Sache noch verschwiegen bleiben müsse. In der Republik der Niederlande wußten überhaupt um den Plan gegen Toulon nur vier bis fünf Personen[3]). Der Prinz Eugen sprach dem Kaiser seine Ansicht dahin aus, die Mitwirkung zu dem Einmarsche in die Provence und dem Angriffe auf Toulon nicht abzuschlagen, zugleich jedoch die Expedition nach Neapel vorzubereiten, auch dies freilich in tiefem Geheimnisse. Der Plan gegen Toulon komme

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 25. März.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 340.

[3]) Mémoires de Goslinga p. 29.

sogar für die Expedition nach Neapel sehr zu statten, weil jener die Anwesenheit der Flotte im Mittelmeere voraussetze, ohne welche das Vorhaben auf Neapel nicht ausführbar sein werde. Denn, wenn das Meer für die französischen Schiffe frei, so würden sie von Toulon aus Hülfe nach Neapel bringen.

Nach der Ansicht des Prinzen Eugen waren die Seemächte gegen die Unternehmung nach Neapel, weil sie für alle Fälle ein Stück der spanischen Monarchie belassen möchten, welches dem Herzoge von Anjou angeboten werden könne. In ähnlicher Weise war, nach seiner Ansicht, der Herzog Victor Amadeus gegen die Unternehmung, damit seiner Tochter nicht alle Kronen wieder vom Haupte gerissen würden. Jedoch fragte der Prinz Eugen bei dem Herzoge an. Die Antworten desselben zeigen, daß er sich durchzuwinden suchte, um es mit keinem Theile zu verderben. Er schlug nicht ab; aber er bat die Sache behutsam einzurichten, damit den Seemächten kein Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben würde[1]).

Dem Prinzen Eugen erschien es jedoch für die Unternehmung nach Neapel als ein wichtiges Erfordernis, daß zuvor die Franzosen dahin gebracht werden müßten, die noch besetzten Plätze zu räumen. Wir Spätere wissen, daß dies schon beim Ende des Jahres 1706 die Absicht Ludwigs XIV. war, und daß nur der Prinz Vaudemont die Ausführung noch hinausschob. In der Nacht jedoch vom 7./8. Februar trafen abermals jene zwei Generale, St. Pater und La Javalliere, in Mailand ein und überreichten dem Prinzen Eugen eine Reihe von Vorschlägen für den freien Abmarsch der Besatzungen, in der Wirklichkeit also den Entwurf einer Capitulation[2]). Es waren sechsunddreißig Puncte, von denen der Prinz Eugen nur zwei, die zu Gunsten des vom Kaiser in die Reichsacht erklärten Herzogs von Mantua und des Herzogs von Mirandola lauteten, als unannehmbar erklärte. Durchweg schrieb er zur Seite eines jeden der vorgeschlagenen Artikel sein „Bewilligt"; neben jene zwei Artikel, welche die gedachten Herzöge betrafen, schrieb er dagegen: „Ist in allen Puncten abgeschlagen." Den zwei französischen Generalen erklärte er mündlich: er sei nicht bevollmächtigt, Verträge

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 20 u. f.

[2]) Die Capitulation in: Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 347 u. f.

abzuschließen, sondern lediglich Capitulationen für die Truppen zuzugestehen. — Die französischen Generale waren der Ansicht, daß der König, nachdem er so weit gegangen, auch diese zwei Puncte fallen lassen werde, und ersuchten einen Courier nach Paris entsenden zu dürfen [1]). Wenn Ludwig XIV. darin nachgab, so ließ er den um seinetwillen in die Reichsacht erklärten Herzog von Mantua völlig fallen.

Einige Tage hindurch schien es dann, als ob auf eine solche friedliche Beilegung, wie die Capitulations-Vorschläge sie in Aussicht stellten, geringe Aussicht sei. Die französische Besatzung der Citadelle von Mailand eröffnete ein Feuer auf die Stadt. In seinen Berichten an den Herzog Victor Amadeus und an Vaudemont bezeichnet der Prinz Eugen diese Erneuerung der Feindseligkeiten als Fanfaronaden, die nur einige Dächer zerstören und die Weiber erschrecken [2]). Er fordert die Einstellung. In der That bedurfte es nur der Arbeit der Eröffnung von Laufgräben, um das Feuer sofort zum Verstummen zu bringen, bis dann auch die entsprechenden Befehle Vaudemonts einliefen.

Die Rückkehr des Couriers von Versailles verzog sich bis in den Monat März. Dann fügte sich Ludwig XIV. den Forderungen des Prinzen Eugen, und überließ, um seine in den Städten Nord-Italiens noch übrige Mannschaft frei und zur Verfügung zu bekommen, den Herzog von Mantua, der um seiner Dienstbarkeit willen für den König die Acht des Reiches auf sich geladen, seinem Schicksal. Der Herzog hatte noch eben die Zeit sich auf venetianisches Gebiet zu flüchten, wo er im nächsten Jahre in Padua starb. Sein Geschick war ein verdientes, nur freilich nicht um Ludwig XIV. Auf die Verwendung des Prinzen Eugen gewährte der Kaiser der flüchtigen Frau des Herzogs ein Jahrgeld [3]).

Dem Vertrage von Mailand gemäß, der am 23. März ratificirt wurde, durften die französischen Truppen aus den Städten Italiens frei abziehen. Demgemäß wurde der Kaiser ohne weiteren Schwertstreich Herr von Mantua als einem durch die Felonie des bisherigen Inhabers

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 26. Vom 8. Februar.
[2]) A. a. O. S. 27, 41.
[3]) A. a. O., S. 74.

verwirkten Reichslehen. Die weiteren Vortheile dieses Vertrages zeichnet der Prinz Eugen in folgender Weise: „Nach meinem Dafürhalten wird man wenige Beispiele finden, daß ein Feind eine Reihe von festen Plätzen räumt gegen einen einfachen Paß des freien Abzuges. Ja das abziehende Corps wird sich nicht bloß unterwegs noch merklich verringern, sondern auch eine ziemliche Anzahl Rekruten an die kaiserliche Armee oder die Verbündeten verlieren. Was übrig bleibt, wird kaum zu fürchten sein, weil es sich in ziemlich schlechtem Stande befindet. Dennoch, wären die Truppen hier in den festen Plätzen geblieben, so würden sie mich genöthigt haben, zu ihrer Ueberwachung ein beträchtliches Corps stehen zu lassen. Dies ist jetzt nicht erforderlich; vielmehr können wir, im Rücken gesichert, ohne irgend welche Sorge um so nachdrücklicher die Offensive ergreifen“ [1]).

So günstig der Vertrag von Mailand für den Kaiser war, in London und im Haag erregte er Murren. Indessen bezog sich dies weniger auf den Inhalt als auf die Form, daß der Kaiser und der Prinz Eugen abgeschlossen, ohne in London und im Haag anzufragen. Marlborough urtheilte anders, wenigstens im Verkehre mit den Kaiserlichen. Auch er habe, sagt er, im Vereine mit der Republik in Belgien Verträge abgeschlossen, ohne vorher den Kaiser und die Königin zu befragen. Man müsse die Gelegenheit benutzen, und dürfe sich nicht der Gefahr des Zeitverlustes aussetzen [2]).

Fortdauer der Differenzen über die Unterredungen gegen Toulon und nach Neapel.

Die Verschiedenheit der Ansichten über diese Angelegenheit zog keine weiteren Nachtheile nach sich. Wichtiger dagegen war die Mißstimmung, die daraus erwuchs, daß der Herzog Victor Amadeus mit steigendem Nachdrucke die Einweisung in die Gebietstheile forderte, welche der Vertrag mit dem Kaiser ihm zusprach, und für diese seine Forderung die Unterstützung der Seemächte fand. Der Prinz Eugen konnte nicht anders als dieser Forderung nachgeben, und überwies, im Anfange März, dem Herzoge die Stadt Alessandria mit Zubehör.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 71.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 22. März.

Aber Victor Amadeus wollte mehr, er wollte alles, und die Vertreter der Seemächte, denen mehr daran lag den Herzog Victor Amadeus bei guter Laune zu erhalten als den Kaiser, fanden alle seine Forderungen recht und billig. Man hatte allerdings von kaiserlicher Seite zwei gewichtige Bedenken. Victor Amadeus hatte sich für seinen Beitritt zur Allianz so viele Stücke vom Mailändischen ausbedungen, daß, nach der Schätzung des Prinzen Eugen, das Uebrigbleibende nicht genügen würde, die erforderliche Anzahl von Truppen zu unterhalten. Dazu war die Bevölkerung, namentlich der Adel, der piemontesischen Herrschaft, dem Absolutismus des Herzogs Victor Amadeus, sehr abgeneigt: sie wollte nicht piemontesisch werden. Das Verlauten der Kunde, daß sie es dennoch werden müsse, erregte, wie der Prinz Eugen meldet, eine große Confusion und Kleinmüthigkeit[1]).

Allein der Vertrag, auf welchen Victor Amadeus sich für seine Forderungen berief, war einmal da, und darum war es von kaiserlicher Seite nicht klug sich zu sträuben, da ja, wie der Prinz Eugen an den Kaiser schreibt, „der Herzog von einer Prätension in die andere schreitet, weil er sich an England und Holland gänzlich anhängt, und alle Zeit einen Prätext haben wird sich zu beklagen oder etwas zu begehren“[2]).

Dagegen aber war, bei der Voreingenommenheit jener Mächte für den Herzog, mit Gründen, ob schriftlich von Wien aus an Marlborough, oder mündlich von den Gesandten in London und im Haag, nicht aufzukommen. Marlborough lehnte jeglichen Vorwurf der Parteilichkeit für Victor Amadeus ab mit der Behauptung, daß niemals eine Macht solche Anstrengungen gemacht und mit solchem Uneigennutz wie die Krone England in diesem Kriege: über die Wahrheit dessen sei die ganze Welt einverstanden[3]). — Die Behauptung, die in ihrem ersten Theile allerdings der Wahrheit völlig entsprach, litt in dem Zusatze an derselben Unwahrscheinlichkeit, wie die andere, welche Marlborough unablässig wiederholte, daß die Unternehmung gegen Toulon in erster Linie das Wohl Carls III. bezwecke.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 39.
[2]) A. a. O. S. 45.
[3]) Murray vol. III, p. 330.

Ein Einverständnis mit dem Herzoge Victor Amadeus durch das Eingehen auf seine Forderungen war um so nöthiger, da, ähnlich wie in Wien der Entschluß zu der Expedition nach Neapel immer fester wurde, in London und im Haag die Abneigung gegen dieselbe im Steigen begriffen war, und von beiden Stellen aus nicht bloß mehr nach Wien, sondern auch nach Turin die Abmahnungen ergingen dieselbe geschehen zu lassen. Allein bei dem Prinzen Eugen stieg zusehends, eben so wie bei dem Kaiser, der Eifer für diesen Plan. „Ich meinerseits, meldet jener dem Kaiser, kehre mich nicht an die Einwendungen, sondern fahre fort alles dazu in Bereitschaft zu setzen, und zwar um so mehr, da England und Holland nicht das Recht eines Einspruches haben, wenn man nur ihnen für ihren Plan gegen die Provence eine ausreichende Armee stellt. Dies ist jetzt möglich wegen des Abzuges der französischen Besatzungen, die sonst ein starkes Corps zur Beobachtung erfordert hätten." Dann aber hob der Prinz Eugen mit Nachdruck hervor, daß in dieser Sache das Vertragsrecht auf Seiten des Kaisers stehe; denn einerseits fasse der Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701 den Wiedergewinn von Neapel in sich, andererseits sei auch in dem Vertrage mit dem Herzoge von Savoyen der Fall vorhergesehen und namhaft gemacht. Demnach stehe weder den Seemächten, noch dem Herzoge ein Einwand gegen die Expedition nach Neapel zu[1]).

Gemäß der Aufforderung von Seiten der Generalstaaten richtete Victor Amadeus seine Abmahnung an den Kaiser, zu Ende März. Aber Victor Amadeus hatte eine doppelte Stellung: als Souverän war er Verbündeter des Kaisers; zugleich jedoch war er, und nicht der Prinz Eugen, Ober-Commandant der Streitkräfte des Kaisers in Italien.

In den Erörterungen mit dem Prinzen Eugen über die Expedition nach Neapel hatte der Herzog sich die Aeußerung entfallen lassen, daß ihm ein Befehl dazu vom Kaiser nicht zugegangen sei. Um ihm diesen Ausweg zu benehmen, gab der Prinz Eugen nach Wien hin den Rath, daß ohne Zeitverlust der Kaiser durch einen eigenen Courier bei dem Herzoge die Expedition nach Neapel mit allem Nachdrucke betreiben

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 73. Vom 24. März.

möge [1]). In dem Vertrauen darauf, daß der Kaiser diesem Rathe entsprechen werde, meldete der Prinz Eugen in gleicher Weise dem Herzoge, daß er den Befehl habe, mit ihm, dem Herzoge, die baldigstmögliche Ausführung des Zuges nach Neapel zu vereinbaren. Er beugte zugleich dem Einwande vor, daß dadurch die Unternehmung nach der Provence hin beeinträchtigt werden könne. „Für diese Unternehmung, sagte er, ist bei der Schwierigkeit des Unterhaltes, dem Mangel an Magazinen und Fuhrwerk, nur eine Armee von 30- bis 35,000 Mann verwendbar. Und diese Zahl steht, nach dem Abzuge der französischen Besatzungen, reichlich zur Verfügung" [2]).

Die bestimmte Angabe dieser Zahl mit den Gründen dafür ist zur Beurtheilung der Frage von besonderer Wichtigkeit.

Im April ließ der Widerspruch von englischer Seite gegen die Expedition auf Neapel etwas nach. Marlborough zuerst lenkte ein. Am 6. April meldete er dem Prinzen Eugen, daß die Königin gegen den Zug nach Neapel nichts einwende, wenn derselbe bis nach dem Angriffe auf Toulon verschoben würde. Dieser Angriff auf Toulon würde etwa im August vollbracht sein. Alsdann solle die gesammte Flotte zur Mitwirkung gegen Neapel bereit stehen. Marlborough verlangte im Namen der Königin die Betheiligung des Prinzen Eugen an dem Zuge gegen Toulon. „Demnach, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, sind zwar England und Holland nicht mehr direct wider die Expedition nach Neapel; jedoch werden sie, im Falle diejenige gegen Toulon im geringsten gehemmt würde, alle Schuld auf diejenige von Neapel wälzen" [3]).

Milder noch als Marlborough äußerte sich, am 26. April, der Staats-Secretär Sunderland zu dem Gesandten Gallas. „Wenn wir, sagte er, nur die Gewisheit haben, daß durch diese Expedition die anderen Operationen nicht gehemmt werden: so könnte man sich beruhigen. Immerhin aber bleibt, daß man besser gethan hätte, der Königin über die Zeit und den Modus der Ausführung mit vollem Vertrauen Mittheilungen zu machen." Gallas entgegnete, daß, so viel er wisse, dem

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 76. Vom 30. März.

[2]) A. a. O. S. 78. Vom 1. April.

[3]) A. a. O. S. 85. Das betreffende Schreiben Marlboroughs nicht bei Murray; jedoch ist dasjenige an Wratislaw, bei Murray vol. III, p. 328, entsprechend.

Lord Marlborough alles vorher kund gethan sei[1]). — Die Antwort war in so weit richtig, daß dem Lord Marlborough bereits bei der Unterredung mit Sinzendorf, im November 1706, im Haag, der Plan im Allgemeinen mitgetheilt worden war. Seine wiederholten Erklärungen, von London aus, zu Ende December, principiell gegen den Plan, hatten dem Prinzen Eugen die weitere Darlegung der Einzelnheiten abgeschnitten.

Wie im Laufe des Monates April der Widerspruch im Haag und in London gegen die Absicht der Expedition nach Neapel nachließ: so festigte sich der Entschluß des Kaisers. Es trat nur die Veränderung ein, daß der Kaiser dem Wunsche Englands nachgab, den Prinzen Eugen, der ursprünglich selbst nach Neapel hatte gehen wollen, bei der Armee nach der Provence zu belassen, dagegen dem General Daun das Commando der Armee nach Neapel zu übertragen. Am 26. April zeichnete der Prinz Eugen den Marschbefehl nach Neapel für vier Regimenter Infanterie und fünf Regimenter Cavallerie[2]).

Es war nur noch erforderlich, mit dem Herzoge Victor Amadeus über die Sache selbst ganz ins Klare zu kommen. Der Prinz Eugen begab sich nach Turin und eröffnete dem Herzoge, daß die Expedition nunmehr ohne Zeitverlust vor sich gehen solle. Zur Antwort beschwerte sich der Herzog zunächst über den Verdacht wider ihn in Wien, als ob er in dieser Sache mit England und Holland sich im Einverständnisse befinde. Dann fuhr er fort, daß er bereit sei alles zu thun, was des Kaisers Dienst erfordere. Damit völlig befriedigt schied der Prinz Eugen von ihm. Seinem Berichte darüber an den Kaiser ist nicht anzusehen, daß ihm an der Wahrhaftigkeit des Herzogs in dieser Sache ein Zweifel geblieben sei[3]).

In London hatte der Verdruß gegen die Expedition nach Neapel nur vorübergehend nachgelassen. Auf die Windstille im April erfolgte im Mai ein erneuter heftiger Sturm. Den Anlaß dazu gab die aus Spanien eingetroffene Nachricht der Niederlage bei Almanza, vom 25. April.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 26. April.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 108. Vom 26. April.

[3]) A. a. O. S. 116. Vom 30. April.

Bereits am 5. Mai war die Nachricht von Almanza in Paris, in London traf sie erst um mehrere Tage später ein. Als die Königin, nach dem Ende der Conferenz, die sie über die Sache berufen, den Grafen Gallas bei Hofe erblickte, wendete sie sich sofort zu ihm mit den Worten: „Diese unglückselige Nachricht thut mir in tiefster Seele leid; aber Sie dürfen dem Kaiser und dem Könige von Spanien die Versicherung geben, daß ich mein Möglichstes thun werde, um diesen Verlust wieder gut zu machen“[1]). So erfreulich diese Worte klangen, so war damit nicht zunächst eine directe Unterstützung für Carl III. gemeint, sondern die beabsichtigte Unternehmung gegen Toulon. Der Staats-Secretär Harley eröffnete den kaiserlichen Vertretern den Beschluß der gehaltenen Conferenz mit den Worten: „Nach der Ansicht der Königin gibt es gegen das Unglück in Spanien kein wirksameres Gegenmittel als mächtige Diversionen, indem man den Krieg in Frankreich hinein trägt, sowohl von Italien aus in das Delphinat und in die Provence, als vom Oberrheine aus in das Elsaß. Ich ersuche Sie, in den stärksten Ausdrücken darüber nach Wien zu schreiben, und die höchste Wichtigkeit der Sache zu empfehlen, sowohl im Allgemeinen als besonders für das Haus Oesterreich“[2]).

Die Königin und ihr Cabinet begnügten sich nicht mit dieser Mahnung an die Gesandten. Die Königin selber zeichnete ein Handschreiben an den Kaiser Joseph, am 6./17. Mai. Dasselbe lautet wie folgt.

„Mein Herr Bruder. Der Vortheil, den der Feind so eben in Spanien davon getragen, wird leicht so unheilvolle Folgen nach sich ziehen können, daß ich nicht unterlassen darf Ihnen auszusprechen, daß es von der äußersten Wichtigkeit ist, daß alle Ihre Truppen, die sich in Italien befinden, zu einem Einbruche in Frankreich verwendet werden, und daß zugleich die Reichsarmee mit Nachdruck am Oberrheine agire. Spanien ist von den Ländern, wo meine und der Generalstaaten Armeen sich befinden, so weit entfernt, daß dem so eben erfolgten Schlage gegenüber es kein anderes so schnelles und so mächtiges Heilmittel gibt als diese Diversionen. Ew. Majestät sind zu klar blickend, als daß Sie da, wo es sich handelt um edele und hauptsächliche Theile der (spanischen)

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 17. Mai.

[2]) Desgleichen.

Monarchie, um die Ehre und das Heil meines Bruders des katholischen Königs, und in seiner Person um die Würde des erhabenen Hauses Oesterreich — als daß Sie bei einer solchen Lage der Dinge Gefallen finden sollten an einer kleinen Unternehmung auf ein Stück oder eine Dependenz dieser Monarchie. Daher verspreche ich mir von Ihrer Einsicht, daß Sie lediglich darauf bedacht sein werden, die Sache des Königs von Spanien dadurch herzustellen, daß Sie die Feinde nöthigen, ihre Truppen zum Schutze ihrer eigenen Länder zurückkehren zu lassen. Ich verbleibe Ew. kaiserlichen Majestät wohlgeneigte Schwester Anna R[1]).

Wie sich in diesem Schreiben das Vollbewußtsein der Kraft ausprägt, die da weiß, was sie leistet, und von diesem Bewußtsein aus sich das Recht nimmt auch Andere zu ermahnen: so gibt sich andererseits darin nicht die Neigung kund, vor der Fällung des eigenen Urtheils fremde Gegengründe zu hören. Der Nachdruck des Schreibens der Königin liegt in den Worten, daß der Kaiser alle seine Truppen in Italien gegen die Provence verwenden solle. Die Frage dagegen, ob sie alle verwendbar seien, wird nicht erwogen. Aber wir haben aus den Worten des Prinzen Eugen an den Herzog Victor Amadeus vernommen, daß wegen der Schwierigkeit des Unterhaltes in der Provence die zu verwendende Truppenzahl 35,000 Mann nicht übersteigen dürfe. Da nun die Truppenmacht der Verbündeten in Italien, unter dem Oberbefehle des Herzogs Victor Amadeus und des Prinzen Eugen, 35,000 Mann weit überstieg: so ging demgemäß das Schreiben, welches die Königin unterzeichnete, von einer nicht richtigen Basis aus.

Der Verdruß am Hofe von Kensington steigerte sich, als wenige Tage später die Nachricht eintraf, daß nicht, wie die Königin gewünscht, die Reichsarmee eine mächtige Diversion nach Frankreich hinein unternehme, sondern daß vielmehr der Marschall Villars die Linien von Bühl und Stollhofen genommen habe, und die Reichsarmee in schnellem Rückzuge vor sich her treibe.

Weiter lief dann die Nachricht ein: auf die Kunde der Niederlage von Almanza habe der Herzog Victor Amadeus sofort Kriegsrath gehalten. Es sei darin beschlossen den Prinzen Eugen zu ersuchen, die

[1]) Anlage I.

bereits ertheilten Marschbefehle nach Neapel zurückzunehmen. Der Prinz Eugen habe erwiedert: am Tage zuvor sei der positive Befehl des Kaisers für die Expedition nach Neapel eingetroffen: daher sei dagegen weiter nichts einzuwenden, noch zu repliciren, es möge vorfallen was immer wolle. — In dieser Form ging die Meldung am englischen Hofe um. Der Bericht des kaiserlichen Residenten schließt mit den Worten: „Die hiesigen Minister wollen nicht bloß keine Gründe von uns anhören, sondern thun, als wenn sie vom bloßen Erblicken unser, des Grafen Gallas und meiner, sich beleidigt finden" [1]).

Eine entsprechende Meldung über die Abmahnung an den Prinzen Eugen wurde von dem englischen Gesandten Chetwynd in Turin, und dem savoyischen Gesandten Maffei im Haag auch an Marlborough gerichtet. Dieser erwiederte dem Maffei: „Bei der Ankunft Ihres Briefes hatte ich schon von Chetwynd vernommen, daß er, auf die Aufforderung des Herzogs [2]), im Begriffe stand, sich zum Prinzen Eugen zu begeben, um, mit Bezug auf das Unglück in Spanien, ihn zum Abstehen von der Expedition nach Neapel zu bewegen."

Mit diesen Meldungen ist der Bericht des Prinzen Eugen an den Kaiser über dieselbe Angelegenheit nicht vereinbar. Dieser Bericht sagt nichts von einem Kriegsrathe, der, auf die Nachricht der Niederlage bei Almanza von Victor Amadeus berufen, derartige Beschlüsse gefaßt habe. Er meldet dagegen, daß der englische Gesandte Chetwynd von Turin aus, am 13. Mai, bei ihm in Mailand erschienen sei, ihm ein Schreiben des Herzogs mit der Nachricht von Almanza überreicht, und dann erklärt habe: er sei gekommen, um wider den Zug nach Neapel zu protestiren [3]).

Die Verschiedenheit dieser Berichte, des im Haag bei Maffei eingetroffenen, so wie desjenigen des Chetwynd, und dagegen desjenigen des Prinzen Eugen, liegt zu Tage. Nach jenen ersten zwei Berichten ist der Herzog Victor Amadeus mitwirkender oder auch hauptsächlicher Factor des Protestes oder doch einer Abmahnung. Der Bericht des Prinzen Eugen läßt eine Kunde seinerseits von einer solchen Thätigkeit

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. Juni.

[2]) A la réquisition de S. A. R., bei Murray vol. III, p. 382. Vom 28. Mai.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 132.

des Herzogs nicht ersehen. Chetwynd kann sich daher auch vor ihm nicht auf eine Aufforderung des Herzogs berufen haben. Denn, wenn dies der Fall, so durfte der Prinz Eugen dem Kaiser dies nicht verschweigen. Es waren ja doch damals erst vierzehn Tage vergangen, seitdem Victor Amadeus persönlich sich bei dem Prinzen Eugen beschwert hatte über den Verdacht wider ihn, daß er in Betreff der neapolitanischen Angelegenheit mit England und Holland im Einverständnisse handele, wo er dagegen die Erklärung abgegeben hatte, daß er bereit sei alles zu thun, was des Kaisers Dienst erfordere. Mit dieser Erklärung stand eine Aufforderung an Chetwynd, den Prinzen Eugen von dem Zuge nach Neapel abzumahnen, so sehr im Widerspruche, daß, wenn aus den Reden des Chetwynd dem Prinzen Eugen die Thatsache einer solchen geschehenen Aufforderung klar geworden wäre, er nicht ermangelt haben würde, diese Wahrnehmung sowohl dem Kaiser zu berichten, als auch bei dem Herzog Victor Amadeus Auskunft zu verlangen.

Der Verlauf der Unterredung des Chetwynd mit dem Prinzen Eugen war nach dem Berichte des Letzteren an den Kaiser wie folgt.

Nachdem Chetwynd den Brief des Herzogs Victor übergeben, verlangte er einen Gegenbefehl wider den Marsch der Truppen nach Neapel und die Absendung eines Couriers nach Wien mit der Meldung des Protestes. Ihm erwiederte der Prinz Eugen, daß er bereits zwei Couriere mit dem stricten Befehle des Kaisers für die Expedition erhalten habe, und eben noch wieder die Erneuerung durch den am selben Tage angekommenen General Kriechbaum. Demnach würden am nächsten Tage die Truppen aufbrechen. „Ungeachtet alles dessen, fährt der Prinz Eugen fort, hat er noch einmal stark dawider geredet, worauf ich das Vorige wiederholt habe, mit dem nochmaligen Bedeuten, daß es nimmer verändert noch unterbrochen werden solle, sondern also sein müsse.“ Der Courier, der ohnehin fertig stehe, könne immerhin mit dem Proteste abgehen.

Wir sehen demnach auch diesen eifrigen Chetwynd, der bei dem Herzoge Victor Amadeus in Turin weilte, sich auf demselben irrthümlichen Boden bewegen, wie in London die Königin Anna mit ihrem Cabinet. Wie diese, so geht auch Chetwynd von der Voraussetzung aus, daß je mehr Truppen nach der Provence, desto mehr dort auch

geleistet werde. Die Frage dagegen, ob die Schwierigkeiten der Communication durch die Alpenpässe, und demnach auch der Versorgung mit Lebensmitteln, eine Schranke für die zu entsendende Truppenzahl vorschreibe, kommt bei ihm nicht auf. Diese Zahl aber war, wie wir vernommen haben, zwischen dem Prinzen Eugen und dem Herzog Victor Amadeus festgestellt auf 35,000 Mann.

Unvermeidlich aber mußte die Frage zur Sprache kommen bei der näheren Feststellung des Feldzugsplanes. Am 20. Mai erschien von der Flotte aus der Vice-Admiral Norris in Turin bei dem Herzoge Victor Amadeus und überreichte den Entwurf des Admirals Shovel. Dieser kündigte an, daß er mit 40 schweren Kriegsschiffen und einer Anzahl von Frachtfahrzeugen an der Mündung des Oneglia und der Küste von Genua der Befehle des Herzogs harren werde. Der Herzog fügte jedem einzelnen Puncte des Entwurfes seine Antwort bei. Am Schlusse erfolgte die Meldung: in Betracht des Einwandes, welchen die Seemächte bei dem Kaiser gegen die Expedition nach Neapel erhoben, daß dieselbe den Plan nach der Provence und gegen Toulon verzögern könne, gebe der Prinz Eugen die Versicherung ab, daß der Bestand der Truppen ausreiche für die zwei Unternehmungen zugleich[1]).

Der Herzog übernahm also für diese Versicherung direct keine Verantwortung; aber er als der Oberleiter des Ganzen erhob dagegen auch keinen Widerspruch. Es folgten dann noch einzelne Angaben, nicht jedoch die, daß die Schwierigkeit der Verpflegung die Anzahl der Truppen nach der Provence beschränken müsse. Diese Schwierigkeit war nur zu erkennen in der Angabe an einer anderen Stelle, daß zum Tragen der Lebensmittel für die Armee 5000 Maulthiere erforderlich seien.

Wir sehen demnach, wie der Herzog Victor Amadeus beflissen ist, nach beiden Seiten sich so zu halten, daß er beizustimmen scheint. Die sämmtlichen Engländer, mit denen wir ihn, direct oder indirect, in Beziehung sehen, sind der Ansicht, daß er in Betreff des Einspruches gegen die Expedition nach Neapel auf ihrer Seite stehe. Er persönlich hat dagegen dem Prinzen Eugen seine Willfährigkeit für diese Expedition ausgesprochen, und macht nachher direct keine Aeußerung, welche einen Zweifel an seinem guten Willen erregen könnte.

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 347.

Wie immer aber auch die Engländer die Antwort auffassen mochten, in welcher der Herzog Victor Amadeus ihnen jene Versicherung des Prinzen Eugen kund gab: diese zeigte ihnen, daß die Dinge einen völlig anderen Verlauf nahmen, als die englische Regierung erwartet und gefordert hatte. Auf die Kunde der Niederlage von Almanza hatte sie ihren Widerspruch gegen die Expedition nach Neapel verstärkt. Der Kaiser und der Prinz Eugen dagegen waren der Ansicht, daß nun erst recht diese Expedition zu erfolgen habe. Dem Könige Carl III. sprach sich der Prinz Eugen darüber offen aus mit den Worten: „Bei der Bewandtnis der Dinge, wie sie gegenwärtig beschaffen — nämlich wo für Carl III. die Gefahr auftauchte, alles in Spanien Gewonnene wieder zu verlieren — ist auf Neapel mehr als sonst zu gedenken“ [1]). Demnach blieb auch das Handschreiben der Königin Anna vom 6./17. Mai, in welchem sie Berufung einlegte an die bessere Einsicht des Kaisers Josephs I., bei diesem wirkungslos. Zu Ende Mai setzten sich die dafür bestimmten vier Regimenter Infanterie und fünf Regimenter Cavallerie, unter dem Befehle des Feldzeugmeisters Daun, von dem Sammelplatze Finale di Modena aus in Bewegung.

Die Expedition nach Neapel.

Die Instruction des Prinzen Eugen befahl vor Allem an, die Zuneigung der Landeseinwohner zu erwerben, und zu diesem Zwecke scharfe und genaue Mannszucht zu halten [2]). Carl III. wünschte von Barcelona aus den Cardinal Grimani als Vicekönig, während der Kaiser Joseph in dem Grafen Martinitz eine minder glückliche Wahl für diese Stellung getroffen hatte. Einstweilen fügte sich Grimani, und blieb in Rom.

Ungeachtet der Sendung Grimanis als kaiserlichen Botschafters nach Rom war das Verhältnis zwischen Papst und Kaiser nicht wieder freundlich geworden. In Wien beharrte man bei der Anklage, daß Clemens XI. die französische Partei begünstige. Vendome hatte aber seiner Zeit die entgegen gesetzte Anklage erhoben. In Wahrheit suchte

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 160. Vom 11. Juni.
[2]) Abgedruckt in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 365.

Clemens XI. neutral zu bleiben, sowohl als das Haupt der Kirche, wie als italienischer Souverän, um sein Land vor dem Schrecken des Krieges zu bewahren. Aber die Furcht war ein starkes Motiv seines politischen Handelns. Diese Furcht war bis tief in das Jahr 1706 hinein stärker vor Ludwig XIV. als vor den Verbündeten, und schlug daher nicht selten zu Gunsten des Ersteren aus. Nach dem Erfolge von Turin, im Winter 1706 auf 1707, trat aber eine directe Gefahr der Störung des Friedens näher. Für den Unterhalt des kaiserlichen Heeres schrieb der Prinz Eugen Beisteuern aus von allen denjenigen Ländern in Italien, die als Reichslehen betrachtet wurden. Genua, Toscana, Parma, Piacenza mußten zahlen. Die beiden letzteren Fürstenthümer aber betrachtete der Papst Clemens XI. nicht als Reichslehen, sondern als diejenigen des päpstlichen Stuhles. Die Kaiserlichen gingen weiter: sie besetzten einen Theil von Ferrara und Bologna, und schrieben auch dort Contributionen aus. Clemens XI. wandte sich zürnend zuerst an den Prinzen Eugen, dann, als dies fruchtlos blieb, in einem ausführlichen Breve an den Kaiser selbst. Anstatt jedoch die Ungerechtigkeit hervorzuheben, daß man ihm als neutralen Souverän fremde Truppen ins Land sende, stellte er seine Klage voran, daß dies geschehe zum Nachtheile und zur Verachtung der Kirche. Der Kaiser ließ durch Grimani erwiedern, daß gegenüber den großen Vortheilen, welche die Franzosen aus den Ländern des Papstes gezogen, diese geringe Belastung nicht ins Gewicht falle. Er ließ geltend machen, daß durch die Parteilichkeit des Papstes für Frankreich das päpstliche Ansehen im Norden gelitten habe. Er ließ darauf hinweisen, daß die päpstlichen Besitzungen gewachsen seien durch die Freigebigkeit der römischen Kaiser, seiner Vorfahren, die, als die Schirmvögte der Kirche, oft Gut und Blut ihrer Unterthanen für den Schutz der Autorität des heiligen Stuhles dargebracht hätten [1]).

In denselben Tagen, im Januar 1707, wo der Kaiser Joseph in dieser Weise nach Rom schreiben ließ, versagte der Papst Clemens XI. dem Cardinale Grimani die erbetene Audienz. Der Letztere ließ darauf

---

[1]) K. k. Archiv. Romana. Kaiserliches Rescript vom 22. Januar: qui, uti supremi Ecclesiae Advocati, saepius omnem subditorum suorum substantiam et sanguinem ad tuendam Sanctae Sedis auctoritatem profuderint etc.

melden: er habe zwei Couriere bereit stehen, den einen an den Kaiser, den anderen an den Prinzen Eugen. Darauf gewährte Clemens XI. die Audienz [1]).

Dann ließ der Papst bei der Wohnung des Cardinals Grimani eine Wache aufstellen. Als Grimani darüber in Wien Beschwerde führte, erging an den Uditore dort, der die Geschäfte der Nuntiatur führte, die Forderung, daß ohne Aufschub jene Wache zurückgezogen werde. Die Forderung ward erfüllt.

Wir sehen, daß das Verhältnis keineswegs ein freundliches war. Und nun stand im Mai und Juni der Durchmarsch des Corps unter Daun bevor.

Bevor derselbe geschah, wurden in einer Conferenz in Wien die Beschwerden gegen den Papst Clemens XI. erwogen. Es waren nicht weniger als fünfundzwanzig. Die stärkste darunter betraf den Verrath des päpstlichen Generals Paulucci, der den Franzosen den Posten von Figaruolo in die Hände gespielt hatte, im Sommer 1704. (Vgl. Bd. XI, S. 245 u. f.) Unter den Beschwerden befand sich auch die, daß der Cardinal Portocarrero mit einem Crucifixe in der Hand den todeskranken König Carl II. zur Unterschrift des ihm zugeschobenen Testamentes genöthigt habe. (Vgl. Bd. VIII, S. 290 u. f.) Ferner betraf eine Beschwerde die Raschheit des Papstes Clemens XI., den Herzog von Anjou als König Philipp V. anzuerkennen, ohne auf das entgegen stehende Testament Philipps IV. irgend welche Rücksicht zu nehmen. — Der Graf Martinitz erhielt den Auftrag, bei dem Durchzuge durch Rom dem Papste alle diese Beschwerden vorzuhalten, jedoch in milden Worten. Er sollte ferner die Anerkennung für Carl III. verlangen, und die Erwartung aussprechen, der Papst werde die Expedition nach Neapel nicht hindern, sondern fördern [2]).

Da die Beschwerde längst geschehene Dinge betrafen, wegen deren man keine Feindseligkeit verüben wollte: so lag der Nachdruck auf den letzten beiden Forderungen. Martinitz trug die Beschwerden vor; aber der Papst ließ sich nachher zu Anderen verlauten, er habe den Ungrund aller dieser Beschwerden dargethan. Die Anerkennung Carls III.

---

[1]) Bericht Grimanis vom 29. Januar.

[2]) Conferenz-Protokolle vom 15., 16., 20. Mai.

gewährte der Papst nicht. In den Durchmarsch, dem er sich zu widersetzen nicht die Macht besaß, fügte er sich widerstrebend und mit heftigen Klagen[1]). Die Stimmung der Bevölkerung von Rom jedoch war, wie in den Jahren zuvor, den Kaiserlichen günstig.

Am 28. Juni betrat das kaiserliche Corps den Boden des Königreiches Neapel. Den ersten Widerstand schien es finden zu müssen an der festen Stadt Capua; aber das Verhalten der Besatzung gereichte zur günstigen Vorbedeutung für den Verlauf der ganzen Unternehmung. Sie entfloh nach Neapel. Die Stimmung der Bevölkerung dort ward dadurch so erregt, daß der Vicekönig Escalona daran verzweifelte sich in Neapel halten zu können, und, am 6. Juli, nach dem festen Gaeta entfloh. Bereits am 7. Juli hielten Daun und Martinitz, unter dem Jubel des Volkes, ihren Einzug in Neapel. Es erfolgte die Proclamirung Carls III. Die geringe Zahl der bourbonischen Truppen in den festen Plätzen capitulirte oder löste sich auf. Nur die Besatzung des auf einer felsigen Landzunge gelegenen Gaeta, der einzigen wirklich bedeutenden Festung des Landes, leistete längeren Widerstand. Aber an einen Entsatz, oder auch nur an eine Hülfe war nicht zu denken. Die starke Flotte der Seemächte im Mittelmeere, wenn auch sie ihre active Mitwirkung versagte, leistete doch, wie der Prinz Eugen vorausgesagt, den Dienst, daß kein französisches Schiff sich auf das Meer hinaus getrauete. Am 30. September ward die Stadt Gaeta erstürmt, und dann die Citadelle durch Capitulation gewonnen[2]).

Wie diese letzte Waffenthat eine glänzende, so war überhaupt diese Expedition nach Neapel eine der glücklichsten Leistungen des ganzen Krieges. Sicilien jedoch, weil ohne Mithülfe der Seemächte nicht erreichbar, blieb unter dem Vicekönige Barbazos noch bourbonisch, und hinderte dadurch, daß von Neapel aus dem Könige Carl III. in Catalonien Hülfe zukommen konnte.

In England dagegen, wo man noch den ganzen Mai hindurch gehofft, daß die nachdrücklichen Vorstellungen gegen die Expedition nach Neapel auf den Kaiser Eindruck machen würden, trieb die

---

[1]) Conferenz-Protokoll vom 25. Juli.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 191 u. f.

Nachricht des erfolgten Aufbruches der Kaiserlichen nach Neapel den Unmuth aufs höchste.

Es mochte dazu kommen, daß damals schon seit Wochen ein Schreiben Ludwigs XIV. an den Papst Clemens XI. in Europa umlief, datirt vom 15. Februar 1707 [1]). Nachdem Ludwig XIV. in diesem Schreiben die üblichen Betheuerungen erhoben, daß nicht er die Schuld trage weder an dem Beginne des Krieges, noch der Fortsetzung, erklärt er sich bereit, um den Mahnungen des heiligen Vaters zum Frieden zu entsprechen und seinen Gegnern keinen Vorwand zu belassen, ihm die Schuld des vergossenen und noch zu vergießenden Christenblutes beizumessen, dem Papste seine Friedensvorschläge auszusprechen. Mit der Versicherung die Vollmacht seines Enkels, Philipp V., dafür in Händen zu haben, erklärt er, daß dieser, der das Herz der wahren Spanier besitze, sich begnügen werde über diese Nation zu regieren, die sämmtlichen Länder der spanischen Krone in Italien dagegen dem Kaiser abtrete.

Der Rückblick auf die Sachlage zu Ende des Jahres 1700 und zu Anfang 1701 zeigt, daß, wenn damals Ludwig XIV. dem Kaiser Leopold dies Anerbieten gemacht hätte, die beiden Häupter sich verständigt haben würden, wenn auch gegen den Wunsch und Willen und vielleicht auf Kosten der Mächte England und Holland.

Aber die Dinge hatten sich anders entwickelt. Das Unrecht Ludwigs XIV. das ganze spanische Erbe für seinen Enkel nehmen zu wollen, hatte in der englischen Nation nicht wegen des Rechtes des Hauses Habsburg auf das spanische Erbe, sondern wegen des englischen Interesses, daß nicht das Haus Bourbon Frankreich und Spanien mit Westindien zugleich besitze — den Wunsch und das Streben hervorgerufen, dem Hause Bourbon das gesammte spanische Erbe wieder zu entreißen. Für dieses Bestreben hatte die englische Nation Opfer an Menschen und Geld bereits in Fülle dargebracht, und wollte, damals, auch ferner darin beharren. Wenn also im Jahre 1707 das Haus Habsburg sich begnügen würde mit einem Theile des spanischen Erbes, und zwar noch gar mit dem für England minder wichtigen

[1]) Oft abgedruckt, z. B. in den Actes et mémoires touchant la paix d'Utrecht t. I, p. 29.

Theile: so schien in englischen Augen und nach englischem Urtheile das Haus Habsburg dadurch ein Unrecht zu begehen an England. In diesem Sinne redete man dort.

„Es geht allgemein das Gerücht, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann am 31. Mai, als wenn Ew. kaiserliche Majestät sich mit Italien allein begnügen und den katholischen König zu Gedanken verleiten würden, die der allgemeinen Wohlfahrt zuwider laufen. Die ganze Stadt ist voll von dem Geschrei, daß Ew. kaiserliche Majestät ein geheimes und enges Verständnis mit Frankreich haben."

Wir haben oben der Sachlage von 1701 gedacht, im Vergleiche zu derjenigen von 1707. Aehnlich nahe liegt dann aber auch der vergleichende Blick auf das Jahr 1711, wo die dann in England herrschende Partei dem Könige Ludwig XIV. freiwillig entgegen trug, was er im Jahre 1707 vergeblich ersehnte.

Zur Klarstellung der Gegensätze ist es hier um so mehr mit Nachdruck hervorzuheben, daß im Jahre 1707 nur der durch keine Thatsache begründete Verdacht, daß das Haus Habsburg daran denke Spanien aufzugeben, in England wie eine Untreue, ein Verrath an der Sache der großen Allianz erschien. Die daraus in England gegen den Kaiser Joseph erwachsene Misstimmung zieht sich durch einen großen Theil des Sommers, und es werden uns die Kundgebungen derselben auf vielen Gebieten entgegen treten.

Der Verdacht, daß der Kaiser Joseph mit Ludwig XIV. in besonderer Unterhandlung stehe, ward von der englischen Regierung nicht in officieller Form nach Wien hin ausgesprochen. In den Privat-Correspondenzen der Minister und Generale trat er dagegen offen zu Tage. Marlborough fragte bei Wratislaw und Sinzendorf geradezu darüber an. Sie verneinten, und Marlborough berichtete diese Verneinung an Harley[1]).

Der Kaiser jedoch glaubte auch direct diesem Verdachte entgegen treten zu müssen, und erließ daher, am 22. Juni, an den Grafen Gallas in London das folgende Schreiben[2]).

„Aus Deinen Berichten, sowie auch anderweitig haben wir vernommen, daß dort allgemein der Ruf ergehe: wir stünden des Friedens

---

[1]) Murray vol. III, p. 455. Vom 4. Juli.

[2]) Aus dem Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.

halber mit Frankreich in einem geheimen und engen Verständnisse, zu dem Zwecke uns mit Italien allein zu begnügen, auch unseren geliebten Bruder, den König von Spanien, zu solchen Gedanken zu verleiten, die der allgemeinen Wohlfahrt zuwider laufen. Diese Meinung sucht man zu begründen durch die Expedition nach Neapel, und beladet uns wegen derselben mit allerlei Argwohn. Diese Meinung von einem Verständnisse unsererseits mit der feindlichen Krone Frankreich ist völlig ungegründet. Auch gibt weder die von dem Prinzen Eugen von Savoyen zu Mailand mit dem Prinzen von Vaudemont abgeschlossene Kriegs-Capitulation dafür einen Anhaltspunct, noch der nach dem Königreiche Neapel unternommene Zug. Der Zweck und der Erfolg der Capitulation von Mailand war, daß dadurch die ganze Lombardei in Sicherheit gesetzt, eine Menge schwer zu bewältigender Festungen dem Feinde abgenommen, und endlich, daß dadurch 18,000 Mann zur Action im Felde frei gemacht wurden. — Durch die Besetzung des Königreiches Neapel suchen und bezwecken wir, die zur Zeit noch übel gesinnten Castilier auf bessere Gedanken und demgemäß den ganzen spanischen Continent desto eher zur Unterwerfung unter den rechtmäßigen Herrn zu bringen."

„Daher würde es uns sehr empfindlich fallen, wenn die Königin diesem vermuthlich von unseren Feinden ausgestreueten und von den uns Widerwärtigen verbreiteten Gerüchte einigen, und auch nur den geringsten Glauben schenken und daher in uns irgend ein Mistrauen setzen würde. Vielmehr sind wir bereit sofort 6000 Mann nach Spanien zu schicken, und überhaupt zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges dort uns auf das genaueste mit unseren Verbündeten zu verstehen."

„Im Uebrigen haben wir, gemäß dem in unserem Erzhause löblichen Brauche, vom Beginne unserer Regierung an bei jeder Gelegenheit, wo uns in Betreff des Friedens ein Anwurf gethan wurde, wie zuletzt von dem Prinzen Vaudemont geschehen, unseren Verbündeten alsbald aufrichtige Mittheilung gemacht, werden es auch künftig so halten, und uns von unseren Verbündeten in keiner Weise trennen, sondern vielmehr die mit ihnen geschlossenen Verträge beständig und heilig halten. Dessen Du die Königin Liebden auf unser kaiserliches Wort zu versichern, und Dich aufs äußerste zu bemühen hast, ihr den gegen uns gefaßten übelen Wahn völlig zu benehmen."

In dem angeführten Schreiben liegt die Intention des Kaisers zu Tage. Da indessen die englischen Minister den Argwohn nicht in officieller Form ausgesprochen hatten, so ging auch Gallas nicht so weit, ihnen diese Antwort auf denselben vorzulegen, sondern begnügte sich damit, daß man einen Argwohn am besten durch Thatsachen widerlege. Am 19. Juli eröffnete er dem Treasurer Godolphin und den beiden Staats-Secretären Harley und Sunderland, daß, nachdem der König Carl III. bei seinem Bruder, dem Kaiser, um einen Succurs von 6000 Mann angehalten, der Kaiser sofort an den Herzog Victor Amadeus und den Prinzen Eugen die Frage gestellt, ob und wann man dem Könige Carl III. diese Hülfe zusenden könne. Denn der Kaiser sei bereit, nach Spanien hin alle ihm mögliche Hülfe zu leisten, bis daß diejenige, welche die Seemächte vorbereiten, hingelangen könne. Auch werde der Kaiser alle Truppen, die nach Vollführung der neapolitanischen Expedition entbehrlich würden, zu demselben Zwecke verwenden, und ihnen noch einige tausend Neapolitaner hinzufügen. Da die Expedition nach Neapel sich günstig anlasse und, allem Vermuthen nach, bald ein glückliches Resultat ergeben werde: so sei mit Grund zu hoffen, daß diese Verstärkung die erste sein werde, die in Spanien eintreffe, wenn nur es an dem erforderlichen Transporte nicht fehle.

Die Eröffnung that ihre Wirkung. „Ew. Kaiserliche Majestät können nicht glauben, meldet Gallas, welchen guten Effect diese Worte hervorgebracht haben." Die englischen Minister versicherten, daß diese Eröffnung den Wünschen der Königin durchaus entspreche, daß sie ihrerseits nichts unterlassen würden, vor ihr dieselbe zu rühmen. Im Laufe der Unterredung sprach Gallas die Erwartung aus, daß nun wohl jedes Gerücht von einem Verständnisse zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich fallen werde. Die englischen Minister protestirten gegen das Wort Verständnis. Sie behaupteten, so weit in ihren Meinungen nicht gegangen zu sein. Der kaiserliche Gesandte jedoch, der sie nunmehr auf dem Rückzuge erblickte, bestand mit Nachdruck darauf, daß in den umlaufenden nachtheiligen Gerüchten dieses Wort verschiedentlich gebraucht worden sei, und sprach weiter die Erwartung aus, daß fortan die Minister für die Rechtfertigung des Kaisers überall eintreten würden[1]).

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. Juli.

Dieser Umschlag in der Stimmung der englischen Minister erfolgte am 19. Juli. Bis dahin werden wir, je nach den verschiedenen Anlässen auf den anderen Kriegsschauplätzen, wiederholt zu beobachten Gelegenheit haben, daß sie, wie die Engländer überhaupt, unter dem Drucke jenes Argwohnes wider den Kaiser standen.

Zur Klarstellung des Verhältnisses ist jedoch noch ein besonderes Moment hervorzuheben. Die englischen Staatsmänner waren leicht geneigt zu vergessen, daß im Jahre 1703 der Plan den Erzherzog Carl nach Spanien zu entsenden und dies Königreich mit dem Schwerte für ihn zu erobern, nicht von dem Kaiserhause ausgegangen war, sondern von England, von der Königin und dem Parlamente, die es als ein eminent englisches Interesse ansahen, daß nicht ein Bourbon, sondern ein Habsburger den Thron von Spanien inne habe. Darum hatten sie die Verpflichtung auf sich genommen, die Kosten zu zwei Dritteln zu tragen, wenn die Republik sich für das dritte Drittel verbindlich mache. Demnach war das Erbieten des Kaisers Joseph, auch seinerseits eine Mannschaft nach Spanien zu stellen, ein Mehr, als von ihm erwartet werden durfte, namentlich bei den traurigen Verhältnissen seiner Monarchie. Die Ueberfahrt und der Unterhalt dieser Mannschaft mußten folgerecht den Seemächten zur Last fallen. Dennoch ward von englischer Seite wiederholt angeregt, daß der Kaiser auch dies auf sich nehmen möge. Wratislaw schrieb darüber kurz und bestimmt an Marlborough: „Man hat in England verlangt, daß die Truppen, welche der Kaiser beabsichtigt nach Spanien zu senden, von uns unterhalten werden sollen. Es ist Ihnen bekannt, was ich darüber in meinen früheren Briefen bereits gesagt habe. Wenn derartige Fragen immer wieder angeregt werden, so werden wir niemals zu etwas kommen. Man sollte doch eingedenk sein, daß damals, als man uns den Erzherzog abverlangte, man uns in ähnlicher Weise vorwarf, daß wir Bedenken trugen, ihn zu senden, wo man doch für diesen Krieg (in Spanien) nichts von uns verlangte als nur seine Person" [1]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 113. Vom 13. Juli.

Die Unternehmung gegen Toulon.

Die Erwartungen und Hoffnungen der in das Geheimnis des Planes gegen Toulon eingeweiheten Engländer stiegen mit jedem Tage. Am 6. Juni äußerte sich Marlborough zu Wratislaw: „Ich versichere Ihnen, daß England und Holland alle ihre Hoffnungen auf diesen Plan setzen, in der Ueberzeugung, daß das Heil des Feldzuges und selbst des ganzen Krieges davon abhangt“ [1]). Wratislaw antwortete: „Wir setzen unsere Armee aufs Spiel, lediglich in der Absicht England einen Gefallen zu erweisen und die französische Seemacht zu vernichten. Dies ist der einzige Erfolg, der vernünftiger Weise von dieser Expedition gehofft werden darf. Jedoch verkenne ich nicht die Wichtigkeit, wenn England sich den gehofften Erfolg für die Fortführung des Krieges zu nutze machen will“ [2]).

Wie bereits erwähnt, hatte bei den früheren Erwägungen einer Unternehmung gegen Toulon der englische Gesandte Hill in Turin, aus seiner Kenntnis der Persönlichkeit des Herzogs Victor Amadeus, Bedenken gegen dessen Willigkeit erhoben. (Vergl. Bd. XI, S. 225.) Diese Bedenken, vielleicht weil den Wünschen unbequem, scheinen im Beginne des Jahres 1707 in Kensington nicht wieder erwogen zu sein. Vielmehr ließ die Königin bei der ersten Kundgebung des Planes dem Herzoge ihr volles Vertrauen auf ihn aussprechen [3]). Sie bewies dies Vertrauen durch die That, indem sie ihm für die außerordentlichen Ausgaben 50.000 Pfund Sterling sofort anwies, und zugleich sich bereit erklärte mehr zu zahlen, je nachdem der Herzog es für nothwendig erachten würde. Dies Vertrauen stieg in demselben Maße, wie der Herzog, dem die Oberleitung des Ganzen zukam, seine Willfährigkeit betheuerte, der Kaiser dagegen, durch das Festhalten an dem neapolitanischen Plane, minder willfährig erschien.

Bei der Stimmung des englischen Hofes für den Herzog und gegen den Kaiser brach eines Tages der savoyische Gesandte Briançon in London gegenüber dem Grafen Gallas in die Worte aus: „Wenn

---

[1]) Murray vol. III, p. 390.

[2]) Coxe vol. II, p. 112.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 340.

dieſer Plan (gegen Toulon) fehl ſchlägt, ſo wird mein Herzog keine große Mühe haben ſich zu rechtfertigen; denn man macht ihm ja bereits die Entſchuldigung zurecht, und ſchiebt Euch die Verantwortung zu." Der Graf Gallas kleidet ſein Urtheil über dieſe Aeußerung in die Worte: „Aus welcher Aeußerung Ew. kaiſerliche Majeſtät abnehmen wollen, daß der Herzog, in dem Bemühen bei dem etwa unglücklichen Ausgange des Unternehmens jegliche Verſchuldung von ſich abzulehnen, durch ſeine Vorſicht und ſeine Emſigkeit bereits ſeinen Zweck erreicht hat"[1]).

Wie dem Geſandten Gallas ſelbſt, ſo mußte es auch in Wien auffallend erſcheinen, daß Victor Amadeus und ſein Geſandter in London mit ſolcher Emſigkeit Bedacht nahmen auf den Fall des Mislingens einer Unternehmung, die, nach der Anſicht Marlboroughs, einen faſt gewiſſen Erfolg in Ausſicht ſtellte.

In der zweiten Hälfte des Monates Juni brach der Prinz Eugen von Mailand nach Turin auf. Der Marſch der Truppen verzögerte ſich um einige Tage, theils weil die Einſchiffung mehrerer Bataillone und anderer Kriegserforderniſſe auf der Flotte Zeit in Anſpruch nahm, theils wegen der Weigerung des Herzogs die verbündeten Truppen aus Mailand eher in Piemont einzulaſſen, als bis der Marſch von da aus ungehindert vor ſich gehen könne. Dann zogen ſich die Truppen ſämmtlich über Busca an den Fuß des Gebirges. Der Prinz Eugen verblieb einſtweilen in Turin, damit nicht in Frankreich die Kunde ſeiner Anweſenheit bei den marſchirenden Truppen die Vermuthung eines wichtigen Planes wachrufe. Denn es kam vor allen Dingen darauf an, ſo lange wie irgend möglich das Ziel der Unternehmung geheim zu halten[2]).

Dieſe Geheimhaltung war gelungen bis in den Monat Juni hinein. An dem Tage, an welchem der Prinz Eugen in Turin jene Worte niederſchrieb, am 28. Juni, war ſie ſchon lange nicht mehr möglich.

Ludwig XIV. hatte dem Marſchall Teſſé zur Vertheidigung der Plätze, welche er noch in Savoyen beſaß, Suſa, Feneſtrelle, Peroſa,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 3. Juni.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 169. Vom 28. Juni.

so wie des südöstlichen Frankreich, 60 Bataillone und 45 Schwadronen untergeben. Sie wurden verstärkt durch die nach der Capitulation von Mailand ausziehenden Truppen. Jedoch kamen diese, wie der Prinz Eugen vorausgesagt, in schwachem Zustande an, so daß Tessé jedes der französischen Bataillone nur auf 250 Mann rechnete, die spanischen noch schwächer. Dagegen wußte man, daß die verbündete Armee unter Victor Amadeus nahe an 40.000 Mann betragen werde. Bei der Ungewisheit, wo ein Angriff erfolgen werde, gab der alte Marschall Catinat den Rath für alle Fälle am Unterlaufe des Var Verschanzungen zu errichten[1]).

Am 11. Juni erörterte der Kriegsminister Chamillart in einem Schreiben an Tessé verschiedene Möglichkeiten eines Angriffes, welcher nun, nachdem die Alpenpässe durch das Schmelzen des Schnees gangbar geworden, hier oder da erfolgen könne. Er berührt die Frage, ob die Absicht auf Toulon gerichtet sein werde. Eine solche Absicht, meint er, würde doch nur ausführbar sein durch die Mithülfe einer starken Flotte, welche die erforderliche Artillerie, Munition und Lebensmittel heran trage. Dies sei eben so schwierig wie ungewis. Chamillart weist also die Besorgnisse dieser Art hinweg[2]).

Am 14. Juni war es in Versailles bekannt, daß eine Flotte der Verbündeten von vierzig schweren Kriegsschiffen sich im Mittelmeere befand. Man vermuthete, daß sie nach Neapel bestimmt sei[3]). Tessé in Perosa war anderer Ansicht. Am 15. Juni entsendete er nach Versailles einen Courier mit der Meldung, daß das Erscheinen der Flotte ihm Besorgnis für die Provence errege. Darum sei keine Zeit zu verlieren, Toulon und die anderen Hafenstädte mit möglichst vieler Mannschaft und Kriegsvorrath zu versehen[4]). Die Antwort Ludwigs XIV. aus Trianon, vom 19. Juni, beweist, daß auch von anderer Seite ihm Meldungen und Gerüchte über den Plan gegen Toulon zugekommen waren. Das Schreiben des Königs gibt nicht alle diese Meldungen im Einzelnen an. Ob sich darunter eine Abschrift des Briefes der Königin, vom 6./17. Mai (vergl. S. 312), an den Kaiser Joseph I.

[1]) Pelet t. VII, p. 59 et suiv.
[2]) A. a. O. p. 79.
[3]) Dangeau t. XI, p. 392.
[4]) Pelet t. VII, p. 88.

befunden habe[1]), ist sehr fraglich. Der König nennt dagegen mehrere Briefe, die einander folgend den Plan besprechen, des Briançon, Gesandten des Herzogs Victor Amadeus in London[2]).

Es ist merkwürdig, daß von diesem selben Briançon ein ausführlicher Bericht über den englischen Plan gegen Toulon bereits zwei Jahre zuvor in französische Hände gerathen war. (Vergl. Band XI, S. 435[3]). Aber Ludwig XIV. spricht hier von mehreren Briefen, welche dieselbe Sache behandeln. Ob diese Briefe aufgefangen, oder ob sie auf andere Weise in die Hände Ludwigs XIV. gerathen waren, ist aus seinen Worten nicht zu ersehen. Allein wenn mehrere Briefe einer und derselben Persönlichkeit über denselben Gegenstand in feindliche Hände gerathen, so ist der Verdacht kaum abzuweisen, daß diese Persönlichkeit es so gewollt hat.

Dieser Briançon aber war derselbe Mann, der etwa zur selben Zeit dem Grafen Gallas in London in Aussicht stellte, daß, für den Fall des Fehlschlagens der Unternehmung auf Turin, es, bei der Stimmung des englischen Cabinets, seinem Herzoge leicht sein würde, jegliche Verschuldung von sich abzulehnen und auf den Kaiser zu wälzen.

Es bleibt jedoch die Möglichkeit, daß ein Secretär des Briançon, Namens Baud, der eigentliche Schuldige ist. Dieser Baud wurde im Februar 1708, mit Zuthun Briançons, in London verhaftet, und zwar auf Grund der Anklage, Actenstücke an Frankreich ausgeliefert zu haben[4]). Ueber den Ausgang der Untersuchung jedoch liegt nichts vor.

Auf jene verschiedenen Meldungen, unter denen Ludwig XIV. die Briefe des Briançon besonders nennt, erklärte er die Besorgnis

---

[1]) Dies sagt Somerville, Queen Anne p. 241, n. 24, und beruft sich dafür auf London Gazette nr. 4352. Dies dürfte jedoch auf einer Verwechselung beruhen. Der Hochverräther Gregg hat in seinem Processe, im Februar 1708, bekannt, daß er das Handschreiben der Königin, vom 29. November 1707, an den Kaiser über die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien, an den französischen Kriegsminister Chamillart ausgeliefert habe, in Betreff Toulons aber sich darauf bezogen, daß er erst im October 1707 angestellt war.

[2]) Pelet t. VII, p. 96: „Ce projet suivi par plusieurs lettres de Briançon, envoyé du duc de Savoye aux Etats-Généraux." Das letzte Wort ist irrig. Briançon war in London.

[3]) Vergl. Pelet t. V, p. 127 und 629. An ersterer Stelle sagt Pelet, der Brief sei interceptée, ohne nähere Angabe.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar 1708.

vor einem Angriffe auf die Provence gerechtfertigt. Demgemäß traf er Anstalten der Verstärkung, nur noch nicht in dem von Tessé gewünschten Maße, und gebot ihm besonders den Uebergang über den Var zu verwehren.

Am 22. Juni meldete der General Grignan, der unter Tessé in der Provence commandirte, daß nach sicheren Nachrichten der Plan der Verbündeten auf Toulon gerichtet sei. Am 28. Juni, demselben Tage, an welchem der Prinz Eugen in Turin noch meinte, den Plan verborgen halten zu können, war in Versailles über das eigentliche Ziel der Verbündeten kein Zweifel mehr [1]). Der Gedanke eine Unterstützung nach Neapel zu werfen, war schon durch die Anwesenheit der überlegenen Flotte der Verbündeten im Mittelmeere unausführbar geworden. Es galt nur noch, Toulon in den erforderlichen Stand der Vertheidigung zu setzen.

Am 10. Juli traf Tessé in Toulon ein. Zwei Tage nachher erstattete er, von Aix aus, Bericht über den Zustand der Stadt. „Toulon, sagt er, ist nicht eine Festung: es ist ein Garten, in welchem dennoch sich höchst Kostbares für Ew. Majestät befindet, so daß der Verlust desselben unsäglich sein würde. Während nach der Seeseite alles im guten Stande ist, hat man niemals daran gedacht, landwärts Befestigungen zu errichten. Was man Glacis nennt, ist bedeckt mit Lusthäusern, mit Gärten, mit Klöstern. Ich habe angeordnet alles dies platt zu machen; aber diese Arbeit erfordert Zeit. Ein bedeckter Weg war nicht vorhanden: ich lasse jetzt ihn machen und nach Kräften verpalissadiren. Hoffentlich wird man ihn in acht Tagen vollenden. Ich lasse eine Reihe anderer Arbeiten ausführen, und beschäftige dabei 4000 Bauern und die Marine-Truppen."

„Die Feinde stehen zur Zeit bei Nizza, und haben vor, Villafranca und Montalbano zu nehmen. Dort ankert auch ihre Flotte. Wenn sie Toulon in dem Stande, in welchem es gegenwärtig sich befindet, umlagern würden, so kann es bei allem guten Willen und allem Kraftaufgebote der Officiere, trotzdem daß die Leistungen über das Mögliche hinausgehen, sich nicht lange halten."

---

[1]) Pelet t. VII, p. 99.

„Ew. Majestät wissen, daß ich nicht vermag, den Feinden den Uebergang über den Var zu verwehren, und daß auch durch eine noch so starke Besatzung das Unheil für Toulon und der Verlust der im Hafen befindlichen Flotte nicht abgewendet werden kann. Es gibt nur Ein Mittel Toulon zu retten. Ich bin am Tage meiner Ankunft vier Stunden lang umher gewandert, und am anderen Tage von vier Uhr Morgens bis Nachmittags, um die Oertlichkeiten zu besehen und mich dabei über dies Mittel zu vergewissern: es besteht darin, das verschanzte Lager, welches Langeron angefangen hatte, fertig zu machen. Ich habe dies angeordnet. Die Lage der Höhen, die sich an Toulon anschließen, ist uns günstig: wir müssen uns ihrer bedienen, sie vertheidigen — denn sie sind mehr werth als die Stadt als Festung — und zu diesem Zwecke dreißig bis vierzig Bataillone hinein legen. Gebe Gott, daß der Herzog von Savoyen mir dazu die Zeit läßt! Heute Nacht gehen meine Couriere ab, um die Truppen heran zu rufen" [1]).

Unterdessen war die Armee der Verbündeten im Anmarsche. Nachdem der Schnee zerschmolzen, waren die Gebirgspässe gangbar, aber doch so mühevoll, daß der Prinz Eugen dem Kaiser meldete: „Es ist nicht zu glauben, was die Armee bei den beschwerlichen Märschen durch das Gebirge gelitten hat, so daß der Musketier fast ohne Schuhe, des Reiters Pferd ohne Eisen ist, und ich weder dem Einen noch dem Anderen helfen kann" [2]). Am 8. Juli war der Prinz Eugen in Sospello. In den nächsten Tagen galt es den Var zu überschreiten, dessen rechtes Ufer mit französischen Schanzen versehen war. Hier jedoch konnten die leichteren Fahrzeuge der Flotte mitwirken, so daß die Franzosen die Stellung bald verließen. Die Truppen wateten durch den Fluß, dessen rasche Strömung einige Soldaten fortriß und verschlang. Am 14. Juli war der Prinz Eugen in St. Laurent. Dort kam ihm die Nachricht zu, daß der Marschall Tessé achtzig Bataillone und vierzig Schwadronen zusammen ziehe, und daß auch der Marschall Villars, der in das Reich eingebrochen war, zurückberufen werden solle [3]).

Am 17. Juli befand sich die verbündete Armee in und um Frejus. Dort rastete sie drei Tage. Der dortige Bischof Fleury, später

[1]) Pelet t. VII, p. 109.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 181.

[3]) A. a. O. S. 176.

Cardinal und erster Minister Ludwigs XV., erfuhr aus den Reden der Officiere, daß der englisch-holländische Plan auch die Insurgirung von Languedoc mit umfasse, und daß zu diesem Zwecke Cavalier sich auf der Flotte befinde, so wie 20.000 Flinten zur Bewaffnung der Aufständischen [1]).

Von Frejus aus ging der Marsch der Truppen langsam von statten. Am 25. Juli gewann der Marschall Tessé in Toulon die Ueberzeugung, daß die getroffenen Anstalten ausreichen würden, die Stadt und den Hafen mit der Marine zu schützen. Am nächsten Tage brach er nach Marseille auf, um auch dort weitere Vorkehrungen zu treffen. Am selben Morgen erschaute die verbündete Armee von der Höhe La Valette aus die Stadt Toulon [2]).

Die Heerführer hielten Kriegsrath. Der Prinz Eugen berichtete dem Kaiser darüber in folgender Weise: „Man sollte nun zur wirklichen Belagerung von Toulon schreiten. Ich muß aber Ew. kaiserlichen Majestät dabei in aller Unterthänigkeit melden, daß der Feind dort in einer solchen Stellung steht mit einer solchen Menge Geschütze in Einschnitten, daß, bis er nicht völlig von dort oder wenigstens von einigen Stellen hinweg getrieben ist, man zu einem wirklichen Angriffe auf die Stadt nicht schreiten kann. Denn in seinem vorwärts und rückwärts verschanzten Lager hat er 36 Bataillone, und in der Stadt liegen vier Bataillone Marine-Soldaten, nebst einem Regimente unberittener Dragoner. Ueberhaupt ist alle Cavallerie fortgeschickt, und es wird berichtet, daß der Marschall Tessé beabsichtige, dieselbe mit den zu erwartenden Hülfstruppen zu einer zweiten Armee zu vereinigen."

„Ich habe in Gegenwart des Herzogs von Savoyen dem Admiral Shovel diese Lage der Dinge und die zu befürchtenden Folgen vorgehalten. Er erwiederte mit kurzen und starken Worten, daß England und Holland die Unternehmung des Angriffes (auf die Stadt Toulon) absolut haben wollten, und darauf hin seine positive Ordre lautete. Ja wenn es zum Rückzuge kommen sollte, so würde er die schweren Geschütze, die er ausschiffen lasse, nicht achten, sondern erbiete sich, in diesem Falle die gesammte Infanterie in die Schiffe aufzunehmen

[1]) Pelet t. VII, p. 123.
[2]) A. a. O. p. 122.

und abzuführen, während ja doch die Cavallerie allezeit einige Tage zum Rückzuge voraus haben würde. Nun darf ich mich dagegen, in Betreff der Truppen Ew. Majestät, nicht auf die Art wie ich gern wollte, also nicht zu stark opponiren, weil man mir dann sofort das nach Neapel abgeschickte Detachement vorhalten und sagen würde, daß, wenn jetzt diese Truppen zur Hand, man zwei Corps bilden und so die Communication sicher stellen könnte. Bei dieser Lage der Dinge und dem starken Drängen der Engländer und Holländer kann ich, obwohl ich auch fortan mit allem Glimpf die große Beschwerlichkeit vorstelle, dennoch nicht völlig protestiren, sondern schlage vor, daß man eine gewisse, vom Feinde verschanzte Höhe nehmen und sodann trachten müsse, von dort aus dem Feinde mit Geschützen beizukommen und ihn zum Aufgeben seines verschanzten Lagers zu zwingen. Dann werde es sich zeigen, ob eine Apparenz sei die Belagerung vorzunehmen. Was die Stadt selbst anbetrifft, so ist nicht viel Sonderliches daran; aber die starke Mannschaft des Feindes und die schwierige Oertlichkeit wird viel zu schaffen geben, weil man des Gebirges halber die Communication niemals völlig abschneiden kann. Es ist zwar noch nicht gänzlich alle Hoffnung geschwunden; aber ich halte mich doch für verpflichtet diesen Stand der Dinge darzulegen"[1]). Endlich hebt dann noch der Prinz Eugen den völligen Mangel an Nachrichten von auswärts empor, so daß er nicht wisse, wie stark der anziehende französische Succurs sei.

Wie der Prinz Eugen hier dem Kaiser von vorn herein die Unternehmung fast als unausführbar darlegt, so machte er von seiner geringen Hoffnung auch in einem Briefe an Marlborough kein Hehl. Dieser jedoch faßte die Sache anders auf. Indem er dem Treasurer Godolphin den Brief einsandte, fügte er hinzu: „Daß der Prinz Eugen und der Admiral Shovel den Angriff auf Toulon beschlossen haben, freut mich unendlich. Gelingt er, so ist es für Frankreich der schwerste Streich, der es treffen kann. Die letzten Zeilen des Prinzen Eugen

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 178. Vom 29. Juli. In wie weit die in den Mémoires de Tessé t. II, p. 252 et suiv. angegebenen Reden des Prinzen Eugen und des Herzogs Victor Amadeus auf Wahrheit beruhen, wage ich nicht zu entscheiden, noch sie anzuführen.

dürfen nur Wenigen zu Gesichte kommen, und Sie dürfen sich über seine Ausdrücke nicht allzu sehr beunruhigen. Es ist seine Weise alles für schwer zu halten, bis er zur Ausführung kommt; aber dann handelt er mit solchem Nachdrucke, daß er sein Verzweifeln reichlich wieder gut macht. Obwohl er mir in dieser Weise schreibt, so bin ich doch überzeugt, daß er zu den Officieren in ganz entgegengesetzter Weise redet" [1]).

Die Meinung Marlboroughs über das Unternehmen gegen Toulon war auch in Versailles nicht unbekannt. Der Hofmarschall Dangeau verzeichnete darüber in sein Tagebuch: „Marlborough redet von der Unternehmung gegen Toulon wie wenn sie nach den ihrerseits getroffenen Maßregeln nicht mislingen könnte. Aber, Gott sei Dank, denken wir hier darüber ganz anders. Unsere Truppen dort sind stark genug, um den Feinden die Lust zum Angriffe zu benehmen" [2]).

Der Angriff auf die verschanzte Höhe, wie der Prinz Eugen vorgeschlagen, gelang in der Frühe des nächsten Morgens. Es war die St. Katharinen-Höhe. Dort warf man die Batterien auf, deren Feuer die Feinde aus ihrem verschanzten Lager treiben sollte.

Eine Woche nach jenem ersten nicht hoffnungsreichen Berichte meldet der Prinz Eugen dem Kaiser: „Bei allen diesen Schwierigkeiten beharrt man dabei, daß der Angriff auf Toulon so wie so vorgenommen, und, es koste auch was es wolle, man davon nicht ablassen dürfe. Zu diesem Ende nun treiben der englische und der holländische Gesandte, Chetwynd und Van der Meer, den Herzog beständig an. Dieser dagegen legt alles auf mich, als ob es allein von mir abhinge, so daß jene Gesandten mir gegenüber ein Misvergnügen verspüren lassen wollen. Ich begegne ihnen mit allem Glimpf und habe ihnen mehrmals vorgestellt, daß man den Krieg auf diejenige Art führen müsse, wie es die Möglichkeit zuläßt, und des Herrn Dienst, auch des gemeinen Wesens Nutzen erfordert. Wenn sie aber ungeachtet aller Schwierigkeiten, die sie mit eigenen Augen sehen, dennoch die Unternehmung der Belagerung forderten: so würden sich die kaiser-

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough, vol. II, p. 251. — Coxe vol. II, p. 114.

[2]) Dangeau t. XI, p. 417. Vom 18. Juli.

lichen Truppen davon keineswegs absondern. Erst jedoch müsse die Wirkung des Feuers der Batterien von dem St. Katharinen-Berge abgewartet werden" [1]).

Dann aber fügt der Prinz Eugen seinem Berichte an den Kaiser, und, specieller noch, einige Tage später demjenigen an den König Carl III. in Barcelona die folgenden Worte hinzu: „Ich soll aber Ew. königlichen Majestät in allem Geheim allergehorsamst nicht verhalten, daß es, außer an Stücken und an Pulver, sonst an Allem fehlt, da weder die erforderlichen Requisiten und andere in dergleichen Fällen behörige Nothwendigkeiten, weder Bretter zu den Bettungen, noch Fuhrwerk vorhanden, sondern alles auf die kaiserliche Artillerie geschoben wird, welche hiergegen nicht erklecken kann, da außerdem auch sonst alle übrigen Anstalten gar schlecht bestellt sind, obschon man mich vorher, maßen diese Anstalten nicht unsererseits beschehen, versichert hat, daß es an nichts ermangeln werde" [2]).

Die von dem Prinzen Eugen hier vor dem Kaiser Joseph und dem Könige Carl III. erhobene Anklage richtet sich gegen die Oberleitung des Unternehmens, also gegen den Herzog Victor Amadeus. Es fragt sich, ob diese Anklage sich auf diejenige der Nachlässigkeit beschränkt.

Die Seemächte hatten dem Herzoge Victor Amadeus die Oberleitung des Ganzen gegeben, und zwar mit dem völligsten Vertrauen. Die Armee hatte bei dem schwierigen Marsche durch die Alpenpässe, wo selbst das Brot durch Maulthiere getragen werden mußte, kein Belagerungsmaterial fortschaffen können. Dies mußte durch die Flotte zugeführt werden. Die Vorbereitungen für die Unternehmung sollten endgültig festgestellt werden durch eine Vereinbarung zwischen dem Herzoge und dem Vice-Admiral Norris, der zu diesem Zwecke am 20. Mai in Turin eintraf. Er überreichte eine Denkschrift, die der Herzog mit seinen Antworten versah. In diesen Antworten ist in Betreff dessen, was die Flotte zu tragen habe, zuerst im Allgemeinen die Rede von Lebensmitteln, Munition, Zubehör der Artillerie,

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 180.

[2]) Bericht des Prinzen Eugen an Carl III., vom 9. August. Die Anklage tritt hier noch klarer hervor, als in demjenigen an den Kaiser.

hernach, bei der Specification, nur von der Zahl der Kanonen, den zugehörigen Lafetten und Kugeln. Von anderen zu einer Belagerung erforderlichen Geräthschaften findet sich kein Wort[1]). Demnach war nicht etwa in der Ausführung des Vereinbarten von untergeordneten Organen etwas versäumt, sondern in der Vereinbarung selbst waren wichtige Bestandtheile eines Belagerungsmateriales nicht erwähnt. Der Vorwurf der Unterlassung fiel also unmittelbar auf den Herzog selbst. Aber war dies nur eine Nachlässigkeit? Wenn der Prinz Eugen es nur dafür hielt, so hatte er nicht nöthig, seinen Berichten über eine augenfällige Thatsache an den Kaiser Joseph und an den König Carl III. die Worte: in allem Geheim — hinzuzufügen.

Es ist also mehr als das. Der Prinz Eugen spricht den Verdacht aus, daß der Herzog Victor Amadeus, durch die absichtliche Unterlassung des Nothwendigen, die Unternehmung gegen Toulon nicht habe gelingen lassen wollen.

Davon hatten freilich diejenigen, die es zunächst anging, die Engländer, die mit unbedingtem Vertrauen auf ihren theueren Liebling Victor Amadeus blickten, keine Ahnung.

Und zwar dies um so weniger, da Victor Amadeus sich angelegen sein ließ, die Engländer bei ihrer vorgefaßten Meinung zu erhalten, daß die Theilung der kaiserlichen Streitkräfte durch die gleichzeitige Expedition nach Neapel das etwaige Mislingen vor Toulon verschulde. In denselben Tagen, wo der Prinz Eugen sich bei Carl III. beschwerte, daß man ihm das Unternehmen einer Belagerung zumuthe, ohne für das erforderliche Material Sorge getragen zu haben, am 7. August, schrieb Victor Amadeus an Carl III.: „Wir stehen im Angesichte von Toulon, gegen dessen Belagerung sich jedoch schwere Hindernisse erheben, namentlich der Mangel an Infanterie, da die unsere geschwächt ist durch das Detachement nach Neapel, so wie durch die eingerissene Desertion“ [2]).

Wenn also Victor Amadeus, der dem Prinzen Eugen und durch diesen dem Kaiser seine Zustimmung für die Expedition nach Neapel

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 341, Art. 1 und S. 343, Art. 5.

[2]) Siamo qui a portata di Tolone, nella cui impresa s' incontrano gravissime difficoltà, per non haver noi da un canto fanteria sufficiente, diminuta dal staccamento di Napoli etc. — In den Hispanicis des k. k. Archivs.

ausgesprochen, dennoch die Dreistigkeit besaß, vor dem Könige Carl III. von Spanien die Schuld des etwaigen Mislingens vor Toulon jener Expedition aufzubürden: wie viel freigebiger wird er dann mit dieser seiner Anklage vor den Engländern gewesen sein, welche wünschten sie zu hören!

In entsprechender Weise richtete Victor Amadeus sein Verhalten ein gegenüber dem Prinzen Eugen. Was dieser schon dem Kaiser Joseph gemeldet, spricht er stärker noch dem Grafen Wratislaw aus. „Indem der Herzog, schreibt er, die großen Schwierigkeiten, ja Unmöglichkeiten dieser Unternehmung zum vollen einsieht, schiebt er vor den Engländern und Holländern alles auf mich ab. Dabei verfährt er mit der Schlauheit, daß er immer meine Befähigung lobt, und sagt, ich könne thun, was ich wolle. Bei jeder Frage, die sie an ihn richten, weist er sie an mich. Er sagt ihnen, daß er sehr geneigt für diese Unternehmung sei, daß er die Consequenzen derselben zum vollen erkenne, aber daß er nichts thun könne, was ich nicht für zweckmäßig halte“ [1]).

In den nächsten Tagen wurden die Aussichten nicht günstiger. Die Armee der Verbündeten wurde schwächer durch Krankheit und Desertion; diejenige der Franzosen stärker durch Nachschub. Am 10. August rückte Tessé in das verschanzte Lager ein mit fünfzehn neuen Bataillonen. Am 14. August gab der Prinz Eugen die feindliche Macht bereits auf sechzig Bataillone an. Aber der Zuzug war andauernd. Obwohl die Nachrichten aus Toulon nach Versailles meldeten, daß dort Niemand glaube, es werde zu einer wirklichen Belagerung kommen, beschloß der König noch am 13. August, aus den Truppen, die er aus Deutschland, aus Spanien, aus Belgien heranzog, eine neue Armee zu bilden und sie dem Commando seines Enkels, des Herzogs von Bourgogne, zu unterstellen, mit dem aus Spanien zurückberufenen Marschall Berwick als Berather ihm zur Seite [2]).

Unter den Persönlichkeiten von englischer Seite, welche die Schwierigkeit der Lage anerkannten, befand sich der Admiral Shovel

---

[1]) Coxe vol. II, p. 146. Vom 4. August.

[2]) Dangeau t. XI, p. 435. — Mémoires de Berwick t. I, p. 262. — Mémoires de Tessé t. II, p. 260.

selbst. Er meldet am 1./12. August dem Könige Carl III.: „Es thut mir sehr leid, Ew. Majestät nicht einen so guten Bericht über unsere Unternehmung hier abstatten zu können, wie ich es im Anfange hoffte. Seit achtzehn Tagen sind wir im Angesichte der Stadt Toulon; aber zur Zeit ist nur ein sehr geringer Anschein auf Erfolg. Denn durch die große Anzahl der Geschütze rundum, durch die starke Besatzung innerhalb der Stadt und durch die zahlreich aufgeworfenen Außenwerke haben unsere Gegner die Stadt in eine starke Festung verwandelt. Dazu ist die Zahl ihrer Truppen täglich so sehr im Ansteigen, daß sie der unsrigen fast gleich kommt. Der Erfolg unserer Unternehmung ist daher sehr zweifelhaft" [1]).

Ungeachtet der täglich sich ungünstiger gestaltenden Umstände forderten, wenn nicht Shovel selbst, dennoch andere Engländer die eigentliche Belagerung. Am 14. August berichtet der Prinz Eugen dem Kaiser: „Es hat abermals eine Unterredung mit der Admiralität der Seemächte statt gefunden, welche, obwohl sie den Krieg zu Lande nicht versteht, dennoch, ohne Gründe anzuhören, beständig bei ihrer ersten Meinung beharrt, und demgemäß immer wiederholt, daß wir um der Belagerung Toulons willen alles auf Glück oder Unglück stellen sollen, wo doch die pure Unmöglichkeit klar vor Augen liegt" [2]). In demselben Berichte wiederholt der Prinz Eugen noch einmal die ganz bestimmte Erklärung: „Die Belagerung Toulons ist eine unmögliche Sache, und zwar, weil aus den angegebenen Ursachen die feindliche Armee in ihrem verschanzten Lager nicht angegriffen, noch von dort vertrieben werden kann." Er wiederholt seine Beschwerde, daß die Flotte mit nichts Anderem aushelfen könne als mit Kanonen, Mörsern und Zubehör, daß es demnach an Allem fehle [3]).

Ja es erwuchs ihm im selben Berichte sogar die Besorgnis, daß vielmehr die Franzosen zur Offensive übergehen könnten, und daß dann die zuvor ihnen genommenen Höhen, wegen der Entfernung des Lagers von denselben, nicht zu behaupten sein würden. Diese Besorgnis ging zum Theile bereits am nächsten Tage in Erfüllung. In der

[1]) Hispanica des k. k. Archivs.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 182.
[3]) A. a. O. S 183.

Morgenfrühe überfiel Tessé mit weitaus überlegener Macht die Verschanzungen auf den Höhen von St. Katharina und Croix-Faron, und es gelang ihm, einen Theil derselben zu nehmen. In den Reden am Hofe zu Versailles schwoll der errungene Vortheil hoch empor: der Prinz Eugen dagegen meldete dem Kaiser, daß derselbe von keiner sonderlichen Folge sei, weil der Nachtheil nur zur Rechten, alle linksseitigen Batterien dagegen, auf die es ankomme, in ihrem Stande geblieben seien [1]).

Da der Gedanke einer Belagerung von Toulon sich als unausführbar bewies, so begnügten sich die Verbündeten, um der Stadt und der Flotte den möglichsten Schaden zuzufügen, mit einem Bombardement des Erreichbaren, sowohl zu Wasser wie zu Lande. Die Franzosen sahen dies als Anzeichen des bevorstehenden Abzuges an. In der That war dies die Absicht. Bevor derselbe angetreten wurde, erstattete der Prinz Eugen am 20. August noch einmal von La Valette aus dem Kaiser Bericht, mit nicht geringer Beschwerde über die Engländer. „Mit den Engländern, sagt er, gibt es immer etwas Neues. Denn, nachdem dieselben also beschaffen, daß, wenn sie sich etwas einbilden, sie auch dabei verbleiben, so wollen sie jetzt glauben, als ob man unsererseits bei dem Unternehmen vor Toulon nicht recht hätte zur Sache thun wollen. Dies ist — damit ich es vor Ew. kaiserlichen Majestät mit allerunterthänigstem Respecte richtig benenne — eine Narretei, die von dem bei dem Herzoge befindlichen englischen Gesandten Chetwynd herrührt, einem jungen, in Kriegssachen unerfahrenen Menschen. Andere, die den Krieg nur in etwas verstehen, sagen das gerade Widerspiel, und begreifen die Sachen, wie sie zu nehmen sind. Ja es dürfte auch wohl sein, daß den Engländern selber eine Schuld beigemessen werden könnte, weil sie nicht haben daran wollen, des Feindes Schanzen im Meere gleich anfänglich wegzunehmen, obgleich ich die Nothwendigkeit dessen vorgestellt und mich erboten habe, diejenigen auf dieser Seite zu emportiren, für die auf der anderen Seite aber Truppen einzuschiffen, um sie mit Hülfe der Flotte zu bezwingen" [2]).

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 185. — Dangeau t. XI, p. 443.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 186.

Zum Schlusse bittet der Prinz Eugen den Kaiser, diese Mittheilung geheim zu halten, damit keine Animosität erregt werde, und nur dann sie zu verwenden, wenn etwa von englischer Seite Beschwerde erhoben werde.

In Versailles scheint man dennoch sehr bald eine Kunde von diesem gleich im Beginne gemachten Vorschlage des Prinzen Eugen erhalten zu haben. Das Urtheil dort darüber liegt vor in einem Briefe der Frau von Maintenon an den Herzog von Noailles, vom 2. September, mit den Worten: „So verwegen auch das Unternehmen gegen Toulon war: es wäre gelungen, wenn man den Vorschlägen des Prinzen Eugen Glauben beigemessen hätte. Wie immer dem sei, es ist ein großes Glück“ [1]).

Die Unmöglichkeit, das verschanzte Lager der Feinde zu nehmen, das stetige Anwachsen der Zahl derselben, die Abnahme der eigenen Truppen durch Krankheit und Desertion, die Schwierigkeit der Verpflegung der Gesunden von der Flotte aus, weil jeder Windhauch die Communication unterbrach — alles dies drängte zum Entschlusse [2]). Das mehrere Tage andauernde Bombardement von Toulon hatte zugleich den Zweck, den beginnenden Abzug zu verdecken, der in mondheller Nacht vom 21. bis 22. August angetreten wurde. Auf die Meldung des Marschalls Tessé, vom 22. August, daß die Feinde im Abzuge begriffen, erwiderte der König, daß Tessé ihm den wichtigsten Dienst geleistet, den er zur Zeit habe empfangen können [3]).

Nach den Berichten der Franzosen hatte das mislungene Unternehmen den Verbündeten an 10,000 Mann gekostet [4]). Der Verlust der Franzosen war ungleich geringer, und selbst das Bombardement, weil aus zu weiter Ferne, hatte nicht großen Schaden angerichtet. Das Feuer war nur an zwei Linienschiffe gelangt, die im Hafen verbrannten.

Der Prinz Eugen leitete den Rückzug in solcher Art, daß die nachdrängenden französischen Generale, Tessé und Medavi, einen Angriff nicht wagten. Am 1. September überschritt die Armee der

---

[1]) Lettres de M. de Maintenon t. V, p. 101.

[2]) Vergl. den Bericht des Prinzen Eugen an Marlborough bei Coxe vol. II, p. 142.

[3]) Mémoires de Tessé t. II, p. 265.

[4]) Pelet t. VII, p. 152.

Verbündeten den Var, über welchen hinaus Tessé nicht weiter folgte. Der Prinz Eugen unternahm die Belagerung des von den Franzosen noch besetzten Susa und zwang, am 3. October, die Besatzung, sich kriegsgefangen zu geben. Dadurch war der Weg nach Savoyen und in die Dauphiné offen [1]).

Urtheile über das Mislingen der Unternehmung gegen Toulon.

Das Mislingen der Unternehmung gegen Toulon blieb indessen noch längere Zeit hindurch eine Frage lebhafter Erörterung. Auch nachher beharrten die Engländer dabei, daß der Plan zweckmäßig gewesen sei. Auf einen Zweifel daran von Seiten Wratislaws entgegnete Marlborough: „Glauben Sie mir, daß es auch nicht Einen Engländer gibt, der jemals diesen Plan desavouiren wird. Im Gegentheile, ich bin überzeugt, daß, wenn wir mehr Truppen gehabt hätten, oder um fünf Tage eher angekommen wären, der Plan hätte gelingen müssen" [2]).

Wenn diese Ansicht Marlboroughs richtig war, so hätten sich folgerecht beide Beschwerden gegen den Herzog Victor Amadeus als den Oberanführer wenden müssen. Er hatte zwar, den Engländern gegenüber, nicht eine eigene Meinung über die Truppenzahl ausgesprochen, sondern sich auf die Versicherung des Prinzen Eugen berufen, daß 35,000 Mann ausreichen würden; aber, indem er als Oberanführer keinen Zweifel dagegen laut werden ließ, lag darin eine indirecte Zustimmung. Daß die Verspätung der Ankunft vor Toulon zur Rettung der Stadt gedient hatte, ward auch von französischer Seite durchaus anerkannt. Es ward damals oft hervorgehoben, daß die Armee von der Mündung des Var bis nach La Valette bei Toulon vierzehn Tage gebraucht habe. Aber auch die Verspätung fällt in erster Linie der Oberleitung zur Last.

Dennoch ist es auffallend zu sehen, wie von englischer Seite jegliches Mistrauen gegen Victor Amadeus oder dessen Organe zurück-

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 196. — Mémoires de Tessé, t. II, p. 274.

[2]) Murray vol. II, p. 607.

gewiesen wurde. Wratislaw hatte bei Marlborough eine Andeutung dahin gemacht, daß man in London überhaupt allzu viel Vertrauen in Victor Amadeus setze. Marlborough entgegnete: „Wir haben Rücksichten für diesen Fürsten, wenn auch nicht so weit gehend, daß wir uns seinem Gebote fügen; aber ich will Ihnen auch offen sagen, daß ich von seiner Aufrichtigkeit eine bessere Vorstellung habe als Sie“ [1]). Aehnlich stand es nach wie vor mit dem savoyischen Gesandten Briançon in London, dessen Briefe, im Juni, für Ludwig XIV. in Betreff Toulons so wichtig geworden waren. Gerade damals, am 1. Juli, meldeten die kaiserlichen Vertreter aus London: „Uns gegenüber sind die englischen Minister schweigsam: vor dem Savoyarden haben sie kein Geheimnis“ [2]). Als die Nachricht des Abzuges von Toulon in London ankam, am 2. September, begann Briançon sofort im Sinne der Engländer zu reden, wie er es drei Monate zuvor in Aussicht gestellt, daß die Expedition nach Neapel die Schuld an dem Fehlschlagen trage. Die Entgegnungen der Kaiserlichen verhallten [3]).

Weniger stark war die Voreingenommenheit zu Gunsten des Herzogs Victor Amadeus in Holland. Dort regte sich bereits im September einiger Zweifel, ob denn auch wohl der Herzog für die Expedition gegen Toulon allen guten Willen bewiesen habe. Die Meldung darüber nach Wien erregte dort die Meinung, daß auch in England derselbe Zweifel laut werde. Auf den Ausdruck dieser Meinung antwortete der Resident Hoffmann: „Ich halte mich für verpflichtet, zu berichten, daß, was den hiesigen Hof betrifft, sich nicht die geringste Abneigung noch Erkaltung gegen den Herzog spüren läßt, daß vielmehr dessen Gesandter Briançon sich von Seiten der englischen Minister immer noch des vollen Vertrauens erfreut. Neulich sagte ich dem Staats-Secretär Sunderland: in Betreff Toulons habe wenigstens der Prinz Eugen sein Bestes gethan. Darauf fuhr er im Eifer heraus: man habe doch gewiß auch Ursache, mit dem Herzoge Victor Amadeus zufrieden zu sein“ [4]).

---

[1]) Murray vol. II, p. 607. Vom 2. October.
[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 1. Juli.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 6. September.
[4]) Desgleichen vom 1. November.

Eben damals erschien in London eine Schrift in der Form eines Briefes eines Ministers zu Turin an einen General über die Expedition gegen Toulon. Sie warf die Schuld der Vereitelung derselben auf den Kaiser, und speciell auf die Unternehmung nach Neapel. „Diese zur Unzeit vorgenommene Diversion, sagt sie, hat den fatalsten Streich, den man jemals gegen Frankreich vorgehabt, abgewendet, und dadurch Spanien, das Reich und vielleicht die kaiserliche Dignität in eine sichtbare Gefahr gebracht." Die Verherrlichung des Herzogs Victor Amadeus in der Schrift beließ dem Residenten Hoffmann keinen Zweifel über den Ursprung. Er wandte sich mit nachdrücklicher Beschwerde an Briançon. Eben damals war der Admiral Shovel auf der Heimkehr an den Scilly-Inseln gescheitert, und mit seiner gesammten Mannschaft ertrunken. Hoffmann fragte, ob auch daran der Kaiser die Schuld trage [1]).

Nachdrücklicher dürfte die Beschwerde des kaiserlichen Vertreters ausgefallen sein, wenn er eine Ahnung gehabt hätte von den Briefen Briançons, die im Juni in die Hände Ludwigs XIV. gerathen waren.

Für die Engländer löste sich das Räthsel von Toulon nicht, wenigstens nicht während des Krieges; denn die Vorliebe des Hofes wie der Nation blieb unausgesetzt dem Herzoge Victor Amadeus zugewandt.

Englische Geschichtswerke der damaligen Zeit wie der späteren nahmen alle jene Anschuldigungen des Herzogs Victor Amadeus wider den Kaiser als Thatsachen auf [2]).

Nach dem Kriege jedoch entstanden bei verschiedenen Nationen Geschichtswerke, ein holländisches, ein französisches, ein österreichisches, welche sämmtlich, und zwar unabhängig von einander, für die Vereitelung des Unternehmens noch einen besonderen Druck auf Victor Amadeus anführen, ausgeübt durch eine mächtige Persönlichkeit, deren

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. November.

[2]) Beispielsweise erwähne ich Burnet's History of his own time (London edition 1857) p. 810. — Somerville's Queen Anne p. 241. — Auch die Uebersicht bei Murray vol. III, p. 579 ist nicht frei von dieser Tradition. — Aehnlich Lord Stanhope's Reign of Queen Anne p. 307. — Dagegen scheint Lord Walpole of Woolerton's Answer to L. Bolingbroke's letters on history — in England wie vergessen zu sein.

zu erwähnen die bisherige Darstellung keinen Anlaß gab, den König Carl XII. von Schweden.

Zuerst trat mit dieser Ansicht auf der Holländer Lamberty. „Während Carl XII. in Sachsen stand, meldet er, suchte der König von Frankreich ihn gegen den Kaiser zu gewinnen. Er schickte zu diesem Zwecke seinen Gesandten Bezenval, und zu diesem gesellte sich Monasterol für den Kurfürsten von Bayern. Sie gewannen den Grafen Piper, welcher bei Carl XII. großen Einfluß hatte. Carl XII., der wiederholt den Verbündeten das Versprechen gegeben, nichts wider sie zu unternehmen, sah sich in Verlegenheit. Er faßte jedoch den Entschluß, schroffer gegen den Kaiser zu werden, und übermäßige Forderungen zu erheben, die er stützte durch die Drohung des Einmarsches in Schlesien und Böhmen. Der Kaiser suchte den Sturm zu beschwören, indem er den Forderungen nachgab. Während man über einen Vertrag verhandelte, kam die Nachricht der Unternehmung gegen Toulon ein. In dem Wunsche, die Eroberung dieser Stadt zu hindern, ließ der König Carl XII. in tiefstem Geheim eine Mahnung an den Herzog Victor Amadeus gelangen. Er möge nicht darauf bestehen, hieß es darin, Toulon nehmen zu wollen; denn im Falle dieser Einnahme werde der König in die Erblande des Kaisers einrücken. Dadurch würden die Angelegenheiten der Verbündeten gegenüber Frankreich eine ganz andere Gestalt gewinnen, und alle bisher errungenen Vortheile derselben zu nichte werden, um so mehr, da in diesem Falle ein Reichsfürst (Max Emanuel von Bayern) sich dem Könige zugesellen würde. Vor allem aber ließ der König Carl XII. von dem Herzoge Victor Amadeus fordern, diese Sache geheim zu halten. Der Herzog als ein scharfsinniger Fürst, dessen Einsicht bei allen Gelegenheiten hervorgeleuchtet hat, machte seine wohl durchdachten Erwägungen. Er kannte die Festigkeit des Königs in seinen Entschlüssen. Die glücklichen Erfolge, die bisher ihn begleitet, gaben zu denken. Im Grunde handelte es sich nur um einen festen Platz, den man nicht behaupten, sondern zerstören wollte. Dazu hatte die Niederlage von Almanza noch weitere Verluste in Spanien nach sich gezogen. Auch in Belgien verlief der Feldzug nicht nach Wunsch. Indem der Herzog dies alles reiflich erwog, neigte er sich mit beispielloser Großmuth dahin, das Interesse der allgemeinen Sache dem Vortheile der Einnahme von

Toulon und seinem eigenen Ruhme vorzuziehen. — Das ist die geheime Triebfeder des Aufgebens der Unternehmung gegen Toulon. Da die Welt bisher über diese Dinge in Unkunde geblieben ist, so mag vielleicht der Eine oder der Andere geneigt sein, diesen Bericht für eine Erfindung zu halten. Wir haben jedoch als Bürgen der Wahrheit Se. königliche Hoheit selbst, welche geruht hat, sich darüber zu Standespersonen auszusprechen" [1]).

Die subjective Wahrhaftigkeit des Holländers Lamberty, für die sein ganzes Werk Zeugnis ablegt, dürfte nicht anzuzweifeln sein. Demgemäß ist anzunehmen, daß er den ganzen Absatz, so wie er ist, fertig im Auftrage des Herzogs Victor Amadeus überkommen hat. Dafür sprechen auch die verschiedenen Verkehrungen der Thatsachen. Es war im Jahre 1707 nicht die Absicht Marlboroughs und anderer Engländer, den Seekriegshafen Toulon zu zerstören, sondern ihn zu behalten, und durch ihn die Herrschaft über das Mittelmeer für England zu sichern [2]). Für den savoyischen Ursprung der Darlegung spricht ferner die Verkehrung eines Actes der Untreue an den Bundesgenossen in einen Act der Großmuth für die gemeine Sache.

Der Ursprung der Darlegung bei Lamberty scheint der folgende zu sein. Der Herzog Victor Amadeus, indem er daran verzweifelte, seine Untreue von 1707 gegen England verborgen halten zu können, suchte die Sache dadurch zu wenden, daß er in einem großen Geschichtswerke sie als ein Verdienst um Europa darstellen ließ.

Der zweite Historiker, der, ebenfalls ohne Angabe bestimmter Documente, jedoch augenscheinlich nicht ohne Kenntnis der Nachrichten bei Lamberty, der Einwirkung von Carl XII. auf Victor Amadeus das Fehlschlagen der Unternehmung gegen Toulon beimißt, und zwar nicht zum Tadel des Herzogs, sondern zum Lobe seiner Einsicht, ist der Franzose La Lande, im Jahre 1743 [3]).

---

[1]) Mémoires de Lamberty t. IV, p. 569. Der Band ist erschienen 1727. — Die ganze Stelle ist, ziemlich wörtlich, aufgenommen in Rapin Thoyras, Histoire d'Angleterre t. IV, p. 216.

[2]) Murray vol. III, p. 467. 491.

[3]) La Lande, Histoire de l'Empereur Charles VI. t. II, p. 197 et suiv.

England in den Differenzen des Herzogs mit dem Kaiser. Die Gefahren dagegen waren groß. Die Herrschaft der Engländer über das Mittelmeer würde auf die Dauer nicht bloß für Frankreich und andere Länder, sondern auch für Piemont selbst lästige Folgen nach sich ziehen. Namentlich aber stand dem Herzoge Victor Amadeus in sicherer Aussicht der andauernde Haß nicht bloß Ludwigs XIV., sondern der gesammten französischen Nation. Der Engländer Hill erkannte dies und drückte es aus mit den Worten, daß Victor Amadeus nicht eine Todsünde gegen Frankreich auf sich laden wolle, die man ihm dort nimmer vergeben werde.

Die Gier nach dem Besitze von Toulon bei den leitenden Persönlichkeiten von England, deren Aeußerungen wir wiederholt vernommen haben, machte sie unempfänglich für die Warnung, die in dem Berichte jener Wahrnehmung des Gesandten Hill lag, machte dagegen sie bereitwillig für die Wünsche des Herzogs Victor Amadeus. Indem dieser windungsreiche, vielerfahrene Mann erkannte, daß die Engländer Jahr auf Jahr hartnäckig festhielten an dem Plane gegen Toulon, war es sein Bestreben, aus diesem Plane für sich alle erreichbaren Vortheile zu ziehen, den Plan selber aber, wie er später sagte, im allgemeinen Interesse Europas, nicht gelingen zu lassen.

Im Frühlinge 1705 war die Ausrüstung der großen englischen Flotte in erster Linie bestimmt gegen Toulon. Der savoyische Gesandte in London, Graf Briançon, entwickelte den Plan in einem ausführlichen Schreiben vom 7. April. Dasselbe war adressirt an den Herzog Victor Amadeus; aber es verfehlte des Weges und gelangte nach Versailles. Immerhin konnte es aufgefangen sein.

Im Jahre 1707 ward der Plan von englischer Seite neu angeregt, und zwar als derjenige, dem alles Andere nachzustehen habe. Die erste Bedingung war das Geheimnis. In der That ward das Geheimnis bewahrt bis in den Monat Juni. Wenn, was sehr zweifelhaft, dem Könige Ludwig eine Abschrift des Briefes der Königin an den Kaiser vom 6./17. Mai eingeschickt war, so schlug diese erste Nachricht dort noch nicht durch. Erst als wiederum wie im Jahre 1705, und zwar dies Mal mehrere Briefe des Savoyarden Briançon von London aus ihren Weg nicht nach Turin, sondern nach Versailles fanden, kam Ludwig XIV. zur Ueberzeugung, und erließ,

vom 19. Juni an, die Befehle, um Toulon in Vertheidigungsstand zu setzen.

In denselben Tagen äußerte Briançon in London seine Ansicht, daß, bei der vorbereiteten Stimmung der Engländer, es, im Falle des Mislingens der Unternehmung gegen Toulon, nicht schwer sein werde, den Kaiserlichen die Schuld beizumessen. In Briançon setzten die englischen Minister ihr volles Vertrauen.

Wie der Diener, so der Herr. Victor Amadeus wand sich glatt zwischen den Kaiserlichen und den Engländern herdurch. Dem Prinzen Eugen gegenüber verstummte sein Einwand gegen die Expedition nach Neapel; bei den Engländern galt er in dieser Sache als ihnen völlig gleichgesinnt. Er ordnete an, was an Belagerungsgeräth die Flotte nach Toulon zu tragen hatte; aber diese Anordnungen betrafen Kanonen und Laffetten, Kugeln und Pulver. Alles andere zu einer Belagerung erforderliche Geräth und Werkzeug fehlte.

Diese Uebereinkunft, die nicht ein Zeugnis dafür ablegt, daß der Herzog Victor Amadeus das Gelingen einer Belagerung von Toulon aufrichtig wollte, ward abgeschlossen noch im Mai. Demnach ging sie jeder Einwirkung Carls XII. auf den Herzog Victor Amadeus vorher. Eine Einwirkung solcher Art konnte erst eintreten, nachdem Carl XII. eine Kunde des Planes hatte. Bei Ludwig XIV. finden wir die sichere Kunde erst vom 19. Juni an, bei Carl XII. also jedenfalls um einige Tage später. Die Einwirkung, die Carl XII. auf Victor Amadeus geübt hat, kann sich demnach hauptsächlich nur auf das Zaudern mit dem Marsche beziehen, auf die lange Dauer desselben von der Mündung des Var bis zu La Valette bei Toulon. Immerhin ja ist es möglich, daß Marlborough Recht hatte mit den Worten: „Fünf Tage eher vor Toulon, und alles wäre gelungen."

Die Einwirkung, welche kundige Zeitgenossen, unter ihnen, nach jenen Versicherungen bei Lamberty und La Laude, der Herzog Victor Amadeus selbst, damals dem Könige Carl XII. von Schweden zuschrieben, führt uns zu diesem in das Lager von Alt-Ranstadt.

Der Schwedenkönig Carl XII. in Sachsen.

Die Zeit bis zur Anerkennung des Königs Stanislaus durch Kaiser Joseph I., 6. März.

Carl XII. hatte durch den Friedensschluß von Alt-Ranstadt formell seinen Hauptzweck in so weit erreicht, daß August II. sich selber der polnischen Krone begeben hatte. Aber es fragte sich noch um die Ausführung und um die Anerkennung dieses Friedensschlusses, sowohl in Polen selbst, als von den anderen Mächten Europas. In Polen hielt der Primas Szembeck und die Conföderation von Sendomir an August II., der auf Befehl Carls XII. dagegen protestiren mußte. Stanislaus war bei seinem Gönner in Sachsen: der eigentliche Herr in Polen war der Czar Peter. Carl XII. schien für Monate lang Polen wie aus den Augen verloren zu haben, und zunächst nur dahin zu trachten, die völlige Ausführung des Friedensschlusses bei August II. durchzusetzen und die Anerkennung Westeuropas für seinen Schützling Stanislaus zu erlangen. Dieser hatte, nach der Verkündigung des Friedesschlusses von Alt-Ranstadt, sein neues Königthum sämmtlichen Mächten gemeldet. In London war man von Anfang an geneigt, im Haag ungleich weniger[1]). Wichtiger jedoch als an diesen beiden Orten war die Entscheidung, die über diese Frage in Wien getroffen wurde. Denn dort lag die Mahnung näher, daß hinter der Forderung der Anerkennung von Stanislaus eine Armee von 30,000 Mann stand. Vom Beginne des Jahres an ward die Frage der Anerkennung in Wien lebhaft erwogen.

Die Richtschnur des Verhaltens, welche der Kaiser Joseph I. dabei beobachten wollte, gab er seinen Gesandten in London und im Haag, Gallas und Goes, mit den Worten an: „Die Umstände erfordern das Werk mit solcher Vorsicht und Prudenz zu behandeln, daß man, nach unseren Principien, dem Könige von Schweden auch nicht die geringste Ursache zu einiger Unlust gebe“[2]).

---

[1]) Hoffmanns Berichte im Januar.

[2]) Kaiserliches Rescript an dem Grafen Gallas, vom 5. Januar. Im Gräflich Clam-Gallas'schen Archiv.

Ein besonderer Punct konnte möglicher Weise Schwierigkeiten erregen. Der Friedensschluß besagte, daß August II. die in seinem Dienste befindlichen Russen dem Schwedenkönige ausliefern solle. Nun waren aber vor dem Friedensschlusse reichlich 1200 Russen aus Sachsen ausgetreten und in den kaiserlichen Dienst aufgenommen. „Es kann daher, schreibt der Kaiser an Sinzendorf, seinen Gesandten bei Carl XII., uns und dem Reiche nicht zugemuthet werden, diese Truppen, nachdem sie wie ein Reichs-Contingent gedient, in die schwedische Gefangenschaft auszuliefern." Sinzendorf erhielt den Auftrag, dies gelegentlich dem Grafen Piper auszusprechen [1]).

Ein anderer schwieriger Punct in Wien war die Persönlichkeit des Stanislaus Lescinski selbst. Er war früher französisch gesinnt gewesen, und man wußte in Wien nicht, wie er zu Franz Rakoczy stand. Dagegen hatte man sichere Nachricht, daß der Czar Peter, für den Fall der kaiserlichen Anerkennung des Stanislaus, gedroht hatte, den rebellischen Ungarn Hülfe zu leisten. „Carl XII. kann uns daher nicht verdenken, meinte der Kaiser, wenn wir verlangen, daß Stanislaus für die Anerkennung einige Verbindlichkeiten auf sich nehme" [2]).

Auf den Empfang dieses Rescriptes erklärte Sinzendorf den schwedischen Ministern, daß der Kaiser nicht abgeneigt sei, Stanislaus anzuerkennen. Die Erklärung ward mit Betheuerungen der Dankbarkeit vernommen [3]). Dann jedoch hielt er die Hindernisse entgegen. Zuerst fehle noch die Notification von Seiten August's II. Piper erwiederte: das eben sei ein Hauptpunct der Beschwerden gegen August II. — Sinzendorf fuhr fort: der Kaiser sei darauf aus, sich mit den Seemächten über die Frage zu verständigen. Piper entgegnete: eine Zustimmung der Seemächte sei doch für den Kaiser nicht erforderlich. — Sinzendorf hielt weiter entgegen, daß ein großer Theil von Polen nicht für Stanislaus sei. Piper versetzte: dieser Theil sei geringer, als derjenige im Jahre 1697 für den Prinzen Conti. — Sinzendorf fragte, ob sich denn der Kaiser in Betreff Bayerns und Ungarns auf Carl XII. verlassen

---

[1]) Kaiserliches Rescript an Sinzendorf, vom 2. Januar.

[2]) Desgleichen vom 29. Januar. — Für diese ganze Abhandlung haben wesentlich die Suecica des k. k. Haus-, Hof- und Staats-Archivs gedient.

[3]) Ausführlicher Bericht Sinzendorfs, vom 3. Februar

könne. Piper antwortete, daß die Erklärung Carls XII. über die Rebellion in Ungarn aller Welt vorliege. Für Max Emanuel werde er sich nicht einmischen; aber sich nach Regensburg hin öffentlich gegen ihn auszusprechen, sei bedenklich, weil das fürstliche Collegium dort Beschwerde führe, daß die Acht über Max Emanuel ohne seinen Consens ausgesprochen sei. Bei diesem Anlasse kam Piper auf Kurpfalz. Nach dem Czaren Peter, sagte er, sei dem Könige Niemand mehr zuwider als dieser Kurfürst, weil derselbe im September zuvor wider den schwedischen Einmarsch in Sachsen am lautesten geredet.

Dann kam die russische Mannschaft im Dienste des Kaisers zur Sprache. Die hauptsächliche Besorgnis der Schweden war, daß diese Russen an deutsche Disciplin und deutsche Kriegsführung gewöhnt würden. Sinzendorf erwiederte, daß man nicht — wie es der russische Gesandte Huyssen in Wien verlangt — sie beisammen gelassen, sondern als Rekruten in die Regimenter eingetheilt habe. Er wiederholte dann mit Nachdruck, daß diese vor dem Friedensschlusse von Alt-Ranstadt ausgetretenen Russen nicht unter denselben begriffen werden könnten. Der Graf Piper und der General Rennschild entgegneten, daß nach dem Vertrage der König Carl XII. allerdings befugt sei, diese Truppen von August II. zu fordern. Aber auch darin werde Carl XII., wenn nur erst Stanislaus anerkannt sei, seine Verehrung für Kaiser und Reich beweisen.

Dann erschien bei Sinzendorf der Pole Jablonowski, ein Sohn des Feldherrn bei Wien im Jahre 1683, Verwandter und Minister des Königs Stanislaus. Sinzendorf verlangte von ihm eine Erklärung über das Verhalten von Stanislaus zu der Rebellion in Ungarn. Jablonowski antwortete: „Der größte und der vornehmste Theil von Polen ist von den Moskoviten besetzt. Deshalb kann der König Stanislaus nicht dahin gehen, sondern muß warten, bis der König von Schweden mit seiner ganzen Macht, die bis zu 40,000 Mann ansteigen wird, ihn dahin geleitet. Dann wird bald alles ein anderes Aussehen gewinnen, und der Reichstag wird die Bündnisse mit dem Kaiser in solenner Weise erneuern."

Sinzendorf traute nicht völlig; denn Jablonowski, weil mit einer Französin aus dem Hause Bethune verheirathet, galt Vielen als französisch. Sinzendorf schildert in derber Weise die Hinneigung vieler

Polen zu Frankreich. Diese Seuche, sagt er, ist dort dergestalt eingewurzelt, daß, gleich wie die Polen derselben bisher Hab und Gut, Freiheit und alle Wohlfahrt geopfert, sie dies Uebel auch noch nicht als solches zu erkennen scheinen."

Weniger schien dies von den Schweden, oder doch den Häuptern derselben zu besorgen zu sein. Im Januar gelang es der Fürstin Rakoczy, die mit kaiserlicher Erlaubnis in Carlsbad weilte, durch Hülfe schwedischer Officiere von dort nach Leipzig zu entkommen. Auf die Nachricht dessen begab sich Sinzendorf sogleich zum Grafen Piper, der, in Gegenwart der Staats-Secretäre Hermelin und Cederhielm, in die Worte ausbrach: „Nun, Gott strafe mich, wenn nicht darunter die französische Faction verborgen ist, um bei den Verbündeten ein Mistrauen gegen meinen König zu erwecken. Aber Gott gebe, daß der König den Namen eines der Officiere, die dabei betheiligt sein sollen, erfahre: so wird er an ihm ein Exempel statuiren." — Nach weiteren Reden versicherte Piper: der König werde die Rakoczy nicht zur Audienz vorlassen: er habe einen wahren Abscheu, sich in fremde Händel zu mischen. — Hernach erfuhr man, daß der Leiter des Fluchtplanes ein General Sparre war, durchaus französisch gesinnt, der aber vor der Ausführung sich die Erlaubnis erwirkt hatte, sich nach Berlin zu begeben. Das ausführende Organ war ein Major Falkenberg.

Sinzendorf faßte sein Urtheil über die Frage der französischen Gesinnung Carls XII. und seiner Räthe zusammen wie folgt[1]). „Es ist unmöglich, in das Innere des menschlichen Herzens zu schauen: so viel aber nach äußerlichen Bezeugungen als glaubhaft angenommen werden kann, so unterlassen die schwedischen Minister nichts, um durch alle ersinnlichen Betheuerungen mir zu versichern, daß der König nicht das geringste Ew. kaiserlichen Majestät nachtheilige Verständnis, viel weniger denn eine Correspondenz mit Frankreich hat. Als ich gelegentlich bei dem Grafen Piper erwähnte, daß es in Frankreich hieße: es seien dort verschiedene Couriere mit Briefen vom Könige von Schweden angekommen, schwur er mir, daß sein König seit zwei Jahren nicht Einen Buchstaben an den König von Frankreich geschrieben, daß er auch die Notification des Friedens dort eben so wie an anderen Höfen

[1]) Bericht vom 3. Februar.

nur mündlich durch seinen Gesandten habe ausrichten lassen. Viele Officiere allerdings, sagte Piper, seien für Frankreich geneigt; aber man möge unterscheiden zwischen solchen Gesinnungen und der Intention des Königs. Er versprach weiter, daß der König auf meine Beschwerden über die Insolenz der schwedischen Werber ein Einsehen thun würde."

„Den äußerlichen Bezeugungen nach kann ich also zur Zeit von diesem Hofe nicht mehr verlangen. Nachdrücklicher werde ich in denselben dringen können, wenn erst die Anerkennung des Stanislaus erfolgt ist. Bis dahin verbleibt allezeit einiges Mistrauen und heimliche Unzufriedenheit, die den Widersachern Anlaß zum Anblasen gibt. Obwohl der französische Gesandte Bonac in Danzig nicht hierher kommt, so ist doch an französischen Emissären kein Mangel. Es befindet sich hier am Hofe des Stanislaus der Prinz Alexander Sobieski, Schwager des gewesenen Kurfürsten von Bayern. Ferner ist hier dessen früherer Minister, der Graf Monasterol, mit französischen Secretären. Sie verbreiten das Gerücht, welches jedoch die schwedischen Minister verneinen, daß auch Max Emanuel selber kommen werde. Sicher ist schon jetzt, daß vor dem Monate Mai die schwedische Armee von hier nicht aufbrechen wird."

Unterdessen kam, in den ersten Tagen des Monates Februar, mit der Anerkennung des Stanislaus der König Friedrich I. von Preußen allen anderen Mächten zuvor. Sein Minister Printzen reiste von Alt-Ranstadt aus binnen acht Tagen zweimal in aller Stille nach Berlin. Das Ergebnis war die gegenseitige Anerkennung Friedrichs I. und Stanislaus. Es geschah zu nicht geringem Verdrusse der anderen Gesandten, weil der Gedanke, für eine gemeinsame Anerkennung von Seiten aller Mächte der Allianz bei Carl XII. Concessionen zu erwirken, durch dies heimliche Vorgehen durchkreuzt wurde, während Friedrich I. sich dadurch bei den Schweden ein Verdienst erwarb.

In der That wollte Carl XII. die Anerkennung für Stanislaus von jeder der Mächte einzeln. Jene Aeußerung Sinzendorfs, daß der Kaiser die Anerkennung mit den Seemächten vereinbaren wolle, erregte ihn. Er schickte den Staats-Secretär Cederhielm zu Sinzendorf, um dies Befremden auszusprechen. Es handele sich ja zunächst nur, sagte dieser, um die Anerkennung und nicht um eine Garantie. Die

Verzögerung falle dem Könige um so empfindlicher, da er und Stanislaus von ihrer Seite alles thäten, was dienen könnte, ihre Hochschätzung für den Kaiser und das Verlangen nach einer wahren und aufrichtigen Freundschaft mit ihm an den Tag zu legen. Habe von dem schwedisch-polnischen Kriege der König von Frankreich jemals einen Vortheil gezogen, so sei dies geschehen ohne die Absicht Carls XII., und außer seinem Vermögen es zu hindern. Dann fuhr Cederhielm, wie aus sich selber, fort mit folgenden Worten: „Obwohl der Krieg mit August beendet, so steht noch meinem Könige derjenige mit Moskau bevor, welcher, wegen der weit gedehnten Länderstrecken, noch mehr Mannschaft erfordert. Dies um so mehr, da der König nicht gesinnt ist, es auf einen langen Krieg, in welchem die ohnehin schon ziemlich erschöpften schwedischen Länder endlich würden unterliegen müssen, mit Moskau ankommen zu lassen. Denn der Czar kann länger verlieren als Schweden gewinnen. Daher muß der Krieg mit starkem Nachdrucke gleich in das Herz von Moskau getragen werden, damit man dort so schleunig wie möglich ihn mit Vortheil zu Ende führen kann. Zu diesem Zwecke bringt der König jetzt eine Armee zusammen, so stark, wie noch niemals einer seiner Vorfahren eine solche ins Feld geführt hat, in der Voraussicht, daß die Entfernung vielleicht so bald nicht zulassen wird, dieselbe zu rekrutiren. Von Moskau allein wird der König seinen Schadenersatz begehren; denn in Polen hat er nur für seinen Ruhm und seine Sicherheit gekriegt." Cederhielm schloß: „Ich habe nur aus mir selbst gesprochen, weil es mir zu Herzen geht, wenn eine so gute Harmonie und aufrichtige Freundschaft des Königs mit dem Kaiser, wie sie bisher bestanden, bei dieser Gelegenheit durch die Verzögerung der Anerkennung einen Anstoß erleiden, und dadurch in dem für seine Freunde eben so eifrigen, wie andererseits empfindlichen Gemüthe des Königs ein Kaltsinn entstehen würde"[1]).

Sinzendorf stellte noch einige weitere Fragen. Cederhielm antwortete: er habe den Prinzen Alexander Sobieski vor dem Monasterol gewarnt. Dieser sei nicht der frühere bayerische Minister, sondern ein Bruder desselben, in seinen Augen ein Betrüger. — Beide Könige hätten der Fürstin Rakoczy sagen lassen, daß sie nicht in der Lage

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 10. Februar.

seien, sie in ihre Protection zu nehmen. Die Fürstin sei leidend in Folge ihres Falles, und lebe in der Furcht, daß Sinzendorf etwas gegen sie unternehme. — Es gelang ihr dann, nach Berlin weiter zu flüchten, und dort bei Friedrich I. gastliche Aufnahme zu finden.

„Vor der Anerkennung, schloß Sinzendorf seinen Bericht, ist weiter gar nichts auszurichten."

Mit der Kundgebung des Cederhielm an Sinzendorf über den weiteren Kriegsplan Carls XII., im Februar, stimmt wesentlich überein eine andere. Der holsteinische Freiherr von Görtz, der damals in der Gunst Carls XII. empor kam, stand zugleich in Beziehung mit Hannover. Am 13. Februar berichtete er, von Leipzig aus, dem Rath Robethon in Hannover: „Die Fortsetzung des Krieges gegen Moskau ist eine beschlossene Thatsache; aber man scheint zugleich der Meinung zu sein, daß die Sache keine Eile habe, sondern nach Belieben vorgenommen werden könne. Eben so sicher ist aber auch, daß der König gar keine Beziehungen zu Frankreich hat und für das Interesse dieser Macht durchaus nicht eintreten wird, sondern der Ansicht ist: es schade nicht, wenn sie bis auf den Stand des Friedens von Münster hinab gedrückt werde. — Anders vielleicht denkt er über die Sache der zwei Kurfürsten von Köln und Bayern und über deren Herstellung"[1]).

Der Kurfürst Georg Ludwig ließ darauf erwiedern, daß die Angelegenheit der bayerischen Brüder auf den allgemeinen Friedensschluß zu verweisen sei. Görtz fand damit bei Carl XII. Eingang. „Wenn ich mich nicht sehr irre, antwortete er, wird der König sich demgemäß verhalten. Auch scheint es mir, daß er die Reichsacht über den Kurfürsten nicht wegen dessen Person ungerecht findet, sondern nur in Betreff des Verfahrens damit nicht einverstanden ist. Kurz ich möchte fast dafür bürgen, daß weder diese Angelegenheit, noch irgend eine andere im Reiche einen Gegenstand des Streites mit dem Könige von Schweden abgeben wird. Nach meiner Ueberzeugung könnten nur etwa die holsteinischen Angelegenheiten den König von dem Feldzuge gegen den Czaren abwenden, und der Graf Piper spricht dies den hier anwesenden Gesandten der Seemächte geradezu aus"[2]).

[1]) Schreiben vom 13. Februar in den Robethon-Papieren des Stadt-Archivs Hannover.

[2]) Schreiben vom 5. März, eben dort.

Das Ergebnis also ist, daß im Monate Februar der König Carl XII. keine dem Kaiser feindselige, dem Könige von Frankreich freundliche Gesinnung bethätigte, aber mit Nachdruck von jenem die Anerkennung seines Schützlings Stanislaus verlangte.

In einer Conferenz der kaiserlichen Minister, am 13. Februar, ward dies alles erwogen. Man kam überein: der König von Schweden habe sich bisher so gehalten, daß man sich seiner mehr zu loben als zu beklagen habe. Damit man jedoch sich nicht denselben Vorwurf zuziehe, wie Preußen, sei die Anerkennung des Stanislaus hinaus zu setzen bis auf die Vereinbarung darüber mit den Seemächten[1]). Die Notification des Verzichtes von Seiten des Königs August, gemäß dem Frieden von Alt-Ranstadt, war damals in den Händen der Mächte, in England jedoch erst seit dem Beginne des Monates.

Inzwischen kamen die dringenden Mahnungen Sinzendorfs ein, vom 10. Februar, sowie dann ein Schreiben Marlboroughs aus St. James, an den Fürsten Salm. Es enthielt die Worte: „Wir sind hier geneigt, um dem Könige von Schweden auch nicht den leisesten Anlaß zur Beschwerde zu geben, die Garantie ohne weiteren Anstand zu bewilligen. Wir haben dabei ganz besonders das Wohl und die Ruhe von Kaiser und Reich im Auge, welche ja zunächst dabei betheiligt sind"[2]).

Diese Worte Marlboroughs gaben den Ausschlag: am 19. Februar resolvirte der Kaiser Joseph I. die Anerkennung des Königs Stanislaus. Nicht jedoch sollte Sinzendorf die Anerkennung frei und unumwunden aussprechen, sondern sich bemühen, von Carl XII. vorher die verlangten Gegenversicherungen zu erhalten, und dabei zu verstehen geben, daß er eventuell das Schreiben in Händen habe. Bevor er es aushändige, müsse Stanislaus namentlich versprechen, seinerseits auch Carl III. von Spanien anzuerkennen[3]).

Das ausgefertigte Anerkennungs-Schreiben des Kaisers an Stanislaus enthielt keine Bedingungen solcher Art. Es ging davon aus, daß der König August, um den inneren Zwist Polens zu beenden und den Frieden herzustellen, auf das Königreich und die Krone verzichtet, und

[1]) Conferenz-Protokoll vom 3. Februar.
[2]) Murray vol. III, p. 306. Vom 28. Januar/8. Februar.
[3]) Conferenz-Protokoll vom 19. Februar.

allem Anrechte auf dieselben entsagt habe[1]). Von der in diesen Worten ausgesprochenen Anschauung aus war aber die Anerkennung des neuen Königs die unvermeidliche Consequenz, und, vorher noch Bedingungen zu stellen, war man weder berechtigt, noch war es, bei dem bekannten Naturell Carls XII., vorsichtig ausgedacht. Dazu verging, bis die betreffenden Schreiben in Sinzendorfs Hände gelangten, noch der ganze Monat, nicht zum Vortheile der kaiserlichen Sache.

Einige Tage nach jener ersten Unterredung, am 24. Februar, sprach der Graf Piper den kaiserlichen Gesandten wieder über die Sache an. Das Ausbleiben der kaiserlichen Anerkennung, sagte er, falle dem Könige je länger je mehr empfindlich. Man möge doch bedenken, daß die Anerkennung und die Garantie verschiedene Dinge seien. Die letztere müsse der König August beschaffen. „Bis zur Stunde, fuhr Piper fort, ist zwar das Verhältnis ungetrübt, und das Verlangen des Königs nach einer beständigen guten Harmonie mit dem Kaiser unverändert, obgleich hier und dort ein Anlaß zur Unzufriedenheit aufwächst. Auch werde ich meinerseits zu einem ferneren guten Einverständnisse das Möglichste beitragen. Aber ich besorge, daß bei längerem Anstande mit dem Misvergnügen des Königs auch ein Mistrauen sich verbindet, und daß es endlich dahin kommen kann, daß alle meine Bemühungen fruchtlos werden"[2]).

Sinzendorf deutete darauf an, wie aus sich, daß eine Versicherung der Nicht-Unterstützung der Rebellen in Ungarn wünschenswerth sein würde. Piper erwiederte: das sei eine Sache, die erst nach geschehener Anerkennung zur Sprache kommen dürfe, weil es sonst scheinen könne, als wolle man Bedingungen machen. Zudem hätte ja der König sich schon so weit erklärt, daß ein Mehr von ihm zur Zeit nicht zu erreichen sein werde. Er habe ja nicht allein zugesagt, daß die Verträge zwischen dem Kaiser und der Krone und der Republik Polen erneuert werden sollten, sondern auch seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, selber mit beizutreten und dem Kaiser allen möglichen

---

[1]) Cum ergo horum (dissidiorum) sopiendorum, pacisque internae redintegrandae amore Smum regem Augustum corona regnoque hoc sese abdicasse, juribusque in illud omnibus renunciasse acceperimus, etc.

[2]) Bericht Sinzendorfs vom 25. Februar.

Vortheil daraus zu gönnen. Zur Zeit jedoch eine Bedingung auszusprechen, würde aussehen, als wenn man ein Mistrauen in den König und dessen Wort setzte. Dies aber sei demselben vor allem Anderen so empfindlich, daß er, Graf Piper, dies nicht einmal anzuregen wage, aus Besorgnis den König zu irritiren.

In derselben Weise berichtete Hoffmann über eine Unterredung mit dem schwedischen Gesandten in London, den jener als wohlgesinnt schildert. Hoffmann deutete an, daß der Kaiser für die Anerkennung des Stanislaus etwas fordern würde, etwa die Anerkennung Carls III. von Spanien oder die Zusicherung die Rebellen in Ungarn nicht zu unterstützen. Der Schwede entgegnete: jedes Verlangen solcher Art werde der König betrachten wie die Kundgebung eines Mistrauens, und daher übel aufnehmen. Carl XII. lebe in der Ueberzeugung nicht das Geringste zu thun, was nicht billig und recht sei; daher wolle er auch nicht im Verdachte eines Unrechtes erscheinen. Auch habe er ja doch zur Genüge bewiesen, daß er den ungarischen Rebellen kein Gehör geben wolle.

Dann fügte der Schwede noch einen Fall dieser Art hinzu, der deshalb merkwürdig ist, weil er im Gegensatze steht zu den Forderungen Carls XII. einige Monate später.

Eben so wenig, fuhr er fort, habe der König einigen schlesischen Lutheranern, die sich vor etwa einem Jahre unter seinen Schutz begeben wollten, Gehör gegeben. Dabei habe es sich zugetragen, daß, als von schwedischer Seite Mehrere dem König zugeredet, er sei vermöge des westfälischen Friedens zu diesem Schutze verpflichtet, er sich den Wortlaut des Vertrages habe vorlesen lassen. Es habe sich darin gefunden, daß Schweden sich das Recht der Intercession reservire. Als man dies dahin interpretirt, daß es sich bis auf eine Bedrohung erstrecke, habe der König mit Eifer dies verworfen, mit den Worten: diese Auslegung sei forcirt [1]).

Der Kaiser, schloß der schwedische Gesandte, möge lieber das Beispiel Englands nachahmen, welches den König dadurch sich verpflichten wolle, daß es bereitwillig sei, den Stanislaus ohne jegliche Bedingung anzuerkennen.

---

[1]) Anlage II.

In der Unterredung vom 24. Februar deutete Sinzendorf bei dem Grafen Piper weiter hin auf eine Friedensvermittelung durch den Kaiser zwischen Carl XII. und dem Czaren Peter. Piper antwortete: „Der Czar wird meinem Könige niemals solche Bedingungen anbieten, welche dieser nicht vortheilhafter mit dem Degen in der Hand erzwingen könnte. Denn für die Sicherheit der Krone Schweden ist es nicht genug, daß der Czar das Genommene wieder zurückgibt, für den zugefügten Schaden Satisfaction leistet, oder auch zur künftigen Sicherheit den einen oder anderen Platz oder eine Provinz einräumt, sondern der vornehmste Punct, an welchem der Krone Schweden hauptsächlich gelegen, ist das Brechen, das Zerstören der moskovitischen Macht, welche, durch die bei sich eingeführte ausländische Kriegs-Disciplin so gewaltig emporgewachsen, mit der Zeit noch furchtbarer und gefährlicher werden könnte, nicht bloß für die Krone Schweden, sondern auch für alle benachbarten christlichen Mächte, wenn sie nicht gleichsam wie in der Geburt erstickt und vernichtet wird. Darum kann der Friede nirgends sicherer und vortheilhafter als in Moskau abgeschlossen werden. Wenn jedoch der König sich auf eine auswärtige Friedensvermittelung einlassen will, so wird ihm diejenige des Kaisers die liebste sein."

Wenn, wie doch mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, Piper hier aus der Seele Carls XII. redete: so ist es um so merkwürdiger, daß durch den Verlauf der Dinge gerade dieser König Carl, negativ, für das Anwachsen der Macht gearbeitet hat, die er vernichten wollte.

Sinzendorf indessen maß den Worten Pipers nicht einen unbedingten Glauben bei. Er machte über dieselben seine Betrachtungen, mit den Worten: „Demgemäß sollte man meinen, daß die ganze jetzige starke Rüstung der Schweden gegen den Czaren gerichtet ist. Andererseits aber beobachtet man hier unter den Officieren und namentlich unter denen in der Umgebung des Königs eine starke Abneigung wider einen Zug nach Moskovien, als einem entfernten, rauhen Lande, mit einem verderblichen Klima. Sie haben die deutsche Luft, die Ergötzlichkeit des Landes hier gekostet. Erwägt man ferner, wie blindlings durchgehends diese Nation, namentlich die Officiere, mit wenigen Ausnahmen, dem französischen Interesse zugethan, für die Beförderung desselben bemüht sind: so kann man sich nicht aller Besorgnis

entschlagen, und darf um so weniger über die eigentlichen Plane des Schwedenkönigs etwas Zuverlässiges aussagen wollen, da er ja, auch sogar wider seine ursprüngliche eigene Absicht, unmerklich in eine andere Reihe von Gedanken und Entschlüssen hinüber geführt werden kann, deren er sich zur Zeit selber nicht versieht. Denn Frankreich hat an diesem Hofe eine Reihe von Creaturen, welche Verbindungen besitzen durch die ganze Armee, welche Geld zur Verwendung haben, welche Erbietungen machen, namentlich um unter dem glänzenden Vorwande des so sehnlich gewünschten Friedens den Schwedenkönig zur Beförderung desselben anzureizen, ihn durch ein Eingehen auf solche Wünsche nach und nach mit den verbündeten Mächten in Conflict zu bringen und in das Interesse Frankreichs zu ziehen. Denn darauf scheint ja Frankreich zur Zeit alles sein Heil zu setzen. Bereits tragen die schwedischen Officiere hier keine Scheu öffentlich zu sagen, Schweden dürfe Frankreich nicht unterliegen lassen, ohne sich selber in Gefahr zu bringen, in die Gefahr nämlich, daß dann die verbündeten Mächte den Frieden von Alt-Ranstadt aufheben und mit vereinigten Waffen den König August wieder auf den Thron von Polen setzen. Eben diese Absicht, sagen sie, sei die Ursache des Zauderns mit der Anerkennung von Stanislaus und mit der Garantie."

„Dazu kommt ferner, daß das Mistrauen und die Unzufriedenheit zwischen den zwei Königen, August II. und Carl XII., sich in stätigem Wachsen befindet. Von beiden Seiten her wird von Uebelgesinnten angeblasen, und ein neuer Ausbruch des Feuers ist nicht unmöglich. Der König August mit seinem ganzen Hofstaate ist von Leipzig aufgebrochen: dies gilt für eine übele Vorbedeutung. Dennoch gibt es auf beiden Seiten noch Räthe, welche auszugleichen suchen. Der König von Schweden erhebt an August II., auf Grund des Friedensschlusses, noch verschiedene Forderungen, deren Erfüllung dieser hinaus zieht, namentlich der Auslieferung des Patkul, der Restitution der polnischen Krone, welche aber, nach der Behauptung des Königs August, in Polen verblieben ist, endlich der Auslieferung der in Sachsen gewesenen Moskoviten, welche aber, nach der Aussage des Königs August, sich nicht in seinen Händen, sondern in Diensten von Kaiser und Reich befinden."

„Von schwedischer Seite dagegen macht man kein Hehl daraus, daß man die sicherste Garantie wider die heimliche Reue Augusts II.

über den Friedensvertrag und wider seine Unbeständigkeit sich schaffen will in der Entkräftung seines Landes und seiner Unterthanen. Man wird daher sich mit dem Ausmarsche nicht übereilen. Vielmehr wird man abwarten wollen, wie sich der Feldzug der Verbündeten gegen Frankreich anläßt, und nicht durch eine allzu weite Entfernung vor der Zeit die Gelegenheit verlieren wollen, in der großen Differenz von Westeuropa mit zu reden, zumal da, wie es den Anschein hat, dieselbe sich ihrem Ende zuneigt."

Diese Betrachtungen Sinzendorfs geben einen Ueberblick des Standes der Dinge am 25. Februar.

Das gespannte Verhältnis zwischen Carl XII. und August II., bei allen äußeren Höflichkeiten, ward offenkundig besonders in Anlaß einer Schweinsjagd, zu welcher August II. seinen Vetter nach Liebenwerda einlud. Carl XII. nahm die Einladung an, schickte auch seinen Rüstwagen mit Waffen. Mehrere schwedische Officiere stellten sich ein. Nur nicht Carl XII. Es hieß, er habe den Weg verfehlt. Indem er sich dann nicht weit von Torgau befand, wo die Königin weilte, stattete er mit seinem kleinen Gefolge dort einen Besuch ab. Weiter besah er seine umliegenden Regimenter, und kam nach dreitägiger Abwesenheit in Alt-Ranstadt wieder an. — Der Verdacht Carls XII., daß August II., in Anlaß der Jagd, einen Anschlag auf ihn beabsichtigt habe, liegt hier in den Thatsachen vor Augen[1]).

Ob jedoch August II. jemals wirklich einen Entwurf gegen das Leben oder die Freiheit seines lästigen Gastes gehegt, dürfte sehr zweifelhaft sein; jedenfalls hat er einmal einen ihm gemachten Vorschlag zurückgewiesen. Dieser Vorschlag kam ihm von dem General Schulenburg[2]).

Dieser hatte bei seinem Besuche in Alt-Ranstadt, den er dann noch zweimal wiederholte, nicht bloß die Persönlichkeit Carls XII. beobachtet, sondern auch die Oertlichkeiten und die Umstände. Er hatte bemerkt, daß außer den Trabanten, die beständig im Vorzimmer weilten, keine andere Infanterie da war, nicht einmal irgend eine Schildwache. Von diesen Wahrnehmungen aus erwuchs in Schulenburg ein

---

[1]) Die Thatsachen nach Nordberg Bd. II, S. 7.

[2]) Schulenburgs Leben und Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 297.

besonderer Plan. Er nahm vier sächsische Officiere zu Hülfe und recognoscirte mit denselben im Dunkeln die Wohnung Carls XII. Nach allen diesen Beobachtungen, zumal da sie noch erkundeten, daß Carl XII. oft nur in Begleitung zweier Pagen weithin ausritt, erschien es ihnen nicht schwer, mit Hülfe einer Abtheilung der in Thüringen cantonirenden sächsischen Reiterei auf die eine oder die andere Weise sich der Person Carls XII. zu bemächtigen. Schulenburg legte dem Könige August II. diesen Plan vor, und machte sich anheischig, den König Carl XII. unversehrt nach Dresden oder nach dem Königstein zu bringen. Alsdann könne man drohen, ihn dem Czaren auszuliefern, wenn er nicht sein Heer aus Sachsen abziehen lasse und nach Schweden zurückführe.

August II. wies hin auf die Folgen, die das Wagnis eines solchen Unternehmens nach sich ziehen könne, und verweigerte seine Einwilligung.

Dagegen erhob August II. seine schmerzliche Klage vor dem Kaiser. „In Einem Monate, sagt er, wird aus meinem armen Lande mehr erpreßt als sonst kaum in sechszehn Monaten zu erhalten möglich gewesen. Der bewilligte Genuß der Winterquartiere wird wider die Gewohnheit auf neun Monate ausgedehnt, und dabei noch in Zweifel gestellt, ob der Aufbruch vor Ende August erfolgen werde. Man fordert von mir, unter neuen Bedrohungen, die Auslieferung des Patkul, so wie der moskovitischen Truppen, die doch schon vor dem geschlossenen Frieden ins Reich entwichen waren." August II. bittet daher den Kaiser, die Bürgschaft des Alt-Ranstädter Frieden nur so zu übernehmen, daß vor allen Dingen ein Termin des Abzuges festgestellt werde[1]).

An das Stellen einer solchen Bedingung zu Gunsten Augusts II. war für den Kaiser, dessen eigene Wünsche auf so viele Schwierigkeiten stießen, auch nicht zu denken.

Unterdessen langte bei Sinzendorf, in den ersten Tagen des Monates März, das kaiserliche Schreiben der Anerkennung für Stanislaus ein, zugleich jedoch die Bedingungen, die Sinzendorf, vorher durchzusetzen, noch einmal versuchen solle. Er eröffnete sich über diese

---

[1]) Schreiben des Königs vom 26. Februar.

Lage der Dinge vertraulich den Gesandten der Seemächte, und erbot sich abzuwarten, bis auch sie die Schreiben der Anerkennung in Händen haben würden. Diese wußten jedoch nichts Zuverlässiges über das Ob? und Wann? anzugeben, riethen vielmehr, daß der kaiserliche Gesandte für sich handeln möge. Also begab sich Sinzendorf zu Piper, um abermals, seinem Auftrage gemäß, zu versuchen, ob er seine Bedingungen durchsetzen könne. Auf die erste Andeutung fiel Piper rasch ein: jegliche Bedingung beweise Mistrauen. Dagegen rieth er, Sinzendorf möge sich privatim dem Könige Stanislaus nähern und ihm die gute Neigung des Kaisers kund geben. Die Bereitwilligkeit Sinzendorfs auf diesen Vorschlag einzugehen, stimmte den Grafen Piper willfähriger. Er beklagte sich über den König August, der unter allerlei Vorwänden die Auslieferung Patkuls hinziehe. Die Familie Rumohr, mit deren Tochter, einer Witwe von Einsiedel, Patkul verlobt war, hatte damals dem Schwedenkönige eine hohe Summe bieten lassen, wenn er von seiner Forderung abstehe. Piper äußerte sich zu Sinzendorf: der König werde, auch wenn man ihm eine Million biete, unbeweglich bei dieser Forderung der Auslieferung beharren.

Dann kam die Rede auf die Russen im kaiserlichen Dienste. Piper begann damit, daß vermöge des Tractates von Alt-Ranstadt diese Russen dem Könige von Schweden allerdings gehörten. „Allein, fuhr Piper fort, da der König August versichert, daß diese Truppen nicht mehr in seinem Bereiche, sondern sich unter den Reichstruppen befinden, und da Sie uns angezeigt, daß diese Truppen nicht ein Regiment für sich bilden, sondern unter andere vertheilt sind, demnach auch nach Moskau kaum zurückkehren werden: so dürfte der König von Schweden, aus Consideration für den Kaiser, dennoch sich bewegen lassen, von seinem rechtmäßigen Anspruche auf diese Truppen abzustehen. Und zwar dies um so leichter, da ja doch die Abholung derselben aus dem Reiche ein großes Aufsehen machen, vielleicht auch unseren Feinden Gelegenheit geben würde, uns andere böse Absichten anzudichten. Wir würden dem Kaiser diese Truppen um so weniger misgönnen, weil ja der eigene Krieg den König bisher gehindert hat, sein Reichs-Contingent zu stellen. Dagegen ist zu erwarten, daß der Kaiser diese Truppen von Niemandem anders als dem Könige von Schweden erkennen werde."

Diese Aeußerung des Grafen Piper über die 1200 Russen im kaiserlichen Dienste, vom 8. März, wird später uns wieder vor Augen treten.

Bei diesen freundlichen Aeußerungen Pipers stellte Sinzendorf direct die Frage, ob die verbündeten Mächte sich darauf verlassen könnten, daß Carl XII. mit Ludwig XIV. keinerlei Verständnis habe.

„Darauf, meldete Sinzendorf, faßte mich der Graf Piper bei beiden Armen, und schwur mir mit vielen Betheuerungen, daß sein König nicht das geringste Einverständnis mit Frankreich habe, viel weniger die Absicht, den Verbündeten bei ihren Fortschritten gegen Frankreich ein Hindernis in den Weg zu legen, noch daß er überhaupt jemals, wenn man ihm nicht Ursache dazu gebe, sich in fremde Händel einmischen werde. Carl XII. hoffe, seine Sicherheit zu finden durch die Anerkennung und die Garantie des Friedens von Alt-Ranstadt von Seiten der verbündeten Mächte, und habe daher nicht nöthig, sie anderswo, etwa durch Annahme französischer Erbietungen, zu suchen. Piper wiederholte darauf genauer, was er schon früher einmal angedeutet, daß der französische Gesandte Bonac in Danzig dem Könige Carl XII. die Friedensvermittelung habe antragen lassen, und daß der König darauf geantwortet habe: er werde weder diese Vermittelung acceptiren, noch den Verbündeten irgendwelche Vorschläge machen, bevor ihm nicht auch von dieser Seite eine Aufforderung solcher Art zugekommen sei. Piper schloß die Darlegung mit den Worten, daß er demgemäß behaupten könne, der König Carl XII. habe bisher für die Verbündeten mehr gethan als diese für ihn, und er wünsche, daß sie sich in Betreff des Czaren von Moskau eben so unparteiisch und unverfänglich verhalten möchten, als er in Betreff des Königs von Frankreich thue."

Dem erhaltenen Auftrage gemäß mußte jedoch Sinzendorf die Bedingungen für die Anerkennung anregen. Es geschah unter der Form seiner persönlichen Bedenken. Zuerst in Betreff des Czaren Peter. Piper antwortete: „Das Verlangen des Kaisers gegen den Czaren Peter sicher zu sein, wird erfüllt von dem Augenblicke an, wo der König mit seiner Armee von hier ostwärts aufbricht."

Sinzendorf nannte den König Carl III. von Spanien. Piper antwortete, daß Carl XII. für denselben eine wahre Zuneigung und

Hochschätzung empfinde, auch in der Unterhaltung ihn nie anders als König bezeichne.

Endlich sicherte Piper zu, daß in kirchlichen Angelegenheiten Carl XII. von dem Kaiser niemals etwas Anderes verlangen werde als gemäß dem westfälischen Frieden.

Sinzendorf und Piper schieden befriedigt von einander. Am nächsten Tage traf der König Stanislaus, von Leipzig kommend, in Alt-Ranstadt ein. Darauf wurde, der getroffenen Verabredung gemäß, der König Stanislaus und Sinzendorf von Piper eingeladen. Sinzendorf redete wie von ungefähr zu dem neuen Könige von der günstigen Gesinnung des Kaisers für ihn, und deutete dabei die Gegenwünsche des Kaisers an. „Es ist nicht zu sagen, meldete dann Sinzendorf, welche Betheuerungen er mir darauf mit den verbindlichsten und mehr eines Palatins als eines Königs würdigen Ausdrücken machte, zu dem Zwecke mich zu überzeugen, daß er nach Gott und dem Könige von Schweden, für welchen er die höchsten Verpflichtungen habe, hauptsächlich auf Ew. kaiserliche Majestät sein Vertrauen setze. Darum wünsche er selber die alten Verträge nicht bloß zu erneuern, sondern auch zu befestigen und zu erweitern." Stanislaus führte aus, daß er seinen Willen gegen die Unterstützung der ungarischen Rebellen von Polen aus noch nicht mit Ernst und Schärfe durchführen könne, weil auf Persönlichkeiten wie Smigelski und Potocki, deren er sich bedienen müsse, kein sicherer Verlaß. Die hauptsächliche Unterstützung aus Polen für die ungarische Rebellion gehe ihr zu von der ihm feindlichen Partei, namentlich dem Kron-Feldherrn Siniawski, Woiwoden von Bels.

Diese Worte des Königs Stanislaus entsprachen der Wahrheit; denn wir haben gesehen, daß der französische Ankauf der Jaroslaw'schen Güter in Polen für Franz Rakoczy geschah unter dem Namen der Elisabeth Siniawska (S. 158).

Das Verhalten Sinzendorfs deutete dem Könige Stanislaus wie dem Grafen Piper an, daß die kaiserliche Anerkennung in Aussicht stehe. Sie riethen ihm daher, daß er nach dem Eintreffen und der Uebergabe derselben die Wünsche des Kaisers in eine Denkschrift zusammen fasse.

Die Betheuerungen des Stanislaus schlugen die Bedenken und Zweifel Sinzendorfs nicht nieder. Man dürfe zufrieden sein,

meinte er, wenn Stanislaus ein Drittel dessen halte was er versprochen. Auch daran freilich sei bei dem natürlichen Leichtsinne der polnischen Nation und der ihr wie angeborenen Neigung für das französische Interesse zu zweifeln. Aber er hatte nun den Schritt der Anerkennung vorbereitet. Er entschloß sich ihn zu thun, mehr, wie er sagt, um größeren Schaden abzuwenden, als um Vortheile zu erlangen.

Am nächsten Tage, dem 6. März, begab Sinzendorf sich zu Piper, und meldete, daß er die kaiserliche Anerkennung für Stanislaus in Händen habe. Piper umarmte ihn mit den lebhaftesten Bezeugungen der Freude, und dem Versprechen, daß Carl XII. ihn am nächsten Tage zur Audienz empfangen werde. Diese erfolgte in Anwesenheit von Piper, Hermelin, Cederhielm. Der König Carl XII. verhielt sich, gemäß seiner Gewohnheit bei Audienzen solcher Art, schweigend. „Allein, meldet Sinzendorf, sowohl seine freundlich lächelnde Miene gab mir seine Gedanken hinreichend zu erkennen, als auch, nachdem das ernsthafte Geschäft beendet war, sein ferneres Verhalten. Er redete zu mir eine halbe Stunde lang freundlich und vertraulich über die Hirsch- und Schweinsjagden des Königs August, über Pferde, über Gartenbau, über das schwedische Klima, über die dort üblichen Bärenjagden, fragte über die Art des Kaisers zu jagen, und dergleichen“ [1]).

Das Anerkennungs-Schreiben des Kaisers war nicht an Carl XII. gerichtet, sondern an Stanislaus. Deshalb wurde von schwedischer Seite Sinzendorf damit an Stanislaus gewiesen.

Der Bericht Sinzendorfs über seine Audienz bei Stanislaus läßt ersehen, daß er sich wie bei einem vornehmen Privatmanne zu Gaste fühlte. Stanislaus erneuerte die Betheuerungen, die er einige Tage zuvor gegeben, namentlich in Betreff der ungarischen Rebellion. Er beklagte sich, daß er aus Mangel an Geld noch nicht nach Polen sich begeben könne, hoffte aber, daß, sobald die schwedischen Truppen im Stande sein würden aufzubrechen, der König von Schweden ihm einen Theil derselben mitgeben werde. Die ganze Armee würde schwerlich vor Ende Mai sich regen [2]).

---

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 8. März.

[2]) Desgleichen vom 17. März.

Diese Worte zeigen zur Genüge, daß bei aller äußeren Ehre, die Carl XII. für seinen Schützling forderte, dieser doch durchaus von dem Willen seines Gönners abhing, und von den Absichten desselben wenig wußte. Der König August hatte, wie wir gesehen, bereits am 26. Februar dem Kaiser seine Besorgnis gemeldet, daß der Aufbruch der Schweden nicht vor dem Ende August erfolgen werde.

Bis zur Erfüllung der Forderungen Carls XII. an August II., 8. April.

Die Anerkennung des Königs Stanislaus durch den Kaiser schien, nach den früheren schwedischen Versicherungen, allen Differenzen zwischen dem Kaiser und Carl XII. vorgebeugt zu haben.

In denselben Tagen, um die Mitte März, traf ein französischer Gesandter, Namens Bezenval, ein geborener Schweizer aus Solothurn, in Leipzig ein. Sinzendorf eilte zu Piper, beschwerte sich über die Anwesenheit eines solchen Feindes mitten im Reiche, und bat, ihm keinen Schutz zu gewähren. Piper sprach zuerst seine Freude aus, daß nunmehr durch die Anerkennung des Königs Stanislaus das gute Einvernehmen allerseits befestigt sei. Dann fuhr er fort: sein König habe einen schwedischen Paß für einen französischen Gesandten abgeschlagen. Da nun aber doch ein solcher unerkannt durchgekommen sei und seine Creditive vorgezeigt habe, so könne der König, ohne das Völkerrecht zu verletzen, ihm eben so wenig wie einem anderen Gesandten seinen Schutz versagen. Zur Beunruhigung liege kein Grund vor; denn der König beharre bei seinem Entschlusse sich in den Krieg mit Frankreich nicht einzumengen, sondern durchaus neutral zu verbleiben. Sinzendorf hielt entgegen, daß nach dem Reichsbeschlusse, an welchem auch Carl XII. für seine Länder im Reiche Antheil genommen, jeder Franzose für einen Feind des Reiches zu achten sei. Verbleibe daher dieser Franzose, so erreiche Frankreich jedenfalls den Zweck, bei ferner Stehenden ein Mistrauen zu erregen. Piper vertröstete: man möge nur noch eine kurze Zeit Geduld haben. Aehnlich redete er zu den Gesandten der Seemächte.

Sinzendorf, damit nicht beruhigt, begab sich am nächsten Tage wieder zu Piper, wo er den König Stanislaus fand. In Gegenwart

deſſen wiederholte Piper ſeine frühere Erklärung, daß Carl XII. das ihm durch Bonac gemachte Anerbieten der Vermittelung abgelehnt habe, daß er in keiner Weiſe ſich in den Krieg der Verbündeten mit Frankreich einmiſchen, auch nicht eine Mediation auf ſich nehmen werde, es wäre denn daß nicht bloß Ein Theil, ſondern beide ihn darum erſuchten. Und auch ſelbſt dann würde er ſich vielleicht erſt noch bedenken, ob er, wo er mit Eigenem hinreichend beſchäftigt, ſich in fremde Händel einlaſſen dürfe. Das Anbringen des Bezenval gereiche Niemandem zum Schaden, ſondern diene nur den guten Ruf des Königs noch mehr auszubreiten.

Piper erörterte dies Anbringen nicht weiter; jedoch der Staats-Secretär Hermelin machte daraus vor dem engliſchen und dem holländiſchen Geſandten kein Hehl. Die erſte franzöſiſche Propoſition betraf abermals die Vermittelung. Nach den herrlichen und ſiegreichen Thaten, ließ Ludwig XIV. melden, bleibe dem Schwedenkönige zur Verewigung ſeiner Glorie nichts mehr übrig, als für ganz Europa den Frieden zu verſchaffen, und darin der Sehnſucht des Königs von Frankreich nach dem Frieden zu ſecundiren. Die zweite Propoſition betraf die Herſtellung des Kurfürſten Max Emanuel von Bayern. Die dritte betraf den Frieden mit dem Czaren von Moskau. Ludwig XIV. ſei im Stande, dem Könige von Schweden diejenigen Vortheile zu verſchaffen, die er verlange.

Dieſer Bericht Hermelins über die Vorſchläge des Bezenval erleidet jedoch in Betreff des dritten eine Einſchränkung. Ludwig XIV. hatte den Geſandten nicht beauftragt, in ſeinem Namen Vorſchläge eines Friedens mit dem Czaren zu machen, ſondern nur geſtattet, daß Bezenval ſie im Namen des Czaren vorbringe[1]).

Nach der Verſicherung Hermelins hatte Carl XII. auf dieſe drei Propoſitionen geantwortet wie folgt: auch er wünſche die Herſtellung des allgemeinen Friedens, könne aber die Mediation nicht einſeitig annehmen, bevor auch die anderen kriegführenden Mächte ſie ihm angetragen. Dies um ſo mehr, da er im anderen Falle den Verbündeten nur verdächtig erſcheinen und darum den Zweck nicht erreichen werde.

---

[1]) Denkſchrift von Bétes an den Kurfürſten Max Emanuel, im Januar 1708, bei Fiedler, Actenſtücke zur Geſchichte F. Rakoczys Bd. I, S. 77.

— Er gönne dem Kurfürsten von Bayern die Herstellung, und würde sich gefallen lassen, was Kaiser und Reich darüber beschließen. Selber sich einzumischen, lasse ihm der schwere Krieg mit Moskau nicht zu. Zum Frieden mit dieser Macht sei die Sache noch nicht reif; denn der König könne sich von dort her nicht die Sicherheit eines Friedens versprechen.

Hermelin setzte hinzu, daß Marlborough durch den schwedischen Gesandten in London angekündigt, daß, wenn dem Könige Carl XII. es nicht unangenehm, er geneigt sei, einen so berühmten Helden zu besuchen. Carl XII. habe erwiedern lassen: sehr angenehm. Hermelin deutete damit an, daß, wenn Carl XII. irgendwie feindselig, der Besuch Marlboroughs ihm nicht erwünscht sein könne. Wir werden diesen Besuch Marlboroughs später bei dem Eintreffen zu betrachten haben.

Sinzendorf begleitete diese Meldung mit der folgenden Erwägung: „Ungeachtet aller dieser Versicherungen kann man sich der Besorgnis nicht erwehren. Die Sendung des Bezenval ist nicht von ungefähr gekommen. Der Secretär des Gesandten Bonac ist aus Danzig mehrere Wochen hier gewesen. Monasterol ist noch da. Wenn die jetzige ablehnende Antwort an Bezenval auch schon früher so gegeben wäre, so war die Absendung des Bezenval überflüssig. Lautete ferner die dem Bezenval gegebene Antwort so positiv, wie Hermelin angibt, so würde er sofort seine Rückkehr antreten, eben so heimlich wie er gekommen. Aber er bleibt. Er tritt öffentlich als französischer Gesandter auf. Er hat sich Equipage angeschafft, Dienerschaft angenommen, — alles Zeichen, daß er länger zu verweilen gedenkt."

Sinzendorf befragte den König Stanislaus, der im eigenen Interesse den baldigen schwedischen Aufbruch nach Osten wünschen mußte. Stanislaus deutete an, daß dieser französische Gesandte unter anderen gar plausibele und gewichtige Vorschläge — indem er die Bewegung des Geldzählens machte — bei sich habe, welche das schwedische Ministerium vielleicht nicht so glatt und ohne weiteres Bedenken ablehnen wolle. Zudem erschienen ja die drei Puncte auf den ersten Blick für Niemanden nachtheilig, sondern eher billig und vortheilhaft. Und da Frankreich, um Carl XII. zu gewinnen, nichts werde vergessen haben, so könnte jeder Andere als dieser König dadurch leicht verleitet werden. Für Carl XII. aber, fuhr Stanislaus fort, wolle er seine Ehre, ja,

wie er sich ausdrückte, sein Leben zum Pfande setzen, daß es keiner Machination gelingen werde, ihn zum Eingehen auf die drei Puncte zu bringen. Denn seine Gedanken seien zur Zeit nur auf den nachdrücklichen Krieg gegen den Czaren von Moskau gerichtet, und davon werde keine Aussicht auf einen anderweitigen Vortheil ihn abbringen. Carl XII. werde sich niemals in fremde Händel einmischen, wenn es nicht etwa seine Religion betreffe, in der er sich eifrig und empfindlich zeige.

Aber dem Gesandten Sinzendorf wuchs bei jeder Begegnung mit Stanislaus immer wieder der Zweifel empor, in wie weit dieser selbständig handele, oder eine Kenntnis der Dinge besitze. Der Verabredung gemäß hatte Sinzendorf, nach der Anerkennung von Stanislaus, die Wünsche des Kaisers an ihn in einer Denkschrift eingegeben. „Die Antwort darauf, meldet Sinzendorf, hat der König Stanislaus sich von der schwedischen Canzlei aufsetzen und dictiren lassen müssen." Demnach konnte Sinzendorf auch nur mit den Schweden den Inhalt erörtern. Es handelte sich namentlich um die Frage der Anerkennung Carls III. von Spanien. Piper entgegnete: sein König habe, nach dem Vorgange von England und Holland, früher Philipp V. von Spanien anerkannt. Er könne nicht zwei Könige von Spanien anerkennen, eben so wie auch der Kaiser den Stanislaus erst nach der Verzichtleistung von August II. als König von Polen anerkannt. Carl XII. wolle sich in die spanische Thronfolge nicht mischen, obwohl er im Herzen dem Könige Carl die Krone gönne. Bei dem engen Bunde zwischen Schweden und Polen habe daher auch Stanislaus beim Beginne seiner Regierung eine strenge Neutralität inne zu halten.

Stanislaus selber hatte vor seiner Anerkennung diesen Einwand nicht erhoben. „Ich verspüre, meldet Sinzendorf, daß die Anwesenheit des französischen Gesandten Schwierigkeiten hervor ruft" [1]).

Inzwischen jedoch wuchsen zwei besondere Differenzen zwischen den Kaiserlichen und den Schweden empor.

Zur Verstärkung seiner Armee ließ Carl XII. im Reiche werben. Principiell war die Werbung im fremden Lande ohne vorgängige Erlaubnis nicht gestattet; jedoch man ließ geschehen. Aber die schwedischen

[1]) Bericht vom 18. März.

Werbe-Patente waren häufig derartig abgefaßt, daß der Wortlaut den innehabenden Officier über die Landesgesetze hinaus zu heben schien. Der Oberst Görtz zum Beispiele stellte ein Werbe-Patent nach der Pfalz aus mit dem Nachsatze: „Dafern aber Jemand wider Vermuthen sich unterstehen sollte, Ihm einige Hinderung zuzufügen, kann der Lieutenant solches nur melden, alsdann ich solches Sr. Majestät vortragen und Ihm sowohl als mir alle gebührende Satisfaction beschaffen werde. Ausgestellt Lublin, 20. Februar 1707." Der Kaiser nennt in einem Rescripte die von Amberg aus ihm eingesendeten schwedischen Werbe-Patente ärgerlich und ungewöhnlich. Nach den Versicherungen Carls XII. sei es unglaublich, daß er dergleichen Vermessenheiten gut heiße. Es sei die Bestrafung der Werber zu verlangen [1]).

Wie in Folge des hochfahrenden Tones der Werbe-Patente die schwedischen Officiere sich oft mehr herausnahmen als vielleicht Carl XII. selber gebilligt haben würde: so geschah es auch, daß sie bewaffneten Widerstand fanden, oder sogar, daß angriffsweise gegen sie vorgegangen wurde. So in Breslau. Der Stadtrath, der eine Werbung dort nicht dulden wollte, ertheilte einem Adjutanten der Stadtwache Befehl, sie mit Gewalt zu hindern. Der Adjutant stürmte das Haus, in welchem sich eine schwedische Werbe-Mannschaft befand. Einer wurde getödtet, mehrere verwundet, die anderen gefangen auf das Stadthaus gebracht.

Die Nachricht wurde im schwedischen Hauptquartiere übel vermerkt [2]). Allein die Thatsache hatte sich noch vor der Anerkennung des Königs Stanislaus zugetragen, und damals gleich war eine Beschwerde von schwedischer Seite vor dem kaiserlichen Gesandten nicht erhoben.

Eine Thatsache anderer Art, die weit reichende Consequenzen nach sich zog, trug sich am 6. März in Wien zu. Bei einem Gastmahle kam die Rede auf die Anerkennung des Königs Stanislaus. Ein kaiserlicher Kämmerer, Graf Zobor, brach in die Worte aus: man habe schon lange besorgt, daß die bekannten Drei dem gemeinen

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 18. März.

[2]) Sinzendorfs Bericht vom 24. Februar.

Wesen Unruhe erregen würden. Der anwesende schwedische Gesandte Stralenheim fragte, wer unter dieser Zahl der Drei gemeint sei. Zobor nannte Rakoczy, Stanislaus — dann schwieg er. Stralenheim fuhr ihn mit heftigen Worten an. Als Zobor in gleicher Weise erwiederte, schlug Stralenheim ihn ins Gesicht. Zobor griff zum Degen; jedoch gelang es dem Dazwischen-Treten Anderer die Streitenden zu trennen. Von kaiserlicher Seite ward der Graf Zobor in Haft genommen. Als er sich widersetzte, ward, mit scharfer Bedrohung wider ihn, die Wache verdoppelt. Er wurde als Gefangener nach Graz geführt.

Stralenheim berichtete den Vorfall an Carl XII. Zur Antwort erhielt er die Weisung, sich vom kaiserlichen Hofe zu enthalten, bis ihm Genugthuung geworden. Die Auffassung der Sache von Seiten des Kaisers legt sich dar in einem Rescripte an Sinzendorf: „Nach dem eigenen Berichte Stralenheims hat Zobor den Namen des Königs von Schweden nicht genannt. Zobor hat nicht vorsätzlich den Respect verletzen wollen, sondern ist aus lauter Unbedachtsamkeit in ein und anderes Wirrsal gestürzt. Stralenheim würde seinem Charakter als Gesandter eher gemäß gehandelt haben, wenn er sich wegen der Satisfaction an uns gewendet hätte" [1]).

Auch der Graf Piper erkannte an, daß der König Carl XII. die von Stralenheim eigenmächtig genommene Satisfaction in so weit nicht billigen könne, als dieselbe seinen Charakter überschritte [2]). Als einige Tage später Sinzendorf ihm jene Ansicht des Kaisers über die Sache mittheilte, so wie die Abführung des Grafen Zobor nach Graz, erwiederte der Graf Piper: sein König nehme dies erkenntlich an, und werde daraus ohne Zweifel auch Anlaß nehmen, die Forderung der Satisfaction zu mäßigen. Jedoch sei von Stralenheim noch keine weitere Nachricht eingelaufen [3]). Für eine Reihe von Tagen trat noch kein bedenkliches Anzeichen hervor, daß der Vorfall weitere Consequenzen haben werde. Im Vordergrunde der Dinge standen einstweilen noch, zu Ende März und Anfang April, die Angelegenheiten Augusts II. und des Sachsenlandes.

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 22. März.
[2]) Sinzendorfs Bericht vom 31. März.
[3]) Desgleichen vom 7. April.

Auf die dringenden Bitten Augusts II. um Verwendung für ihn äußerte sich der Kaiser Joseph zu Sinzendorf: aus dem bisherigen Verhalten Carls XII. sei auch nicht die mindeste Hoffnung zu schöpfen, daß eine Verwendung bei ihm Frucht schaffen werde, sondern eher zu besorgen, daß sie mehr schaden als nützen dürfte. Dennoch erhielt dann Sinzendorf den Auftrag, sich mit den Gesandten der Seemächte darüber zu bereden, und, wenn irgend welche Wirkung zu hoffen, „mit der erforderlichen Vorsicht zu versuchen, Sr. Liebden Verlangen möglichst zu secundiren". Die Grafen Gallas und Goes in London und im Haag erhielten zugleich den Auftrag, das englische Ministerium und den Rathspensionär Heinsius zur Mitwirkung aufzufordern [1]).

In Folge dessen begab sich Sinzendorf nach Dresden, um zunächst die Stimmung dort zu erkunden. Er fand am sächsischen Hofe zwei Richtungen, je für oder wider die Erfüllung des Vertrages von Alt-Ranstadt nach dem Buchstaben. Diese Erfüllung forderte der Schwedenkönig, ohne Ausnahme, noch Linderung. Der Einwand, daß die Auslieferung Patkuls die in Polen noch übrige sächsische Reiterei in Gefahr vor der Rache des Czaren Peter bringen würde, galt bei Carl XII. nicht. Vielmehr forderte er nur um so nachdrücklicher diese Auslieferung als das geeignetste Mittel, das Einvernehmen zwischen August und dem Czaren zu brechen. August II. dagegen konnte, nach Sinzendorfs Auffassung, nicht lassen von der Hoffnung, daß ein glücklicher Streich des Czaren ihn aus seiner Lage befreien werde. Die Schweden verneinten durchaus diese Hoffnung. Piper behauptete: August II. selber verschulde die gegen ihn angewendete Härte. Die Meinung, daß die in Polen so stark herangezogene moskovitische Macht den Schwedenkönig eher zum Aufbruche bewegen werde, sei durchaus irrig [2]).

Daß Carl XII. mit Geringschätzung auf die Russen hinabsah, gab sich auf mancherlei Weise kund. In Groß-Polen stand noch ein kleines schwedisches Corps, sehr exponirt. Er schickte demselben nicht einmal eine Verstärkung. Er hielt in Kursachsen seine Macht beisammen, wo er derselben, oder doch der Gesammtheit, nicht bedurfte,

[1]) Kaiserliches Rescript vom 22. März.
[2]) Sinzendorfs Bericht vom 31. März.

und verstärkte sie täglich durch Werbungen rund umher. Je länger er blieb und je weniger eine Aussicht auf einen Abzug sich eröffnete, desto mehr mußte die Besorgnis steigen. Die kleineren deutschen Fürsten stellten sich ein, oder schickten Gesandte, um ihm ihre Huldigungen darzubringen. Der holsteinische Baron Görtz, der täglich in der Gunst des Königs stieg, führte wegen der Angelegenheiten in Holstein heftige Reden wider den Kaiser. Es waren da die bayerischen Agenten, der französische Gesandte Bezenval, der am schwedischen Hofe freundlich behandelt wurde.

„Ich kann mich der Furcht und Sorge nicht erwehren, schließt Sinzendorf seinen Bericht vom 31. März, und dennoch ist zur Zeit nichts Sicheres zu sagen."

Unterdessen hatten die Aufforderungen des Kaisers in London und im Haag so viel gewirkt, daß die Gesandten dieser Mächte in Leipzig, Robinson und Kranenborg, den Auftrag erhielten, zugleich mit dem kaiserlichen den Versuch zu machen, ob für August II. eine Milderung zu erreichen sei. Sie begaben sich insgesammt zu dem Grafen Piper, am 7. April. Er wiederholte wie früher: August habe alles nur sich selber zuzuschreiben. Carl XII. könne daher keinen Buchstaben nachlassen, werde vielmehr erst nach völliger Erfüllung des Tractates sich über den Abzug erklären. Wenn August fortfahre, die Garantie der verbündeten Mächte für den Friedensvertrag hinauszuziehen, so werde er dadurch das Mistrauen Carls XII. noch steigern, und ihm Anlaß geben, sich die Garantie durch die völlige Entkräftung von Kursachsen zu nehmen. Vor der Erfüllung des Friedensvertrages rücke auch nicht Ein Mann aus Sachsen ab[1]).

Der König August versuchte zugleich ein anderes Mittel. Er schickte den General Revel, der, wie man wußte, bei Carl XII. wohl gelitten war, mit verschiedenen Vorschlägen nach Alt-Ranstadt. Carl XII. ließ ihn vor. Dann jedoch äußerte er sich in längerer Rede: er werde fortan weder schriftlich, noch mündlich etwas von August annehmen. Er hoffe aus Sachsen zu ziehen mit 24,000 Mann Cavallerie, und mit 18 Regimentern Infanterie, deren jedes über 1200 Mann. Revel

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 7. April.

warf ein: da der König so viele Truppen und so wenige Feinde: so möge er die gefangenen Sachsen in Schweden, deren Zahl sich auf 6000 Mann belaufe, zurückgeben. Carl XII. antwortete: „Wozu bedarf August ihrer? — Ich habe noch zehn bis zwölf Jahre Krieg zu führen, und kann sie deshalb sehr wohl gebrauchen. Wenn nach beendetem Kriege noch einige übrig, so werde ich sie gern zurückgeben." Auf die eingeworfene Frage Revels, mit wem er denn so lange Krieg zu führen gedenke, ging Carl XII. nicht ein. Auch mochte er damals nicht ahnen, daß er selber sich seinen Termin auf 1718 richtig gesetzt habe. Aber er brach damit die Unterredung nicht ab, sondern fragte über den Krieg von 1675 zwischen Schweden und Brandenburg, den Revel mitgemacht hatte. Als dieser die Nachtheile erwähnte, die Schweden damals erlitten, antwortete Carl XII: „Ja damals hatten die Schweden keine gerechte Sache, sondern ließen sich von Frankreich zum Anfalle auf den Kurfürsten aufwiegeln, und dafür sind sie so gestraft worden. So lange ich aber eine gerechte Sache behalte und vertheidige, hoffe ich allezeit so glücklich zu sein wie bisher"[1]).

Nach diesem entscheidenden Abschlage an August II. hieß es einige Tage hindurch, August werde einen verzweifelten Entschluß fassen und sich unter den Schutz des Czaren Peter flüchten. In Leipzig ging bereits das Gerücht: August II. sei nicht mehr in Dresden[2]). In der That war für August II. dies die Alternative: entweder sich völlig in die Hände des Czaren begeben, oder durch die Auslieferung Patkuls an Carl XII. mit Peter brechen. August II. hatte, auch noch nach dem Friedensschlusse von Alt-Ranstadt, dem Czaren durch den General Golz sagen lassen: er werde Patkul nicht ausliefern, sondern eher ihn entspringen lassen[3]). Auf jenen abweisenden Bescheid Carls XII. an den General Revel entschloß sich August II. zur Auslieferung. Schwedische Berichte sagen, daß er inzwischen die Nachricht von der Ankunft seiner letzten Reiter von Krakau her an der schlesischen Grenze erhalten habe[4]).

---

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 7. April. Darin: „Revel hat mir alles erzählt."

[2]) Derselbe Bericht.

[3]) Schreiben des Czaren an die Königin von England, bei Lamberty t. IV, p. 453.

[4]) Nordberg Bd. II, S. 11.

Um Mitternacht vom 7./8. April hielt der schwedische General Meyerfeld mit einer Abtheilung seines Regimentes vor den Thoren der Festung Königstein. Patkul ward ausgeliefert und zum Regimente mitgeführt. Dort legte man ihn als schwedischen Deserteur und Hochverräther in Ketten an Händen und Füßen. Voraussehend was von Carl XII. weiter seiner harre, versuchte er sich aller Nahrung zu enthalten. Er vermochte es acht Tage lang, nicht länger. Dann zwang ihn der Hunger, der Rache des Schwedenkönigs das Opfer zu erhalten[1]).

Der Czar Peter gab seiner Anklage gegen August II. scharfen Ausdruck in zwei Schreiben an die Königin von England und an die Generalstaaten. Er begnügte sich nicht damit, sondern ließ sie auch gedruckt ausgehen[2]).

Zugleich mit jener Auslieferung mußte August II. auch noch die letzte, von Carl XII. ihm auferlegte Demüthigung auf sich nehmen. Auf Befehl von Carl XII. hatte der König Stanislaus dem Könige August seine Thronbesteigung schriftlich kund gethan. Auf Befehl von Carl XII. mußte August II. schriftlich ihn dazu beglückwünschen. Nach langem Warten entschloß er sich dazu an demselben 7. April, an welchem er Patkul ausliefern ließ, und wünschte seinem Nachfolger in Polen treuere Unterthanen als er dort verlassen habe[3]).

Damit waren, bis auf die Garantie des Vertrages von Alt-Ranstadt und die Auslieferung der Russen, die sämmtlichen Forderungen Carls XII. an August II. erfüllt. Die Garantie hing von der noch ausstehenden Vereinbarung mit den Seemächten ab. In Betreff der Russen wies August II. nach, daß sie nicht in seinem Machtbereiche seien, sondern in kaiserlichen Diensten. Wollte Carl XII. sie dennoch haben, so mußte er die Forderung an den Kaiser richten. Von diesem Puncte an beginnt die Wendung in dem Verhalten Carls XII. gegenüber dem Kaiser.

---

[1]) Aus einem Schreiben Robethons an Lord Raby in Berlin, 30. April.

[2]) Lamberty t. IV, p. 450 et suiv.

[3]) A. a. O. p. 461.

Beginn der Forderungen Carls XII. an den Kaiser Joseph I.

Der Gesandte Sinzendorf hatte die Besorgnisse vor irgend einer Gefahr niemals überwunden, namentlich nicht seit dem Eintreffen Bezenvals. Am 7. April fand er diesen in einer Gesellschaft bei dem Grafen Piper. Auf einen in Scherz gekleideten Vorwurf erwiederte dieser: da man dem Bezenval in Geschäften nicht willfahren könne, vielmehr alle seine Wünsche abgeschlagen habe, so erfordere die Höflichkeit, daß man wenigstens in Geberden ihm freundlich begegne, zumal da er ein Fremder. Sinzendorf deutete an, daß wenn etwa Bezenval wegen der Rückreise eine Furcht habe, man sie ihm erleichtern könne. Aber Bezenval zeigte keine Neigung zur Abreise. Dagegen nahm Sinzendorf in dem Verhalten verschiedener Mitglieder des schwedischen Ministerii eine große Veränderung wahr, die er für die Wirkung des französischen Goldes erklärte.

Zwei Tage später begann Piper mit ihm zu reden über die Auslieferung der Russen. Sinzendorf hielt entgegen, daß er die Sache als durch die früheren Besprechungen bereits erledigt ansehe. Er glaubte wahrzunehmen, daß Piper nachgab.

Am nächsten Tage jedoch erhielt er einen Brief Pipers und eine Denkschrift. Auf den Bericht über die Unterredung, hieß es darin, habe der König erwiedert: er schätze zwar die Freundschaft des Kaisers hoch; aber der Kaiser werde auch nicht etwas zum Schaden des Königs wollen. Er, der König, habe das vertragsmäßige Recht auf die Auslieferung der Russen, und verlange sie. Die rechtlichen Einwände des Kaisers gegen die Auslieferung wurden in der Denkschrift kaum gestreift, die früheren Aeußerungen von schwedischer Seite, welche das Ablassen von dieser Forderung in Aussicht gestellt hatten, nicht erwähnt. Vielmehr steigerte sich der Ton der Denkschrift zur Drohung. Die Zeit des Aufbruches nahe heran, und doch könne der König nicht aufbrechen, bevor diese Genugthuung ihm geschehen sei. Welcher Nachtheil immer daraus erwachse, dürfe nicht ihm beigemessen werden. Der König stelle es der Wahl des Kaisers anheim, ob er die moskovitische Schaar zurücksenden, oder Ort und Zeit bestimmen wolle, wo schwedische Truppen sie in Empfang nehmen könnten. Jedoch wolle der

König zugleich Verwahrung einlegen, daß nicht aus der Ankündigung dieser Forderung den Moskoviten die Gelegenheit erwachse zu flüchten. — Der begleitende Brief Pipers sprach die Hoffnung aus, der Gesandte Sinzendorf werde mit seiner gewöhnlichen Sorgfalt sich dieser Sache wie der anderen Differenzen annehmen, damit alles zur Zufriedenheit des Königs von Schweden ende[1]).

Welche unbestimmte Besorgnis vorher auch immer Sinzendorf gehegt, auf eine so herrische Forderung in einem so herrischen Tone war er nicht gefaßt gewesen. Er eilte mit der Denkschrift zu den seemächtlichen Gesandten. Sie schüttelten bedenklich den Kopf. Sinzendorf begab sich zu Piper. Er stellte vor, wie empfindlich eine solche Forderung, die den bisherigen Reden nicht entspreche, den Kaiser berühren müsse. Die Erblande hätten für Schweden in dem bisherigen Kriege mehr als 1000 Rekruten hergegeben, theils durch freundliche Nachsicht gegen die Werbung, theils unter schweren und vergeblich geklagten Excessen der schwedischen Werbe-Officiere. Jene Moskoviten hätten dem Reiche gedient, dessen Mitglied auch der Schwedenkönig, seien den Winter hindurch verpflegt, was beides nicht geschehen wäre, wenn Carl XII. sie gleich anfangs reclamirt, oder gegen die Aufnahme ein Misfallen bezeugt hätte. Da diese Moskoviten vor dem Schlusse des Friedens von Alt-Ranstadt vor den Schweden aus dem sächsischen Lande geflohen, so habe es nicht mehr in der Macht des Königs August gestanden, durch einen Tractat diese fremden Völker in die Gefangenschaft eines Dritten zu überliefern, noch auch habe Carl XII. das Recht gehabt sie zu fordern. Eine solche Forderung verstoße gegen das Völkerrecht, ja gegen das Naturrecht[2]).

Die verbündeten Mächte, fuhr Sinzendorf fort, würden die Denkschrift für einen Vorwand aufnehmen, noch länger in Sachsen zu verweilen, oder auch für eine andere Absicht, das Eine wie das Andere aber als die Wirkung der Anwesenheit des französischen Gesandten ansehen.

„Ich bitte Sie, schloß Sinzendorf, dies Alles dem Könige vorzutragen." Zugegen war, außer Piper, auch der Staats-Secretär

---

[1]) Brief und Denkschrift bei Lamberty t. IV, p. 465.

[2]) Sinzendorfs Bericht vom 13. April.

Hermelin, der Verfasser der Denkschrift. „Er zeigt seit kurzem eine große Veränderung, und geht mit dem Franzosen vertraulichst um," fügt Sinzendorf hinzu.

Piper und Hermelin thaten über Sinzendorfs Auffassung der Denkschrift sehr befremdet. Sie machten viele Betheuerungen, daß der König seinen früheren Erklärungen treu bleiben, nichts zum Schaden der Verbündeten thun wolle. Aber die Russen müsse er fordern, weil ihr Czar Peter ihm Liefland auf das ärgste verwüste und weiter drohe, den schwedischen Gefangenen dieselbe Behandlung widerfahren zu lassen, welche der König über Patkul verhänge.

Der lahme Vorwand für ein Unrecht, welches Carl XII. nicht dem Czaren Peter, sondern dem Kaiser zuzufügen im Begriffe stand, erregte den kaiserlichen Gesandten. Ohne sich auf denselben einzulassen, rief er mit Nachdruck: „Möge der König eingedenk sein, welche große Dinge er mit seiner kleinen und schwachen Armee ausgerichtet, so lange er die Gerechtigkeit auf seiner Seite hatte! — Möge er dagegen erwägen, daß auch große Armeen, die sich mehr auf die Macht als auf die Billigkeit steiften, und ungerechte Sachen vertheidigen wollten, oftmals zu Grunde gegangen sind!".

Von diesen beiden Schweden kommend begab sich Sinzendorf zu dem dritten, Cederhielm, der nach einem längeren Aufenthalte in Dresden, wie es schien, gänzlich für August II. gewonnen war, und, wider seine frühere Gewohnheit, sich der Sache der Verbündeten günstig bewies. Auf die Mittheilung Sinzendorfs rieth Cederhielm, mit der Uebersendung der Denkschrift nach Wien noch anzustehen, bis er mit Piper gesprochen habe. Er versicherte, daß Carl XII. keine böse Absicht habe, sondern für den Aufbruch nur auf das Gras warte. Sinzendorf behielt also einstweilen die Denkschrift; aber er traute nicht. „Wenn auch immer, meinte er, die Intention des Königs bis jetzt noch aufrichtig sein mag, so steigt die Versuchung durch die anwachsende Macht und durch die Verlockungen der französisch Gesinnten um ihn. Ich fürchte nicht, daß er im Reiche Händel anfängt, sondern daß er in Schlesien einbricht, und daß man dann diesen Einbruch mit dem Religionseifer beschönigen werde. Hier sowohl wie in Schlesien geht unter den Lutheranern die Rede: der König von Schweden werde bei seinem Abzuge sich so lange in Schlesien aufhalten, bis alle den

Lutheranern abgenommenen Kirchen reſtituirt ſeien. Das ſchwediſche Miniſterium hat mir bis dahin nicht das Geringſte vermeldet, was auf ein ſolches Vorhaben deuten könnte. Deshalb hüte ich mich dergleichen anzuregen“ [1]).

Dieſe Worte ſind gewichtig, wie die früher (S. 359) angeführten, weil ſie zeigen, daß Carl XII. nicht von Anfang an von dem Gedanken ausging, um der Lutheraner willen einen Druck auf den Kaiſer auszuüben.

Nur bei Stanislaus wagte Sinzendorf eine Anfrage in dieſer Richtung. Dieſer erwiederte im Allgemeinen: er wiſſe nicht und halte es auch nicht für glaublich, daß Carl XII. vorhabe, etwas Nachtheiliges gegen den Kaiſer zu unternehmen. „Melden Sie jedoch, fuhr er fort, dem Kaiſer in meinem Namen, daß der franzöſiſche Geſandte hier dem Schwedenkönige, ſo zu ſagen, carte blanche von Seiten des Czaren anbietet, und ſich anheiſchig macht, daß, wenn nur Carl XII. ſeine Anſprüche an den Czaren namhaft machen wolle, der König von Frankreich ſich erbiete, zur völligen Befriedigung Carls XII. ſie bei dem Czaren durchzuſetzen. Und wie nun dieſer Vorſchlag den Meiſten am Hofe und bei der Armee ſehr in die Augen ſcheint, ſo hat der franzöſiſche Geſandte hier viele Förderer. Denn die Mehrzahl will lieber an den Rhein als nach Moskau. Der König Carl XII. jedoch hat den Vorſchlag völlig verworfen, und erklärt, daß er davon nicht mehr reden hören wolle.“ — „Auch an mich, ſagte Stanislaus weiter, hat man durch die Woiwodin von Bels, die Eliſabeth Siniawska, Aehnliches gelangen laſſen, und des Friedens halber, wie Ludwig XIV. vorgibt, große Erbietungen gethan.“

Sinzendorf begleitete indeſſen dieſe Meldung mit ſeiner Kritik. „Man ſieht nicht ab, ſagt er, warum der Czar erbötig ſein ſollte zu einem für ihn ſo nachtheiligen Frieden, es wäre denn, daß er einen Aufruhr fürchte, worauf man allerdings von ſchwediſcher Seite rechnet. Aber der Czar Peter iſt zur Zeit Meiſter von ganz Polen, außer Danzig, Poſen, Elbing und Kaminiec, wo doch auch Danzig in ſeinem Landbeſitze und ſeinem Handel durch ein ruſſiſches Corps bedrängt

[1]) Aus dem Berichte Sinzendorfs vom 15. April.

wird. Der Czar ist also nicht in Noth. Dagegen hat Stanislaus den dringenden Wunsch nach Polen zu kommen."

Stanislaus versprach gegen die Forderung der Auslieferung der Moskoviten zu wirken. „Allein sein Einfluß ist nicht groß."

Sinzendorf vergleicht seine Stellung mit derjenigen des französischen Gesandten Bezenval. „Die Vorfälle in Breslau und mit dem Grafen Zobor, so gering dieselben an sich, sind dem Franzosen sehr zu statten gekommen. Dazu hat er nur Günstiges, nichts Unangenehmes vorzubringen. Endlich hat er diejenigen Mittel der Ueberredung in Händen, welche zu jetziger Zeit in der Welt, und besonders bei dieser Nation, leichteren Eingang finden als alle andere erhebliche und gerechte Gründe. Ich dagegen kann auf nichts mich stützen als auf die Billigkeit und die Gerechtigkeit der Sache Ew. kaiserlichen Majestät. Jener hat für sich nicht bloß die natürliche Neigung dieser Nation für das französische Interesse, sondern auch die Corruption, zu einer Zeit, wo am schwedischen Hofe die Macht mehr gilt als das Recht. Ich kann die Gier dieser Menschen von der gegenwärtigen Sachlage ihren Nutzen zu ziehen, mit nichts befriedigen, sondern muß reden mit leeren Händen."

Die Hoffnung auf eine Milderung der schwedischen Denkschrift vom 11. April erfüllte sich nicht. Sinzendorf mußte sie absenden, wie er sie erhalten. In der Angelegenheit des Zobor berichtete Stralenheim aus Wien: die Abführung des ersteren zur Haft in Graz sei keine Genugthuung, weil sie verfügt sei wegen der Renitenz Zobors gegen die Wache in seinem Hausarreste. Demgemäß gebot Carl XII., daß Stralenheim auch ferner sich in Wien aller Thätigkeit enthalte[1]). Auf den Bericht darüber erwiederte der Kaiser seinem Gesandten: „Zobor ist lediglich zur Genugthuung für den König von Schweden nach Graz gebracht. Wenn Stralenheim anders berichtet, so thut er nicht, was er thun sollte. In jedem Falle muß auf unsere Declaration mehr Gewicht gelegt werden, als auf die Muthmaßungen des Gesandten"[2]).

Der Kaiser ließ die in Breslau gefangenen schwedischen Werbe-Officiere auf freien Fuß stellen, mit dem ausdrücklichen Bemerken,

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 19. April.
[2]) Kaiserliches Rescript vom 29. April.

daß es geschehe aus besonderer Consideration für den König von Schweden[1]).

Sinzendorf brachte beide Angelegenheiten vor Piper und dem General Rennschild zur Sprache. Die Angelegenheit der Werbe-Officiere von Breslau, sagte er, sei minder erheblich als der geringste Exceß der noch täglich in Schlesien widerrechtlich sich aufhaltenden schwedischen Werbe-Officiere. Dennoch ahnde der Kaiser diese Excesse nicht, wie er vor Gott und der Natur dazu befugt, sondern stelle die Remedur und Abstrafung lediglich dem Könige anheim. — Piper, der immer seine freundlichen Manieren bewahrte, und der General Rennschild suchten zu beschwichtigen. Nur noch eine kurze Weile Geduld, sagten sie, dann werde alles sich geben[2]).

Unterdessen kam Marlborough an. Wir haben dem Ursprunge und Verlaufe dieser Reise zu folgen.

Der Besuch Marlboroughs bei Carl XII.

Bereits im Februar äußerte sich Marlborough in Briefen an Wratislaw und Heinsius, daß er wegen des Mistrauens, das man in Wien und im Haag gegen die ferneren Absichten des Schwedenkönigs hege, erbötig sei eine Reise dahin zu unternehmen, um Carl XII. der freundlichen Gesinnung der Königin zu versichern[3]). Aehnlich schrieb er an den Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover, der beständig die Ansicht vertrat, daß von Carl XII. her für die verbündeten Mächte nichts zu befürchten sei. In diesem Briefe wendete jedoch Marlborough die Sache so, als sei ihm von Holland aus die Aufforderung zu dieser Reise zugekommen, und stellte die Entscheidung darüber dem Kurfürsten anheim[4]). Bevor noch von Hannover die Antwort eintraf, richtete er einige Tage später dahin die Anfrage, wie viel er dem Grafen Piper und dem Staats-Secretär Hermelin zu bieten habe, um sie willig zu stimmen[5]). Die betreffenden Beträge müssen vereinbart sein;

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 15. April.
[2]) Sinzendorfs Bericht vom 19. April.
[3]) Murray vol. III, p. 315, 316.
[4]) A. a. O. p. 313.
[5]) A. a. O. p. 320.

denn, als Marlborough durch Gegenwind in Margate zurück gehalten wurde, beauftragte er von dort aus den englischen Gesandten in Alt-Ranstadt, Robinson, für den Fall seines Nicht-Kommens, die vorgeschlagenen Summen an Piper und die Anderen zu zahlen[1]).

Endlich jedoch gelang die Ueberfahrt, und am 18. April befand Marlborough sich im Haag. Von dort aus kündigte er dem Kurfürsten in Hannover, dem Könige in Berlin seine Reise an, bei Jedem von ihnen hervorhebend, daß hauptsächlich der Wunsch sie wiederzusehen, ihn zu dieser Reise bewöge[2]). Von Hannover aus, wo er nur Einen Tag verweilte, nahm er den Referenten für die englischen Angelegenheiten, Robethon, nach dem schwedischen Hauptquartiere mit. Am Abende des 26. April traf er dort ein, und nahm Wohnung im Dorfe Kotschau, eine halbe Meile von Alt-Ranstadt.

Vielfach und namentlich von Engländern wurden große Hoffnungen auf diese Zusammenkunft gesetzt. „Wenn Carl XII. böse Absichten hat, schrieb der Gesandte Lord Raby aus Berlin an Robethon, am 26. April: so ist Niemand so wohl geeignet ihn davon abzubringen wie Marlborough“[3]).

Sogleich nach der Ankunft desselben begab sich Sinzendorf zu ihm und legte ihm den Stand der Dinge dar, namentlich auch die Veränderung, die er seit der Ankunft des französischen Gesandten in dem schwedischen Ministerio wahrgenommen. Marlborough zeigte sich, wie Sinzendorf meldet, über die Forderung die Moskoviten auszuliefern, so befremdet wie bekümmert, daß eine Angelegenheit von so geringem Gewichte einen Anlaß zu Misverständnissen geben könne, und daß Carl XII. hierin seine Macht dem Rechte und der Billigkeit vorziehe[4]).

Am folgenden Morgen um 10 Uhr ward Marlborough von Piper zur Audienz geführt. Er überreichte die Briefe der Königin und des Prinz-Gemahls, mit einer französischen[5]) Anrede, welche der anwesende englische

---

[1]) Murray vol. III, p. 339.

[2]) A. a. O. p. 339, 340.

[3]) Robethon-Papiere im Stadt-Archive Hannover.

[4]) Sinzendorfs Bericht vom 28. April. — Die eigenen Berichte Marlboroughs, bei Murray vol. III, p. 347 et suiv., sind, wie er selbst dort sagt, summarisch, und verweisen für die Einzelnheiten auf diejenigen von Robinson und Sinzendorf.

[5]) Murray vol. III, p. 347: I always expressed myself in French.

Gesandte Robinson in schwedischer Sprache wieder gab. Marlborough schloß mit den Worten: er würde sich glücklich schätzen, wenn seine Angelegenheiten ihm verstatteten, unter einem so großen Kriegshelden wie der König dasjenige zu lernen, was ihm in Kriegssachen noch fehle. — Piper, im Namen des Königs, antwortete in schwedischer Sprache, und wiederum dolmetschte Robinson. Die Antwort enthielt, daß der König sich aus gerechter Ursache dort befinde, und gesonnen sei wieder aufzubrechen, sobald er für seine Forderungen befriedigt sein werde, jedoch ohne der allgemeinen Sache einen Abbruch zu thun, noch der protestantischen Religion den geringsten Nachtheil zu verursachen. — Die letzten Schmeichelworte Marlboroughs blieben unerwiedert.

Es folgte eine längere Unterhaltung bis zum Mittag. Marlborough speiste mit dem Könige, die Gesandten an der Marschalls-Tafel. Nach Tische ließ der König seinen Gast mit in sein Schlafzimmer treten. Von englischer Opulenz und Eleganz war dort nichts zu finden. Das Bett bestand aus einer Matratze und zwei Decken, ohne Leintücher, und Carl XII. schlief der Regel nach gekleidet und gestiefelt. Piper, Hermelin, Robinson waren anwesend. Der Erste diente als Dolmetsch, obwohl Carl XII. die französische Sprache ziemlich verstand, ohne sie zu sprechen. Die Unterredung dauerte abermals zwei Stunden.

Am Nachmittage kam die Meldung, daß König August sich in Leipzig befände und am nächsten Morgen kommen würde. Carl XII. ließ erwiedern, daß er selber sich einstellen werde. Er ritt, wie er zu thun pflegte, im Galopp von Alt-Ranstadt nach Leipzig, wo August II. in einem Landhause vor dem Thore ihn erwartete. Auch Marlborough erhielt dadurch die günstige Gelegenheit, sich zum Könige August zu begeben, ohne Anstoß zu erregen. August II. erwiederte am nächsten Tage den Besuch Carls XII., und verweilte, wie dieser am Tage zuvor, zwei Stunden. Am Nachmittage erschien Marlborough zur abermaligen Audienz bei Carl XII. Während er dort weilte, ward Stanislaus gemeldet. Carl XII. holte ihn herein, und Marlborough benutzte die Gelegenheit ihn mit dem Majestäts-Titel anzureden, was den beiden Königen sichtlich behagte [1]).

[1]) Robethons Bericht über diese Tage.

Unterdessen war Grumbkow von Berlin mit einer erneuten Einladung des Königs Friedrich I. für Marlborough angekommen. Bereits am Abende des 30. April traf Marlborough in Charlottenburg ein, um dort, im Verlaufe von vier Tagen, den vierten König zu begrüßen. Von allen diesen Königen wußte Friedrich I. am genauesten, wie dieser Gast in guter Stimmung zu erhalten war. Marlborough meldet darüber: „Beim Scheiden drängte der König mir einen Diamant-Ring auf zum Werthe von 1000 Pfund Sterling." Sein Secretär Cardonnel erhielt 300 Ducaten[1]). Von Berlin aus kehrte Marlborough am 2. Mai zurück, über Hannover nach dem Haag.

Dasselbe Mittel, welches Friedrich I. bei Marlborough, hatte dieser bei Cederhielm und Hermelin angewendet. Die Frage, ob auch bei dem Grafen Piper, ist damals und später oft erörtert, und man hat sogar die sehr große Summe von 25.000 Pfund Sterling angegeben[2]). Piper selber dagegen hat später als Gefangener in Moskau dem Prediger Nordberg versichert, daß er kein englisches Geld empfangen, und nur für seine Frau die Annahme eines Ringes zum Werthe von 2000 Thalern von Marlborough zugegeben habe[3]). Auch Robethon, der Begleiter Marlboroughs von Hannover aus, indem er in einem Briefe an Lord Raby in Berlin bemerkt, daß Hermelin und Cederhielm, nach der Annahme des englischen Goldes, wie verwandelt erscheinen, fügt in Betreff Pipers hinzu: „Marlborough betrachtet den Grafen Piper wie erhaben über Anerbietungen dieser Art"[4]).

Danach also scheint verneint werden zu müssen, daß Marlborough dem Grafen Piper englisches Geld auch nur angeboten habe. Allein es steht entgegen, daß in der früheren Correspondenz ein Geldbetrag für Piper bereits festgestellt war, und mehr noch, daß, indem im nächsten Jahre Marlborough auf diese Geldsache zurückkommt, er den Namen des Grafen Piper dabei mitbenennt. Die Summe für alle drei, also Piper, Hermelin, Cederhielm, betrug danach jährlich 2500 Pfund Sterling. Marlborough fügt aber dann, 1708, die Bemerkung

[1]) Robethons Bericht. — Vergl. Coxe vol. II, p. 53.

[2]) Lamberty t. IV, p. 435. Nach ihm viele Andere. Auch Coxe vol. II, p. 51.

[3]) Nordberg Bd. II, S. 14.

[4]) Mylord regarde le comte Piper comme estant au-dessus des offres de cette nature.

hinzu: „Was immer hernach für geeignet erachtet werden mag, zur Zeit sehe ich für die Zahlung gar keine Nothwendigkeit“ [1]). Thatsächlich also dürfte sich die Jahrespension auf die einmalige Zahlung jenes Betrages beschränkt haben.

Wir werden später ersehen, daß auch weder Sinzendorf noch Wratislaw den Grafen Piper als über derartige Schwächen erhaben ansahen.

So günstig das Urtheil Marlboroughs über die Stärke dieser schwedischen Armee und den Zustand der Mannschaft lauten mußte: so machte er doch einige Wahrnehmungen und gab dieselben in Worten wieder, die nicht verheißungsvoll klangen. Sie folgen hier, wie sein Begleiter Robethon sie verzeichnet hat: „Il n'y a ni train d'artillerie, ni hôpital, ni magazins. C'est une armée qui vit de ce qu'elle trouve, et qui dans une guerre de chicane périrait bientôt.“ Uns Späteren erklingen diese Worte fast wie eine Weissagung dessen was reichlich zwei Jahre hernach geschah. Für manche schwedische Officiere mag dieselbe Beobachtung mitgewirkt haben zu dem Wunsche, lieber überall anderswohin den Krieg zu bringen als in das weite, öde Rußland hinein. Eben dies scheint in den Worten zu liegen, die Robethon noch hinzufügt: „Tous les officiers suédois comptent de marcher contre les moscovites, et ils en enragent.“

Aber die nächst liegende Frage ist, was Marlborough im Hauptquartiere von Alt-Ranstadt ausgerichtet habe. Seine eigenen Berichte, namentlich nach Wien an den Fürsten Salm und den Grafen Wratislaw, drücken seine Zufriedenheit aus. „Ich schmeichele mir mit der Hoffnung, sagt er, daß meine Reise zum Vortheile der gemeinen Sache so wohl gelungen ist, daß ich keinen Grund habe, mich über die ausgestandenen Strapazen zu beschweren“ [2]). In der That hatte er von Carl XII. die allgemeine Zusage erhalten, daß er nicht mit Frankreich sich einlassen, daß er dem Interesse der Verbündeten nicht zuwider handeln werde. Aber bei diesen allgemeinen Versicherungen war es geblieben. Derjenige Engländer, der vorher alles Vertrauen auf den Besuch von Marlborough im schwedischen Hauptquartiere gesetzt hatte,

[1]) Murray t. IV, p. 96, 100.
[2]) A. a. O. t. III, p. 348, 349.

Lord Raby in Berlin, äußerte nachher vertraulich zu Robethon: „Nach meiner Ansicht — unter uns gesagt — haben sich die Schweden dem Lord Marlborough gegenüber allzu dicht gehalten. Ich glaube nicht, daß Sie nach dieser Reise über die eigentlichen Absichten des Schwedenkönigs viel besser unterrichtet sind als Sie es vorher waren" [1]).

Diese letzten Worte dürften der Wahrheit völlig entsprechen. Aber nicht bloß die Schweden hatten nicht gesprochen, sondern auch Marlborough hatte nicht viel gefragt. Robethon berichtete heim, daß Marlborough den Weg, den der Kurfürst Georg Ludwig angerathen, dem Schwedenkönige gegenüber kein Mistrauen zu zeigen, als den allein richtigen befunden, daß er darum nur den Zweck verfolgt habe, sich angenehm zu machen und jeglichen Verdruß zu vermeiden. Man hatte ihn um eine Verwendung für den unglücklichen Patkul ersucht, um ein günstiges Wort für den Kurfürsten von der Pfalz, gegen welchen der Groll Carls XII. noch fortwährte. Marlborough hatte abgelehnt.

Spätere englische Historiker, namentlich Coxe, haben sich die Verrichtungen Marlboroughs bei Carl XII., die Geltung des englischen Feldherrn bei dem jungen Könige, höher ausgedacht. Aber wir werden zwei Jahre später, in Anlaß der Kunde von Pultawa, andere Meinungen darüber aus England vernehmen.

Dennoch hatte Marlborough in einer wichtigen Angelegenheit vorzubauen gesucht. Er hatte bemerkt, daß die Verstimmung Carls XII. gegen den kaiserlichen Hof leicht sich äußern könne durch ein thätliches Einschreiten zu Gunsten der Lutheraner in Schlesien; denn er fand den König wie seine Minister sehr geneigt, alle Kirchen dort zurückzufordern, welche die Lutheraner je besessen. Eine Forderung solcher Art war jedoch bis dahin nicht ausgesprochen. Marlborough warnte davor es zu thun, weil die Aufregung, welche eine Forderung solcher Art bei den Katholiken hervorrufen würde, nur Frankreich zu gute kommen könne. In seinem Berichte nach England darüber schätzt er

---

[1]) Raby an Robethon, 24. Mai: „Je trouve (entre nous) que les Suédois avoient leur bouche trop fermée envers le duc de M. Je ne crois pas que vous êtes beaucoup plus éclairé sur les intentions du roy de Suède que vous ne l'étiez auparavant de votre voyage." — Man vergl. dagegen die Uebertreibungen bei Coxe vol. II, p. 54.

sich glücklich es dahin gebracht zu haben, daß Schweden zur Zeit diese Forderung unterlassen werde [1]).

Den Kaiserlichen eröffnete er, daß der König von Schweden sich der Religionssache in Schlesien nicht anders annehmen werde als durch freundschaftliche Verwendungen [2]).

Dagegen hatte Marlborough vor Carl XII. die Beschwerden desselben gegen den Kaiser direct nicht berührt. Die wichtigste derselben aber, die Forderung der Auslieferung der 1200 Russen, besprach er wiederholt bei Anderen, und zwar in einer Weise, welche dem Schwedenkönige gegenüber das Princip des Kaisers preis gab.

Vor der Abreise nämlich sprach Marlborough sich zu Sinzendorf vertraulich über die Sachlage aus. Er habe nicht den Eindruck, sagte er, daß ein schwedisches Einverständnis mit Frankreich bestehe. Jedoch müsse er bekennen, daß unter allen ihm gegebenen guten Versicherungen dennoch immer Ausflüchte offen geblieben seien. Er nehme daher an, daß dem französischen Gesandten zu Anfang mehr Hoffnung gemacht sei, als man nunmehr erfüllen wolle, und daß man durch die angenommenen Geschenke sich zu angenehmen Gegendiensten vielleicht auf eine Art verbindlich gemacht, von der man nun so leicht nicht wieder los kommen könne. Marlborough wünschte daher, daß in Betreff der Russen Carl XII. auf das schleunigste zufrieden gestellt werde. Er wiederholte zu diesem Zwecke den Rath, den er schon am ersten Tage dem Gesandten gegeben: wenn man Bedenken habe diese Mannschaft dem Schwedenkönige direct auszuliefern, so möge man sie dem Könige August als ihm gehörig restituiren [3]).

Der Rath, den Marlborough dann auch schriftlich nach Wien hin aussprach, wirkte auf Sinzendorf so stark, daß er, ohne einen Bescheid darüber von Wien her zu erwarten, auch zu Anderen davon zu reden begann. Von Wien aus aber erfolgte sofort die kaiserliche Antwort: „Wir können dies nicht thun ohne Verletzung unserer Reputation und des allgemeinen Völkerrechtes" [4]). Zugleich war der

---

[1]) Murray vol. III, p. 358. Bericht an Harley, vom 10. Mai. — Coxe vol. II, p. 50. An Godolphin.

[2]) Kaiserliches Rescript an Goes vom 15. August.

[3]) Die Berichte Sinzendorfs vom 28. April und 1. Mai.

[4]) Kaiserliches Rescript vom 3. Mai.

Rath Marlboroughs zur Kunde Carls XII. gelangt. Carl XII. hatte ihn verworfen.

Demnach war die Anwesenheit Marlboroughs im schwedischen Hauptquartier durch diese Consequenzen nicht zum Heile ausgeschlagen. Die Concession, welche von Marlborough um des Friedens willen angerathen war, konnte von Carl XII. ausgelegt werden als eine Anerkennung seines Rechtes von Seiten Marlboroughs.

Steigende Gereiztheit Carl XII. wider den Kaiser, im Mai.

Nach der Annahme des Grafen Sinzendorf hat sich in den nächsten Tagen irgend Etwas zugetragen, was den König Carl XII. in eine hohe Aufregung wider den Kaiser gebracht hat[1]). An ein Kundwerden des englischen Planes gegen Toulon ist dabei nicht zu denken; denn Ludwig XIV. selber empfing die erste Kunde dieses Planes erst in der zweiten Hälfte des Monates Juni, und es vergingen dann noch mehrere Tage bis zu seiner Ueberzeugung (S. 328). Auch richtete sich der Zorn Carls XII. direct gegen den kaiserlichen Hof.

Dieser Zorn gelangte zum Ausbruche durch ein Schreiben des Grafen Piper an Sinzendorf. Am 7. Mai las jener es diesem vor. Sinzendorf erhob die nachdrücklichsten Einwendungen gegen den Inhalt, der wie die Ankündigung eines Bruches laute. Carl XII. selber erblickte von ungefähr die Beiden in dieser lebhaften Unterredung, so daß Sinzendorf sicher sein durfte, daß ihm davon nichts unbekannt geblieben war. Desungeachtet ward ihm am Morgen des 27. April/8. Mai das Schreiben so wie Piper es ihm vorgelesen hatte, ins Haus getragen, „vermuthlich, fügt Sinzendorf hinzu, damit die Sache desto ostensibler werde“ [2]).

Der Brief fordert die Auslieferung der Russen, so wie Genugthuung in der Sache des Zobor und der Breslauer Angelegenheit. Die erste Forderung wird verschärft durch die Worte: „Se. Majestät hält es für erforderlich, daß baldigst die Zeit der Auslieferung angegeben werde, so wie der Ort, an den Se. Majestät die Escorte schicken kann.“ Der Brief schloß, in Betreff der Einwendungen von kaiserlicher

[1]) Schreiben Sinzendorfs an Wratislaw vom 8. Mai.

[2]) Dasselbe Schreiben.

Seite, mit den Worten des Grafen Piper: „Ich besorge, daß Se. Majestät alles dies nur für einen Zeitvertreib anfieht, mit welchem man Sie zu blenden versucht, während doch Se. Majestät das Recht zu haben vermeinen, die Flüchtlinge, wenn kein anderes Mittel sie wieder zu erlangen sich ergibt, zu verfolgen, wo Sie glauben sie finden zu können“ [1]).

Der Brief und namentlich der Schlußsatz versetzte den Gesandten Sinzendorf in die höchste Erregung, die er in einem Privatschreiben an den Grafen Wratislaw in Wien kund gab [2]). Dieser hatte ihm die Frage gestellt, ob denn nicht die in Polen täglich anwachsende Macht des Czaren Peter dem Könige Carl XII. einige Besorgnis einflöße. Sinzendorf verneinte. „Sie dürfen als zweifellos annehmen, sagt er, daß die gesammte moskovitische Machtstellung bei dem Könige von Schweden, so vielen Grund er dazu auch haben sollte, dennoch nicht das leiseste Bedenken hervorruft, und daß er die Ausbreitung derselben über ganz Polen nicht für eine Sache achtet, die seinem Handeln Schwierigkeiten bereiten könnte. Dennoch ist die Animosität gegen diesen Feind der Leitstern seines Thuns. Wenn wir ihm die Russen nicht ausliefern, wenn also der Fall eintritt, den er in Aussicht stellt, daß er selber sie sich holen will: so wird die Rücksicht auf jenen Feind auch nicht im mindesten ihn zurückhalten. Denn ihn leitet nicht das politische Interesse, sondern lediglich die Bethätigung seiner Ostentation und seiner Leidenschaft [3])“. Darum stellt der Gesandte die dringende Bitte, daß in Wien unverzüglich der Beschluß der Auslieferung gefaßt werden möge, und beruft sich dafür abermals auf Marlborough, dessen Scharfblick an Ort und Stelle sofort erkannte, daß die Auslieferung unvermeidlich sein werde.

Die Besorgnisse des kaiserlichen Gesandten stiegen noch durch die Wahrnehmung, daß er an denen der Seemächte keine Stütze hatte.

---

[1]) „Je crains que S. M. ne prenne tout cela pour un amusement, dont on cherche à L'éblouir, pendant qu'Elle croit avoir droit de poursuivre les fuyards où Elle les pourra trouver, s'il n'y aura pas d'autre moyen de les recouvrer.“

[2]) Schreiben Sinzendorfs vom 8. Mai.

[3]) „Nulla enim penitus cura status, sed sola ostentationis et passionum tuitio.“

Die Erklärungen Carls XII. gegenüber Marlborough, sagten sie, hätten zur Genüge dargethan, daß die Allianz als solche von Carl XII. nichts zu fürchten habe. Die Forderung desselben an den Kaiser, die Russen auszuliefern, sei eine Particular-Differenz, in welche sich einzumischen ihnen nicht zustehe[1]). — Die Antwort war um so leichter, da ja Marlborough bereits den Rath gegeben, der den Weg eines energischen Eintretens für den Kaiser abschnitt.

Bevor der drohende Brief des Grafen Piper in Wien eintraf, waren dort im kaiserlichen Rathe die drei Angelegenheiten wiederholt erwogen. Man war der Ansicht, daß in der Sache Zobor so wie in der Breslauer Werbe-Angelegenheit das Mögliche geschehen sei. Wenn der Schwedenkönig von seiner Forderung die Russen auszuliefern, nicht nachlassen wolle, so sei das eine Angelegenheit, welche der Kaiser an die verbündeten Mächte und an die Reichsversammlung zu bringen habe. Am 10. Mai ergingen an die Gesandten in London und im Haag die betreffenden Rescripte.

Auf das Eintreffen jenes Drohbriefes jedoch versammelten sich am 13. Mai die berufenen Räthe abermals zur Conferenz. Es waren der Fürst Salm, die Grafen Oettingen, Kinsky, Windischgrätz, Wratislaw, Schönberg[2]). Sie überblickten noch einmal den ganzen Verlauf der Dinge, zunächst die Forderung Carls XII. ihm die Russen auszuliefern. Sie wiesen hin auf die Antworten des Grafen Piper an Sinzendorf, vom 3. Februar und vom 8. März, daß der König, wenn nur erst die Anerkennung von Stanislaus erfolgt, in der Angelegenheit der Russen seine Verehrung für Kaiser und Reich beweisen werde (S. 352 und 364). Dann aber verneinten sie jedes Recht der Forderung, eine Mannschaft auszuliefern, welche zur Zeit des Abschlusses von Alt-Ranstadt sich nicht mehr in Sachsen, sondern bereits auf neutralem Gebiete befunden habe. Zum Vergleich wiesen sie hin auf ein verfolgtes Schiff, das in einen neutralen Hafen fliehend, eben dadurch sicher sei. Um so mehr aber würde in diesem Falle die Auslieferung der Moskoviten der Reputation und dem Namen des Kaisers zum Abbruche gereichen, weil dieselben schon Dienste geleistet, wenigstens

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 12. Mai.
[2]) Conferenz-Protokoll vom 13. Mai.

die Wachen bezogen hätten. Der Czar würde daher das Recht haben, die Auslieferung als einen Bruch des Völkerrechtes zu betrachten und demgemäß zu rächen. Die Minister rathen daher dem Kaiser unbedenklich an, in die Auslieferung nicht zu willigen.

Mit dem Rechte verneinen sie aber auch zugleich die Zweckmäßigkeit eines Nachgebens in dieser Sache.

„Wenn der König von Schweden, sagen sie, ein so unbilliges, der Ehre und dem Interesse Ew. kaiserlichen Majestät so nachtheiliges Ansinnen mit Gewalt erzwingen will: so steht es bei ihm fest, auf jeden Fall mit Ew. kaiserlichen Majestät zu brechen. Folglich würde er, wenn ihm durch die Auslieferung der jetzige Vorwand benommen würde, einen anderen suchen und finden, und zwar vermuthlich denjenigen der Religion in Schlesien. Wenn aber der Krieg unvermeidlich ist, so ist es besser, ihn aufzunehmen wegen der Nicht-Auslieferung der Russen, als wegen der Religion. Denn in jenem Falle haben wir noch Hülfe und Beistand von den Verbündeten und von Moskau selbst zu hoffen; in dem anderen Falle wäre zu besorgen, daß fast alle verbündeten Mächte und der größere Theil des Reiches den Schweden begünstigen und mithelfen würden, Ew. kaiserlichen Majestät Gesetze vorzuschreiben."

„In jedem Falle bleibt die Deputation dabei, daß, wenn der Schwedenkönig bösen Willens ist, Ew. kaiserliche Majestät durch die Auslieferung dieser Gefahr nicht entgehen. Daher kann sie nicht zu einer Handlung rathen, welche noch dazu vor der Welt keine Billigung finden würde. Derselben Ansicht ist sie in Betreff des von Marlborough vorgeschlagenen Auskunftsmittels, die russische Mannschaft, welche dem Könige August notorisch, seiner eigenen Aussage nach, nicht zugehört, an ihn auszuliefern."

Aber es handelte sich nun um einen positiven Vorschlag. Die Räthe benutzten den Anlaß, daß der schwedische Gesandte Stralenheim eben damals die Aufforderung erhalten hatte, sich ins Hauptquartier nach Alt-Ranstadt zu begeben und mündlichen Bericht zu erstatten, und daß er zu diesem Zwecke den Reichs-Vicekanzler Schönborn um eine Antwort auf seine Fragen über die drei Beschwerden Carls XII. ersucht hatte. In Betreff der wichtigsten derselben, über die Russen, sagte dies Schreiben, vom 11. Mai: „Se. Majestät glaubt fest in keiner

Weise von der Forderung ihrer Auslieferung abstehen zu können“ [1]). Die Räthe beantragten daher, daß ihm in dieser Antwort eine genaue Darlegung des Sachverhaltes gegeben werde, mit dem Hinweise auf den Auftrag an Sinzendorf vom 2. Januar, und die Antworten Pipers vom 3. Februar und 8. März. Der Kaiser Joseph genehmigte.

Dieses Schreiben erfolgte am 16. Mai. In Betreff der Sache Zobors hieß es darin: der Kaiser habe nicht anders geglaubt, als daß, nachdem er den Grafen Zobor bloß in Rücksicht auf den König, ohne weitere Untersuchung der Sache, auf das Schloß zu Graz in engen Arrest bringen lassen, damit er dort seinen unbesonnenen Fehler eine Zeitlang zu büßen habe, der König daran eine völlige Genugthuung haben werde. Weil aber der Kaiser nunmehr vernommen, daß der König einen ordentlichen Prozeß gegen Zobor verlange: so wolle er, neben Schärfung des Arrestes, denselben anstellen lassen, dem Könige, wenn er es begehre, die Verantwortung Zobors mittheilen, und verfügen, was, nach Anweisung der Justiz, dem Könige genugthun könne.

In Betreff der Vorfälle in Breslau vermeine der Kaiser, daß er seine aufrichtige Absicht und seinen Willen, dem Könige alle billigmäßige Satisfaction zu geben, nicht besser habe darthun können, als durch das geschehene Erbieten, die Thatsache in Gegenwart eines oder mehrerer schwedischen Commissäre untersuchen, und nach Befund dieser Untersuchung gegen den angeschuldigten Adjutanten mit strengem Rechte verfahren zu lassen. Wie der Vollzug dieses Erbietens bisher nur an dem Nicht-Eintreffen eines schwedischen Commissärs hafte: so beharre der Kaiser bei seinem Erbieten und habe inzwischen den Befehl erlassen, den Adjutanten zu verwahren. Dagegen erwarte der Kaiser von der Gerechtigkeit des Königs, daß er die von schwedischen Werbe-Officieren innerhalb des kaiserlichen Gebietes vielfältig verübte Ungebür ernstlich ansehen, und die Justiz der Art walten lassen werde, daß die Strafe an dem Orte den Anfang nehme, von welchem das Verbrechen ausgegangen.

Was endlich die zur Zeit am Rheine stehende geringe moskovitische Mannschaft betreffe, so würde der Kaiser wünschen, daß, wie er bei jeder Gelegenheit Beweise seiner besonderen Hochachtung und

---

[1]) „S. M. croit fermement ne pouvoir en aucune façon désister de leur restitution.“

freund-brüderlichen Affection an den Tag gelegt, er auch in diesem Falle seine Willfährigkeit zu bethätigen vermöchte, wenn dies geschehen könnte ohne Verletzung seiner Ehre und des allgemeinen Völkerrechtes. Nachdem aber diese moskovitische Mannschaft, laut der eigenen Aussage des Königs August, schon vor dem Stillstande und mithin lange vor dem Friedensschlusse von Alt-Ranstadt aus Sachsen entwichen, und von den schwedischen Truppen nicht verfolgt, auch vielleicht längst über Holland oder auf anderen Wegen in ihr Vaterland zurückgekehrt sein würde, wenn nicht der Kaiser ihnen das Brot hätte reichen lassen, was doch auch nur darum geschehen, weil diese Truppen ihre Dienste gegen den allgemeinen Reichsfeind angeboten — so werde der König selbst ermessen, was die Welt urtheilen würde, wenn der Kaiser diese von der Gefahr so weit entfernten Leute urplötzlich überfallen, binden und ihrem Feinde in die Gefangenschaft abliefern wollte. Und zwar dies um so mehr, da der Graf Sinzendorf, gemäß dem ihm zugegangenen Befehle vom 2. Januar, die Sache wiederholt zur Sprache gebracht, und von dem Grafen Piper am 3. Februar und 8. März ganz andere Antworten erhalten habe als die Forderung einer Auslieferung. Im anderen Falle würde der Kaiser diese Mannschaft in seinen Dienst nicht aufgenommen haben, wie er auch ja ein Recht sie anzuhalten nicht besäße.

Der Kaiser setze in den Abgesandten von Stralenheim das gnädigste Vertrauen, daß er, wie bisher, auch ferner beitragen werde, die Freundschaft und das gute Einvernehmen zwischen beiden höchsten Häusern und Personen zu erhalten.

Mit diesem Schreiben, welches bei allem Entgegen-Kommen dennoch in allen drei Fällen den Standpunkt des Rechtes entschieden wahrte, reiste der Gesandte Stralenheim, Mitte Mai, von Wien ab ins schwedische Hauptquartier zu Alt-Ranstadt. Es fand also nicht, wie damals an vielen Orten geglaubt wurde, eine formelle Abberufung des Gesandten statt, sondern eine Heimberufung zum Zwecke der Berichterstattung.

Inzwischen löste sich die dritte und wichtigste der drei Fragen thatsächlich auf eine andere Weise.

Noch vor der Kunde der schwedischen Denkschrift vom 11. April, hatte der Kaiser, am 14. April, dem Markgrafen Christian Ernst von

Baireuth als Commandirenden der Reichsarmee durch ein Handschreiben kund gethan, daß sich in Betreff der Moskoviten, die in Philippsburg und Umgegend stünden, Bedenken erhöben. Daher wünsche der Kaiser sie unter der Hand des Dienstes zu entlassen, und zwar so, daß ihnen die Marschroute nach dem Unterrheine angewiesen würde. Dort könnten sie entweder in andere Dienste treten, oder über das Meer in ihre Heimat zurückkehren [1]).

Am 28. April ward zu Bruchsal von dem kaiserlichen Kriegs-Commissär Langscheid die Marschroute für die Russen nach dem Unterrheine ausgestellt. Sie traten ihren Weg an. Aber die Ober-Officiere hatten noch eine andere Ordre und eine andere Marschroute erhalten, von der die Kaiserlichen nichts wußten. Ein Hauptmann, der mit seinem Trupp am 8. Mai in Darmstadt eintreffen sollte, vertraute am Tage zuvor, in Bensheim, dem dortigen Schultheiß an: seine Ordre enthalte, daß, so lieb wie ihm des Czaren Dienst und Gnade, er Brot auf zwei Tage für seinen Trupp anschaffen, dann um Mitternacht in aller Stille aufbrechen und seinen Marsch durch den Odenwald, dann über Mergentheim nach Ansbach nehmen solle. Dort werde das ganze Regiment sich zusammen finden. Der Schultheiß war willig das Brot zu liefern, und in der Nacht enteilten die Russen ostwärts [2]).

Aehnlich erging es mit den anderen Haufen. In Ansbach sammelten sie sich, um dann aufs neue ostwärts mehr zu laufen als zu marschiren. Sie betraten Böhmen. Bereits am 16. Mai gelangte die Nachricht an den Kaiser. Die Haufen erschienen so unvermuthet, so eilig von einem Orte zum anderen, daß die Einwohner nicht wußten, wen sie vor sich hatten. Man hatte indessen den Anhaltspunct, daß die Officiere deutsch im sächsischen Dialecte sprachen, die Mannschaft polnisch und russisch. Aus den darüber einlaufenden Berichten vermuthete erst nur die Statthalterei in Prag, daß es die vom Rheine entwichenen Russen sein müßten. Auch gaben die Officiere keine weitere Auskunft, als daß sie Tag und Nacht ostwärts marschiren würden. Der Regel nach begingen sie keine Excesse. Es wurde ihnen Cavallerie

---

[1]) Abschrift bei dem Berichte Sinzendorfs vom 27. Mai.
[2]) Beilage zu dem Berichte Sinzendorfs vom 27. Mai.

nachgesendet, die, bei dem weiten Vorsprunge, sie nicht einzuholen vermochte [1]).

Es traf sich, daß Stralenheim auf seiner Reise von Wien nach Alt-Ranstadt in der ersten Stadt Böhmens, die er betrat, in Neuhaus, einen Haufen der Durchziehenden erblickte, und, auf seine Erkundigungen, die irrthümliche Nachricht erhielt: der führende Officier habe einen kaiserlichen Paß. Mit diesem Irrthume erfüllt, setzte Stralenheim seine Reise fort.

Unterdessen blieb der Zorn Carls XII. auf gleicher Höhe. Sinzendorf, der sich von dem Gedanken nicht lossagen konnte, daß von französischer Seite her die Wandlung bewirkt worden sei, wendete sich an den hannöverschen Gesandten Oberg, welcher wie ein Vertrauter des schwedischen Hofes galt. Oberg verneinte eine Verbindung Carls XII. mit Frankreich: vielmehr beklage sich Bezenval über die geringe Consideration für ihn.

Oberg fuhr fort: „Der König ist weder kaiserlich, noch französisch, noch auch für die Verbündeten, sondern folgt in allen Dingen seinem eigenen Kopfe, oder dem sich darin formirenden Systeme, gleich wie dem blinden Glücke. Dies hat ihn dahin gebracht, daß er vermeint, weder Rücksicht noch Verpflichtung gegen Jemanden haben zu müssen. Die schwedischen Minister sind darüber nicht wenig bekümmert, dürfen aber nicht sich unterwinden, es den König merken zu lassen, sondern sind nur darauf bedacht, wie sie der kühnen Handlungsweise des Königs einen Schein des Rechtes und der Billigkeit zu geben vermögen. Daß er zur Zeit sich in gereizter Stimmung befindet, ist nicht zu verkennen. Sollte der Bruch erfolgen, so bin auch ich überzeugt, daß er es auf das Aeußerste ankommen läßt, daß er auf die Gefahr des eigenen Unterganges, des Verlustes von Land und Leuten, alles daran setzt, seinen Feind zu vernichten, und sich durch keinerlei Diversion davon abbringen läßt" [2]).

Stanislaus wollte noch einmal vermitteln. Er bat, daß Carl XII. diese moskovitischen Truppen ihm schenken und daß er durch die Belassung derselben im Dienste des Kaisers sich bei dem letzteren zum Beginne seiner Regierung eine Verbindlichkeit erwecken möge. Sein

---

[1]) Beilage zu dem Berichte Sternbergs aus Prag, vom 16. Mai.

[2]) Sinzendorfs Bericht vom 12. Mai.

Gönner durchfuhr diese Ideen-Verbindung mit den Worten: „Erst muß ich diese Mannschaft hier in Alt-Ranstadt haben, und dann will ich sehen, was damit zu thun ist.“

Dennoch war Stanislaus immer wieder bereitwillig. Eines Tages verhandelte er nach der Tafel mit Sinzendorf allein, als unvermuthet Carl XII. eintrat. „Er machte eine gar gnädige Miene, berichtete Sinzendorf, und redete dann von indifferenten Dingen.“ Aber es gelang einige Tage später dem Könige Stanislaus, der für seine Person dem Gesandten erklärte, dem Grafen Zobor die beleidigende Aeußerung völlig zu erlassen, auch Carl XII. in dieser Angelegenheit so wie in der Breslauischen, zu etwas weniger schroffen Aeußerungen zu bewegen. Nicht jedoch in derjenigen der moskovitischen Truppen. Denn es war die Nachricht eingelaufen, daß die 1200 Russen, von der Reichsarmee entlassen, abmarschirt seien, Niemand wisse wohin. Bei dieser Nachricht, ließ Stanislaus durch den litthauischen Kanzler Schiuska melden, sei Carl XII. mit heftiger Entrüstung in die lateinischen Worte ausgebrochen: „Esset res exigui momenti, sed nolumus ludi ab aula Caesarea“, und zwar in einem so gereizten Tone, daß Stanislaus geringe Hoffnung einer Milderung erblicke. Allerdings ja war die Sache an sich von geringer Wichtigkeit, und dennoch konnte sie, bei dem knabenhaften Eigensinne dieses jungen Königs, zur neuen Brandfackel für Europa werden. Eben darum, so gering die Sache an sich, müssen wir auch ferner ihr folgen.

Der König Stanislaus kannte nicht einmal die Sachlage. Er fragte, was Carl XII., der sich nicht weiter ausgelassen, mit seinen Worten der Hinwegschaffung der Russen gemeint habe [1]). Auch Sinzendorf wußte es nicht, erhielt jedoch noch am selben Tage von der Statthalterei in Prag die amtliche Meldung von dem unvermutheten Durchzuge der Russen durch das südliche Böhmen. Einige Stunden später langte Stralenheim an, und es fügte sich, daß Sinzendorf ihn sofort bei Oberg traf. Stralenheim erzählte, was er unterwegs in Neuhaus vernommen. Sinzendorf widerlegte sofort den Irrthum mit Berufung auf das aus Prag erhaltene amtliche Schreiben. Dies freilich, meinte nun Stralenheim, ändere völlig die Lage der Dinge.

[1]) Sinzendorfs ausführlicher Bericht vom 27. Mai.

Er und Oberg riethen dem kaiserlichen Gesandten, sofort bei dem Grafen Piper vorzubeugen. Es geschah. Piper verlangte das amtliche Schreiben aus Prag, um, wie er sagte, dadurch den Verdruß über die vermeintliche Collusion des Kaisers mit dem Czaren zu moderiren; jedoch sei der König sehr empfindlich berührt. Sinzendorf versetzte: von einer Collusion dürfe gar nicht geredet werden. Die Forderung der Auslieferung sei längst aus öffentlichen Zeitungen bekannt: die Flucht der Russen daher sehr erklärlich. Die kaiserlichen Länder seien offen, die Hinderung eines eiligen Durchzuges von 1200 Mann nicht möglich. Auch komme die Zahl ja nicht in Vergleich mit derjenigen der kaiserlichen Unterthanen, die Carl XII. durch Werbung aus den Erblanden gezogen. Diejenigen trügen die Schuld, die dem Könige den Rath dieser Forderung gegeben. — Piper wiederholte: der König fühle sich sehr empfindlich berührt; Frankreich jedoch habe an der Sache keinen Theil. Er versicherte, daß er dem Stralenheim in der Sache des Grafen Zobor Mäßigung empfohlen habe. In der That zeigte Stralenheim nicht mehr den Eifer wie in Wien. Er sprach dem Gesandten Sinzendorf ganz offen seine Vermuthung aus, daß dieser oder jener Schwede, in der Hoffnung sich der Freigebigkeit des Bezenval theilhaft zu machen, in der Angelegenheit der Russen lauter geredet, als nunmehr ihm lieb sein möge.

In den nächsten Tagen schien der Graf Piper freundlicher zu werden. Er trank bei Tafel wiederholt dem Grafen Sinzendorf auf die Beständigkeit eines guten Einvernehmens zu. Er erklärte sich in Sachen Zobor und Breslau mit der Antwort des Reichs-Vicekanzlers an Stralenheim so weit befriedigt, „wenn nur, fügte er hinzu, auch in der Sache der Moskoviten genug gethan wäre." „Welche Genugthuung aber sie fordern wollen, meldet Sinzendorf, ersehe ich nicht." Ausdrücklich fügt er dann hinzu: „Wegen der schlesischen Religions-Beschwerden ist mir bisher von dem schwedischen Ministerium keine sonderliche Anregung geschehen" [1]).

Die scheinbare Freundlichkeit des Grafen Piper war jedoch lediglich persönlich. Sinzendorf wußte, daß die Stimmung der Hauptperson, Carls XII., nicht dem Gebahren Pipers entsprach. Am 26. Mai

[1]) Ausführlicher Bericht vom 27. Mai.

weilte Stralenheim bei Carl XII. drei Stunden, in welcher mit Heftigkeit geführten Unterredung Carl XII. alle zu besorgende Animosität wegen der Russen an den Tag legte. Er behauptete und blieb dabei: kaiserliche Marsch-Commissäre hätten sie bis nach Polen durchgeführt. Sinzendorf legte, um allen Zweifel zu benehmen, dem schwedischen Ministerium die sämmtlichen von Prag aus ihm zugegangenen amtlichen Meldungen vor, darunter auch die Klage der Ortschaften, die bei dem plötzlichen Durchzuge eines Trupps der Russen Schaden gelitten hatten. „Die Minister zeigen keinen Unglauben, meldet er, wollen sich aber auch zu keiner Hoffnung verbindlich machen. Sie versichern, daß sie sich um Eintracht bemühen, und wiederholen beständig, daß Frankreich keinen Theil habe. Alles Uebrige, der Entschluß des Königs, der Termin des Aufbruches, ist unbekannt, sowohl den Ministern wie der Generalität."

Auch Stralenheim erhielt Briefe aus Wien, die keinen Zweifel mehr zuließen, daß der Kaiser und seine Behörden bei dem unvermutheten Durcheilen der Russen durch Böhmen nach Osten hin nicht betheiligt waren. Er trug seine Berichte dem Könige vor. Carl XII. begnügte sich zu erwiedern: „Ja so müssen sie nun sagen" — ohne sich weiter auszulassen. Dies war der Standpunct, auf welchem er auch ferner verharrte, und von welchem aus er Genugthuung forderte[1]).

Verhalten der Seemächte zu der schwedisch-kaiserlichen Differenz.

Gemäß dem Beschlusse des kaiserlichen Staatsrathes in Wien, vom 13. Mai, war es nun aber auch erforderlich sich um die Hülfe der Verbündeten umzusehen, für den Fall, daß Carl XII. seine Drohungen zur Wahrheit machte. Die Instructionen ergingen an Gallas in London, an Goes im Haag.

Die Stimmung in England war damals, zu Ende Mai, gereizt gegen den Kaiser Joseph, weil er auf die Expedition nach Neapel nicht verzichten wollte. Zunächst also kam es darauf an, welche Antwort

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 2. Juni. — Der kurze Bericht im Theatrum Europaeum Theil XVII[a], S. 80 entspricht im Wesen den Thatsachen. — Anlage III.

der Graf Goes im Haag und etwa bei Marlborough im Feldlager erhalten würde.

Goes begab sich zu dem Rathspensionär Heinsius. Dieser erwiederte: er könne das schwedische Verfahren nicht billigen. Aber er bat, daß um der europäischen Lage willen der Kaiser sich schweigend etwas gefallen lassen möge. „So lange es bei Worten bleibt, erwiederte Goes, ist dies möglich: wie aber, wenn den Worten die Thaten folgen? Es würde dem Kaiser allzu hart fallen, seinen mishandelten Unterthanen nicht beizustehen. Welche Hülfe hat in diesem Falle der Kaiser von der Allianz zu erwarten? — Ist es unter diesen Umständen nicht gerathen, daß sofort die Mächte der Allianz Abmahnungen an den Schwedenkönig ergehen lassen?" — „Ich besorge vielmehr, entgegnete Heinsius, daß jede Abmahnung, welche die Form einer Drohung annimmt, den Schwedenkönig nur reizen würde. Auch würden die Abmahnungen bereits zu spät kommen. Man muß lieber den Erfolg abwarten, und danach die Maßregeln treffen." — Indessen versprach Heinsius sich mit Marlborough über die Angelegenheit brieflich in Beziehung zu setzen [1]).

Dann jedoch benutzte auch Heinsius die Gelegenheit sich, ähnlich wie die Engländer, in schweren Klagen über die kaiserliche Expedition nach Neapel zu ergehen. Es genügt hier die Thatsache dieser Klagen anzugeben, zum Beweise, daß auch in der Republik die Stimmung für den Kaiser nicht eine günstige war.

Goes eilte vom Haag aus ins Hauptquartier Marlboroughs, zu Meldert, unweit Löven. Er komme, sagte er, im Namen des Kaisers, um in einer wichtigen Angelegenheit den Rath und die Assistenz von Marlborough zu vernehmen. Dieser stellte sich verwundert; denn es sei ihm, sagte er, seit längerer Zeit vorgekommen, als ob sein wohlmeinender, treuer Rath in Wien wenig beachtet werde. Dann fragte er, ob, nach der Kunde des Unglückes von Almanza, die Expedition nach Neapel dennoch vor sich gehen werde. Goes bejahte und entwickelte die Gründe. Marlborough erwiederte mit einer Art von Resignation: „Puisque l'affaire est faite, il faut prier Dieu qu'il la

[1]) Bericht des Grafen Goes vom 8. Juni. Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv. Auch für das Folgende.

veuille bénir. Er versprach bei der Königin und den Generalstaaten die Sache im Sinne des Gesandten darzustellen; jedoch müsse er einen Erfolg davon mehr wünschen als hoffen.

Dann kam die schwedische Sache zur Sprache. Die Berührung derselben ergab sofort, daß ein Courier von Heinsius mit der Meldung bei Marlborough bereits eingetroffen war. „Ich erkenne an, sagte Marlborough, daß die schwedischen Forderungen dem Kaiser empfindlich sind, getraue mir aber nicht darin einen Rath zu geben. Ich kann versichern, daß bei meiner Anwesenheit in Sachsen der König von Schweden keine feindliche Absicht gegen den Kaiser, noch ein Verständnis mit Frankreich hatte. Immerhin mögen seitdem die Dinge sich verändert haben. Dennoch halte ich mich für überzeugt, daß der Schwedenkönig nicht einen eigentlichen Krieg mit dem Kaiser sucht, will aber nicht gut dafür sagen, daß der Erstere, gereizt durch das Verhalten des Kaisers in der Sache der Moskoviten in seinem Dienste, im Durchmarsche durch Böhmen und Schlesien nicht eine Rache übe. Das Richtige würde dann sein, einige solche Demonstrationen nicht sofort wie einen Einbruch zu betrachten, sondern nach Möglichkeit zu schweigen und die Satisfaction auf eine bequemere Zeit zu verschieben." — „Es ist ein harter Punct, erwiederte Goes, wenn ein römischer Kaiser ruhig zusehen soll, daß innerhalb seines Landes ein König von Schweden ihm die Unterthanen mishandelt, und dabei nicht einmal zu erkennen geben dürfte, daß es ihm weh thut. Auch haben die Unterthanen das Recht, von ihrem Oberhaupte Schutz zu verlangen. Andererseits ist zu befürchten, daß ein Nicht-Widerstand den Appetit der Schweden steigern würde." Marlborough dagegen hob hervor, daß bis zur Zeit Carl XII. mit Frankreich sich nicht eingelassen habe, daß dies jedoch, im Falle es zwischen ihm und dem Kaiser zum offenen Kriege käme, leicht geschehen könne.

Da Marlborough immer wieder auf diesen Punct zurückkam: so hielt der Gesandte ihm entgegen, daß unter diesen Umständen, wenn man von Seiten der Seemächte nicht einschreite, der Kaiser sich genöthigt sehen werde, seine Truppen aus dem Reiche und aus Italien abzufordern. Marlborough erhob laute Klage. Die Folge würde sein, sagte er, daß in Italien der Feldzug fruchtlos bleibe, das römische Reich dagegen unvermeidlich zertrümmert werde.

Eine bestimmte Zusicherung jedoch, in der Sache etwas zu thun, wollte Marlborough nicht geben. Goes kehrte nach dem Haag zurück. Dort erfuhr er von Heinsius, daß der Graf Piper den Gesandten von England und Holland wie mit einem Eide betheuert: er wisse nicht, ob es wirklich die Absicht des Königs das Entweichen der Moskoviten so hoch aufzunehmen. Die Gesandten meldeten ihre eigene Ansicht, daß Carl XII. sich mit einigen Contributionen auf dem Durchzuge begnügen werde. Dies sei doch nicht von einer solchen Wichtigkeit, daß man von daher den Anlaß nehmen dürfe, das Hauptwerk zu verderben.

Da der Rathspensionär diese Ansichten wie die seinigen wieder gab und auf Weiteres sich nicht einlassen wolle: so ließ der Graf Goes seinem Unmuthe freien Lauf. „Ich will deutlich reden, begann er. Für den Kaiser ist die Erhaltung seiner eigenen Erblande das Hauptwerk. Wenn man mir daher keinen anderen Trost zu geben hat, so sehe ich bedenkliche Folgen vorher. Namentlich ärgert es mich, daß man auch sogar ein unschuldiges Abmahnungsschreiben nicht erlassen will, wo ich doch weiß, daß die Gesandten der Seemächte von dort her selbst darum gebeten haben. Ein solches Verhalten wird der Kaiser sicherlich tief empfinden."

„Ich redete ziemlich hart und desperat", fügte Goes seinem Berichte hinzu. Heinsius suchte ihn mit dem Versprechen zu begütigen, daß er ein solches Schreiben von Seiten der Generalstaaten auswirken werde.

In der That schrieb dann auch Marlborough, am 6. Juni, dem Grafen Piper, aber in einer anderen Weise als der Kaiser Joseph gewünscht haben möchte. Marlborough berührt die Unglücksfälle, die kurz zuvor bei Almanza und am Rheine die Waffen der Verbündeten betroffen, und fährt dann fort: „Ich will Ihnen aber offen sagen, daß die neuen Anlässe zum Misvergnügen, welche der Wiener Hof kürzlich Ihrem Könige gegeben, mich mehr betrüben als der Unfall am Rheine. Indessen gebe ich mich der Hoffnung hin, daß bei diesem Anlasse die Mäßigung des Königs die Oberhand behalten wird. Denn, wenn er bei der jetzigen Weltlage seinem Verdrusse freien Lauf ließe, so würde das den gesammten Verbündeten, ja sogar der gesammten Christenheit, sehr nachtheilig

sein, was doch, wie ich überzeugt bin, den Intentionen des Königs nicht entspricht“ [1]).

Das Schreiben gab also im Principe dem Schwedenkönige Recht, und bat nur um Mäßigung. Marlborough schickte eine Abschrift nach London, mit der Bitte, daß die Königin in derselben Richtung ein Handschreiben an Carl XII. erlasse.

Auch vorher schon fanden die kaiserlichen Vertreter in London eine ähnliche Stimmung. Der Verdruß über die Expedition nach Neapel war am englischen Hofe so überwiegend, daß man dort die Nachricht, es stehe dem Kaiser ein schädlicher Durchmarsch der Schweden mit schwerer Contribution bevor, sich nicht sehr anfechten ließ. Man misbilligte das Entweichen der Russen, ohne nach den Umständen zu fragen. Der Einwand, daß der Kaiser nicht sie habe ausliefern dürfen ohne Schaden seiner Ehre und wider das Völkerrecht, und daß es dem Schwedenkönige nur um irgend einen Vorwand zu thun sei, verhallte wirkungslos [2]).

Dem erhaltenen Auftrage gemäß begab sich jedoch Gallas zu Godolphin, am 3./14. Juni, und legte ihm dar, daß Carl XII. in Betreff der Russen Unmögliches verlange. Godolphin versetzte, daß die Königin bereits ein Handschreiben an Carl XII. erlassen habe. Dann jedoch brach er in Vorwürfe aus. „Bei dieser Gelegenheit, fuhr er fort, wo die Königin mit Vergnügen ihre Bereitwilligkeit bethätigt, für die Interessen des Kaisers einzutreten, und sogar dem Wunsche zuvorkommt, darf ich Ihnen auch aussprechen, daß von Ihrer Seite diese Willigkeit übel vergolten wird; denn der Kaiser hat auf alle unsere Vorstellungen gegen die Expedition nach Neapel gar keine Rücksicht genommen.“ Nach vielem Hin- und Herreden suchte Gallas auf die eigentliche Frage zurückzukommen, was zu thun sei, wenn alle Nachgiebigkeit des Kaisers und alle guten Dienste der Mächte für ihn bei Carl XII. fruchtlos blieben. Godolphin ging über die Frage hinweg mit den Worten, daß zur Zeit das Handschreiben der Königin alles sei, was sie habe thun können, und fuhr dann wieder fort, in ausführlicher Rede die Stimmung des englischen Hofes über die

---

[1]) Murray t. III, p. 393.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 10. Juni.

Expedition nach Neapel auszusprechen. Gallas erkannte endlich, daß jener auf die eigentliche Sache nicht eingehen wollte. Demgemäß berichtete er heim, daß er über die Thatsache eines Handschreibens der Königin hinaus nichts erfahren könne[1]). Es fragte sich also, ob das Handschreiben der Königin wirklich eine Verwendung zu Gunsten des Kaisers enthielt, und dann, welche Wirkung es üben würde.

Die gereizte Stimmung des Schwedenkönigs gegen den Kaiserhof legte sich inzwischen nicht. Es trat ihm damals der Vergleich nahe, wie so viel williger Andere waren seinem Zorne Opfer darzubringen als nur nicht der Kaiser. Es wurde ein Brief aufgefangen, in welchem ein preußischer Oberst Schlunt einige Fragen des russischen Fürsten Menzikoff über die Verwendung von Artillerie beantwortete. Die Beschwerde, die Carl XII. nach Berlin hin darüber erheben ließ, hatte den Erfolg, daß Schlunt nach Spandau gebracht wurde, „zum verwunderlichen Zeugnisse, meldet Sinzendorf, der Vorsicht und Timidität, mit welcher der preußische Hof mit dem schwedischen umgeht"[2]).

Das Verhalten des Wiener Hofes dagegen erschien in den Augen der Schweden nicht zuvorkommend. Dem russischen Residenten Huyssen, der damals von einer Reise zum Czaren nach Wien zurückkehrte, ward dort kein Zeichen eines Misvergnügens gegeben, vielmehr die üblichen Höflichkeiten bewiesen. Die schwedischen Minister in Alt-Ranstadt äußerten sich darüber zu Sinzendorf: wenigstens hätte man in Wien dem Huyssen den Hof verbieten müssen. In der freundlichen Behandlung dagegen, die ihm widerfahre, finde der König eine Bestätigung seines Argwohns einer heimlichen Collusion mit dem Czaren, in jedem Falle eine bessere Correspondenz als seinem Interesse dienlich sei. Carl XII. meinte überall den geringen guten Willen des Kaiserhofes für ihn zu sehen. Auch die Differenz, die er mit Dänemark über die beiderseitigen Ansprüche in Holstein hatte, ward nun mit hinein gezogen. Auf den Einwand Sinzendorfs, daß in Rechtsfragen der Kaiser nicht eingreifen dürfe, antwortete Piper: in dergleichen Fällen und bei der jetzigen gefährlichen Krisis sei weniger auf die Billigkeit als auf

---

[1]) Die Berichte des Grafen Gallas vom 14. und 17. Juni.

[2]) Sinzendorfs Bericht vom 2. Juni. — Die Sache auch im Theatrum Europaeum Theil XVII[a], S. 151.

den Nutzen Gewicht zu legen. Der Diener entsprach darin dem Willen des Herrn. Als Stralenheim, am 13. Juni, dem Könige berichtete, daß Zobor nunmehr von Graz nach Wien in das Landhaus gebracht sei, damit ihm dort der Prozeß gemacht werde, antwortete Carl XII.: „Ihr werdet sehen, daß es dem kaiserlichen Hofe nicht Ernst, und daß er uns in dieser Sache, wie in der holsteinischen, nur aufzuziehen sucht." — Stralenheim, um für die Beilegung der Differenz zu wirken, regte die Frage der Rückkehr auf seinen Posten in Wien an. Carl XII. erwiederte: „Welche Sicherheit würdet Ihr dort haben, daß der Graf Zobor, um an Euch seine Rache auszuüben, nicht abermals meinen königlichen Charakter insultirte?" [1])

In diese Stimmung Carls XII. hinein traf jenes Schreiben Marlboroughs, vom 6. Juni, an den Grafen Piper. Die Worte darin von den neuen Anlässen zum Misvergnügen, die der Wiener Hof dem Könige gegeben habe, konnten in Carl XII. nur die Ansicht erwecken, daß unbetheiligte Persönlichkeiten, wie Marlborough, im Principe ihm Recht gaben. Sinzendorf erhielt eine Abschrift des Briefes und sandte sie nach Wien ein mit der Charakteristik: „Angelegentlich und unterwürfig."

In Wien wuchs täglich das Bewußtsein der Unsicherheit, in der man sich gegenüber dem vom Glücke verwöhnten, unberechenbaren Schwedenkönige befand. Nach den ersten Drohreden desselben hatte der Kaiser auch die Ansicht des Prinzen Eugen in Mailand eingefordert. Sie lautete dahin, daß Carl XII. ohne Beziehung mit Ludwig XIV. nichts anfangen werde. Der Prinz erwog, welche Truppen im Falle der Noth verfügbar gemacht werden konnten. Jedoch sah er, nach jenem Schreiben Stralenheims an den Reichs-Vicekanzler, vom 11. Mai, die Gefahr noch nicht als unmittelbar drohend an. In jedem Falle aber, rieth er, sei lieber alles in der Welt anzukehren und zu thun, um einen Bruch zu vermeiden, als bei der Lage der Dinge in noch einen neuen Krieg zu verfallen, wenn es ohne Schaden der kaiserlichen Autorität geschehen könne. Der Kaiser Joseph ging damals so weit, dem Prinzen Eugen seine Verwendung für die polnische Krone in Aussicht zu stellen. Da der Kaiser kurz zuvor Stanislaus anerkannt hatte: so

[1]) Bericht des Grafen Sinzendorf vom 15. Juni.

kann diese Andeutung nur so aufgefaßt werden, daß der Kaiser dabei gedacht habe an eine völlige Umwälzung im Norden durch einen glücklichen Krieg. Der Prinz Eugen erwiederte, mit dem Ausdrucke seiner Erkenntlichkeit, daß seine Dankbarkeit ihn an das Kaiserhaus binde, und daß der Kaiser lediglich nach eigener Convenienz handeln möge[1]).

Am 17. Juni ließ der Kaiser Joseph den Stand der Dinge gegenüber dem Schwedenkönige abermals in Berathung ziehen. Die Räthe kamen zu dem Beschlusse: es sei in der Sache der entflohenen Russen nichts Anderes zu thun als bei der Wahrheit zu bleiben. Dann aber tauchte die Frage empor, was etwa der Schwede noch ferner fordern könne, und es ward abermals die von Sinzendorf wiederholt angeregte Besorgnis erörtert, daß Carl XII. das Religionswesen in Schlesien zum Vorwande von Weitläufigkeiten nehmen werde. Bei der früheren Berathung darüber war erwogen, ob man einer etwaigen schwedischen Forderung, die bis dahin nicht gestellt war, zuvorkommen könne durch die Vornahme und Erledigung der Beschwerden von protestantischer Seite in Schlesien. Von der böhmischen Hof-Kanzlei jedoch waren dagegen Bedenken erhoben worden, und deshalb beschloß die Minister-Conferenz es dabei bewenden zu lassen[2]).

Das kaiserliche Schreiben an Sinzendorf in Folge dieser Conferenz enthielt die Worte: „Wir wissen uns fast nicht zu entschließen, was wir der Moskoviten halber noch weiter für Vorstellungen thun können oder sollen, wenn Se. Liebden sich so weit einnehmen lassen, daß Sie die Wahrheit dessen, was Du in unserem Namen vorbringst, in Zweifel ziehen" [3]). Jedoch soll Sinzendorf hervorheben, daß die Anerkennung des Stanislaus ein harter Schlag für den Czaren sei, und dagegen fragen, ob denn etwa dieser Schlag durch eine Collusion zur Salvirung von 1200 Mann Russen reparirt werde. Ob es denn ferner denkbar sei, daß der Kaiser wegen der 1200 Mann Russen seine Erbkönigreiche und Länder in Gefahr setzen werde. Dann jedoch, um Klarheit in die Sachlage zu bringen, erhielt Sinzendorf noch den

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IX, Supplementheft, S. 146, 148, 154. Vom 27. und 29. Mai.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 17. Juni.

[3]) Kaiserliches Rescript vom 18. Juni.

besonderen Auftrag, Carl XII. zur Mithülfe gegen Ludwig XIV. aufzufordern. Kurz zuvor war es dem Marschall Villars gelungen, die Linien von Bühl und Stollhofen zu nehmen, und seine Armee über Schwaben und Franken auszubreiten.

Sinzendorf begab sich zu Piper mit der Erkärung: „Der Kaiser wünscht die Hülfe des Königs gegen den Reichsfeind. Es wird dem Könige zu hohem Ruhme gereichen, wenn er denselben aus Deutschland vertreibt, und somit das Reich, dem der König selber als Fürst angehört, in seinen alten Grenzen und seiner Sicherheit herstellt." — Piper antwortete: „Aber es herrscht zwischen dem Kaiser und dem Könige nicht ein gutes Einverständnis. Zuvor wäre es nöthig, dasselbe herzustellen." — Sinzendorf erwiederte: „Der Kaiser weiß sich keiner Kränkung gegen den König schuldig, kann daher auch nicht durch ein Anerbieten einer Genugthuung das Gegentheil bezeugen." — Piper versetzte: „Und dennoch wünsche ich, daß man dem Könige einiges Genüge thäte. Der Prozeß Zobor zögert sich hin. Der Gedanke an eine Colluſion des Kaisers mit dem Czaren kommt dem Könige nicht aus dem Sinne." — Piper betheuerte dann, wie immer, seine eigenen freundschaftlichen Gesinnungen. Der König lasse aber in nichts sich heraus, und gebe nur zu erkennen, daß er sehr unzufrieden sei[1]).

Es ist merkwürdig, daß in denselben Tagen an Carl XII. auch von der anderen Seite eine directe Aufforderung gelangte, nämlich von dem Marschall Villars, der damals im fränkischen Kreise stand. „Ich ließ, meldet Villars, heimlich an Carl XII. den Vorschlag gelangen, in Nürnberg uns zu vereinigen. Wäre er darauf eingegangen, so hätte niemals ein Fürst mit mehr Wahrscheinlichkeit die Aussicht auf eine unbegrenzte Macht gehabt. Er antwortete auf meinen Vorschlag sehr artig, schickte mir sein Porträt mit sehr gnädigen Ausdrücken; aber er machte mir keine Hoffnung auf eine Vereinigung noch gemeinsames Handeln"[2]).

Die Ablehnung der Anträge des Marschalls Villars, in so höfliche Worte sie immer sich kleiden mochte, beweist, daß Carl XII. in

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 19. Juni.
[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 434.

ſo weit ſeinem Worte getreu blieb, nicht direct gegen die große Allianz handeln zu wollen.

Wenn aber, wie ſpäter Victor Amadeus von Savoyen verbreiten ließ, der Plan der Engländer gegen Toulon ſo nachdrücklich auf Carl XII. gewirkt, daß er deshalb jene Drohung (vgl. S. 344) an Victor Amadeus ergehen ließ: ſo muß auch dies in derſelben Zeit, nach der Mitte Juni, geſchehen ſein. Denn der Plan war ja ſo geheim gehalten, daß Ludwig XIV. ſelber erſt am 19. Juni zur vollen Klarheit kam und erſt von dieſem Tage an ſeine Maßregeln zur Abwehr traf. Daß Carl XII. durch die Kunde eines ſolchen Planes erregt werden mußte, daß er ferner, wenn es in ſeiner Macht ſtand, ihn zu vereiteln trachtete, liegt in der Natur der Dinge. Durch ein ſolches Trachten wurde er ſogar dem früheren Worte, nichts dawider zu haben, daß Frankreich auf die Machtſtellung von 1648 zurückgebracht würde, nicht ungetreu. Denn Toulon als einer der beſten Seekriegshäfen des Mittelmeeres, mit der ganzen dortigen franzöſiſchen Flotte, in den Händen der Engländer, bedeutete mehr als die Reduction Frankreichs auf den Stand von 1648. Die Wichtigkeit der Sache iſt zu beurtheilen nach den Hoffnungen der Engländer, die, wie von dieſem Streiche die Lähmung Frankreichs, ſo für England die Herrſchaft des Meeres erwarteten. Aber bei dieſen Hoffnungen oder Beſorgniſſen waren nicht bloß England und Frankreich betheiligt, ſondern alle ſeefahrenden Nationen und alle Mächte Europas. Wie daher Victor Amadeus ſchon aus ſich ſelber den engliſchen Plan gegen Toulon lieber ſcheitern als gelingen ſah, ſo iſt es ſehr wohl möglich, daß Carl XII. durch ſeine geheime Drohung die geringe Neigung in Victor Amadeus den Engländern darin zu Willen zu ſein, noch mehr abſchwächte. Wie aber die damaligen Leiter der engliſchen Politik ſich nicht darüber klar wurden, daß gerade derjenige Mann, auf welchen ſie für ihren ſpecifiſch engliſchen Plan das größte Vertrauen ſetzten, der Herzog Victor Amadeus, den Plan nicht mit engliſchen Augen anſchauen, und darum nicht aufrichtig für denſelben arbeiten konnte: ſo kam ihnen ſicherlich noch viel weniger der Gedanke, daß der Schwedenkönig aus weiter Ferne und indirect in dieſer ihrer Lieblings-Angelegenheit ihnen entgegen wirken werde. Vielmehr brachte eben ſo wie zuvor Marlborough, ſo in Folge ſeines Rathes dann auch die Königin Anna dem

Schwedenkönige eine Deferenz entgegen, die ihm seinen Plan des Druckes auf den Kaiser und eines Vorwandes zum eventuellen Bruche sehr erleichterte.

Am Morgen des 22. Juni überreichte der englische Gesandte Robinson dem Grafen Piper das vorerwähnte Handschreiben der Königin Anna an Carl XII. Dies Schreiben, mit welchem, nach der Behauptung Godolphins, die Königin den Wünschen des Kaisers sogar zuvorgekommen war, enthielt nicht etwa die Anerkennung, daß dem Kaiser in seinem Verhalten gegenüber dem Schwedenkönige keine Verschuldung zur Last falle, sondern das Erbieten der Königin, für Carl XII. von dem Kaiser eine ausreichende Satisfaction zu verschaffen. — Was immer die Königin Anna und Godolphin sich bei einer solchen Art von Vermittelung gedacht haben mögen: sie scheinen vergessen zu haben, daß sie sich principiell auf die Seite Carls XII. stellten. Demnach hatte dieser von England her und zugleich, da die Republik der Niederlande ohne England weder konnte, noch wollte, auch von dort her einen Einspruch gegen sein Auftreten wider den Kaiser zunächst nicht zu besorgen [1]).

Carl XII. fordert Genugthuung von Joseph I.

Im Laufe dieses Tages durchbrach Carl XII. das bisherige grollende Schweigen. Er richtete an den Gesandten Stralenheim die Frage, warum er nicht auch seine Frau von Wien her berufe. Erstaunt erwiederte der Angeredete: er habe gehofft, es werde sich alles so schicken, daß er selbst bald wieder dahin zurückkehren könne. Der König entgegnete: „Ja wenn der Kaiser mir für die erwiesene Unbill nicht bald Satisfaction gibt, so werde ich in seine Länder gehen und selber mir sie holen müssen."

Stralenheim eilte sofort nach Leipzig, um das Vernommene dem kaiserlichen Gesandten zu hinterbringen. Er schilderte auch den Grafen Piper als ganz bestürzt. Der König sei über die letzten Aufträge von Wien aus an Sinzendorf noch mehr entrüstet als zuvor. Er

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 23. Juni.

behaupte: man wolle ihn noch dazu foppen und als einen Jüngling mit solchen handgreiflichen Erfindungen abspeisen. Es sei wie eine öffentliche Verachtung, daß man die Satisfaction in den Sachen Zobor und Breslau so lange verzögere. Er wolle auch in diesen zwei Puncten völlig zufrieden gestellt sein.

Einige Tage zuvor hatte Stralenheim den Rath gegeben: der Kaiser möge ein Mitglied des geheimen Rathes als außerordentlichen Botschafter senden. Wie nun die Dinge lägen, meinte er, würde dies nur dann Nutzen schaffen, wenn der Botschafter nicht bloß abermalige Betheuerungen, sondern eine reelle Satisfaction zu überbringen habe. Der König lebe der Ueberzeugung, daß ihm eine empfindliche Beleidigung widerfahren sei, die gesühnt werden müsse.

An die Wahrheit dieser Ueberzeugung zu glauben, mag den Betheiligten damals eben so schwer geworden sein wie uns Späteren; aber es lag die Realität vor Augen, daß hinter der Fiction dieses Zornes 40,000 Mann marschfertig standen, ihnen gegenüber Niemand.

Piper bestimmte die Sachlage näher dahin: der König habe kein Einverständnis mit Frankreich, wolle auch nicht Krieg mit dem Kaiser, sondern lediglich Satisfaction für die ihm widerfahrene Beleidigung. Werde ihm diese nicht gutwillig geboten, so werde er bei einem Aufbruche in Sachsen sich so lange in Schlesien einlagern, bis ihm die völlige Satisfaction zu Theil werde. — Der König Stanislaus bestätigte dies. Auf seine Klage über den Nachtheil, welcher aus diesem Misverständnisse seiner Sache in Polen erwachse, habe Carl XII. ihn zufrieden zu stellen gesucht mit der Vertröstung, daß er nicht einen Krieg anfangen wolle, sondern lediglich Satisfaction fordere.

Aber worin sollte diese bestehen? Carl XII. selber benannte sie nicht. Seine Minister wußten nicht, was er verlange. Auf die an sie gerichteten Fragen schützten sie ihre Unwissenheit vor, und schoben alles auf die ihnen verborgenen Gedanken des Königs ab. Der englische Gesandte Robinson und Stralenheim riethen: der Kaiser möge sich bereit erklären, diejenige Satisfaction zu geben, welche die Königin von Groß-Britannien bestimmen werde. Es darf, nach dem Verlaufe der Dinge, fraglich sein, ob Carl XII. sich darauf eingelassen hätte. Der Kaiser wählte einen anderen Weg.

Am 25. Juni überbrachte ein Courier von Wien dem Grafen Sinzendorf die Meldung, daß, gemäß dem früheren Rathe Stralenheims, der Kaiser ein Mitglied seines geheimen Rathes senden wolle, nämlich den Grafen Wratislaw, um durch diesen sein Verlangen zu bezeugen, die gute Eintracht mit dem Schwedenkönige festzustellen. Wratislaw selber meldete sich durch ein Schreiben bei dem Grafen Piper an. Ungeachtet des Andringens von Sinzendorf bei Piper auf eine Antwort vergingen darüber mehrere Tage, weil Carl XII. täglich weite Ausritte zu seinen nunmehr vollzähligen Regimentern unternahm, namentlich auch am 28. Juni, seinem Geburtstage, an welchem er das 26. Lebensjahr antrat, und, um sich den Glückwünschen zu entziehen, den ganzen Tag abwesend war [1]).

Es gelang jedoch dem Gesandten, den Grafen Piper, welcher inzwischen die Meinung des Königs eingeholt hatte, nach einem Gastmahle zu treffen. Der Graf Piper, persönlich freundlich wie immer, ließ sich gleich sehr lebhaft ein, jedoch mit der Verwahrung, daß er nur für sich, und nicht im Namen des Königs rede. Das Schreiben Wratislaws, sagte er, kündige nur eine Erläuterung oder Entschuldigung an, nicht jedoch eine reelle Satisfaction. Der König wolle aber nicht mit Complimenten sich begnügen. Deshalb sei es fraglich, ob der König den Grafen Wratislaw annehmen werde, wenn nicht zuvor die minderen zwei Puncte durch Satisfaction erledigt seien. Das schwedische Begehren war in beiden Fällen, sowohl für den Grafen Zobor, als für den Adjutanten von Breslau, das Todesurtheil, an welchem jedoch für den letzteren Fall Piper nicht festhielt. Erst dann, fuhr er fort, wenn in diesen zwei Puncten den Forderungen des Königs genügt sei, könne der dritte, die Entweichung der Russen betreffend, zur Sprache kommen. Das Recht einer Satisfaction in diesem dritten Falle werde dem Könige von der Königin von England selber zuerkannt. Damit sei die Frage des Ob? entschieden, und dürfe nicht mehr angeregt werden. Die Frage des Wie? dagegen würde, nachdem der Kaiser die zwei anderen Puncte zuvor erledigt, und der König daraus den Ernst der Consideration für ihn wahrgenommen hätte, leichter zu lösen sein.

---

[1]) Ueber das Folgende bis zum 29. Juni liegen zwei Berichte Sinzendorfs vor: der officielle an den Kaiser, und ein Privatschreiben an den Grafen Wratislaw.

Hier tritt uns klar entgegen, wie sehr die Liebedienerei Marlboroughs vor Carl XII. und demgemäß das Handschreiben der Königin Anna der Sache ihres Verbündeten, des Kaisers, geschadet hatte.

Im Laufe der Rede entfielen dem Grafen Piper die Worte: man möge dem Eifer und der Jugend des Königs etwas nachgeben. Er für sich selber beschwor zu wiederholten Malen: Gott möge ihn strafen, wenn er bei dem Könige nicht oft die Stelle eines kaiserlichen Gesandten vertrete. Er finde aber dieselbe Schwierigkeit wie alle Andere, wenn einmal der König seinen Kopf auf etwas gesetzt habe, oder sich an seiner Reputation angegriffen meine.

Sinzendorf hielt abermals den unwiederbringlichen Schaden für die allgemeine Sache entgegen. Niemand werde anders glauben, als daß der König von dem Mißgeschicke dieses Jahres für die Verbündeten seinen Nutzen ziehen und dem Könige von Frankreich vollends wieder aufhelfen, also ein Werkzeug für die Dienstbarkeit Europas sein wolle. „Und weiter, fuhr er fort, frage ich Sie im Vertrauen: wenn der Kaiser seine höchste Würde und alle andere Consideration, ja auch das Recht selbst, bei Seite setzt, wird auch selbst dann der König sich begnügen?" — Piper betheuerte abermals, daß der König nur seiner Empfindlichkeit folge, welche ihn das Privat-Interesse wie das allgemeine vergessen machen könne. Wenn seine Forderung befriedigt, so schwebe ihm als das Object seines Krieges nur Moskau vor Augen. — Sinzendorf wies hin auf das prahlerische Auftreten des Bezenval, der sich rühme, daß die Conjuncturen ihm günstiger als einem seiner Vorgänger. Piper antwortete: das gehöre zu den althergebrachten französischen Versuchen, zu dem Zwecke Mistrauen zu erregen.

In der That findet sich in den Aufzeichnungen des Hofmarschalls Dangeau in Versailles nicht eine günstige oder hoffnungsvolle Aeußerung Ludwigs XIV. über das Verhalten Carls XII. Nur kommt wohl einmal ein Ausdruck des Behagens vor, daß Carl XII. den Kaiser quäle [1]).

Piper faßte seine Rede zusammen mit den Worten: „Alle Thätlichkeiten sind noch zu verhüten, wenn nur die Satisfaction erfolgt vor dem Aufbruche, dessen man nunmehr, nachdem der König August alle Bedingungen erfüllt hat, keine Stunde mehr sicher ist. Es bleibt

[1]) Dangeau t. XI, p. 440.

daher nur übrig, daß der Kaiser dem Zobor nicht nur wegen der Beleidigung gegen den König von Schweden, sondern auch, was besonders ausgedrückt werden muß, wegen derjenigen gegen den König von Polen, das capitale Urtheil sprechen läßt, eben so dem Adjutanten von Breslau, der seine Ordre überschritten hat. Sind erst diese beiden Urtheile hier eingeschickt, so kann der Botschafter folgen, mit der vorläufigen Erklärung, daß er die Vollmacht besitzt, über die reelle Satisfaction in Betreff der Russen zu tractiren, und daß er zugleich auch für den in Breslau so lange in Haft behaltenen schwedischen Officier einige tausend Thaler mitbringt."

Auf die Frage, ob der König zur Linderung einschreiten werde, wenn, aus Consideration für ihn, das Urtheil härter ausfalle als dem Rechte gemäß, gab Piper nicht eine positive Zusage. Er betheuerte vielmehr nochmals, daß er aus sich rede, nicht im Namen des Königs.

Die Versicherung Pipers, daß irgend welches Abkommen mit Frankreich nicht bestehe, ist durch den Verlauf der Dinge bestätigt. Dennoch blickte aus einer Aeußerung Stralenheims noch etwas Anderes hervor als eine völlige Neutralität nach Westen hin. „Er gab mir zu verstehen, meldet Sinzendorf, wie es nicht zu glauben, ja auch dem Könige nicht zu rathen sei, daß er während der jetzigen Krisis sich von dem großen Weltkampfe so weit ab gegen Moskau wenden solle." Dann fügte er hinzu: „Nicht zwar aus Consideration für Frankreich, sondern aus Besorgnis, daß bei erfolgendem großem Frieden Ew. kaiserliche Majestät wegen der empfundenen Härte Ihre Rache an ihm nehmen könnten."

Diese dunkeln Worte, namentlich diejenigen der jetzigen Krisis, erhalten Licht durch die Beziehung auf Toulon. Denn nur diese Krisis stand damals, zu Ende Juni, auf den westlichen Kriegsschauplätzen in Aussicht. Mit anderen Worten sagt also Stralenheim: Carl XII. will in der Nähe und in Bereitschaft bleiben, bis die Frage Toulons entschieden ist. — Die nachgefügten Worte haben dann augenscheinlich nur den Zweck, die Tragweite der ersten, die das Geheimnis errathen lassen, wieder zu verdecken, und zwar in einer Weise, die für uns die Verlegenheit Stralenheims über die ihm entflohenen Worte klar erkennen läßt; denn von einem bevorstehenden Frieden war damals, im Sommer 1707, nicht die Rede.

Sinzendorf holte die Meinungen der anderen Gesandten ein, unter denen er Oberg namentlich hervorhebt. Dieser wie auch die Anderen riethen: entweder eine Armee, oder alles bewilligen, und zwar so bald wie möglich. Zwar sei es hart, die zwei Beklagten zum Tode zu verurtheilen, wenn nicht die positive Zusicherung der Verwendung des Königs für sie vorliege; aber man könne ihm die Auslieferung zu eigener Bestrafung anbieten.

In dem Privatschreiben Sinzendorfs an Wratislaw finden sich namentlich in Betreff der Forderungen der Urtheile einige Milderungen. Zobor, hieß es darin, müsse mindestens zum Arrest einiger Jahre verurtheilt werden, und es müsse ausdrücklich dem Könige von Schweden vorbehalten bleiben, die Zahl dieser Jahre zu erhöhen. Der Adjutant von Breslau müsse cassirt und dann ausgeliefert werden, damit der König von Schweden selber ihn bestrafen könne.

Sinzendorf rieth ferner dem Grafen Wratislaw, für die Gräfin Piper ein hübsches Juwel mitzubringen. Dies Mittel habe auch der kurpfälzische Gesandte mit Erfolg angewendet, um auf den Zorn Carls XII. gegen den Kurfürsten beschwichtigend zu wirken. Wir haben gesehen, daß auch Marlborough mit einem Juwel bei der Gräfin Piper Erfolg gehabt hatte. Jedoch hielt Sinzendorf den Grafen Piper nicht, wie Marlborough früher sich zu Robethon ausgesprochen, über solche Dinge erhaben, sondern rieth auch für diesen etwa zehn- bis zwölftausend Thaler mitzubringen. Die Auslage, meint er, komme nicht in Betracht gegen die Millionen an Contribution, die dadurch den Ländern Schlesien und Böhmen erspart würden. Denn im Falle einer Einlagerung dort hatte Piper in Aussicht gestellt, daß auch die Tage der Versäumnis an dem Feldzuge wider den Czaren in Anrechnung gebracht werden sollten.

Wir haben gesehen, daß Carl XII. mit seiner Drohung der Invasion losbrach an demselben Tage, an dessen Morgen er das Handschreiben der Königin von England empfangen hatte, und darin ihr Erbieten, ihm von dem Kaiser eine Satisfaction zu verschaffen. Carl XII. ließ darauf antworten am 15./26. Juni, und zwar ist diese Antwort sehr merkwürdig [1]).

[1]) Anlage IV.

Nach dem Danke des Königs für das Erbieten fährt das Schreiben fort: „Sehr wider meinen Willen haben sich diese Differenzen erhoben, und wenn man das Verfahren des kaiserlichen Hofes mir gegenüber erwägt, so ist leicht daraus zu schließen, daß er bisher geringe Neigung zeigt, mir eine wirkliche Satisfaction zu gewähren. Im Gegentheile scheint es, daß man die ersten Anstöße noch durch neue mehr kränkende Thatsachen hat steigern wollen. Ew. Majestät wissen, daß nach dem Unrechte, das mir an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten zugefügt ist, Monate verflossen sind, ohne daß ich die verlangte Satisfaction habe erhalten können. Demgemäß darf angenommen werden, daß man von dort aus noch um so mehr Schwierigkeiten machen wird, sie für das später Erfolgte zu leisten. Denn während noch die Erörterungen gepflogen wurden, entschloß man sich die Moskoviten entweichen zu lassen, und ihnen freien Durchzug durch die Länder des Kaisers zu gewähren, ungeachtet meines Rechtes sie zurück zu fordern, und wider die mir gemachte Aussicht sie mir in die Hände zu liefern. Dies wird genügen meinen Verdruß zu rechtfertigen, so wie meine Vergeltung, wenn ich, um mir eine schnelle und ausreichende Satisfaction zu verschaffen, mich genöthigt sehe sie zu suchen und zu erwarten in den Erbländern des Kaisers, was, bei einer solchen Sachlage, Niemand misbilligen kann."

Für den Leser, der bisher den Thatsachen gefolgt ist, bedarf es nicht des Nachweises im Einzelnen, daß die Angaben dieses Schreibens durchweg im Widerspruche mit der Wahrheit stehen. Carl XII., der, wie Stralenheim sich ausdrückte, während der bevorstehenden Krisis sich nicht nach Osten entfernen, sondern durch seine Nähe einen Druck ausüben wollte, konnte am wenigsten der Königin von England den wahren Grund seines Verweilens offenbaren. Darum schuf er sich diese Vorwände des Rechtes auf eine Genugthuung. Aber zugleich auch wollte er sich diese Vorwände nicht nehmen lassen. Der eigentliche Zweck des Handschreibens der Königin von England war gewesen, den König Carl XII. dadurch zu begütigen, daß sie, zum Schaden des Rechtes ihres Verbündeten, des Kaisers, und zum Vortheile des Schwedenkönigs, sich erbot von dem Ersteren die Genugthuung, die er nicht schuldig war, für den Letzteren, der kein Recht hatte sie zu fordern, heraus zu drücken. Die Antwort

Carls XII. berührte dies Erbieten nicht weiter, lehnte es also stillschweigend ab.

Der englische Gesandte Robinson bezeichnete das Schreiben Carls XII. als schimpflich für die Königin, und ließ sich nur mit Mühe bewegen, den anderen Gesandten Einsicht und Abschrift zu gestatten. Die Demüthigung dürfte kaum als eine von englischer Seite nicht verdiente angesehen werden. Aber ungleich tiefer würde man sie dort empfunden haben, wenn der von England gehätschelte Victor Amadeus über seine Lauheit im Betreiben des englischen Unternehmens gegen Toulon und deren Motive sich damals gleich so offen ausgesprochen hätte, wie er es nach dem Ende des Krieges gethan hat.

Es fragt sich nunmehr um das Verhalten des kaiserlichen Hofes auf die drohenden Ankündigungen von schwedischer Seite.

Der Grundzug desselben liegt vor in der Erklärung des Kaisers Joseph: „Was immer thunlich ist, und ohne allzu große Verletzung des Rechtes und der Ehre geschehen kann, dem wollen wir uns nicht entziehen“ [1]). Wie dem Grafen Sinzendorf, so ward dies auch den Gesandten Goes und Gallas im Haag und in London kund gethan, zugleich jedoch die Besorgnis vor Weiterem ausgesprochen. „Wie der König von Schweden vor der ehrbaren Welt nicht wird rechtfertigen können, daß die drei Puncte ihm zu seiner offenbaren Feindseligkeit Anlaß gegeben haben: so stehen wir in Sorge, daß weder unsere gegebene Erklärung, noch überhaupt eine solche den König von Schweden bewegen wird abzustehen von den Entschlüssen, die er aus irgend welchen uns unbekannten Gründen wider uns gefaßt hat. Daher haben auch wir auf andere Mittel und Wege zu denken. In solchem Falle würde uns nichts übrig bleiben als unsere Armee aus Italien zurückzuziehen.“ Die Gesandten erhalten daher den Auftrag anzufragen, welcher Hülfe sich der Kaiser von den Seemächten her zu getrösten haben werde [2]).

Auf die schwedische Forderung des Todesurtheils über den Grafen Zobor gab der Kaiser den Auftrag zu erwiedern: der Gerichtshof erkenne es dem Rechte nicht gemäß das Todesurtheil zu sprechen. Dagegen ließ er anbieten, die Acten des Prozesses zu übersenden. In Betreff des

[1]) Kaiserliches Rescript an Sinzendorf, 3. Juli.

[2]) Desgleichen vom 4. Juli.

Breslauer Adjutanten lautete die Entscheidung des Kaisers: „Er hat bei der Verhaftung der Schweden zu viel gethan, soll deshalb seiner Charge entsetzt und dem Könige von Schweden, wenn dieser es verlangt, zugeschickt werden, um seinen begangenen Fehltritt mit gebührender Submission zu depreciren“ [1]).

Inzwischen jedoch gelang es dem Grafen Piper, den Schwedenkönig von seiner Forderung des Todesurtheils in Betreff des Adjutanten abzubringen. Cederhielm meldete dem Grafen Sinzendorf: der König wolle sich damit begnügen, wenn die zwei Männer ihm zugeschickt, und, wie in dergleichen Fällen bräuchlich, ihm zu eigener Bestrafung überliefert würden. Wenn dies geschehen und somit der König in den zwei ersten Puncten befriedigt sei, so wolle er der Herüberkunft des Grafen Wratislaw mit genügender Vollmacht nicht entgegen sein [2]). Der Kaiser jedoch verlangte zuvor die Sicherheit, daß dem Adjutanten nichts Hartes und Unbilliges geschehe. Sinzendorf erhielt die Antwort, daß Carl XII. sich damit zufrieden erkläre. In Betreff Zobors jedoch meldete Cederhielm, daß, wenn ihm von einem kaiserlichen Gerichte ein Urtheil gesprochen werden sollte, der König kein anderes Urtheil annehme als dasjenige des Todes, es sei denn daß der Kaiser den Angeklagten ihm zusende und Prozeß und Urtheil ihm anheim stelle. Da der Kaiser sich dazu von Anfang an bereit erklärt hatte, so ging auch diese Sache leichter von statten als es zuvor schien. Aber Carl XII. verlangte, daß Zobor nach Stettin gebracht werde. Sinzendorf wandte ein: er habe von der Großmuth des Königs erwartet, daß er mit der Auslieferung an der Grenze zufrieden sein werde. Man möge doch auch bedenken, daß Zobor durch die ihm von Stralenheim widerfahrenen Thätlichkeiten, die dem Tode gleich zu achten, unglücklich genug sei, zumal da ihm jede Gelegenheit seine Ehre durch eine besondere Satisfaction herzustellen, vermöge der scharfen kaiserlichen Befehle abgeschnitten wäre. — Piper versetzte: der König wolle eben seinen Gesandten gegen die Rache des Grafen Zobor und dessen Familie sicher stellen. Auch sei ja Stettin kein Gefängnis [3]).

---

[1]) Kaiserliches Rescript vom 4. Juli.
[2]) Sinzendorfs Bericht vom 5. Juli.
[3]) Desgleichen vom 20. Juli.

Zobor ward nach Prag gebracht und wurde dort im weißen Thurme bewacht. „Er hat Jemanden nöthig, meldet Wratislaw, der ihm den Zaum anlegt. Ungeachtet alles scharfen Zuredens und des Hinweises auf die Gefahren, denen er sein Leben aussetzt, wenn er nach der bisherigen Weise seiner Zunge freien Lauf läßt, hat er doch auch hier bereits gegen die Wache insolente Reden geführt, so daß der Commandant Guttenstein für den Fall der Wiederholung ihn hat bedrohen lassen. Man hat große Besorgnis, daß er bei den Schweden nicht schweigen werde“ [1]). In den nächsten Tagen wurde Zobor nach Breslau gebracht, um von dort die Oder hinab nach Stettin geführt zu werden. Die für ihn gehegten Besorgnisse indessen gingen nicht in Erfüllung.

Die zwei geringeren Anstöße waren damit erledigt. Es blieb der dritte, derjenige des Entweichens der Russen, an sich selber eben so geringfügig, wie jene zwei, wenn nicht der Stärkere die Absicht gehabt hätte, daran die Vorwände für sein Verweilen und Drohen weiter zu spinnen.

Die Sendung des Grafen Wratislaw an Carl XII.

Die Instruction für den Grafen Wratislaw, vom 7. Juli, wiederholte noch einmal den ganzen Thatbestand in Betreff der 1200 entwichenen Russen. „Deshalb, schloß die Darlegung, würde es gegen alles Völkerrecht, gegen unsere Ehre, gegen des Reiches Hoheit und Gesetze gewesen sein, sie zu binden und gefangen ihren Feinden auszuliefern.“ Auch wegen des Entweichens und des unvermutheten Durchzuges durch die Erbländer sei der Kaiser zu einer Satisfaction nicht verpflichtet. Eben dieselbe Erklärung ließ der Kaiser an seine Gesandten im Haag und in London ergehen.

In den verschiedenen Beredungen der Gesandten in Leipzig waren die Differenzen der Ansprüche von Schweden und Dänemark in Holstein, so wie diejenigen Schwedens auf das Sequester über das Land Hadeln berührt. Der Kaiser suchte die weitere Erörterung abzuschneiden mit dem Einwande, daß es ihm nicht zustehe in den Weg Rechtens einzugreifen, noch das Recht eines Dritten zu vergeben.

[1]) Wratislaws Bericht vom 20. Juli.

An den Grafen Sinzendorf erging der Auftrag des Kaisers: „Will man unseren geheimen Rath Wratislaw zulassen und ihm keine der Wahrheit und der Ehre widerstrebende Dinge zumuthen, so wird durch die englische Vermittelung zu allgemeiner Satisfaction aus der Sache zu kommen sein“ [1]). Diese Hoffnung war nicht so groß, wie sie hiernach scheinen könnte. Denn am selben Tage meldete der Kaiser seinem Vetter von Kur-Pfalz, daß er auf das Fortspinnen neuer Anstände von schwedischer Seite völlig gefaßt sei.

Daß unter diesen Anständen auch derjenige einer Forderung in Betreff der kirchlichen Zustände in Schlesien erwachsen könne, lag damals, um die Mitte Juli, noch nicht vor. Am 14. Juli berichtete Sinzendorf: „Ungeachtet der dem Herzog von Marlborough von dem Könige von Schweden gegebenen positiven Versicherung den Religions-Punct nicht anrühren zu wollen, besorge ich, daß das Feuer noch allezeit unter der Asche glimmt. Aber bis heute hat man mir eine Anregung solcher Art nicht gemacht, und ich selber hüte mich davon anzufangen.“

Am 20. Juli stellte Sinzendorf an Piper die Frage, ob nunmehr, nachdem die zwei ersten Puncte abgethan, der Graf Wratislaw als Botschafter sich einstellen dürfe. Piper antwortete: der König trage Bedenken, bis nicht auch der dritte Punct durch das Anerbieten einer zulänglichen Satisfaction erledigt sei. Sinzendorf erwiederte: man dürfe doch dem Kaiser nicht zumuthen seine Autorität so sehr zu exponiren, daß er einen Botschafter sende, ohne vorher der Annahme desselben sicher zu sein. — Piper wandte ein: so sehr der Kaiser das Recht auf seiner Seite zu haben glaube, eben so fest sei sein König vom Gegentheile überzeugt. Nicht so sehr auf das Recht komme es an als Weitläufigkeiten zu verhüten und des Königs erbittertes Gemüth zu befriedigen.

Sinzendorf stellte also die Frage, worin die Satisfaction bestehen solle. Piper entgegnete: der Kaiser müsse sie erst anbieten, alsdann werde man sehen, ob sie zulänglich. Der Botschafter Wratislaw könne darüber durch die Gesandten der Seemächte, Robinson und Kranenborg, verhandeln, inzwischen sich all' incognito in Leipzig

[1]) Kaiserliches Rescript vom 10. Juli.

aufhalten. Die Bedingungen würden nicht so beschaffen sein, daß der Graf Wratislaw unverrichteter Sache heimkehren müsse, wenn man nur einmal auf kaiserlicher Seite beschlossen habe, dem Könige ein Genüge zu thun. Er machte aufmerksam, daß der König, fast nur mit der Musterung seiner Truppen beschäftigt, zu einem Entschlusse schwer zu bringen sei. Aber man sei nunmehr des Aufbruches auch nicht um Einen Tag mehr sicher [1]).

Piper betheuerte dann wieder nach seiner Art mit feierlichem Schwure: Gott sei sein Zeuge, daß er sich nicht mit mehr Eifer um den gütlichen Ausgang bemühen könnte, wenn er selber in kaiserlichen Diensten wäre. Er äußerte sich dann über die Persönlichkeit des jungen Königs in Worten, die Sinzendorf dem Papiere nicht anzuvertrauen wagte. Er wiederholte jedoch, daß Frankreich bei der Sache nicht betheiligt. Obwohl dies, direct genommen, der Wahrheit entsprach, so darf man sich doch nicht verwundern, wenn, bei dem unberechenbaren Verhalten Carls XII., bei Sinzendorf wie bei allen Kaiserlichen, dieser Verdacht immer aufs neue empor stieg, zumal da Sinzendorf glaubte, die Veränderung des schwedischen Hofes von der Ankunft Bezenvals mit goldgefüllten Händen an datiren zu müssen.

Unterdessen kamen vom Haag und von London die Antworten auf die Anfragen des Kaisers um Hülfe zurück. Im Haag war einiger guter Wille. Heinsius sprach sich dem Grafen Goes offen aus, daß Carl XII. sich mit allen drei Beschwerden notorisch im Unrechte befinde. Ihn erschreckte ganz besonders die Drohung, daß Carl XII. wegen der vorgeblichen Versäumnisse in Polen seinen Regreß an den Kaiser nehmen, die Tage des Verzuges in Anrechnung bringen wolle. Wenn England gesinnt wäre, wie die Republik, meinte er: so würde man eine herzhafte Resolution fassen; aber man habe dort von Schweden entweder eine zu gute Meinung oder zu viele Furcht [2]).

In der That ist es schwer zu entscheiden, welches Motiv das stärkere war. Die Demüthigung, welche die Königin durch das Hinweggehen Carls XII. über ihr Anerbieten der Vermittelung erfahren, gab sich dort zuerst nur kund durch den Zweifel Robinsons, ob dies

---

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 20. Juli.

[2]) Bericht des Grafen Goes vom 23. Juli.

Anerbieten eine Wirkung haben werde[1]). Einige Tage später verlautete, daß das Schreiben Carls XII. sehr hochmüthig gehalten sei. Dennoch wolle England bei seinen bisherigen guten Diensten beharren[2]). Auf die Anfragen der Kaiserlichen um Beistand wichen die englischen Minister aus mit dem Hinweise auf die Sendung Wratislaws, deren Erfolg erst abzuwarten sei. Der Staats-Secretär Sunderland beendete seine Rede darüber zu dem kaiserlichen Gesandten mit den nachdrücklichen Worten: „Lasset uns erst Toulon haben, so wird sich in vielen Dingen anders sprechen lassen!“[3])

Diese Erwägung konnte aber Carl XII. in Alt-Ranstadt eben so wohl machen wie Sunderland in Kensington, und auch seinerseits daraus die Consequenzen ziehen.

Das Ergebnis war, daß auch dies Mal die Anfrage des Kaisers um Beistand von den Seemächten wider Carl XII. vergeblich blieb.

Am 26. Juli traf Graf Wratislaw in Leipzig ein, um, gemäß dem Vorschlage des Grafen Piper, vermittelst der seemächtlichen Gesandten Robinson und Kranenborg mit dem Ersteren zu verhandeln. Der Erstere hatte einen solchen Uebereifer bethätigt, daß der Kaiser ihn durch Wratislaw ersuchen ließ, sich eigener Vorschläge zu enthalten[4]).

In den nächsten Tagen traf eine Nachricht ein, die nicht viel Gutes zu verkünden schien. Das schwache schwedische Corps, nur aus vier Regimentern bestehend, das bis dahin in Groß-Polen sich befand, ward, vor den Russen zurück weichend, in die Nieder-Lausitz gedrängt. Aber diese war zu eng. Sie rückten in das Fürstenthum Glogau ein, einen Theil Schlesiens. Man erfuhr, daß es geschehen sei auf einen von Carl XII. eigenhändig gezeichneten Befehl. Sinzendorf eilte zu dem Grafen Piper. Dieser betheuerte, er wisse nicht darum, eben so der Feldmarschall Rennschild. Sie versprachen mit dem Könige zu reden. Darüber vergingen drei Tage. Dann ließ Piper durch einen Legations-Secretär melden: es thue ihm leid zu sagen, daß die Noth seinen König bewogen, diese vier Regimenter in Schlesien einrücken zu lassen, mit dem scharfen Befehle der Manneszucht. Der König habe

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. Juli.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 22. Juli.

[3]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 26. Juli und 9. August.

[4]) Kaiserliches Rescript vom 24. Juli.

indessen darin nichts gethan als was er auch vorher angekündigt, daß er nämlich bei längerem Ausbleiben der Satisfaction in Schlesien einrücken lassen werde [1]).

Wratislaw eröffnete den seemächtlichen Gesandten seinen Vorschlag. Derselbe lautete: „Zum Beweise seiner Freundschaft erbietet der Kaiser dem Könige von Schweden bei dem Rückmarsche durch Schlesien nach Polen die Etappen gratis, jedoch auf dem kürzesten Wege." — Sie erwiederten, daß dies nicht ausreichen würde. Darauf fügte Wratislaw hinzu: „Zur Bezeugung seiner Willfährigkeit für das gemeine Wesen bringt der Kaiser das Opfer, die Sache des Entweichens der Russen in das Gutbefinden der seemächtlichen Gesandten zu stellen." Mit diesem Angebote begaben sich jene beiden zu dem Grafen Piper [2]).

Unterdessen stellte sich Stralenheim bei Wratislaw ein, und erging sich in hohen Reden. Der König sei überzeugt, sagte er, nicht bloß daß er das Recht habe, wegen des Entweichens der Russen Satisfaction zu verlangen, sondern auch, daß er, weil ihm dies eine gerechte Ursache zum Kriege gebe, für den Schaden, den er zufügen könne, das Recht einer entsprechenden Forderung habe. Wratislaw erklärte darauf: „Ich erkenne weder diese gerechte Ursache zum Kriege an, noch weniger habe ich Befehl in dieser Beziehung etwas zu unterhandeln; vielmehr werde ich, wenn man von Ihrer Seite dergleichen Exorbitantien vorzubringen Willens ist, mich der ganzen Sache entschlagen und den Ausgang dem Könige der Könige anbefehlen." Stralenheim zog etwas zurück. Er wisse nicht, sagte er, ob im Namen des Königs diese Forderung ausgesprochen werden solle; aber es sei ihm wohl bekannt, daß dem Könige die Sachlage in dieser Weise dargestellt sei.

Die Unterredung versetzte den Botschafter in Unruhe. Er befragte die Vermittler, ob ihnen dergleichen etwas ausgesprochen sei. Als sie verneinten, bat er sie, ein so unwürdiges Ansinnen auch nicht einmal zum Berichte anzunehmen [3]). Sie versprachen es.

---

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 28. Juli.

[2]) Ausführlicher Bericht des Grafen Wratislaw, vom 31. Juli, auch für das Folgende.

[3]) Mit Bitte dergleichen turpitudinem nicht einmal ad referendum zu nehmen.

Carl XII. beauftragte Piper und Hermelin zur Verhandlung von schwedischer Seite mit den Vermittlern. Diese überreichten die Vorschläge Wratislaws. Aber ihr Bericht zeigte dem Letzteren, daß sie seine beiden Vorschläge verbunden hatten. Auf seinen Vorhalt erkannten sie an, daß sie in ihrem Friedenseifer [1]) der schwedischen Forderung nachgegeben hatten, und versprachen in Zukunft auf ihrer Hut zu sein.

Den ganzen folgenden Tag, 28. Juli, war Carl XII. mit einigen vom Könige von Dänemark ihm geschenkten Reitpferden beschäftigt. „Es ist nicht zu glauben, meldet Wratislaw, wie Dänemark und Preußen ihn flattiren."

Am 29. Juli ließ sich Wratislaw bei Piper zu Mittag ansagen. Nach der Tafel kamen sie zur Sache. Wratislaw sagte: „Die Erklärung des Kaisers, daß weder er, noch einer seiner Minister von dem Durchzuge der Russen Kunde gehabt, thut unwidersprechlich dar, daß es nicht die Absicht des kaiserlichen Hofes gewesen ist, den König von Schweden vor der Welt zum Narren zu halten." — „Allein, antwortete Piper, der König läßt sich das nicht aus dem Kopfe bringen. Die Vermittler sind parteiisch, wollen die Sache auf Geld ankommen lassen. Damit ist aber dem Könige nicht gedient." — „Was ist denn das Verlangen des Königs?" fragte Wratislaw. — Piper: „Ich weiß es nicht: möge der Kaiser etwas Anderes vorschlagen." — „Das, entgegnete Wratislaw, ist nicht ein Modus des Verhandelns. Da das Recht des Kaisers offen vorliegt, so hat er auch die Standhaftigkeit abzuwarten. Zur Stunde ist allerdings der König von Schweden übermächtig; allein in einem Monate würden seine Länder eben so exponirt sein, wie es zur Zeit die kaiserlichen sind. Davon wird Niemand Nutzen ziehen als Frankreich und die Nachbaren Schwedens, welche dessen Länder an sich reißen werden. Entweder ändert sich das System Europas, oder alle Mächte werfen sich auf Schweden, um den Kaiser zu retten. Das Erste erscheint mir nicht glaublich, viel eher das Zweite. Victor Amadeus von Savoyen mag Italien vertheidigen. Der Kaiser wird seine Truppen von dort abberufen; denn im äußersten Falle ist ihm mehr an seinen Erblanden als an einem Theile

[1]) Sie entschuldigen sich ex nimio zelo.

der spanischen Monarchie gelegen. Die schwedische Macht ist nicht unüberwindlich. Nicht immer werden die Gegner vor ihr laufen wie bisher." Dann wieder einlenkend fuhr er fort: „Auch Schweden darf nicht vergangene Wohlthaten vergessen. Ich nenne zunächst den Frieden von Travendal. Ferner als beim Einrücken der Schweden in Sachsen der Reichstag einen Beschluß gegen sie faßte, hat der Kaiser denselben aufgehalten. Damals wäre es vielleicht nicht sehr schwer gewesen, die aus den Fugen gekommene schwedische Armee aufzulösen. Der Kaiser und England haben dagegen, weil sie auf des Königs Treue und Glauben baueten, die über diesen Einmarsch verstörten Gemüther zu beruhigen gesucht. Der Kaiser hat, um dem Könige von Schweden zu willfahren, den König Stanislaus von Polen anerkannt. Wenn aber nunmehr der König von Schweden, uneingedenk alles dessen, seine Haltung völlig ändert: so kann es dahin kommen, daß Alle sich einigen wider ihn. Allein muß es denn dahin kommen? Der Kaiser und der König sind beide jung, können einander viel Gutes, freilich auch viel Böses zufügen. Da ist es treuer Diener Pflicht dahin zu streben, daß ein gutes Verständnis erhalten werde. Möge der König sich erinnern, wie oft und schwer er vor der Welt sich beklagt über die ungerechte Aggressive des Königs August wider ihn! Gleichmäßig würde aber auch der Kaiser klagen. Gott hat dem Schwedenkönig gegen das ihm zugefügte Unrecht beigestanden: er wird auch den Kaiser nicht verlassen."

Die Haltung Pipers legte Zeugnis ab von seiner Verlegenheit. Er zuckte oft die Achseln, wußte dennoch nichts zu antworten. Endlich brach er hervor: es sei nicht die Absicht des Königs Krieg zu machen, sondern sich über die ihm widerfahrene Unbefugnis zu beklagen.

„Klagen, entgegnete Wratislaw, sind erlaubt, oder, je nach Umständen, berechtigt. In diesem unserem Falle ist freilich auch der Ungrund dieser Klagen zur vollsten Genüge dargethan. Allein die schwedische Manier keinen Krieg machen zu wollen, dagegen die Länder durch Contributionen auszusaugen und kraftlos zu machen, ist ein Verfahren, das der Kaiser sich nicht gefallen lassen kann und das auf die Dauer auch nicht durchführbar ist. Der Marschall Villars macht es in Schwaben nicht anders. Dennoch wird Schweden nicht verneinen wollen, daß Villars dadurch gegen das Reich Krieg führe, noch dazu

einen sehr schweren. Lassen wir ab mit Worten zu spielen. Ich bitte Sie also nochmals als einen treuen Diener Ihres Herrn in sich zu gehen und den König abzumahnen. Möge auch der König an seine Person denken, und möge er sich fragen, was aus Schweden würde, wenn über ihn ein Unglück käme."

Die Mahnung in dieser Rede an den Zustand der schwedischen Truppen beim Einmarsche in Sachsen des Jahres zuvor, hatte bei dem Grafen Wratislaw die besondere Bedeutung, daß er damals im kaiserlichen Rathe für das Zurückschlagen der Schweden gestimmt hatte, aber allein. Seine ganze Rede an Piper muthet uns Spätere ähnlich an, wie die Mahnung des alten Benedict Oxenstjerna an Carl XII. in der ersten Zeit seiner Laufbahn in Polen (Band X, S. 96 u. f.). An dem Eigenwillen Carls XII. war die eine verloren, wie die andere.

Auf den Grafen Piper machte jedoch, wenigstens vorüber gehend, die Rede einigen Eindruck. Er ergriff die Hand des Grafen Wratislaw, drückte sie und sagte: „Ich bitte an meiner guten Absicht nicht zweifeln zu wollen. Morgen werden wir wieder mit den Vermittlern zusammen treten."

Es geschah; aber die Conferenz verlief fruchtlos. Wratislaw schickte nach Wien die Anfrage, ob er bleiben solle.

Unterdessen ließ Stanislaus ihn zu sich bitten. Der König sprach seine Klage aus selber so betheiligt zu sein, daß dadurch ihm die Gelegenheit benommen werde, dem Kaiser einen Dienst zu leisten. Er erkenne an, daß, im Falle eines Krieges von Carl XII. gegen den Kaiser, er selber und seine Partei in Polen verloren sei. Allein er könne versichern, daß er an diesem Morgen zwei Stunden bei Carl XII. geweilt, immer mit der Bitte zu sagen, welche Satisfaction er verlange, ohne etwas Anderes herausbringen zu können, als er sehe wohl, daß der Kaiser nicht verlange sich mit ihm zu vergleichen, weil der Erstere keine andere Satisfaction anbiete als die zwei Puncte. Was dagegen Carl XII. selber fordere, habe er mit keinem Worte angedeutet. — Dennoch versprach dann Stanislaus, am selben Tage noch wieder einen Versuch zu machen.

Wratislaws Hoffnungen dagegen sanken immer mehr. Am Abend des 30. Juli verfaßte er eine Aufforderung an Marlborough: die Seemächte sollten dem Könige Carl XII. erklären, daß sie im Falle des

Bruches zu dem Kaiser stehen würden, und Vollmachten an ihre Gesandten schicken, mit Preußen, Dänemark, August II. Allianzen abzuschließen. Wir haben bereits gesehen, daß in London die Stimmung einer solchen Aufforderung wenig günstig war.

Stanislaus jedoch meinte bei seinem zweiten Versuche bei Carl XII. etwas erreicht zu haben. Dieser habe gesagt: er sei nicht Willens mit dem Kaiser zu brechen, verlange auch nicht Satisfaction an Geld, sondern an Ehren. Er lasse durch Piper an die Vermittler schreiben und wolle aus der Antwort ersehen, ob man Willens sei mit ihm zu brechen. — Stanislaus rieth: man möge auf die scharfen Ausdrücke nicht zu viel Gewicht legen. Durch eine maßvolle Antwort werde Carl XII. zu erweichen sein.

Wratislaw hegte geringes Vertrauen. Carl XII., meinte er, wolle die kaiserlichen Erblande aussaugen, wie er Schweden, Polen, Sachsen ausgesogen. Sein Vertrauen stieg nicht durch das Schreiben Pipers. Es enthalte nichts, sagte er, was nicht in den Unterredungen mit den Vermittlern schon mündlich vorgekommen sei. Er antwortete mit einer abermaligen Darlegung des Thatbestandes in Betreff der Russen, und mit dem Ausdrucke der Hoffnung, der Schwedenkönig werde nicht den Kaiser angreifen, der sein Freund sei und bleiben wolle, zumal zu einer Zeit, wo der Kaiser zur Erhaltung der Freiheit von Europa seine Truppen so weit verstreut habe.

Aber die seemächtlichen Gesandten, Robinson und Kranenborg, erschienen am nächsten Morgen bei Wratislaw, und baten dringend um weitere Vorschläge. Zugleich ging vom Könige Stanislaus die Meldung ein: im Falle des Abbruches der Verhandlung ohne weitere Vorschläge, sei Carl XII. Willens mehr Truppen in die Erblande einrücken zu lassen, und dann abzuwarten, ob Weiteres proponirt würde. Wratislaw, dessen Instruction nichts weiter gestattete, befand sich in Verlegenheit. Bei diesem Stande der Dinge erwog er die Puncte, welche zwischen den Vermittlern und den Schweden zur Sprache gekommen waren. Der erste betraf den Erlaß der Stellung des Reichs-Contingentes in diesem Kriege für Vorpommern, Bremen, Verden. Diese Forderung konnte er gewähren, weil Carl XII., ob mit oder ohne diese Gewährung, dennoch sein Reichs-Contingent nicht stellen würde. Die zweite Forderung betraf den Titel der Majestät für Carl XII. in

kaiserlichen Schreiben in derselben Weise wie für Frankreich und England. Wratislaw erwiederte: man könne ohne Hintansetzung der kaiserlichen Autorität von dem alten Gebrauche nicht abweichen. Er lehnte also ab. Die dritte Forderung betraf die Begünstigung des Hauses Holstein-Gottorp bei den Bischofs-Wahlen in Lübeck. Wratislaw ließ den Widerspruch fallen.

Dann aber brachten die Vermittler vor, daß der Kaiser sich erbieten möge, den Religions-Beschwerden der Lutheraner in Schlesien abzuhelfen. Wratislaw erwiederte: der Kaiser habe zwei Deputirte aus Schlesien nach Wien berufen, um diese Beschwerden prüfen zu lassen. Diese Angelegenheit könne aber doch nicht mit dem Entweichen der Russen in Beziehung gebracht werden. Der König werde darin eher etwas erreichen, wenn er bei dem Kaiser eine besondere Verwendung einlege. — Aber die Haltung der Vermittler mochte ihm zeigen, daß gerade auf diesen Punct sehr viel ankomme. „Ich band ihnen daher stark ein, schreibt er, sich in Betreff dieses Punctes auf nichts einzulassen."

Die Vermittler begaben sich zur Conferenz zum Grafen Piper. Bei ihrem Eintritte hatten Carl XII. und Stanislaus eben das Zimmer verlassen und sich zur Gräfin Piper zurückgezogen, um dort auf den Ausgang zu warten. Die schwedischen Minister nahmen die Erklärungen gut auf. Der Graf Piper überbrachte die Antwort: nachdem der König in den Vorschlägen der Vermittler wirkliche Beweise der friedlichen Gesinnung des Kaisers erkannt, und zugleich wahrgenommen habe, mit welchem Eifer die Königin von Groß-Britannien und die Generalstaaten sich um den Frieden bemüheten, acceptire er die in der Conferenz gemachten Erbietungen und stehe damit von seinen Ansprüchen auf die russischen Truppen ab.

Damit jedoch war die Sache nicht erledigt. Indem Wratislaw die Erbietungen durchlas, fand er, daß dennoch der Religions-Punct in Schlesien mit aufgenommen war. Er hielt den Vermittlern vor, daß sie die Intentionen und Vollmachten ihrer Principalen überschritten hätten. Behaupte man, daß der Kaiser in Schlesien etwas wider den westfälischen Frieden gethan, so müsse zuerst die Sache untersucht werden. Die Vermittler hätten die Forderung dieses Punctes ablehnen müssen.

Die Unterredung zeigt klar, daß ungeachtet der früheren Weigerung Carls XII., seine Forderungen zu nennen, dennoch diese Vorschläge den

Vermittlern von den Schweden an die Hand gegeben waren. Es ist immerhin möglich, daß Carl XII., eingedenk der Unterredung mit Marlborough (S. 388), den Schein hatte bewahren wollen, als habe nicht er diese Forderung erhoben. Aber die Vermittler, von Wratislaw gedrängt, mußten nun mit der Wahrheit völlig heraus.

Sie erwiederten, daß sie das Ihrige gethan, um den Punct zu vermeiden. Aber die Antwort habe gelautet: der König werde alles Andere eher fahren lassen. Deshalb hätten sie eingewilligt. Aber Wratislaw entgegnete: „Ich nehme dies nicht an, sondern drohe Ihnen mit schwerer Verantwortung." Robinson und Kranenborg beriethen unter einander und kamen zu dem Beschlusse, den Punct zur Zeit aus dem Protokolle zu lassen und in London und im Haag um Verhaltungsbefehle zu bitten[1]).

Wratislaw dagegen ließ nach Wien hin die dringende Bitte ergehen, daß der Kaiser sofort in dieser schlesischen Religionssache aus eigener Anregung eine Entscheidung treffen und verkünden möge. Wenn man dem Schwedenkönige entgegen halten könne, daß die schlesischen Stände mit demjenigen zufrieden, was der Kaiser für sie gethan: so bleibe ihm kein Vorwand mehr. Wenn nicht, so werde man unvermeidlich sich in alle Chicanen der Schweden fügen müssen, unter dem Beifalle der eigenen Verbündeten.

Es kam freilich darauf an, ob Carl XII. dazu die Zeit lassen würde. Indem er, nach der Erfüllung des Alt-Ranstädter Vertrages durch August II., noch bereits Wochen lang in Sachsen verblieben war, und, ungeachtet alles Klagens und Bittens von August II., noch keine Vorbereitung zum Abzuge traf, bedurfte er dafür eines Vorwandes, der in die Augen der Menschen schien.

Am 4. August begaben sich die Vermittler zu Piper, mit dem Verlangen, daß der König nunmehr, nachdem er sich befriedigt erklärt, seine Truppen aus dem Fürstenthum Glogau abziehen lasse. Sie meldeten zugleich an, daß sie wegen des Religionspunctes in Schlesien erst noch um Verhaltungsbefehle geschrieben. Piper erwiederte: der König werde davon nicht lassen. Am selben Tage kam die Sache zwischen Stanislaus, Wratislaw und Piper zur Sprache. Wratislaw

[1]) Wratislaws Bericht vom 2. August.

redete eindringlich, und fand Hülfe an dem Könige Stanislaus. „Allein es ist bei diesen Leuten als rede man gegen eine Mauer." Piper hatte keine andere Antwort als daß der König, wenn er einmal glaube Recht zu haben, sich das von Niemandem nehmen lasse. Von dem Religions-Puncte werde er nicht weichen.

Wratislaw faßte bereits aus der ganzen Haltung der Schweden die Meinung, daß sie an einen Abzug noch gar nicht gedächten, vielmehr den Ausgang des Feldzuges abwarten wollten. „Es geht die Rede, schreibt er, am 4. August, an Marlborough, daß bei einem glücklichen Erfolge der Verbündeten Schweden sich offen für Frankreich erklären werde, um diese Krone nicht völlig über den Haufen werfen zu lassen." Es waren damals die Tage der Bedrohung von Toulon, welches Wratislaw jedoch nicht nennt. Einen Vorwand zum Verweilen werde Carl XII. immer finden an der bisher nicht geleisteten Garantie des Alt-Ranstädter Friedens, in welche aber auch die Republik, namentlich die Stadt Amsterdam, nach der Aussage Kranenborgs, niemals willigen werde. Aber das Land sei so ausgezehrt, daß es namentlich die zahlreiche Cavallerie den Winter hindurch nicht erhalten könne. Wratislaw fragt bei Marlborough an, ob es möglich sein werde, wenn er die Unterhandlung bis Ende September hinziehe, dann vielleicht mit vereinten Kräften von allen Seiten die Schweden anzugreifen.

Am 5. August fand abermals eine Conferenz der Vermittler mit den Schweden statt. Als jene bei ihrer früheren Erklärung beharrten, daß sie in Betreff des Religions-Punctes in Schlesien die Instructionen ihrer Principalen erwarteten, erwiederte ihnen der Graf Piper: der König danke den Vermittlern für ihre Mühewaltung: fortan werde man sich direct an den Grafen Wratislaw wenden. Die Vermittler erhoben Einwände. Selbst Robinson, der als Prälat der englischen Hochkirche in sich der schwedischen Forderung nicht abgeneigt war, fuhr nun heraus mit den Worten: „Wenn Frankreich die Direction im schwedischen Conseil besäße, so würde es keinen anderen Rath geben als so aufzutreten" [1]). Piper blieb bei seiner Erklärung.

---

[1]) Protokoll der Vermittler: Je disois que, quand même la France auroit la direction des conseils du roy de Suède, elle ne luy en donneroit point d'autres que cela.

Auf die Meldung dessen berichtete Wratislaw heim: „Einstweilen ist es gut, daß die Seemächte mit ihrer Vermittelung in dieser Art verabschiedet sind. Sie werden es dem Schwedenkönige zur geeigneten Zeit nicht vergessen. Ich erwarte nun täglich und stündlich die schwedische Forderung, und erinnere daran, daß bei diesem Könige und seinen Ministern keine Gründe, wie bündig immer, etwas ausgeben, sondern daß die Sache auf Nein oder Ja, also auf Krieg oder Frieden, auslaufen muß" [1]).

An den Kaiser persönlich richtete Wratislaw noch ein besonderes Schreiben. „Es wird Ew. kaiserlichen Majestät, sagte er darin, noch erinnerlich sein, welche Ansicht ich vor mehr als einem Jahre ausgesprochen. Wenn damals mein Rath befolgt wäre, so würden wir nunmehr nicht in dem Labyrinthe stecken. Wie aber die Dinge liegen, ist es besser, der schwedischen Forderung zu willfahren und etliche Kirchen herzugeben als ganze katholische Länder in Gefahr zu bringen. Aber eine baldige positive Antwort thut Noth. Denn ich habe nicht zu thun mit einem räsonnabelen Menschen, sondern mit einem Wilden, um von einem gesalbten Haupte nichts mehr zu sagen. — Wenn Ew. kaiserliche Majestät in die schwedische Declaration nicht willigen, so lassen Sie, um Zeit zu gewinnen, mir antworten, daß Sie Sich vor der endlichen Resolution mit mir unterreden wollen. Dann wäre sofort ein Gesandter an den Czaren zu schicken. Freilich werden alle Anstalten die Länder Böhmen, Mähren, Schlesien vor dem Total-Ruin nicht retten" [2]).

Im schwedischen Hauptquartiere vergingen indessen mehrere Tage, ohne daß weiter etwas geschah. Es schien, daß die Aeußerungen der seemächtlichen Gesandten nicht ganz ohne Wirkung geblieben waren, nicht minder diejenigen Wratislaws. Da er in Betreff einer Forderung Carls XII. über den kirchlichen Stand in Schlesien ohne Instruction war, so hatte er verlauten lassen, daß eine solche Forderung ihn nöthigen würde nach Wien zurück zu reisen, um sich Instructionen zu holen. Das Wort wurde viel besprochen. Carl XII. selber äußerte sich: er glaube, Wratislaw suche nur unter irgend einem Vorwande

---

[1]) Bericht vom 5. August.

[2]) Wratislaw an Kaiser Joseph, 6. August.

mit Ehren und guter Manier von Leipzig fortzukommen, und, wenn dieser Botschafter einmal abgereist wäre, so sehe er, Carl XII., die ganze Sache als verloren an. Diese durch das Gerücht dem Grafen Wratislaw zugetragene Aeußerung wurde ihm vom Könige Stanislaus bestätigt, mit der Bitte, er möge den Gedanken einer Abreise fahren lassen, vielmehr mit dem Grafen Piper reden. Carl XII. habe selber ihm gesagt: es stünde dem Botschafter frei mit dem Grafen Piper zu reden, besonders nachdem die Vermittler außer Thätigkeit gesetzt seien. Da der Graf Wratislaw zugleich erfuhr, daß bereits die Marschbefehle ausgegeben würden, so ging er ein[1]).

Am 8. August begab er sich zu Piper, bei dem sich auch Hermelin befand. Sie redeten über die Bestimmungen des westfälischen Friedens. Wratislaw verfocht den Satz: es bedürfe keiner neuen Convention. Die Schweden: ohne eine solche sei es nicht möglich aus der Sache zu kommen. Ihr König habe von allen anderen Forderungen abgelassen: an dieser letzteren halte er fest. Aber die Zeit dränge und gestatte nicht, neue Instructionen einzuholen; denn die Marschbefehle seien da. Weigere sich der Botschafter, eine Convention — wenigstens sub spe rati — zu unterschreiben, so habe er sich nicht zu verwundern, wenn der König mit seiner Armee in die Erblande einmarschire, um dort den Ausgang abzuwarten. Wratislaw erwiederte: es scheine ihm, daß man darauf ausgehe, Schlesien zu behandeln wie Sachsen. Die schwedischen Minister protestirten: dies sei nicht die Absicht des Königs. Wratislaw könne alles Uebel vermeiden durch die Unterschrift einer Convention. Sie kamen endlich überein, daß Wratislaw am nächsten Tage an Piper schreiben, und dieser darauf, nach Vortrag bei dem Könige, die Forderung desselben genau angeben solle.

Die Antwort Pipers, vom 10. August, lautete dahin, daß Carl XII. die stricte Herstellung des kirchlichen Standes in Schlesien auf dem Fuße des westfälischen Friedens fordere[2]).

Am selben Tage, dem 10. August, trat in Wien die Conferenz der Minister zusammen, um über die letzten Berichte des Grafen Wratislaw zu berathen. Es waren die Grafen Oettingen, Kinsky,

[1]) Wratislaws Bericht vom 10. August.
[2]) Desgleichen.

Trautson, Seilern, Sinzendorf, Schönborn. Sie kamen zu dem Schlusse: bei der vom Grafen Wratislaw berichteten Lage der Dinge nehme man keinen Anstand, eine Declaration für die Herstellung des kirchlichen Zustandes in Schlesien nach dem Inhalte des westfälischen Friedens zu geben. Die Declaration solle in Wien aufgesetzt und durch einen Courier dem Grafen Wratislaw zugestellt werden[1]).

So war man, wie es scheint, einander sehr nahe, und doch war man noch weit aus einander. Die schwedische Forderung ging noch am selben Tage ab nach Wien.

Unterdessen klagte der Graf Wratislaw, daß er ohne Nachricht von Wien sei, ohne Richtschnur seines Verhaltens, ob abbrechen, ob fortfahren. Er habe sich, nachdem die Schweden von den Vermittlern nichts mehr hören wollen, mit Piper nur eingelassen, um Zeit zu gewinnen[2]). Dagegen versicherte ihm Stanislaus, daß sich bei Carl XII. nun die Animosität gelegt und er sich gern völlig mit dem Kaiser aussöhnen werde, wenn man ihm nur in der Religionssache ein Genüge gebe. Dies sei ihm ein Ehrenpunct.

So am 13. August. Wir haben dabei zu beachten, daß Ludwig XIV. vor seinem Hofe zu Marly bereits am 18. Juli ausgesprochen hatte: er habe keine Besorgnis mehr für Toulon — so wie daß der Bericht des Prinzen Eugen vom 29. Juli vor Toulon die Unternehmung als fast unausführbar schilderte. Dergleichen sichere Nachrichten konnten am 13. August von Paris her in Alt-Ranstadt sein.

In Wien dagegen, wo man nach den früheren Berichten die Gefahr für Toulon noch für größer annahm, als sie wirklich war, bildete sich eine Ansicht aus, die wir in einem kaiserlichen Rescripte an den Grafen Lamberg ausgeprägt finden, mit den Worten: „Aus der neuen schwedischen Forderung wird ein Jeder leicht erkennen, daß unter dem Vorwande der Religion in Schlesien die Absicht verborgen ist, den französischen Waffen Luft zu machen, und unsere und der Verbündeten Truppen zu zwingen, sich aus Frankreich zurück zu ziehen“[3]).

---

[1]) Conferenz-Protokoll vom 10. August.

[2]) Bericht vom 13. August: pour amuser le tapis.

[3]) Kaiserliches Rescript vom 16. August.

Aehnliche Gedanken finden wir am 13. August bei Wratislaw, der in Leipzig nicht, wie Carl XII. durch den französischen Gesandten Bezenval, bestimmte Nachrichten über Toulon haben konnte. Dagegen vernahm er das Gerücht, daß der Prinz Eugen den Marschall Tessé vor Toulon geschlagen habe. „Wenn dies Gerücht, wie ich hoffe, sich bestätigen sollte, meldet er, so glauben hier Viele, daß Schweden sich entschließen werde, sich einzumischen, um nicht Frankreich völlig über den Haufen werfen zu lassen“ [1]).

Wenn aber dieser Factor der Bedrohung Toulons damals, wo diese Bedrohung acut erschien, eine solche Wirkung äußerte: so haben wir zurück zu schließen, daß diese Bedrohung zu einem Factor in der Politik Carls XII. sich gestaltete von dem Momente an, wo er die erste Kunde erhielt, und daß von da an seine gegen den Kaiser zur Schau getragene Animosität nur eine Maske war, zu dem Zwecke für den eventuellen Fall einen Vorwand zum Kriege bereit zu haben. Um so leichter erklärt sich dann auch sein wenig rücksichtsvolles Verhalten gegenüber der in erster Linie bei dem Angriffe auf Toulon betheiligten Macht, gegen England. Um so auffallender wird zugleich der Mangel an Voraussicht bei den leitenden Staatsmännern dieser Macht, von denen Keiner die Möglichkeit einer solchen Eventualität geahnt zu haben scheint, ganz besonders aber bei Marlborough, der durch seine Liebedienerei vor Carl XII. in Betreff der entwichenen Russen viel dazu beigetragen hatte, für Carl XII. den von dort her genommenen nichtigen Vorwand seines Verweilens einigermaßen plausibel zu machen.

Wenn, wie doch kaum zu bezweifeln, die spätere Aussage des Herzogs Victor Amadeus richtig ist, daß die geheim an ihn gelangte Drohung Carls XII. das hauptsächliche Motiv für seine Unterlassungsfehler bei dem Unternehmen gegen Toulon war: so trug für die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Drohung zu nicht geringem Theile derjenige englische Staatsmann bei, der von Anfang an vor allen Anderen im Interesse Englands den Plan gegen Toulon betrieben hatte, nämlich Marlborough.

Am 13. August fanden wir Carl XII. minder animos, wie Stanislaus sagte, als zuvor. Aber die Krisis war noch nicht zu Ende.

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 13. August.

Am selben Tage gelangte die schwedische Forderung nach Wien, und ward am nächsten Tage berathen. Nach dem Berichte Wratislaws, nach seinem wiederholten Hinweise, daß Gründe, welcher Art immer, auf diesen König und seine Minister nichts vermögen würden, schien nur noch übrig zu sein, den schwedischen Entwurf ohne Aenderung noch Verzug anzunehmen oder abzulehnen. Die kaiserlichen Räthe in Wien waren nicht dieser Ansicht. Der schwedische Entwurf, sagten sie, enthalte Puncte über den westfälischen Frieden hinaus. Der Kaiser Joseph dürfe sich nicht weiter drängen lassen als sein Großvater Ferdinand III. im Jahre 1648, wo drei feindliche Armeen zugleich im Lande standen. Deshalb sei der Entwurf der Declaration von kaiserlicher Seite an den Grafen Wratislaw zu senden, der beim Ueberreichen bemerken solle, daß dieser Entwurf beim Eingange des schwedischen bereits fertig vorgelegen habe. „Wir hoffen, schließt das Protokoll der kaiserlichen Räthe, man werde auf schwedischer Seite noch in sich gehen“ [1]).

Zugleich gab der Kaiser Nachricht von diesem Stande der Dinge an seinen Residenten im Haag, mit dem Auftrage, sowohl zu dem Rathspensionär Heinsius als dem Fürsten von Marlborough nachdrücklich darüber zu reden, und namentlich dem Letzteren darzulegen, daß der Kaiser sich auf seine Aeußerungen vom April (S. 389) verlassen habe. Aber das bisherige schwedische Verfahren und namentlich der Nicht-Aufbruch aus Sachsen lasse keine andere Deutung zu, als daß Schlesien, und, weil es dabei nicht bleiben könne, auch die anderen Erblande zu Winterquartieren bestimmt seien [2]).

Aber auch auf die verschiedenen Anfragen vorher von Seiten Wratislaws über ein nachdrückliches Einschreiten gegen Carl XII. hatte Marlborough nicht eingehend geantwortet. Es durfte die Frage sein, ob es überhaupt oder noch rechtzeitig geschehen werde.

Von Wien aus erfolgte der Entwurf der kaiserlichen Declaration nicht durch einen eigenen Courier, sondern durch die gewöhnliche Post. Wratislaw, der daher eine Reihe von Tagen ohne Nachricht blieb, erging sich in den heftigsten Klagen über eine Sparsamkeit, die da,

[1]) Conferenz-Protokoll vom 14. August.

[2]) Kaiserliches Rescript vom 15. August.

wo das Schicksal der Monarchie auf dem Spiele stehe, die Ausgabe für einen Courier scheue [1]). Erst am 18. August gelangte das Schriftstück in seine Hände. Es befriedigte ihn nicht.

In die Einzelnheiten der zwei verschiedenen Entwürfe einzugehen, würde hier zu weit führen. Zur Charakteristik genügt es zu sagen, daß der schwedische Entwurf bestimmte Forderungen erhob, derjenige von kaiserlicher Seite sich in allgemeinen Ausdrücken hielt. Die Schwierigkeit der Aufgabe die Schweden zu bewegen, von ihren Forderungen zurückzuweichen auf die allgemeinen Zusicherungen von kaiserlicher Seite, stand dem Botschafter in ihrer vollen Größe vor Augen. Zugleich sah und hörte er, daß es mit dem Aufbruche nun wirklicher Ernst, daß die Regimenter sich in Marsch setzten, und zwar, wie es allgemein hieß, nach Schlesien hinein. Um so schwerer ward seine Aufgabe. Er begab sich zu dem Grafen Piper, am 19. August.

Die Antwort desselben lautete, wie Wratislaw erwartet hatte: dem Könige werde der Entwurf nicht genügen. „Der König hat sich in den Kopf gesetzt, fuhr Piper fort, daß der Kaiser nichts Anderes sucht, als die Sache in die Länge zu ziehen, um ihn unterdessen von hier weg zu bringen, in der Voraussicht, daß, wenn der König einmal anderswo beschäftigt ist, man dann auf seine Verwendungen nicht viel mehr geben wird." Da indessen Wratislaw nichts weiter bewilligen durfte, übernahm Piper es dem Könige zu überbringen, schloß jedoch mit den Worten: „Die kaiserlichen Erblande werden es zu erfahren haben."

Die Gesandten von Hannover, England, Holland bestätigten die Besorgnisse. Carl XII., sagten sie, wolle am 24. August mit der gesammten Macht aufbrechen und in raschen Märschen die Erblande überziehen. Wratislaw entschloß sich daher, seinen Courier noch in der Nacht nach Wien zu entsenden, und zugleich zu bitten, daß er dort nicht über vierundzwanzig Stunden behalten würde.

In seinem Berichte verhehlte er nicht seinen Unmuth, daß es dahin gekommen. „Hätte man mir geglaubt, sagt er, und mir die Hände freier gelassen, so wäre ich im Stande gewesen, das Uebel noch zu verhüten."

---

[1]) Bericht vom 18. August.

Er schildert dann noch einmal die Gefahr. „Zwei Puncte bitte ich vor allen Dingen als unfehlbar anzusehen. Der Schwedenkönig hat zur Zeit die Absicht in die Erblande einzurücken. Ist aber das einmal geschehen, so wird es sehr schwer, ja unmöglich fallen, ihn wieder hinauszubringen. Denn er wird dann sich der Ueberzeugung hingeben müssen, Ew. kaiserliche Majestät und die verbündeten Mächte derartig gekränkt zu haben, daß für ihn kein Mittel mehr übrig, als völlig mit Frankreich zu gehen. Die Folge könnte sein nicht bloß der völlige Ruin des Erzhauses, sondern auch, bei der jetzigen starken Waffenmacht der nicht-katholischen Mächte, der Umsturz der katholischen Kirche. — Der andere Punct ist, daß bei dem Charakter dieses Königs, bei seiner Impression, daß er auf Grund des westfälischen Friedens Recht habe, keine erdenkliche Vorstellung etwas bei ihm ausrichten wird, zumal da er von lauter französisch Gesinnten umgeben ist, und sowohl die Minister, als die Generale jeden anderen Krieg demjenigen gegen Moskovien vorziehen."

„Die Sache kommt also darauf hinaus: ob man die seit dem westfälischen Friedensschlusse den Lutheranern weggenommenen Kirchen mit den Einkünften zurückgeben will, oder nicht. In dem letzteren Falle ist nichts Anderes zu thun, als sofort in der schleunigsten Weise sich in Vertheidigungsstand zu setzen."

Zugleich jedoch, um sicher zu gehen, gab Wratislaw dem Courier noch ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser persönlich mit. „Die mir von Wien aus zugekommene Declaration mit ihren allgemeinen Ausdrücken, sagt er darin, hat nur den Erfolg gehabt, den König zu erbittern. Ew. kaiserliche Majestät erinnern sich, wie indifferent mehrere der Minister zu Anfang die schwedische Angelegenheit nahmen. Carl XII., meinten sie, werde sich bedenken, in die kaiserlichen Erblande einzubrechen. Der Effect ist aber da. Und wenn man nun noch meint, daß dieser König und seine Minister zu behandeln seien wie Andere, denen man Gründe entgegen hält, so wird man sich betrogen finden."

„Ich bitte, Ew. kaiserliche Majestät wollen sogleich die Minister zu sich berufen, sie berathen lassen und mir dann sofort die Antwort schicken. Denn so schnell auch immer ich die Resolution erhalte, so besorge ich doch, daß es zu spät sein wird. Nichts desto weniger, wenn sie gleich beim ersten Einrücken der Schweden anlangt, ist sie

vielleicht doch noch ein Mittel aus der Sache zu kommen, indem es dem Könige eine bessere Meinung von der Aufrichtigkeit Ew. kaiserlichen Majestät beibringt. Die Augenblicke sind kostbar, der König eigensinnig, der französisch Gesinnten um ihn ist keine Zahl."

Am 24. August lag dieser Bericht in Wien zur Berathung vor.

Vom 21. August an befanden sich die schwedischen Truppen in Bewegung. Die schwedischen Minister kamen wiederholt zu Wratislaw, beklagten das bevorstehende Unglück und drangen in ihn abzuschließen. Eben so redeten die Gesandten der anderen Mächte, namentlich Robinson und Kranenborg. Sie gingen so weit, dem kaiserlichen Botschafter vorzustellen, daß die protestantischen Mächte keine Ursache haben würden, sich in diesen Handel mit Schweden weiter einzumischen, wenn der Kaiser sich in Betreff der Zurückstellung einiger Kirchen so hart erzeige. Wratislaw erwiederte: er könne nicht unterschreiben [1]).

Am 24. August ließ Carl XII. allen anderen Gesandten andeuten, daß sie sich zu entfernen hätten, nur nicht Wratislaw und Sinzendorf. Den Ersteren bat Piper nach Alt-Ranstadt hinaus und legte ihm einen Entwurf vor, den er als Ultimatum bezeichnete. Die Einwände Wratislaws ließ er nicht zu, erklärte dagegen, daß, wenn Wratislaw unterschriebe, der König bereit sei, auch seinerseits in der Fassung des Vertrages Concessionen zu machen. Wratislaw wagte es nicht.

Es vergingen abermals zwei Tage. Wratislaw erwog die Gründe für und wider. Unter den ersteren fielen namentlich vier für ihn schwer in die Wage. „Ich betrachtete, schreibt er, die jetzigen Weltverhältnisse, daß Ew. kaiserlichen Majestät mächtigste Verbündete alle nicht-katholisch, und daß daher von ihnen, zumal gemäß den Reden ihrer Gesandten, in dieser Sache geringe Hülfe zu erwarten, ja daß vielmehr, bei der starken Waffenmacht der nicht-katholischen Mächte, im Falle eines Bruches unter dem Vorwande der Religion, für die römisch-katholische Kirche ein größeres Unheil zu besorgen sei als der Verzicht auf etliche Kirchen."

„Ich erwog ferner, daß ich durch meine Unterschrift das Betreten Böhmens abwehren, für Schlesien bewirken könne, daß die Schweden sich so wenig wie möglich ausbreiteten."

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 25. August.

„Ich überlegte, wie ungewiß noch ein günstiger Ausgang des Unternehmens gegen Toulon sei. Wenn die kaiserliche Armee im zerrütteten Zustande von dort zurückkehrte, so würde sie nicht vermögend sein, die schwedische Kriegsmacht hinaus zu schlagen, zumal wenn sich dieselbe den Winter hindurch an Mannschaft und Geld aus den kaiserlichen Erblanden gestärkt."

„Ich sah ferner, daß der schwedische Vertrags-Entwurf nicht über den Stand des westfälischen Friedens hinausgeht, daß er in der Anerkennung des Rechtes der katholischen Kirche in Schlesien sogar günstiger lautet, als der Thatbestand vom Jahre 1648."

Auf Grund alles dessen sandte der Graf Wratislaw, als bis vier Uhr Nachmittags am 27. August der Courier von Wien noch nicht zurückgekehrt war, dem Grafen Piper die Erklärung ein, daß er — sub spe rati — unterzeichnen werde.

Erst dann, am 28. August, empfing der Graf Wratislaw ein kaiserliches Reskript als das Ergebnis der Conferenz in Wien vom 24. Das Reskript enthielt nicht die unbedingte Annahme des schwedischen ersten Entwurfes, erhob vielmehr sowohl in der schlesischen Religionssache, wie in Betreff der Lübecker Bischofswahl, und der Differenzen in Holstein eine Reihe von Rechtseinwänden. Es prägt sich daher auch in demselben nicht die Erwartung aus, daß damit der Friede sicher gestellt bleibe. Vielmehr ermächtigt es für den Fall, daß Carl XII. sich nicht begnüge, den Grafen Wratislaw zu der Erklärung an die Gesandten der verbündeten Mächte, daß der Kaiser von der Stunde an alle seine Truppen heim berufe zur Abwehr der Schweden [1]).

Wratislaw jedoch überzeugte sich bei dem Vergleiche des kaiserlichen Reskriptes mit dem schwedischen Ultimatum, daß sie vereinbar. „Deshalb, fügt er hinzu, ist mir nunmehr wohl bei dieser Sache" [2]).

Nach verschiedenen Unterredungen meldete Wratislaw dem Grafen Piper, am 31. August, daß er bereit sei zu unterzeichnen, jedoch wünsche, daß Carl XII. seine Declaration wegen des Durchmarsches durch Schlesien genauer bestimme. Piper eilte nach Leipzig zu ihm mit der Bitte, in keinerlei Sache eine Schwierigkeit zu machen, sondern alles

[1]) Kaiserliches Reskript vom 24. August.
[2]) Wratislaws Bericht vom 28. August.

anzunehmen wie es sei: im anderen Falle könne er für nichts einstehen. Der Entschluß Wratislaws komme noch eben zur rechten Zeit; denn der König werde, Allen unvermuthet, am nächsten Morgen, dem 1. September, von Alt-Ranstadt nach Liebertwolkwitz aufbrechen. Dort möge Wratislaw sich einstellen, erst zur Unterschrift, dann zur Audienz [1]).

In dieser Weise ward es ausgeführt. Wratislaw unterzeichnete am 1. September in Liebertwolkwitz den nach dem Orte der Abfassung benannten Vergleich von Alt-Ranstadt, und erhielt dafür sofort aus der Hand Carls XII. die Ratification mit der angehängten Erklärung, daß Carl XII., nach dem Eintreffen der kaiserlichen Ratification, seine Truppen aus Schlesien ziehen, im anderen Falle dort stehen bleiben werde [2]). Für seine Person erhielt der Graf Wratislaw ein Recreditiv an den Kaiser in den üblichen freundlichen Formen.

Nach Leipzig zurückgekehrt, meldete Wratislaw nach Wien: „Dieser Courier bringt den unterschriebenen Vertrag und die Declaration des Königs. Obgleich die letztere nicht in den Ausdrücken, wie ich gewünscht und wie es billig sein sollte: so ist doch Gott zu danken, daß man mit diesem Wilden so weit gekommen ist. Was ich jetzt zu bitten habe, ist die Ratification ohne Verzug. Der Marsch bis nach Schlesien wird zehn Tage in Anspruch nehmen, so daß die Ratification durch Courier noch vor dem Betreten Schlesiens eintreffen kann. Ich bitte also um Eile. Denn alle Augenzeugen hier werden bestätigen können, daß Niemand von ihnen geglaubt hat: es könne noch dahin gebracht werden. Wenn man dem Könige noch den geringsten Vorwand läßt sich aufzuhalten, so wird er es gewis nicht unterlassen. Wenn aber einmal seine Furie vorbei, wie es mir der Graf Piper mit weinenden Augen betheuert, so wird sich dann alles geben, und der König wird zeigen, daß er Ew. kaiserlichen Majestät Freund sein will. Einige Tage Verzögerung können viel kosten. Und auch so noch ist zu besorgen, daß die französisch gesinnten Officiere im Durchmarsche die Einwohner mishandeln werden."

Der Kaiser Joseph ratificirte am 6. September und sandte sofort den Courier zurück an Sinzendorf, welcher dem schwedischen Haupt-

[1]) Wratislaws Bericht vom 1. September.

[2]) Der Vertrag bei Nordberg Bd. III, S. 442 u. f.

quartiere folgte, um die Ratification nach dem Eintreffen sofort übergeben zu können.

Auf dem Marsche bog Carl XII. in der Begleitung von nur acht Mann nach Dresden ab, um der königlichen Familie einen Abschiedsbesuch zu machen. Er versuchte all' incognito zu bleiben, wurde aber beim Betreten der Stadt an der Hauptwache erkannt, und dann von dem überraschten Vetter August mit königlichen Ehren behandelt. Das Ereignis ist damals und später oft besprochen. Da eine Armee von 40,000 Mann in einem wehrlosen Lande eine genügende Bürgschaft der Sicherheit war: so dürfte das Ereignis weniger ein Vertrauen von der einen Seite oder eine Großmuth von der anderen beweisen, als eine Abenteuerlichkeit Carls XII.

Auf dem Marsche bot sich dem Grafen Sinzendorf mehr noch als früher die Gelegenheit, die Stimmung zu erfahren. „Es ist nicht zu glauben, meldet er am 10. September, mit welcher Unzufriedenheit die ganze Armee den mit Ew. kaiserlichen Majestät geschlossenen Vergleich ansieht, weil er ihnen die Aussicht auf den Aufenthalt in den Erblanden benimmt, und mit welchem heimlichen Unwillen sie den Marsch nach Polen und Moskau als in verödete Länder antreten" [1]). Wie so manchem der Officiere mochten aber auch bei diesem Marsche die Gedanken gegenwärtig sein, denen Marlborough, im April, nach kurzer Besichtigung der schwedischen Armee, Ausdruck gegeben hatte. (Vergl. S. 387.) Sinzendorf gibt die Zahl an auf 35,000 Mann, mit fast 100,000 Pferden, und einem unbeschreiblichen Trosse.

Die Eile des Zuges war auffallend. Der König ließ, bei großer Hitze, fünf Tage nach einander, ohne Rasttag, marschiren. Nicht wenige Pferde fielen um. Man vermuthete, es sei die Absicht des Königs, schnell nach Schlesien zu gelangen. Man kam der schlesischen Grenze näher und näher, und noch war die Ratification nicht da.

Erst am 11. September traf der Courier bei Sinzendorf ein. Sinzendorf eilte die Nacht hindurch nach Reichenbach, wo der König übernachtete, auf der schlesischen Grenze, zwei Stunden westwärts von Görlitz. Dort traf er ein um vier Uhr Morgens, als der König gerade aufbrechen wollte. Der Minister Piper legte große Freude an

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 10. September.

den Tag, daß er die Ratification unmittelbar vor dem Betreten von Schlesien überreichen konnte. Er versicherte, daß der König an Frieden und Freundschaft festhalten werde [1]).

Dann zog diese starke Armee ostwärts weiter, ihrem Geschicke entgegen, welches zwei Jahre später sie, bis auf Carl XII. selber und wenige Begleiter, wie spurlos von der Erde hinweg fegte.

Unter denen, die dem Vertrage von Alt-Ranstadt nicht zustimmten, stand oben an der Papst Clemens XI. Sein abmahnendes Breve, vom 10. September, scheint in der Hoffnung geschrieben zu sein, daß er wenigstens der Ratification noch zuvorkommen könne; aber die Thatsachen waren zuvor geeilt [2]). Wurde somit das Breve an sich selber bedeutungslos, so ist die Antwort, die es hervorrief, von hohem Interesse, weil sie die ganze Sache vom Standpuncte des Kaisers übersichtlich beleuchtet.

Der Kaiser Joseph I. antwortete wie folgt [3]). „Daß Ew. Heiligkeit frommes Gemüth das Gerücht oder die Nachricht der schwedischen Anforderungen, eine Reihe von Kirchen in Schlesien der lutherischen Secte zurückzustellen, mit tiefem Schmerze vernommen, habe ich nicht bloß aus dem väterlichen Schreiben an mich ersehen, sondern auch vorher schon schließen können aus dem eigenen Kummer, den mir die harte Nothwendigkeit solchen Forderungen nachzugeben, bereitet hat. Es kommen dabei freilich nicht überhaupt alle Kirchen in Betracht, welche jemals die Lutheraner in Schlesien besessen haben, sondern nur diejenigen, welche nach dem westfälischen Frieden von 1648 und wider den Wortlaut desselben und wider die darauf erfolgten Erklärungen meines Großvaters Ferdinand III. ihnen geschlossen oder genommen worden sind. Herber jedoch und mehr als ich aussprechen kann, war mir der Schmerz, den Religionsstand, wie ich ihn von meinem geliebten

---

[1]) Sinzendorfs Bericht vom 12. September.

[2]) Nordberg Bd. III, S. 450 hat eine deutsche Uebersetzung des Breve. Daß ein solches Breve überhaupt ergangen, ist aus der Antwort des Kaisers unzweifelhaft. Ob aber die Uebersetzung bei Nordberg richtig, ist schwer zu entscheiden. In die Sammlung Clementis XI. epistolae, wo das Breve in Bd. I, S. 398 seinen Ort haben müßte, ist es nicht aufgenommen, und bei jener Antwort des Kaisers im k. k. Archive habe ich das Original nicht gefunden.

[3]) Anlage V. Ich glaube dies Schreiben des Kaisers im Original beifügen zu müssen, weil sich über den Inhalt desselben eine Tradition gebildet hat, die dem Wortlaute nicht entspricht, vielmehr widerspricht.

frommen Vater überkommen hatte, nicht bewahren zu können. Das aber kann und muß ich Ew. Heiligkeit als gewis gesichern, daß ich nichts was in meiner Macht lag, nach Pflicht und Gewissen unversucht gelassen, auch bei den Freunden und Verbündeten, deren Interesse es verlangte, daß in Religionssachen keine Erregung noch Neuerung gemacht werde, allen Fleiß und alle Mühe sorgfältig aufgeboten habe, damit ich jener Nothwendigkeit entginge oder wenigstens mildere und minder gefährliche Bedingungen erlangte."

„Allein ich sah mir gegenüber den von Heftigkeit seines Charakters oder von Haß entbrannten König von Schweden. In dieses Feuer gossen Oel eben dieselben Feinde meines Hauses, mit deren Hülfe einst die Schweden und die mit ihnen verbündeten Protestanten der Kirche und der katholischen Sache zugleich mit jenem westfälischen Frieden so viele und reiche Bisthümer und Provinzen in Deutschland entrissen hatten. Es blieb mir daher nichts übrig als entweder ohne längeren Verzug mich in die mir gestellten Bedingungen fügen, oder zu erleiden — was mir als gewis und unzweifelhaft bevorstand — daß jener König mit einem Heere von 40.000 Bewaffneten meine völlig wehrlosen Länder überschwemmte, und nicht bloß in Schlesien, sondern auch in Böhmen und Oesterreich das Kirchenwesen nach seinem Belieben in den einstmaligen alten Stand umformte, ja endlich zum schweren Nachtheile der katholischen Sache alles seinem Willen unterwürfe."

„Bei der Erwägung dieser großen Gefahr riethen mir auch Theologen, die hervorragen durch Besonnenheit, Gelehrsamkeit und Frömmigkeit, dem Sturme zu weichen. Und somit ließ ich mich ein auf das geringere Uebel, um das größere abzuwenden, und um nicht wegen eines Theiles das Ganze auf das Spiel zu setzen. Da nun auch an jenen Orten den Katholiken noch ausreichende Kirchen übrig bleiben, und ferner das Recht besteht, im Falle der Vermehrung der Anzahl der Gläubigen, neue Kirchen zu bauen, so kann ich nicht zweifeln, daß, wenn ich vermocht hätte vorher den Rath Ew. Heiligkeit einzuholen, derselbe eben so ausgefallen wäre. Daher vertraue ich mit Recht, daß Ew. Heiligkeit selber mich eher der Entschuldigung und des Trostes als des Tadels für würdig halten werden. Inzwischen darf ich Ew. Heiligkeit fest versprechen, daß, je schmerzlicher es mir gefallen ist, in

dieſe ſchwere Zeitlage mich fügen zu müſſen, ich mit deſto größerer Sorgfalt und Fleiß dahin trachten werde, daß der Nachtheil, der aus dieſem erzwungenen Vertrage für die katholiſche Kirche erwächſt, möglichſt gering bleibe, oder daß, wenn derſelben zur Zeit ein Vortheil entgeht, dies durch andere Wege und Mittel allmählich wieder eingebracht werde. Denn es iſt mein unverletzlicher Grundſatz in dem Schutze und der Ausbreitung des wahren Cultus der katholiſchen Religion von dem frommen Gedächtniſſe meines Vaters und den ruhmreichen Vorbildern und Beſtrebungen meiner Vorfahren in keiner Weiſe abzuweichen. Indem ich zur Stärkung dieſes meines Vorſatzes den väterlichen Segen Ew. Heiligkeit ehrerbietig erbitte, wünſche ich derſelben zugleich eine glückliche und friedliche Regierung der Kirche."

Dieſer Ausgang des Aufenthaltes Carls XII. in Sachſen führt uns zu einem Rückblicke auf das ganze Verhältnis.

Rückblick auf den Aufenthalt Carls XII. in Sachſen.

Carl XII. war, im September 1706, nicht als Feind des Kaiſers und der verbündeten Mächte, noch als Freund Ludwigs XIV. in Sachſen eingezogen. Auch blieb ſeine Haltung dem Kaiſer freundlich noch faſt das ganze erſte Viertel des Jahres 1707 hindurch. Dann wandelte ſich die Stimmung, namentlich nach dem Eintreffen des franzöſiſchen Geſandten Bezenval mit goldgefüllten Händen. Die Umgebung Carls XII., auch ſo ſchon franzöſiſch geſinnt und einem Kriegeszuge gegen den Czaren abgeneigt, redete dem jungen Könige ein, daß er von dem Kaiſer beleidigt werde, namentlich durch die Nicht-Auslieferung der Ruſſen. Dieſes Vorurtheil wurde in Carl XII. unüberwindlich ſeit dem Beſuche Marlboroughs, weil dieſer, mündlich und ſchriftlich, ihm darin Recht gab, und zugleich die Königin von England bewog, dem Schwedenkönige darin beizuſtimmen, daß er ein Recht habe, von dem Kaiſer eine Genugthuung zu fordern.

Dazu trat dann, in der zweiten Hälfte des Monates Juni, die Kunde des Planes der Verbündeten gegen Toulon, deſſen Gelingen für England die völlige Herrſchaft zur See in Ausſicht ſtellte, zum Nachtheile nicht bloß Frankreichs, ſondern aller ſeefahrenden Mächte. Die Kunde bewirkte nicht eine directe Annäherung von Carl XII. an

Ludwig XIV.; denn es ist sehr bemerkenswerth, daß Ludwig XIV. vor seinem Hofe niemals mit Lob oder mit Hoffnung des jungen Schwedenkönigs gedenkt. Aber sie bewirkte den Entschluß Carls XII. auch nach der Erfüllung des Friedens-Vertrages von Alt-Ranstadt durch den König August in Sachsen zu bleiben, um je nach den Umständen, wenn Victor Amadeus seiner Drohung nicht Gehör gab, seine Entscheidung zu treffen, und sich die Vorwände sowohl für sein Verweilen, als für die etwaigen Feindseligkeiten wider den Kaiser, von diesem selber her zu suchen. Als der von den entwichenen Russen hergenommene Vorwand, bei der wiederholten bündigen Klarstellung des Verlaufes der Dinge von kaiserlicher Seite, doch endlich gar zu fadenscheinig und erbärmlich wurde, ersetzte Carl XII. ihn durch den ungleich mehr in die Augen glänzenden des Schutzes der Lutheraner in Schlesien.

Es ist sehr wohl möglich, daß dieser Vorwand, den er gegen seine frühere an Marlborough gegebene Versicherung erhob, ihm selber bald nicht mehr als ein Vorwand erschien, sondern als ein selbständiger Zweck, für den er sich berufen glaubte. Darauf dürfte sich die Charakteristik beziehen, die Wratislaw von ihm entwirft: „Seine Schwärmerei geht so weit, daß er mitunter göttliche Eingebungen zu haben meint, denen er dann blindlings folgt, so daß sein Eigensinn dann vollends unüberwindlich wird“[1]). Eben von diesem Puncte aus aber bedrohete Carl XII., im August 1707, das gesammte Europa. Es handelte sich nicht bloß mehr um die Rückgabe etlicher Kirchen an die Lutheraner in Schlesien. Es handelte sich auch nicht mehr, wenn diese versagt wurde, bloß um einen feindlichen Ueberzug der Länder des Kaisers. Es handelte sich vielmehr um das Zusammen-Schlagen der zwei großen Kriegesbrände von Osten und von Westen, mit der Consequenz eines unabsehbaren Wirrwarrs in dem gesammten Europa. Es war nicht richtig zu sagen, daß Carl XII. mit Willen dem Interesse Ludwigs XIV. diene, obwohl die Umstände so sehr dafür zu sprechen schienen, daß auch Wratislaw sich dieses immer wieder bei ihm aufsteigenden Verdachtes nicht erwehren konnte. Carl XII. war nicht

[1]) In einem Schreiben an Marlborough, vom 3. September, also nach abgemachter Sache.

französisch gesinnt und wurde es auch nicht. Eher durfte gesagt werden, daß in dieser Beziehung er allein und vielleicht der Graf Piper mit ihm der ganzen Umgebung Stand hielten. Er faßte die Gefahr für Toulon auf als eine Gefahr nicht bloß für Frankreich, sondern für alle seefahrenden Nationen. Als er diese Gefahr beseitigt wußte, war er bereit zum Abzuge gegen seinen eigentlichen Feind. Aber inzwischen war der Vorwand, dessen er sich zum Verweilen bedient hatte, in seiner Seele zu einem selbständigen Zwecke empor gewachsen, den er voll und ganz erreichen wollte, und für dessen Erreichung er bereit war, eine Bahn zu betreten, die ihn unvermeidlich zum Diener des französischen Interesses machen, das gesammte Europa in Verwirrung stürzen mußte. Die unbedingte Erfüllung seines Dictates von Seiten des Kaisers rettete Europa vor diesem Unheile. Sie gab den Schwedenkönig dem Berufe zurück, den er bis dahin zu eigenem Unheile vernachlässigt, sich selber, sein Land und das gesammte West-Europa zu schützen gegen die ansteigende moskovitische Fluth. Auf ihn kam es an diesen Beruf zu erfüllen.

Unterdessen aber lag die russische Macht über Polen ausgebreitet, wie in den Jahren zuvor die schwedische, nur noch härter und schwerer auf dem unglücklichen Lande lastend. In der ersten Zeit des Jahres 1707 war der Czar Peter noch günstig für August II. gesinnt, bis die Auslieferung des unglücklichen Liefländers Patkul an Carl XII. das Band der Freundschaft zwischen Peter und August zerriß. Polen hatte nunmehr zwei Namenkönige, und dennoch keinen König, sondern als wirklichen Herrscher den Czaren, der darauf ausging einen dritten König zu machen. Unter dem Drucke seiner Drohungen erklärte die Conföderation von Sendomir, im Reichstage zu Lublin versammelt, im Beginne des Monats Juli, den Thron für erledigt. Somit schien der Platz für einen Dritten frei, und als diesen Dritten ersah sich der Czar Peter I., um, wie er meinte, dem Könige Ludwig XIV. einen Gefallen zu erweisen, den Diener desselben, den Magyaren Franz Rakoczy. Die Nennung dieses Namens führt uns nach Ungarn.

Franz Rakoczy im Jahre 1707.

Stand der Dinge für Franz Rakoczy zu Ende 1706.

Die Berichte der seemächtlichen Vermittler über den Abbruch der Verhandlungen in Tyrnau haben uns gezeigt, daß sie auf den kaiserlichen Hof die Schuld dieses Abbruches warfen, während die Berichte von Franz Rakoczy an den französischen Gesandten in Constantinopel, den Marquis Ferriol, den Abbruch dieser Verhandlungen als sein Verdienst um Frankreich in Anspruch nahmen. (S. 181).

Aber auch sogar der Gesandte Stepney, dessen Unkenntnis und Vorurtheil zu Gunsten von Franz Rakoczy in nicht geringem Maße mitwirkten zu dieser — man darf sagen — nationalen Voreingenommenheit der Engländer, nahm doch aus seiner letzten Audienz in Wien, im August 1706, den Eindruck mit hinweg, daß der Kaiser Joseph I. den Frieden in Ungarn lebhaft wünsche, nur daß mit der Anknüpfung neuer Unterhandlungen gewartet werden müsse bis nach dem Ende des Feldzuges [1]).

Es kommt nicht so sehr darauf an, den einzelnen Schritten der Bethätigung dieses guten Willens zu folgen, als von Franz Rakoczy selber zu vernehmen, wie er sich über diese Schritte äußerte.

Auch dies Mal sprach er sich darüber aus zu dem französischen Gesandten Ferriol in Constantinopel, mit den Worten: „Der kaiserliche Hof möchte gern die Unterhandlung wieder anknüpfen; aber da ich dabei keine Solidität erblicke, habe ich seinen Emissären die Päße abgeschlagen" [2]).

Ausführlicher ergeht er sich über diesen Abschlag an den französischen Gesandten bei Carl XII., Bonac, der in Danzig weilte, und zwar indem er die Vorschläge vom Sommer 1706 für Carl XII. wieder aufnimmt.

Damals hatte er, wie wir gesehen, mit diesen Vorschlägen bei Carl XII. einen gewissen Groffey beauftragt. Der König würdigte ihn keiner Antwort.

---

[1]) Archivum Rakoczianum, osztály II, kötet III, p. 243. Vom 23. September.
[2]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 44.

Aber Franz Rakoczy konnte nicht lassen von der Hoffnung, daß Carl XII. ihm günstig sein werde. Unter dem Vorwande, daß sein Schreiben damals nicht an Groffey gelangt sein müsse, meldete er, im November, dieselben Vorschläge dem Bonac, und verstärkte sie durch die Andeutung, daß er, im Falle der Nicht-Hülfe von Seiten Carls XII., sie bei den Türken suchen müsse. Denn ohne fremden Beistand sich gegen die Macht des Kaisers das kommende Jahr zu halten, werde ihm schwer fallen. „Es ist freilich wahr, fährt dann Rakoczy fort, daß der Kaiser uns aufs neue den Frieden anbietet. Und wir könnten endlich dazu unsere Zuflucht nehmen, um den völligen, unsere Nation bedrohenden Untergang zu vermeiden. Allein da ich weiß, daß dieser Friede dem Könige von Schweden in einer Zeit, wo die auf seine Siege eifersüchtigen Verbündeten fast überall die Oberhand haben, sehr zum Nachtheile gereichen würde, so will ich mich nicht auf irgend eine Unterhandlung einlassen, bevor ich seine Intentionen kenne. Deshalb habe ich dem Erzbischofe von Kalocsa und dem Baron Szirmay, die mich um Pässe ersuchten, um eine Unterhandlung zu beginnen, sie abgeschlagen“ [1]).

Nach diesen Worten hätte also Franz Rakoczy die Aussicht auf einen Frieden den Interessen eines Königs zum Opfer gebracht, der bis dahin nichts von ihm hatte wissen wollen.

„Wenn die Türken, fährt er fort, zu denen wir, falls die Unterhandlung uns nicht zufrieden stellt, unsere Zuflucht nehmen müssen, zu unseren Gunsten den Krieg erneuern, so würde die Christenheit Nachtheil erleiden. Dieser Nachtheil kann vermieden werden durch eine Hülfe des Königs von Schweden. Er hat nur die Verträge seiner Vorfahren mit den meinigen auszuführen, und den Kaiser mit Nachdruck aufzufordern, daß er Siebenbürgen abtrete und einen Frieden schließe, wie wir ihn nach unseren Gesetzen zu fordern berechtigt sind. Der Besitz dieser Krone wird ihm keinen Nachtheil bringen, auch wenn er zur Zerstückelung des Hauses Oesterreich nicht beitragen wollte“ [2]).

---

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 37.

[2]) La possession de cette couronne ne luy pourra faire de préjudice, si mesme il ne voudroit pas contribuer à la démembration de la maison d'Autriche.

Diese letzten nicht ganz klaren Worte scheinen die ungarische Krone, die Franz Rakoczy einige Monate früher dem Könige August II. angeboten hatte, nun dem Schwedenkönige Carl XII. anzutragen.

An den neuen König Stanislaus wendet sich Franz Rakoczy direct mit wiederholten Glückwünschen[1]). In bombastischen Redensarten erbietet er sich, als ein Schutzwall für dessen Thron zu dienen gegen die Stürme von Osten u. s. w., also gegen den Czaren von Moskau.

Nachdem Franz Rakoczy so die Gemüther der zwei Könige vorbereitet zu haben meinte, schickte er ihnen einen Agenten zu, dessen Instruction mit einer unsäglichen Kette von Anklagen gegen das Haus Habsburg beginnt. Es würde zu weit führen darauf einzugehen, oder den Ungrund derselben darzuthun. Die Hauptsache ist, daß er ein Bündnis zwischen Schweden, Polen, Ungarn anstrebt, auf welches gestützt die Ungarn zu einer neuen Königswahl schreiten können. Dieses Bündnis würde nicht bloß den europäischen Frieden herstellen und verbürgen, sondern auch die moskovitische Macht zertrümmern. Rakoczy ist der Ansicht, daß eine Verstärkung von nur 6000 Mann Schweden die Armee dieses Königreiches, wie er sagt, also seine Armee der Freiheit, sehr stark machen und in den Stand setzen würde, vermittelst der Verwüstung der Erblande den Kaiser zum Verzichte auf seine Krone zu zwingen[2]).

Man fragt sich: wozu denn ein Verzicht auf die Kaiserkrone? Es scheint, als wenn Franz Rakoczy auch den Glanz der Kaiserkrone dem jungen Schwedenkönige in die Augen leuchten lassen wollte.

Es ist kaum anzunehmen, daß Carl XII., der damals, im Winter 1706/7, mit dem Kaiser Joseph friedlich und freundlich stand, den Rakoczy einer Antwort gewürdigt habe.

Andererseits konnte er die Türken, wie er in Aussicht stellte, nicht herbeiziehen; denn wir erinnern uns der Meldung des französischen Gesandten Ferriol aus Constantinopel, daß den türkischen Paschas an den Grenzen freilich verstattet war, dem Franz Rakoczy Vorschub zu

---

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 27, vom 17. September, und S. 41, vom 10. December 1706.

[2]) Desgleichen S. 48.

leisten, so jedoch daß der Friede von Carlowitz nicht verletzt würde. (S. 154).

Auch hatte eben damals der Großwesir den kaiserlichen Vertretern in Constantinopel, Guarient und Talmann, die Versicherung erneuert, daß die Pforte nicht daran denke, sich in die ungarischen Wirren zu mischen. Vom 22. September an hatte man in Wien von dieser erneuerten Versicherung Kenntnis [1]).

Einen reellen Verlaß hatte Franz Rakoczy nur auf Ludwig XIV. oder, genauer, auf das Geld desselben. Denn zwischen ihren Absichten und Wünschen bestand die große Differenz, daß Rakoczy ein eigentliches Bündnis anstrebte, kraft dessen Ludwig XIV. ihn bei den Verhandlungen eines allgemeinen Friedens zu vertreten haben würde, während Ludwig XIV. der Forderung eines solchen Bündnisses auswich, und den Brand in Ungarn nur um seiner eigenen Zwecke willen in der Lohe erhalten wollte. Der Gesandte Ferriol in Constantinopel kleidete dies Verhältnis damals in die Worte: „Man (d. h. der König) hat die Angelegenheit der Ungarn nur als eine Diversion betrachtet und ihnen Subsidien gegeben nur um den Krieg fortzuführen, nicht um sie in den Stand zu setzen sich von dem kaiserlichen Joche zu befreien" [2]). Die Einsicht dessen ging allerdings der Selbstüberschätzung des Franz Rakoczy nicht auf.

Zur selben Zeit, wo er sich um die Gunst der Könige Carl XII. und Stanislaus bewarb, zu Ende des Jahres 1706, erneuerte er jenes Ansuchen direct bei Ludwig XIV. Die Darlegung der beiderseitigen Schritte von da an erschließt uns erst zum vollen das wahre Verhältnis.

Am 8. November 1706 richtete Franz Rakoczy ein directes Schreiben an Ludwig XIV.[3]) Er schildert darin zunächst den Zustand von Ungarn. „Ungeachtet der Anstrengungen des Feindes hat Ungarn weder den Muth, noch den guten Willen verloren, das Werk seiner Befreiung mit demselben Eifer fortzusetzen, mit welchem es begonnen. Obwohl einer der besten Striche des Landes, theils vom Feinde verbrannt, theils von meinen eigenen Truppen, um jenem die Subsistenz-

---

[1]) Archivum Rakoczianum, osztály II, kötet III, p. 244.

[2]) Correspondance de Ferriol p. 179.

[3]) Fiedler Bd. II, S. 472.

Mittel zu entziehen, noch mit rauchender Asche bedeckt, uns einen traurigen Anblick darbietet: so sind doch Alle gutes Muthes in der Hoffnung auf das große Gut, für welches wir alles mit Freuden zum Opfer bringen. Die Einigkeit der Gemüther ist so fest, daß ein Jeder schon den Verlust seiner Habe vergessen zu haben scheint, und ungeachtet aller dieser Verwüstung hat sich Niemand gefunden, der nicht lieber sein Haus preisgegeben, als den Schutz der Feinde gewünscht hätte."

Zur selben Zeit aber wußte doch auch Stepney, daß sechszehn Comitate erklärt hatten, den Jammer des Krieges nicht länger ertragen zu können, und daß die Kupfermünze die Armee der Freiheit rebellisch machte[1]). Auch Rakoczy selber mag später die Stimmung etwas anders angesehen haben, als er sie hier für Ludwig XIV. darstellt. In seinen Denkwürdigkeiten geht er zwar über diese Zeit kurz hinweg; aber er sagt doch: „Meine Truppen machten mehrere Streifzüge nach Mähren und Oesterreich hinein; aber der Eifer der Soldaten hatte sehr nachgelassen, weil, bei der Flucht der Bauern in feste, für Streifparteien unangreifbare Plätze, keine Beute mehr zu machen war"[2]).

An einer anderen Stelle dieser Denkwürdigkeiten sagt er geradezu, daß der Krieg, der mit Eifer unternommen war, nach dem Abbruch der Verhandlungen von Tyrnau zu ermatten schien. Er erörtert verschiedene Ursachen. „Der Adel, sagt er, der täglich mehr Herr über seine Unterthanen wurde, entwöhnte sie vom Kriege, um sie für seine eigenen Arbeiten zu verwenden. Allmählich wurden die Regimenter schwächer." Am Schlusse der Abhandlung darüber zieht er den Vergleich: „Die alten Leute unter dem Adel, die Wohlhabenden, diejenigen, die sich für politisch klug hielten, räsonnirten günstig bis zur Unterhandlung von Tyrnau, weil sie sahen, daß, ungeachtet der verlorenen Treffen, die Vermittler wie die Gesandten des Kaisers kamen und gingen, und sie lebten in der Hoffnung auf wenigstens einige Erleichterung durch den Frieden. Aber nach dem Aufhören alles Verhandelns und Unterredens waren sie rathlos"[3]).

[1]) Stepneys Bericht p. 301. Vom 11. Januar 1707.
[2]) Mémoires du prince François Rakoczy p. 111.
[3]) A. a. O. p. 117 et suiv.

Diese spätere Schilderung Rakoczys, nach welcher die aufständischen Ungarn selber den Abbruch von Tyrnau beklagten, ist in sich glaubwürdiger, als jene seine Darstellung vor Ludwig XIV. Diese aber hatte einen bestimmten Zweck. Sie bahnte für Rakoczy den Weg an, zunächst eine nachdrückliche Hülfe zu verlangen, so wie dann zurückzukommen auf die Bitte um ein eigentliches Bündnis. Denn bei dem steigenden Gerüchte von der Nähe eines allgemeinen Friedens fürchte sich die ungarische Nation, dann verlassen zu sein. Er kleidet weiter diese Bitte in die Worte: „Es ist Zeit uns zu erfreuen mit der Erfüllung der großmüthigen Zusicherung, daß Ew. Majestät eine Nation nicht verlassen werden, welche in der Hoffnung auf einen besseren Frieden durch Ihren Schutz und Ihre Hülfe, denjenigen verworfen hat, den sie hätte erhalten können, um sich von dem sie bedrohenden Untergange zu retten. Der Eifer, den der Gesandte Ew. Majestät bei der Pforte auf Ihren Befehl in diesem Winter entfalten könnte, würde diese Truppen in den Stand setzen, frühzeitig in Thätigkeit zu treten, und die Eröffnung des Feldzuges mit einer namhaften Unternehmung würde diejenigen der Feinde zum guten Theile durchkreuzen. In dieser Hoffnung werde ich das Wieder-Anknüpfen der Unterhandlung, welches der Wiener Hof vorschlägt, hindern bis dahin daß ich von den Entschlüssen Ew. Majestät Kunde habe."

Diese letzte Zusage ist das allein Positive in dem Schreiben. Rakoczy erneuerte die Bitte um sechs Wochen später, am 18. December, mit ausdrücklicher Hervorhebung daß Ludwig XIV. ihm durch Desalleurs das Versprechen gegeben, bei einem allgemeinen Friedens-Congresse die Zulassung der Gesandten des Rakoczy als Fürsten von Siebenbürgen durchzusetzen, und zwar so, daß sie zugleich auch mit den ungarischen Angelegenheiten betraut sein würden [1]).

Vorbereitung des Landtages von Onod.

Unterdessen hatte Ludwig XIV. bereits seinen Gesandten Desalleurs beauftragt, in dieser Sache zu handeln. Desalleurs eröffnete dem Franz Rakoczy, daß er den Auftrag habe, ihn als Fürsten von Siebenbürgen

[1]) Fiedler Bd. II, S. 474.

anzuerkennen, und daß der König keine Schwierigkeit erhebe, mit ihm als in dieser Qualität einen Vertrag abzuschließen. Anders jedoch sei es mit den conföderirten Ständen von Ungarn. Da diese Conföderation nicht die Absage an das Haus Oesterreich in sich schließe, so sei es der Würde des Königs nicht angemessen, mit den Unterthanen eines anderen Fürsten zu tractiren.

Darauf hin berief Rakoczy seinen Senat nach Rosenau, und legte die Frage vor. Nach seinem Berichte in seinen Denkwürdigkeiten war unter ihnen auch nicht Einer nicht bereit zu dieser Absage, um dadurch den Vortheil zu erlangen, mit dem Könige von Frankreich einen Vertrag abzuschließen, kraft dessen er bei den Unterhandlungen eines allgemeinen Friedens sich ihrer als seiner Verbündeten anzunehmen hatte. Rakoczy selber meinte später den Einwurf entgegen gehalten zu haben, daß man dadurch, im Falle der völligen Niederlage, dem Kaiser das Recht der Eroberung in die Hände gäbe. „Dieser Einwurf, sagt er dann, den ich erhoben haben kann, um die Gesinnung eines Jeden besser kennen zu lernen, machte auf Niemanden einen Eindruck. Es war in der That leicht zu erkennen, daß, im Falle dies Unglück auf irgend eine Weise uns widerführe, wir von dieser Zurückhaltung gar keinen Nutzen ziehen würden, während wir dagegen viel verloren, wenn wir versäumten, mit dem Könige von Frankreich zu einem Vertrage zu kommen. Dieser Beschluß war die Ursache der Berufung der Stände im nächsten Frühlinge, zum Landtage von Onod; denn wir bedurften für diese wichtige Angelegenheit ihrer Zustimmung. Ich legte dem Senate für diese Sache die Verpflichtung des Schweigens auf, welche sehr wohl inne gehalten wurde“ [1]).

So stellt Franz Rakoczy die Sache dar; aber seine Darstellung enthält vor allen Dingen Eine sehr bedenkliche Lücke. Er sagt nicht, daß Desalleurs seine Eröffnung lediglich mündlich machte, daß ihm selber, Franz Rakoczy, nebst seinem Senate nicht eine bindende schriftliche Zusage des Königs von Frankreich dabei vor Augen lag. Es ist kaum denkbar, daß bei der ungeheueren, bei der entscheidenden Wichtigkeit des Schrittes, den dieser sogenannte Senat in Rosenau beschloß, unter fünfundzwanzig Männern nicht Einer den Gedanken ausgesprochen

[1]) Mémoires du prince François Rakoczy p. 109.

habe, daß man für die Erfüllung der französischen Zusage einer festeren Garantie bedürfe als des mündlichen Wortes eines Gesandten.

Wenn auch nicht aus diesem kleinen Kreise des Mitwissenden selbst, so kamen von außen her Warnungen ein, die von dem Betreten dieses Weges abmahnten. Die eine, indirecte, kam von der Königin von England, die andere, directe, kam von einem Landsmanne und Diener Franz Rakoczys, dem Magyaren Vetes.

Wir haben gesehen, daß Franz Rakoczy, der bei den Franzosen den Abbruch der Friedenshandlung von Tyrnau als ein Verdienst um Frankreich für sich in Anspruch nahm, in seinem Schreiben an die Königin von England und an die Generalstaaten alle Schuld dieses Abbruches auf den Kaiser warf, und daß ihm dies, mit dem Zuthun namentlich des selbstgefälligen, in dieser Sache vorurtheilsvollen Engländers Stepney, völlig gelang. Die Königin von England richtete, am 6. October 1706, an Franz Rakoczy ein Handschreiben, welches klar genug zu erkennen gab, daß sie nicht ihm die Schuld des Scheiterns der Verhandlungen von Tyrnau beimaß. Zugleich zeigte sie darin ihm an, daß sie einen neuen Gesandten mit der Friedensvermittelung beauftragen werde. Als dieser neue Gesandte, Meadows, in Wien eintraf, hatte schon Franz Rakoczy, durch die Verweigerung der Pässe für die kaiserlichen Bevollmächtigten, den Erzbischof von Kalocsa und den Baron Szirmay, die Wieder-Anknüpfung der Verhandlungen vereitelt. Aber er benutzte die durch das Handschreiben der Königin ihm gewordene Gelegenheit einer Antwort zu einer Hindeutung auf seinen Plan, zu den Verhandlungen eines General-Friedens zugelassen zu werden.

Von Rosenau aus, wo eben damals Rakoczy seinem Senate die Aeußerungen des Gesandten Desalleurs vorlegte, schrieb er, am 20. December 1706, an die Königin von England und, wesentlich gleichlautend, an die Generalstaaten [1]). Er begann mit dem Ausdrucke des Dankes und der Freude, daß Stepney so getreu über seine Friedenswilligkeit berichtet habe, so wie des Versprechens, auch ferner diese Willigkeit zu beweisen, weil er nichts so glühend wünsche als einen glücklichen Ausgang der lobwürdigen Absichten der Königin. „Aber, sagt er dann, da bisher der Kaiser fest dabei beharren zu wollen scheint,

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 45 und 47.

unter dem Scheine der Unterhandlung und Beilegung uns das harte Gesetz seines Willens aufzuzwingen: so sehe ich mit vielem Kummer, daß alle unsere Maßregeln mehr auf die Fortsetzung des Krieges als auf den Frieden abzielen müssen. Daher wage ich, mit einer zur Zeit vielleicht noch voreiligen Vorsicht, Ew. Majestät zu bitten, daß, wenn ungeachtet Ihrer gütigen Verwendungen, ungeachtet meiner Sorgen und Mühen um den Frieden dieses Königreiches, dennoch der Krieg sich hinziehen würde bis zum General-Frieden — dann Ew. Majestät unser gedenken und uns Ihren mächtigen königlichen Schutz angedeihen lassen wollen."

So klar, nach dem Abschlagen der Pässe für die kaiserlichen Bevollmächtigten, in diesem Schreiben die Andeutung gegeben war, daß gerade Franz Rakoczy nicht eine erneuerte Friedenshandlung wollte, sondern daß dasjenige, was er hier als eine Eventualität hinstellte, sein eigentliches Ziel war: so reichte doch, bei dem Nebel der englischen Vorurtheile, auch diese Andeutung nicht hin, der Königin und ihren Ministern die Augen völlig zu öffnen, sondern bewog sie nur zu einer Abmahnung. Diese erfolgte in der Form eines abermaligen Handschreibens der Königin, am 12./23. Januar 1707. „Obwohl wir niemals, sagte sie darin, an der Aufrichtigkeit der Versicherungen gezweifelt, die Sie uns früher von Ihrem guten Willen für den Frieden gegeben haben: so gereicht es uns dennoch zur wahrhaften Freude, aus Ihrem Schreiben vom 20. December abermals zu vernehmen, daß Sie bei diesen Gesinnungen beharren. Und dies erregt in uns die Hoffnung, daß Sie die Angelegenheit nicht bis zur Unterhandlung eines General-Friedens hinziehen werden. Sie sind zu klar blickend, als daß Sie nicht alle die Schwierigkeiten voraussähen, die in diesem Falle sich entgegen stellen und geradezu unüberwindlich sein würden, und Sie lieben Ihr Vaterland zu sehr, als daß Sie für dasselbe den Genuß des Friedens bis auf eine Zeit verzögern möchten, die noch sehr entfernt sein kann. Wir versprechen uns daher von Ihrer Einsicht, daß Sie die gegenwärtige Sachlage benutzen werden, wo der Kaiser willig scheint, Ihnen vortheilhafte Bedingungen zu gewähren. Von unserer Seite werden wir alles beitragen" u. s. w. [1])

[1]) Abgedruckt im Archivum Rakoczianum, osztály II, kötet III, p. 302.

Wie das Schreiben zu erkennen gibt, daß bei den Engländern jeder Hinweis von kaiserlicher Seite auf die Verbindung von Franz Rakoczy mit dem Gegner der Allianz, dem Könige von Frankreich, verloren war: so enthielt es doch für Rakoczy den Fingerzeig, daß auch selbst dann, wenn Ludwig XIV. sich herbei ließ, mit ihm das gewünschte Bündnis zu schließen, und demgemäß sich seiner bei einem General-Frieden anzunehmen, sogar die für Rakoczy sonst so sehr geneigten Seemächte Widerspruch dagegen einlegen würden.

Die Hauptfrage aber blieb: ob Ludwig XIV. sich dazu herbei lassen würde. Und in dieser Beziehung trat zu der indirecten Abmahnung, die in jenem Handschreiben der Königin von England lag, bald noch die directe des in erster Linie kundigen Mannes, des Magyaren Vetes, Agenten Rakoczys bei Ludwig XIV. und dem Kurfürsten Max Emanuel.

Im Beginne des Jahres 1707 überbrachte ein gewisser Coulon, der als Agent des Kurfürsten bei Franz Rakoczy gewesen war, nach Mons, wo der Kurfürst weilte, die Beschlüsse der Versammlung des ungarischen Senates zu Rosenau. Er legte sie auch Vetes vor, der sich in Mons bei Max Emanuel befand, und Vetes richtete darauf an Franz Rakoczy das folgende Schreiben, vom 19. März [1]).

„Ich erfahre, daß Ew. Durchlaucht den Abschluß einer Allianz mit Frankreich bis dahin verschoben, daß Sie in die Fürstenwürde von Siebenbürgen inaugurirt seien, und die Stände von Ungarn, gemäß dem Verlangen des Königs von Frankreich, der Regierung des Königs Joseph abgesagt haben. Ew. Durchlaucht wollen zu diesem Zwecke in Ungarn einen Landtag halten, in welchem man die Ansprüche des Hauses Oesterreich auf Ungarn für nichtig, das Königthum Josephs für erloschen und Ungarn als im Zustande des Interregnums erklären werde. Dadurch würden alle Schwierigkeiten gehoben, welche bisher den König Ludwig XIV. von der Allianz mit Ew. Durchlaucht und Ungarn abgehalten, so daß dem Abschlusse dieser großen und wichtigen Angelegenheit fortan nichts mehr im Wege stehe."

„Ich gestehe Ew. Durchlaucht, daß, wenn nicht die Actenstücke beigelegt wären, ich diesem Berichte keinen Glauben geschenkt hätte.

[1]) Fiedler Bd. I, S. 382.

Ich kann mir nicht denken, auf welche Weise Ew. Durchlaucht dahin gebracht werden konnten, in den Aufschub einer Angelegenheit zu willigen, von welcher alles Heil abhangt. Dieses lange Hinausschieben prophezeit nichts Gutes. Ich bitte Ew. Durchlaucht um Gottes willen, daß Sie Sich durch die französische Arglist nicht täuschen lassen. Denn, wenn Ew. Durchlaucht alles gethan haben werden, was der König von Frankreich unter dem Vorwande seines hohlen Ruhmes von Ihnen verlangt, wird er nachher den gerechten Forderungen Ew. Durchlaucht sich zu entziehen wissen. Sein Bedenken die projectirte Allianz einzugehen gründet sich darauf, daß er keine Mittel noch Wege sieht, wie er bei einer künftigen Friedenshandlung die ungarischen Wünsche erfüllen könne. Dafür wäre erforderlich, daß er die Friedensbedingungen vorschriebe; aber, offen gesprochen, liegen die Dinge so, daß sie ihm vorgeschrieben werden. Bereits betrachtet man Italien wie aufgegeben. Der König von Frankreich wird sich begnügen, wenn er Spanien für Philipp V. erhalten kann."

„Begäbe sich nun der König in eine Allianz mit Ew. Durchlaucht, so würde er sich neue Verbindlichkeiten aufladen. Nicht das ist sein Zweck, sondern er will sich seine Lasten erleichtern durch die Diversion, die Ew. Durchlaucht und Ungarn dem Hause Oesterreich machen. Wenn Ew. Durchlaucht und Ungarn eine Aussicht des Erfolges hätten, auch ohne einen glücklichen Fortgang der Waffen Frankreichs: so möchten Sie immerhin das Haus Oesterreich des ungarischen Thrones verlustig erklären. Aber da ganz sicher Ew. Durchlaucht und Ungarn mit eigener Kraft nicht vermögen, dem Hause Oesterreich das Land zu entwinden: so wäre es nicht rathsam jenen äußersten Schritt zu thun, auch wenn es klar vorläge, daß der König von Frankreich zu der Allianz geneigt und bereitwillig wäre. Um so weniger aber sollte man es thun, wo man klar sieht, daß der König diesen Willen gar nicht einmal hat."

„Auch wenn die Allianz schon zum Abschlusse stünde, so würde ich dennoch besorgen, daß, im Falle der Friedenshandlung, Frankreich die übernommene Verpflichtung ablehnen würde mit der Ausrede, daß Niemand verbunden sei Unmögliches zu leisten. Wenn die Franzosen in Wien stünden, oder wenn man wenigstens glauben könnte, daß sie es nehmen würden: so ließe ich mich überzeugen, daß man das Haus

Oesterreich zum Verzichte auf Ungarn zwingen könnte. Anders aber nicht. Dagegen lebe ich des festen Glaubens, daß der König von Frankreich für das Wohl Ew. Durchlaucht und Ungarns nicht Eine Stunde länger Krieg führen wird, als es seinem eigenen Interesse entspricht, und daß er, wenn es zu Friedensunterhandlungen kommt, Ungarn vergessen wird. Er gibt uns als Sicherheit für die Erfüllung seiner Versprechungen nichts als schöne Worte: von uns dagegen verlangt er reelle Leistungen. Ich fürchte daher, daß sein einziges Absehen dahin gerichtet ist, Ungarn unversöhnlich mit dem Kaiser zu verfeinden, damit das Land auch nachher, ob mit, ob wider Willen, ein kostbares Heer wider den Kaiser aufrecht halte, mittelbar zum Vortheile für Frankreich."

„Daher stimme ich für den Frieden mit dem Kaiser anstatt einer Allianz mit Frankreich. Da Ew. Durchlaucht nicht geruht haben mir von dem Geschehenen eine Nachricht zu geben: so habe ich es aus mir selber für meine Pflicht erachtet, meine Ansicht darzulegen, und der weisen Beschlußfassung Ew. Durchlaucht zu unterbreiten."

Inzwischen erfolgte der Abschluß des Vertrages von Mailand, nach welchem die französischen Truppen Italien völlig räumten. Betes benutzte den Vorgang zu einer neuen Mahnung an Franz Rakoczy, am 19. April, von Mons aus [1]).

„Die Verhandlung dieses Vertrages, sagt er, kann demjenigen zum Beispiele dienen, welcher auf Frankreich vertraut. Der König hat darin dem Kaiser das Herzogthum Mantua abgetreten, als wäre es sein eigenes Besitzthum, ohne den Willen, ohne die Zustimmung, ohne das Vorwissen des Herzogs. Wenn er so in seinem Interesse frei verfügt über das was einem Anderen gehört: wie wird er dann erst mit uns armen Ungarn umgehen, mit denen er keinen Vertrag gemacht hat! Mit dem Herzoge von Mantua dagegen hatte er einen Vertrag, den er gebrochen hat, um 10,000 oder 20,000 Mann sicher zurückziehen zu können. Ja man darf sagen: auf verrätherische Weise gab er dieses in seinen Schutz genommene Gebiet in die Hände des Feindes. Weil er sonst sich gezwungen gesehen hätte, wenigstens noch Einen Feldzug in Italien zu führen, aber seine Kraft dafür nicht

[1]) Fiedler Bd. I, S. 385.

reichte, war er lieber bereit seinen Freund und Bundesgenossen zu verrathen und zu verderben, als die eigenen Interessen in irgend einer Weise zu gefährden. Möge diese Angelegenheit dem Vaterlande und Ew. Durchlaucht zum Exempel dienen!"

Dann meldete Vetes, daß er zu jeder Stunde bereit sei heim zu eilen, um, vor dem Zusammentritte des ungarischen Landtages, Franz Rakoczy und die ungarischen Stände über die Ereignisse und den Stand der Angelegenheiten in Westeuropa in Kenntnis zu setzen. Er arbeitete zu diesem Zwecke eine Denkschrift aus, die nachdrücklicher und eindringlicher noch als die früheren Schreiben, darauf ausging zu zeigen, daß der König von Frankreich nur noch daran denke, Spanien für seinen Enkel zu halten, daß er, an allen Orten schwächer als die große Allianz, den Ungarn nicht helfen könne, auch wenn er wolle — daß er dagegen unter der Vorspiegelung ein Bündnis mit ihnen zu schließen, nur darauf ausgehe, sie unversöhnlich mit dem Kaiser zu entzweien, damit sie nachher, ob gern, ob ungern, genöthigt seien, den Krieg bis zur völligen Vernichtung des einen oder des anderen Theiles fortzusetzen, indem es dann nicht mehr um das öffentliche Wohl sich handele, sondern um das Leben eines jeden Einzelnen. Wenn aber Ungarn das Interregnum erkläre, so habe Frankreich sein Ziel erreicht, dasjenige der unversöhnlichen Feindschaft gegen einander, des Kaisers und der Ungarn[1]).

Diese Denkschrift wollte Vetes in Ungarn überreichen. Daß seine zwei früheren Schreiben derselben Richtung, vom 19. März und 19. April, vor dem Landtage von Onod, dem 16. Mai, an Franz Rakoczy gelangt, ist möglich oder, in Betreff des ersteren, sogar wahrscheinlich. Diese letzte Denkschrift kam jedenfalls nicht vorher zur Kunde von Rakoczy. Denn eben so wie Vetes die französische Politik durchschauete, so kannten auch Ludwig XIV., Torcy und Rouillé den Scharfblick und den offenen Freimuth dieses Mannes, und wünschten daher nicht, daß er vor dem nach Onod zu berufenden Landtage sich in Ungarn befinde. Im Anfang April ließ man ihn von Mons nach Paris kommen, unter dem Vorwande, daß er selber die betreffenden Depeschen an Desalleurs überbringen solle. In Paris ward mit ihm, wie er später berichtete und

[1]) Die Denkschrift bei Fiedler Bd. I, S. 388 u. f.

wie der Verlauf der Thatsachen bestätigt, ein häßliches Spiel getrieben. Der Staats-Secretär Torcy verlas ihm den bündigen Befehl des Königs für Desalleurs, sofort das Bündnis mit Rakoczy als Fürsten von Siebenbürgen und den conföderirten Ständen von Ungarn abzuschließen, unter der Voraussetzung, daß diese den Thron für erledigt erklärt hätten. Anstatt dieses dem Betes verlesenen Befehles aber enthielt die Depesche, die man ihm zu überbringen gab, einen anderen, welcher dem Gesandten Desalleurs gebot nichts abzuschließen, sondern bei dem etwaigen Andringen Rakoczys und der Ungarn, sie mit Vorwänden hinzuhalten, wie seine Geschicklichkeit sie erfinden könnte. Aehnlich war es mit dem Handschreiben des Königs für Rakoczy. Es war in freundlichen Ausdrücken abgefaßt, versicherte Rakoczy des königlichen Schutzes, und der Hoffnung in den allgemeinen Frieden eingeschlossen zu werden; aber es war ein anderes Schreiben als Betes gesehen und gelesen hatte [1]).

Ferner hatte Desalleurs den Auftrag, sobald die Ungarn den Thron für erledigt erklärt hätten, für die Neuwahl den Kurfürsten Max Emanuel vorzuschlagen. Dieser, der Bedenken trug, sich noch tiefer mit dem Hause Habsburg zu verfeinden, war nicht sehr willig und fügte sich nur dem Verlangen Ludwigs XIV., daß sein Name genannt werde. Deshalb ermäßigte der König seinen Befehl an Desalleurs dahin, daß er für den Kurfürsten nur gelinde reden, dagegen alle seine Geschicklichkeit für die Wahl von Franz Rakoczy aufwenden solle. Auch Betes erhielt besondere Aufträge sowohl von dem Könige, als dem Kurfürsten, für die Wahl des letzteren thätig zu sein. Mündlich jedoch eröffnete ihm der Kurfürst, wie er die Sache angesehen wissen wolle. Betes fügt seinem Berichte an Rakoczy die Kritik des französischen Verlangens hinzu, mit den Worten: „Wenn der König irgend einen Weg oder Mittel sähe, die Krone von Ungarn dem Hause Oesterreich entreißen zu können: so bin ich dessen gewis, daß er weder die Bewerbung Ew. Durchlaucht, noch des Kurfürsten unterstützen,

[1]) Ueber die folgenden Thatsachen die spätere Denkschrift von Betes für Carl VI. bei Fiedler Bd. I, S. 1 u. f. Ich vermuthe, daß auf S. 6 in der ersten Zeile statt de l'année es heißen muß d'avril; denn nach dem Berichte vom 19. März, S. 382, war erst damals Coulon mit den Beschlüssen von Rosenau eingetroffen. Man vergleiche den Bericht II von Betes, eben dort S. 25.

sondern dahin arbeiten würde, einen Prinzen aus seinem Geblüte auf den Thron zu bringen" [1]).

Vetes ward zuerst in Paris, nachher in Mons durch allerlei Mittel zurück gehalten bis zum 23. Mai, wo der Landtag von Onod bereits sein Werk gethan hatte.

Bevor wir indessen das weitere Thun von Rakoczy gemäß den Beschlüssen von Rosenau ins Auge fassen, haben wir unsere Blicke zu richten auf die beiderseitige Machtstellung in Ungarn, des Kaisers und des Franz Rakoczy.

Die beiderseitige Machtstellung in Ungarn.

Das Verweigern der Pässe für den Erzbischof von Kalocsa und den Baron Szirmay mußte in Wien die Erinnerung an die Ansicht wach rufen, welche der Prinz Eugen von Anfang an mit Nachdruck geltend gemacht, daß, bei der Herrschsucht und Habgier der Häupter des Aufstandes in Ungarn, man nicht mit gütlichen Mitteln zum Frieden gelangen werde, sondern nur durch die Macht der Waffen (Band XI, S. 69, 76). Aber die erforderliche Ueberlegenheit war zu Ende des Jahres 1706 auf kaiserlicher Seite nicht vorhanden. In Oberungarn waren nur die zwei festen Plätze, Trentschin und Leopoldstadt, in den Händen der Kaiserlichen, und der letztere war, wenn auch nicht belagert, doch umschlossen. Diejenige Macht, welche unter Graf Starhemberg an den Westgränzen von Ungarn stand, 13.000 Mann, reichte hin, Mähren, Nieder-Oesterreich, Steiermark gegen die Streifzüge zu decken, nicht jedoch eine nachdrückliche Offensive zu ergreifen. Das andere kaiserliche Corps, unter Rabutin, befand sich weit entfernt im Osten. Nach dem verunglückten Versuche auf Kaschau, im October 1706, trat Rabutin den Rückmarsch nach Siebenbürgen an. Sein Corps befand sich, bei dem Mangel an Mitteln, in trauriger Verfassung. In die Nähe von Groß-Wardein gekommen, erhielt er den Befehl zur Vereinigung mit Starhemberg westwärts zu marschiren [2]). Er entsandte einige Cavallerie unter Tige nach Siebenbürgen, und trat

[1]) Fiedler Bd. I, S. 392.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 289. — Theatrum Europaeum Theil XVII[a], S. 70.

mit den Uebrigen, im Januar 1707, den schweren Marsch an. Es gelang ihm, mit den noch Uebrigen am 18. März Oedenburg zu erreichen.

Die vorhandene kaiserliche Macht reichte nicht einmal hin, Leopoldstadt von dem Drucke der Umlagerung zu befreien. Aber für die Besatzung stand bereits der Mangel in Aussicht. Deshalb entschloß sich Starhemberg, mit einem Cavallerie-Corps von 2000 Mann, welches Lebensmittel trug, bei Nacht von Presburg auszureiten, und in dieser unerwartet raschen Weise die Stadt zu verproviantiren. Der Zug gelang, hin und zurück.

Aus dieser Lage der Dinge im Westen Ungarns ergibt sich, daß ostwärts und in Siebenbürgen, wo die Zahl der kaiserlichen Truppen kaum nennenswerth, Franz Rakoczy freie Hand hatte.

Die mündliche Erklärung des französischen Gesandten Desalleurs hatte an Franz Rakoczy zwei Vorbedingungen des Bündnisses mit Frankreich gestellt: die Inthronisation Rakoczys als Fürsten von Siebenbürgen und die Lossagung der ungarischen Stände von ihrem Könige Joseph.

Da die kaiserliche Macht in Siebenbürgen sich auf die Besatzungen von drei Städten beschränkte, so stand der Erfüllung der ersten Bedingung kaum ein Hindernis entgegen. Im März brach Franz Rakoczy im Geleite seiner Haus-Truppen, wie er, nach dem Vorgange Ludwigs XIV., die bessere Mannschaft benannte, von dem Schlosse Munkacz nach Siebenbürgen auf, wo als der Ort des Actes Vasarhely an der Maros ausersehen war. Nicht jedoch in der Stadt geschah die Huldigung, sondern vor derselben in offenem Felde, wo zu diesem Zwecke ein Gerüst aufgeschlagen war. Die Stände, wie Franz Rokoczy seine Anhänger benennt, errichteten eine Wahl-Capitulation, welche die Erblichkeit der Fürstenwürde ausschloß; aber sie gaben dem nunmehr anerkannten Fürsten Franz Rakoczy den Titel des Vaters des Vaterlandes [1]). Nach der Ceremonie erhielt der französische Gesandte Desalleurs öffentliche Audienz, um das Glückwunsch-Schreiben seines Königs zu überreichen.

---

[1]) Mémoires de François Rakoczy p. 113. Er beschreibt dort die Vorkommnisse ausführlich.

Franz Rakoczy suchte den siebenbürgischen Landtag, den er dann abhielt, baldmöglichst zu beenden, weil er auf den Monat Mai den ungarischen Landtag nach den Feldern von Onod einberufen hatte.

Der blutige Landtag von Onod, im Mai.

Das Ausschreiben zum Landtage, vom 3. Februar, droht, daß diejenigen Stände, die sich nicht einstellen, als aus der Art geschlagene Söhne des Vaterlandes mit Feuer und Schwert verfolgt werden sollen[1]). Dagegen erließ der Kaiser, am 12. April, ein dringendes Abmahnungs-Patent. Man hatte in Wien unter der Hand von verschiedenen Comitaten her die Zusicherung erhalten, daß sie, des innerlichen Jammers von Herzen müde, bereit seien sich für den Kaiser zu erklären, wenn nur eine Armee da sei, die mit Nachdruck sie schützen könne[2]). Eine soche Armee war freilich nicht vorhanden.

Aus dem Berichte des Franz Rakoczy über die Versammlung seines Senates in Rosenau haben wir vernommen, daß sie dort sich geeinigt hatten, die Frage der Absage an Joseph I. vor den Landtag zu bringen, zugleich aber auch, daß er seinen Senatoren das Geheimnis auferlegt hatte, welches dann, wie er sagt, sehr wohl beobachtet wurde. Nach diesem Berichte Rakoczys hatte also unter den eigentlichen ungarischen Ständen Niemand vorher eine sichere Kunde dessen, was in Onod geschehen sollte. Mitwisser waren nur die fünfundzwanzig Personen des sogenannten Senates, die in den Händen Rakoczys und Bercsenys sich gefügig bewiesen wie weiches Wachs.

Diesen zwei leitenden Persönlichkeiten hatte Ludwig XIV. durch Desalleurs die Forderung gestellt dem Kaiser Joseph abzusagen, damit sie für ihn bündnisfähig würden. Indem sie seine Forderung erfüllen wollten, handelten sie also wie in seinem Auftrage. Er behielt zugleich den Vetes in Paris zurück, der als ein Hindernis gegen die Ausführung seines Willens hätte dazwischen treten können. Mithin war der letzte Urheber der Dinge, die da in Onod geschehen sollten, weder Bercseny, noch Rakoczy, sondern Ludwig XIV. in Versailles, und jene zwei waren die ausführenden Organe seines Willens.

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVII[a], S. 71.

[2]) A. a. O. S. 73.

Ludwig XIV. wirkte auf sie durch die Vorspiegelung eines Bündnisses nach vollbrachter That. Aber zugleich wendete er, um sie seinem Willen desto besser dienstbar zu machen, andere reelle Mittel an.

Den Franz Rakoczy hatten Ludwig XIV. und sein Diener Desalleurs in der Hand dadurch, daß ihm bis dahin die durch Bonac von der Witwe Sobieska angekauften Jaroslaw'schen Güter in Polen nur erst versprochen, noch nicht überwiesen waren. Aber Ludwig XIV. meinte, dieser Aussicht noch vorher einige Realitäten beifügen zu müssen. Er schenkte dem Franz Rakoczy zur Bezahlung einer Garnitur von Diamant-Knöpfen, welche dieser sich in Berlin anfertigen ließ, 100.000 Thaler. Er versprach ihm, bei Philipp V. den Orden des goldenen Vließes zu erwirken, welchen Franz Rakoczy dem französischen des heiligen Geistes vorzog. Er ließ ihm die Rückstände der Subsidien auszahlen, und zwar so, daß der betreffende Wechsel auf den Ueberbringer lautete. In Folge dessen konnte Rakoczy, ohne die Eifersucht Bercsenys zu erregen, unbemerkt darüber verfügen[1]). — Aber auch der Letztere schien nicht leer ausgehen zu dürfen. Er erhielt ein schönes Silbergeschirr und 100.000 Livres baaren Geldes[2]).

So berichtet der Magyar Vetes.

Wenn aber, wie Rakoczy erzählt, der Beschluß des Senates von Rosenau über die Absage an Joseph I. bis dahin als Geheimnis bewahrt war: so trat nun die Frage heran, in welcher Form er an den Landtag gebracht werden sollte. Bevor dies geschah, ging eine blutige That im Landtag vorher.

Ueber den unmittelbaren Anlaß der Blutthat von Onod sind die Berichte von Rakoczy und von Vetes unabhängig von einander, aber so wenig vereinbar, daß sie beide für sich berücksichtigt werden müssen.

In seinen später im Exile zu Rodosto niedergeschriebenen Denkwürdigkeiten erzählt Rakoczy, daß der Adel des Comitates Turocz, voran darunter die sehr verbreitete Familie Okolicsany, den Plan entworfen habe, Circulare an mehrere andere Comitate zu erlassen, in denen, wie in Turocz, die Lutheraner die Oberhand hatten. „Diese

---

[1]) Die Berichte von Vetes bei Fiedler Bd. I, S. 6, 26.

[2]) A. a. O. S. 5.

Circulare, sagt Rakoczy, malten die Leiden des Krieges aus, übertrieben die Excesse der Generale und der Truppen, und mahnten dann einmüthig mit einander zu arbeiten, um ein Heilmittel gegen die Leiden zu finden, die der Mehrzahl nach der Selbstsucht einiger Personen ihren Ursprung verdankten. Alle Comitate, an welche diese Circulare gelangten, schickten sie mir ein, theils offen, theils gesiegelt, mit der Versicherung, daß sie unfähig seien, an andere Heilmittel zu gedenken als gemeinsam mit den Conföderirten. Diese Briefe hatte ich einige Zeit vor der Versammlung in Onod empfangen. Es war meine Absicht, dort das Comitat Turocz darüber zur Rede zu stellen, weil der gesammte conföderirte Adel sich unter seinen Standarten dahin begeben sollte. Aber ich kann vor der ewigen Wahrheit, der ich mein Werk gewidmet habe, betheuern, daß weder ich, noch Jemand sonst vorher an das gedacht was da geschah, und was veranlaßt wurde durch die Wärme und die Heftigkeit meiner Rede" [1]).

Darauf berichtet Rakoczy den Hergang der Dinge. Die Verschiedenheiten der einzelnen Umstände darin von der Erzählung des Vetes ist weniger wichtig, als jene Betheuerung Rakoczys, daß er nicht mit vorbedachter Absicht gehandelt habe.

Anders erzählt Vetes, dessen Bericht hier folgt [2]). „Der Fürst Rakoczy, meldet Vetes, hat mir eingestanden [3]), daß, nachdem er und der Graf Bercseny Frankreich gegenüber für die Erklärung des Interregnums leichthin ihr Wort verpfändet hatten, und doch nicht sicher waren ihr Versprechen ausführen zu können, weil von ihren Anhängern Niemand seine Zustimmung dazu geben wollte — sie den Entschluß faßten, entweder Jene dahin zu zwingen, oder in diesem Bestreben unterzugehen. Zu diesem Zwecke erschien als geeignetes Mittel, ein Truppencorps mit Artillerie nach Onod zu bringen, bestehend aus

[1]) Mémoires de François Rakoczy p. 119.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 292 u. f. Es geht aus dem Berichte nicht mit Sicherheit hervor, wann derselbe niedergeschrieben ist, ob gleich damals im Sommer 1707, wo Vetes einige Monate in Munkacs verweilte, oder erst später, vielleicht gar nach seiner Begnadigung durch Carl VI., im Jahre 1715. Jedenfalls ist der Bericht damals nicht gedruckt. Da Rakoczy den seinigen in Rodosto schrieb, kann Keinem der Beiden der Bericht des Anderen vorgelegen haben.

[3]) A. a. O.: Le Prince Rakoczy m'a avoué que Luy et le C. Bercseny etc.

Ausländern oder aus ihren Getreuen, unter dem Vorwande einer Expedition, die dem Grafen Rabutin den Rückmarsch nach Siebenbürgen abschneiden sollte, in Wirklichkeit jedoch, um durch die einzuflößende Furcht oder durch offene Gewalt sich der Versammlung zu bemeistern. Um vorher Niemanden scheu zu machen, verhehlten sie mit Sorgfalt, selbst vor den geheimsten Vertrauten, ihre Absicht in Betreff der Erklärung des Interregnums."

„Allein es traf sich günstig für ihre Absicht, daß gerade damals Paul Okolicsany und Rakoffzy, zwei Lutheraner, im Namen ihres Comitates, die benachbarten Comitate durch Circulare aufforderten, sich mit ihnen für das Gemeinwohl zusammen zu thun, und die gemeinsamen Beschwerden gegen das Regiment der Häupter in der Versammlung vorzubringen. Auf die Kunde dieser Circulare faßten Rakoczy und Bercseny den Entschluß, die Gelegenheit zu benutzen, und die Verfasser derselben zu verderben, in einer solchen Weise, daß dadurch die Versammlung eingeschüchtert werde. Anfangs war Rakoczy, um der That einen rechtlichen Anstrich zu geben, Willens eine Art Proceß nach den Landesgesetzen anzustellen; aber Bercseny brachte ihn davon ab, durch den Hinweis, daß eine richterliche Verurtheilung zu erlangen nicht möglich sei, und überzeugte ihn, daß man in der Sache geradezu handeln müsse. Und wie von Beginn an der genannte Graf alle unangenehmen Aufgaben auf sich genommen hatte, und demnach zu sagen pflegte: der Fürst bringe seinen Anhängern nur Erfreuliches, alles Uebele komme von ihm — so belud er sich auch mit dieser Execution."

„Unmittelbar nach der Eröffnung des Landtages, bevor die Berathungen begannen, gewannen Rakoczy und Bercseny noch den Grafen Karoly für die Meinung, daß die Unverschämtheit, wie sie es nannten, jener beiden ungarischen Edelleute eine Züchtigung verdiene. Jedoch eröffneten sie sich ihm nicht weiter über ihre Absicht, das Interregnum zu verkünden. Die Officiere, deren sie sich bedienen wollten, waren Franzosen. Sie stellten denselben vor, daß alles was sie zu thun hätten, im Interesse des Königs von Frankreich geschähe, der es ihnen Dank wissen würde. Dann verlangten und erhielten Rakoczy und Bercseny von den Officieren einen Eid in ihre Hände."

„Nachdem diese Maßregeln getroffen waren, ersahen sich die beiden Häupter die drei Illosvay, Onkel und zwei Neffen, als die

Werkzeuge zur Ausführung des geplanten Mordes. Die drei Männer leisteten dem Fürsten Rakoczy den Eid, mit ihren Armen ihm zu Diensten zu sein, und er unterwies sie dann, was sie zu thun hätten. Rakoczy würde das Loos seiner Conföderirten beklagen, den Verrath hervorheben, den man gegen sie beabsichtige, dann auf die Vollmacht verzichten, die man ihm in der Versammlung zu Szecsin übertragen, und sich anschicken den Raum zu verlassen. Dann würde Bercseny um Rache rufen und die Hand an den Säbel legen. Das Signal für die Truppen sollte bestehen in einem Pistolenschusse, den Johann Illosvay am Eingange des Zeltes abzufeuern hatte, sobald der Fürst Rakoczy hinausschritte; aber dies Signal sollte nur in dem Falle gegeben werden, wenn von der Versammlung aus sich ein Widerstand erhöbe gegen die Blut-Execution, die mitten unter ihnen und vor ihren Augen geschehen sollte."

„Das Trauerspiel wurde eben so schnell ausgeführt wie beschlossen. Indem nämlich Rakoczy seinem Hausverwalter Befehle gab, sein Gepäck zum Aufbruche fertig machen zu lassen, entfielen ihm die Worte: in der Versammlung würden zum Beginne so schreckliche Dinge vorgehen, daß Jedermann darüber sich verwundern müsse. Diese Worte erregten den Hausverwalter, und riefen bei allen denen, welchen er sie weiter erzählte, dieselbe Wirkung hervor, so sehr, daß der Fürst Rakoczy im Anblicke dessen sich genöthigt sah, sein Trauerspiel eher in Scene zu setzen, als beschlossen war."

„In der Nacht vor dem unglücklichen Tage wurden die Kanonen mit Kartätschen geladen und auf das Zelt gerichtet, in welchem die Versammlung statt haben sollte. Am Morgen wurden die Truppen unter die Waffen gerufen. Nachdem die Landtags-Mitglieder sich in dem Zelte gesammelt und die Sitzung begonnen hatte, erhob der Graf Bercseny Klage über die Briefe der beiden Edelleute Okolicsany und Rakoffzy. Er verlangte, daß man sie befrage, und berathe, was gegen diese Verräther des Vaterlandes zu thun sei. Dann redete Franz Rakoczy, hinter welchem die drei Illosvay wohlbewaffnet sich aufrecht hielten, erhob seine Klagen gegen jene zwei Edelleute, und that als lege er die Führerschaft der Aufständischen nieder. Bercseny nahm wieder das Wort und schrie Rache über die angeblichen Verräther. Dennoch nahm die Sache den Verlauf, wie er vorhergesehen: aus der

Versammlung wurden Stimmen laut für und wider: man müsse die Sache reiflich untersuchen und nach Billigkeit entscheiden. Um die Sache zum Durchbruche zu bringen, erhob sich dann Franz Rakoczy wie um fortzugehen, in der Wirklichkeit, um seinen Trabanten das Signal zu geben. Wie gesagt, so geschehen. Der Graf Bercseny und die Anderen warfen sich auf die beiden Opfer[1]). Der Eine blieb auf der Stelle todt, der Andere ward schwer verwundet. Man bedurfte der Truppen nicht; denn Niemand wagte es zu Gunsten der Unglücklichen einzuschreiten. Im Gegentheile war die ganze Versammlung durch die Gewaltthat wie betäubt, und ein Jeder fürchtete für sich. Man rief den Opfern zu, daß sie um Verzeihung bitten, um Gnade flehen sollten."

Nach dem Berichte des Vetes fand noch am selben Tage unmittelbar nachher die Berathung und Beschlußfassung statt, nach derjenigen Rakoczys erst am folgenden Tage. Für den ersteren spricht, daß der Abdruck[2]) des Beschlusses das Datum des 16. Mai trägt; für den letzteren, daß er persönlich dabei war. Er erzählt, daß der Antrag Bercsenys, den nur verwundeten Notar Okolicsany für die juridische Befragung in Haft zu nehmen, mit allgemeiner Acclamation angenommen worden sei. Vetes fügt hinzu: „Es ist zu bemerken, daß einer der Illosvay die Leiche des Rakoffzy beraubte, ihr die Schärpe abnahm, am selben Tage sich damit schmückte und diesen Act verübte in Gegenwart des Landtages und der Häupter."

Der Mord geschah am 16. Mai. Nehmen wir an, daß der Bericht des Franz Rakoczy, der die weitere Verhandlung des Landtages auf den 17. Mai legt, darin zuverlässiger ist als derjenige des Vetes, so war, nach seinen Worten, der Verlauf wie folgt.

„Dieser Zwischenfall, den das regellose Auftreten der Generale veranlaßt, ging mir sehr zu Herzen, in Betracht der Absicht, in welcher

[1]) Nach dem Berichte Rakoczys sind Bercseny und Karoly die Mörder. Rakoczy hatte, wie er sagt, Rakoffsky und Okolicsany vor sich berufen, um ihre Einwände besser zu verstehen. Dies erklärt, daß die That so rasch geschehen konnte; denn die Opfer waren innerhalb des Bereiches der Mörder. Die Worte Rakoczys lauten: Sur quoi — nämlich nach einigen heftigen Worten Bercsenys — il tira son sabre, et de son revers il donna sur l'épaule du vicomte Radkoffsky. Karoly, qui était assis proche de Berczeny, lui donna un coup sur la tête, qui le fit tomber roide mort. — Mémoires de François Rakoczi p. 121.

[2]) Bei Lamberty t. IV, p. 493.

ich die Stände berufen. Ich befragte sogar nachher den Senat, ob wir nun bei dem Plane der Absage beharren sollten oder nicht, damit man nicht sagen könnte: dieses Massacre sei nur darum vorangeschickt worden, um die Stände einzuschüchtern und desto leichter ihnen diese Absage zu entreißen. Aber man berieth, daß, anstatt dieselbe zu verschieben, das Ränkespiel und der Verraths-Versuch des Comitates Turocz uns zur Motivirung dienen müsse. Am nächsten Tage begann die Sitzung damit, daß dem Notare Okolicsany der Prozeß gemacht wurde. Er wurde verhört und dann zur Enthauptung verurtheilt. Die zwei Leichen wurden auf eine Hürde geworfen und nach dem Schindanger geschleppt. Da das Circular in der Versammlung des Comitates Turocz geschrieben war, so wurde weiter beschlossen, die Standarte desselben zu zerreißen und das Siegel zu zerbrechen." Es ist hier noch hinzuzufügen, daß zwanzig Edelleute des Comitates Turocz in Ketten gelegt wurden, unter ihnen der Vater des erschlagenen Okolicsany, welcher zusammen mit dem Bischof Visa früher für die Versuche der Friedensvermittelung gedient hatte[1]). Aber Rakoczy fährt fort: „Dies alles geschah mit großem Unwillen gegen das Comitat, und ich hatte Grund zu der Ueberzeugung, daß es wahr sei, was man insgemein behauptete, daß das Schweigen des Adels auf meine Rede vom Tage zuvor daher rührte, daß der Adel das erste Wort vom Senate erwartete. Nun wußte ich aber, daß in dieser allgemeinen Versammlung es sich nicht gehöre, daß der Senat zuerst das Wort nahm. Daher habe ich gesehen, daß ich mich im Unrechte befand, mit solcher Hitze zu reden, wie ich gethan."

„Ich erinnere mich dann nicht mehr genau, ob ich es war oder Bercseny, der den Antrag stellte, dem Hause Oesterreich abzusagen. Er wurde mit Beifall aufgenommen, unterzeichnet und hernach gedruckt."

Der Beschluß der Absage ward sogar in die Form einer Urkunde gefaßt, gerichtet an alle Fürsten und Könige u. s. w. der Christenheit, zum ewigen Gedächtnisse[2]). Nach der hergebrachten Anklage gegen das unerträgliche Joch des Hauses Oesterreich, der Betheuerung des

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 74.

[2]) Bei Lamberty t. IV, p. 490.

eigenen Strebens nach Freiheit und der Aufrichtigkeit in diesem Streben, erzählen Rakoczy und die Stände, daß sie, in diesem Sinne zum Landtage bei Onod versammelt, dort wahrgenommen hätten, mit welchem für alle kommenden Zeiten fluchwürdigen Beispiele das Haus Oesterreich das Comitat Turocz dahin für sich gewonnen, daß es zum Zwecke der Auflösung der Conföderation, durch Schriften Mistrauen und Spaltung hervorzurufen gesucht habe. „Und obwohl wir, heißt es dann weiter, im gerechten Eifer für das Vaterland und kraft unserer eidlichen Pflicht, den anwesenden Mitgliedern jenes Comitates, welche diese unbillige Sache betrieben, die verdiente Strafe haben ertheilen lassen, und die übrigen mitschuldigen Mitglieder der gerechtesten Strenge nach Gebühr überweisen wollen; obwohl wir ferner das Band der Conföderation zur Wiedererlangung der Freiheit unseres süßen Vaterlandes erneuert haben —: so haben wir doch auch mit Vorsicht erwogen, daß dies betrügerische Verfahren des Hauses Oesterreich auch ferner uns bedrohe, und daß dasselbe kein anderes Ziel erstrebe als tyrannische und despotische Gewalt. Und darum haben wir, nach dem löblichen Beispiele unserer Vorfahren, so wie anderer berühmten Königreiche und Provinzen, und auf Grund unserer vor der ganzen Christenheit gegen die Regierung des Hauses Oesterreich jederzeit erhobenen Beschwerden, einmüthigen Herzen und Sinnes, uns vereinigt zu dem Beschlusse, dem Kaiser Joseph und in ihm dem gesammten Hause Oesterreich abzusagen"[1]).

Nach dieser Urkunde hätte also der Landtag von Onod dem Kaiser Joseph und in seiner Person dem Hause Oesterreich abgesagt, weil die Mahnung des Kaisers zur Treue zurückzukehren, bei dem Comitate Turocz nicht ganz wirkungslos geblieben war. Franz Rakoczy selber in seinen Denkwürdigkeiten charakterisirt diese Beweisführung mit den Worten, die er den vorangeführten beifügt: „Ich habe bereits die wahre Ursache dieses Schrittes (der Absage) angegeben" — nämlich den Beschluß seines sogenannten Senates zu Rosenau auf die Forderung des Desalleurs, daß die Vorbedingung des Bündnisses mit Frankreich bestehe in jener Absage.

[1]) Die wörtliche Wiedergabe des zweiten Artikels, der die Absage enthält, würde allein mehrere Druckseiten füllen. Auch in dem Vorhergehenden habe ich etwas gekürzt; jedoch sind die Hauptgedanken zum Ausdrucke gekommen.

So gefügig fortan der Landtag von Onod sich dem Willen seines Herrn erwies, so kamen dennoch einige Beschwerden zur Sprache, wie diejenige über den Zwang des Kupfergeldes, und über die Austreibung der Jesuiten. Rakoczy selber dagegen legte in ausführlicher Rede dar, daß die Austreibung der Jesuiten dem Vaterlande nicht bloß nützlich, sondern auch nothwendig sei [1]). Die Rede ist wie ein weiterer Beitrag zu den merkwürdigen Aehnlichkeiten, welche dieser ungarische Landtag von Onod, im Mai 1707, mit dem böhmischen von Prag, im Mai 1618, darbietet. Die Jesuiten scheinen im Jahre 1707 nicht wie 1618 mit einer in Inhalt und Form vortrefflichen Apologie geantwortet zu haben; aber es ist nicht ein schlechtes Zeugnis zu Ehren der Gesellschaft Jesu, solche Todfeinde zu haben wie Heinrich Mathias Grafen von Thurn und den Fürsten Franz Rakoczy.

Die Stellung von Rakoczy zu Frankreich nach Onod.

Durch die Absage von Onod war nun aber die Vorbedingung erfüllt, welche Ludwig XIV. durch Desalleurs für ein Bündnis mit Ungarn gestellt hatte. Der Bericht des Desalleurs ging ab nach Versailles, und fortan wartete Rakoczy auf Antwort.

Unterdessen traf Vetes in Munkacs ein, im Juli, nachdem der Act der Absage geschehen, den er hatte abwenden wollen. Er erstattete dem Rakoczy Bericht und überlieferte dem Gesandten Desalleurs die mitgebrachten Depeschen. Der Widerspruch, der dann sofort zu Tage trat zwischen dem Verhalten des Desalleurs und den Erwartungen, die Franz Rakoczy hegen durfte auf Grund des Berichtes von Vetes über den Inhalt der Schreiben, welche der Staats-Secretär Torcy ihm vorgelesen, bewies auch für Rakoczy die Wahrheit des Urtheiles von Vetes, daß die französische Politik darauf ausgegangen war, ihn zu der Absage von Onod zu bewegen, welche die Feindschaft mit dem Kaiser unversöhnlich machte, und eben darum für Frankreich die Bürgschaft gewährte, daß in Ungarn der Kriegszustand fortdauern werde, auch wenn Frankreich weniger als bisher dafür beisteuerte, und namentlich nicht ein Bündnis mit Rakoczy und den Ständen von Ungarn abschlöße [2]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVII[a], S. 74.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 6 und 26, vergl. S. 58.

Welche Reden Desalleurs nach der geschehenen That von Onod geführt, ergibt sich aus einer Denkschrift, die einige Jahre später der Magyar Vetes den Freimuth besaß in Versailles zu überreichen. „Es hat beglaubigte Gesandte Ew. Majestät gegeben, sagt er darin, die kein Bedenken getragen haben, auch zur Zeit des Glückes des Fürsten Rakoczy, in Bezug auf ihn zu sagen: das Interesse mächtiger Fürsten erfordere, im Kriege die Unterthanen Anderer zur Empörung anzureizen; aber zugleich auch liege es in ihrem Interesse, wann sie wieder zum Frieden kommen wollen, bei der Aufrechthaltung derer, die auf ihren Anlaß rebellirt, sehr auf ihrer Hut zu sein. Denn dies könne nach beiden Seiten hin allzu viele Consequenzen nach sich ziehen. Der Gesandte wollte augenscheinlich damit sagen, daß Ew. Majestät den Fürsten Franz Rakoczy lediglich als einen rebellischen Unterthan des Hauses Oesterreich betrachteten, der kein anderes Ziel und Interesse verfolgen dürfe als dasjenige, welches Ew. Majestät geruhen ihm dafür zu gewähren, daß er zu Ihren Gunsten dem Kaiser eine Diversion mache. Ew. Majestät selber scheinen dies Urtheil Ihres Gesandten gut geheißen zu haben, weil nach dem Schritte, den der Fürst Rakoczy im Jahre 1707 zu Onod that, um sich die Gnade Ew. Majestät zu verdienen, oder, wie ich wohl sagen darf, den er auf den Rath Ew. Majestät that — weil nach diesem Schritte Ew. Majestät von einem formellen Bündnis-Vertrage niemals wieder haben hören wollen, wo Sie doch vorher sagten, daß Sie den Abschluß desselben nur darum hinausschöben, weil die conföderirten Stände von Ungarn noch nicht dem Königthum des Hauses Oesterreich abgesagt hätten" [1]).

Vetes war nicht erst im Jahre 1711, wo er diese Denkschrift abfaßte, zur Klarheit über die französische Politik gekommen, sondern er besaß sie, wie wir gesehen haben, schon vor dem Landtage von Onod. Als sie nach demselben auch für Rakoczy aufgegangen war, fragte er Vetes, der in Betreff Frankreichs sein einziger Vertrauter war, um seine Ansicht [2]). Vetes als damaliger Diener Rakoczys antwortete:

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 260. Die Denkschrift ist vom 1. December 1711.

[2]) Die zwei Denkschriften des Vetes an Carl VI., von 1715, bei Fiedler Bd. I, S. 1 u. f., und S. 22 u. f. erhalten Beglaubigung durch die Schriftstücke der früheren

„Ich sehe nur zwei Mittel, uns aus der Verlegenheit zu ziehen, den Schutz Frankreichs oder den Frieden mit dem Hause Oesterreich. Wenn es sich um keine andere Interessen handelte, als diejenigen der conföderirten Stände von Ungarn, so würde ich, ungeachtet der dem Kaiser zugefügten Beleidigung, dennoch Grund haben zu hoffen, daß die Friedenshandlung das sicherste und schnellste Mittel sein würde, den Krieg zu beenden. Aber Ihre persönlichen Interessen stehen entgegen. Diese sind derartig beschaffen, daß Sie Ihr Ziel nur erreichen können mit Hülfe einer fremden Macht, die feindselig steht gegen das Haus Oesterreich. Solcher Mächte gibt es in Europa nur zwei, Frankreich und die Türkei."

„Möge Gott verhüten, daß Sie Sich mit der Hülfe der Türken behaupten wollen! Denn ich sage offen und frei, daß in diesem Falle ich selber allen Ungarn rathen würde, sich wieder unter die Herrschaft zu fügen, der sie so eben abgesagt haben. So hart sie sein mag, sie ist der Sclaverei unter den Türken immer vorzuziehen."

„Von den christlichen Mächten bleibt nur Frankreich, ohne dessen Hülfe Sie in Siebenbürgen nicht festen Fuß fassen können. Was von einem Vertrage mit Frankreich der Schwächere zu hoffen hat, dafür möge Ihnen der Herzog von Mantua als Beispiel dienen. Aber nach Onod werden Sie auch nicht einmal einen Vertrag erreichen. Die einzige Aussicht wäre, daß Frankreich aus anderen Beweggründen, nämlich dem Kurfürsten von Bayern zu liebe, seine Meinung ändert. Wenn Ludwig XIV. einwilligt in die Wahl des Kurfürsten zum König von Ungarn: so ist das der Beweis, daß er auch für uns guten Willen hat. Allerdings hat er durch Desalleurs diese Wahl empfehlen lassen; aber ich habe Gründe zum Mistrauen. Auch diese Empfehlung hat wieder nur den Zweck, unsere Diversion gegen seine Feinde im Gange zu erhalten, bis er die Gelegenheit erlangt, für seine Interessen zu sorgen. Daher muß man ihn beim Worte nehmen. Wenn er dann zurückweicht, so bedarf es keines anderen Beweises seines bösen Willens für uns. Dann müssen wir unter zwei Uebeln das kleinere wählen und uns mit dem Kaiser vergleichen, so gut es angeht.

Zeit, in diesem Falle ebendort S. 58. Gegen dieselben sind die zur Selbstvertheidigung geschriebenen Mémoires du prince François Rakoczy p. 122 et suiv. nicht haltbar.

Allerdings verlieren Ew. Durchlaucht in diesem Falle die Frucht Ihrer Mühen; denn Sie müssen auf das Fürstenthum Siebenbürgen verzichten; aber, da Sie der Vater des Vaterlandes sind, so wird es Ihnen ruhmvoller und nützlicher sein, Ihre väterliche Gesinnung dadurch zu beweisen, daß Sie Sich für das öffentliche Wohl zum Opfer bringen, als wenn Sie fortfahren wollen, gegen den Strom zu schwimmen, mit der Gewisheit daß früher oder später Ihnen die Kräfte nachlassen und Sie untergehen werden."

Da Vetes beim Abschiede in Mons aus dem Munde des Kurfürsten Max Emanuel vernommen, daß er sich nicht weiter gegen das Haus Oesterreich einlassen wolle, wenn nicht unter günstigen Aussichten, und auf diese Aeußerung bei Franz Rakoczy wiederholt hingewiesen hatte — da somit eben so wenig von ihm wie von Ludwig XIV. her eine Aussicht war, daß sie das Unternehmen einer neuen Königswahl in Ungarn würden schützen wollen: so war das Hereinziehen dieser Frage in die Denkschrift des Vetes nur der Schleier, hinter welchen er den eigentlichen positiven Rath für Franz Rakoczy verbarg, denjenigen des Friedens, der Unterwerfung unter den Kaiser.

Der Rath fiel auf einen sehr unfruchtbaren Boden. Ludwig XIV. setzte sich allerdings über das Versprechen des Bündnisses hinweg; aber eben damals, im Juli, ließ er durch Bonac die Jaroslaw'schen Güter in Polen dem Franz Rakoczy übertragen. Was immer also aus Ungarn wurde, für Franz Rakoczy persönlich blieb der Rückzug frei auf seine Güter mit fürstlichem Einkommen. Dazu schien es um den Kaiser nun bald geschehen zu sein. Der Marschall Villars stand in Schwaben und Franken, brandschatzend weit umher. In Sachsen lag Carl XII., ähnlich, wie es schien, dem Löwen, des Augenblickes lauernd zum Sprunge auf den Kaiser. Dazu lockte den Franz Rakoczy nicht bloß mehr ein Fürstenhut, sondern der Glanz von Königskronen leuchtete ihm ins Auge. Wenn Max Emanuel der Wahl in Ungarn auswich, so war ja er da, Franz Rakoczy selber. „Es kostete viele Mühe, berichtet Vetes, ihn zurückzuhalten, daß er sich selber wählen ließ, und er gewann dies nur über sich, weil er erkennen mußte, daß keiner seiner Anhänger gern dafür stimmen würde"[1]).

[1]) Fiedler Bd. I, S. 26.

Zugleich aber stieg vor den Augen des Franz Rakoczy eine andere Königskrone empor, die polnische, die ihm angeboten wurde von dem Czaren Peter.

Aussicht für Rakoczy auf die polnische Krone.

Der Czar Peter mußte gewärtig sein, daß endlich doch einmal, nachdem der abenteuerliche Eigensinn Carls XII. an dem Vetter August seine volle Befriedigung gefunden, der verdiente Zorn des jungen Schwedenkönigs sich auch wider ihn wenden werde. In seiner Furcht suchte der Czar Peter die Freundschaft Ludwigs XIV., damit dieser ihm einen Frieden mit Carl XII. vermittele. Da nun Frankreich den Franz Rakoczy so offenkundig begünstigte, so hielt der Czar Peter es für ein geeignetes Mittel, um die Verwendung Ludwigs XIV. zu erlangen, auch seinerseits den Schützling desselben zu befördern. Noch bevor, wie wir vernommen, der polnische Reichstag von Lublin die Krone für erledigt erklärt hatte, ließ der Czar Peter auf geheimem Wege das Angebot derselben an Franz Rakoczy gelangen, und drückte dann auf die polnischen Senatoren in gleichem Sinne, bis auch diese sich fügten. Franz Rakoczy nahm an, und ließ sogleich die Meldung an Max Emanuel ergehen, mit dem Beifügen: in dieser Annahme liege der Beweis, daß Franz Rakoczy nicht nach der Krone von Ungarn strebe, sondern sie dem Kurfürsten gönne [1]).

Zugleich schickte er seine Boten an die anderen Souveräne, auf die es hauptsächlich ankam. Paul Raday sollte bei Carl XII. geltend machen, daß Rakoczy nicht aus übeler Absicht gegen Schweden das Angebot angenommen, sondern mehr aus Furcht vor den Drohungen des Czaren, auch bereit sein werde, im Falle des Friedens die Krone dem Könige Stanislaus zu restituiren. Carl XII. ließ kurz erwiedern: wer des Czaren Freund, sei der Schweden Feind [2]).

Eine Instruction im ähnlichen Sinne, daß Rakoczy nur den Drohungen des Czaren Peter nachgegeben, für Vetes an Friedrich I.

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 63. Vetes im Auftrage von Franz Rakoczy an Max Emanuel aus Munkacs, 19. Juli.

[2]) Sinzendorfs Berichte vom September, in den Suecicis des k. k. Archivs.

von Preußen, ward ausgefertigt, jedoch nicht abgesandt[1]). Rakoczy schickte Bercseny an den Czaren und ordnete ihm den Vetes bei. Der Empfang des Gesandten von Seiten des Czaren in Warschau war glänzend; derjenige von Seiten der Polen zeigte geringe Willfährigkeit. Die Palatine von Bels, Elisabeth Siniawska, die bis dahin der Sache des Rakoczy manchen Dienst erwiesen hatte, stellte dem Bercseny die Dinge in Polen in einem anderen Lichte dar als sie in Munkacs erschienen. „Die Polen, sagte sie, ersehnen ausnahmslos den Frieden und nicht den Krieg. Eben dieser aber würde sich erneuern, wenn die Wahl Rakoczys wirklich erfolgte. Das Angebot der Krone an Rakoczy ist den Polen abgezwungen, und ihrerseits nur zugestanden, um Zeit zu gewinnen. Wenn das Königreich sich aufrichtig zu einer Neuwahl entschlösse, so würde sie eher auf den König August fallen als irgend einen Anderen. Ungeachtet des Verzichtes, den er im Alt-Ranstädter Vertrage geleistet, und ungeachtet seiner Furcht vor den Schweden, hat er an mehrere Senatoren darüber geschrieben, und diese haben seine Briefe sehr günstig aufgenommen. Für den Prinzen Rakoczy dagegen wird auch nicht Ein Senator sich erklären, und ich selbst werde, wenn er nicht meinem Rathe folgt, genöthigt sein, mich von ihm loszusagen. Will er in sein Verderben rennen, so möge er es allein thun. Die Polen sind der Russen müde, und wenn diese die Schweden bei ihrer Ankunft nicht schlagen oder ein Treffen vermeiden, so werden die Polen sich mit den Schweden vereinigen, um die Russen hinaus zu treiben. Wenn aber doch die Letzteren die Oberhand behalten, so wird kein polnischer Magnat dem Prinzen Rakoczy seine eigenen Vortheile zum Opfer bringen." Aehnlich redeten andere Polen zu Vetes und beauftragten ihn in ihrem Namen, es dem Rakoczy zu überbringen[2]).

Dennoch schlossen dann der Czar Peter und Bercseny im Namen Rakoczys als Fürsten von Siebenbürgen, am 21. September, einen Vertrag, durch welchen der Czar, nach erfolgter Wahl des Franz Rakoczy zum Könige von Polen, dieselbe aufrecht zu halten versprach, und die ungarischen Stände in seinen Schutz nahm. Rakoczy und

[1]) Fiedler Bd. I, S. 64.
[2]) A. a. O. S. 66. — Eben dort S. 27.

die Ungarn dagegen waren zu nichts verpflichtet, als zur Verwendung bei Ludwig XIV. um ein Bündnis desselben mit dem Czaren und um die Vermittelung eines Friedens mit Carl XII.[1])

Der Vertrag ist der Ausdruck der Furcht des Czaren vor Carl XII. Im Hauptquartiere von Alt-Ranstadt hatte, wie bereits (S. 369) erwähnt, der französische Gesandte Bezenval weitgehende Friedensvorschläge an den Grafen Piper gebracht, nicht jedoch im Namen Ludwigs XIV., sondern auf das Ersuchen des Czaren[2]). Diese russischen Vorschläge setzten die Newa als Grenze, mit dem Erbieten alles darüber hinaus von den Russen Genommene zurückzugeben[3]). Nur enthielten sie nicht, was, wie man wußte, Carl XII. zuerst fordern würde, die Demolition von St. Petersburg. Carl XII. ließ sich auf die Vorschläge nicht ein. Auf die Frage, was er mit dem Czaren zu thun gedenke, hatte er einmal durch Piper kurz antworten lassen: more Saxonico, also mit dem Czaren Peter wie mit König August[4]). In seiner Furcht nun vor diesem grimmigen Gegner suchte der Czar die Verwendung des Königs Ludwig XIV. für die Vorschläge, die er durch Bezenval an Piper hatte gelangen lassen, und hoffte dafür auf das Fürwort des Franz Rakoczy. Beide täuschten sich selber in gleicher Weise, der Czar durch seine Furcht, Rakoczy durch seine Eitelkeit. Sie übersahen, daß für Ludwig XIV. Franz Rakoczy nur in so weit eine Bedeutung hatte, als er durch seine Rebellion dem Kaiser Schaden zufügte, darüber hinaus keine, und daß Ludwig XIV. nicht etwas thun würde, was den gewaltigen Schwedenkönig gegen ihn verstimmen konnte. Wir haben uns zurück zu denken in jene Jahre vor Pultawa. Damals war das Ansehen des Czaren Peter I. in Westeuropa sehr gering, die Erinnerung an Narwa nicht bloß bei Carl XII. lebendig. Als der Ungar Vetes vor dem französischen Staats-Secretär Torcy einmal geltend machte, daß der Czar doch eine Armee von 80,000 Mann besitze, erwiederte jener: „Richtiger 80,000 Memmen, die beim Anblicke von 8000 Schweden laufen werden."

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 67.
[2]) A. a. O. S. 77.
[3]) A. a. O. S. 80.
[4]) Lamberty t. IV, p. 459.

Demnach standen dem Trachten des Franz Rakoczy nach der polnischen Krone, überhaupt den Zwecken seines Bundes mit dem Czaren Peter, von Anfang an drei schwere Hindernisse entgegen: der Zorn Carls XII. wider ein solches Trachten, die Abneigung der Polen, die Nicht-Zustimmung Ludwigs XIV. Das erste Hindernis genügte. Der Rückmarsch Carls XII. von Sachsen nach Polen zertrümmerte den Plan. In seinem Verdrusse gegen alle diejenigen, die, nach seiner Meinung, daran Theil genommen, ließ Carl XII. sogar die Elisabeth Siniawska verhaften. Sie rechtfertigte sich durch die Vorlage ihrer abmahnenden Briefe[1]). Der Czar Peter und Franz Rakoczy hielten dennoch in ihren Worten an dem Plane fest. Im October entsandte Rakoczy seinen Agenten Betes zurück an Max Emanuel in Mons, mit einer Instruction, die völlig dem Gedanken-Aufbau jenes Bündnisses entsprach[2]). Der Czar Peter I. ratificirte das Bündnis sogar noch am 10. December, in Moskau[3]). Aber die hochgehenden Worte hauchten dem todtgebornen Vertrage kein Leben ein.

Die Gesandten Ludwigs XIV. in Munkacs und Constantinopel, Desalleurs und Ferriol, hatten von Anfang an erkannt, wie Ludwig XIV. diese Einigung zwischen dem Czaren Peter und Franz Rakoczy ansehen würde. Desalleurs rieth sogleich ab. Als dennoch die Gesandtschaft nach Warschau erging, gab Desalleurs dem Betes ein Schreiben an die Siniawska mit, das sich beim Eröffnen auswies als eine scharfe Verhöhnung dieses Kronen-Traumes[4]). Ferriol in Constantinopel war der Ansicht, daß dieser Ehrgeiz des Rakoczy ihm die Subsidien Frankreichs entziehen könne[5]).

So weit ging freilich Ludwig XIV. nicht; aber die frühere Regelmäßigkeit der Zahlungen hörte auf[6]). Nach Onod war ja doch Ludwig XIV. der Fortdauer des Kriegszustandes in Ungarn sicher, auch ohne Bündnis, und mit weniger Geld. Nur die armen, unglück-

---

[1]) Nordberg Bd. II, S. 45.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 295.

[3]) A. a. O. S. 308.

[4]) A. a. O. S. 31.

[5]) Correspondence de Ferriol p. 224, 233, 240.

[6]) Fiedler Bd. I, S. 7: „On ne paya plus exactement l'argent que le roi leur faisait donner.

lichen Ungarn wußten nicht, wie und wohin sie geführt wurden. Denn es ist hier mit Nachdruck zu wiederholen, daß Franz Rakoczy in seine Beziehungen nach auswärts nur Wenigen einen Einblick gestattete. Um diejenigen zu Frankreich wußten nur er, Raday zum Theile, und genau nur Vetes. Der Letztere aber erhielt bei seinem Verweilen in Munkacs von Rakoczy den Befehl, den Ungarn gegenüber von der Allianz mit Frankreich zu reden wie von einer fertigen Angelegenheit, die nach seiner Rückkehr dahin besiegelt werden solle[1]).

Nachdem Ludwig XIV. die Häupter des ungarischen Aufstandes dahin gedrängt hatte, wohin er sie haben wollte, ist es von Interesse, das Verhalten der Seemächte und der Vertreter derselben damit zu vergleichen.

Verhalten der Seemächte zu den ungarischen Wirren.

Ungeachtet der Thatsache daß Franz Rakoczy dem Erzbischof von Kalocsa und dem Baron Szirmay, welche die Friedenshandlung erneuern sollten, die Pässe abgeschlagen hatte, haftete bei den Seemächten die Meinung, daß nicht Rakoczy, sondern der Kaiser zum Frieden gedrängt werden müsse. Die Generalstaaten faßten am 30. Juni einen dahin zielenden Beschluß. Der Kaiser, sagten sie darin, zeige nach dem letzten Feldzuge noch mehr Abneigung gegen eine Beilegung in Ungarn als je zuvor. Aber die Wirren dort seien von sehr nachtheiligem Einflusse auf die Angelegenheiten der großen Allianz. Deshalb sei es durchaus erforderlich, den Kaiser von der Nothwendigkeit eines baldigen Friedens dort zu überzeugen. Man habe ein Recht von dem Kaiser zu verlangen, daß er in einer Angelegenheit, welche die Gesammtheit der Verbündeten angehe, für den guten Rath der Königin und der Generalstaaten mehr Nachgiebigkeit beweise als bisher. Aber da die Erfahrung beweise, daß man durch Zurückhaltung in dieser Sache nicht vorwärts komme, so sei es an der Zeit, zu dem Kaiserhofe über diese wichtige Angelegenheit nachdrücklicher zu reden, und zugleich an wirksamere Mittel zu gedenken, die anzuwenden wären, im Falle, wider Verhoffen, neue Vorstellungen nicht den gewünschten Erfolg hätten. Die Generalstaaten

[1]) Fiedler Bd. I, S. 6 und 26. Vergl. S. 322.

forderten Marlborough auf, die Ansicht der Regierung der Königin über diesen Beschluß und über die darin vorgeschlagenen wirksamen Mittel einzuholen[1]).

Zur Entschuldigung dieser Thorheit der Hochmögenden muß bemerkt werden, daß sie bei diesem Beschlusse von dem blutigen Landtage von Onod noch keine Kunde hatten.

Auch ging Marlborough persönlich nicht darauf ein. Er fügte der Meldung nach England seine Ansicht bei, daß wo der Schwede drohe und die Franzosen mitten im Reiche stehen, ein solches Andringen auf den Kaiser nicht an der Zeit sei.

In London dagegen ward der Beschluß mit Beifall aufgenommen. Der Staats-Secretär Harley setzte den Gesandten Meadows in Wien in Kenntnis, daß die Republik eine sehr starke Vorstellung an den Kaiser richten werde, und die Königin auffordere, sich darin mit ihr zu einigen. Diese Vorstellung als die letzte werde sehr deutlich reden, und, wenn sie ohne Erfolg bleibe, werde man sich dadurch überzeugen, daß von dem Kaiserhofe wenig Gutes zu erwarten sei[2]).

Im königlichen Rathe in Kensington wurde sogar die Frage erwogen, ob es nicht besser sein werde, dem Kaiser die Alternative zu stellen, entweder Frieden mit Carl XII. oder mit Ungarn. Es ist schwer zu entscheiden, in welcher Seite dieser Alternative das englische Cabinet die größere Unkunde der realen Verhältnisse bewies. Aber man hatte die Vorsicht, zuvor doch noch erst den Rath Marlboroughs einzuholen. Er zog hin. Inzwischen kam ihm die Nachricht von Onod zu. Er erwiederte nach London hin, am 25. Juli, daß an beiden Orten sich die Dinge verändert hätten: mit den Schweden stehe ein Ausgleich in Aussicht, und nach der Absage von Onod an den Kaiser könne man ihn nicht zum Frieden drängen[3]). In der That ließ der Eifer im Haag wie in London nach.

Nach der genaueren Kunde der Vorgänge von Onod richteten sogar die Gesandten der Seemächte in Wien, Rechteren, Meadows und

---

[1]) Murray vol. III, p. 460.

[2]) Archivum Rakoczianum, osztály II, kötet III, p. 324. Vom 27. Juni/8. Juli.

[3]) Murray vol. III, p. 480.

Bruininx, an Rakoczy ein Schreiben mit dem Ausdrucke des Bedauerns, daß die Beschlüsse von Onod eher eine Verzögerung als eine Beschleunigung des Friedens nach sich ziehen würden. Sie hatten vernommen, daß Paul Okolicsany, der Vater des in Onod Erschlagenen, der früher der Friedens-Vermittelung gedient, in enger Haft gehalten werde. Sie ersuchten ihn frei zu lassen.

Die Antwort Rakoczys entsprach nicht den Wünschen dieser Vermittler[1]). Er hoffe von ihrer Billigkeit, sagte er, daß, nachdem er drei Jahre lang seine Willigkeit zum Vertragen bewiesen, sie nicht ihm eine Schuld beimessen würden, sondern der maßlosen Herrschsucht seiner Widersacher. Er verneinte, daß Okolicsany, der ihm eidlich verpflichtet, ein Recht auf den Schutz der Vermittler habe; doch wolle er um ihretwillen seine Haft erleichtern. Sie hatten gesagt, daß die Ungarn sich durch ein solches Verfahren die Abneigung anderer Nationen zuziehen würden. Rakoczy erwiederte: „Wenn wir diejenigen zur Rechenschaft ziehen, welche gegen unser Recht und unsere Souveränetät verstoßen, so folgen wir darin der Convenienz unseres Staates, wie es nach der täglichen Erfahrung freie Mächte immer thun, und wie es auch die Principalen der Herren Vermittler in löblicher Weise gethan haben."

Während diese Gesandten, in Folge der bisherigen Haltung der Seemächte, in dieser Weise hinnehmen mußten, daß Franz Rakoczy sich und seinen blutigen Landtag von Onod auf die gleiche Stufe der Autorität stellte mit der Königin und ihrem Parlamente, so wie mit der Versammlung der Generalstaaten, gewannen sie zugleich einen tieferen Einblick in die Art der Freiheit, deren sich die Ungarn unter der Führung von Franz Rakoczy erfreueten. Im Anfange September meldeten sie, daß Rakoczy etwa dreihundert ungarische Edelleute gefangen nach Munkacs habe einbringen lassen, darunter verschiedene Geistliche, namentlich den Bischof Visa, der früher für die Friedensvermittelung gedient hatte[2]). Für Paul Okolicsany hatte Rakoczy ihnen Erleichterung der Haft zugesagt. Einige Monate später berichteten sie, daß

[1]) Archivum Rakoczianum, osztály II, kötet III, p. 339. Es ist zu bemerken, daß der Abdruck dieser Berichte des Meadows große Lücken andeutet.

[2]) Bericht des Meadows p. 338.

auch Paul Okolicsany mit Anderen geköpft sei[1]). Dies war jedoch nicht richtig. Es gelang im nächsten Jahre dem Paul Okolicsany nach Wien zu entkommen[2]).

Gegenüber dem Verhalten der weltlichen Mächte, von denen einige[3]) den Franz Rakoczy zu dem Frevel von Onod vorwärts getrieben, andere auf die schüchterne Andeutung ihrer Misbilligung seine Antwort der Staats-Convenienz sich gefallen ließen — diesem Verhalten gegenüber ist es billig und gerecht, auch eine andere Stimme über die Beschlüsse des Landtages von Onod zu vernehmen, nämlich diejenige des Oberhauptes der Kirche. Auf die Kunde, daß auch mehrere geistliche Personen sich an den Beschlüssen des blutigen Landtages von Onod betheiligt, richtete Clemens XI. an die Erzbischöfe, Bischöfe und übrigen geistlichen Personen eine scharfe und eindringliche Mahnung. Vermöge seines Berufes als des Vaters der Fürsten und Könige, und vermöge des besonderen Rechtes der Fürsorge, welche der erste König von Ungarn, Stephan der Heilige, für alle Zeiten dem päpstlichen Stuhle aufgetragen, erklärt Clemens XI., und zwar am Tage des heiligen Stephan selbst, dem 2. September, daß er nichts so sehr wünsche, als Ungarn den Frieden wieder geben zu können. Auf jeden Fall aber stellt er allen geistlichen Personen Ungarns, die sich in irgend einer Weise auf Grund der Beschlüsse von Onod an der Aufrichtung eines neuen Königs betheiligen würden, die kanonischen Strafen gegen ungehorsame Priester in Aussicht[4]).

Aber die reelle Macht in Ungarn war bei Franz Rakoczy. Und darum war noch keine Aussicht auf das Aufhören seiner Schreckensherrschaft über das unglückliche Ungarn. Ja es handelte sich im Sommer dieses Jahres im kaiserlichen Rathe um die Frage, ob es nicht besser sei, Siebenbürgen ganz preis zu geben. Denn längere Zeit hindurch verliefen die Kriegesereignisse nicht nach Wunsch.

---

[1]) Bericht des Meadows p. 360.

[2]) Desgleichen p. 429.

[3]) Nach dem Berichte von Clement, bei Fiedler Bd. II, S. 2, hat auch der Czar Peter zur Absage von Onod getrieben, in ähnlicher Weise wie Ludwig XIV. Clement führt indessen dafür kein Actenstück an. Er sagt: autant sur l'instigation de la France etc. que sur le conseil du Czar.

[4]) Clementis XI epistolae t. I, p. 395.

Die Kriegsereigniſſe in Ungarn.

Wir haben geſehen, daß es dem Feldmarſchall Guido Starhemberg gelang, zu Ende März, durch einen kühnen Reiterzug die Feſtung Leopoldſtadt zu verproviantiren. Der Kaiſer ernannte ihn dann zum Oberbefehlshaber in Ungarn. Der Feldmarſchall Rabutin ward wieder nach Siebenbürgen hin beſtimmt.

Aber für eine nachdrückliche Offenſive reichten die vorhandenen Streitkräfte nicht aus. Gelang es dem Feldmarſchall Starhemberg, in Ober-Ungarn einige Erfolge zu erringen, ſo konnte er doch nicht verhindern, daß die Kuruczen unter der Führung Ocskays bis nach Mähren hinein ſtreiften. Südwärts von der Donau handelte es ſich für die kaiſerlichen Generale weſentlich darum, die Grenzen Nieder-Oeſterreichs und Steiermarks gegen die Raubzüge, namentlich Botthyans, zu ſchützen, was auch dort, bei dem Mangel an genügenden Streitkräften, nicht immer gelang.

Bei dieſer Lage der Dinge faßte die Conferenz der kaiſerlichen Miniſter, mit Zuziehung der Feldmarſchälle, am 2. Auguſt, den Beſchluß dem Kaiſer zu rathen, Siebenbürgen preis zu geben. Rabutin proteſtirte. Der Kaiſer Joſeph trat nicht der Mehrheit bei, ſondern der Minderheit. Er erklärte es für das Nothwendigſte, zunächſt Siebenbürgen zu Hülfe zu kommen, deſſen Verluſt ſchwere Conſequenzen und unerſetzlichen Schaden nach ſich ziehen würde[1]).

Den Wünſchen der Seemächte, namentlich auch Marlboroughs, dürfte ein ſolches Preisgeben Siebenbürgens entſprochen haben. Aber Wratislaw, der darüber dachte, wie der Kaiſer und wie Rabutin, erwiederte ihm: „Es iſt völlig unſtatthaft in Betreff der ungariſchen Rebellen uns Friedensbedingungen vorſchreiben zu wollen, die unmöglich auszuführen ſind. Die Erfahrung hat ja klar gezeigt, daß Rakoczy alle, auch die vortheilhafteſten Bedingungen, die im vergangenen Jahre ihm gemacht wurden, ausgeſchlagen hat. Ich bitte Sie, dies als zuverläſſige Wahrheit anzuſehen, und ſich darüber nicht irre führen zu laſſen, von wem immer es ſei. Wir können ihm Siebenbürgen nicht geben, weil wir uns dadurch in eine viel ſchlimmere Lage bringen

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 307.

würden, als in der wir jetzt sind. Denn der Verlust von Siebenbürgen bringt uns unvermeidlich in einen Krieg mit den Türken. Ohne diese Cession aber werden wir mit Rakoczy niemals zum Frieden gelangen"[1]).

Demgemäß erhielt Rabutin Auftrag, mit einer Armee, die kaum 6000 Mann betrug, von der Raab aus nach Siebenbürgen aufzubrechen. Dort hatte bis dahin der General Tige mit der geringen Macht, die ihm zu Gebote stand, die Sache des Kaisers aufrecht gehalten. Am 7. August brach Rabutin auf. Der lange und mühevolle Marsch gelang, weil ohne nennenswerthen Verlust, über Erwarten. Zu Anfang October stand Rabutin an der Maros auf dem Boden Siebenbürgens. Nachdem Tige zu ihm gestoßen, waren der vereinigten Macht Beider die Insurgenten-Haufen unter Karoly und Pekry nicht gewachsen. Im Beginne December traf von Rabutin her in Wien die Meldung ein, daß ganz Siebenbürgen sich wieder unter den Gehorsam des Kaisers gefügt habe[2]).

Dieser Erfolg brachte sogar den englischen Gesandten in Wien, Meadows, wenn auch nur vorüber gehend, zu der Erkenntnis, daß wegen der Türkengefahr der Kaiser das Fürstenthum Siebenbürgen, als das Eingangsthor nach Ober-Ungarn und selbst nach Deutschland, niemals in den Händen der Aufständischen als der Freunde der Türken belassen dürfe[3]). Der Mangel dieser Erkenntnis bis dahin bei den Engländern und Holländern war zugleich ein Unrecht und ein politischer Fehler. Denn ihre Gesandten hatten acht Jahre zuvor den Frieden von Carlowitz so vermittelt, daß sie jeglichen Anspruch der Türken auf Siebenbürgen zurückwiesen und das alleinige Recht des Kaisers anerkannten. Dagegen hatten sie während des Krieges bis dahin den Franz Rakoczy, den Feind ihres Bundesgenossen, den Diener ihres Gegners, in seinem unberechtigten Anspruche auf Siebenbürgen, mit einer fast unbegreiflichen Verblendung moralisch gesteift. Daß die Macht des Kaisers mehr als zur Hälfte durch den Aufstand des Franz Rakoczy zu Gunsten Frankreichs lahm gelegt und festgehalten wurde, fiel zu nicht geringem Theile der politischen Thorheit der Seemächte zur Last.

[1]) Coxe vol. II, p. 151. Im Anfange September.
[2]) Bericht des Meadows, vom 3./14. December.
[3]) Desgleichen p. 350.

Das Jahr 1707 schloß für die Aussicht auf den Frieden Ungarns nicht so ungünstig wie das Jahr zuvor. Die Ungarn außerhalb des Machtbereiches von Franz Rakoczy und seiner Kuruczen fügten sich nicht den Beschlüssen von Onod. Unter ihnen wuchs eine starke Friedenspartei heran, unter der Führung des Primas von Ungarn, der freilich nicht ein geborener Ungar war, des Cardinals von Sachsen-Zeiz. Sie reichten dem Kaiser ihre Vorschläge ein und baten auf Grund derselben um die Berufung eines Landtages nach Preßburg. In den Vorschlägen fehlten die Puncte, durch deren Ausnutzung es im Jahre zuvor dem Franz Rakoczy gelungen war, dem Könige von Frankreich zu Diensten den Frieden zu vereiteln, und so zu vereiteln, daß in den Augen der Seemächte die Schuld auf den Kaiser fiel. In den Vorschlägen war nicht die Rede von Siebenbürgen; denn es gehörte dem Kaiser. Ferner war darin nicht die Rede von einer Garantie auswärtiger Mächte; denn der Kaiser wollte sie nicht. Nicht einmal von einer Vermittelung des Friedens durch die Seemächte war darin die Rede. Die Gesandten derselben, Meadows und Bruininx, berichteten heim: „Alles dies geschieht mit völligem Ausschlusse der Vermittelung der Königin und der Generalstaaten, in welche doch die Aufständischen noch einiges Vertrauen und einige Sicherheit setzten" [1]). Dies war richtig; aber die Gesandten vergaßen, daß zu Anfang der Kaiser Leopold sich nur widerstrebend und aus Noth in diese Vermittelung gefügt, daß der Kaiser Joseph und die wirklich friedenswilligen Ungarn in die Gönner des Franz Rakoczy kein Vertrauen setzen konnten.

Aber die Prophezeiung der seemächtlichen Gesandten, daß von diesen Vorschlägen kein Friede zu erwarten stand, war gewis in so fern richtig, daß überhaupt kein Friede für Ungarn möglich war, so lange Franz Rakoczy noch eine Waffenmacht besaß.

---

[1]) Bericht des Meadows, vom 14. December, p. 355.

Der Feldzug 1707 am Oberrheine.

Die Reichsarmee.

Auf die Kunde der Niederlage von Almanza, vom 25. April, folgte sehr bald, im Mai, diejenige des Einbruches des Marschalls Villars in Süddeutschland. Wir gelangen damit an eine sehr traurige Episode der deutschen Geschichte.

Vor dem Beginne des Feldzuges 1706 hatten die Generalstaaten den Reichstag in Regensburg zu nachdrücklichen Anstrengungen gemahnt. Die Antwort des Reichstages auf diese Mahnung traf im Haag ein nach dem Feldzuge, am 16. November. Noch im selben Monate, am 29., erneuerten die Generalstaaten ihre dringende Mahnung für den bevorstehenden Feldzug 1707. Nach vielem Tadel über die bisherigen Versäumnisse sagen sie: „Auch wir kennen den Zustand des Reiches zur Genüge, um zu wissen, daß der (im Jahre 1702 beschlossene) Stand der Reichsarmee von 120,000 Mann, weil viele Contingente abgehen, nicht aufzubringen ist. Dennoch vermeinen wir, daß im Reiche noch so viele mächtige Fürsten und Stände übrig geblieben sind, daß, wenn ein Jeder das Seinige thut, alsdann, wenn auch nicht 120,000 Mann, so doch eine Armee ins Feld gestellt werden kann, ausreichend und fähig zur Offensive vorzugehen"[1]).

Der Reichstag hatte in jener Antwort die Vermuthung ausgesprochen, daß bei der Armee in den Niederlanden sich außer den deutschen Soldtruppen auch verschiedene ansehnliche Reichs-Contingente befänden. Das thatsächliche Verhältnis war, daß es Reichsfürsten gab, die bei der Reichs-Armee auch nicht Einen Mann, in den Niederlanden dagegen für englisches und holländisches Geld zahlreiche Truppen hatten. Die Generalstaaten aber, welche diese Truppen in ihrem Solde zu behalten wünschten, wichen einer eingehenden Erörterung jener Frage des Reichstages thunlichst aus. „Unseres Wissens, antworteten sie, ist weder bei unserer Armee in den Niederlanden, noch bei derjenigen in Italien ein einziger Mann, der zu dem Contingente eines Reichsstandes gehörte, ausgenommen das Contingent von Lüttich, für

[1]) Faber, Staatskanzlei, Bd. XI, S. 548 u. f.

welches wir doch glauben im Reiche zulänglichen Ersatz geleistet zu haben, und dann die Truppen des Königs von Preußen, von denen wir nicht wissen, in wiefern sie zu dessen Reichs-Contingente gehören. Darüber wird vermuthlich der Kaiser besser als wir Nachricht geben können."

Die Zahl der Preußen-Brandenburger bei der großen Armee in den Niederlanden betrug 12,000; diejenige in Italien, nach dem Soll-Stande, 8000 Mann, insgesammt im englisch-holländischen Solde. Dagegen befand sich bei der Reichsarmee am Oberrheine weder das brandenburgische Reichs-Contigent, noch Jemand von den 8000 Mann, welche Friedrich I., gemäß dem Vertrage über die Anerkennung seiner Königskrone, vom November 1700, dem Kaiser zu stellen schuldig war, und welche der Kaiser wiederholt, freilich ohne Erfolg, der Reichs-Armee zugewiesen hatte.

Auf die Klagen in Regensburg über das fehlende Reichs-Contingent glaubte doch der König Friedrich I. antworten zu müssen. Er ließ sagen, daß er seine Besatzungen in Wesel und Geldern als Theile seines Contingentes betrachte, und eben so diejenigen Truppen, welche er wegen des polnischen Krieges in der Nähe behalten müsse. Darum sei er an die völlige Stellung des Reichs-Contingentes nicht so strict gebunden. Auch könne er noch eine andere Rechnung machen. In Italien habe er 8000 Mann; aber das was er dafür beziehe, reiche kaum aus, 5000 bis 6000 Mann zu erhalten: folglich müßten wenigstens 2000 Mann davon mit für sein Reichs-Contingent gerechnet werden [1]).

Mit dieser eigenthümlichen Rechnung stimmten andere Angaben sehr wenig. Nach dem mit Marlborough abgeschlossenen Vertrage zahlten die Seemächte für die 8000 Mann jährlich 300,000 Thaler. Aber Marlborough hatte damals dem Wunsche Friedrichs I. nachgegeben, nebenher dem Kaiser die gesammte Brotlieferung für diese Truppen in Italien aufzubürden [2]).

An den fränkischen Kreis erging eine besondere Anmahnung der Generalstaaten, hier jedoch mit dem Zusatze, daß, weil die Stände dieses Kreises sich vor vielen anderen des Reiches noch bis jetzt

---

[1]) Theatrum Europaeum Bd. XVIII[a], S. 151.

[2]) Murray vol. I, p. 545, 550.

hervorgethan, auch darin in Zukunft wohl verharren würden [1]). Dies galt nicht bloß für den fränkischen Kreis, sondern in gleicher Weise auch für den schwäbischen, den eben so wenig der Vorwurf der Säumigkeit traf.

Unter den Fürsten des rheinischen Kurkreises, die ihre patriotische Pflicht erfüllten, stand voran der Mainzer Kurfürst Lothar Franz von Metternich. Ihm und dem Markgrafen Ludwig von Baden hauptsächlich war es zu danken, daß die Macht der vier Kreise, des schwäbischen, des fränkischen, des oberrheinischen und des rheinischen Kurkreises, bei der geringen Unterstützung, die sie von den anderen Reichsständen erhielt, bis dahin sich behauptet hatte.

Aber nun war der Markgraf Ludwig, am 4. Januar 1707, den Folgen seiner am Schellenberg empfangenen Wunde erlegen. Sofort erließ der Markgraf Christian Ernst von Baireuth, der im Jahre 1706 als zweiter im Commando beigefügt war, an den Reichstag zu Regensburg, unter vielen Betheuerungen seines Patriotismus, die Meldung, daß er nunmehr das Commando übernehme. Der Kaiser ertheilte die Bestätigung, am 30. Januar [2]).

Dies entsprach nicht den Wünschen des Kurfürsten von Mainz. Er berief, im Laufe des Monates Januar, die Vertreter der vier zunächst betheiligten Kreise nach Heilbronn. Dort erging man sich in heftigen Beschwerden, daß die Last der Abwehr des Reichsfeindes fast allein den vier Kreisen überlassen bliebe, und verlangte nachdrücklich die Mitwirkung des gesammten Reiches, also die Stellung der schuldigen Reichs-Contingente. Dem Kurfürsten Lothar Franz war es jedoch zunächst um einen anderen General zu thun. — Auf seinen Betrieb einigte sich, am 21. Februar, das kurfürstliche Collegium des Reichstages, nach einem ehrenvollen Nachrufe für das Gedächtnis des Markgrafen Ludwig, zu der Bitte an den Kaiser, die erledigte Stelle mit einem erfahrenen General wieder zu besetzen, und zwar mit einer Persönlichkeit, in welche alle Reichsstände so wie alle Verbündete ihr volles Vertrauen setzten, dem Prinzen Eugen von Savoyen. Genehmige der Kaiser die Bitte, so möge er den Prinzen zur Annahme dieser Stel-

[1]) Faber, Staatskanzlei, Bd. XI, S. 556.
[2]) A. a. O. S. 566, 574. — Lamberty t. IV, p. 495.

lung disponiren, und zugleich ihm auftragen, sie je eher desto lieber anzutreten, damit er die Zurüstungen für den bevorstehenden Feldzug leite, und den übergroßen Mängeln abhelfe, welche aus den Berichten des Markgrafen von Baireuth sich ergeben. Die beiden anderen Reichs-Collegien traten noch am selben Tage diesem Beschlusse bei [1]).

Als dieser Antrag zur Kunde des Kaisers kam, wußte er durch den Prinzen Eugen bereits um den sonst noch in tiefem Geheimnisse gehaltenen Plan von England gegen Toulon [2]). Es war vorauszusehen, daß, wie nachher von Seiten Marlboroughs ausdrücklich sich ergab [3]), England die Mitwirkung des Prinzen Eugen für diesen Zug verlangen werde. Der Prinz Eugen, vom Kaiser bereits an des Markgrafen Stelle zum Höchst-Commandirenden mit dem herkömmlichen Titel des kaiserlichen General-Lieutenants ernannt, stellte sich völlig dem Kaiser zur Verfügung [4]). Allein, so bereitwillig der Kaiser war, gemäß dem Antrage des Reichstages, dem Prinzen die zweite Stelle eines General-Feldmarschalls des Reiches zu übertragen: so war es in Rücksicht auf England dennoch schwer, ihn, wie der Mainzer Kurfürst Lothar Franz gehofft hatte, für das Reich verfügbar zu machen. Dazu wies der Kaiser hin auf die Schwierigkeit eines Doppel-Commandos mit gleicher Autorität [5]). Lothar Franz mußte auf seine Wünsche verzichten. Ungleich schwerer noch würde ihm dies geworden sein, wenn er die herannahenden Ereignisse hätte voraussehen können.

Unterdessen suchte jedoch der Kaiser Joseph die Reichsarmee am Oberrheine zu verstärken, und bestimmte abermals dazu die 8000 Mann, welche der König Friedrich I. in Preußen nach dem Vertrage vom November 1700 über die Krone ihm schuldig war. Allein Friedrich I. erhob Gegenforderungen verschiedener Art, und verband sie mit einander. Am 5. März ließ der Kaiser darüber an seinen Residenten in Berlin, Heems, die folgenden Worte schreiben: „Aus Deinen Relationen vom 5., 15., 19. Februar müssen wir vernehmen,

---

[1]) Faber, Staatskanzlei, Bd. XI, S. 575, 581.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 20. Vom 8. Februar.

[3]) Murray vol. III, p. 327.

[4]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 48.

[5]) Faber, Staatskanzlei, Bd. XII, S. 455.

wasmaßen der preußische Hof die drei Geschäfte, die wir zur Zeit mit ihm vorhaben, als benanntlich den Tractat wegen der in Italien stehenden Mannschaft und was dazu gehört, dann die Vollziehung des Tractates vom November 1700 in Betreff der zu unserer Willkür zu stellenden 8000 Mann, und das unter der Hand seiende Liquidations-Geschäft, zu confundiren suche, und daß im Namen des Königs Liebden Dir in der Conferenz erklärt worden sei: es würden die Rekruten zu den in Italien stehenden Regimentern nicht eher abmarschiren, es wäre denn über die letzthin vorgeschlagene Pauschhandlung unsere gewierige Resolution gegeben."

„Dies Verfahren kann uns nicht anders als seltsam und nicht anständig vorkommen" [1]).

Zugleich beauftragte der Kaiser den Grafen Gallas in London, von diesem Vorgange der englischen Regierung Kunde zu geben. „Die Königin, fügte er hinzu, wird ein und Anderes dabei wohl begreifen, und besonders auch dies, daß die Truppen nach Italien zu marschiren haben auf Grund des Vertrages mit den Seemächten, dem wir nur in Betreff einiger Nebenpuncte beigetreten sind" [2]).

Der Kaiser mochte, bei der Absendung dieses Schreibens vom 5. März, noch nicht den Bericht des Prinzen Eugen vom 23. Februar in Händen haben, in welchem dieser meldet, daß Friedrich I. die Nebenpuncte so steigere, daß die preußischen Truppen in Italien dem Kaiser viel mehr kosteten als den Seemächten selbst [3]).

Darauf erwiederte der Graf Gallas, am 25. März: „Den Befehl wegen des Anstandes von preußischer Seite die Rekruten nach Italien marschiren zu lassen, habe ich ausgeführt. Man sieht hier diese abermalige Anthuung an als eine Nachfolge desjenigen Verfahrens, welchem man vom selbigen Hofe bisher unausgesetzt unterworfen gewesen ist, und auch künftighin, so lange man seiner Truppen bedarf, unzweifelhaft allezeit unterworfen sein wird. Indessen ist das Verfahren Ew. kaiserlichen Majestät gar wohl an- und aufgenommen" [4]).

---

[1]) Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv in Prag.

[2]) A. a. O.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 37.

[4]) In den Anglicis 1707 des k. k. Archivs.

Es darf fraglich sein, ob dabei in Wien oder in London die ganze Tragweite des preußischen Zauderns und der preußischen Forderungen an den Kaiser erkannt wurde. Hinter ihnen barg sich noch etwas Anders, nämlich eine abermalige Anknüpfung mit Frankreich. Graf Bergheyck in Mons berichtete darüber, am 20. März, an Chamillart in Versailles: der Graf Wartenberg habe eine Unterredung als unerläßlich vorgeschlagen, um darin das Engagement festzustellen, in welches Friedrich I. zu Ludwig XIV. treten würde. Einstweilen gab Bergheyck nach Berlin den Rath, daß, wenn Wartenberg ein solches Engagement als dem Interesse seines Herrn entsprechend erachte, er den Marsch der Rekruten zurück halten möge, bis eine Unterredung stattfinden und darin die beiderseitigen Interessen geregelt werden könnten. — Dies würde, setzt er dann hinzu, auch bevor etwas festgestellt sei, gleich zum Beginne des Feldzuges die Gegner irre machen [1]).

Dies mochte schlau ausgedacht sein, aber vielleicht allzu schlau; denn der Franzose verlangte hier den Verrath, bevor der Lohn für denselben sicher gestellt war. Das war nicht die Weise des Verfahrens in Berlin. Im März traten die Rekruten den Marsch an, sowohl nach den Niederlanden als nach Italien. Die Berichte darüber ergingen an Marlborough. Zur Antwort bat er, noch vor seinem Aufbruche aus London, den Grafen Wartenberg, dafür dem Könige, der nicht aufhöre, überall Beweise seines Eifers für die gemeinsame Sache zu geben, seinen unterthänigsten Dank auszurichten [2]).

Dennoch sank damit in Versailles noch nicht völlig die Hoffnung auf Friedrich I. Als Marlborough einige Wochen später sich nach Sachsen begab, um Carl XII. zu besuchen, war es die Ansicht Ludwigs XIV. und des Marschalls Vendome, daß der eigentliche Zweck dieser Reise sei, Friedrich I. zu bestimmen, daß er seine Truppen wirklich zur Hauptarmee stoßen lasse [3]).

Wir erblicken im Laufe des Feldzuges die brandenburg-preußischen Soldtruppen bei der großen Armee in den Niederlanden, so wie bei

---

[1]) Pelet t. VII, p. 291.

[2]) Murray vol. III, p. 336. Vom 20. März, aber, weil aus St. James datirt, alten Stils, also 1. April.

[3]) Pelet t. VII, p. 295. Vom 27. April.

der Armee in Italien. Die Absicht des Kaisers dagegen, mit den ihm geschuldeten 8000 Mann Preußen-Brandenburgern die Reichsarmee am Oberrheine zu verstärken, ging nicht in Erfüllung.

Wie es um diese Armee bestellt war, sagt Marlborough mit kurzen Worten dem Prinzen Eugen in seiner Abmahnung, das Commando derselben zu übernehmen: „Gemäß den Nachrichten, die ich davon habe, ist die Armee in sehr schlechtem Zustande, ohne Magazine, und entbehrt alles dessen was nöthig wäre, um sie actionsfähig zu machen“[1]). Zu Ende März schreibt Marlborough, der durch das Netz seiner zahlreichen Correspondenzen immer aufs beste unterrichtet war, an den General Janus bei der Reichsarmee: „Man meldet mir aus Frankreich, daß der Marschall Villars einen Angriffsplan vorhabe, mit dem er in nächster Zeit hervortreten werde. Aber ich zweifele nicht, daß man bei Ihnen die geeigneten Maßregeln zur Abwehr treffen werde“[2]).

Einbruch des Marschalls Villars.

Jene Warnung Marlboroughs, vom 29. März, an einen General der Reichsarmee zur Vorsicht gegen Villars ist um so merkwürdiger, weil, nach der Erzählung von Villars, er nur drei Personen zu Mitwissern seines Geheimnisses gehabt haben will[3]). Dabei jedoch verschweigt er einen vierten Mann, und zwar den wahrscheinlichen Urheber des ganzen Planes, einen Officier der Reichsarmee, in den französischen Berichten Baron Elcin genannt. „Er war, heißt es dort, General-Officier im kaiserlichen Dienste, vom französischen Hofe in Deutschland unterhalten, um Nachrichten über die Bewegungen und Entwürfe der Feinde zu geben“[4]).

In dem folgenden Winter 1707/8 fand eine kriegsrechtliche Untersuchung über die Vorgänge des Feldzuges am Oberrheine statt[5]). In derselben ist aber nur von Unterlassungsfehlern die Rede, nicht

---

[1]) Murray vol. III, p. 327. Vom 7. März.
[2]) A. a. O. p. 336. Vom 18./29. März.
[3]) Mémoires de Villars t. I, p. 416.
[4]) Pelet t. VII, p. 188.
[5]) Darüber Wagner, Historia Josephi p. 210.

von einem Verrathe, und der Name Elcin, wie die Franzosen ihn schreiben, wird dabei nicht genannt. Demnach ist das Verbrechen dieses Individuums auf deutscher Seite damals völlig unbekannt geblieben, und hat vielleicht nicht einmal ein Verdacht gegen ihn sich geregt. Daher beschränkt sich unsere Kunde über den Verrath des Elcin auf die Nachrichten, die erst im Jahre 1848, in Frankreich, an das Licht getreten, und auch später noch, auffallender Weise, von deutschen Historikern wenig oder gar nicht beachtet worden sind[1]). Ueber die Person des Elcin[2]) sind zwar diese Nachrichten dürftig, seine That dagegen liegt in seinen eigenen Worten zur Genüge vor Augen.

Elcin verfaßte nämlich zwei Denkschriften über die Linien von Bühl und Stollhofen[3]). Diese Linien, das Werk des Markgrafen Ludwig von Baden, erstreckten sich von Philippsburg nach Stollhofen und wandten sich von dort im rechten Winkel zurück bis zum Gebirge. Die ganze Länge ward auf dreißig Wegstunden eines tüchtigen Fußgängers geschätzt. Den Rhein entlang erhob sich amphitheatralisch ein doppelter verschanzter Wall, unterbrochen von Redouten, mit einer befestigten Brücke, welche die Rheininsel Dahlunden mit dem rechten Rheinufer verband. Von Dahlunden aus war es leicht eine Brücke nach dem linken Ufer zu werfen, und darüber ins Elsaß einzudringen. Als Hauptstärke dieser Linien ward angesehen, daß das Land davor durch ein kunstreiches Schleusenwerk unter Wasser gesetzt werden konnte.

Die eine der Denkschriften des Elcin über diese Linien ist abgefaßt wie das Werk eines kaiserlichen Officiers, der sich für verpflichtet hält, vor einem allzu großen Vertrauen auf die Festigkeit dieser Linien zu warnen, und darum die Schwächen und Angriffspuncte derselben zu beleuchten. Die zweite Denkschrift dagegen, datirt

---

[1]) Auch in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 207 u. f. geschieht des Elcin und seiner zwei Denkschriften keine Erwähnung.

[2]) Pelet bezeichnet den Elcin im Texte als General-Officier; aber weder in der Ordre de bataille der Reichsarmee, vom 19. Juni, in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, S. 375, noch in derjenigen vom 20. August, bei Pelet t. VII, p. 477, findet sich der Name Elcin oder ein ähnlicher als derjenige eines General-Officiers vor. Die Frage nach dieser Persönlichkeit verdient, bei den furchtbaren Consequenzen seiner That, eine genauere Untersuchung.

[3]) Pelet t. VII, p. 431 et suiv.

vom 2. Februar 1707, gibt sich offen an als im Dienste des Königs von Frankreich geschrieben [1]), so jedoch, daß sie sich auf das vorhergehende Schriftstück bezieht und dadurch die Identität des Verfassers klar stellt. Derselbe preist den Werth seines Verrathes für Ludwig XIV. Es gebe, meint er, kein besseres Mittel die Angelegenheiten des Königs herzustellen und einen ehrenhaften Frieden durchzusetzen als die Uebermeisterung der Linien von Bühl und Stollhofen; denn Niemand zweifele daran, daß das Wohl oder der Umsturz Deutschlands durch die Erhaltung dieser Linien bedingt werde.

Villars, der in damaligen Berichten an Ludwig XIV. wie in seinen späteren Denkwürdigkeiten über den Elcin völlig schweigt, eignete die Entwürfe desselben sich an, und traf die Vorbereitungen. Es handelte sich namentlich darum, die zu einer Schiffbrücke dienlichen Kähne unbemerkt heran zu schaffen. Die Aufmerksamkeit von Seiten der Führer der Reichsarmee, in so weit eine solche statt fand, war unterdessen auf die Sicherung der Festung Landau gerichtet; daß an einer anderen Stelle sich etwas vorbereitete, entging wie den Häuptern, so auch den Geringeren.

Nicht die vielen Vorkehrungen des Marschalls Villars machten den Plan leicht ausführbar, sondern, wie der Hergang der Dinge zeigt, der Mangel an Wachsamkeit und darum die Unkenntnis und die Nicht-Gegenwehr von deutscher Seite.

Unter den Stellen, die der als Elcin bezeichnete Verräther als zum Angriffe geeignet genannt hatte, war die Rheininsel Neuburg. Am 22. Mai wurden an verschiedenen Stellen Scheinangriffe mit großem Lärm gemacht; zugleich aber setzten in 60 Kähnen 1800 Grenadiere nach Neuburg herüber. Vor denselben ergriff die Besatzung von 100 Mann die Flucht. Erst in Folge dieser Flucht erhielten die anderen Abtheilungen die Kunde der eigentlichen Gefahr [2]). Aber die dadurch zunächst herbei gerufene Hülfe war nicht stark genug, die Franzosen wieder zurück zu werfen. Diese vollendeten ihre Brücke und zogen am nächsten Tage mit überlegener Macht herüber. Bei der deutschen Armee fehlte, weil der Markgraf von Baireuth und

---

[1]) Pelet t. VII, p. 441 et suiv.

[2]) So Villars an Ludwig XIV. bei Pelet t. VII, p. 200.

Thüngen noch weit entfernt, jegliche einheitliche Leitung, und dieser Mangel lähmte auch den guten Willen der Einzelnen, wie des Herzogs von Württemberg. Einen besonderen Vorwurf warf die spätere kriegsrechtliche Untersuchung auf den General Janus, der, bei noch fast völlig unversehrtem Stande der Dinge, den Rückzug befohlen, gleich als sei alles verloren [1]). Die einzelnen Corps der Reichsarmee traten den Rückzug an. Die Franzosen nahmen die Linien ohne Widerstand, und der Marschall Villars fügte seinem Berichte hinzu: „Dieser große und wunderbare Erfolg hat auch nicht einen einzigen Mann gekostet" [2]).

In dem ausführlichen Berichte nach dem vollständigen Gelingen, am 25. Mai, von Rastadt aus, lobt der Marschall Villars die Thätigkeit Einzelner, besonders des Grafen Broglie. Wie jedoch die zwei Denkschriften des Elcin, dessen Namen Villars in diesem Hauptberichte nicht nennt, der Unternehmung zur Grundlage gedient hatten: so eignet Villars die Gedanken desselben über die Consequenzen dieses Erfolges auch ferner sich an. „Wenn Gott, sagt er, mir die Gnade verleiht, das große Werk zu vollenden, so wage ich Ew. Majestät zu versichern, daß Sie absoluter Herr über den Krieg und den Frieden sind" [3]).

Es kam also darauf an, was Villars zunächst unter der Ausnutzung des Sieges verstand. Er meldet dem Könige seine Absicht, die ihm erreichbaren Reichsfürsten zu züchtigen. Die Zahl derselben war nicht gering: die Kurfürsten von der Pfalz und von Mainz, das Haus Hessen-Darmstadt, ferner Württemberg.

„Unter dem Worte ‚züchtigen' (châtier), fährt Villars fort, verstehe ich aber durchaus nicht das Brennen und Verwüsten des Landes. Der König von Schweden hat eine andere Strafe als die beste gefunden, und diese rathe ich auch Ew. Majestät an, nämlich aus diesen Ländern viel Geld zum Nutzen Ew. Majestät heraus zu drücken."

Dann erhebt sich Villars in dem Rausche seines Erfolges zu einem Dithyrambus der Schmeichelei für le plus grand maître du monde. Bereits zieht er den Franz Rakoczy in den Bereich seines

[1]) Wagner p. 210.
[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 421.
[3]) Pelet t. VII, p. 203.

Gesichtskreises, und will ihn ermuthigen, daß er sich nicht zum Frieden bewegen lasse. Er wußte nicht, daß Ludwig XIV. dafür bereits andere Mittel in Anwendung gebracht hatte. Zunächst erwartete Villars von dem Könige die Ermächtigung, von den Reichsständen, die gewagt haben dem Könige den Krieg anzukündigen, Contributionen zu erheben.

Diese Absicht des Marschalls Villars zeigt an, daß er das gesammte südwestliche Deutschland wie wehrlos vor sich liegen sah, daß er einen festen Widerstand nirgends mehr erwartete. In der That war es kaum anders. Der Herzog von Württemberg zwar war Willens, am Neckar Stand zu halten; aber der Markgraf von Baireuth war geneigt zu fernerem Rückzuge. Villars benutzte diese kundbare Unschlüssigkeit, und drang auf Heilbronn vor. Die Reichsarmee dort — wenn der Name einer solchen noch statthaft war — hielt nicht Stand.

Von Pforzheim aus organisirte der Marschall Villars, Ende Mai und Anfang Juni, die Brandschatzungen für das südwestliche Deutschland, und ließ, vermittelst Cavallerie, nach allen Seiten seine Befehle ergehen. Die ausgeschriebenen Beträge erschienen in Versailles zu hoch. Man hielt dem Marschall die Erfahrung von 1693 vor, wo der Dauphin gerade wegen der Höhe der Forderungen, bei der allgemeinen Flucht der Menschen, weniger erhalten hatte als man sich gedacht. Der Dauphin hatte zum Beispiel dem Lande Württemberg 1.200,000 Livres auferlegt, deren zwei damals einen Reichsgulden ausmachten. Er hatte kaum die Hälfte erhalten. Villars dagegen belegte Württemberg mit reichlich dem Doppelten, nämlich 2.500,000 Livres. Deshalb, meinte man in Versailles, werde der Marschall Villars bei größerer Mäßigung mehr Willigkeit finden [1]).

Villars scheint diese Ansicht nicht getheilt zu haben. Denn seine Worte in seinen Denkwürdigkeiten lauten: „Le Virtemberg s'abonna, pour sa part, à deux millions cinq cents mille livres, et ceux (les états) des Electeurs Palatin, de Mayence, de Dourlac, à proportion“ [2]). Diese Brandschatzungen wurden durch formelle Ver-

[1]) Pelet t. VII, p. 209, 210.

[2]) Mémoires de Villars t. I, p. 427.

träge festgestellt, mit bestimmten Zahlungs-Terminen bis zum 31. October, und für die Erfüllung der Verträge Geiseln gestellt [1]). Die Stadt Ulm schätzte Villars auf 985,000 Livres. Als die Stadt auf diese Forderung keine Erklärung gab, ließ Villars durch ein Cavallerie-Commando drei der Stadt gehörende Dörfer anzünden, und mehrere Einwohner als Geiseln fortschleppen [2]).

Ueber die Verwendung dieser Brandschatzungen gibt Villars an, daß er sie in drei Theile getheilt. „Der eine Theil diente die Armee zu bezahlen, die in diesem Jahre dem Könige nichts kostete. Mit dem zweiten Theile löste ich die Anweisungen aus, die man, aus Mangel an baarem Gelde, im Jahre zuvor den Officieren gegeben hatte." Die Bestimmung des dritten Theiles möge, damit nichts verändert wird, im Originale hier folgen: „Je destinai la troisième (part) à engraisser mon veau: c'est ainsi que je l'écrivis au roi, qui eut la bonté de me répondre qu'il approuvait cette destination, et qu'il y aurait pourvu lui-même, si je l'avais oublié. On me manda aussi qu'un courtisan ayant dit au roi: Le maréchal de Villars fait bien ses affaires, Sa Majesté lui répondit: Oui; mais il fait bien aussi les miennes" [3]).

Ueber den Gesammt-Betrag der in dieser Weise officiell erhobenen Brandschatzungen liegt eine Liste nicht vor. Man schlug sie im Allgemeinen an auf acht bis neun Millionen Gulden, also auf ein Viertel des Betrages, welchen damals als den höchsten bisher das Parlament von England für den Krieg des Jahres 1707 bewilligt hatte.

Villars rühmt in seinen Denkwürdigkeiten die Disciplin seiner Mannschaft bei allen diesen Brandschatzungen. Er führt als Beispiel dessen an, daß, im Vertrauen auf diese Disciplin, eine Procession am Frohnleichnamstage in einem Dorfe sich durch das Heranreiten seiner Cavallerie nicht habe stören lassen. Er habe keine Strafe zu verhängen gehabt [4]). Diese späteren Behauptungen stehen im Widerspruche

---

[1]) Der Vertrag mit Württemberg in Fabers Staatskanzlei, Bd. XII, S. 405. Die ganze Summe ist jedoch dort angegeben mit zwei Millionen Livres, und zwei Sous Aufschlag für jedes Livre, also 2.200,000 Livres.

[2]) A. a. O. S. 474.

[3]) Mémoires de Villars t. I, p. 438.

[4]) A. a. O. p. 424.

mit seinen eigenen Berichten aus dem Feldzuge. In diesen gibt er an, daß die Flucht des eingeschüchterten Landvolkes vor der Gewalttreiberei seiner Soldaten, demnach der Mangel an Wagen und Pferden, seinem Vorrücken auf das feindliche Lager bei Gmünd Hindernisse in den Weg lege. Er beklagt, daß mit dem Schaden, den der Dienst des Königs dadurch erleide, auch seine eigene Autorität compromittirt werde, indem er, dessen bloße Anwesenheit das Reich erzittern lasse, durch die strengsten Strafen und selbst durch diejenige des Todes, nicht dahin gelangen könne, bei den Seinigen sich Gehorsam zu erzwingen [1]).

Nach diesen eigenen Aeußerungen des Villars läßt sich die Fülle des Jammers ermessen, der über das unglückliche Südwest-Deutschland gekommen war.

Die Berichte dagegen des Markgrafen von Baireuth über den Verlust der Linien von Bühl und Stollhofen lassen erkennen, daß er, wie alle Andere, völlig überrascht worden ist. Aber in demjenigen an die Reichsversammlung durfte er dagegen auch mit Recht hervorheben, daß sehr viele Reichs-Contingente ausständig seien, und verlangen, daß diese schleunigst und unverzüglich ihm gestellt werden müßten [2]).

Von militärischer Seite erfuhr der Markgraf von Baireuth den schwersten Tadel vielleicht von Marlborough, nicht blos wegen des Aufgebens der Linien, sondern mehr noch wegen des Nicht-Widerstandes nachher. Da der Markgraf sich an ihn um Hülfe gewendet hatte, so lehnte Marlborough, von dem Lager bei Meldert in den Niederlanden, dies Ersuchen ab, weil er selber einem überlegenen Feinde gegenüber stehe. Dann aber fuhr er fort: „Wenn alle Truppen, die zu Ihrer Verfügung stehen, sich zu einer Armee vereinigten, so würden Sie dem Marschall Villars nicht bloß gewachsen, sondern vielleicht sogar überlegen sein. Denn, wie ich Ihnen schon gemeldet, besteht die Hälfte seiner Mannschaft aus Milizen und zusammen gerafften Leuten, die, wenn man ihnen gegenüber Nachdruck zeigt, keinen Widerstand leisten würden, und auf welche, nach meiner Ueberzeugung, der Marschall

---

[1]) Pelet t. VII, p. 216.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 17.

Villars sich nicht verlassen kann. Auch gebe ich zu bedenken, ob man nicht vermittelst der starken Besatzungen von Philippsburg und Landau eine Diversion machen könnte, welche Villars nöthigen würde, Truppen rückwärts zur Hülfe zu senden. Dadurch würden Sie auf jeden Fall die Ueberlegenheit gewinnen, und jene Truppen könnten nach Belieben in die festen Plätze zurückkehren, zumal da ja der Marschall Villars kein Belagerungs-Material bei sich hat. Zudem ist es überflüssig, unter solchen Verhältnissen wie dort, starke Besatzungen hinter sich zu lassen, von denen man keinen Nutzen ziehen kann. Wäre der Vortheil auf unserer Seite, stünden wir mit einer Armee auf französischem Boden, so würde man dort sicherlich nicht 6000 Mann mit verschränkten Armen in Straßburg so stehen lassen, wie es jetzt von unserer Seite in Philippsburg geschieht" [1]). Diese Besatzungen gab Marlborough auf 11,000 Mann an [2]).

Es war die Kritik eines überlegenen Fachmannes, die darum, wenn sie auch in Betreff der Qualität der französischen Mannschaft sich nicht als probehaltig erwies, in der Hauptsache doch der Markgraf hinnehmen mußte. Gegen eine andere Kritik dagegen, diejenige seines Stammesvetters in Berlin, die, weniger sachlich als persönlich, ihm rieth das Commando niederzulegen, glaubte er sich verwahren zu müssen. Seine Verantwortung dient, wie jene Kritik Marlboroughs, zur geschichtlichen Klarstellung.

Der Markgraf spricht dem Könige zuerst sein Befremden aus, daß dieser ihm allein den erlittenen Schaden beimesse, wo er doch dem Könige seine Berichte über die traurige Verfassung seiner Armee eingesendet und von Anfang an vergeblich die dringende Bitte gestellt, der König möge sein schuldiges Contingent zur Reichsarmee stoßen lassen. „Ich, sagt er dann, der ich eine schlechte Armee beisammen habe, und weder um Gewinn noch um schädliches Interesse diene, soll mit einem Nichts entweder große Thaten ausführen, oder mich tadeln lassen! Das geht mir in Wahrheit tief zu Herzen." — Anders, sagt er dann, habe ihn der Kaiser behandelt, der auf seinen Bericht über das ihm widerfahrene Unglück ihm mit den allermildesten Worten

[1]) Murray vol. III, p. 396. Vom 7. Juni.
[2]) A. a. O. p. 405.

zugeredet, den Muth nicht sinken zu lassen, und ihm schleunige Hülfe versprochen habe. „Kann denn ich dafür, daß meine Armee nicht in dem Stande ist, wie sie sein sollte, wenn so viele Fürsten und Stände des Reiches ihre schuldigen Contingente nicht stellen?“ [1])

So scharf die Verantwortung den König Friedrich I. persönlich traf, so berührte sie doch nur den einen Theil seiner negativen Mitschuld an dem Unglücke, welches über das südwestliche Deutschland gekommen war: die Nicht-Stellung seines Reichs-Contingentes. Den anderen Theil, die Nicht-Stellung der 8000 Mann, welche Friedrich I. durch den Vertrag über die Krone, vom November 1700, dem Kaiser schuldete und welche dieser der Reichsarmee überwiesen hatte, konnte nur der Kaiser selber geltend machen. Allein die große Schwierigkeit gegen die Sendung dieser Truppen an den Rhein bestand nicht bloß darin, daß Friedrich I. es vorzog, für ihr Verbleiben in den Niederlanden das Gold der Seemächte zu nehmen, sondern daß auch diese Mächte selber die Truppen lieber behalten als nach dem Rheine hin abgeben wollten. Der kaiserliche Resident Hoffmann in London sagte dem Staats-Secretär Sunderland geradezu: „Durch den Abgang der 12,000 Mann Preußen-Brandenburger, die in den Niederlanden stehen, und dagegen nach Pflicht und Recht am Rheine stehen sollten, ist das schwere Unglück über das Reich gekommen.“ Sunderland wich einer Antwort aus, und erhielt dafür nachher das Lob Godolphins [2]).

Es fragte sich um eine andere Hülfe für die von Villars hart mitgenommenen Kreise. Da August II. mit Carl XII. Frieden geschlossen hatte, so war seine noch übrige Mannschaft verfügbar. Es waren etwa 7000 Mann. Bereits im Februar hatten sich die Seemächte geeinigt, diese 7000 Mann in ihren Sold zu nehmen [3]). Als im Beginne des Monates Juni über die Fortschritte der Franzosen in Schwaben und Franken rasch eine Schreckensnachricht der anderen folgte, richtete der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz an Marlborough die dringende Bitte, diese 7000 Mann an den Oberrhein zu bestimmen [4]). Marlborough, der seinem Unmuthe über die Vorgänge

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 23.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 25. October.

[3]) Desgleichen vom 1. März.

[4]) Das Schreiben bei Murray vol. III, p. 409.

in Oberdeutschland nach allen Seiten in derben Aeußerungen Luft machte, z. B. an den Prinzen Eugen die Worte schrieb: „Unsere Leute laufen wie die Schafe vor dem Wolfe“[1]) — nahm dann doch, wie er sich ausdrückt, im Namen der Königin und der Generalstaaten es auf sich, die in Sold genommenen Sachsen nach dem Oberrheine zu bestimmen[2]).

Kurfürst Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg Oberfeldherr am Rheine.

Aber es fragte sich auch um die Führung. Die Befähigung des Markgrafen von Baireuth ward nicht bloß von seinem Stammesvetter in Berlin in Zweifel gezogen, sondern auch von der Reichsversammlung in Regensburg. Sie ersuchte den Kaiser, den Prinzen Eugen her zu berufen[3]). Dies war, abgesehen von den Rücksichten auf die Seemächte, schon deshalb nicht thunlich, weil, bei der Gleichheit jener zwei im Range, dies ein Doppel-Commando zur Folge gehabt haben würde. Der Kaiser antwortete, daß er den Feldmarschall Heister als Beirath zu dem Markgrafen senden wolle.

Der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz dagegen erneuerte einen Vorschlag, den er sogleich nach dem Tode des Markgrafen Ludwig von Baden gemacht, und nach allen Seiten lebhaft befürwortet hatte, damals freilich ohne Erfolg. Dieser Vorschlag war, dem Kurfürsten Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg das Commando am Oberrheine zu geben[4]). Georg Ludwig stand, 47 Jahre alt, in der Vollkraft seines Lebens. Seine Kriegserfahrung hatte begonnen mit dem Entsatze von Wien, im Jahre 1683, wo er volle Anerkennung davon getragen hatte[5]). Es regte sich in ihm wie in allen seinen Brüdern ein frischer Kriegesmuth, dem bereits drei, Carl Philipp, Friedrich August, Christian, im kaiserlichen Dienste zum Opfer gefallen

---

[1]) Murray vol. III, p. 405.

[2]) A. a. O. p. 435.

[3]) Faber, Staatskanzlei Bd. XII, S. 417, 455.

[4]) Das Schreiben Johann Wilhelms, vom 6. Juni, an Marlborough, bei Murray vol. III, p. 409.

[5]) C. Contarini, Istoria della guerra etc. t. I, p. 188.

waren. Bei dem Range des Kurfürsten war jede Eifersucht in Betreff des Commandos von vorn herein abgeschnitten. Dazu durfte man hoffen, daß die Uebernahme des Commandos durch den Kurfürsten, so wie die Leistungen, welche er durch dasselbe zum Besten des Reiches vollbringen könne, das beste Mittel sein würden, jeden Widerspruch gegen die Anerkennung seiner Kurwürde niederzuschlagen, und endlich, nach fünfzehn Jahren des Harrens, ihm die Einführung in das kurfürstliche Collegium zu erschließen. Schon vorher, vom Beginne des Jahres 1707 an, war diese Kursache im Reichstage zu Regensburg in Anregung [1]).

Allein es war eine schwere Aufgabe, Namen und Reputation an den Oberbefehl über eine Armee zu wagen, bei der es fraglich war, ob sie einen solchen Namen noch verdiente. Die ersten Kundgebungen des Kurfürsten lauteten so wenig zusagend, daß Marlborough bereits nach England berichtete: der Kurfürst werde durchaus nicht zu bewegen sein [2]).

Inzwischen ward den gequälten Süddeutschen wenigstens einige Erleichterung von einer anderen Seite her. Zu Ende Juni stand Villars auf der Höhe seiner Macht. Damals ließ er an Carl XII. die Aufforderung ergehen, die wir vernommen haben (S. 408), in Nürnberg sich mit ihm zu vereinigen. Sein Auge umfaßte bereits Bayern, Böhmen, Ungarn [3]). Allein nicht in gleichem Lichte sah Ludwig XIV. von Versailles aus die Dinge an. Am 23. Juni hielt er dem Marschall vor, daß er die raschen Erfolge nur der Kopflosigkeit der deutschen Heeresleitung verdanke, daß er, außer dem mit leichter Mühe genommenen Schorndorf, keinen festen Platz im Rücken besitze, der die Communication mit dem Rheine sichere, wie es etwa Heilbronn vermocht haben würde. Das Schreiben ist durchtränkt von der Erinnerung an 1704. Ludwig XIV. spricht die Besorgnis aus, daß ein rascher Marsch eines Detachements von der großen Armee der Verbündeten in den Niederlanden dem Marschall Villars die Rückkehr abschneiden werde [4]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 27 u. f.
[2]) Murray vol. III, p. 438. Vom 23. Juni.
[3]) Pelet t. VII, p. 200.
[4]) A. a. O. p. 223. Vom 23. Juni.

Dies war indessen nur noch erst eine Nicht-Zustimmung zu den Entwürfen des Marschalls Villars. In denselben Tagen wurde es in Versailles klar, daß die Absicht der Verbündeten auf die Provence und besonders auf Toulon gerichtet sei, und von da an erfolgten nach allen Seiten die Befehle, einen Theil der Truppen nach der bedroheten Stelle hin abzugeben. Villars mußte zunächst vier Bataillone und sieben Schwadronen entsenden. Zugleich zog er sich auf Heilbronn zurück.

Unterdessen gab der Kurfürst Georg Ludwig dem Andringen namentlich des Kurfürsten Lothar Franz von Mainz nach. Er erklärte sich bereit, mit allen Truppen, die er daheim habe, auf eigene Kosten zu kommen [1]). Aber er stellte seine Bedingung, diejenige einer Reichs-Operations-Casse. So noch im Monate Juni.

Am Reichstage zu Regensburg ward nun die Frage erwogen, die sächsische Mannschaft, welche Marlborough im Namen der Seemächte für den Dienst des Reiches überlassen hatte, in denselben zu übernehmen. Aber August II. forderte 150,000 Thaler. In einer Zeit, wo der Marschall Villars etwa wöchentlich diesen selben Betrag aus den deutschen Ländern auspreßte, die das Unglück hatten, innerhalb seines Machtbereiches sich zu befinden, wußte der Reichstag in Regensburg kein Mittel, aus dem gesammten Reiche diese 150,000 Thaler zusammen zu bringen [2]).

Nachdem der Markgraf seinen Rücktritt vom Commando erklärt, eröffnete der kaiserliche Principal-Commissär Cardinal Lamberg, am 13. August, dem Reichstage in Regensburg, daß der Kaiser dem Kurfürsten Georg Ludwig das Commando der Reichsarmee übertragen habe. Der Reichstag nahm die Erklärung mit Befriedigung entgegen. Der Kurfürst erwiederte, daß seine Truppen bereits auf dem Marsche, daß er jedoch auch erwarte, von Seiten des Reiches werde man sich mit Rath und That einmüthig angelegen sein lassen, die Reichsarmee mit allem Erforderlichen in Stand zu setzen, damit er, seinem guten Willen gemäß, für das Vaterland etwas Nützliches und Rechtschaffenes werde ausrichten können [3]).

---

[1]) Murray vol. III, p. 446.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 28 u. f. — Faber, Staatskanzlei Bd. XII, S. 503.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 32.

Die hauptsächlichste Forderung des Kurfürsten war diejenige einer Reichs-Operations-Casse, und man erfuhr unter der Hand, daß er dafür mindestens 300,000 Gulden verlange. Als die Sache in Regensburg zur Berathung kam, hielten viele Gesandten den Mangel einer Instruction entgegen. Nach langen Erörterungen kam es endlich dahin, daß dieser Betrag beschlossen und auf die zehn Kreise des Reiches vertheilt wurde. Der Beschluß erfolgte am 12. October.

Der Kurfürst war am 15. September bei der Armee eingetroffen. Sein Hinweis auf die neuen Regimenter, die er heran führe, unter denen auch ein preußisches, bewog die vier associirten Kreise, Schwaben Franken, Ober-Rhein und Kur-Rhein, die Hälfte jener Summe vorzustrecken. Dann erließ er, zur Herstellung der Disciplin, eine neue schärfere Kriegsordnung[1]). Besonders aber ward die Stimmung gehoben dadurch, daß wenige Tage nach der Ankunft des Kurfürsten ein glückliches Treffen statt fand. Es gelang dem General Mercy, ein französisches Reiter-Corps unter Vivant, dessen Name allen Ortschaften im südwestlichen Deutschland furchtbar war, am 24. September, bei Offenburg zu überraschen und völlig zu zerschlagen[2]).

Die hauptsächliche Frage aber war, ob die Offensive im Großen ergriffen und zu diesem Zwecke der Rhein überschritten werden könne. In dem Kriegsrathe, den der Kurfürst, am 26. September, zu Ettlingen hielt, erklärte sich nur der Feldmarschall Thüngen bejahend, und auch er nur unter der Bedingung, daß die Erfordernisse beschafft würden. Die anderen Generale verneinten, und beantragten neue Linien zu ziehen. Der Kurfürst meldete daher dem Kaiser: „Obwohl es weit anständiger gewesen wäre der Meinung des Feldmarschalls Thüngen zu folgen, ich aber ungeachtet aller meiner Sorgfalt die Unmöglichkeit einsehe: so habe ich mich zur Zeit der Mehrheit fügen müssen“[3]).

Villars mit seiner Armee weilte noch in Rastadt, innerhalb der Linien, die der Markgraf Ludwig so weitläufig angelegt hatte, um diese seine Stadt mit zu schützen. Der Kurfürst ließ neue Linien anlegen von Ettlingen, also vom Gebirge aus, bis Dachsland am Rheine.

---

[1]) Faber, Staatskanzlei Bd. XII, S. 614.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 36.

[3]) Abgedruckt bei Schwencke, Geschichte der Hannöver'schen Truppen u. s. w., S. 129 u. f.

Man war der Ansicht, daß diese neuen Linien zur Deckung des Landes eben so wirksam, dagegen aber wegen der geringeren Ausdehnung leichter zu vertheidigen sein würden. Zu Ende October und Anfang November ging der Marschall Villars mit seiner Armee über den Rhein zurück. Der Kurfürst, nachdem er die Postirung angeordnet, vertraute dem Feldmarschall Thüngen für den Winter das Commando an und begab sich zunächst nach Mainz, um dort mit Lothar Franz, Marlborough und Wratislaw die Vorbereitungen für den nächsten Feldzug zu besprechen.

Das Verhalten der Reichsstände.

Die Kritik des Verhaltens der deutschen Reichsstände während dieses Feldzuges ward ihnen offen genug von den Generalstaaten ausgesprochen. „Es ist uns nahezu unbegreiflich, sagen sie, und wird der Nachwelt unglaublich vorkommen, daß, während der Feind mit einem Heerlager bis ins Herz des Reiches vorgedrungen, weder die große Noth einiger Stände, welche doch des Reiches Mitglieder sind, und deren Länder durch den Feind gebrandschatzt worden, noch die vor Augen schwebende, und den übrigen Theil des Reiches, sammt allen dessen Gliedern drohende Gefahr einen so großen und mächtigen Körper wie Deutschland ist, nicht dahin hat bewegen können, in geschwinder Eile eine genugsame Hülfe zur Rettung des eigenen Vaterlandes aus der obwaltenden Noth und Gefahr aufzubringen, und daß die ganze Wirkung der Berathschlagungen, mit denen die Reichsversammlung den Sommer über bei so offenbarer Noth beschäftigt gewesen, auf die Abfassung eines einzigen Schlusses ausgefallen ist, vermöge dessen man 200,000 Reichsthaler zu einer Operations-Casse aufzubringen gedenkt, solcher Gestalt daß es noch ungewis ist, ob diese Summe insgesammt oder nur zum Theile aufgebracht werden wird, während inzwischen die Feinde mit Millionen an Contributionen bereichert und verstärkt worden sind, welche viel besser zur Beschützung des Landes hätten angewendet werden können, um dasselbe von jenen Contributionen zu befreien" [1]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 41. — Faber, Staatskanzlei Bd. XII, S. 526.

Der Zweifel der Generalstaaten, ob jene für die Reichs-Kriegscasse bewilligte und über die Reichskreise vertheilte Summe von 300,000 Gulden ganz einkommen werde, war begründet. Volle zwei Jahre später, am 21. August 1709, beliefen sich die in die Reichs-Kriegscasse zu Frankfurt a. M. eingelieferten Beträge auf 58,125 Gulden 37 Kreuzer [1]).

Jener Tadel von Seiten der Generalstaaten an die Reichsstände war scharf; aber man darf die Frage aufwerfen, ob er die Sache erschöpfte. In dem Tadel war nicht erörtert, ob vielleicht auch die Generalstaaten selbst und England einen Antheil der Mitschuld an dieser traurigen Lage des Reiches trugen. Der englische Gesandte Meadows in Wien brachte diese Seite der Sache zum Ausdrucke. „Das Reich ist krank, sagt er, krank bis zum Zerfalle. Im Anfange des Krieges hat der Reichstag zu Regensburg beschlossen, zur Vertheidigung des Reiches eine Armee von 120,000 Mann aufzustellen. Das Reich hat in diesem Jahre es kaum auf ein Fünftel dessen gebracht, und noch dazu ward diese Mannschaft hauptsächlich vom schwäbischen und fränkischen Kreise gestellt. Aber zu einem bedeutenden Theile haben wir dies uns selber zu verdanken. Wir und die Holländer nehmen die Truppen der verschiedenen Reichsfürsten in unseren Dienst, und diese Herren sind froh dafür unser Geld zu ziehen, und weiter froh diesen Dienst ihrer Truppen für uns als Entschuldigung vorzuwenden, um sich der Stellung ihrer Reichs-Contingente zu entziehen. Was die Sache in meinen Augen noch verschlimmert, ist, daß sie ihre Truppen nicht vollzählig halten, wenn wir bei unseren Zahlungen dafür nicht Zugeständnisse machen. Dieser Misbrauch ist noch um so mehr schreiend" [2]).

Wir haben wiederholt gesehen, daß unter den Reichsfürsten, welche diese Art des Erwerbes betrieben, das augenfälligste Geschick bewies der Kurfürst-König von Brandenburg-Preußen. Er hatte 20.000 Mann unter den Waffen; aber er stellte nicht sein Reichs-Contingent. Er hatte für die Anerkennung seiner neuen Krone dem Kaiser 8000 Mann zugesagt, welche dieser zum Schutze des Reiches

[1]) Faber, Staatskanzlei Bd. XIV, S. 668.

[2]) Archivum Rakoczianum, osztály II, kötet III, p. 329. Vom 3. August.

an den Rhein bestimmte; aber Friedrich I. schickte sie für das Gold der Seemächte in die Niederlande. Er hatte in Italien 8000 Mann für englisches und holländisches Gold und mit schwerer Belastung für den Kaiser. Aber nicht bloß Geld brachte ihm diese letztere Mannschaft ein, sondern auch, so auffallend das klingt, einen Landerwerb.

Im December 1704 hatte Friedrich I. dem Vertrage mit Marlborough über die Stellung von 8000 Mann nach Italien einen geheimen Artikel beigefügt, welcher die Mächte der Allianz verpflichtete, für die Interessen des König nach jener Seite hin einzutreten, insbesondere in Betreff der Grafschaften Neufchatel und Valengin [1]). Diese gehörten damals der Herzogin von Nemours. Als sie am 16. Juni 1707 erblos starb, erhoben sich außer Friedrich I. eine lange Reihe von Prätendenten aus Frankreich. Wie Ludwig XIV. für die letzteren im Allgemeinen eintrat, so die Seemächte für Friedrich I. Es war ein Krieg auf dem Papiere, mit den Waffen im Hintergrunde. Die Drohungen des französischen Gesandten Puisieux für die Bewohner jener Grafschaften lauteten scharf, wie zur Zeit der Machtfülle Ludwigs XIV.; aber da die Ausführung nicht mehr so leicht wie einst, so überwog der Eindruck der mehr freundlichen Denkschriften von Seiten der Gesandten der Seemächte, Stanyan und Runkel. Sie agirten dabei freilich mehr als Advokaten, denn als Gesandte, und entwickelten einen Eifer, als seien England und Holland direct betheiligt. Am 3. November erfolgte zu Neufchatel die Erklärung der drei Stände des Landes, daß die Souveränetät ursprünglich dem Hause Chalon gebühre, von diesem übergegangen sei auf den Oranier Wilhelm I., und von diesem aus, nach dem Absterben des Mannsstammes, durch die Prinzessin Louise von Nassau, die Tochter Friedrich Heinrichs von Oranien, auf ihren Sohn, den König Friedrich I. von Preußen [2]).

---

[1]) Der geheime Artikel abgedruckt bei Lamberty t. IV, p. 506. Dort auch die Denkschriften.

[2]) Bei Lamberty t. IV, p. 540.

Weiterer Verlauf der Angelegenheiten in Spanien.

Wie die für Toulon aufsteigende Gefahr vom Ende Juni an die französischen Streitkräfte dahin zog und dadurch für das südwestliche Deutschland zur Erleichterung gereichte, so war dies in noch höherem Maße der Fall für Catalonien, hier jedoch nur für kurze Zeit.

Unterdessen waren, wie wir gesehen haben, die dringenden Bitten des Königs Carl III. bei seinem Bruder Joseph um deutsche Truppen nicht ungehört geblieben, und der Entschluß des Kaisers 6000 Mann nach Catalonien zu senden, hatte am Hofe zu Kensington lebhafte Zustimmung gefunden (S. 324). Demgemäß forderte der Prinz Eugen, bei dem Abzuge von Toulon, den Admiral Shovel auf, in den nächsten Wochen 8000 bis 9000 Mann nach Catalonien überzubringen. Shovel erklärte sich bereit es sofort zu thun, jedoch nur Infanterie[1]). Der Herzog Victor Amadeus und der Prinz Eugen konnten sich dazu nicht sogleich verstehen. Nach einer Meldung des Fürsten Liechtenstein aus Barcelona hat dann aber doch der Prinz Eugen sich bereit erklärt, der Herzog Victor Amadeus unter allerlei Vorwänden es gehindert[2]). Auch nachher, im Laufe des Jahres 1707, erfolgte die Einschiffung nicht, und zwar lag die Schuld, wie der Prinz Eugen dem Könige Carl III. meldet, an der Langsamkeit der Engländer, die Fahrzeuge und den Proviant für die nach Spanien bestimmten pfälzischen Truppen zu beschaffen[3]).

Für den jungen König Carl III. reihete sich ein Unglück an das andere. Auch er hatte, mit den Engländern um ihn, eine völlige Wendung der Dinge von der Einnahme von Toulon gehofft. Aber Toulon war nicht genommen. Der Monat August war noch nicht zu Ende, als schon die Franzosen vom Norden her wieder vorrückten. Von dem Lager bei Balaguer aus überschritten sie wieder die Segre, um sich Lerida zu nähern. Die Truppen der Verbündeten zogen sich auf Lerida zurück, und suchten nur durch Einäscherung alles Erreichbaren

---

[1]) Das Schreiben in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 187, und im selben Bande S. 363.

[2]) Liechtensteins Bericht an den Kaiser, vom 27. September.

[3]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. IX, Supplementheft, S. 222.

dem Feinde den Vormarsch zu erschweren. Carl III. erfuhr dies durch zufällig einkommende Berichte; denn die Generale, geschweige bei ihm anzufragen, erwiesen ihm nicht die Ehre einer Meldung. „Auf diese ungeziemende Weise, meldet Liechtenstein, ist der Krieg hier allezeit geführt worden, und darin auch keine Aenderung zu erwarten, es sende denn der Kaiser einen eigenen General hierher, von solchem Range und solcher Autorität, daß die anderen Generale keinen Einwand erheben können unter ihm zu stehen" [1]).

Am 14. September erschien die große Flotte der Verbündeten auf der Rückkehr von Toulon im Angesichte der Stadt Barcelona. Sie brachte, hoffte man, den ersehnten Succurs, vielleicht gar den Feldherrn selber, den Carl III. erbeten, den Prinzen Eugen. Sie brachte auch nicht Einen Mann, und lichtete am nächsten Tage wieder die Anker zur weiteren Heimfahrt [2]).

Die Stimmung der Catalonier ward bedenklich. „Sie sind mehr ungeduldig und schwierig als kleinmüthig", meldet Liechtenstein. Die Schrecken einer abermaligen Belagerung stiegen vor ihnen empor. Die ganze französische Macht, die bei Toulon gelegen, meinte man, werde nun über Barcelona kommen. Die Vertröstung auf einen abermaligen Succurs fand geringen Glauben.

Aber nicht bloß die Catalonier murrten, sondern auch die Engländer in Barcelona, voran unter ihnen der Gesandte Stanhope. Er hatte die bedrängte Lage Carls III. benutzt, im Juli, um aus ihm die Zustimmung zu einem Handelsvertrage zwischen Spanien und England herauszudrücken, dessen geheimer Artikel den Engländern dieselben Rechte und Privilegien für den Handel mit dem spanischen Amerika zusprach wie den Spaniern [3]). Carl III. zauderte nur noch mit der Ratification. Um so mehr aber lag dem Engländer Stanhope daran, daß dieses sein Werk lebensfähig wurde und zu diesem Zwecke Carl III. zum Besitze von Spanien gelangte. Dafür schien ihm aber der Kaiser nicht genügend beizutragen. Aus dem Verhalten des Kaisers in diesem Jahre, sagte er, sehe man zur Genüge, wie

---

[1]) Liechtensteins Bericht vom 4. September.

[2]) Desgleichen vom 27. September.

[3]) Der Vertrag bei Lamberty t. IV, p. 592.

wenig ihm an Spanien, wie viel dagegen an Italien gelegen sei. Den Seemächten stehe aber voran die Reduction von Spanien. Es könne dahin kommen, meinte er, daß die Seemächte sich mit Frankreich zu einem Vertrage einigen würden, nach welchem Spanien dem Könige Carl III. verbliebe, Neapel und Sicilien dem Herzog von Anjou gegeben würde. In diesem Falle würde man alle italienischen Mächte, auch den Papst selber, für sich haben; denn Keiner von ihnen wolle gern das bedrohliche Anwachsen der Macht des Hauses Oesterreich in Italien [1]).

Stanhope, der damit im Wesentlichen auf den Standpunct der Theilungspläne zu Lebzeiten Carls II. zurückkehrte, sprach damit klarer und deutlicher aus als die Minister in London, weshalb sie sich gegen die Expedition nach Neapel so sehr ereifert hatten. Nicht um ein Recht des Hauses Habsburg auf das spanische Erbe war es ihnen zu thun, sondern um das Interesse Englands, welches, damals und in ihren Augen, zu fordern schien, daß nur nicht das Haus Bourbon Spanien und Westindien erlange. Darum wollten sie einen Erzherzog als König von Spanien, nicht jedoch eine Steigerung der Macht des Erzhauses im Osten, sondern lieber, wie ihre Gunst für Franz Rakoczy auswies, eine Verringerung.

Die Beweisführung des Generals Stanhope ist daher indirect wie eine Rechtfertigung für den Kaiser und seine Minister; denn diese hielten denselben Standpunct fest, wie einst zur Zeit der Theilungsverträge der Kaiser Leopold und seine Minister: im Falle einer Theilung seien für das Erzhaus die Länder in Italien vorzuziehen [2]).

Dabei mochte noch ein anderer Gedanke mitwirken, wenn auch die Delicatesse nicht gestattete, denselben zum Ausdrucke zu bringen. Von Jahr zu Jahr befestigte sich die Ansicht, daß auf eine weitere Nachkommenschaft des Kaisers Joseph und der Kaiserin Amalie Wilhelmine, außer den vorhandenen zwei Töchtern, nicht zu rechnen war. Darum wünschte jeder österreichische Patriot die baldige Verheirathung Carls III. Diese geschah, durch Procuration, mit der Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Lüneburg, bereits im Sommer

[1]) Bericht des Fürsten Liechtenstein, vom 30. December.

[2]) Wratislaw an Carl III., vom 27. Februar.

1707. Wir werden zum Ueberblicke des Verlaufes dieser Angelegenheit erst im nächsten Jahre gelangen, bei der Ueberführung der Königin nach Barcelona. Derselbe Grund aber, welcher die baldige Verheirathung Carls III. wünschenswerth machte, eröffnete auch die Aussicht auf noch andere Consequenzen: es konnte früher oder später dahin kommen, daß Carl III. das Erbe seines Bruders Joseph antreten mußte. Ob in diesem Falle Spanien für ihn haltbar sein konnte, war eine Frage der Zukunft: sicherer jedenfalls waren die Länder in Italien.

Dem Könige Carl III. scheinen diese Gedanken völlig fern gelegen zu haben. Er war nach Spanien gegangen mit dem Vollbewußtsein seines Rechtes, und wollte sich dort behaupten. Jegliche Andeutung, daß es besser für ihn sein werde, Spanien zu verlassen und nach Italien zu gehen, lehnte er ab. Ja als die Hülfe, die er von dem Kaiser erbeten, mit der großen Flotte im September in Barcelona nicht ankam, schrieb er, am 9. October, dem Grafen Wratislaw die zürnenden Worte: „Wenn man sich etwa einbildet, mich durch ein solches Stecken-Lassen zu zwingen nach Italien zu gehen, betrügt man sich sehr. Denn weder werden die verbündeten Mächte das zulassen, noch bin ich capabel meine Ehre und mein Land zu verlieren; sondern eher will ich, wenn das einmal über mich verhängt ist, mich mit meinen getreuen Unterthanen hinopfern. Also es komme Succurs oder nicht, so werde ich mich allezeit wehren, so lange ich kann, und es ist nur der Unterschied, daß, im Falle des Ausbleibens der Hülfe, es nicht lange mehr dauern wird" [1]).

Carl III. hatte schon wiederholt seinem Bruder, dem Kaiser Joseph, gegenüber einen ähnlichen Ton angeschlagen. Er fühlte sich gekränkt dadurch, daß, ungeachtet er den Cardinal Grimani zum Vicekönig von Neapel ernannt, der Kaiser den Grafen Martinitz hingeschickt hatte, zumal da diese letztere Wahl sich nicht als eine glückliche erwies. Der Kaiser hatte ferner daran gedacht, die Mutter, die Kaiserin-Witwe Eleonore, als Regentin nach Neapel zu senden, und, ungeachtet ihrer Abneigung, in sie dringen lassen. Darüber hatte Carl III. sich

[1]) Diese Correspondenz herausgegeben von Arneth im Archiv zur Kunde österreichischer Geschichtsquellen, Bd. XVI.

scharf ausgesprochen. Ein Duplicat dieses Briefes ward aufgefangen und nach Versailles gebracht. „Der Ton dieses Briefes, sagte man dort, ist bitter und hochfahrend: es scheint, daß der Kaiser und der Erzherzog nicht Ursache haben, mit einander zufrieden zu sein" [1]).

Es war dem Grafen Wratislaw gelungen, im August, seinem Kaiser und seinem Vaterlande einen wichtigen Dienst zu leisten durch sein Auftreten gegenüber dem hochmüthigen Eigensinne des jungen Schwedenkönigs: in denselben Tagen begann er seine Einwirkung auf diesen anderen jungen König in Barcelona, besänftigend, mahnend, warnend. Er bat ihn, dem Kaiser gegenüber nicht so zu reden, wie er gethan, vielmehr zurückzuziehen. Er mahnte ihn die Wahrheit zu hören. Er warnte ihn vor einer allzu großen Freigebigkeit. — König Carl III. antwortete eigenhändig, wie immer an Wratislaw, in einem sehr ausführlichen Schreiben, in welchem bald das Wohlwollen für Wratislaw, bald das gekränkte Selbstgefühl zu stärkerem Ausdrucke gelangt. Da heißt es: „Weder der Kaiser, noch Ihr, noch ein Anderer, sondern nur ich bin Gott für die gute oder schlechte Regierung meines Landes verantwortlich", — oder: „Ihr müßt Euch nicht einbilden, daß Jemand mich dirigiren könne; denn es thäte mir sehr leid, wenn man das von mir glauben wollte." Und damit wechseln dann ab Betheuerungen seiner Liebe zu dem Kaiser, Anerkennungen der treuen Dienste Wratislaws, namentlich zuletzt gegenüber dem Schweden, Aufforderungen für das gute brüderliche Verhältnis thätig zu sein. — Wratislaw las das ganze Schreiben, vom 8. November, dem Kaiser Joseph vor, und dem Tone der späteren Briefe nach darf angenommen werden, daß die Misstimmung bei dem Kaiser Joseph fortan sich legte. In dem Schreiben vom 8. November hatte aber Carl III. nochmals die Ueberkunft des Prinzen Eugen nach Spanien verlangt, wenn auch nur auf kurze Zeit. Wratislaw machte ihm zum Vorwurfe, daß er dies Verlangen auch bei der Königin von England gestellt habe, und wies dann besonders auf den Umstand hin, daß der Kaiser Joseph noch nicht geblattert habe, und, bei seiner Lebensweise, vielen gefährlichen Zufällen ausgesetzt sei. Dies dürfte sich auf die ungemeine Jagdlust des Kaisers Joseph beziehen. Im Falle eines solchen Unglücks,

[1]) Dangeau t. XI, p. 466.

sagt Wratislaw, sei im Interesse des Erzhauses die Anwesenheit des Prinzen Eugen in Deutschland durchaus nöthig.

Dagegen sei der Kaiser bereit, den Grafen Guido Starhemberg nach Spanien zu senden. Nach dem Urtheile Wratislaws war Starhemberg nach dem Prinzen Eugen der beste General des Kaisers.

Unterdessen gingen die Fortschritte der Franzosen, bei der ungenügenden Macht Carls III., unaufhaltsam weiter. Im Anfange October begannen sie die Belagerung von Lerida. Der Prinz Heinrich von Hessen-Darmstadt vertheidigte die Stadt bis zum 12. November. Dann mußte er capituliren. Es verblieben dem Könige Carl III. außer Barcelona noch die Städte Girona, Tarragona, Tortosa. Bis in den Monat November hielt sich noch der Admiral Dilkes mit einem Geschwader im Mittelmeere. Dann segelte auch er hinweg nach Lissabon.

Nicht glücklicher war der Feldzug von Seiten der Portugiesen verlaufen, von denen man sagte, daß sie mehr gelitten als gethan. Zwar versuchte Cadaval mit einem Heere verbündeter Truppen von 10,000 Mann einen Einfall in Castilien; aber dies hinderte den Marquis de Bay nicht, im September die Belagerung der Stadt Ciudad Rodrigo zu unternehmen und sie am 30. September mit stürmender Hand zu erobern. Das Schicksal der Stadt schreckte die portugiesische Armee in die Grenzen des eigenen Landes zurück[1]).

Der Feldzug in den Niederlanden.

Um die Mitte des Monates Mai zogen sich die Armeen zusammen, diejenige der Verbündeten unter Marlborough bei Brüssel, die französische, unter dem Kurfürsten Max Emanuel und dem Marschall Vendome, in der Umgegend von Mons. Ludwig XIV. hatte das Aeußerste aufgeboten, seine Armee der feindlichen überlegen zu machen. In der That bestand die erstere aus 124 Bataillonen und 193 Schwadronen, war daher der verbündeten Armee, die 108 Bataillone und 155 Schwadronen zählte, erheblich überlegen, namentlich an

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 262.

Cavallerie. Die Nachwirkung der im Jahre zuvor erlittenen Schlappen wurde, nach der Ansicht Vendomes, aufgehoben durch die eben damals eingetroffene Nachricht des französischen Sieges von Almanza. Vendome wünschte schlagen zu dürfen; aber ein Schreiben Ludwigs XIV. vom 24. Mai gebot ihm, bei der Gefahr, die aus dem Verluste einer Schlacht erwachse, sich nicht ohne zwingende Nothwendigkeit einzulassen [1]).

Vendome ging darauf aus diese zwingende Nothwendigkeit herbeizuführen, und erhob zugleich nach Versailles hin eindringliche Vorstellungen, daß ihm freie Hand belassen werden möge.

Vom 21. Mai an befand sich die Armee der Verbündeten bei Hal. Dort vernahm Marlborough, daß Vendome Anstalten treffe ostwärts aufzubrechen, daß es demnach Huy und Lüttich gelten könne. Am 26. Mai brach die Armee der Verbündeten von Hal aus auf, um nach einem langen und ermüdenden Marsche Soignies zu erreichen. Am selben Tage marschirte Vendome ostwärts bis Gosselies [2]).

Die Kunde dieses kühnen Schrittes der Franzosen setzte die Häupter der Verbündeten in Erregung. Derselbe deutete die Absicht einer Unternehmung an, entweder sich der Stadt Löven und der Umgegend zu bemächtigen, oder Huy zu belagern. Die Wahrscheinlichkeit sprach für den ersteren Plan. Um denselben zu durchkreuzen, gab es nur zwei Mittel: entweder mußte man auf Brüssel zurückmarschiren, oder nach Nivelle hin die Senne überschreiten. Das erstere Mittel war nicht rühmlich und konnte für den ganzen Feldzug entscheidend werden; das andere zog große Gefahren nach sich, weil es ein Treffen unvermeidlich machte.

In der That war dies die Absicht Vendomes, der sich zu diesem Zwecke am nächsten Tage der Stellung von Gembloux bemächtigen wollte, die er wie unangreifbar betrachtete.

In den englischen Darstellungen jener Zeit herrscht, auf Grund der Berichte Marlboroughs, die Ansicht vor, daß da, wo ein zu erwartendes Treffen nicht erfolgte, die holländischen Feld-Deputirten den

---

[1]) Pelet t. VII, p. 25 et suiv.

[2]) Von hier an namentlich des holländischen Feld-Deputirten Goslinga: Mémoires p. 31 et suiv., et p. 137 et suiv.; andererseits Pelet t. VII, p. 26 et suiv.

englischen Feldherrn gehindert haben. In diesem Falle jedoch haben wir den Bericht eines der Feld-Deputirten, der in entgegen gesetzter Weise lautet. Folgen wir zunächst ihm.

Am Morgen des 27. Mai, während genauere Kundschaften eingeholt wurden, beriefen die Feld-Deputirten ihren Feldmarschall Ouwerkerke und die Generale zum Kriegsrathe. Sie waren einstimmig der Ansicht, daß nach einem Feldzuge wie demjenigen von 1706, der Beginn des neuen mit einem Rückmarsche schimpflich sein würde, daß man daher unternehmen müsse, wie einst auch Wilhelm III. gethan, die Senne bei Arquenne zu überschreiten, und daß man dies um so leichter wagen dürfe, weil in dem coupirten Terrain drüben die Ueberlegenheit des Feindes an Cavallerie nutzlos werde, und alles nur auf die Infanterie ankomme. Dann begaben sich die Feld-Deputirten mit Ouwerkerke und Dopf zu Marlborough, bei welchem sie auch den General Cadogan fanden. Nach einigem Hin- und Wider-Reden einigten sie sich dahin, daß man vor Tagesanbruch den Uebergang über die Senne bei Arquenne versuchen wolle.

Am 28. Mai um zwei Uhr Morgens, der verabredeten Stunde, blieb im Lager der Verbündeten alles still. Später erschien bei den Feld-Deputirten der General Cadogan und meldete im Namen Marlboroughs: er habe einen anderen Uebergangsort untersucht, den man ihm als zweckmäßiger geschildert, und denselben ganz ungeeignet befunden. Ueberhaupt aber halte es der Herzog von Marlborough zur Sicherheit von Brabant und der Grenzen der Republik doch für gerathener zurückzumarschiren und vor Löven ein Lager aufzuschlagen. Einerseits die Ueberlegenheit der Feinde, andererseits die Ungewisheit, in der man sich über den Ausgang des Unternehmens gegen Toulon befinde, gestatteten nicht, daß man bei dieser Lage der Dinge etwas aufs Spiel setze.

Die Feld-Deputirten eilten zu Marlborough. Sie sahen nun die ganze Armee in Bewegung, aber zum Antritte des Rückmarsches auf Hal. Sie fanden endlich Marlborough, und bei ihm ihren Feldmarschall Ouwerkerke. Dieser war der Einzige, zu dem Marlborough in der Nacht über die Sache geredet, und den er dann für seine Ansicht gewonnen hatte. Da die militärischen Häupter sich geeinigt hatten, so blieb den Feld-Deputirten nichts übrig als sich zu fügen.

So berichtet der Feld-Deputirte Goslinga, nicht in officieller Form, sondern in einer Art von Tagebuch, das er nur für seine Kinder bestimmte. Diesem Berichte steht ein Schreiben Marlboroughs an Godolphin in der Hauptsache geradezu entgegen. Andererseits enthält es Berührungspuncte, die mehr zu dem Berichte Goslingas stimmen. Das Schreiben ist verfaßt am Tage nach dem, wie Goslinga meldet, unerwarteten Marsche auf Hal, also am 29. Mai. Es lautet wie folgt [1]).

„Seit meinem letzten Schreiben haben die Franzosen nicht bloß, um uns überlegen zu sein, so viele Truppen wie möglich aus ihren Besatzungen gezogen, sondern haben auch ihre Linien verlassen, so daß es in unserer Macht steht irgend eine ihrer Städte anzugreifen. Aber da wir unser schweres Geschütz nicht in kürzerer Zeit als in vierzehn Tagen haben können, und unsere Truppen nicht ausreichen eine Belagerung zu unternehmen und zugleich sie zu decken: so haben wir es für das beste gehalten, diesen Marsch zu machen, um so die ferneren Plane der Franzosen zu hindern. Sie werden dies aus der beiliegenden Abschrift meines Briefes an den Rathspensionär ersehen. Die wahre Absicht meines Briefes an den Rathspensionär ist ihm zu zeigen, daß ich nicht die Absicht habe ein Treffen zu wagen, wenn nicht die Vortheile auf unserer Seite sind. Diese Vorsicht meinerseits ist durchaus nothwendig; denn anstatt hierher, würde ich gestern auf Nivelle marschirt sein, wenn die Feld-Deputirten hätten einwilligen wollen; aber sie sagten mir geradezu, daß sie besorgten, die Consequenz jenes Marsches werde eine Schlacht sein. Wenn ich daher den Rathspensionär nicht überzeuge, daß ich nur dann ein Treffen wagen will, wenn wir im Vortheile sind, so werden sie ihren Feld-Deputirten solche Befehle geben, daß es nicht mehr in meiner Macht steht etwas Gutes auszurichten, wenn ein Vortheil sich von selber darbietet."

Nach Goslinga haben also die Feld-Deputirten den Marsch auf Nivelle gewünscht, mit der Voraussicht eines Treffens; nach Marlborough haben sie deshalb ihn nicht gestattet.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 69.

An die Lady Marlborough schreibt der Gemahl kurz, daß er den Rückmarsch habe unternehmen müssen, um Brabant gegen die französische Absicht der Verwüstung zu decken [1]).

Goslinga fügt jenem seinem Berichte noch die Worte hinzu: „Von dieser Stunde an schloß ich, daß Marlborough nicht die Neigung hatte, den ganzen Feldzug hindurch überhaupt etwas zu unternehmen. Er wollte die Republik entgelten lassen, daß sie ihm im Jahre zuvor nicht gestattet hatte, die Statthalterschaft von Belgien anzunehmen. Dafür wollte er den Krieg hinschleppen, um uns abzumatten und uns zu zwingen dafür die Mittel herzugeben, inzwischen aber selber zu commandiren und seinen Beutel zu füllen" [2]).

Ob oder in wie weit das Urtheil begründet ist, dürfte schwer zu entscheiden sein. Jedenfalls haben die Worte den geschichtlichen Werth, daß sie die Stimmung eines hervorragenden Holländers jener Tage kennzeichnen.

Unterdessen war der Marschall Vendome, seinem Plane gemäß, am 27. Mai von Gosselies auf Sombref marschirt, und hatte hier sein Hauptquartier genommen. Am anderen Tage vernahm er, daß die Verbündeten den Rückmarsch von Soignies auf Hal angetreten. Er durfte sich sagen, daß er ohne Blutvergießen einen Sieg errungen hatte. Dazu befand sich bereits auf dem Wege die Ermächtigung Ludwigs XIV. für ihn, vom 27. Mai, nach eigenem Ermessen zu handeln. Beim Empfange derselben, am 29. Mai, konnte der Marschall vom Lager zu Sombref aus antworten: „Wenn Ew. Majestät die Reden der Mannschaft hören könnten, würden Sie zufrieden sein. Kurz, die Ueberlegenheit ist für uns völlig wieder gewonnen, und der gestrige Rückmarsch der feindlichen Armee hat den Muth der Unserigen verdoppelt" [3]).

Demnach begann nach dem für Frankreich so schweren Jahre 1706 der Feldzug von 1707 auch in den Niederlanden, eben so wie auf allen anderen Kriegsschauplätzen, mit einem Erfolge.

Marlborough nahm dann sein Lager bei Meldert, Vendome unfern von da an der Dyle. Dorthin gelangte an die Feld-Deputirten

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 75.

[2]) Mémoires de Goslinga p. 34.

[3]) Pelet t. VII, p. 29 et suiv.

vom Haag aus die Weisung jegliches Treffen zu vermeiden, bis man sehe, wie es mit Toulon abliefe. Nach der Ansicht der Feld-Deputirten hatte Marlborough diese Weisung zu erwirken gewußt, um daran für seine Unthätigkeit eine Deckung zu haben. „Wir blieben also, meldet Goslinga, zwei Monate in diesem Lager von Meldert, um zu essen und zu trinken" [1]).

Unterdessen wuchs die Gefahr für Toulon empor. Ludwig XIV. forderte zu wiederholten Malen auch von Vendome die Absendung von Truppen dahin, am 1. August auf einmal 13 Bataillone und 6 Schwadronen, so daß der Armee Vendomes in Allem entzogen waren 20 Bataillone und 11 Schwadronen [2]). Marlborough entschloß sich daher, im Anfang August, aus dem Lager von Meldert aufzubrechen, die Dyle zu überschreiten und seinen Marsch so einzurichten, daß er dem Marschall Vendome, der bei Gembloux lag, die Verbindung mit Mons abschnitte. Die Feld-Deputirten stimmten zu. Am Nachmittage des 10. August brach die Armee der Verbündeten aus dem Lager bei Meldert auf und erreichte am anderen Nachmittage Genappe. Erst um Mitternacht vom 10./11. erhielt Vendome die Kunde jenes Aufbruches und Marsches, der ihn, wenn er verweilte, in die Nothwendigkeit brachte, schlagen zu müssen. Auch er ließ daher mitten in der Nacht in höchster Eile aufbrechen, um vor den Verbündeten nach Pieton zu gelangen [3]).

Am Abende des 11. August hielt Marlborough Kriegsrath, und man einigte sich zum frühen Aufbruche am 12. Am Morgen des 12. jedoch verzögerte Marlborough den Aufbruch, der erst gegen Mittag erfolgte [4]).

Auf die Nachricht, daß die Armee der Verbündeten abermals marschire, begab sich Vendome auf die Höhen von Seneffe, und erkannte von dort aus, daß die feindliche Armee nicht, wie er gemeint,

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 35.

[2]) Pelet t. VII, p. 42.

[3]) Mémoires de Goslinga p. 36. — Coxe vol. II, p. 128. — Pelet t. VII, p. 43 et suiv.

[4]) Mémoires de Goslinga p. 37: Au lieu de marcher de bonne heure le Duc voulut dîner dans son camp, et l'armée ne se mit en marche que vers le midi.

auf Hal marſchire, ſondern auf Seneffe zu. Wenn ſie in der Nacht dieſe Höhen beſetzte, ſo waren die Franzoſen in einer ſchwierigen Lage. Deshalb ließ Vendome um neun Uhr Abends bei ſtrömendem Regen abermals aufbrechen, in aller Stille, ohne Trommel, noch Trompete[1]).

Dieſer Aufbruch, von dem die Verbündeten erſt in der Morgenfrühe Kunde erhielten, rettete, wie wir hernach beſtimmter vernehmen werden, die franzöſiſche Armee vor einer vorausſichtlichen Niederlage. Der Marſch ging weiter, faſt unabläſſig, bis die franzöſiſche Armee, am 14. Auguſt, Chievres erreichte.

„Es wäre unmöglich geweſen, dahin zu gelangen, bemerkte ſpäter der General Pelet, wenn Marlborough ſich in Soignies befunden hätte, bevor Vendome ſeinen Marſch vollendet hatte, weil in dieſem Falle dem Uebergange über den Bach Lens unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen getreten wären" [2]).

Der holländiſche Feld-Deputirte Goslinga faßt die Sache beſtimmter. Nachdem er mehrere Verſäumniſſe aufgezählt, fährt er fort: „Wir verloren durch dieſe Nachläſſigkeit oder übelen Willen — vom 12. Auguſt — die ſchönſte Gelegenheit, die ſich jemals geboten, um am nächſten Tage die franzöſiſche Armee völlig zu ſchlagen. In große Defileen verwickelt, hätte ſie uns die Flanke dargeboten, und das Feld von Cambron nicht ohne den Verluſt des größeren Theils der Armee erreichen können. Sie hatte, eingeengt von allen Seiten, nicht den Raum, eine Schlachtordnung zu entwickeln. Kurz, nach menſchlicher Anſicht, ſtand ihre Niederlage in ſicherer Ausſicht" [3]).

Die Spitze der Armee der Verbündeten erreichte Soignies am 13. Auguſt, die Maſſe erſt am folgenden Tage, zur ſelben Zeit, wo die Franzoſen das Lager von Cambron beſetzten. Der Marſch dieſer wenigen Tage bei unabläſſig ſtrömendem Regen hatte beiden Armeen ſchwere Opfer gekoſtet, ungleich mehr jedoch der franzöſiſchen, weil ſie dabei des Brotes ermangelte. Die Noth derſelben ſpricht ſich aus in der Anzahl der Deſerteure dieſer Tage: ſie betrug über 4000[4]).

---

[1]) Pelet t. VII, p. 43. — Coxe vol. II, p. 130.
[2]) Pelet t. VII, p. 45.
[3]) Mémoires de Goslinga p. 38.
[4]) A. a. O. p. 39.

Von da an verlief der Feldzug wie zuvor: die Armeen beobachteten einander. Aber Vendome zeigte noch weniger Neigung als Marlborough, es auf ein Treffen ankommen zu lassen: er wich über die Schelde zurück. Die Armee der Verbündeten folgte, um dann abermals sich zu verhalten wie zuvor, bis die Zeit der Winterquartiere heran nahte. Der Feldzug, der für beide Theile einen so großen Aufwand von Kosten erfordert hatte, war thatlos verlaufen.

Der Feld-Deputirte Goslinga beschließt seine Denkwürdigkeiten über den Feldzug mit einer Charakteristik Marlboroughs. Er schildert sein Aeußeres ungemein vortheilhaft, nicht minder seine geistige Begabung. „Er besitzt, sagt Goslinga, ein klares Urtheil, einen durchdringenden Scharfsinn, durchschaut die Menschen und weiß wahres und falsches Verdienst zu unterscheiden. Er redet geläufig, selbst im Französischen, obwohl er es schlecht spricht, hat ein angenehmes Organ, so daß er in seiner Muttersprache für einen beliebten Redner gilt. Sein Auftreten ist sehr gewinnend. Wie seine glückliche Gesichtsbildung Jedermann zu seinen Gunsten einnimmt, so vermögen seine Manieren, seine Freundlichkeit auch die gegen ihn Voreingenommenen oder Unzufriedenen günstig zu stimmen. Daß er Muth besitzt, hat er bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen. Er kennt den Kriegsdienst, und entwirft seinen Feldzugsplan vortrefflich. Das sind seine Lichtseiten. — An Schattenseiten habe ich zunächst bei ihm zu entdecken geglaubt eine tiefe Verstellung, die um so gefährlicher wird, weil er sie versteckt unter Manieren und Ausdrücken, welche die Offenheit selber zu sein scheinen. Ferner hat er einen maßlosen Ehrgeiz und eine schmutzige Habgier, die auf sein gesammtes Verhalten einwirkt. Ich habe gesagt, daß, was immer seine Feinde und Neider sagen mögen, er Muth besitzt; jedoch hat er nicht die Festigkeit der Seele, die den wahrhaften Helden ausmacht. Er ist am Vorabende einer großen Action manchmal unentschlossen und noch etwas mehr, scheut vor Schwierigkeiten und läßt sich zuweilen durch Misgeschick niederschlagen. Als Augenzeuge könnte ich davon mehrere Fälle anführen; jedoch bemerkte ich nichts dieser Art bei Ramillies, so wie später bei Malplaquet: er war vorher ganz entschlossen und ruhig. Daher ist es auch möglich, daß die Schwäche

seiner Constitution, die der Ermüdung nicht genügend widersteht, mit dazu beiträgt. Er versteht nicht sehr viel von der militärischen Disciplin, und läßt dem Soldaten die Zügel, auch wenn er häßliche Unordnungen begangen hat. Daher kam es, daß wir in jedem Feldzuge viele Marodeurs verloren, so sehr, daß die 9000 Gefangenen, die wir im Jahre 1708 bei Oudenarde machten, für die Auswechselung derer, welche der Feind uns in diesen zwei Feldzügen von 1707 und 1708 genommen, kaum ausreichten. Auch versteht er von dem Detail des Kriegswesens weniger als man von dem Höchst-Commandirenden erwarten sollte. Das sind Schwächen, welche jedoch verschwinden gegen die seltenen Talente dieses wahrhaft großen Mannes. Diese Bezeichnung glaube ich ihm geben zu dürfen, als verdient durch die großen Thaten, die unter seiner Führung und nach seinem Rathe geschehen sind. Er hat von seinen errungenen Siegen nicht immer den ausgiebigsten Gebrauch gemacht, auch nicht immer die Gelegenheit benutzt, Vortheile zu erringen; aber bei allem dem hat er mehr und größere Erfolge davon getragen als irgend ein anderer General seiner Zeit, ausgenommen den unvergleichlichen Prinzen Eugen von Savoyen. — Es gibt noch einen anderen Grund, der unseren Verdruß über ihn verringern muß. Dies ist der Widerstand, den die Republik erhob gegen die gerechte Belohnung, die für seine ausgezeichneten Dienste der König Carl III. ihm durch die Verleihung der Statthalterschaft von Belgien im Jahre 1706 zugedacht hatte. Marlborough hat der Republik diesen Act der Undankbarkeit sein Lebenlang nicht vergessen können" [1]).

So werthvoll diese Charakteristik Marlboroughs von der Hand eines beobachtenden Augenzeugen ist: so muß doch dabei hervorgehoben werden, daß sie sich auf Marlborough als Feldherrn beschränkt, nicht den englischen und europäischen Staatsmann mit in Betracht zieht. Die Charakteristik in dieser Beziehung wird sich ferner wie bisher ergeben aus den Thatsachen.

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 43 et suiv.

Berathungen für den nächsten Feldzug.

Beredung in Mainz.

Im Laufe des Feldzuges hatte Marlborough wiederholt den Wunsch ausgesprochen, daß zur Vereinbarung der Kriegesanstalten für das nächste Jahr eine Beredung statt finden möge. Diesem Wunsche ward entsprochen. Auf der Heimkehr aus dem Feldzuge begab sich der Kurfürst Georg Ludwig nach Mainz zu dem Kurfürsten Lothar Franz. Dort fand sich gegen Ende October auch Marlborough ein, und dann von kaiserlicher Seite der Graf Wratislaw. Unter den Gedanken, die Marlborough vertrat, steht voran derjenige der Verstärkung aller Armeen gegen Frankreich, für Spanien insbesondere derjenige der Sendung des Prinzen Eugen dahin. Er begründete jenen hauptsächlichen Gedanken mit dem Hinweise, daß Frankreich, ermuthigt durch den günstigen Verlauf dieses Feldzuges, beabsichtige, in dem nächsten mit 40,000 Mann mehr aufzutreten. Bereits habe die Königin mit den Generalstaaten dies erwogen und den Entschluß gefaßt, demgemäß auch ihrerseits zu handeln; aber die Lauigkeit der Reichsstände in der Erfüllung ihrer Pflicht errege Mismuth sowohl bei den Generalstaaten als auch im englischen Parlamente. Er fragte an, weffen man sich vom Reiche zu versehen habe[1]).

So richtig die Worte sein mochten, sie waren, wenn sie Frucht tragen sollten, eben so wenig an die rechte Adresse gewendet, wie diejenigen, welche, wie wir vernommen haben, zur selben Zeit die Generalstaaten an den Reichstag richteten. Der Reichstag bestand aus Gesandten, denen über die Entschlüsse ihrer Committenten keine Macht zustand. Jene zwei Kurfürsten von Mainz und Braunschweig-Lüneburg hatten durch die That bewiesen, daß sie den Anderen an Patriotismus zuvorgingen, und der kaiserliche Botschafter konnte das Unvermögen entgegen halten, in welches der Kaiser namentlich durch die ungarische Rebellion gesetzt wurde, nicht ohne die moralische Mitschuld von England und der Republik. Die eigentlich Säumigen waren die einzelnen

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII[a], S. 37.

Reichsfürsten, und an deren Adresse wäre die Beschwerde zu richten gewesen.

Der Kurfürst Georg Ludwig legte den Bestand der Reichsarmee dar, den Abgang an Truppen, namentlich an Cavallerie, so wie an Heergeräth. Er bemerkte, daß die Ergänzung eine Million Reichsthaler erfordern würde. Wenn dieser Betrag beschafft werde, so biete er auch ferner seine Person mit Freuden dem römischen Reiche und dem Vaterlande zu Diensten: im anderen Falle werde weder er, noch ein Anderer im Stande sein, mit Reputation das Commando zu führen. Auch glaube er annehmen zu dürfen, daß man es ihm nicht einmal zumuthen werde.

Die Vorschläge des Kurfürsten wurden als zweckmäßig anerkannt. Es handelte sich dann um die Beschaffung dieser einen Million Reichsthaler, gemäß der Vertheilung derselben über die Kreise des Reiches nach dem Beschlusse des Reichstages.

Es würde allzu ermüdend sein, in die weitläufige Correspondenz darüber einzugehen. Die Sache nahm denselben Verlauf, wie diejenige der 200,000 Thaler, die der Kurfürst Georg Ludwig für die Operations-Casse gefordert hatte. (Vergl. S. 505.) Zwei Jahre nach der Beredung und dem Beschlusse von Mainz, im October 1709, war von den sämmtlichen Reichskreisen zur Casse eingekommen der Betrag von 251.031 Gulden 46½ Kreuzer, also ziemlich genau ein Sechstel der Million Reichsthaler[1]).

Zur selben Zeit gab der König August II. den Betrag, den der Schwedenkönig Carl XII. durch seine fast einjährige Einlagerung dem unglücklichen Kursachsen ausgedrückt, an auf 23 Millionen Reichsthaler. Zur selben Zeit ferner berechnete man die Summe der Brandschatzungen, die der Marschall Villars in den Monaten vom Mai bis October von dem südwestlichen Deutschland gezogen, auf neun Millionen Gulden.

Der Vergleich dieser Beträge wirft einiges Licht auf die Zustände des römischen Reiches deutscher Nation.

Daß es in solcher Weise ergehen würde, sah Marlborough, bei seiner Kenntnis der deutschen Zustände, klar vorher. Es ist merkwürdig, wem und in welcher Weise er seine Meinung darüber aussprach: dem

[1]) Faber, Staatskanzlei Bd. XIV, S. 669.

Fürsten nämlich, welcher, der Regel nach, weder Einen Mann für das Reich stellte, noch Einen Thaler zahlte, dem König-Kurfürsten von Preußen-Brandenburg. „Es thut mir sehr leid, meldet Marlborough, noch von Mainz aus, Ew. Majestät über den Erfolg meiner Reise nicht einen günstigeren Bericht abstatten zu können. Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß ich die Dinge hier in so traurigem Stande finde, daß, wenn nicht der Kaiser und die Reichsfürsten von Stund an sich anstrengen, um die Reichsarmee zu verstärken, und Mittel bereit zu halten, die sie in den Stand setzen zu agiren: so sind wir in großer Gefahr, daß der bevorstehende Feldzug nicht glücklicher verlaufen wird als der jetzt beendete. Die beiden Kurfürsten haben vielen Eifer bewiesen, und werden, nach meiner Ueberzeugung, es in nichts ermangeln lassen; aber Ew. Majestät wissen, daß es einer allgemeinen und einstimmigen Mitwirkung des ganzen Reiches bedürfte. Der erste Schritte wäre, nach meiner Ansicht, sich die kursächsische Cavallerie zu sichern, die für die Reichsarmee sehr nützlich werden könnte, und ich hoffe, daß die Nothwendigkeit einen Jeden zwingen wird, dazu mit Hand anzulegen."

Dieser erste Theil des Briefes läßt die Deutung zu, daß Marlborough dem Könige in sehr höflicher Weise die Verpflichtung nahe legen wollte, auch einmal etwas für das Reich zu thun. Aber dann fährt er fort: „Ich danke Ew. Majestät für die Gerechtigkeit, die Sie mir in dem vorigen Briefe erwiesen haben. Ich bin ein zu ergebener Diener Ew. Majestät, als daß ich jemals etwas wünschen könnte, was Sie nicht Ihrem Interesse entsprechend erachten. Ich war der Ansicht, daß, nach dem Abzuge des Schwedenkönigs, Ew. Majestät ohne irgend welchen Anstand Ihr Truppen-Corps in den Niederlanden mit einigen Regimentern verstärken könnten; allein, da Ew. Majestät es nicht zweckmäßig finden, so denke ich nicht mehr daran" [1]).

Wenn immer Marlborough gemeint hat, mit diesem Schreiben auf Friedrich I. für eine Hülfe an den Oberrhein einzuwirken, so hatte er keinen Erfolg. Friedrich I. schickte dahin wie bisher weder sein Reichs-Contingent, noch die 8000 Mann, die er dem Kaiser zu stellen schuldig war.

[1]) Murray vol. III, p. 631. Vom 28. October.

Es hätte dagegen zu einem erheblichen Theile von Marlborough abgehangen, eine bedeutende Hülfe nach dem Oberrheine hin verfügbar zu machen. Der Kurfürst Georg Ludwig ersuchte ihn, bei der Königin und den Generalstaaten zu erwirken, daß die 10,000 Mann, die er im Solde der Seemächte in den Niederlanden stehen habe, im Falle der Noth an den Oberrhein marschiren könnten. Er schlug vor, darüber dem Vertrage einen neuen Artikel hinzuzufügen. Nach seiner Ankunft in London antwortete Marlborough: die Königin, um ihren aufrichtigen Wunsch zu bethätigen, alles nach Gefallen des Kurfürsten einzurichten, lasse gern durch Marlborough dem Kurfürsten versichern, daß, im Falle die Kriegs-Raison erfordere, Truppen aus den Niederlanden an den Oberrhein zu senden, diejenigen des Kurfürsten allen anderen vorgezogen werden sollten. — Die Zusage war sehr gewunden; aber es war doch immer etwas der Art. — An den Rathspensionär jedoch schrieb Marlborough: „Ihre Gründe gegen die Einsetzung eines solchen Artikels, wie ihn der Kurfürst verlangt, in den Vertrag, sind so augenfällig, daß Sie wohl denken können, daß wir nicht darauf eingehen. Denn der Artikel würde ja, wie Sie bemerken, dem Kurfürsten das Motiv darbieten, seine Truppen nach Deutschland zu rufen. Ich hoffe, er wird nicht darauf bestehen. Sollte es dennoch der Fall sein, so müssen wir Sie zu Hülfe rufen; denn Sie dort sind besser in der Lage, die Sache mit ihm auszufechten, als wir hier“ [1]).

Berathungen im Haag, im November.

Zu Ende October brach Marlborough von Frankfurt nach dem Haag auf. Dahin begleitete ihn der Graf Wratislaw, um im Namen des Kaisers Antheil zu nehmen an den Berathungen für den nächsten Feldzug.

Der Staatsrath der Republik hatte bereits, wie alljährlich üblich, den Generalstaaten den Stand der Dinge in einer ausführlichen Denkschrift dargelegt. Obwohl dieselbe noch nicht ausdrücklich eine Vermehrung des Truppenbestandes verlangte, so begründete sie doch im voraus diese Forderung. Diesem Zwecke diente in der langen und lehrreichen Denkschrift [2]) namentlich der Hinweis auf die Macht Frankreichs.

---

[1]) Murray vol. III, p. 645, 650.

[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. IV, p. 614 et suiv.

„Sehen wir uns Frankreich näher an, sagt die Denkschrift: es ist noch dasselbe, was es war beim Beginne dieses Krieges. Es hat von der Ausdehnung seiner Herrschaft, seiner Grenzen noch nichts verloren als die Städte Menin und Susa; statt derselben hat es dagegen im Besitze ganz Savoyen, Breisach, das Fort Kehl und die Stadt Trier. Wie groß immer die Leistungen dieser Macht während der zwei letzten großen Kriege gewesen sein mögen: sie reichen weitaus nicht an die des jetzigen. Man weiß von guter Hand, daß die Mittel und die Steuern, welche Frankreich während des jetzigen Krieges jährlich erhoben hat, doppelt so groß sind als in der früheren Zeit, und daß sie sogar ein Drittel alles gemünzten Geldes in Frankreich betragen. Die Armeen dort sind gleichfalls zahlreicher geworden durch die Aushebungen, welche mühelos geschehen, weil man die Unterthanen zum Dienste zwingt. In dem nunmehr abgelaufenen Feldzuge hat man 400 Schwadronen und 300 Bataillone gezählt. Und obwohl nicht in Abrede gestellt werden kann, daß das Königreich, welches täglich so überraschende Leistungen an Mannschaft und Geld darbringt, sehr geschwächt und erschöpft sein muß — obwohl ferner der Handel nach außen danieder liegt, und demgemäß auch die Vortheile, die er mit sich führt, nicht einkommen — obwohl ferner die beständige Herabsetzung der Münzen in Edelmetall, die Fluth der Münz-Billette, die nicht richtige Zahlung der Renten den Credit verringern und das baare Geld zur Auswanderung treiben —: so ist doch bei dem Allem unzweifelhaft, daß Frankreich in sich selber sehr beträchtliche Hülfsmittel besitzt, über die man nicht leicht hinweg sehen darf. Vor Allem ist zu beachten, daß die despotische Gewalt des Königs, und andererseits die Unterwürfigkeit, der Respect, der Gehorsam, welchen seine Unterthanen ihm entgegen bringen, ganz besonders dieser Nation eigenthümlich sind, namentlich dem Adel, welcher zahlreich sich zum Kriege drängt. Ferner ist hervorzuheben die weite Ausdehnung des Königreiches, die große Menge der wohl bevölkerten Dörfer. Das sind eben so viele Quellen, aus denen diese Krone bisher, so oft auch ihre Armeen geschlagen und verringert wurden, sie hat ergänzen und herstellen können. Die Verluste, welche sie durch die Auswanderung des baaren Geldes erleidet, werden zum erheblichen Theile wieder gut gemacht durch den Erlös für eine große Menge von Erzeugnissen, die sich im nördlichen Europa verkaufen. Frankreich muß auf die Fischerei

verzichten und auf den Handel, den es sonst an den Küsten des Mittelmeeres und nach der Levante betrieb; aber dafür wird es reichlich entschädigt durch den Leinewand-Handel, den es von der Normandie und der Bretagne aus nach dem spanischen Westindien führt, und besonders durch die fast unausgesetzte Schifffahrt und den Handel mit den Küsten von Südamerika. Dort hat es mit den Bewohnern von Peru einen Gold- und Silberhandel errichtet, der eine fast wunderbare Menge Edelmetall, in Barren wie in Münze einbringt, so wie auch andere kostbare Waaren. Der dritte Theil davon, so wird versichert, gelange in die Cassen des Königs. Dazu rechne man die Summen, welche Frankreich durch seine Kapereien gewinnt, so wie durch die Contributionen, die es in den Grenzländern der verbündeten Mächte erhebt."

Die Denkschrift erörtert dann Spanien, in welchem Carl III. nur erst einen geringen Theil besitze, während der übrige, bei weitem größere, sich für Philipp V. zu Kraftleistungen aufraffe, wie man sie seit sechszig Jahren von Spanien her nicht gesehen habe. Zu dieser Krone gehören aber auch die spanischen Niederlande, die, so weit sie nicht im Jahre zuvor wieder gewonnen, Frankreich im Besitze habe. Auch rühme sich ja Frankreich geradezu, daß der Herzog von Anjou, bei der Annahme des vorgeblichen Testamentes Carls II., dem Großvater dafür die Niederlande abgetreten habe.

Und dies führt den Verfasser der Denkschrift zu einem Rückblicke auf die Begehrlichkeit Frankreichs, seit den Tagen des Cardinals Richelieu, nach dem Besitze von Belgien, und damit auf die Gefahr, welche von dort her die Republik der Niederlande unabläßig bedrohe.

Die despotische Gewalt des Königs von Frankreich, so wie die Unterwürfigkeit der Franzosen, auf welche die Denkschrift des holländischen Staatsrathes hinweist, bewährte sich eben damals in dem Parlamente von Paris. Der Präsident desselben eröffnete die Session mit der folgenden Anrede[1]).

„Wir haben bei der jetzigen Eröffnung des Parlamentes eine große Zahl von Edicten und Declarationen des Königs vorgefunden, eingesendet um von dem Gerichtshofe registirt zu werden. Sie betreffen sämmtlich die Gelder, welche dem Könige für die dringenden Bedürf-

[1]) Lamberty t. XIV, Supplément, p. 185.

nisse des Staates nothwendig sind. Vielleicht könnten Sie Bedenken haben gegen die Einregistrirung so vieler Edicte, welche sämmtlich die Unterthanen belasten; aber wir glauben dagegen, daß uns die Pflicht obliegt, den Befehlen unseres Souveräns zu willfahren. Unsere Verzeichnisse enthalten ein merkwürdiges Beispiel, welches uns für unser Verhalten in diesem Falle zum Muster dienen muß. Dies Beispiel fand statt im Jahre 1484. Damals verlor Frankreich den König Ludwig XI., welcher für die Minderjährigkeit seines Sohnes Carl VIII. seine Tochter zur Regentin eingesetzt hatte. Mit dieser Verfügung des verstorbenen Königs war der damalige erste Prinz vom Geblüte, der Herzog von Orleans, nicht einverstanden. Er beklagte sich daher beim Parlamente; aber er erreichte dadurch nicht was er hoffte. Vielmehr erhielt er die Antwort, daß er von dem Gerichtshofe mehr verlange als dieser gewähren könne. Denn die Autorität des Gerichtshofes beschränke sich darauf den Unterthanen des Königs Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und erstrecke sich nicht auf die Finanzen oder die Staatsverwaltung, deren Regierung einzig und allein abhange von der souveränen Autorität."

„Das ist das Vorbild, dem wir bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nachzufolgen haben. Nur mit Bedauern blicken wir auf die entgegen gesetzten Beispiele, zu welchen Einflüsterungen, Berichte oder andere Absichten, immer übel gemeint, manchmal diesen Gerichtshof bewogen haben. Aber zur Zeit, wo die Nothwendigkeit der gerechten Unterwerfung unter die Befehle des Königs vor Augen liegt, gebührt es uns, die wir nicht in den Armeen des Königs dienen, weil das wider unseren Beruf wäre, noch auch mit unserer Gabe ihm helfen können, weil sie zu wenig austragen würde — gebührt es also uns wenigstens, durch unsere Unterwürfigkeit und unseren Respect vor den Befehlen des Königs, innerhalb des Königreiches die Ruhe des Friedens zu bewahren."

Der lange Schwall zieht sich zusammen auf den Gedanken: der König befiehlt, und das Parlament von Paris gibt dem Befehle die formelle Sanction.

Marlborough hatte vor seiner Reise nach Frankfurt die Gemüther im Haag für eine Verstärkung der verbündeten Armee williger gefunden als nach der Rückkehr. Er meldete, am 9. November, dem

Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover, daß die Aussichten nicht günstig, daß er jedoch alles aufbieten werde[1]). Sein Vorschlag war die verbündeten Armeen um 30,000 Mann zu verstärken, ein Drittel derselben auf Kosten der Republik, zwei Drittel derselben auf Kosten von Groß-Britannien. Der Rathspensionär Heinsius war mit Marlborough darin einverstanden. Dennoch gelang es ihnen nicht, sogleich damit durchzudringen. Erst als einige Wochen später Marlborough von St. James aus schrieb, daß das englische Parlament des Beispieles der Willigkeit von Seiten der Generalstaaten bedürfe[2]), ging im Haag die Sache von statten. Ungeachtet der bereits schweren Belastung der Republik überwog doch die Ueberzeugung, daß zur Erlangung eines sicheren und festen Friedens, der Krieg mit noch stärkerem Nachdrucke geführt werden müsse. Die Provinzen zeigten sich nicht mehr widerwillig. Die wichtigste, Holland, ging voran, wie in solchen Fällen hergebracht, und bahnte dadurch den Weg. Sie beschloß nicht bloß eine Vermehrung der Landmacht, sondern auch der Seemacht, durch eine außerordentliche Ausrüstung von 24 Schiffen[3]).

Von den Truppen, die bisher in Italien gestanden, waren 7000 Pfälzer zur Unterstützung für Carl III. nach Spanien bestimmt. Dazu fragte es sich um die Rückkehr der Hessen, die für ein Elite-Corps galten. Victor Amadeus aber ließ aller Orten nachdrücklich geltend machen, daß das Gesammt-Interesse der Allianz die Fortdauer seiner Offensive erheische, damit nicht die ihm gegenüber stehenden französischen Truppen anderswohin verfügbar würden. Marlborough war nicht dafür die Macht des Herzogs schwächen zu lassen; denn er war überzeugt von der klugen Haltung dieses Fürsten, der ihm ein reiches Geschenk zusandte[4]). Es bestand in einer Reihe Tapetenstücke von vergoldetem Leder, sehr abgenutzt und dennoch von hohem Werthe, weil jedes Stück ein Gemälde von der Hand Titians trug, lauter lascive Darstellungen. Dazu waren es Originale, von denen nie eine Copie genommen war. Man sagte, daß der König von Frankreich, um

---

[1]) Murray t. III, p. 636.
[2]) A. a. O. p. 650.
[3]) Lamberty t. IV, p. 599.
[4]) Wörtlich nach Lamberty t. IV, p. 598.

Trianon mit diesen Bildern zu zieren, bis zu 100,000 Thaler dafür geboten habe, jedoch vergeblich.

Am 10. November meldete Marlborough vom Haag aus dem Herzoge Victor Amadeus, daß er sich darauf verlassen könne, die 8000 Preußen und die Sachsen-Gothaer zu behalten, daß Wratislaw auch für die 20,000 Mann Kaiserliche die feste Zusage gegeben, und daß man sich in Cassel um das Verbleiben der Hessen in Italien bemühe[1]). Er rechnete darauf, daß mit den eigenen 20,000 Mann, Victor Amadeus jedenfalls eine Armee von 45,000 Mann haben werde.

Aber war man denn auch nur der Preußen in Italien so sicher? Ein Brief Friedrichs I., der die Abberufung derselben ankündigte, erreichte Marlborough erst in St. James. Marlborough indessen wußte, wie das gemeint war. Im Namen der Königin ersuchte er Friedrich I. dringend, nicht blos von dieser Absicht abzustehen, sondern das Corps dort noch um einige Bataillone zu vermehren. Das werde die Königin als einen neuen Beweis der aufrichtigen Freundschaft ansehen, die ihr der König immer bewiesen habe. Friedrich I. willigte ein, die Truppen dort zu belassen, aber mit neuen Bedingungen. Lord Raby in Berlin erhielt den Auftrag die Unterhandlung so zu führen, daß der Hof dort bei guter Laune bleibe, und dabei zurück trete von den Forderungen, die vernünftiger Weise nicht bewilligt werden könnten. „Sie werden, fügt Marlborough hinzu, dafür Ihre ganze Geschicklichkeit aufzubieten haben" [2]).

Wachsen der Differenz zwischen der Königin Anna und dem Ehepaare Marlborough.

Die Königin Anna hatte zum Ende des Jahres 1706 dem Andringen Marlboroughs, der seinerseits wieder gedrängt wurde von Godolphin, von der Whig-Junta und der Lady Marlborough, nachgegeben und einen der Führer der Whig-Partei, den Lord Sunderland, Schwiegersohn des Ehepaares Marlborough, zum zweiten Staats-Secretär ernannt, neben Sir Robert Harley. Aber sie hatte widerstrebend sich gefügt, einerseits weil die Persönlichkeit Sunderlands ihr

[1]) Murray vol. III, p. 637.
[2]) A. a. O. p. 646, 657.

unangenehm war, andererseits weil, wie sie offen ausgesprochen hatte, sie sich fürchtete, unter die Herrschaft der Whig-Partei zu kommen. Diese Furcht hemmte nicht die Bestrebungen der Whig-Partei nach diesem Ziele. Marlborough und Godolphin gehörten nicht der Partei an; aber sie hatten mit derselben gemein, daß sie beiderseits die nachdrückliche Fortführung des Krieges wollten. Vermöge dieses Bandes drückte die Whig-Partei auf Marlborough und Godolphin, und wiederum diese zwei auf die Königin, die auch ihrerseits der Meinung lebte, daß nur die Fortsetzung des Krieges ihr die Krone sichere.

Nachdem aber einmal die Königin jene Furcht offen ausgesprochen hatte, mußte man darauf gefaßt sein, daß sie trachten würde, sich an irgend einem festen Puncte gegen die Anforderungen der Whig-Partei zur Wehr zu setzen. Die Königin fand diesen festen Punct an ihrer geliebten Hochkirche.

Die Abhängigkeit des Territorial-Kirchenthumes von der weltlichen Gewalt hat naturgemäß die Consequenz, daß das erstere von dem Kampfe der politischen Parteien des Landes nicht unabhängig bleiben kann. Die Whig-Partei verlangte für die erledigte erste Professur der Theologie in Oxford einen Angehörigen ihrer Partei, Dr. Potter. Marlborough befürwortete diese Ernennung. Die Königin zauderte lange, weil ihr auch ein Mitglied der Tory-Partei, Namens Smalridge, vorgeschlagen war. Marlborough gewann es über sich, für diese eine Sache sein ganzes Ansehen bei der Königin einzusetzen. Er schrieb ihr einen eindringlichen Brief, mit Klage über das sichtliche Sinken seiner Geltung bei ihr, und über das lange Hinzaudern der bereits von ihr versprochenen Beförderung einer Persönlichkeit, die ihr von ihren Ministern als ein treuer Anhänger ihrer Regierung empfohlen sei. Er behauptete abermals, daß das einzige Mittel ihre Regierung friedlich zu erhalten, bestehe in dem Festhalten an der von ihr aufgestellten Richtschnur, Keinen derjenigen zu befördern, die ihrem Dienste und dem Interesse der Nation zuwider handelten. — Als dann auch Lady Marlborough ihre Vorstellungen hinzufügte, gab die Königin nach und ernannte den Dr. Potter [1]).

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 176.

Hatte die Königin in diesem Falle nachgegeben, weil sie durch ein früheres Versprechen gebunden war, so ergab sich ihr bald eine Gelegenheit zu zeigen, daß, wie nach dem Berichte der Lady Marlborough ihre nächste Umgebung es benannte, sie in Wirklichkeit Königin sei. Die anglicanischen Bischofssitze von Exeter und Chester waren erledigt. Die Königin, ohne einen der Minister darüber zu befragen, ernannte zwei Tories, Dawes und Blackhall.

Diese Ernennung erregte in hohem Maße einerseits die Whig-Partei, andererseits Marlborough und Godolphin. Aus dem Lager von Meldert schrieb jener an diesen, am 27. Juni: „Ihre Nachrichten über die Königin beunruhigen mich. Wenn ihr Vorurtheil gegen gewisse Personen (die Whig-Partei) so unbesiegbar ist, und sie demnach die vacanten Kirchenämter nur an diejenigen verleihen will, die darauf ausgehen, ihre Freunde und Diener zu zerreißen: so ist Zerrüttung die unausbleibliche Folge. Aber meine Meinung war und ist, daß Sie den Staats-Secretär Harley mit sich nehmen, und, mit ihm zusammen, mit allem denkbaren Freimuth und Offenheit, der Königin ihr wahres Interesse darlegen. Sieht sie es ein, so ist alle Besorgnis gehoben. Ist dies nicht der Fall, so haben Sie Ihre Pflicht gethan, und das Uebrige müssen wir dem Willen Gottes anheim stellen“ [1]).

Bis dahin hatte also Marlborough keinen Verdacht gegen Harley. Aber Godolphin antwortete ihm: „Wenn ich nach Ihrem Rathe mit Harley zu irgend einem solchen Zwecke vor der Königin erschiene, so würde er entweder schweigen oder entgegen reden. Gerade Harley haßt und fürchtet die Führer der Whigs, die Lords Somers, Sunderland, Wharton, so sehr, daß er jede Gelegenheit benutzt, der Königin den Kopf mit Projecten der Whigs anzufüllen“ [2]).

Mit dieser Differenz in Betreff Harleys zwischen der Königin einerseits, und Godolphin andererseits verwob sich eine andere, noch mehr persönliche, welche die hauptsächlichen Frauen betraf.

Lady Marlborough hat lange Jahre nachher eine Art Rechtfertigung ihres Verhaltens in dieser Zeit geschrieben [3]). Sie erzählt

[1]) Coxe vol. II, p. 103.

[2]) A. a. O. p. 106. Vom 5. Juli.

[3]) An account of the Conduct of the Duchess of Marlborough. London 1742.

darin, wie sie sich einer ihr nahe verwandten, verarmten Familie Hill angenommen, namentlich der einen Tochter, Abigail, und daß sie dieselbe als Kammerfrau bei der damaligen Prinzessin Anna in Dienst gebracht. Sie erhebt gegen dieselbe dann den Vorwurf der Undankbarkeit, daß sie das Vertrauen, in welches sie im Laufe der Jahre bei der Königin hinein wuchs, zum Nachtheile ihrer Wohlthäterin benutzt habe.

Allein die Briefe einerseits der Königin, andererseits der Herzogin, von dieser selbst veröffentlicht, thun dar, daß lange bevor der Name Abigail Hill darin genannt wird, die frühere Freundschaft der beiden Frauen sich in der Zersetzung befand, nicht wegen einzelner Zufälligkeiten, sondern wegen der principiellen Stellung. Lady Marlborough fügte sich nicht bloß, wie ihr Gemahl und Godolphin, in die Forderungen der Whig-Partei, weil ihnen für die Fortführung des Krieges das Zusammen-Gehen mit den Whigs als unvermeidlich erschien: Lady Marlborough war vielmehr selbst völlig Whig geworden, a true born Whig, wie ihr Gemahl sie häufig bezeichnete [1]). Die Königin Anna fürchtete die Herrschaft der einen Partei wie der anderen. Sie hatte um des Krieges willen, eben so wie Marlborough und Godolphin, den Anforderungen der Whig-Partei bis dahin nachgegeben; aber nun, wo sie diese Partei mehr fürchtete als die andere, wo sie sich daher zu stemmen versuchte, fand sie an der bisherigen Freundin keine Stütze mehr, sondern eine Bundesgenossin der von ihr gefürchteten Partei. Noch dazu trat diese Bundesgenossenschaft oft in scharfer, in verletzender Weise heran. Die alten vertraulichen Formen der gegenseitigen Anrede mit Missis Morley und Missis Freeman blieben noch; aber der übrige Ton der Briefe steht mit ihnen nicht im Einklange. Die Herzogin scheint gemeint zu haben ihre Ueberlegenheit der früheren Tage, ihre Herrschaft über den Willen der Königin zurück gewinnen zu können durch Vorwürfe und Belehrungen, gegen welche die früher so nachgiebige Königin sich auflehnte, und vor welchen sie anderswo eine Zuflucht suchte.

Man darf mit Gewisheit sagen, daß der Spalt zwischen der Königin und der Herzogin immer weiter klaffte, auch ohne fremdes

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 27.

Zuthun, um so mehr also, wenn von anderer Hand nachgeholfen wurde. Ob Abigail Hill von Anfang an mit Absicht dies gethan, liegt nicht vor; aber das Verhalten der Königin beweist, daß sie der Anlehnung an eine stärkere weibliche Persönlichkeit bedurfte. Zurückweichend vor Sarah Marlborough, fand sie in ihrer Umgebung eine andere ihr mehr sympathische Persönlichkeit, die nach und nach ihr volles Vertrauen gewann, wie es jemals Sarah Marlborough besessen. Es war Abigail Hill.

In späteren Geschichtsbüchern ist über diese Abigail Hill, nachherige Lady Masham, oft spöttisch oder wegwerfend geredet. „Mit Lady Marlborough verglichen, sagt ein neuerer Historiker, war Abigail Hill platte Nichtigkeit" [1]). Die letztere ist allerdings niemals in die Oeffentlichkeit getreten, hat nicht schriftliche Zeugnisse ihrer Thätigkeit hinterlassen, und daher kennt die Nachwelt sie nur aus den Aeußerungen Anderer, die der Mehrzahl nach ihr nicht wohlwollend gesinnt sind. Es werden sich uns jedoch im Laufe der nächsten Jahre Thatsachen ergeben, ausreichend für den Leser, sich ein eigenes Urtheil zu bilden. Auch fehlt es nicht an einem Original-Berichte über sie von einem für England parteilosen und kundigen Franzosen, Mesnager, dem späteren Friedensbotschafter, der im Jahre 1711 in London mit Lady Masham diplomatisch verhandelte [2]). Wir werden zu seiner Zeit den Bericht Mesmagers darüber vernehmen. So viel aber darf schon hier gesagt werden, daß bei diesem Anlasse Lady Masham diejenigen zwei Eigenschaften bethätigte, welche als die Vorbedingungen jeglicher gedeihlichen Action eines Staatsmannes gelten müssen — Klarheit und Muth.

Bis dahin haben wir jenes Verhältnis der Königin und jener zwei Frauen rein persönlich betrachtet. Aber es war von Beginn an untrennbar von der Politik. Wie Abigail Hill das eine Paar ihrer Großeltern gemein hatte mit Lady Marlborough, so das andere mit Sir Robert Harley. Die Anknüpfung zwischen so nahen Verwandten war daher leicht. Wie die Königin bei Harley Rath und Zuflucht suchte gegen die Forderungen der Whig-Partei, welche Marlborough

[1]) Noorden, Europäische Geschichte, Bd. III, S. 210.

[2]) Minutes of the Negotiations of M. Mesnager p. 270.

und Godolphin vor sich her schoben, so klagte sie bei Abigail Hill sich aus über die Zumuthungen, die ihr von der einst so geliebten Missis Freeman in derselben Richtung gestellt wurden.

Und dazu mochte sehr bald noch ein anderer Magnet kommen, der die Königin Anna zu der Abigail Hill hinzog. Aus den folgenden Jahren liegen die Beweise vor, daß die letztere eine entschiedene Jacobitin war. Die Königin hatte in dem weiten England, außer dem eigenen Gemahle, keine Menschenseele, mit welcher sie über ihren Bruder in St. Germain, über das Verhältnis zu ihm auch nur einmal zu reden wagte, und eben so wenig durfte ein Anderer zu ihr davon anfangen, weil er in solchem Falle sich der furchtbaren Gefahr einer Anklage auf Hochverrath bloß stellte. Denn so bestimmten es die constitutionellen Gesetze. Aber die Stimme des Gewissens im Menschen redet lauter als alle solche Gesetze. Sie redete in der Königin Anna um so lauter, weil sie wiederholt über sich vermocht, dem Vater das begangene Unrecht einzugestehen. (Bd. VI, S. 26 und Bd. VIII, S. 235, 553.) Aber sie hatte dann doch die Krone für sich genommen, in der Hoffnung, wie sie vorher dem Vater geschrieben, sie zurückstellen zu können, in der Wirklichkeit mehr und zunächst in der Hoffnung, die das sonntägliche Kirchengebet aussprach, sie einem eigenen Kinde zu hinterlassen, wenn um des Eifers für die Hochkirche willen der Segen des Himmels den Unsegen des Vaters aufheben werde. Ein Jahr nach dem anderen verging, und keine Hoffnung dieser Art tauchte auf. Es war daher menschlich natürlich, daß die Königin Anna sich sehnte nach einer Seele, vor der sie im vollen Vertrauen das Unglück ihres Lebens ausklagen durfte. Sarah Marlborough konnte das nicht sein; denn sie war mitschuldig, ohne das Bewußtsein einer Schuld in sich aufkommen zu lassen. Ja es dürfte nicht zu gewagt sein anzunehmen, daß gerade in der Möglichkeit ein Verhältnis besprechen zu dürfen, dessen Berührung jeder Andere meiden mußte wie eine augenblickliche Todesgefahr, für die Königin der stärkste Kitt ihrer Freundschaft mit Abigail Hill bestand.

Nach der Erzählung von Sarah Marlborough hat sie bis tief in das Jahr 1707 keine Ahnung gehabt, daß zwischen ihr und der Königin die Abigail Hill aufwuchs. Im Mai meldete sie dem Gemahle im Feldlager zum ersten Male eine Besorgnis, daß Abigail mit der Königin

politische Angelegenheiten bespreche. Marlborough antwortete: „Wenn Du dessen sicher bist, so sag ihr mit einiger Vorsicht, daß Du darum weißt. Dies wird gut wirken; denn sie ist sicherlich dankbar und wird eingedenk sein dessen was Du ihr sagst“ [1]). Wir sehen, daß Marlborough noch keine Gefahr von dort her ahnt.

Einige Wochen später brachte Lady Marlborough in Erfahrung, daß Abigail sich verheirathet habe mit einem Herrn Masham, der auch seinerseits, nach dem Berichte der Lady Marlborough, Wohlthaten von ihr empfangen hatte. Sie eilte zu der nunmehrigen Frau Masham, um sie für diese Heimlichkeit zur Rede zu stellen. Sie begab sich dann zu der Königin. Die ausweichenden Reden beider regten sie zu schärferer Nachforschung an, welche ergab, daß die Königin selber bei der Trauung gegenwärtig gewesen und die Hochzeit auf ihre Kosten ausgerichtet hatte. Da Lady Marlborough die Schatulle der Königin führte, so hatte die Königin von ihr eine runde Summe verlangt, ohne Angabe des Zweckes. Die Absicht der Verheimlichung lag damit vor. Es ergab sich also ein Freundschaftsband, welches, dem Verhalten der Beiden gemäß, Lady Marlborough ausschloß und daher, indirect, gegen sie gerichtet war. Zugleich brachte Lady Marlborough in Erfahrung, daß Frau Masham bis in die Nacht hinein stundenlang bei der Königin weile, und daß die Beziehungen Harleys mit der Königin zu einem bedeutenden Theile durch Frau Masham vermittelt wurden [2]).

Das weitere Verhalten der Lady Marlborough ergibt sich klar aus ihrer eigenen Erzählung einer Unterredung. Nachdem sie dem Wunsche der Frau Masham nach einer solchen mehrmals ausgewichen, bestimmte sie ihr eine Zeit. „Als sie erschien, erzählt Lady Marlborough, begann ich ihr zu sagen: die Königin zeige sich offenbar ganz verändert gegen mich, und ich könne dies keiner anderen Ursache beimessen, als ihrem (der Frau Masham) heimlichen Treiben. Ich wisse sehr wohl, daß sie häufig allein mit Ihrer Majestät verkehre, und daß ihre

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 185. — Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 77. — An der ersteren Stelle heißt Abigail schon Lady Masham; aber die Königin nennt sie am 18. Juli, bei Coxe vol. II, p. 99, noch Miß Hill. Die Heirath muß kurz nachher statt gefunden haben. Die Chronologie in Conduct etc. scheint nicht richtig.

[2]) Conduct etc. p. 176.

Bemühung, dies mit Absicht vor einer so guten Freundin wie ich ihr gewesen, zu verhehlen, allein schon ein sehr böses Zeichen sei und ein ausreichender Beweis, daß eine schlechte Absicht zu Grunde liege. — Darauf antwortete sie würdevoll: sie sei überzeugt, daß die Königin, die mich außerordentlich geliebt habe, immer sehr gütig für mich sein würde. — Es dauerte einige Minuten, bis ich mich von dem Staunen erholen konnte, in welches eine so auffallende Antwort mich versetzte. Ich sah vor mir eine Frau, die ich aus dem Staube empor gehoben, nun eine überlegene Miene annehmen, und hörte sie, mit dem Ausdrucke der Tröstung, mir versichern, daß die Königin immer sehr gütig für mich sein werde. Endlich fuhr ich fort, ihr vorzuhalten, wie undankbar dies ihr heimliches Treiben bei der Königin sei, um diejenigen zu unterwühlen, die so lang und mit so vieler Ehre Ihrer Majestät gedient hätten. — Darauf antwortete sie, daß sie mit der Königin nicht von Geschäften rede, sondern zuweilen Bittschriften untergeordneter Art einreiche, mit welchen, wie sie wisse, ich nicht behelligt sein wolle" [1]).

Lady Marlborough mochte Recht haben diese letzte Antwort unaufrichtig zu nennen: ihr eigenes Verhalten liegt in ihrer Erzählung vor.

Es mag genug sein, damit den Charakter dieses Zankes angedeutet zu haben. Unter den Kleinigkeiten verbergen sich wichtigere Dinge; denn von da an sind Sir Robert Harley und Frau Masham in politischer Beziehung unzertrennliche Persönlichkeiten, zunächst für England, im Laufe der Zeit aber auch für die gesammten europäischen Angelegenheiten.

Daß von dieser Verbindung ihnen Gefahr drohe, konnten am wenigsten Marlborough und Godolphin verkennen, denen die eigene Erinnerung lebendig vor Augen stand, welch ein wirksamer Factor für ihre Politik bis dahin die Freundschaft der Missis Morley und Missis Freeman gewesen war.

Jene Antwort Godolphins, vom 5. Juli, in Betreff des Verkehrs der Königin mit Harley, sowie dann die fortlaufenden Berichte der Herzogin über die engen Beziehungen der Königin mit Frau Masham und durch diese wiederum mit Harley ließen in der Seele Marlboroughs bereits das Schreckbild eines Ministeriums Harley aufsteigen, um reich-

[1]) Conduct etc. p. 206.

lich drei Jahre zu früh. Er meinte damals, der klarste und vernünftigste Weg werde sein, daß Godolphin der Königin die Alternative stelle, ihn als Haupt des Ministeriums zu behalten oder Harley zu nehmen: dann werde der Letztere wohl Bedenken tragen, sich an die Sache zu wagen, und damit werde alles erledigt sein[1]).

Je öfter im Laufe des Feldzuges Lady Marlborough ihrem Gemahle versicherte, daß Harley und Frau Masham das volle Vertrauen der Königin besäßen, desto fester ward in Marlborough der Gedanke, daß der Königin jene Alternative gestellt werden müsse, nicht bloß mehr entweder Harley oder Godolphin, sondern mit dem letzteren auch er selber. Er meldete Godolphin diesen Vorschlag in bestimmten Worten, am 29. August[2]). Godolphin und Lady Marlborough beschlossen das Schreiben der Königin vorzulegen, zumal da Marlborough an sie selber in ähnlicher Weise geschrieben hatte. Die Königin antwortete darauf an Marlborough wie folgt.

„Ich sage Ihnen für Ihr Schreiben vielen Dank, so wie für Ihre Güte mir frei Ihre Meinung auszusprechen, und ich bitte Sie dies bei jeder Gelegenheit fortzusetzen. Aber in Betreff des Rathes, meine Angelegenheiten entweder in die Hände des Herrn Harley zu legen, oder dem System des Lord Treasurers zu folgen, möchte ich doch um einige nähere Erklärung bitten. Denn ich weiß von keinem anderen Systeme des Lord Treasurers als demjenigen, welches bei Ihrer Anwesenheit hier festgestellt wurde, und dagegen glaube ich nicht gefehlt zu haben. Ich kann mir nicht denken, daß meine Ernennung von Dawes und Blackhall zu Bischöfen als ein Verstoß dagegen angesehen werden darf. Denn sie sind würdige Persönlichkeiten, und alles Geschrei gegen sie kommt nur von der Böswilligkeit der Whigs, wie Sie klar sehen würden, wenn Sie hier wären. Ich weiß, daß man Ihnen dies anders vorgestellt hat, und nehme an, daß man Ihnen eben so wie mir gesagt hat, diese zwei Persönlichkeiten seien mir von Herrn Harley empfohlen worden. Dies entspricht so wenig der Wahrheit, daß er nichts davon erfahren hat als bis die Sache stadtkundig war. Ich versichere Ihnen, daß die Wahl von mir selbst ausging, und daß ich

---

[1]) Coxe vol. II, p. 107.

[2]) A. a. O. p. 157.

die zwei Männer als wohl geeignet für ihre jetzige Stellung ansehe. In der That, ich halte mich für verpflichtet die Bank der Bischöfe (im Oberhause) mit solchen Männern zu erfüllen, die ihr und der Kirche Ehre machen, und will nicht immer auf die Empfehlungen des Erzbischofs von Canterbury hören, welcher, wie alle Welt weiß, unter der Herrschaft der Whig-Partei steht."

„Und nun, nachdem ich Ihren Brief an mich beantwortet, muß ich auch noch etwas erwiedern auf den Brief, den der Lord Treasurer mir vorgelesen hat. Nach demselben hat Lady Marlborough gesagt, daß ich ein völliges Vertrauen in Herrn Harley setze. Ich weiß so viel von meinen eigenen Neigungen, daß ich allerdings von Herrn Harley eine gute Meinung habe, und werde sie auch ohne Grund nicht ändern; aber ich verwundere mich, daß Lady Marlborough so etwas sagen kann, wo ich ihr doch oft versichert habe, daß ich mein völliges Vertrauen lediglich in die Lords Marlborough und Godolphin setze. Sie scheinen über die Meldung von Lady Marlborough sehr betroffen zu sein, und sagen darauf dem Lord Treasurer, daß Sie Beide mir frei und offen Ihre Ansicht aussprechen müssen. Gerade dies wünsche ich durchaus; denn ich möchte nicht, daß ein anderer Weg eingeschlagen würde als der bisher befolgte, und ich kann versichern, daß eine Aenderung nicht in meiner Absicht liegt. Nur Eins noch möchte ich hinzugesetzt sehen, den Entschluß alle diejenigen zu ermuthigen, die nicht der Opposition angehören, sondern willig sind mir zu dienen, seien sie Whigs oder Tories. Das wünsche ich ausgeführt zu sehen und bin der Ansicht, daß es viel Gutes ausrichten würde, wie es auch ja nicht meinem Dienste entspricht, irgend Jemanden zu kränken."

„Ich kann nicht schließen, ohne Sie nochmals zu bitten, daß Sie mir in allen Dingen frei Ihre Ansicht aussprechen wollen. Dieselbe Freundlichkeit wünsche ich von Lord Godolphin, und wenn ich Ihre beiderseitigen Ansichten weiß, so will ich Ihnen auch meine geringe Meinung sagen. Bewahren Sie Ihre gerechte Gesinnung für mich und seien Sie versichert, daß ich bis zum letzten Augenblicke aufrichtigst bleibe Ihre ergebene Dienerin" [1]).

[1]) Coxe vol. II, p. 159. Vom 25. August/5. September.

Aufrichtigkeit ist offenbar nicht der Grundzug dieses Schreibens, das seinen Ursprung mehr aus dem Gedankengange Harleys als demjenigen der Königin haben dürfte. Es zeigt aber, daß Harley, bei dem Uebergewichte der Whig-Strömung im Parlamente, auf die von Marlborough der Königin gestellte Alternative noch nicht eingehen wollte. Aber auch Marlborough und Godolphin konnten, bei dem Andringen der Whigs, die ihnen bereits die Ernennung der zwei Tory-Bischöfe so wie viele andere Nachgiebigkeiten vorwarfen, nicht zurückkehren auf den Standpunct, den auch sie früher inne gehalten und dann verlassen hatten, den dagegen nun Harley und die Königin behaupten wollten — auf den Standpunct, daß im Dienste der Königin es sich nicht um die Partei handele, sondern daß Whigs und Tories gleich berechtigt sein sollten.

Die Antwort Marlboroughs an die Königin lautete wie folgt: „Ich bitte Ew. Majestät um die Gerechtigkeit zu glauben, daß es mir durchaus nicht um die Bedeutung der Whig-Partei bei Ihnen zu thun ist, sondern daß meine Sorgfalt lediglich Ihre Ruhe und Sicherheit betrifft. Wenn Ihnen gedient wird zu Ihrer Befriedigung, so ist es mir gleich, von welchen Personen es geschieht. Und da Sie wünschen, daß ich frei reden soll, so betheuere ich in der Gegenwart des allmächtigen Gottes meine Ueberzeugung, daß, wenn Sie bei der Gesinnung beharren, die ich zur Zeit bei Ihnen annehmen muß, und wenn Sie nicht gestatten wollen, daß diejenigen, welche die Ehre haben Ihnen zu dienen, Ihre Angelegenheiten den Zeitumständen entsprechend verwalten — daß dann eine Verwirrung unvermeidlich ist, die, folgerecht, es dem Lord Treasurer unmöglich machen wird, Ihnen weiter zu dienen. Denn wenn er in dem Ansehen steht eine Macht zu haben, die er wirklich nicht besitzt, so werden beide Parteien ihn angreifen, während beide ihn hochhalten und seine Freunde sein werden, wenn er aus dem Dienste scheidet. Wäre ich bei Ew. Majestät anwesend, so glaube ich, Ihnen die Unruhe und die Verwirrung, der Sie im nächsten Winter ausgesetzt sein werden, darlegen zu können. Sie müßten derselben zuvorkommen vor dem Zusammen-Treten des Parlamentes, oder es dürfte zu spät sein" [1]).

[1]) Coxe vol. II, p. 159. Vom 15. September.

Diese Darlegung lauft demnach auf dieselbe Alternative hinaus wie die frühere: entweder Godolphin oder Harley. Jene Antwort der Königin, die vielleicht eher der Feder Harleys entstammen mochte, gab durch das Ausweichen vor dieser Alternative zu erkennen, daß Harley den offenen Kampf noch nicht aufzunehmen wagte. Vollends tritt uns dies entgegen aus der eigenen Antwort Harleys an Godolphin auf die Frage desselben, wessen er sich ferner von ihm zu versehen habe. Harley antwortete, am 10./21. September: „Gestatten Sie mir Ihnen zu versichern, daß es mein Streben ist, der Königin nach ehrenhaften Grundsätzen zu dienen, und daß ich für keine andere Persönlichkeit in der Welt Anhänglichkeit fühle als für Ew. Lordschaft und den Herzog von Marlborough“ [1]). In ähnlichen Ausdrücken der Unterordnung geht das Schreiben weiter, mit der Betheuerung: „Ich bin sehr aufrichtig.“ In gleicher Weise schrieb Harley einige Tage später an Marlborough. Er habe die Genugthuung, sagte er, nicht bloß des eigenen Gewissens, sondern auch des Zeugnisses von Freund und Feind, daß er Marlborough und Godolphin mit reinster Ehrenhaftigkeit und nach der schärfsten Vorschrift der Freundschaft gedient habe [2]). Bei Godolphin müssen die ersten Betheuerungen nicht durchgeschlagen haben; denn Harley erneuerte sie einige Tage später [3]).

Der englische Historiker, der diese Documente ans Licht gezogen, hat sein Urtheil über dies Verhalten Harleys gefällt mit den Worten: „Er beweist darin eine Verstellung und Duplicität, für welche weder seine Sympathie mit der Königin, noch die ungerechtfertigten Anforderungen der Whig-Partei, noch eine gute Absicht — wenn man nämlich die seinige als eine solche anerkennen will — eine Entschuldigung darbieten“ [4]).

Es ist möglich, daß einstweilen Marlborough und Godolphin sich durch diese Betheuerungen Harleys noch hinhalten ließen; aber dadurch ward der unvermeidliche Kampf doch nur um einige Zeit verschoben.

---

[1]) Somerville, Queen Anne p. 626.

[2]) Hardwicke's Collection of State Papers. vol. II, p. 483. Vom 16./27. September.

[3]) Somerville, Queen Anne p. 627. Vom 17./28. September.

[4]) A. a. O. p. 268, note.

Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Zweiunddreißigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 121.

Die Fiction einer schriftlichen Ermächtigung des Königs für den Marschall Marsin gegenüber dem Herzog von Orleans ist durch das Werk von Pelet abgethan. Diese Fiction muß damals sofort entstanden sein, weil schon die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans in ihrem Briefe an die Kurfürstin Sophie, vom 7. October 1706 (bei Ranke, Französische Geschichte, Bd. VI, S. 241) sie verneint, also nur um einen Monat später.

Andererseits ist in dem Werke des Generals Pelet, t. VI, p. 277, allzu vieles Gewicht auf eine Todesahnung Marsins gelegt, als habe dies persönliche Motiv in ihm dem Vorschlage des Herzogs entgegen gewirkt. Denn fast die sämmtlichen Generale des Kriegsrathes stimmten ja mit Marsin, und gegen den Herzog von Orleans.

Dazu auch bezweifele ich die Echtheit des von Pelet dort mitgetheilten Briefes, den Marsin am 6. September für Chamillart niedergeschrieben haben soll. Zunächst aus inneren Gründen. Namentlich ist das Lob für La Feuillade verdächtig. Durchschlagend aber ist ein äußerer Grund. In dem Briefe, den Marsin am 6. September geschrieben haben soll, kommen die Worte vor: Les ennemis passent le Pô, und es folgt dann noch die Nachschrift: Les ennemis passent le Pô à ce moment. Nun hatte aber, gemäß der eigenen Angabe bei Pelet t. VI, p. 275, ferner gemäß dem officiellen Berichte von kaiserlicher Seite in Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. VIII, S. 511, endlich gemäß dem Journal historique du siége de Turin, Amsterdam 1708, p. 133 — die Entsatz-Armee den Po überschritten bereits am 4. September.

Ferner war, gemäß den Berichten des Herzogs von Orleans an den König und an Chamillart, dieser Uebergang über den Po, am 4. September,

für ihn das Motiv, den Hervormarsch aus den Linien zu verlangen, welchem Verlangen Marsin sich widersetzte.

Es ist daher ganz undenkbar, daß Marsin am 6. September einen Brief geschrieben haben kann, in welchem er zweimal, und noch dazu mit ausdrücklicher Hervorhebung, den Uebergang der kaiserlichen Armee über den Po auf diesen selben 6. September legt. Es mag immerhin ein Brief aus jener Zeit existiren, den der General Pelet, ohne Kritik anzuwenden, für echt angesehen und als solchen aufgenommen hat. Aber der Brief ist eine Fiction, das Werk eines Halbwissers.

Auch liegt eine Spur nahe. Das völlig unmotivirte Lob in demselben für La Feuillade führt auf den vorgeblichen Adressaten des Briefes, den Kriegsminister Chamillart, den Schwiegervater, der auch sonst alle Mittel aufbot, seinem prahlenden Schwiegersohne den Marschallsstab zu verschaffen.

Eine Kritik dieses Bestrebens gaben damals die Pariser in dem Spottreime:

A Turin
Git Marsin
Et le bâton de Feuilladin.

Anlage II. Zu 129.

K. k. Archiv. Anglica 1706. Beilage zum Berichte des Grafen Gallas vom 31. August.

Mémoire du comte de Gallas, du 20/31 Août 1706.

S. M. C. n'ayant donc touché jusques là du dit Mylord, pendant tout le temps qu'Elle est en ce pays-là, qu'une fois $\frac{m}{10}$ écus, pour la monture du régiment de Sinzendorf, et une autre fois $\frac{m}{15}$ pistoles, pour les besoins du siége de Barcelone, comme aussi $\frac{m}{6}$ Dublons pour les fortifications de Gironne, et étant obligée de pourvoir toute seule à tout ce que cette fâcheuse conjoncture exigeoit, et dont le détail seroit trop ennuyeux à V. M., mais par sa grande clairvoyance Elle concevra d'Elle-même, se vit réduite à un si déplorable état, que bien loin de pouvoir exécuter la résolution concertée de marcher par Valence à Madrit, Elle manquoit ce que sa propre table demandoit d'un jour à l'autre, et se trouva si chargée de dettes, qu'Elle avoit tout lieu d'appréhender qu'il n'arrivât quelque désordre, si Elle partoit sans y satisfaire.

Cela non obstant, S. M. C., toute abandonnée qu'Elle était du dit Mylord, et quelles grandes que fussent les difficultés, fit tout son

possible pour se pouvoir mettre en chemin, comme effectivement Elle partit le 23 de Juin, toujours dans l'intention de passer à Valence, n'ayant d'autre fond que celuy qui luy pouvoit venir de la Providence en chemin faisant et de l'espérance qu'Elle avoit que, selon la promesse qu'il a plû à V. M. de Luy faire dans Sa lettre du 4 de Décembre de l'année passée, qu'Elle Luy enverroit un considérable secours de trouppes et d'argent, Elle trouveroit à la fin quelque assistance du dit Mylord: mais au lieu de cela Elle receut avant que d'arriver à Tarragone plusieurs lettres de luy, pleines de protestations qu'il n'avoit pas de quoy La soulager, rendant en même temps la route de Valence par beaucoup de difficultés alléguées quasi impraticable, et insinuant luy-même dans sa lettre du 17 juin [1]) celle de Zaragosse, de sorte que S. M. C. n'ayant rien à espérer du dit Mylord, et se voyant dans l'impossibilité de mener ses trouppes par un si grand chemin à travers d'un pays ennemi sans aucun moyen de les pouvoir faire subsister, fut contrainte d'accepter l'offre des Aragonois, qui venoient de se déclarer pour Elle et l'inviter chez eux.

Il est vray que M. Peterborough, après avoir esté averti qu'il se rendoit responsable des inconvénients qu'un tel changement de route pourroit produire, manda ensuite au Roy, comme il paroist de sa lettre du 5 de juillet, qu'il avoit trouvé tout ce qu'il falloit pour les besoins de S. M. C., mais ce ne fut qu'après coup et que S. M. s'étoit déjà acheminée vers Zaragosse, ce qui l'obligea de faire au dit Mylord la réponse qui suit.

Trorjas, le 7 juillet 1706.

Je dois la réponse à quatre de vos lettres du 10 et 25 du passé, 1er et 5 du courant, que j'ai reçues en différents endroits de mon voyage.

Vous me représentez l'importance de me rendre au plustost à Madrit, et me proposez la route de Requenna pour la plus courte et libre des insultes; vous me dites les dispositions du monde et d'argent qu'à cette heure vous avez faites pour accompagner ma personne, et me faites de plus l'offre de me venir chercher pour concerter le reste qui pourroit contribuer au bon succés de cette entreprise, dont je vous suis fort obligé; mais, me voyant sur la route d'Aragon et engagé de la suivre, je veux bien dire les principales raisons qui m'ont porté et obligé de prendre une telle résolution. Plusieurs de vos lettres précédentes mar-

[1]) Dieſer Brief Peterboroughs folgt als Anlage III.

quent le chagrin que vous donnoit la consideration de ne me pouvoir fournir aucune assistance d'argent; que votre infanterie était presque entièrement ruinée et inutile; que vous ne pouviez trouver les mulets pour les bagages; et qu'à la fin vous ne scauriez faire un pas en telle conjoncture pour mon service. A cela s'ajoutoit d'ailleurs la notice qu'en mon passage du Royaume de Valence le tout me manqueroit, et qu'à cet égard n'ayant pas le fond nécessaire pour faire faire les dépenses du voyage, les trouppes que j'amenerois seroient perdues en peu de temps, et ma personne exposée à de grands embarras et préjudices, de manière que, voyant l'inclination et la fidélité que le Royaume d'Aragon me commençoit témoigner, je pris par nécessité la résolution de me tourner de ce côté-cy, où je puis espérer du pays abondant en vivres, la subsistance de mes trouppes et de ma suite, outre les secours que mes fidèles sujets me pourroient présenter. Je fis marcher en cette idée quelques Régiments à la frontière, où je me trouve présentement, et la Providence ayant disposé que la Capitale de Zaragossa s'est ouvertement déclarée pour moy, il me semble d'estre de ma dignité Royale d'aller moy-même prendre possession de cette couronne, de plus que par la même voye je puis avancer vers Madrit, et, profitant des conjonctures favorables, me joindre à l'armée du Roy de Portugal, ne doutant pas que les Généraux des Alliés qui la commandent, feront par quelque détachement un pas en avant, pour couvrir, comme je le demande, ma marche vers ma dite Capitale, estant résolu de ne m'arrêter que fort peu de temps à Zaragossa, et prendre ensuite la route que l'on jugera la plus seure et praticable, dont je vous donneray part au plustost, pour régler ensuite celle que les trouppes de Requenna ou du voisinage doivent tenir, pour venir à ma rencontre ou asseurer ailleurs mon passage. Je veux croire que le chemin de Requenna est libre, mais je m'étonne pourtant que par cette voye si aisée vous ne recevez aucune nouvelle de Mylord Galloway, n'ayant rien qui puisse empêcher cette communication etc.

Outre les raisons contenues dans cette réponse, il y en avait encore une autre, qui n'estoit pas moins forte que celle-là, à savoir: que S. M. C. ne se pouvoit guere reposer sur ces promesses, ayant l'exemple de ce qui se passa à son départ de Lisbonne encore en fraîche mémoire: quand Mylord, pour engager S. M. C. au dit départ, l'asseura que rien ne luy manqueroit, qu'il avoit $\frac{m}{40}$ pistoles sur son bord, dont $\frac{m}{8}$ luy avoient esté donnés de V. M., le reste estant de son propre argent, avec un crédit illimité sur Gêne et

Livourne, mais qu'à peine arrivés en Catalogne, au lieu d'en donner, il en avoit exigé et obligé S. M. C. d'emprunter et de luy avancer de quoy faire sa première expédition en Valence.

S. M. C. espère que V. M. sera pleinement convaincue par ce rapport, qui se trouve autorisé par les propres lettres cy-jointes du dit Mylord, et par les réponses que le Roy y a faites, que ce fut par une pure et indispensable nécessité que S. M. C. ne partit pas plutôt de Barcelone, et qu'Elle prit la route de Zaragosse, au lieu de celle de Valence. Et comme V. M. s'appercevra par le même rapport que l'état où S. M. C. se trouve faute des moyens est venu à un point qu'Elle est en danger de se voir à tout moment abandonnée, non seulement de ses trouppes, mais même de ses propres domestiques, qui depuis un an et demy n'ont pas receu le moindre payement, ce qui ne scauroit arriver sans que la Personne Royale ne soit rendue méprisable aux Espagnols, et sans qu'Elle perde l'amour et la considération de ceux qui jusqu'icy Luy ont esté les plus attachés, éloignant ceux que l'on prétend encore d'attirer dans ses intérêts, donnant aux ennemis tous les avantages qu'ils peuvent souhaiter.

Ainsi S. M. C. se flatte que V. M. après tant de bontés qu'Elle luy a déjà témoignées, ne la laissera pas succomber, mais l'assistera promptement d'un secours d'argent, pour la garantir de tous ces extremités, dont la personne aussi bien que la Cause commune de tous les Hauts Alliez est menacée, S. M. C. se remettant au reste sur ce que M. Stanhope aura représenté à V. M. sur les mesures à prendre pour l'avenir, où il entre cette considération très-nécessaire que, quand même S. M. C. seroit assez heureuse de rester Maître de Madrit, et même de la plus grande partie ou de toute l'Espagne, Elle trouvera toujours une ville dépouillée et un pays tout-à-fait épuisé. Fait à Londres, le 20/31 Août 1706.

Anlage III. Zu S. 141.

K. k. Archiv. Anglica 1706. Beilage zum Berichte des Grafen Gallas vom 31. August.

Extraits de differentes lettres écrites de Mylord Peterborough à S. M. Catholique.

Valence, ce 10me Juin 1706.

Ce qui reste à dire à V. M., me donne un grand chagrin et fera voir à V. M. qu'il n'étoit point nécessaire pour pousser cette

grande conjoncture. Helas, Sire, si cela dépendoit seulement de moy, je ne suis en peine de répondre de mes actions de ce côté-là; mais comme V. M. m'avoit ordonné de Luy répondre positivement, afin qu'Elle prît Ses mesures, je l'ay fait selon les ordres, et selon les avis que m'avoit donné le Payeur, qu'il devoit debourser l'argent selon mes ordres; mais il a receu par les derniers vaisseaux des commandemens positifs d'employer l'argent selon les réglemens receus, et de n'en point dissiper à autre usage, et m'a déclaré qu'il n'en peut point donner pour les troupes de V. M. Jugez, Sire, de ma surprise, et V. M. voit comme Elle a été mal informée. Bien loin que c'est ma faute, et l'insinuation étoit bien injuste, je ne puis contribuer ce que je souhaitois, et ce que je voudrois faire en dépit de cet ordre, si on vouloit m'obeïr. V. M. songera au remède, puisque je n'en connois point. J'ay fait, Dieu le scait, et je feray toujours tout mon possible, mais les contretems que je trouve, me font las de ma vie. Rien ne peut être mieux que la disposition du pays; mais, Sire, comme j'ay donné tout l'argent que j'avois à Barcelone par ce que je viens de dire à V. M., je me trouve incapable de faire le moindre pas pour le service.

Valence ce 17me Juin 1706.

V. M. peut croire que je me trouve dans un agréable état, voyant tout l'argent, que je croyois pouvoir disposer selon les necessitez communes, approprié par les derniers ordres de la Reine, et la somme sur laquelle je croyois pouvoir tirer les billets, tout dépensée, puisque de cette somme de cent trois mille pistoles, on compte les quarante milles venues d'Italie, et toutes les dépenses de l'année passée, tout l'argent qu'ils m'ont payé, que j'avois déboursé, et tout le compte des armes, des habits, et de quelques régiments religionnaires, qu'ils levent de François en Angleterre pour Votre service. J'envoye Mr. Richards qui parle bien Espagnol, avec tous les comptes pour donner à V. M. une connoissance parfaite de cette affaire. Je suis obligé de laisser les troupes de V. M. dans Valence, n'ayant point de quoy les faire subsister en campagne.

Je voudrois remuer ciel et terre pour remettre les troupes en état de marcher. Cela ne se fait point sans argent.

Je fais passer les troupes vers Requenna pour être à portée pour Madrid, ou l'Arragon; avec quelques autres je passe à Alicante, en attendant qu'on puisse mettre les affaires en état pour une marche,

et avoir des nouvelles des Portugais, espérant aussy d'y pouvoir trouver quelqu'argent. Si Votre Majesté, ou ses troupes passassent, je dis passoient à Saragosse, peut être on y en trouveroit aussy.

La faute des bagages me met au desespoir, ne pouvant profiter du temps avant les chaleurs qui deviennent excessives.

Valence, ce 5me Juillet 1706.

V. M. trouvera la cavallerie vers Alarcon, moitié chemin à Madrid, et deux mille fantassins; les Espagnols, et les Allemands sont de ce côté là.

Les chemins sont si libres du côté de Madrid que les déserteurs passent à trois ou quatre. V. M. peut passer à cette capitale de ce côté icy comme dans une profonde paix, et avec la diligence qu'il plait à V. M. de faire.

J'ay écrit au large à Monsieur Zinzerling et luy ay représenté les raisons urgentes qu'à mon avis demande la presence de V. M. dans votre capitale; de ce côté icy il n'y a nulle difficulté: ce n'est proprement qu'un voyage qui se fait en peu de jours. Par l'Aragon, c'est une affaire de six semaines ou de deux mois, et tous les affaires de l'Europe en suspendent durant ce temps là, et sa marche même dangereuse et incertaine.

Qui peut offrir à V. M. des sentiments sur les affaires d'Italie, sur les affaires des Indes, dont nous sommes chargez, Monsieur Stanhope et moy? Tout ce que nous pouvons dire à V. M. est que la grande flotte n'est point arrivée, que V. M. peut être en deux semaines à Madrid, asseurée de la monarchie d'Espagne, et preste à donner les ordres nécessaires pour les interests de l'Espagne, et de toute l'Europe, et qu'en ce temps là nous serons en état d'exécuter ce que V. M. trouvera nécessaire par mer et par terre.

La résolution de V. M. de passer en personne de ce côté-cy n'empêche point la marche des troupes nécessaires du côté d'Aragon; au contraire, quand on est asseuré que V. M. à Madrid peut les soutenir avec le renfort nécessaire, il y a moins de difficulté; c'est de là seulement, Sire, qu'on peut prendre de bonnes mesures.

Si V. M. passe directement à Requenna sans perdre un moment de temps, qui me paroit la résolution la plus nécessaire, il seroit à propos que je fusse icy pour mettre tout en état à fin de ne perdre aucun moment; si V. M. ne prend point cette determination, S. M. me fera avertir à fin que je prenne la poste pour venir la trouver.

J'ay trouvé sur mon crédit l'argent nécessaire pour faire marcher les troupes de V. M., et il me semble qu'il ne manque rien que la personne de V. M. à Madrid. Dieu y conduise au plutost V. Majesté etc.

Anlage IV. Zu S. 216.

K. k. Archiv. Anglica 1706. Bericht des Residenten Hoffmann, vom 23. November.

Ewr. K. M. habe zum öfteren auch berichtet, daß man von Seiten des hiesigen Hofes mit aller ersinnlichen Glimpflich- und Willfährigkeit mit Holland verfährt, um es von einem prämaturirten Frieden abzuhalten, als welchen zu verhüten, England oder besser zu sagen, die anjetzo prävalirende Whig-Partei, sich so viel mehr angelegen sein läßt, da es die Stabilirung von der Hannoverschen Succession nicht vor versichert haltet, bis nicht Frankreich in seine alte Schranken gebracht, mithin außer Stand gesetzt ist, sich bei vorfallendem Successions-Fall in einen neuen Krieg einlassen zu können, bei welcher der Sache Bewandniß man sich dann nicht allzu sehr zu verwundern hat, daß man Holland ein und anderes auswärtiges Interesse sacrifizirt. Welche Politica sich noch weiter als auf das Münsterische Wesen extendiren, und der Generalstaaten, über die künftige Friedens-Conditiones, absonderlich aber über die Besitzung von Mailand führende Sentimenten, welche vielleicht E. K. M. nicht favorabel sein werden, ebenmäßig secundiren machen dürfte.

Dreiunddreißigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 312.

K. k. Archiv. Anglica 1707.

Lettre de S. M. la Reine de la Grande Bretagne à S. M. I., de Kensington, du 6me may 1707.

Monsieur mon Frere. L'avantage que l'ennemi vient de remporter en Espagne, pourra bien avoir des suites si fâcheuses, que je ne sçaurois me dispenser de Vous dire qu'il est de la derniere consequence que toutes Vos troupes qui sont en Italie, soient employées pour faire une irruption en France, et qu'en même temps l'armée de l'Empire agisse avec vigueur sur le Rhin. L'Espagne est tant éloignée des païs ou mes armées et celles des Etats Generaux

se trouvent, qu'il n'y a point de remede au mal, qui vient d'arriver, si prompt et si puissant que de faire cette diversion. Votre Majté est trop éclairée pour s'amuser à une petite expedition pour quelque membre ou dependance de ce royaume, lors qu'il s'agit des parties nobles et principales de la monarchie, de l'honneur et du salut de mon Frere, le Roy Catholique, et en sa personne de la dignité de l'auguste maison d'Autriche. Je me promets donc de Votre sagesse que vous songerez uniquement à retablir les affaires de ce prince, en obligeant ses ennemis de faire revenir leurs troupes pour la defense de leurs propres etats.

Je suis de Votre Majeste Impériale la tres affectionnée soeur Anne R.

Anlage II. Zu S. 359.

K. k. Archiv. Anglica 1707. Bericht des k. Residenten Hoffmann, vom 25. Februar.

(Aus einer Unterredung mit dem schwedischen Gesandten in London.)

— — — Worauf Er repliciret, daß man dardurch ein Mistrauen in seinen König setzete, welches Seiner May. nicht gefällig seyn könte, als welche von denen Principiis seyen, nicht das geringste zu thun, waß nicht billig und gerecht seye, volglich auch von nichts ungerechtes suspiciret werden wolten, daß Sie zur gnüge erweisen, daß sie denen Hungarischen Rebellen kein gehör gegeben, noch weniger Einigen von den Schlesischen Lutheranern, die sich vor ohngefehr einem Jahr unter Dero protection geben wollen, worbey eß sich zugetragen habe, daß als man Schwedischer seithen selbsten Se. May. persuadiren wollen, daß sie vermög des Westphälischen Tractats zu sothaner protection obligiret seyen, Sie sich den Tractat vorlesen lassen, und indeme man Deroselben daß darinnen vor Schweden reserviret wordene Jus intercedendi dahin interpretiren wollen, daß es sich biß auf eine betrohung erstrecken ließe, Se. May. solches mit enteyferung verworfen, sagend, daß es eine forzirte außlegung seye.

Anlage III. Zu S. 400.

Die Angelegenheit des Entweichens dieser 1200 (genau 1226) Russen ist in neuerer Zeit in dem Werke des Herrn van Noorden: Europäische Geschichte im achtzehnten Jahrhunderte, Bd. II, S. 571 u. f., irrthümlich dargestellt, so sehr daß sich dort (S. 572) die Worte finden: „Man

(nämlich der kaiserliche Hof) sandte dem schwedischen Könige die unehrliche Erklärung ein, dies alles sei ohne Zuthun und Wissen des kaiserlichen Hofes geschehen." Der Herr Verfasser beruft sich für diese Behauptung speciell auf die Berichte des preußischen Gesandten Bartholdi aus Wien. Ueber diese Berichte, die ich nicht eingesehen, kann ich nicht urtheilen; aber jedenfalls stehen sie in zweiter Linie nach den Original-Acten der Suecica im k. k. Archive, in die auch Herrn van Noorden Einsicht gestattet worden ist. Die zahlreichen Actenstücke der Suecica bezeugen, daß die Erklärung des kaiserlichen Hofes nicht unehrlich war, sondern der Wahrheit entsprach.

Anlage IV. Zu S. 415.

K. k. Archiv. Suecica 1707. Beilage zum Berichte des Grafen Sinzendorf vom 5. Juli. Schreiben des Königs Karl XII. an die Königin Anna, vom 15./25. Juni.

— — — C'est bien malgré moi que ces différens sont nés, et quand on fait réflexion sur la manière dont la cour Impériale a usé à mon égard, l'on en jugera aisément que jusqu'icy elle n'a été guères disposée à m'en donner une satisfaction réelle. Au contraire il semble qu'on a voulu combler les premières atteintes par de nouveaux faits plus offensants. V. M. n'ignore point qu'après les torts qui m'ont été faits en divers lieux et temps, des mois entiers se sont écoulés, sans que j'en aye pu avoir la satisfaction prétendue. Ce qui donne lieu de croire que l'on fera d'autant plus de difficulté de la donner pour ce qui est arrivé du depuis, s'étant déterminé pendant les débats susdits à faire encore échapper les Moscovites, et leur laisser le passage ouvert et libre par les Etats de l'Empereur, non obstant le droit que j'avois de les réclamer, et contre l'espérance que l'on avoit donnée de me les livrer entre les mains. Cecy suffira pour justifier mon aigreur et ressentiment, si, faute d'une satisfaction prompte et suffisante, je serai obligé de la chercher et attendre dans les provinces héréditaires de l'Empereur, ce que personne ne sauroit trouver mauvais dans une conjoncture semblable. Je suis etc.

Anlage V. Zu S. 442.

K. k. Archiv. Suecica 1707, m. Septembri (s. d.)

Beatissime Pater,

Summopere conturbatum, afflictumque fuisse pientissimum Sant^{is} V^{re} animum rumore seu notitia prætensionum Suecicarum

de restituendis Lutheranorum sectæ per Silesiam templis, non tam ex paternis Ejusdem manu ad me exaratis literis, quam ex propria colligere potui molestia et ægritudine, qua me dura postulatis hujusmodi annuendi necessitas affecit. Etsi enim non omnia universim templa, quæ in Silesia olim possidebant Lutherani, sed ea tantum illis reddenda veniant, quæ post pacem Westphalicam anno 1648 sancitam contra ejus tenorem et subsecutas Avi mei Ferdinandi Tertii declarationes occlusa ipsis aut adempta fuere, longe tamen quam dici potest acerbius mihi accidit, quod quem a piissimo amatissimoque Domino Parente meo acceperam statum religionis, eum non ubicunque potis fuerim retinere integrum. Hoc autem certo affirmare Sanc^{ti} V^{re} possum et debeo, nihil me quod in mea potestate situm fuit, pro officio et obligatione mea intentatum reliquisse, amicorum etiam et foederatorum, quorum potissimum intererat, nihil circa religionem moveri aut innovari, sedulam operam opemque enixe adhibuisse, ut necessitatem istam evaderem aut conditiones saltem mitiores, minusque periculosas evincerem.

Sed tanto ardore odiove incensum, flagrantemque expertus sum Ser^{mum} Regem Sueciæ, affundentibus strenue oleum ijsdem ipsis Domus meæ hostibus, quorum auxilio suffulti olim Sueci, eæterique protestantes Ecclesiæ reique Catholicæ una cum prædicta pace Westphalica tam multos amplosque per Germaniam Episcopatus et provincias extorserunt, ut nihil superesset aliud quam aut conditiones illas absque longiore mora acceptare aut pati, ut (quod certo certius futurum erat) cum exercitu quadraginta armatorum millium provincias meas omni præsidio vacuas inundaret, et non in Silesia tantum, sed etiam in Bohemia Austriaque religionem in antiquum statum pro arbitrio reponeret, imo omnia cum maximo Catholicæ rei detrimento sui juris faceret.

Tanto itaque considerato discrimine cum etiam ex Theologorum prudentia, doctrina et pietate praestantium consilio tempori cedendum, illæque mihi rationes ineundæ fuerint, quibus graviora averterentur mala, neque ob unum, alterumve membrum totum corpus interiret; præsertim cum illis in locis sufficientia adhuc templa Catholicis supersint; et pro credentium augescente numero nova construere fas sit — dubitare non possum, quin Sanct^{as} V^{ra}, si Ejusdem consilium expetendi facultas fuisset, idem omnino sensisset, atque adeo jure merito confido fore, ut ipsa excusationem me potius et solatium quam exprobrationem meruisse existimet. Interim S^{tem} V^{ram} de me

firmiter sibi polliceri velim, quod, quo ægrius infelici hoc temporum habitu ad connivendum animum induxi, eo majori cura et diligentia in id incubiturus sim, ut quam minimum ex hac coacta transactione damni rei Catholicæ accedat, aut si quid nunc commodi decesserit, id aliis viis modisque sensim resarciatur. Mihi siquidem inviolabili decreto statutum est, in tuendo et amplificando vero religionis Catholicæ cultu a piissimæ memoriæ Domini parentis et avorum meorum gloriosis vestigiis et conatibus nequaquam declinare. In cujus propositi robur dum S^{tis} V^{re} paternam benedictionem reverenter exposco, Eidem felix pacatumque Ecclesiæ regimen apprecor.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Addison 33.
Albergotti 121, 123.
Alcantara 134, 149.
Alicante 280, 295.
Allegre 37, 62, 215.
Allianz-Vertrag vom 7. September 1701 S. 93, 96, 229 u. f., 235.
Almanza, Schlacht bei, 284 u. f.
Almaras 134.
Alt-Ranstadt, Frieden von, 201 u. f., 350 u. f.
Alt-Ranstadt, Vertrag zwischen Kaiser Joseph I. und Carl XII., 440.
Amalie Wilhelmine, Gemahlin Josephs I., 510.
Amelot, französischer Botschafter in Madrid, 137.
Andalusien für Philipp und warum 138.
Anhalt-Dessau, Fürst von, 114, 122.
Anna, Königin von England. Ihre Thronrede im November 1705 S. 2. Sie wird gefeiert vom Parlamente 3 u. f.; hört den Debatten im Oberhause zu 8 u. f., so wie 16 u. f.; ist zufrieden mit den Whigs 10; begnadigt Stephens 17; ist nicht feindlich gegen die Katholiken 21; hat kein Verständniß für die Kurfürstin Sophie 23; ist erregt gegen das Sendschreiben von (Leibniz-) Gwynne 26 u. f.; verleiht dem Kurprinzen Georg August den Hosenband-Orden 29; schreibt nach Hannover einen Brief, den Marlborough zurück hält, 30; schreibt einen anderen 32; entläßt das Parlament 33.

Sie ist geneigt für Marlboroughs Annahme der Statthalterschaft der Niederlande 90; nimmt ein Schreiben Rakoczys an über den Abbruch der ungarischen Unterhandlungen 178; läßt durch ihre Minister den Grafen Gallas darüber zur Rede stellen 183 u. f.; antwortet in einem Handschreiben an Franz Rakoczy 188; lehnt eine Tripel-Allianz mit Carl XII. und Friedrich I. ab 198.

Sie ist nachgiebig gegen die Generalstaaten 218; bethätigt lebhaftes Interesse für die Union von England und Schottland 240; verleiht dem Kurprinzen Georg August den Titel eines Herzogs von Cambridge 249; widerstrebt der Forderung der Whigs, den Lord Sunderland zum Staats-

Secretär zu machen 252 u. f. Ihre Persönlichkeit ein wichtiger Factor der Geschichte Europas 257. Sie fügt sich darein, Sunderland zu ernennen, aber widerwillig 259 u. f.

Ihre Thronrede im December 1706 S. 262. Sie legt dem Parlamente den Unions-Vertrag mit Schottland vor 267 u. f.; sanctionirt die Unionsacte 269; behält das Parlament bei 272; läßt den Beschluß des Kriegsrathes von Valencia gutheißen 279; ist geneigt für Victor Amadeus 297; sendet, nach Almanza, dem Kaiser ein Handschreiben für den Plan auf Toulon und gegen den auf Neapel 312; setzt volles Vertrauen in Victor Amadeus 326.

Sie sendet ein Handschreiben an Carl XII. über die Genugthuung von Kaiser Joseph 404 und 410. Die Antwort Carls XII. nicht nach dem Wunsche der Engländer 417 und 421. Sie ist nicht geneigt zur Hilfe für Kaiser Joseph gegen Carl XII. S. 422; mahnt Franz Rakoczy zum Frieden vor dem Generalfrieden 455; sucht dem Ehepaare Marlborough und der Whig-Partei gegenüber den festen Punct an der Hochkirche 531 u. f. Ihr Verhältnis zu Lady Marlborough und Frau Masham 532 u. f. Sie weicht der von Marlborough ihr gestellten Alternative, entweder Harley oder Godolphin, noch aus 538 u. f.

Annandale, Graf, 243.

Antwerpen 82.

Argyle, Herzog, 243.

Arragonien 141 u. f.

Aspremont, Gräfin, 166.

Ath 99.

Athol, Herzog, 243 u. f.

Augusf II. von Sachsen-Polen 163, 191, 194, 196 u. f. Er entsendet Imhoff und Pfingsten an Carl XII. S. 201; ratificirt den Friedensschluß 202; verkündet ihn nicht 203. Sein Verhalten gegenüber Carl XII. S. 206, so wie 351 u. f. und 361 u. f. Er weist einen Anschlag auf Carl XII. zurück 362; richtet heftige Klagen über Carl XII. an Kaiser Joseph 363; kann keine Milderung bei Carl XII. erlangen 374; fügt sich den Vertrag von Alt-Ranstadt wörtlich zu erfüllen 376; besucht Carl XII. S. 385; empfängt dessen Abschiedsbesuch 441.

B.

Badajoz 134 u. f.

Badia 107 u. f.

Balmerino, Lord, 243.

Barcelona, Belagerung und Entsatz von, 58 u. f. — 134 u. f, 281, 294 u. f., 508 u. f.

Barriere für die Republik der Niederlande 217, 224, 225, 231, 237.

Bay, Marquis de, 513.

Bayern anhänglich an Max Emanuel 41 u. f.

Belhaven, Lord, 243.

Bercseny, Graf, 152 u. f., 165, 166, 171, 172, 177, 182, 463 u. f., 465, 476.

Bergheyck, Graf, 491.

Berwick, Marschall. Er nimmt Nizza 38; erhält das Commando in Spanien 58 und 133; hält dort die Sache Philipps V. aufrecht 135 u. f. Sein Urtheil über seine Gegner 136 und 147. Er drückt die Gegner aus Castilien hinaus 148. Rückblick auf den Feldzug 149.

Er behält 1707, unter Orleans, das Commando in Spanien 279; siegt bei Almanza 284. Sein weiteres Verfahren 238.

Bezenval, französischer Gesandter bei Carl XII., 368 u. f., 370 u. f., 378, 381 u. f., 477.

Bonac, französischer Gesandter in Danzig, 49, 158, 354, 370, 447, 474.

Bothmar, hannöverscher Gesandter im Haag, 236.

Bourgogne, Herzog von, 112, 337.

Brabant 77 u. f.

Breslau, die schwedischen Werbungen in, 372 u. f.

Briançon, savoyischer Gesandter in London, 326, 329 u. f., 342, 348 u. f.

Bromley 1.

Bruininx, Hamel, holländischer Gesandter in Wien, 155 u. f., 162, 171 u. f., 177 u. f., 183, 480, 485.

Buckingham, Herzog von, 8 u. f., 22 u. f., 32.

Bühl und Stollhofen, die Linien von, 493 u. f.

Burgos 136.

Burnet, anglicanischer Bischof, 10.

Buys, Pensionaris von Amsterdam, 224 u. f., 229.

C.

Cadaval, portugiesischer Minister, 151, 513.

Cadogan, General, 515,

Caesar 12.

Calcinato 101.

Cambridge 249 u. f.

Canterbury, Erzbischof von, 6 u. f., 22, 25, 538.

Capua 320.

Cardona 278.

Carl von Lothringen, Fürstbischof von Osnabrück, 171, 218 u. f.

Carl II. von Spanien, Testament desselben, 139.

Carl III. Im Beginne 1706 in Barcelona 58 u. f. Vergleich seiner mit Philipp V. S. 62 u. f. In seinem Namen ernennt Kaiser Joseph I. den Marlborough zum Statthalter der Niederlande 84 u. f., vergleiche S. 237.

Sein Kriegsrath in Barcelona, am 16. Mai 1706, S. 129. Seine Stellung zu den Seemächten und den Generalen derselben 129 u. f. Er wird von Galway und das Minas in Madrid proclamirt 136; bricht von Barcelona auf 140; begibt sich nach Saragossa 141; lehnt die Aufforderung Peterboroughs nach Valencia ab 142; läßt der englischen Regierung die Sachlage vorstellen 144; findet Castilien abgeneigt 147; muß zurück 148.

Seine Forderungen in Betreff des Commandos und der Vermehrung der Truppen 276. Er erhält Verstärkung zu Anfang 1707 S. 276 u. f.; hält Kriegsrath zu Valencia 277; hat geringes Vertrauen zu Galway und das Minas 280 u. f.; begibt sich nicht zur Armee 281; erregt dadurch

Verdruß in Kensington 283; urtheilt über die Schlacht von Almanza 286 u. f. Vorwürfe gegen ihn in England 289. Vertheidigung seiner Vertreter dort und Forderung der Regelung des Commandos 290. Er legt, nach Almanza, Marlborough den Stand seiner Angelegenheiten dar und wünscht den Prinzen Eugen nach Spanien 291 u. f.; ernennt den Prinzen Eugen zum Statthalter von Mailand 297.

Er erhält im Jahre 1707 keine weitere Hilfe 508; will Spanien behaupten 511; schreibt heftig an seinen Bruder den Kaiser 511; wird besänftigt von Wratislaw 512.

Carl XII., König von Schweden. Er ist nicht zufrieden mit der Reichsacht über Max Emanuel und Joseph Clemens 43. Sein Verhalten gegenüber der Rebellion des Franz Rakoczy 167 u. f.

Er marschirt in Lithauen ein 191; bricht, im Juli 1706, westwärts auf 194; verkündet seine Absicht des Einmarsches in Kursachsen 196; dictirt den Frieden von Alt-Ranstadt 202 und 204; läßt den Frieden verkünden 203; will durch die Winterquartiere in Sachsen den Frieden durchführen 205 u. f. Seine Persönlichkeit beschrieben von Stepney 207 u. f., so wie von Schulenburg 208 u. f. Er wird als Gefahr für Westeuropa betrachtet 273.

Frage, ob er für Toulon auf Victor Amadeus eingewirkt 344 u. f. so wie 409 und 414. Er will die Anerkennung des Stanislaus von jeder Macht einzeln 354 u. f.; gibt dem Rakoczy, so wie, im Beginne 1707, den Lutheranern in Schlesien, kein Gehör 359. Seine Absicht gegen Peter I. S. 355 und 360. Er hat kein Verständnis mit Ludwig XIV. S. 365.

Er nimmt die Anerkennung des Kaisers für Stanislaus entgegen 367; antwortet auf die französischen Anträge 369; will nicht Carl III. anerkennen 371. Seine Werbungen und Widerstand dagegen in Breslau 371 u. f. Ueber Zobor und Stralenheim 373 und 382 u. f. Er läßt eine Verwendung für August II. nicht zu 374 u. f.; äußert sich charakteristisch zu dem General Revel 373 u. f.; fordert von dem Kaiser Joseph die Auslieferung der 1200 Russen 378 u. f.

Sein Verhalten beim Besuche Marlboroughs 383 u. f. Er erklärt Marlborough, daß er sich in die Religionssache in Schlesien nicht mischen werde 389; stellt an Kaiser Joseph drei Forderungen der Genugthuung 390; ist aufgebracht über die Flucht der 1200 Russen 398 u. f.; beharrt in seiner gereizten Stimmung 406 u. f.; bedroht den Kaiser 410. Satisfaction, die Piper für ihn verlangt 412 u. f. Seine Antwort an die Königin von England 415.

Er verlangt und erhält die Auslieferung Zobors und des Adjutanten von Breslau 418; läßt einige Regimenter in Glogau einmarschiren 422; läßt durch die Vermittler dem Grafen Wratislaw den Religions-Punct in Schlesien aufdrängen 428; entläßt die Vermittler ihrer Mühwaltung 430; fordert die Herstellung des kirchlichen Bestandes in Schlesien auf den Fuß des westfälischen Friedens 432.

Seine Animosität im Nachlassen 433 u. f. Er verschärft auf die Antwort aus Wien seine Drohung 436; bricht auf 439; läßt Wratislaw zur Audienz 440; macht einen Besuch in Dresden 441; zieht ostwärts 442; wird charakterisirt von Wratislaw 445; bedroht Rakoczy 475; geht auf die russischen Friedensvorschläge nicht ein 477.

Carpi 117.
Cartagena 149.
Caryll, Staats-Secretär in St. Germain, 270.
Castiglione 124 u. f.
Castilien für Philipp V. 138, 140, 147.
Catalonien 58 u. f., 138 u. f.
Cederhielm, schwedischer Staats-Secretär, 353 u. f., 355 u. f., 380 u. f., 386.
Chamillart, Kriegsminister Ludwig XIV., 61, 81, 83, 85, 105, 124, 226, 328, 491.
Chamlay 97.
Chetwynd, englischer Gesandter bei Victor Amadeus, 103, 314 u. f., 339.
Christian Ernst, Markgraf von Baireuth, Reichs-Feldmarschall, 395 u. f., 488, 494, 496, 498 u. f., 499.
Cienfuegos 277.
Cifuentes 64.
Ciudad Rodrigo 135, 513.
Clemens XI., Papst. Sein Verhältnis zu Kaiser Joseph I. im Jahre 1707 S. 317 u. f. Er äußert sich über den Vertrag von Alt-Ranstadt 442; spricht der ungarischen Geistlichkeit seine Misbilligung der Beschlüsse von Onod aus 482.
Corsana 278, 287.
Coulon 456.
Courtrai 80, 81.
Cuenca 148.

D.

Daun, Graf, Commandant in Turin, 103, 105, 113, 117, 311, 317.
Dendermonde 97 u. f.
Denia 295.
Desalleurs, Agent Ludwig XIV. bei Franz Rakoczy, 155 u. f., 160, 162, 169, 182, 452, 459 u. f., 463, 471, 478.
Devonshire, Lord, 10.
Dolfino, venetianischer Statthalter in Verona, 100, 104.
Donegal, Lord, 65.
Dünkirchen 88.

E.

Edinburgh 243 u. f.
Elcin 492 u. f.
Eleonora, Kaiserin-Witwe, 511.
Elisabeth Charlotte, Herzogin von Orleans, 112.
Errol, Graf, 244.
Escalona, Statthalter Philipps V. in Neapel, 320.
Esterhazy, Palatin von Ungarn, 188.
Etsch, 102, 104 u. f.
Eugen, Prinz von Savoyen. Anleihe für seine Armee in Italien 36. Schwierigkeit der Hilfe für Victor Amadeus 38 und 54.
Er ist bis April 1706 in Wien 100; trifft bei der Armee ein 101; berichtet über Calcinato 102; berichtet über seine Aussichten 103 und 107; überschreitet den Stromlauf der Etsch 109 u. f.; charakterisirt Vendome 109;

berichtet an Kaiser Joseph über seine Fortschritte 111; marschirt aufwärts am rechten Ufer des Po 113 u. f.; überschreitet Panaro und Secchia 115; hat nur Turin zum Ziele 116; beläßt feindliche Festungen hinter sich 117; trifft mit Victor Amadeus zusammen 118. Verschiedenheit seiner Stellung von derjenigen der französischen Feldherren 119. Er ordnet den Angriff an auf die französischen Linien 121. Der Sieg 122. Er wendet sich ins Mailändische 123. Ueber das Treffen von Castiglione 124 u. f.

Er wird, im Jahre 1707, von Carl III. und dessen Umgebung nach Spanien gewünscht 291 u. f.; läßt sich auf die Friedenserbietungen von Vaudemont nicht ein 295. Ueber die Plane gegen Toulon und Neapel 304. Er gewährt die Capitulation von Mailand über die Räumung der Festungen in Ober-Italien 305 u. f.; ist eifrig für den Plan auf Neapel 309; weist den Protest des englischen Gesandten Chetwynd zurück 314 u. f.; ist, nach Almanza, um so eifriger für den Plan auf Neapel 317.

Er bricht auf zu dem Angriffe auf Toulon 327. Sein Marsch 331. Sein Bericht über die Lage der Dinge vor Toulon 332. Abermaliger Bericht 334. Sein Mistrauen in Victor Amadeus 335 und 337. Er sieht eine Belagerung von Toulon als unmöglich an 338; tritt den Abzug an 340; nimmt Susa 341.

Seine Ansicht über die Differenz mit Carl XII. S. 406. Er wird vom Reichstage an den Rhein gewünscht 488 u. f.; vermag nicht, Carl III. Hilfe zuzusenden 508. Warum seine Anwesenheit in Deutschland nöthig 512.

F.

Feld-Deputirte der Republik der Niederlande 72, 84 u. f., 94, 233, 238.
Fenelon 112.
Ferriol, französischer Gesandter in Constantinopel, 154, 180, 447, 450, 478.
Feuillade, La, französischer General vor Turin, 105, 111, 115, 118.
Fierville 163.
Fletcher von Salton 243 u. f.
Frauſtadt 191 u. f.
Fremont, St., 108, 122.
Friedrich I. von Brandenburg-Preußen. Seine Begehrlichkeit 39 u. f. Sein Verhalten im Frühlinge 1706 S. 47 und 48, so wie 73 u. f. und 78 u. f. und 82.

Er will eine Tripel-Allianz mit Carl XII. und Anna 198; verheirathet seinen Sohn Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Sophie Dorothee 249; erkennt Stanislaus an 354; erhält einen Besuch von Marlborough 386; ist nachgiebig gegen die Forderungen Carls XII. S. 485; stellt nicht sein Reichs-Contingent 487 u. f.; hat abermals Anknüpfung in Versailles 491; erhält auf seinen Tadel Antwort von Christian Ernst von Baireuth 499; erlangt Neufchatel und Valengin 507; sucht für seine Truppen in Italien mehr zu erhalten 530.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen, 249.
Fuencalada, Graf, 285.

G.

Gaeta 320.

Gallas, Graf, kaiserlicher Gesandter in London. Berichtet über eine Gefahr für die Katholiken in England 21; über die Bewilligungen des Parlamentes 34; über Anleihen dort für den Kaiser 36; über Friedrich I. von Preußen 40; verwendet sich für Carl III. S. 65; führt, im Auftrage des Kaisers, Beschwerde über Friedrich I. S. 79; stellt, im Auftrage Carls III., die Lage der Dinge in Spanien vor 144 u. f.

Er wird von dem englischen Ministerium wegen des Abbruches der Verhandlungen in Ungarn zur Rede gestellt und verantwortet die kaiserliche Politik 183 u. f.; berichtet über die gehobene Stimmung in England nach dem Feldzuge von 1706 S. 228; über die Kriegführung in Spanien 276; vertheidigt Carl III. S. 290.

Er vertritt in England die Unternehmung auf Neapel 303; benimmt, im Juli 1707, im Auftrage des Kaisers Joseph, den englischen Ministern das Mistrauen in ihn 324; redet nachdrücklich zu Godolphin über Carl XII. S. 404 u. f.; über das Verhalten Friedrichs I. S. 490.

Galway, Graf, englischer General in Spanien, 128, 133, 135, 139, 140, 145, 147, 280, 282, 284.

Garantie-Vertrag, englischer, mit der Republik der Niederlande für die hannöversche Thronfolge 13, 15, 216, 223 u. f., 225, 237.

Geldermalsen 44 u. f.

Generalstaaten der Republik der Niederlande. Ueber die Lauheit der Reichsfürsten 52 u. f.; ihr Verhalten in Betreff von Brabant und Flandern 86 u. f., so wie 92 u. f. und 95 u. f.; in Betreff Ungarns 183; in Betreff des Markgrafen Ludwig 212 u. f.; ziehen Vortheil aus ihrem Verhältnisse zu England 216 u. f.; bei der Münster'schen Bischofswahl 218 u. f.; wollen, Juni 1707, den Kaiser Joseph zum Frieden mit Rakoczy drängen 479. Sie richten schweren Tadel an den Reichstag über die Reichsstände 486 u. f., so wie 505.

Georg, Prinz-Gemahl, 51.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg, 29, 32, 249 u. f., 271.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 22, 24. Sein Verhalten gegenüber den englischen Angelegenheiten 28 u. f., so wie 33. Er will nicht seine Truppen nach Italien senden 55; seine Ansicht über das Verhalten zu Carl XII. S. 198 und 356 und 383 und 388.

Er übernimmt das Ober-Commando am Rheine 501 u. f. Seine Bedingung 503. Er läßt neue Linien anlegen 504; schildert den Bestand der Reichsarmee 523 u. f.; wünscht vergeblich seine Truppen aus den Niederlanden an den Rhein zu ziehen 525.

Germain, St., Hof zu, 12, 23, 27, 31 u. f., 270, 535.

Gibraltar 67.

Godolphin, Lord-Treasurer von England. Seine Stellung zu den Whigs 1 u. f., so wie 12 und 18; 32, 55, 88, 90. Er stellt den kaiserlichen Gesandten Gallas über Ungarn zur Rede 183 u. f. Ueber den Garantie-Vertrag zwischen England und der Republik 225.

Er bringt bei der Königin Anna auf die Ernennung von Sunderland zum Staats-Secretär 255 u. f.; weicht den Beschwerden des Grafen Gallas über Carl XII. aus 404 u. f. Beginn seiner Differenz mit Harley, im Juli 1707, S. 532.

Görtz 356, 375.

Goes, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag, 35, 38 u. f., 47, 52, 55, 86 u. f., 89, 92, 215, 217, 222, 236, 401 u. f.

Goslinga, Feld-Deputirter der Republik, über Ramillies 76 u. f.; über die Friedenserbietungen von Max Emanuel 84 u. f.; über den Beginn des Feldzuges 1707 S. 514 u. f., so wie über das Ende 518. Seine Charakteristik Marlboroughs 520 u. f.

Gran 167, 189.

Grimani, Cardinal, 317 u. f.

Groß-Britannien, der Name, 269, 272.

Guadalaxara 140, 146 u. f.

Guiscard 150.

Gwynne, Sir Rowland. Sein Sendschreiben an Lord Stamford 24 u. f.

H.

Hagenau 51.

Halifax, Lord, 10, 29 u. f., 32 u. f., 217, 249.

Hamilton, Herzog von. Sein Verhalten im schottischen Parlamente bei der Unionssache 243 u. f.

Hannover, Haus. S. Georg Ludwig und Sophie.

Harley, Sir Robert, englischer Staats-Secretär, 1, 18, 30, 153, 171, 187, 219, 252, 257 u. f., 265, 312, 322, 480, 532, 537 u. f.

Haversham, Lord, 8, 22, 24.

Hedges, englischer Staats-Secretär, 252 u. f.

Heinsius, Anton, Rathspensionär von Holland, über den Krieg 37 und 38. Er vernimmt mit Befriedigung, daß England von der spanischen Monarchie nichts begehre 88. Sein Verhalten bei der Ernennung von Marlborough zum Statthalter der Niederlande 93. Seine Stellung in der Republik 215. Repräsentant derselben in der Friedensfrage gegenüber England 222 u. f. Er ist nicht freundlich für Carl XII. S. 232. Er und seine Landsleute einigen sich mit Marlborough über die Beantwortung der Vorschläge von Max Emanuel 234.

Er ist, in Betreff Carls XII., nicht geneigt zur Hilfe für Kaiser Joseph 401 und 403 und 421; ist mit Marlborough einig über die Verstärkung der Armee für das Jahr 1708 S. 529.

Heister, k. Feldmarschall, 501.

Hennequin, Schöffe von Rotterdam, 216, 227, 231.

Hermelin, schwedischer Staats-Secretär, 202, 353 u. f., 380 u. f., 386.

Hessen, Erbprinz Friedrich von, bei Castiglione geschlagen, 125.

Hill, Abigail, s. Masham.

Hochkirche, englische, 11, 16, 265, 267, 530.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in London, 51, 219 u. f., 283, 290, 342 u. f., 359, 500.
Holland, Provinz, bewilligt Verstärkung der Armee für 1708 S. 529.
Hop, General-Empfänger, 87, 91.

J.

Illosvay 466.
Imhoff 201, 204.
Itterſum 218.
Jablonowski 194, 352.
Jablonski, Berliner Hofprediger, 49.
Jacobiten 7 u. f., 22 u. f., in Schottland gegen die Union 242 u. f.
Janus, General, 213, 492, 495.
Jaroslaw, die Güter von, 157 u. f., 162, 474.
Javalliere 295, 305.
Jeſuiten, 90, 471.
Joan, König von Portugal, 151 u. f.
Johann Wilhelm, Kurfürſt von der Pfalz, 500 u. f.
John, St., 258.
Joſeph I., römiſcher Kaiſer. Ueber die Nachtheile des ungariſchen Aufſtandes für ihn 34. Finanzzuſtand ſeiner Monarchie 35. Er muß für die Truppen der Reichsfürſten Douceurs bewilligen 39; ſpricht die Reichsacht über Max Emanuel und Joſeph Clemens 42; erklärt ſich den Seemächten gegenüber in Betreff Friedrichs I. S. 78; ernennt, für Carl III., Marlborough zum Statthalter der Niederlande 89; hofft, im Mai 1706, ganz Spanien für Carl III. S. 128; ſchickt Geld an Carl III. S. 152.

Er willigt in einen Stillſtand mit Franz Rakoczy 163 und in die Verlängerung 171; will die Vollmacht der conföderirten Stände von Siebenbürgen nicht zulaſſen 173 u. f.; gibt die Hoffnung auf das Gelingen der Unterhandlung mit Franz Rakoczy auf 176 u. f. Seine Antwort an die ſeemächtlichen Vermittler 177 u. f. und 179. Er wünſcht den Frieden mit Ungarn 190; fürchtet Carl XII. S. 200.

Er ſchreibt ſcharf an den Markgrafen Ludwig 211; lenkt wieder ein 213.

Er muß in der Angelegenheit der Münſter'ſchen Biſchofswahl den Generalſtaaten nachgeben 218. Seine politiſche Stellung zu Frankreich und zu ſeinen Bundesgenoſſen beurtheilt von dem Engländer Stepney 220 u. f.

Er beſchließt die Unternehmung auf Neapel, 20. Februar 1707, S. 303; gibt den Oberbefehl dafür dem Grafen Daun 311; läßt Beſchwerden bei Clemens XI. erheben 318 u. f. Er ſteht, im Sommer 1707, in England im Verdachte einer heimlichen Unterhandlung mit Ludwig XIV., und ſendet darüber Auftrag an den Grafen Gallas 322 u. f.

Richtſchnur ſeines Verhaltens gegenüber Carl XII. S. 350. Er beſchließt Stanislaus anzuerkennen 357 und 363 u. f.

Joſeph I. über Zobor 373 und 382; will nicht die 1200 Ruſſen ausliefern 389; verlangt von den Seemächten ihre Anſichten über die ſchwediſchen Forderungen 392. Seine Miniſter rathen, denſelben nicht zu willfahren 392 u. f. Seine Antwort, bei allem Entgegenkommen, wahrt das Recht 394 u. f.

Er läßt abermals, 17. Juni, die Frage der Genugthuung für Carl XII. berathen 407 u. f.; läßt Carl XII. zur Mithilfe gegen Ludwig XIV. auffordern 408; erbietet sich, den Grafen Wratislaw zu senden 412; fordert abermals, im Juli, die Seemächte auf sich zu äußern 417 u. f.

Sein Zugeständniß in Betreff Schlesiens und die Forderungen Carls XII. noch verschieden 433 und 435 u. f. Er bewilligt in der Hauptsache die schwedische Forderung, ist jedoch dabei auf den Krieg gefaßt 439; ratificirt den Vertrag von Alt-Ranstadt 441; antwortet dem Papste Clemens XI. über diesen Vertrag 442.

Er erläßt, vor Onod, ein Abmahnungs-Patent an die Aufständischen in Ungarn 463. Absage an ihn im Landtage zu Onod 463 u. f. Er geht nicht ein auf den Vorschlag der Minister, Siebenbürgen preis zu geben 483; bestimmt abermals die ihm schuldigen 8000 Mann Preußen an den Rhein 489 u. f. Er hat keine Hoffnung auf männliche Descendenz 510 u. f. Sein Verhältnis zu seinem Bruder Carl III. S. 511 u. f.

Joseph Clemens, Kurfürst-Erzbischof von Köln, 42.

K.

Kalocsa, Erzbischof von, 448, 454, 461, 479.
Karoly, Graf, 466 u. f.
Katholiken in England 20 u. f.
Kemeny 171.
Kirk, die schottische Landeskirche, 244 u. f., 267.
Kranenborg, holländischer Gesandter bei Carl XII., 375 u. f., 422 u. f., 424 u. f., 427 u. f., 436, 438.
Kriechbaum, k. General, 42, 315.
Kupfergeld in Ungarn 155, 471.

L.

Lamberg, k. Principal-Commissär am Reichstage, 503.
Lamberty über das Verhalten des Herzogs Victor Amadeus in Betreff Toulons 344 u. f.
Landau 494, 499.
Lande, La, wie Lamberty, 345 u. f.
Leake, Admiral, 65 u. f.
Lecheraine, Graf, 85 u. f., 97, 237.
Leibniz über die Haltung der Kurfürstin Sophie 23. Er ist Urheber des Sendschreibens von Gwynne an Stamford 25 u. f., 203, 249 u. f.
Leopoldstadt 461.
Lerida 508, 513.
Liechtenstein, Fürst Anton Florian, 58, 63, 64, 66, 129, 147, 284, 287, 291, 294, 508.
Lintelo, holländischer Gesandter in Berlin, 82.
Lockhart of Carnwath, schottischer Jacobit, 238 u. f.
Lothar Franz von Metternich, Kurfürst-Erzbischof von Mainz, 488, 522 u. f.
Lubomirski 194.
Ludwig, Markgraf von Baden und Reichs-Feldmarschall. Seine Reichsarmee 43 u. f. Trübe Aussichten für ihn im April 1706 S. 46. Er wird zurück gedrängt

von Villars 50 u. f.; kann nicht wieder die Offensive ergreifen 210. Sein Verhalten gegen die ihm gemachten Vorwürfe 210 u. f., so wie gegenüber dem Kaiser Joseph 213. Er erhält Anerkennung seiner Verdienste vom schwäbischen Kreis-Convent 213; rechtfertigt sich durch Janus auch bei Marlborough und den Generalstaaten 213 u. f.; stirbt 214.

Ludwig XIV. Er gibt Geld für den ungarischen Aufstand 34; läßt Nizza durch Berwick nehmen 38; sucht Friedrich I. zu gewinnen 49 u. f.; will für das Jahr 1706 die höchste Kraftentwickelung 56. Sein Plan gegen Barcelona 59 u. f.

Er ermächtigt Villeroy, im Mai, zum Treffen 71; schreibt über den Zustand der Armee und des Landes an Chamillart 81; beruft Vendome nach den Niederlanden 83; hat Mistrauen in Max Emanuel 85; beläßt auch dem Marschall Vendome in den Niederlanden nicht freie Hand 98 u. f.

Er ernennt nach Italien hin den Herzog von Orleans und Marsin 107; befiehlt, von Versailles aus, Rückzug hinter den Mincio 110; wird von Orleans und Marsin um Entscheidung in Betreff Turins ersucht 119; erhält die Nachricht der Niederlage 123; will das Mailändische behaupten 124; kommt allmählich zur vollen Erkenntnis seines Unglückes bei Turin 126 u. f.; erwägt den Gedanken, Italien aufzugeben 127.

Er schenkt dem Franz Rakoczy die Jaroslaw'schen Güter 157 u. f.; weicht dagegen der Forderung eines Bündnisses mit ihm aus 159 u. f. und 180. Er hofft auf Carl XII. S. 207; sucht die Republik der Niederlande aus der Allianz zu lösen 214 u. f. Seine verschiedenen Vorschläge dahin zum Frieden 222 u. f. Er läßt dabei Jacob III. fallen 223; macht neue Vorschläge durch Max Emanuel 232 u. f.

Seine Bemühungen den Krieg weiter zu führen 272 u. f., so wie 275. Er will in Spanien offensiv verfahren 279.

Sein Schreiben, vom 15. Februar 1707, an den Papst Clemens XI. S. 321. Er erhält Kunde von dem Plane gegen Toulon noch im Juni und trifft Anstalten dagegen 327 u. f., vgl. 295 und 503 und 518; will noch eine neue Armee bilden 337; wünscht die Friedensvermittelung Carls XII. S. 369; äußert sich seinem Hofe gegenüber nicht über Carl XII. S. 413.

Sein Verhalten zu Franz Rakoczy 450 u. f. Er läßt die Absage an Kaiser Joseph I. fordern 452 u. f.; läßt den Agenten Betes täuschen und, bis nach Onod, in Paris zurück halten 459 u. f. Seine besonderen Mittel für Rakoczy und Bercseny 463 u. f. Er schließt, nach der vollbrachten That von Onod, nicht ein Bündnis mit Franz Rakoczy 471 u. f.; überweist ihm die Jaroslaw'schen Güter in Polen 474; zahlt nicht mehr regelmäßig an Rakoczy 478.

Er hofft auf Friedrich I. von Preußen 491; stimmt den Hoffnungen des Marschalls Villars nicht bei 502; ruft Truppen von da nach Toulon 503.

Seine Armee in Belgien 1707 überlegen 513. Er will nicht ein Treffen 511; ruft Truppen von dort ab nach Toulon 518.

Seine Macht zu Ende 1707 geschildert von dem Staatsrathe der Republik 525 u. f. Unterwürfigkeit des Parlamentes von Paris vor ihm 527 u. f.

M.

Madrid 128, 132, 134 u. f., 140 u. f., 147.
Maffei, Graf, savoyischer Gesandter, 38, 314.
Mailand 296 u. f., 305 u. f.
Maintenon, Frau von, 83, 340.
Mantua, Herzog von, 305.
Marchmont, Graf, 242 u. f.
Mardefeld, schwedischer General, 196, 203.
Maria Anna, Witwe Carls II., 140.
Marlborough, Lady, 6, 10, 17, 66, 252 u. f., 260. Ihre Stellung zur Königin Anna und Frau Masham 532 u. f.
Marlborough, Lord, über Hannover 24. Er hält einen Brief der Königin Anna dahin zurück 30. Ueber den ungarischen Aufstand 1705/6 S. 34. Er vermittelt eine Anleihe für Kaiser Joseph 36. Ueber Friedrich I. S. 40 und 48 u. f. und 52 und 73. Sein Plan im Frühling 1706 nach Italien 45 u. f. Sein Plan im Mai 53 bis 55.

Er wünscht, im Mai 1706, ein Treffen 72; schlägt Villeroy bei Ramillies 75 u. f.; sucht Friedrich I. zurück zu bringen 79. An Carl III. über die Consequenzen von Ramillies 82. Er geht auf die Erbietungen von Max Emanuel nicht ein 84 u. f. Seine Unterredung mit Graf Goes über Belgien und das Endziel des Krieges, im Juni 1706, S. 87 u. f. Er will damals keine Eroberung für England 88; wird vom Kaiser Joseph, im Namen Carls III., zum Statthalter der Niederlande ernannt 89, vgl. 85; wünscht dies Amt anzunehmen 90; wird, gegenüber der Haltung der Holländer, darin bedenklich 92 u. f. Sein Urtheil über die Holländer 94 u. f. Er nimmt Ostende, Menin, Dendermonde, Ath 97 u. f.

Er zweifelt an der Möglichkeit des Entsatzes für Turin 118; betreibt den Plan einer Landung in Frankreich 150; wirft die Schuld des Abbruches in Ungarn auf die Kaiserlichen 188; nicht günstig gesinnt für den Markgrafen Ludwig 210 u. f.; anerkennt doch dessen Rechtfertigung 213.

Er ist nachgiebig gegen die Generalstaaten 218 u. f. und 220; damals Repräsentant Englands gegenüber der Republik 222 u. f. Sein Gedanken-Austausch mit Godolphin über die Stellung zur Republik 225 u. f. Er verlangt entschiedenes Auftreten gegenüber der Republik 230; erhält den Auftrag über die Vorschläge von Max Emanuel nachdrücklich zu den Generalstaaten zu reden 233 u. f.; ist einig mit Heinsius über die Antwort an Max Emanuel 234; muß abermals die Statthalterschaft von Belgien ablehnen 237.

Er tritt bei der Königin für die Ernennung von Sunderland ein 254 u. f. Seine und Godolphins Stellung, Ende 1706, zu der Königin und zu Harley 257 u. f. Er setzt die Ernennung von Sunderland durch 259 u. f. Seine Titel erblich in der weiblichen Linie 263. Er bleibt, wie Godolphin, in Verbindung mit St. Germain 270.

Er betrachtet Carl XII. als eine Gefahr für Westeuropa 274; ist der hauptsächlichste Träger des englischen Planes gegen Toulon 298 u. f., vgl. 326. Ueber den Vertrag von Mailand 307. Er läßt in dem Widerspruche

gegen den Plan auf Neapel nach 310; hofft, ungeachtet der Berichte des Prinzen Eugen, auf Toulon 333; äußert sich wiederholt über Toulon und Victor Amadeus 341 u. f.

Er räth nach Wien hin die Anerkennung von Stanislaus an 357. Sein Besuch bei Carl XII. S. 383 u. f. Aeußerung über dessen Armee 387. Er vertritt, in Betreff der 1200 Russen, bei Carl XII. nicht den Kaiser 389; gibt dem Grafen Goes keine Aussicht auf Hülfe für Kaiser Joseph gegen Carl XII. 401 u. f.; schreibt um Mäßigung bittend an Piper 403; ist über Carl XII. völlig unklar 434.

Er mahnt im Haag und in London ab, den Kaiser Joseph zum Frieden mit den Ungarn zu drängen 480. Ueber die Reichsarmee 492. An Christian Ernst von Baireuth über dessen Rückzug 498, vgl. 501.

Sein Verhältnis zu den Feld-Deputirten 514 u. f. Er tritt, gegen den Willen derselben, zum Beginne des Feldzuges einen Rückmarsch an 515. Seine Meldung darüber im Widerspruche mit derjenigen Goslingas 516. Unthätigkeit im Lager von Meldert 518. Er benutzt abermals nicht eine günstige Gelegenheit 519. Er wird charakterisirt von Goslinga 520.

Er vertritt, Ende 1707, im Haag, den Gedanken der Verstärkung aller Armeen 522; wirkt auf Friedrich I. nicht zu Gunsten des Reiches 523; will dem Kurfürsten Georg Ludwig nicht gestatten, seine Truppen an den Rhein zu ziehen 525; begünstigt Victor Amadeus 529; bewegt Friedrich I., seine Truppen in Italien zu belassen 530.

Er redet bei der Königin Anna zu Gunsten der Whig-Partei 531. Beginn der Differenz mit Harley im Juli 1707 S. 532. Er stellt der Königin die Alternative von Harley oder Godolphin 538; wiederholt dies 540 u. f.

Marsin, Marschall, 72, 74, 77, 105, 115, 118. Vor und in der Schlacht bei Turin 119.

Martinitz, Graf, 317, 319.

Masham, Frau, früher Hill, Abigail. Ihre Stellung zur Königin Anna und zu Lady Marlborough 532 u. f.

Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern. Er hat in den Niederlanden bayerische Truppen 41 u. f. Reichsacht über ihn 42. Er nimmt Theil an der Schlacht bei Ramillies 75; sucht mit den Verbündeten anzuknüpfen 83, vgl. 223; macht im Namen Ludwigs XIV. Vorschläge bei Marlborough und den Feld-Deputirten 232. — 354 u. f., 369 u. f., 460, 474, 513 u. f.

Meadows, englischer Gesandter in Wien, 454, 480, 485, 506.

Medavi, General, 124 u. f., 296.

Meer, van der, holländischer Gesandter bei Victor Amadeus, 334.

Menin 97.

Menzikoff 203.

Mercy 504.

Methuen, englischer Gesandter in Lissabon, 133, 139, 276.

Methuen, Paul, Sohn des Vorigen, 130 u. f.

Minas, Das, portugiesischer General, 128, 134 u. f., 140, 147, 152, 280.

Mindelheim 90, 263.

Miquelets in Spanien 64, 70.

Mirandola 117, 305.
Modena 117.
Moles 89.
Monasterol 354.
Montjuich 64 u. f.

N.

Naturalisation des Hauses Hannover in England 11, 14, 24, 29.
Neapel 237, 300 u. f., 302 u. f., 309 u. f., 316 u. f.
Neuburg, Rheininsel, 494 u. f.
Neufchatel und Valengin 507.
Neuhäusel 165, 167, 169, 181.
Nizza 38.
Noailles, Cardinal, 273.
Noailles, General, 59, 61, 65.
Norfolk, Herzog von, 165.
Norris, Vice-Admiral, 316.
Nottingham, Graf, 265.
Noyelle, General unter Carl III., 146, 278, 280 u. f., 282, 291.

O.

Oberg, hannöverscher Gesandter bei Carl XII., 397, 415, 436.
Oberhaus des englischen Parlamentes. Adresse desselben im November 1705 S. 3; ist für die Union 12; über Gefahr für die Hochkirche 16 u. f. — Adresse im December 1706 S. 262. Es beschließt die Unions-Acte 267 u. f. — Vgl. Parlament.
Oedenburg 152.
Okolicsany 153, 464, 466 u. f., 481.
Onod, Landtag von, 463 u. f.
Orford, Lord, 32, 238.
Orleans, Herzog Philipp von, 107, 112 u. f., 115 u. f., 117, 118. Sein Verhalten vor und in der Schlacht bei Turin 119. — 279, 286.
Orry 137.
Orsini, Prinzessin, 134, 136.
Ostende 88 u. f., 97.
Ouwerkerke, Feldmarschall, 515.

P.

Packington 268.
Paderborn, Fürst-Bischof von, 218.
Palmquist, schwedischer Gesandter im Haag, 205.
Parlament von England im Winter 1705/6 S. 1 u. f. Beide Häuser für den Krieg 3 u. f., so wie 13 u. f. Es verneint Gefahr für die Hochkirche 17; über die Katholiken 20; gegen das Sendschreiben von Leibniz-Gwynne 25 u. f.; nach reichen Bewilligungen entlassen 33 u. f.
Bewilligungen im December 1706 S. 263 u. f. Es verhandelt die Union mit Schottland 266 u. f. Adresse über das Gelingen der Union 271.

Parlament von Paris 527.
Parlament von Schottland. Verhandlungen desselben über die Union mit England 241 u. f.
Parma 117, 319 u. f.
Pater, St., 295, 305.
Patkul 202, 361, 376 u. f., 446.
Pedro, König von Portugal, 134, 151.
Pekry 171 u. f.
Peter I., Czar, 191, 201, 350, 365, 369, 377, 381, 446, 475 u. f.
Peterborough, Lord, 58 u. f., 66 u. f., 68.
Sein Verhalten im Mai 1706 u. f. in Spanien 129 u. f. Er behauptet bis in Juni, keine Mittel für Carl III. zu haben 140 u. f. Er schlägt um und räth Carl III. über Valencia nach Madrid zu gehen 142. Unwille gegen ihn 145. Er stößt zu Carl III. S. 146; reist ab zu Victor Amadeus 151; nimmt Theil am Kriegsrathe zu Valencia 277 u. f.
Pfingsten 201, 204.
Philipp V. vor Barcelona 59 u. f. Charakteristik 62. Flucht nach Perpignan 69 u. f. Er betritt, von Bayonne aus, wieder Spanien 135; in Madrid 136; bei der Armee Berwicks 136; wieder in Madrid 147.
Philippsburg 499.
Piacenza 319 u. f.
Pignerol 122 u. f.
Piper, Graf, erster Minister Carls XII., 195 u. f., 202, 344, 351 u. f., 358 u. f., 364 u. f., 366 u. f., 368 u. f., 373 u. f., 378 u. f., 385 u. f., 390 u. f., 399, 408, 410, 412, 424, 428 u. f., 432 u. f., 438 u. f., 441.
Plasencia 134 u. f.
Po 110 u. f.
Portocarrero, Cardinal, 139.
Potocki 196.
Presbyterianer in England 16, 18; in Schottland 241 u. f.
Primoli 300.
Printzen, preußischer Gesandter bei Carl XII., 354.
Puisieux 505.

Q.

Queensberry, Herzog von, 242 u. f., 247.

R.

Rabutin, Feldmarschall, 189, 461, 466, 483.
Raby, Lord, englischer Botschafter in Berlin, 49, 73, 79, 82, 384, 387, 530.
Radan 475, 479.
Radzivil 194.
Rakoczy, Franz. Er erhält Geld von Ludwig XIV. S. 34; hat Verbindungen in Berlin 49; Beziehungen zu den Türken 154. Er beruft seinen Senat nach Miskotsch 154. Seine Verbindung mit Ludwig XIV. S. 156 u. f. Er wird gewarnt von Betes 157. Die Schenkung der Jaroslaw'schen Güter

an ihn 158. Er verlangt von Ludwig XIV. ein formelles Bündnis 159; wird abermals gewarnt von Betes 161; sucht mit August II. anzuknüpfen 163.

Die Bemühungen Wratislaws bei ihm 162 u. f.; versichert den Vermittlern seine friedliche Gesinnung 166; sucht mit Carl XII. in Verbindung zu kommen 167 u. f.; will Vollmachten für Siebenbürgen ausstellen 170; dupirt die seemächtlichen Vermittler 173 u. f.; bemüht sich, nach England hin die Schuld des Abbruches den Kaiserlichen beizumessen 178; legt dagegen in einem Berichte an Ferriol seine auf ein Bündnis mit Frankreich berechnete Politik dar 180 u. f.

Er nimmt Gran 189; will die Fortsetzung des Krieges 190; sucht Carl XII. vorwärts zu treiben 199 und 207.

Er schlägt, nach Tyrnau, kaiserlichen Gesandten Pässe ab 447; sucht Carl XII. zu gewinnen 448 u. f. Seine Stellung zu Ludwig XIV. S. 450 u. f. Er beschließt mit seinem Senate die Absage an Kaiser Joseph 453; bittet die Königin Anna und die Generalstaaten um Einschluß seiner in den General-Frieden, ohne Erfolg, 455; erhält von Betes eindringliche Abmahnungen 456 und 458.

Er hat, im Frühling 1707, in Siebenbürgen und im Osten Ungarns freie Hand 462; wird inthronisirt bei Vasarhely 462. Sein Bericht über den Landtag von Onod verglichen mit demjenigen des Betes 464 u. f.

Er empfängt abermals den Rath des Betes in Betreff Frankreichs 472 u. f.; erhält die Jaroslaw'schen Güter zugewiesen 474; geht ein auf das vom Czaren Peter ihm gemachte Angebot der polnischen Krone 475. Vertrag darüber in Warschau 476. Er antwortet den Vertretern der Seemächte über Onod 481.

Rakoczy, Prinzessin, 164 u. f., 353, 355.
Rakoffzy 466 u. f.
Ramillies 71 u. f.
Rechteren, Graf, 155, 162, 171 u. f., 177 u. f., 182, 480.
Regentschafts-Bill 11, 19, 24, 29.
Reich, Schwäche desselben, 41 u. f., 200, 486, 503.
Reichsacht über Max Emanuel und Joseph Clemens 42.
Reichsarmee 44, 51, 486 u. f.
Reichs-Contingente 40, 486 u. f.
Rennschild, schwedischer General, 191 u. f., 195, 352.
Renswoude 84.
Requena 141 u. f., 146, 288.
Reventlau, General, 101 u. f.
Ribas, früher Ubilla, 139.
Rivers, Graf, 150, 277 u. f., 280, 293.
Robethon, vortragender Rath in Hannover über die englischen Angelegenheiten, 356. Mit Marlborough im schwedischen Hauptquartiere 384 u. f.
Robinson, englischer Gesandter bei Carl XII., 375 u. f., 385 u. f., 415, 417, 422, 424 u. f., 427 u. f., 430, 436, 438.
Rochester, Graf, und seine Partei 5 u. f., 16, 257 u. f., 268.
Rosenau 453 u. f.
Rumohr 364.

Runkel 507.
Ruprecht, Prinz, 15, 29.
Russen, die 1200, im kaiserlichen Dienste 351 u. f., 378 u. f., 390 u. f., 395 u. f.

S.

Salamanca 145.
Salm, Fürst, 49.
Saragossa 141 u. f., 289.
Schlick, Graf, 185, 211.
Schmettau, preußischer Gesandter im Haag, 49, 53, 78, 236.
Schönborn, Graf, Reichs-Vice-Kanzler, 42, 200.
Schonenberg, holländischer Gesandter in Lissabon, 276.
Schottland, Commissäre von, in Betreff der Union 238 u. f. Stimmung dort über den Plan der Union 208 u. f.
Schütz, hannöverscher Gesandter in London, 6, 24, 29, 33.
Schulenburg, General, über das Treffen bei Fraustadt 191; über die Persönlichkeit Carls XII. S. 208 u. f. Sein Plan gegen Carl XII. S. 362.
Seafield, Graf, 239, 247, 248.
Sendomir, Conföderation von, 350, 446.
Seymour 1, 18.
Shovel, Admiral, 150 u. f., 277, 316, 332, 337, 343.
Sicilien 320.
Siebenbürgen 154, 156, 160, 165, 168 u. f., 173, 189, 456, 462, 482.
Siniawska, Elisabeth, 158, 381, 476, 478.
Sinzendorf, kaiserlicher Gesandter bei Carl XII., 195, 237, 301. Von 351 an seine ausführlichen Berichte über Carl XII. und dessen Umgebung, namentlich 353 u. f., 358 u. f., 360 u. f., 364 u. f., 366 u. f., 368 u. f., 370 u. f., 373, 374 u. f., 378 u. f., 380 u. f., 384 u. f., 389, 390 u. f., 399, 408, 412 u. f., 420 u. f., 441 u. f.
Smith 1.
Sobieska, Marie, Königin-Witwe, 157 u. f.
Sobieski, Alexander, 354 u. f.
Somers, Lord, 10. Ueber die Wichtigkeit der Naturalisation des Hauses Hannover in England und die Regentschafts-Bill 14 u. f.; über Gefahr für die Hochkirche 16. — 90, 238.
Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg zu Hannover. Plan sie nach England einzuladen 5 u. f. Ihr Schreiben an den Erzbischof von Canterbury 6 u. f. Ihr Verhalten in England nicht verstanden 22. Sie kennt nicht den Sachverhalt des Sendschreibens von Gwynne 25 u. f.
Ihr Verhalten bei der Sendung des Lords Halifax mit den Acten der Naturalisation und der Regentschaft 28 u. f. und 32 u. f.; gegenüber der Verleihung des Titels eines Herzogs von Cambridge an ihren Enkel und der Berathung des schottischen Parlamentes über die Union mit England 249 u. f.
Stamford, Lord, 24 u. f.
Stanhope, General, 152, 278, 287, 509.
Stanislaus, König von Polen, 202, 208, 350 u. f., 366, 377, 381, 397 u. f., 426, 432, 434.

Stanyan, englischer Gesandter in der Schweiz, 505.
Starhemberg, Feldmarschall Guido, 35, 189, 461, 462, 483.
Stephens 17.
Stepney, englischer Gesandter in Wien. Er ist günstig für Rakoczy 153; fürchtet Verbindung desselben mit Türken 155 u. f.; hat keine Kunde der Verbindung mit Ludwig XIV. S. 156; bewirkt einen Stillstand 162; ist mitthätig für die Entsendung der Prinzessin Rakoczy an ihn 164; hat vorüber gehend einiges Mistrauen 167.
Er redet in Betreff Siebenbürgens zu Rakoczy abmahnend 169; läßt sich dann durch Bercseny und Rakoczy günstig für sie stimmen 171 u. f., und von ihnen dupiren 173 u. f.; handelt dann ganz im Interesse von Rakoczy 177 u. f. Sein Verhalten in der Audienz bei Kaiser Joseph 179.
Er schreibt in entsprechender Weise nach England und Holland 182 u. f.; räth zu einem Handschreiben der Königin an Rakoczy 188; glaubt dabei doch an die Friedenswilligkeit des Kaisers Joseph 190.
Sein Bericht über die drei Könige in Sachsen 207 u. f.; über die Stellung des Kaisers gegenüber Frankreich 220 u. f. — 296.
Stradella 115, 117.
Stralenheim, schwedischer Gesandter in Wien, 197, 372 u. f., 382 u. f., 393 u. f., 397, 398 u. f., 406 u. f., 410, 423.
Successions-Acte von 1701, englische, 6, 19, 245.
Sunderland, Lord, 34, 90, 183, 238, 252, 279, 303, 310, 342, 422, 500.
Susa 341.
Szembeck, Primas von Polen, 350.
Szirmay 448, 454, 461, 479.

T.

Tanaro 118.
Teleky 171 u. f.
Terracena 82.
Tessé, Marschall. Sein Verhalten in Betreff der Belagerung von Barcelona 59 u. f., so wie 69 u. f.
Er berichtet über Toulon 328 und 330; hat Vortheile dort 337 u. f.
Thüngen, Feldmarschall, 212, 495, 505.
Tige, General, 484.
Torcy, Staats-Secretär, 160, 460, 471, 477.
Torres, spanischer General, 58 u. f., 128, 136.
Toulon, englischer Plan gegen, 228, 237, 277, 297. Geschichtlicher Ueberblick des Planes 298 u. f. Verschiedene Urtheile vorher 326. Das Geheimnis nicht bewahrt 327 u. f. Befestigung 330. Bedrohung 332 u. f. — Urtheile über den Verlauf der Sache 341 u. f.
Toulouse, Graf von, 59 u. f., 69.
Trentschin 461.
Türken treten nicht offen für Rakoczy ein 154 u. f., 449 u. f., 473.
Turin 101, 103 u. f., 113 u. f. — Die Schlacht 118 u. f.
Turocz, das Comitat, 464 u. f.
Tyrnau 153 u. f., 167 u. f., 171 u. f., 177 u. f., 447 u. f., 451, 454.

A.

Ulm 497.
Union von England und Schottland 3, 5, 12, 238 u. f., 263, 265, 266 u. f.
Unterhaus des Parlamentes von England. Deſſen Adreſſe auf die Thronrede im November 1705 S. 3 u. f.; im December 1706 S. 263 u. f. Es bewilligt raſch die Kriegesmittel 264; beſchließt die Unions-Acte 268 u. f. Vgl. Parlament.

B.

Balencia 58, 66, 130, 132, 140 u. f., 151, 277, 288.
Baſarhely 462.
Bauban, Marſchall, 113.
Baudemont, Prinz, in Mailand, über die Lage der Dinge nach Turin 125 u. f.; erhält den Auftrag, ein Abkommen zu ſuchen 127. — 295, 306.
Bendome, Marſchall, 83, 98, 101, 103, 105, 110, 114, 513 u. f., 517.
Benedig, Republik, 103.
Betes, Agent von Franz Rakoczy bei Max Emanuel und Ludwig XIV., 157 u. f., 160, 166, 167 u. f., 181, 456 u. f., 458 u. f., 472. Vgl. auch Rakoczy.
Victor Amadeus, Herzog von Savoyen. Er fordert Hülfe 38 und 103 und 105; verläßt Turin 107; vereinigt ſich mit dem Prinzen Eugen 118. Der Sieg 122. Er zieht mit dem Prinzen Eugen in Mailand ein 126.
Er erfreut ſich der Vorliebe der Seemächte 297 u. f.; äußert ſich über die Plane gegen Toulon und Neapel 304. Seine Forderungen an den Kaiſer von den Seemächten geſtützt 307 u. f.; windet ſich, in Betreff des Planes auf Neapel, zwiſchen dem Kaiſer und den Seemächten durch 309 und 311 und 313 u. f. und 316.
Frage der Aufrichtigkeit ſeines Willens für die Unternehmung gegen Toulon 335 u. f. Anſichten von Lamberty, La Lande, Wagner über ſein Verhalten in Betreff Toulons 341 u. f. Ueberblick ſeines Verhaltens in dieſer Sache 347 u. f. Man vergleiche dazu 409 und 414, ſo wie 433 u. f.
Er verlangt und erhält die Mittel für die Fortdauer ſeiner Offenſiv-Stellung 529.
Villars, Marſchall, 46, 50, 212, 408. Sein Einbruch in Süddeutſchland 486 u. f., ſo wie 492 u. f. Seine Brandſchatzungen 496 u. f. Frage ſeiner Disciplin 497. Zurück über den Rhein 504.
Villeroy, Marſchall, 71 u. f., 80 u. f., 83.
Viſa, Biſchof, 469, 481.
Vivant, franzöſiſcher General, 504.
Vryberg, holländiſcher Geſandter in London, 220.

W.

Wagner über Victor Amadeus bei dem Angriffe auf Toulon 347 u. f.
Walpole 64.
Wartenberg, Graf, 49, 491.
Waſſenaer, Admiral, 65 u. f.

Wharton, Lord, 238.
Whig-Partei im Parlamente von 1705/6 überwiegend 1 u. f. Ihre Tactik gegenüber dem Antrage der Partei Rocheſter auf die Einladung der Kurfürſtin 9 u. f. und 16. Ihr Verhalten zu dem Sendſchreiben von Leibniz-Gwynne 25 u. f. Ihre Abſicht bei dem Plane des Garantie-Vertrages mit der Republik 216 u. f.

Die Partei hat in der Commiſſion für die Real-Union mit Schottland weitaus das Uebergewicht 238 u. f.; will Sunderland als Staats-Secretär 252 u. f.; bewilligt reiche Mittel für den Krieg 264 u. f.; will durch Marlborough und Godolphin die Aemter mit Mitgliedern ihrer Partei beſetzen 531.

Wratislaw, Graf, kaiſerlicher Miniſter. Er iſt im Verkehre mit Marlborough 35 und 45 und 88 und 89. Seine Friedensbemühungen bei Rakoczy 164. Weiteres Verhalten bei der Friedens-Vermittelung 170 u. f. Er wird von Stepney angeklagt 178.

Er hätte Carl XII. beim Einmarſche lieber Gewalt entgegen geſetzt 200; als Geſandter zu ihm 201. Er hält Marlborough das Verhältnis in Betreff Spaniens vor Augen 325. Die Frage ſeiner Sendung an Carl XII. S. 412 u. f. Dieſe Sendung 419 u. f. Er iſt in Leipzig und unterhandelt 422. Sein Erbieten 423. Seine Rede zu Piper 424. Er hat geringe Hoffnung 427; muß ſich von den Vermittlern den Religions-Punct aufdringen laſſen 428; iſt andauernd auf den Krieg gefaßt 430; bittet den Kaiſer, in die Forderung Carls XII. zu willigen 431.

Seine Verhandlung, am 8. Auguſt, mit Piper 432. Er iſt in Verlegenheit durch den Beſcheid von Wien aus 435 u. f.; verlangt von Wien her ſchnelle Entſcheidung 436 u. f.; unterzeichnet den Vertrag von Alt-Ranſtadt 436 u. f.

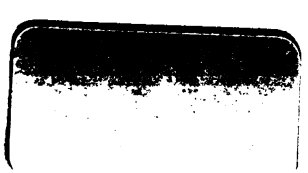
Seine Gründe Siebenbürgen nicht preis zu geben 483.

X.

Xativa 288.

Z.

Zeiz, Cardinal von Sachſen-, Primas von Ungarn 485.
Zinzerling 276, 281, 282, 290.
Zobor, Graf, 372 u. f., 382 u. f., 394, 414, 417 u. f.

Druck von Adolf Holzhauſen in Wien.
k. k. Hof- und Univerſitäts-Buchdrucker.

DEC 3 - 1948